

Stand: 17.08.2025 20:02:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12806

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12806 vom 14.09.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14622 des HA vom 19.10.2016
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14626 des HA vom 19.10.2016
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14631 des HA vom 19.10.2016
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14623 des HA vom 20.10.2016
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14625 des HA vom 20.10.2016
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14634 des HA vom 20.10.2016
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14640 des HA vom 25.10.2016
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14632 des HA vom 27.10.2016
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14633 des HA vom 27.10.2016
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14624 des HA vom 08.11.2016
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14627 des HA vom 09.11.2016
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14629 des HA vom 09.11.2016
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14630 des HA vom 23.11.2016
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14643 des HA vom 23.11.2016
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14628 des HA vom 24.11.2016
18. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14636 des HA vom 01.12.2016
19. Beschluss des Plenums 17/14794 vom 13.12.2016
20. Beschluss des Plenums 17/14795 vom 13.12.2016
21. Beschluss des Plenums 17/14796 vom 13.12.2016
22. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 13.12.2016 (EPL 2)
23. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 13.12.2016 (EPL 1)
24. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 13.12.2016 (EPL 11)
25. Beschluss des Plenums 17/14797 vom 14.12.2016
26. Beschluss des Plenums 17/14798 vom 14.12.2016
27. Beschluss des Plenums 17/14799 vom 14.12.2016
28. Beschluss des Plenums 17/14800 vom 14.12.2016
29. Beschluss des Plenums 17/14801 vom 14.12.2016
30. Beschluss des Plenums 17/14802 vom 14.12.2016
31. Beschluss des Plenums 17/14803 vom 14.12.2016
32. Beschluss des Plenums 17/14804 vom 14.12.2016
33. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 12)
34. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 8)
35. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 7)
36. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 5)
37. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 4)
38. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 3A)

39. Beschluss des Plenums 17/14805 vom 15.12.2016
40. Beschluss des Plenums 17/14806 vom 15.12.2016
41. Beschluss des Plenums 17/14807 vom 15.12.2016
42. Beschluss des Plenums 17/14808 vom 15.12.2016
43. Beschluss des Plenums 17/14810 vom 15.12.2016
44. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 13)
45. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 10)
46. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 14)
47. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 6)
48. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2016
49. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 17.01.2017



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern
für die Haushaltsjahre 2017 und 2018
(Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)**

Das Haushaltsgesetz und die Einzelpläne sind in den nachstehenden
Links abrufbar:

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017/2018](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium für Justiz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft
und Kunst - Bildung und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung
und Heimat\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie
und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und
Integration\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 14 \(Staatsministerium für Gesundheit und Pflege\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft
und Kunst - Wissenschaft und Kunst\)](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Harald Güller

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Peter Winter

Abg. Claudia Stamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Hans Herold

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017) (Drs. 17/12805)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die

Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)

(Drs. 17/12806)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich ist heute der wichtigste Tag im Parlamentsjahr; denn die Feststellung des Haushalts ist erste Pflicht und höchstes Recht der Abgeordneten. Mit dem Haushalt wird Bilanz gezogen und Rechenschaft abgelegt, werden aber auch Perspektiven eröffnet.

Viel Arbeit liegt vor uns: Der Haushalt umfasst insgesamt 5.100 Seiten mit 15.700 Titeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist aber nicht nur eine Aneinanderreihung von Zahlen – hier geht es nicht um Mathematik –, sondern unser Haushalt in Bayern ist das modernste Zukunftskonzept in Deutschland und Europa.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man sich den europäischen Kontinent ansieht, die Verwerfungen und Sorgen, Arbeitslosigkeit, finanzielle und politische Instabilität,

(Florian von Brunn (SPD): Warum nicht weltweit?)

dann stellt man fest, dass Deutschland in Europa der letzte echte Stabilitätsanker ist.

Warum kann Deutschland in Europa so stark auftreten? Warum ist Deutschland dieser Anker in Europa? – Das liegt an der wirtschaftlichen Stabilität. Diese wirtschaftliche Stabilität Deutschlands kommt aber durch den Freistaat Bayern zustande; denn der Freistaat Bayern ist der finanziell stärkste Teil von Deutschland. Wir halten Deutschland an der Stelle hoch.

(Beifall bei der CSU)

Dabei ist es schon eine besondere Situation, in der wir in diesem Jahr den Haushalt diskutieren, und zwar ist sie psychologisch besonders. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich befinden wir uns in wirtschaftlich blühenden Zeiten. Uns geht es so gut wie nie. Wir hatten noch nie so wenige ernsthafte Probleme wie heute. Das heißt nicht, dass es keine Herausforderungen gibt, aber wirtschaftlich stehen wir so gut da wie noch nie.

Wir haben einerseits einen hohen sozialen Frieden, andererseits gibt es aber eine starke und tiefe Verunsicherung sowie die Sorgen der Menschen. Unser Haushalt ist deswegen so angelegt, dass er nicht nur eine faktische, sondern auch eine psychologische und emotionale Antwort auf die Herausforderungen bietet. Dieser Haushalt ist eine humane und innovative Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Wir reagieren auf das, was von außen auf Bayern zuströmt, denken aber auch an die eigenen Hausaufgaben in Bayern und – das ist am wichtigsten – vergessen dabei die einheimische Bevölkerung nicht. Für sie, meine Damen und Herren, ist der Haushalt besonders gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Es ist natürlich erwartbar, dass ein Finanzminister das sagt. Allerdings ist er nicht der Einzige, der das sagt. Wir bekommen bestätigt, dass Bayern stark und Spitze ist, und

zwar von denjenigen, die sich relativ objektiv damit beschäftigen. PwC macht Bayern im aktuellen Länderfinanzbenchmarking erneut und zum vierten Mal in Folge zur absoluten Nummer eins für nachhaltige Haushaltspolitik. Auch die großen Ratingagenturen, die über internationale Vergleiche verfügen, zeichnen ein hervorragendes Bild von Bayern und verleihen uns ein Triple A.

Darum kann man sagen: Unser Haushalt ist nicht nur in Bayern akzeptiert, sondern er findet auch international bei Experten und Fachkundigen Beachtung. Das ist ebenso eine der Stärken Bayerns: Ein Land mit internationaler Wirtschaft, ein Land mit internationalen Verflechtungen muss auch international geachtet werden, und das ist eindeutig belegt.

(Beifall bei der CSU)

In unserem Entwurf geht es – damit das die Bürgerinnen und Bürger wissen – um 117,2 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Das ist im Jahresdurchschnitt eine Ausgabensteigerung um rund 2,5 % ohne Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und um 3,3 % mit dessen Berücksichtigung. Zu diesem Thema komme ich später noch.

Bayern wächst – das muss man sagen – in allen Bereichen. Obwohl Bayern wächst und die Ausgaben wachsen – die Menschen erwarten ja auch eine Betreuung in vielen Fragen; wir haben es gerade gehört –, machen wir zum 12. und 13. Mal in Folge keine neuen Schulden. Wir sind ein Land, das keine Schulden macht und für andere Länder sogar noch einen Länderfinanzausgleich zahlt.

Wir sind ein Land, das trotz der großen Herausforderungen nach wie vor Schulden tilgt; im nächsten Doppelhaushalt ist es wieder eine Milliarde Euro. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen plant für 2017 eine Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, und wir tilgen alte Schulden. Das ist der Unterschied zwischen den Regierungen in Bayern und in Düsseldorf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Das führt übrigens auch dazu, dass wir die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung haben. Der bayerische Bürger ist mit 2.317 Euro verschuldet, der Bürger in Nordrhein-Westfalen mit 10.730 Euro.

Unsere Zinsen und Belastungen bzw. Schulden sinken, woanders steigen sie. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Momentanbetrachtung oder die Ausgabetitel für dieses und nächstes Jahr wichtig; denn Zinsausgaben sind der Lackmustest für die nächste Generation, ob junge Menschen in Bayern eine finanzielle Perspektive haben. Unsere bayerische Finanzpolitik gibt nicht nur Antworten auf die Gegenwart, sondern sie gibt vor allem jungen Menschen eine Perspektive, damit sie auch im nächsten Jahrzehnt in Bayern noch leben und arbeiten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir kommen gleich zu den Ausgabenposten und sehen, wie viel Geld wir an welchen Stellen ausgeben wollen bzw. ausgeben müssen. Zuvor aber noch eine Kennzahl, die man auch nennen muss: Trotz der Herausforderungen international und national bleibt am Ende eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro für die Wirren der Zeit. Meine Damen und Herren, ich möchte das ansprechen, weil in den anderen Ländern Schulden gemacht werden. In den anderen Ländern fordert man höhere Steuern. Wir können all das, was wir für andere leisten müssen, und all das, was wir in Deutschland zahlen müssen, bewältigen. Wir schaffen es darüber hinaus, in Bayern eigene Impulse zu setzen und – das ist wichtig – für weitere wirtschaftlich und international schwierige Zeiten noch eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro zu behalten.

Deswegen sage ich Ihnen: Keine Schulden, Schuldentilgung, hohe Investitionen und solide Rücklagen sind die mathematische Erfolgsformel für die Zukunft, und die gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Manch einer fragt: Warum wächst ein Haushalt überhaupt? Wäre es nicht besser, er würde schrumpfen? Ist Schrumpfen nicht generell besser? – Nun, meine Damen und Herren, Bayern wächst in jeder Beziehung, wir haben es gerade gehört: in der Bevölkerung, im Zuzug und Gott sei Dank auch langsam wieder in den Geburtenraten. Bayern wächst aber vor allen Dingen in der Wirtschaft. Das bayerische Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum wieder um 3,3 % gewachsen. Bayern liegt beim Wirtschaftswachstum absolut auf Platz eins im Ländervergleich.

Meine Damen und Herren, in den letzten zehn Jahren ist die bayerische Wirtschaft preisbereinigt um 21 % gewachsen; die Steuereinnahmen sind um 50 % gestiegen. Deshalb kann ich Ihnen allen sagen: Es gibt ganz klar kein ebenso attraktives Land für Menschen und Wirtschaft wie unser Bundesland. Der Haushalt muss wachsen, damit diese Geschwindigkeit des Wachstums gehalten wird und es so gestaltet werden kann, dass es für die Menschen verträglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Wofür geben wir das viele Geld aus? – Das Geld wird sinnvoll eingesetzt für die Herausforderungen von außen und für die Stärkung nach innen. Ich sage Ihnen sehr offen: Leider bleibt der große Ausgabeposten auch für 2017/2018 bei der Flüchtlingsthematik und der Asylfrage. Wir müssen noch einmal mindestens 4,7 Milliarden Euro ausgeben. Zur Relation: Der Haushalt des Saarlandes für ein Jahr ist geringer als das, was wir in den nächsten beiden Jahren beim Asyl ausgeben müssen. Wir werden dafür für die Jahre 2015 bis 2019 zusammengerechnet 9 Milliarden Euro ausgegeben haben. Meine Damen und Herren, lassen Sie einmal die guten Worte weg: Lasst uns nicht nur an den Worten sie erkennen, sondern an den Taten; so steht es in entsprechenden Texten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da fällt mir Apple ein! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Genau, zuhören! Wenn es um die Bibel geht, zuhören, gerade auf der Seite! Da habt ihr noch Nachholbedarf. Da habt ihr noch einen schweren Nachholbedarf.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Wir sitzen hier, schauen Sie her!)

Wenn ich mir überlege, was im letzten – –

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ich höre Sie auch so. – Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich an die Szenen im letzten Jahr. Was wurde Bayern in Deutschland angegriffen, als die Flüchtlingsherausforderung kam: Die sollen sich nicht so haben, die Bayern. Bayerische Kommunalpolitiker sollen sich nicht so haben. Das muss man doch schaffen. – Jeder bayerische Kommunalpolitiker, das gesamte Land hat es damals geschafft, allen Menschen, die zu uns gekommen sind, ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen zu geben sowie sie medizinisch zu versorgen.

Erinnern Sie sich noch, wie es einige Monate später nach Ankündigung einer geringen Zahl im Bundesland Berlin ausgesehen hat? Es ist bekannt, dass Berlin nicht einmal einen Flughafen bauen kann. Aber dass sie auch humanitär versagen, macht den Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Meine Damen und Herren, diese Aussagen, die wir im Haushalt treffen und die wir belegen, zeigen, dass Humanität die Richtschnur unseres Handelns ist. Meiner Meinung nach ist das der barmherzigste Haushalt, den es in Deutschland gibt. Kein anderes Land macht das. Nirgendwo gibt eine solche Hilfe wie in Bayern.

Man darf mahnen und kritisieren, aber die Wahrheit ist: Die bayerischen Bürger erbringen eine großartige humanitäre Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Aber neben Barmherzigkeit braucht es auch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, dass wir schon darüber nachdenken müssen, wie die Kosten insgesamt in der Relation zu den Herausforderungen stehen und auch von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert werden. Die Summen, die wir ausgeben – das kann ich keinem ersparen –, können wir kein zweites Mal für etwas anderes ausgeben. Wir hätten möglicherweise Rücklagen in Höhe von 8 bis 9 Milliarden Euro bilden können, wenn wir diese großen Herausforderungen nicht gehabt hätten. Wir könnten davon Hunderttausende von Lehrern und Polizisten oder Kitaplätze finanzieren. Wir könnten davon vielleicht sogar vier Universitäten komplett neu bauen und schlüsselfertig abgeben. Darum müssen wir auch darüber Rechenschaft ablegen, wie und für was wir das Geld ausgeben. Landräte und Oberbürgermeister haben recht, wenn sie sagen: Wir dürfen nicht einfach nur Geld ausgeben, sondern wir müssen es vernünftig ausgeben. Deswegen sage ich Ihnen: Auf Dauer müssen die Kosten sinken. Wir brauchen eine sinnvolle Ausstattung, die von den Bürgern als gerecht und fair empfunden wird. Sonst bekommen wir ein Problem in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen müssen Standards überprüft werden. Das Glücksrittertum muss bei einzelnen Maßnahmen beendet werden. Auf Dauer darf es keine Besserstellung bei Hartz-IV-Leistungen geben. Das sagen auch die kommunalen Spitzenverbände. Der Staat – davon bin ich fest überzeugt, darüber muss man reden – muss insgesamt ein gerechtes und soziales Gefüge haben. Wenn mit der Gesundheitskarte in einigen Bundesländern sehr schnell alle Leistungen ermöglicht werden und die Empfänger dieser Leistungen damit mit Menschen gleichgestellt werden, die ihr Leben lang in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt haben, dann wird das in Deutschland nicht als gerecht empfunden. Wenn wir in Bayern mindestens 700 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeben, dann fordern Landräte und der Städtetag sofort – und das auch mit Recht – eine Änderung des Rechtes, die jetzt übrigens in Berlin

auch erfolgen soll, damit die Kosten neu strukturiert werden und zurückgehen. Ich unterstütze diese Vorschläge, die übrigens auch von der Bundesfamilienministerin kommen. Eines sage ich Ihnen, und dabei bleibe ich: Am Ende werden wir nicht zum sozialen Frieden beitragen, wenn wir für die Versorgung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger bis zu 5.000 Euro im Monat ausgeben müssen, während es unglaublich viele Rentner gibt, die maximal 500 oder 600 Euro Rente bekommen. Das ist nicht gerecht. Das muss fair und vernünftig gestaltet werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Reden Sie mit den Rentnerinnen und Rentnern in diesem Land. Fragen Sie die Bevölkerung. Wenn das Parlament nicht mehr in der Lage ist, zu fühlen, wie das Volk denkt, und die Empfindungen der Menschen aufzunehmen, dann vertreten Sie nicht mehr ernsthaft das Volk. Dann müssen Sie sich auch nicht wundern, wenn irgendwann einmal andere an Ihrer Stelle sitzen, weil Sie das Volk ignorieren. Nehmen Sie das bitte ernst.

(Beifall bei der CSU)

Neben dem Asyl ist die Sicherheit die zweite große Herausforderung.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist doch ein Schmarrn ohne Ende! – Gegenruf von der CSU: Sie sollten lieber zuhören!)

– Für Sie ist der Schutz der Bürger ein Schmarrn, liebe Frau Stamm. Ich weiß, dass Sie ein Fan von Anarchie sind. Ihre Zwischenrufe deuten es auch regelmäßig an. Wir sind aber hier im Bayerischen Landtag und nicht auf dem Parteitag der GRÜNEN, wo Sie diese Zwischenrufe gerne machen können.

(Beifall bei der CSU)

Der Auftrag des Staates ist es, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt, die Bürger zu schützen. Das ist die Kernbotschaft des Staatswesens. Was denn

sonst? – Nicht Versorgung, sondern Schutz heißt die Kernbotschaft. Der Staat darf dabei auf das Beste hoffen, er muss aber zwingend auf das Schlimmste vorbereitet sein. Ich kann mich daran erinnern, dass ich persönlich von einigen hier im Landtag heftig angegriffen worden bin, als ich nach den Anschlägen von Paris angedeutet habe, wie schwierig es werden wird, wenn Grenzen offen sind, dass offene Grenzen auch von anderen missbraucht werden könnten. Ein Riesengeschrei gab es damals. Debatten und Angriffe gab es. Woche für Woche und Monat für Monat wird diese These, die ich damals aufgestellt habe, aber immer mehr bestätigt. Darum kann ich Ihnen sagen – –

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das müssen Sie doch nicht mehr wiederholen! Das ist doch widerlich!)

– Wenn man aus schlechtem Gewissen dazwischenruft, ist das nicht die Wahrheit, die die Bevölkerung hören will, liebe Frau Stamm. Die Wahrheit ist etwas anderes.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist: Unkontrollierte Grenzen erhöhen die Sicherheit nicht; denn sie werden von anderen möglicherweise missbraucht. Deswegen ist es für uns klar: Sicherheit muss verstärkt werden, Kontrollen müssen erhöht werden, und in Polizei und Justiz muss mehr investiert werden. Das erwarten die Bürger von uns.

(Beifall bei der CSU)

In Bundesländern, in denen Sie regieren, in denen die Wählerinnen und Wähler Ihnen den Auftrag erteilt haben, ist die Bilanz bei der Sicherheit doch eine Bankrotterklärung des Staates.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Jetzt hör doch auf!)

Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen kapitulieren.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Hören Sie halt zu! Es wird doch nicht besser, wenn Sie immer dazwischenblöken, Herr von Brunn. Das wird doch nicht besser. Das Mikrofon habe ich in dem Fall. Sie kommen noch zu Wort. Wir haben noch stundenlang Zeit. Ich habe heute nichts anderes zu tun.

Meine Damen und Herren, wenn der Staat beginnt, sich zurückzuziehen, und es Clans anderer Gruppen überlässt, die Ordnung zu gestalten – offizielle Zahlen aus allen Teilen Deutschlands bestätigen das, man nennt das neudeutsch so schön No-go-Area –, bedeutet das nichts anderes, als dass der Staat nicht in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen, weil er sich entweder nicht traut, weil er personell dazu nicht in der Lage ist oder weil er gar nicht mehr die Kraft hat, Recht und Ordnung durchzusetzen. Wer das Feld anderen überlässt, lässt es zu, dass solche Zustände wuchern. So etwas wird in Bayern nicht passieren. Wir lassen diese Form der Aufgabe von Freiheit und Sicherheit nicht zu.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sind für die Sicherheit 10 Milliarden Euro vorgesehen. Wir stocken auf Wunsch der CSU-Fraktion und des Innenministers die Sachmittel der Polizei auf. Wir steigern die Ausgaben für Dienstkleidung, Waffen und für eine bessere Ausstattung um über 30 %, weil wir mit einer immer hemmungsloseren Gewalt mancher Täter konfrontiert sind. Wir erhöhen die Zahl der Personalstellen. Im Moment haben wir mit 41.370 Stellen den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der Polizei. Wir erhöhen diese Zahl noch einmal und haben damit in Bayern 326 Polizisten pro 100.000 Einwohner, während es in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg nicht einmal 230 pro 100.000 Einwohner gibt. Wenn man weniger Polizei hat, hat man weniger Sicherheit. Wir wollen mehr Sicherheit als andere Bundesländer. So schaut es aus. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Der Innenminister und der Justizminister bekommen 1.250 neue Stellen. 1.000 Stellen entfallen auf die Polizei. Aber auch die Justiz bekommt zusätzliche Stellen. Wir verstärken die Gerichte und die Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Extremismus und Cyber-Kriminalität. Diese Zahlen sind eine Botschaft nicht nur an die Bürger, sondern auch an die, die Böses wollen. Diese Botschaft lautet: Jeder, der in Bayern Ärger machen will, muss wissen, dass er es mit dem Staat zu tun bekommt, der sehr entschlossen ist.

(Beifall bei der CSU)

Sicherheit und Asyl sind eine Herausforderung. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir auch in Bayern Entwicklungsaufgaben haben. Eine der großen Aufgaben ist der ländliche Raum. Der ländliche Raum ist für uns Entwicklungsaufgabe Nummer eins. Warum? – Wir freuen uns darüber, dass unsere Metropolen boomen und wachsen. Das ist zwar mit vielen Problemen versehen, aber sie wachsen, und das ist wichtig. Wir unterstützen die Metropolen übrigens sehr mit großen Entscheidungen, mit Verkehrsprojekten, Kulturprojekten, Universitäten und Ähnlichem mehr. Wir dürfen darüber aber nicht den ländlichen Raum vergessen.

Ich wundere mich manchmal darüber – darüber werden wir an anderer Stelle diskutieren –, wie selbstsicher und selbstbewusst in München gesagt wird, im ländlichen Raum solle alles so bleiben, wie es ist. Am besten möge sich gar nichts verändern. Machen wir doch aus dem ländlichen Raum eine Art großen Naturpark, aber ändern wir so wenig wie möglich. Wenn man den ländlichen Raum ernst nimmt, wenn man die demografische Entwicklung im ländlichen Raum ändern will, ist es ein Grundfehler, zu glauben, man könne eine Käseglocke über den ländlichen Raum legen. Der ländliche Raum muss pulsieren, er muss Lebensraum sein, aber nicht Ruheraum für alte Ideen und Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen wir uns davon nicht abbringen. Über rechtliche Fragen wie zum Beispiel das LEP werden wir an anderer Stelle diskutieren. Die Heimatstrategie ist eine ganz langfristig angelegte Strategie, die nicht auf ein Jahr beschränkt ist. Wir haben in Bayern in den letzten 10 bis 20 Jahren vielleicht manchmal das Gegenteil gemacht. Wir haben zu sehr die Metropolen beachtet. Das Ergebnis ist, dass wir uns jetzt wieder umorientieren müssen. Wir sehen, dass gerade im ländlichen Raum die Geburtenquote steigt und die Arbeitslosenquote sinkt. Abwanderungen werden geringer. Die Homogenität und Stabilität der Kraft im ländlichen Raum wachsen. Das dürfen aber nicht hohle Worte bleiben, diese Worte müssen auch unterlegt werden.

Das erste Beispiel ist der kommunale Finanzausgleich. Wir sind jetzt bei fast 9 Milliarden. Das ist ein absoluter Rekord- und Spitzenwert, den wir in Bayern haben. Noch nie war es so viel. Meine Damen und Herren, die Schlüsselzuweisungen sind so hoch wie noch nie. Die Stabilisierungshilfen in Höhe von nunmehr 150 Millionen Euro haben sich seit dem Jahr 2011 versechsfacht. Kein anderes Bundesland macht das mit dieser Wucht. Wir haben es geschafft, dass 80 % der Kommunen unter 5.000 Einwohnern, die 2012 bzw. 2013 erstmals Stabilisierungshilfen erhalten haben, ihre Verschuldung abbauen konnten. Übrigens ist der Schuldenabbau der Kommunen ein substanzieller Beitrag für mehr Leben und Innovation. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur alimentieren, sondern müssen aktivieren. Das ist eine Frage des Selbstbewusstseins. Es kann nicht sein, dass immer nur die großen Städte wie München und die Bürokratie darüber entscheiden, was im ländlichen Raum passiert. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln geben wir Bürgern, Gemeinderäten und Bürgermeistern die Selbstachtung, aus eigener Kraft stärker zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Respekt vor der Heimat. Das gehört dazu.

Lieber Peter Winter, das ergänzen wir durch Straßenbau, Straßenplanung, Städtebau und die Dorferneuerung. Da diese Maßnahmen nicht so sexy klingen, fallen sie in der

Medienberichterstattung oft hinten runter. Das sind jedoch alles Mosaiksteine, um überall im Land, in jedem Dorf und in jeder Gemeinde zu zeigen, dass der Staat es ernst meint und ihm die Bürger im ländlichen Raum etwas wert sind. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir unterstützen Gemeinden mit schwachen Ortskernen mit einem eigenen Programm, damit Leerstände beseitigt und reaktiviert werden. Alles zusammen ist ein hochmodernes Konzept. Wir erhalten mit modernen Mitteln Tradition und Kultur. Das ist für Bayern das Allerwichtigste. Wir setzen auf Innovation und Technologie, vergessen jedoch nicht die kulturelle Seele Bayerns. Diese liegt im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich als Beispiel die Digitalisierung nennen. Darüber haben wir oft geredet. Im Rahmen des Doppelhaushalts haben wir wieder einen großen Betrag von 600 Millionen Euro für die Breitbandförderung zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich kann man über einzelne Gemeinden reden. Meine Damen und Herren, das ist schon ein Erfolgsmodell. Über 96 % der Kommunen befinden sich im Verfahren. Bisher haben wir bereits Förderbescheide in Höhe von rund 500 Millionen Euro an 1.300 Kommunen übergeben.

In den letzten Jahren sind 900.000 Haushalte an das schnelle Internet angebunden worden. Das sind mehr Haushalte, als im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern vorhanden sind. Es werden 21.000 Kilometer Glasfaser verlegt – das ist achtmal der Umfang Bayerns. Der Anteil des schnellen Internets im ländlichen Raum ist verdoppelt worden. Mein sehr verehrten Damen und Herren, deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich erinnere mich zurück an die Zeit, als ich als Heimatminister mit Albert Füracker begonnen habe. Am Anfang war fast nichts da. Jetzt herrscht eine Aufbruchstimmung im Land. Ein Bürgermeister hat mir erzählt, sein Großvater habe den Strom in die Gemeinde gebracht, und er bringe das schnelle Internet in die Gemeinde. Das kann man miteinander vergleichen. Das ist das größte Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte, und es funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen das mit WLAN und Mobilfunk fort. Wir erschließen das Land Stück für Stück und bereiten es auf die modernste Technologie vor. Damit setzen wir Akzente, die es nirgendwo sonst in dieser Form gibt. In anderen Bundesländern gibt es vielleicht Bürgschaftsprogramme; keiner kümmert sich dort wirklich um WLAN. Dort schaffen es noch nicht einmal die großen Städte, aus eigener Kraft eine WLAN-Versorgung herzustellen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir geben sogar den kleinsten Dörfern die Möglichkeit, WLAN einzurichten. Wir stärken den ÖPNV. Wir unterstützen ebenfalls den Tourismus und Freizeitangebote. – An dieser Stelle ist der Zwischenruf wirklich der unangebrachteste der Welt. An dieser Stelle wäre auch von Ihnen einmal ein Beifall für die Leistungen fällig, die wir in Bayern erbringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir können über viele Dinge streiten, aber das ist objektiv so.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist uns besonders wichtig. Was wäre der ländliche Raum ohne Landwirtschaft? Manch einer redet bei der Landwirtschaft die Zahlen klein: Spielt sie noch eine Rolle? Braucht man das Ganze noch? Sind moderne Agrarfabriken wie in Nord- und Ostdeutschland denn nicht die Zukunft? – Meine Damen und Herren, auf dem bayerischen Weg, den unser Landwirtschaftsminister verfolgt, sind auch größere Betriebe ein fester Bestandteil. Die konventionelle Landwirtschaft und die Bio-Bauern gehören jedoch genauso dazu. Deshalb ist es wichtig, dass der Freistaat Bayern bei der Aufstellung seines Haushalts nicht nur über Landwirtschaft redet, sondern auch etwas dafür tut. Ich sage Ihnen eines: Ohne die bayerische Landwirtschaft wäre unser Land ärmer. Wir wollen sie in schwierigen Zeiten erhalten und stärken.

(Beifall bei der CSU)

Wir können nicht alle internationalen Entwicklungen verhindern. Leider können wir in Europa noch nicht alles steuern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was heißt "noch nicht"?)

Deshalb kämpfen wir auf allen Ebenen dafür. Wir setzen jedoch eigene Akzente. Wir setzen mit der Aufstockung des Kulap um insgesamt rund 124 Millionen Euro – das ist eine Steigerung um 34 % – ein wuchtiges Signal. Das wird anerkannt. Damit können wir schwierige Preisentwicklungen mildern und dämpfen sowie neue Akzente setzen. Wir sollten nicht nur im Hinblick auf die Preisentwicklung, sondern auch auf die Bürokratie etwas ändern. Für das Ausfüllen eines Antrags beim BAMF braucht man nur wenig Zeit. Im Vergleich dazu müssen Landwirte sehr viel mehr Zeit aufwenden. Diese Relation ist nicht mehr gerecht. Dem Land täte weniger Bürokratie in der Landwirtschaft wirklich gut.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Bildung. Lieber Gerhard Waschler, das läuft so gut, dass nur wenige sorgenvoll über das Thema reden. Das Thema Bildung bleibt selbstverständlich absolute Zukunftsperspektive. Wir geben jeden dritten Euro, insgesamt rund 38,3 Milliarden Euro, für die Bildung aus. Bildung ist das Tor in die Zukunft. Trotz Schülerrückgängen haben wir keine Lehrerstelle in Bayern gestrichen. Wir haben die demografische Rendite vollständig im Schulsystem belassen. Daneben haben wir noch neue Stellen ausgebracht. Seit dem Jahr 2009 ist die Zahl der Lehrerstellen um über 6 % gestiegen. Zusätzlich gibt es 821 neue Stellen, um die Beschulung von Flüchtlingen zu garantieren. Bis zum Ende des Jahres 2018 wird die Zahl der Lehrerstellen auf 90.000 Stellen steigen. Das ergänzen wir mit der Regionalisierung der Hochschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas Besseres fällt uns jetzt auch nicht mehr ein. Das ist wirklich ein zielführender und guter Weg.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zum Thema Personalhaushalt. Neben Investitionen ist das Personal immer ein wichtiger Bestandteil. Wir erhöhen den Personalstand um 3.182 Stellen, davon sind 42 % dem Bereich Sicherheit und 41 % dem Bereich Bildung zuzuordnen. Das sind gut angelegte Stellen. Wie steht es überhaupt um den öffentlichen Dienst? – Vor vielen Jahren hat es Ärger gegeben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Im Ländervergleich findet Bayern Anerkennung bei seinen Beamten. Unser Dienstrecht erhält nationale Preise. Anders als Länder wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Hessen zeigen wir bei der Bezahlung und Alimentierung, dass uns die Leistung der Beamten genauso viel wert ist wie die der Angestellten im öffentlichen Dienst. Das wollen wir auch fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man auch belegen. Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele nennen. Ein bayerischer Polizeibeamter – A 13, Endstufe, ledig – erhält im Jahr rund 7.500 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, rund 5.000 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz oder 3.400 Euro mehr als in Nordrhein-Westfalen. Ein bayerischer Steuerbeamter – A 8, Endstufe, verheiratet – erhält 4.000 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, 3.100 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz, 2.200 Euro mehr als in Niedersachsen oder 2.100 Euro mehr als in Hessen. Ein bayerischer Grundschullehrer in A 12, der in der Anfangsstufe und ledig ist, erhält 5.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Rheinland-Pfalz, 4.500 Euro mehr als in Niedersachsen und 3.200 Euro mehr als in Hessen. In Berlin werden neueingestellte Lehrer nicht mehr verbeamtet. Diese drei Beispiele zeigen, dass sich die bayerischen Beamten glücklich schätzen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Stellenanzahl bei der Steuerverwaltung neu strukturiert. Im Zeitraum von 2009 bis 2016 haben wir über 2.000 neue Stellen geschaffen. Im Doppelhaushalt sind weitere 900 Stellen für die Steuerverwaltung vorgesehen. Die Steuerverwaltung

weist über 2.400 Auszubildende auf. Das ist Rekord. Einige Abgeordnete, unter anderem Vizepräsidentin Inge Aures, waren dabei, als wir diese Woche neue Personalanwärter bei uns aufgenommen haben. Wir haben die Steuerfahndung seit dem Jahr 2011 um über 30 % gestärkt. Dadurch hatten wir im Jahr 2015 340 Millionen Euro Mehreinnahmen, das waren 50 % mehr. Unsere Betriebsprüfer übertreffen die nationalen Ergebnisse.

Ich weiß, dass man immer noch mehr fordern kann. Ich möchte dazu eine Aussage des Jesuitenpaters Jörg Alt zitieren. Er ist ein sehr kritischer Begleiter unserer Finanzpolitik und hat ein Buch herausgebracht. Letztlich hat er auf einer Veranstaltung, als es genau um dieses Thema ging, Folgendes zum Thema Steuerverwaltung gesagt – ich bitte alle, sich das zu merken, und sage das für das Protokoll –: "Erst Markus Söder hat das Ruder herumgerissen." Recht hat er; das haben wir gemacht, und wir setzen diesen Weg fort, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):
Waren die vor Ihnen alle unfähig?)

– Über einen Pater sollte man nicht lachen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich meinte Ihre Vorgänger!)

Neue Stellen bedeuten auch Herausforderungen für die Zukunft. Das ist das Thema Zukunftsvorsorge/Pensionsfonds. Meine Damen und Herren, das ist schon eine größere Herausforderung für die nächste Generation; das müssen wir sehr ernst nehmen. Unser Ziel war, ist und bleibt es, die Versorgungsausgaben langfristig so tragbar zu machen, dass auch die jüngeren Abgeordneten in zwanzig Jahren ihre Haushaltspläne noch vernünftig und sauber aufstellen können. Im Jahr 2013 lag die Versorgungshaushaltsquote bei knapp 9 %. Sie wird steigen, aber nicht so wie geplant: Sie wird um 10 % betragen, etwas darüber, und ab 2031 wird sie auf 9 % sinken, weil wir zwei Dinge gemacht haben: Erstens committen wir uns klar, dass wir am Ende das Geld, das wir mit der Schuldentilgung gespart haben, die ersparten Zinsen also, einsetzen,

um Vorsorge zu treffen. Ich finde zweitens, meine Damen und Herren, dass der Pensionsfonds, den wir entwickelt haben, in den wir jährlich über hundert Millionen Euro einzahlen und der mittlerweile jährlich 2,3 Milliarden Euro an Ertrag hat, ein echtes Konstrukt der Zukunftsvorsorge ist. Deswegen kann ich nur eines sagen: Ja, wir haben mehr Personal eingestellt. Das muss man verantworten. Aber wir können das alles so abbilden, dass uns das Ganze nicht über den Kopf wächst, sondern dass auch die Tragfähigkeit des Staatshaushalts auf Dauer gewährleistet ist.

Ich möchte nie in die Situation kommen, dass Politiker darüber reden, Leistungen, Lebensleistungen im öffentlichen Dienst zu streichen, zu kürzen oder Leute auszustellen. Der öffentliche Dienst braucht eine verlässliche Perspektive für die Zukunft, und die hat er bei uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Noch zwei Punkte, die auch schmerzen, möchte ich unbedingt ansprechen. Man könnte ja sagen: Es ist alles gut – eigentlich ja, wenn es da nicht noch andere Dinge gäbe. Der erste Punkt ist der Länderfinanzausgleich. Nachdem heute und morgen verhandelt wird, gebe ich nur einen kurzen Ausblick. Aber das Thema darf man nicht verschweigen. Im Regierungsentwurf 2017/2018 sind dafür 12,4 Milliarden Euro an Zahlungen vorgesehen, 11 % des gesamten Haushalts. Im Jahr 2016 werden wir die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten. Wenn man die Zahl für das Jahr 2015 mit dem Umsatzsteuervorwegausgleich zusammenrechnet, hätten wir schon 7,5 Milliarden Euro bezahlt. Ich will mal sagen: Das ist die größte karitative Entscheidung für andere Bundesländer, die es in Deutschland gibt.

Aber, meine Damen und Herren, irgendwann findet alles sein Ende. Und darum ist die Entscheidung, die jetzt in Berlin getroffen wird, so wichtig. Wir wollen – und zwar im Einklang aller Länder; alle Länder haben zugestimmt, auch die anderen Bundesländer akzeptieren das –, dass Bayern eine deutliche Entlastung von über einer Milliarde Euro bekommt, dass der Tarif so gesenkt wird, dass vom Ertrag des Fleißes mehr im

eigenen Land bleibt. Wir hoffen jetzt sehr und unterstützen unseren Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen, dass dieses Ergebnis, das alle Länder einheitlich wollen, so vereinbart wird. Ich sage aus tiefer Überzeugung: Der Fleiß der Bayern muss sich lohnen. Das heißt: Mehr bayerisches Geld muss künftig in Bayern bleiben, anstatt woanders hinzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum letzten Punkt, der scheinbar international ist, aber für die Bürger sehr persönlich wird: Die Rettung des Euro ist eine große Aufgabe, die der Freistaat Bayern allein sicher nicht leisten kann.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich weiß nicht, ob Sie gerade eine SMS gelesen haben. – Die Niedrigzinsphase, meine Damen und Herren, fräst sich ins kollektive Bewusstsein und in den Geldbeutel eines jeden Sparers in unserem Land, und zwar unumkehrbar. Sie belastet Sparkassen und Genossenschaften dermaßen, dass das Geschäftsmodell irgendwann infrage steht, wenn es so weitergeht. Die Idee, den Euro damit zu stabilisieren, war gut gemeint. Aber sie führt jetzt nachhaltig dazu, dass Reformen in den Ländern nachlassen, weil billiges Geld den Markt überschwemmt, und dass reale Investitionen in die Wirtschaft ausbleiben, weil es im Endeffekt um nichts anderes geht als um das Aufpumpen von Finanzmärkten. Indirekt ist das, meine Damen und Herren, eine heimliche, eine schleichende Transferunion, von der deutsche Sparerinnen und Sparer und Versicherte getroffen werden. Und ich finde es auch unmoralisch, wenn Sparen am Ende weniger sinnvoll ist als Schuldenmachen. Der Bürger leiht heute dem Staat, dem Bund Geld über Bundesanleihen und muss zusätzlich Geld bezahlen, obwohl er leiht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir sind kein Volk von Spekulanten; wir sind ein Volk von Sparern, und darum muss sich diese Zinspolitik ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren, um zu anderen Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage das, weil wir dazu auch eine Idee haben. Wir sagen: Wenn wir auf der einen Seite Rekordsteuereinnahmen und auf der anderen Seite niedrige Zinsen haben und der Staat ein Stück weit "zu viel" – ich sage das in Anführungszeichen – bekommt, dann ist das unfair, und dann muss der Staat etwas zurückgeben. Darum setzen wir auf eine seriöse Steuerreform, nicht auf eine Wolkenkuckucksheim-Steuerreform, die klarmacht, dass die Bürger, und zwar die in den unteren und mittleren Einkommensgruppen, entlastet werden, dass die kalte Progression endlich beseitigt werden muss, dass sich Leistung lohnen muss. Da hat jemand mal gesagt – das habe ich letzte Woche gehört, und das hat mir gut gefallen –: Bei uns in Deutschland wird Leistung nur noch über das definiert, was jemand bekommt; Leistung ist aber auch das, was jemand leistet. Auch das, meine Damen und Herren, muss der Staat endlich wieder mehr honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen auch noch – die Zeit dafür ist, glaube ich, reif – auf das Ende, den Abbau des Soli. Er wird ohnedies jetzt schon nicht mehr überwiegend für den Aufbau Ost verwendet. Ich finde, meine Damen und Herren: Jetzt, so viele Jahre nach der Deutschen Einheit und nachdem so viel geleistet wurde, ist der richtige Zeitpunkt dafür gekommen, den Soli abzubauen, nicht in zehn Jahren, sondern in fünf Jahren, und dem Bürger endlich das Geld zu belassen. Das beste Steuergeld ist das Geld, das der Bürger behalten kann, nicht das, das der Staat nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Das ist ein starker Haushalt für ein starkes Land. Natürlich kann man über manches reden; das ist keine Frage. Aber ich glaube: In der Gesamtkomposition – und ein Haushalt ist wie eine Choreografie – greift alles ineinander, ist logisch und deckt die Schwerpunkte ab, die wir in Bayern definieren und die wir im Einklang mit der Bevölkerung für richtig halten. Ich sage Ihnen eines: Beim Arzt werden im Rahmen eines Bluttests die einzelnen Werte gecheckt. Der Haushalt ist auch so eine Art Labortest. Demnach sind wir, meine Damen und Herren, topfit.

Für mich ist bayerische Finanzpolitik Landespolitik pur und auch, sagen wir einmal, das Rückgrat aller anderen Politikfelder. Deswegen sage ich: Wir in Bayern und auch ich haben hier eine gemeinsame Mission. Wir wollen diese Stabilität der Finanzpolitik auch in Zukunft halten. Wir werden nicht bestimmen können, was von außen noch alles auf uns zukommt. Aber die Aufgabe, die wir leisten können, ist, uns für die Zukunft zu rüsten und für schwierige Zeiten stark zu machen, nicht Geld zu verteilen oder zu verschenken, sondern es dort einzusetzen, wo wir es für sinnvoll halten. Es bleibt die große Aufgabe und das Ziel – das sage ich ausdrücklich –, dass wir hier im Landtag, ich übrigens auch, das Versprechen von Horst Seehofer, bis 2030 schuldenfrei zu sein, gemeinsam erreichen. Dafür kämpfen wir gemeinsam und legen deswegen einen Haushalt vor, der eine echte Perspektive, eine echte Zukunftshoffnung für unsere Bürgerinnen und Bürger und dabei noch solide, stabil und sicher ist. Wer anders als wir kann das? – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 96 Minuten vereinbart worden ist. Ausgangspunkt für die Verteilung war eine Redezeit der Staatsregierung von 32 Minuten; der Herr Staatsminister hat sechs Minuten länger geredet. Von daher gesehen ergibt sich eine entsprechend längere Redezeit auch für die Fraktionen. Darauf wollte ich nur hinweisen, damit Sie dies auch nutzen können, wenn Sie das wollen.

Nächster Redner ist der Kollege Güller von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Haushaltsrede wie erwartet. Es war ja auch nichts anderes zu erwarten als eine Aneinanderreihung von Schlagworten, Selbstlob, Selbstbeweihräucherung und eine Personalitshow à la Söder, und zwar in Richtung der eigenen Fraktion: Ich bin der Einzige, der Kandidat werden kann.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

In der Haushaltsrede wurden oft die Wörter "Zukunft" und "Investitionen" gebraucht. Lassen Sie uns in den kommenden Minuten überprüfen, wo sich für die Wörter "Zukunft" und "Investitionen", die Sie benutzt haben, im Haushalt Zahlen finden. Mit Worten kann man in diesem Haus leicht um sich werfen. Sie müssen sich aber an den Zahlen und Perspektiven messen lassen, die sich für ein gutes Bayern auch in 15 oder 20 Jahren im Haushalt finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister hat von einem Haushalt der Rekorde gesprochen. Der Haushalt hat zwar mit 57,9 bzw. 59,3 Milliarden Euro eine Rekordhöhe, zeichnet sich aber auch durch einen Rekord an Einfallslosigkeit, fehlenden Impulsen und Antworten auf die Frage aus, wie Bayern zukunftsfähig zu machen ist. Der Haushalt wird den Anforderungen einer Weichenstellung für ein gutes Bayern in 15 und 20 Jahren nicht ansatzweise gerecht und greift die Probleme nicht wirklich auf und an.

(Manfred Ländner (CSU): Nicht zugehört!)

– Wenn Sie, Herr Ländner, zugehört hätten, hätte Ihnen zumindest das Thema Wohnungsbau gefehlt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD)

Das ist das drängendste Thema sowohl im ländlichen Raum als auch im städtischen Bereich. Wir hatten letztes Jahr 160 Millionen Euro im Haushalt und hatten 2014 bei der Förderung öffentlicher Wohnungen mit 1.904 einen Tiefstand. Alle Experten sagen: Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren 100.000 neue Wohnungen in Bayern, um den Notstand und die steigenden Mietpreise auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Dazu gab es von Ihnen heute keinen Impuls, keine Vorschläge und keine Vorlagen im Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Entschuldigung! Ich muss mich verbessern. Sie haben eine Nachschubliste geliefert. In der Nachschubliste heißt es jetzt: Das zweite Bayerische Modernisierungsprogramm für die Wohnungsbauförderung machen wir mit der staatlichen Wohnungsraumförderung teilweise deckungsfähig. Das ist ein toller Kniff. Sie bewegen bisher 10 Millionen Euro, in Zukunft 20 Millionen Euro, von einem Topf in einen anderen Topf, ohne auch nur einen Euro dazuzulegen. Das ist ein Taschenspielertrick und wird dem, was der Freistaat Bayern braucht, nicht gerecht, nämlich mehr und bezahlbaren Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Fair wäre es gewesen, wenn Sie in Ihren Haushalt Ersatz für die 33.000 GBW-Wohnungen aufgenommen hätten, die Sie vor einigen Jahren verschербelt haben. Die Mieterinnen und Mieter wurden – das haben wir schon immer gesagt – im wahrsten Sinne des Wortes verkauft und verraten. Jetzt steht das Thema, dass das Bieterverfahren nicht ordentlich gelaufen ist, im Raum, und das macht die Angelegenheit umso bitterer. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Haus in den nächsten Wochen und Monaten aufgeklärt werden und darüber intensiv zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man den Wohnungsbau im Haushalt anschaut, sieht man, was es heißt, wenn Sie permanent sagen, Sie arbeiten für die kleinen und mittleren Einkommen im Freistaat, für die Menschen, die billigen Wohnraum brauchen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen und die überhaupt Wohnraum brauchen: Sie tun es nicht.

Sie tun es auch bei der Infrastruktur nicht. Die Menschen in Bayern, ob in Städten oder auf dem flachen Land, brauchen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur. In Richtung der GRÜNEN, die wieder so fröhliche Finanzierungsvorschläge machen und sagen, im Straßenbau sparen wir, weil das so gut klingt, sei angemerkt: Das fördert die verdeckte Verschuldung, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen unsere Infrastruktur auf einem akzeptablen Stand halten. Ich rede nicht von Neubau, sondern ich rede von Ausbau und Instandhaltung. Offenbar haben es noch nicht alle kapiert: Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur auch für den öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land und ebenfalls für den Radverkehr. Das ist kein Widerspruch. Der Oberste Rechnungshof hat vor einigen Jahren von einem Investitionsstau von 720 Millionen Euro bei der Sanierung von Straßen gesprochen. Wir müssen hier etwas tun. Was machen Sie? – Sie tun so, als würden Sie den Haushalt sanieren, und schieben dabei Milliardenlasten in die Haushalte der nächsten Jahre und damit auf die nächste Generation. Das ist ungerecht und mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche machen Sie bei staatlichen und kommunalen Gebäuden. Es geht an die Substanz, wenn Sie zu einer flächendeckenden energetischen Sanierung im ganzen Land schweigen.

Das Gleiche machen Sie bei dem Thema der Barrierefreiheit. Es gab große Worte des Herrn Ministerpräsidenten: Der Freistaat ist 2023 barrierefrei. Wenn Sie sich den

Haushalt anschauen, können Sie aus 2023 ganz gemütlich 2032 oder 2040 machen; denn im Haushalt finden sich nicht die notwendigen Ansätze. Das ist unfair gegenüber allen Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, es ist unfair gegenüber allen, die mobilitätseingeschränkt sind. Deswegen werden wir hier machtvollen Änderungsanträge stellen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Minister, nämlich beim Breitbandausbau. Ja, Sie haben jetzt mehr Mittel eingestellt. Danke, dass Sie den Anträgen der SPD-Fraktion aus den letzten Jahren nun endlich gefolgt sind. Danke, dass Sie uns nicht mehr für blöd halten, wie Sie das getan haben, als Sie gesagt haben: Wie kommen die Sozialdemokraten darauf, hier Gelder zu fordern? Alles geht doch hervorragend. Danke, dass Sie schlauer geworden sind. Aber kein Danke dafür, dass Sie den Ausbau des Breitbands und der Kommunikationsstruktur in Bayern um mehrere Jahre verzögert und uns damit in Richtung Schlusslicht in Deutschland gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema öffentliches WLAN können wir noch nachlegen; Sie werden auch da Gelegenheit haben, unseren Anträgen zu folgen.

Wie soll die Infrastruktur für ein modernes Bayern in 15 bis 20 Jahren aussehen? Die SPD will in die Zukunft und in eine moderne Familienpolitik investieren. Zu einer modernen Familienpolitik gehören Kitas in hoher Qualität und mit längeren Öffnungszeiten als heute. Schauen wir in Ihren Haushalt: Fehlanzeige, kein Impuls in diese Richtung. Die Impulse werden von der SPD gesetzt. Wenn wir im Freistaat Verantwortung und Mitverantwortung für den Haushalt haben, wird es kein Betreuungsgeld, sondern ab dem Moment des von uns bestimmten Haushalts kostenlose Kitas für alle Kinder geben. Das ist klar, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns die Investitionen in die Bildung an. Nach wie vor fehlt massiv Personal im Bereich der Grundschulen, der Mittelschulen, der Realschulen und der beruflichen Schulen, aber auch der Hochschulen. Wo sind hier Ihre Impulse? Sie sind im Haushalt nicht feststellbar. Sie reden über höhere Qualität in der Ausbildung, gehen aber zum Beispiel an dem Thema der digitalen Bildung komplett vorbei. Nicht einmal Ansätze einer Veränderung finden sich in diesem Haushalt.

Auch über die Impulse der SPD in den genannten Bereichen für eine gute Zukunft Bayerns werden wir in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss, durch unsere Änderungsanträge induziert, zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal das Thema Sicherheit an. Was haben wir da in den letzten Jahren erlebt? – Keine Rede des Herrn Ministerpräsidenten, des Herrn Finanzministers und insbesondere des Herrn Innenministers ohne einen Dank an die Polizei und unsere Sicherheitsbehörden. Keine Rede ohne: Wir müssen sicherer werden. Wir werden dort noch etwas machen.

Schauen Sie sich doch einmal an, wie viel Personal in den einzelnen Polizeiinspektionen fehlt! Schauen Sie sich an, welche Überstundenberge die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, vor sich herschieben! Schauen Sie sich die veraltete und nicht mehr zeitgemäße Ausstattung an! Schauen Sie sich an, was Sie unter dem Sparkurs von Herrn Stoiber, fortgesetzt unter Herrn Seehofer, beim Personal in diesem Bereich angerichtet haben!

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich auch an, was Sie im Bereich der Strafverfolgung, in den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften, angerichtet haben! Da rede ich nicht nur von den fehlenden Beamten, sondern auch von den Verwaltungsangestellten, die die Richter und Staatsanwälte entlasten könnten. Sie haben die Zukunftsfähigkeit dieses Landes,

die Sie verbal herbeireden, im Haushalt nicht realisiert. Auch hierzu wird es Anträge der SPD-Fraktion geben. Herr Minister, Sie werden die Chance haben, Ihren großen Worten von heute auch Taten folgen zu lassen.

Kolleginnen und Kollegen, an einem Punkt gebe ich Ihnen aber recht: Im Bereich Asyl müssen wir nicht vorrangig über den Haushalt reden. Da ist zwar auch viel zu tun – Asylkoordination, Asylhelfer, unbegleitete minderjährige Ausländer – und in den Bezirken, die Sie finanziell alleine lassen. Aber was nützt all das Geld, wenn Sie auf der einen Seite zwar Geld zur Verfügung stellen, aber auf der anderen Seite mit Ihren verbalen Ausfällen, die nur darauf abzielen, die Wählerinnen und Wähler der AfD zu sich zu holen, wieder alles einreißen?

(Beifall bei der SPD)

Was nützt die beste Asylbetreuung, wenn Sie Stimmung gegen alle Flüchtlinge machen, wenn Sie alle zum Sicherheitsrisiko erklären? Was nützt all die finanzielle Unterstützung, wenn Sie Ihr christliches Weltbild an dieser Stelle völlig vergessen haben? Was nützt es, wenn Sie Geld hierfür einstellen und Herr Scheuer auf der Straße gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch gegen die Helferinnen und Helfer, die versuchen, sie zu integrieren, hetzt? – Es nützt nichts, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen muss das Ganze weit über den Haushalt hinaus geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zum Thema Stellen kommen. Sie haben recht: Der öffentliche Dienst in Bayern arbeitet vorbildhaft. Deswegen haben wir gesagt: Er hat es nicht verdient, dass man mit der Rasenmähermethode über nötige Stellenmehrungen mit Stellenobergrenzen hinweggeht. Seit Jahren sagen wir – für die Fachleute: Artikel 6b des Haushaltsgesetzes –, dass die pauschale Einsparung von 2.740 Stellen Käse ist. Vielmehr muss man sich jeden Bereich einzeln anschauen.

Was sieht man versteckt im Haushaltsgesetz auf der Seite 34? – Dort heißt es: Wir nehmen die Streichung um 880 Stellen zurück. Bei diesen Stellen handelt es sich um einen Stellenabbau, der zwar im Haushaltsgesetz enthalten, aber – wörtliches Zitat – "seitens der Staatsregierung noch nicht mit konkreten Reformvorhaben hinterlegt war".

Exakt dies sagt die SPD-Fraktion, seit es den Artikel 6b in dieser Form im Haushaltsgesetz gibt. Genau dies beantragen wir seit dieser Zeit jedes Jahr. Heuer schreiben Sie in die Randbemerkungen: Ja, da haben die schon irgendwie recht gehabt. – Aber dann geben Sie uns auch recht, und streichen Sie die Stellenobergrenze generell, auch in Bezug auf die jetzt noch bestehenden. Gehen Sie einmal durch die Verwaltung! Nehmen Sie sich die Zeit, und schauen Sie sich jede einzelne Staatsaufgabe an! Dann können wir vernünftig darüber reden.

Wie ernst Sie es meinen, wenn Sie sagen, Sie machen jetzt Stellenhebungen im Haushalt, sieht man bei der Schlösser- und Seenverwaltung. Dort wird als Erstes der Präsident in eine höhere Gehaltsgruppe gehoben. Ich glaube, diejenigen, die Ihnen geholfen haben, schöne Bilder in einer Gondel auf einem See zu machen, die dafür sorgen, dass sich die Gäste in unseren Schlössern wohlfühlen, und darauf aufpassen, dass viele unserer Parks 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag offen gehalten werden können, hätten Stellenhebungen und Stellenmehrungen viel mehr verdient als der Präsident an erster Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Für uns kommen zuerst die Mitarbeiter in den normalen Besoldungsgruppen. Erst dann kommt die Spitze des jeweiligen Hauses. Da gehen unsere Meinungen, Herr Minister, offensichtlich ganz deutlich auseinander.

Kolleginnen und Kollegen, man kann aber wohl nicht pauschal sagen, dass die CSU und der Minister nicht lernfähig seien. Schon seit Jahren fordern wir, dass es Stellenhebungen geben muss. Jetzt, an dieser Stelle, werden sie zum Teil gemacht. Aber wenn Sie A sagen, müssen Sie auch B sagen. Geben Sie endlich auch bei dem zwei-

ten Thema nach! Es ist doch ein Unsinn erster Rangordnung, eine pauschale Wiederbesetzungssperre von drei Monaten im öffentlichen Dienst auszusprechen. Wenn eine Stelle tatsächlich nicht mehr notwendig ist, braucht man keine dreimonatige Sperre, sondern die Stelle fällt weg. Ist eine Stelle im öffentlichen Dienst hingegen notwendig, dann braucht man eigentlich statt einer Sperre eine bestimmte Zeit, während der zwei Personen an etwas arbeiten, nämlich die eine der anderen die Arbeit übergibt, sie in die Arbeit einführt und zeigt, was zu tun ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung, die Sie haben, nämlich nach der Rasenmähermethode drei Monate Sperre zu fordern, ist nicht zeitgemäß.

Das nächste Thema: Wie viele Personen sind im Steuervollzug tätig? – Sie haben heute wieder das Thema Internationales Steuerzentrum genannt und dargestellt, wie viel Sie getan haben. Sie haben Herrn Jesuitenpater Jörg Alt zitiert. Herr Minister, wenn Sie ihn schon zitieren, dann müssen Sie ihn aber auch richtig zitieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist der Punkt!)

Lesen Sie das Buch! Wenn Sie es wollen, dann schenken wir es Ihnen. Bei der Vorstellung hat er gesagt, dass Ihre Vorgänger die Finanzverwaltung in Bayern so herunter- und gegen die Wand gefahren haben, dass jetzt selbst Ihre halbherzigen Veränderungen genial sind.

Sie haben das Internationale Steuerzentrum so gelobt und sich mit einem Cappy mit der Aufschrift "Steuer-FBI" dreimal gezeigt. Wahrscheinlich waren mehr Menschen in der PR-Abteilung von Herrn Söder damit beschäftigt, die Presseartikel zu schreiben, als in diesem Steuerzentrum real an Steuerbeamten arbeiten. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen nur Show. Sie sprechen von 340 Millionen Euro Mehreinnahmen. Aber gleichzeitig tun Sie in der Masse der Steuerverwaltung nichts. Wir müssen an dieser Stelle mehr tun, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir schon generell bei der Steuerpolitik sind, Herr Minister: Zu einer guten Haushaltspolitik gehört auch, dass man sich um einen ordentlichen Steuervollzug kümmert. Dazu gehören aber auch rechtliche Grundlagen. Wie kommen Sie dazu, die Erbschaftsteuer regionalisieren zu wollen? Wie kommen Sie dazu, den Erbschaftsteuersatz für Bayern heruntersetzen zu wollen? Hier geht es darum, Milliardenvermögen – da ist nicht der kleine Häuslebauer gemeint, der ein Haus vererbt –, endlich ordentlich zu besteuern. Warum sind Sie gegen eine neue Vermögensteuer? Dabei geht es nicht einmal um den einfachen Millionär. Da geht es um Leute mit zweistelligen Millionenbeträgen auf ihrem Konto, für nichts und wieder nichts. Diese Vermögen tragen nichts zu dieser Gesellschaft bei, und Sie sagen: Nein, das wollen wir nicht einbeziehen. – Das ist fahrlässig, das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Hier vertritt die SPD andere Auffassungen. Wir finden das nicht gerecht. Bei der Schaffung neuer Steuertarife sind im Einkommen- und Lohnsteuertarif Veränderungen notwendig. Es sind Verschiebungen notwendig. Diejenigen, die in der Bundesrepublik höchste Einkommen erzielen, teils ohne Arbeit, müssen höher und gerecht besteuert werden. Schlupflöcher müssen gestopft werden. Diejenigen mit mittleren und niedrigen Steuerlasten müssen entlastet werden. Das ist richtig. Aber Sie haben vor Kurzem bei Apple eindrucksvoll gezeigt, was Sie damit meinen. Wenn Sie von der Entlastung mittlerer Einkommen sprechen, sprechen Sie eigentlich von Mitleid für Milliardäre und großen Konzernen wie Apple mit einer Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro bei einer Steuerlast in Irland in Höhe von 0,005 %. Und Sie sagen: Das wird das Unternehmen nur schwer verkraften können. Vielleicht hat das Folgen für das deutsch-amerikanische Verhältnis. Vielleicht hat es Folgen für mein Apple-Handy, auf dem ich auch während der Plenarsitzung so gerne herumspiele.

(Heiterkeit bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sauerei!)

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser sozialdemokratisches Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute eine schöne Zusammenfassung austeilen lassen: Haushalt ohne Schulden, Schuldenabbau fortsetzen, hohe Investitionsquote. – Beginnen wir bei der Investitionsquote. Wer Sie und Ihre PR-Shows kennt, weiß Bescheid. Wenn dort steht "hohe Investitionsquote", nicht "höchste Investitionsquote", nicht "beste", nicht "schon immer" oder "auf der Welt" und "im Universum",

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In der ganzen Welt!)

dann ist an dieser Stelle irgendetwas faul. Schauen wir uns darum die Investitionsquoten der letzten Jahre an. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %. Dieses Jahr sind es 11,7 %. Nächstes Jahr sind es wieder 11,8 %. Übernächstes Jahr sind es 11,5 %. Das bedeutet einen Rückfall vor das Jahr 2015. Herr Minister, wenn Sie dann darauf stolz sind, groß auszuteilen und von hoher Investitionsquote sprechen, sollten Sie sich ein ganz klein bisschen schämen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, dass Sie während der Haushaltsberatungen dem einen oder anderen Antrag von uns zu Investitionen zustimmen. Dann wird die Investitionsquote zunehmen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist denn die Lage in Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege? Wie ist es dort, wo Sie regieren?)

Herr Kreuzer: Erstens sind wir in Bayern.

(Peter Winter (CSU): Gott sei Dank!)

Zweitens, Herr Kreuzer: Als jemand, der mitverantwortlich dafür ist, dass in den Haushalten der letzten Jahre ein Stellenabbau stattgefunden hat und Einsparungen im Polizeibereich und im Schulbereich vorgenommen wurden, der mitverantwortlich dafür ist,

dass der Haushalt den Breitbandausbau nicht abgebildet hat, der mitverantwortlich dafür ist, dass der Haushalt ein Milliardenesaster in der Landesbank zu verarbeiten hat, der zugeschaut hat bei dem, was Ihr damaliger Ministerpräsident Stoiber und Ihre Minister und Ihre Staatssekretäre im Verwaltungsrat der Landesbank angerichtet haben,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie reden von Nordrhein-Westfalen!)

Herr Kollege, wäre ich ganz ruhig und ein ganz klein bisschen demütig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das einzige Thema, das Sie seit Jahren haben! – Beifall bei der SPD)

Da würde ich nicht auf Nordrhein-Westfalen verweisen, sondern vor meiner eigenen Türe kehren und schauen, dass mein Haushalt ordentlich aufgestellt ist, anstatt dazwischenzuquatschen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben bloß ein Thema! Billig, billig, Herr Güller!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich komme zum Thema Schuldenabbau. Schauen wir uns das an. Sie tilgen – das ist richtig und gut – nächstes und übernächstes Jahr jeweils 500 Millionen Euro aus dem Stabilisierungsfonds Finanzmarkt. Sie sind stolz auf einen Haupthaushalt ohne die Nebenhaushalte zu beachten, einen ausgeglichenen Haushalt im 13. Jahr. Sie sagen kein Wort über die Rücklagen. Wir hatten im Haushalt 2015 6,1 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Josef Zellmeier (CSU): Welche Lücke hat Nordrhein-Westfalen? – Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist es in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller? – Isabell Zacharias (SPD): Wir sind in Bayern, Herr Kreuzer!)

Wir haben am Ende des Doppelhaushaltes noch 1,5 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Isabell Zacharias (SPD): Genau!)

Sie können Nordrhein-Westfalen bringen, und Sie können noch dreimal dazwischenquatschen. Herr Kreuzer, ich sage es Ihnen dann zum vierten Mal: Von jemandem, der Mitverantwortung für das Landesbankdesaster trägt, lassen wir uns nicht sagen, wie man einen Haushalt aufzustellen hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Heiligs Blechle! Das heißt, Sie entnehmen Geld aus der Rücklage. Dieser Staatshaushalt hat Ende 2018 valutierte Schulden in Höhe von 24 Milliarden Euro. Wie wollen Sie diese 24 Milliarden Euro tilgen, wenn Sie nicht zwei Wetten eingehen? Die erste Wette ist diejenige auf den Länderfinanzausgleich, den Sie auf die lange Bank geschoben haben, indem Sie ständig Klagedrohungen vorgebracht haben, anstatt zu verhandeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich komme zu der zweiten Wette. Wie wollen Sie die Schulden im Haushalt ohne eine Niedrigzinspolitik der EZB tilgen? Der größte Profiteur der Niedrigzinspolitik der EZB sind die Staatshaushalte und insbesondere auch der bayerische Staatshaushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Peter Winter (CSU): Nein! – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am meisten profitieren! Selbst Geld einstecken!)

Sie geben hier den ganzen Tag den großen Retter der kleinen Leute, hetzen gegen die EZB und stecken dann klammheimlich das Geld ein, um den Haushalt zu sanieren. Sie sollten sich ehrlicherweise für eine der beiden Argumentationen entscheiden, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo!)

Ich darf zum Abschluss kommen. Wir als SPD legen Anträge vor, die Investitionen in Wohnbau, zukunftsfähige Infrastruktur, zukunftsfähige Verkehrs- und Kommunikations-

wege und in die innere Sicherheit garantieren. Wir geben viele Impulse für ein zukunftsfähiges Bayern auch in 15 und 20 Jahren. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den kommenden Haushaltsberatungen konstruktiv über diese Themen reden. Wir können natürlich nicht alles in einem Doppelhaushalt und in zwei Jahren erledigen. Aber wir können die Weichen endlich richtig stellen. Wir können den Stillstand und das reine Reagieren auf Anforderungen von außen schnell beenden. Wir können wieder aktive Politik betreiben. Kolleginnen und Kollegen der CSU, dazu muss aber eine Bereitschaft Ihrerseits bestehen. Nicht nur Showveranstaltungen, nicht nur Schlagworte,

(Beifall bei der SPD)

es bedarf konkreter Diskussionen über die einzelnen Anträge. Gehen Sie auch auf die Belange der Menschen ein, die sich in zahlreichen Eingaben, Gesprächen und Briefen an uns wenden. Wischen Sie diese nicht vom Tisch. Folgen Sie außerdem einer Vielzahl der Anträge der Sozialdemokratie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächsten Redner bitte ich Herrn Kollegen Winter zum Rednerpult.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Harald Güller, ich hatte gedacht, der neue finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion werde wahre neue Akzente setzen. Ich habe aber festgestellt, dass deine Rede ein Zusammenschnitt der letzten Reden des Kollegen Halbleib war. Etwas wirklich Neues ist heute leider nicht zutage getreten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Die SPD stellt – Gott sei Dank! – den Haushalt in Bayern nicht auf.

(Zuruf von der SPD: Noch nicht!)

Damit würden nämlich die Weichen in Richtung Schuldenstaat gestellt. Ich habe die jüngsten Haushaltsforderungen der SPD zusammengerechnet. Wenn wir dem zustimmten, dann hätten wir Zustände wie in Nordrhein-Westfalen oder in Bremen. Bremen ist insoweit ja noch ein Stück weit "besser" als Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Das sagen die größten Schuldenmacher! Landesbank!)

Jetzt fällt mir der Satz ein: An der Zahl unserer Neider erkennen wir die Qualität unserer Arbeit. – Nach dieser Rede bin ich fest davon überzeugt, dass wir an unserem finanzpolitischen Weg festhalten sollten. Sonst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es hier mit Zwischenrufen wie "Es geht uns in Bayern gut!" schnell vorbei.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir könnten vielleicht noch einmal den Versuch unternehmen, mit Frau Hendricks in Berlin darüber zu reden, ob steuerpolitische Maßnahmen nicht doch endlich auf den Weg gebracht werden können, damit im Wohnungsbau etwas passiert. Das blockieren Sie doch!

(Florian von Brunn (SPD): Informieren Sie sich bitte, statt so einen Unsinn zu erzählen!)

Sprechen Sie doch einmal mit den Leuten in Berlin! Wir stellen in unserem Haushalt die Weichen für den sozialen Wohnungsbau und den Wohnungsbau für unsere Staatsbediensteten.

Unser Finanzminister hat dem Hohen Haus einen exzellenten Regierungsentwurf eines Doppelhaushalts 2017/2018 vorgelegt. Eine jung gebliebene, dynamische, 70 Jahre junge CSU-Fraktion hat sich fordernd und kreativ eingebracht. Viele unserer Initiativen sind darin festgeschrieben und zeigen Wirkung.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 sind positiv. Unser Dank gilt vor allem unseren tüchtigen Bayern, ohne die das nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2015 durch ein solides, stetiges Wirtschaftswachstum geprägt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,7 %. Bayern wies im vergangenen Jahr mit 2,1 % erneut ein überdurchschnittliches reales Wirtschaftswachstum auf. Der konjunkturelle Aufschwung geht weiter. Seit dem Jahr 2010 sind die jährlichen Wachstumszahlen positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt hat seitdem in Bayern um insgesamt 12,3 % zugenommen. Damit liegt Bayern in der längerfristigen Betrachtung an der Spitze aller Bundesländer. Es wäre schön, wenn alle dies zur Kenntnis nehmen würden.

Auch der bayerische Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2015 in herausragender Form. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 5,2 Millionen so hoch wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote in Bayern lag im Durchschnitt des Jahres 2015 bei nur 3,6 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 waren es durchschnittlich 3,8 %. Das ist der niedrigste Wert seit der Jahrtausendwende. Damit hat Bayern noch vor Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Ich erinnere daran, dass der Bundesdurchschnitt bei 6 % liegt.

Besonders erfreulich ist, dass sich die Arbeitsmarktsituationen in den sieben bayerischen Regierungsbezirken in den vergangenen Jahren weiter angeglichen haben. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2015 nur noch 1,2 Prozentpunkte. Auch das gehört zur Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen – für September – bestätigen diese Entwicklung. Bayern liegt mit 3,4 % deutlich vor allen anderen Bundesländern. Die Bandbreite zwischen den bayerischen Regierungsbezirken liegt bei nur noch 1,1 Prozentpunkten. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre wurden in Bayern eine Million neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Arbeitslosen um fast

39 % reduziert. Die Arbeitslosenquote sank von 6,1 % im September 2006 auf 3,4 % im September 2016. Diese mehr als erfreulichen Zahlen belegen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bayern sind absolute Spitze in Deutschland.

Auch die Quote der erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher im Verhältnis zur Zahl der Einwohner unter 65 Jahren ist in Bayern mit 3,6 % die niedrigste im Vergleich aller Bundesländer; der Durchschnitt liegt nämlich bei 7,9 %.

Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung leben in Bayern bundesweit die wenigsten Kinder in Armut; wir haben vorhin über das Thema debattiert. Ich war vor Kurzem in Nordrhein-Westfalen. Dort habe ich den Slogan gehört: "Hannelore lässt die Kinder zurück!" Im Umkehrschluss sage ich: "Horst nimmt sie mit!"

(Beifall bei der CSU)

Auch im Hinblick auf die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ist Bayern laut einer aktuellen PwC-Studie bestens aufgestellt. Darin heißt es: "Bayern führt weiterhin mit Abstand die Nachhaltigkeitsrangliste an ..." Bremen dagegen nimmt erneut, ebenfalls mit großem Abstand, die Schlussposition ein.

Auch die Ratingagenturen haben im Juli 2016 die bayerische Haushaltspolitik mit ihren jeweils besten Bewertungen ausgezeichnet. Damit hat der Freistaat Bayern bei beiden großen Ratingagenturen, Moody's und Standard & Poor's, das Spitzenrating mit stabilem Ausblick. Die Bewertung wird begründet mit dem klugen Haushaltsmanagement, dem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, der starken Wirtschaftskraft und der anhaltenden Fähigkeit des Freistaates Bayern, seine Schulden zurückzuführen. All diese Zahlen und Bewertungen zeigen: Bayern ist für seine Bürgerinnen und Bürger – wir erleben es an den Zuzugszahlen – ein Platz an der Sonne.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Wir, die CSU-Landtagsfraktion, werden gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung dafür sorgen, dass es so bleibt.

Bereits im Mai 2016 haben wir die finanzpolitischen Leitlinien für den Doppelhaushalt 2017/2018 mit der Staatsregierung vereinbart, um den bayerischen Spitzenplatz weiter zu festigen. So haben wir das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt. Ohne die zunehmend unverhältnismäßigen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – auch darüber haben wir debattiert – läge der Jahresdurchschnitt im Regierungsentwurf bei rund 2,5 %. Alle anderen Zahlen, über die hier spekuliert wird, stimmen nicht.

Wir halten die Personalausgabenquote stabil, bei rund 38,6 % im Jahr 2017 und 39,1 % im Jahr 2018.

Wichtig ist daneben vor allem, dass wir trotz der Herausforderungen im Asylbereich keine neuen Schulden machen und unseren Schuldenabbau mit insgesamt einer Milliarde Euro konsequent fortsetzen.

Und was sagen zum Beispiel die GRÜNEN zur Vereinbarung der finanzpolitischen Leitlinien? – Liebe Frau Stamm, Sie fordern eine Kurskorrektur und singen das alte Lied der angeblichen Unterfinanzierung des Bildungssystems, des angeblich zu langsam wachsenden Ganztagsangebotes und des nach Ihrer Ansicht mangelnden Unterhalts staatlicher Gebäude und der Infrastruktur. Auch die Vorsorge für die steigenden Pensionsausgaben sei, so die Pressemitteilung der GRÜNEN vom 11. Mai 2016, gestrichen worden. Dazu ein paar Anmerkungen: Die Oppositionsparteien werden heute wiederum, wie sie das bei allen Debatten tun, vieles schlechtreden. Dazu werden auch alte Schreckgespenster, zum Beispiel das Thema versteckte Schulden, an die Wand gemalt. Hier ist ein Blick auf die Seite 353 im Einzelplan 13 des Regierungsentwurfs hilfreich. Dort finden Sie den voraussichtlichen Stand des Bayerischen Pensionsfonds zum Ende des Haushaltsjahres 2018. Er liegt bei rund 2,9 Milliarden Euro. Von wegen "gestrichen".

Wir werden weiterhin Jahr für Jahr dem Pensionsfonds 100 Millionen Euro zuführen. In diesem Zusammenhang darf auch die Schuldentilgung als zweite Säule unserer Vorsorge für künftige Pensionsaufwendungen nicht vergessen werden. Von 2012 bis

2018 werden wir insgesamt rund 4,6 Milliarden Euro im Interesse künftiger Generationen und zur Stärkung der Pensionsvorsorge tilgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das verstehen wir unter nachhaltiger Haushaltspolitik.

Wir werden in den nächsten Wochen intensiv über die neuen Vorschläge diskutieren. Ich bin schon auf Ihre Vorschläge gespannt, wie Sie zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Ich gebe gerne zu: Auch wir würden gerne da oder dort noch mehr tun. Wir brauchen dazu eine insgesamt deutlichere Entlastung beim Länderfinanzausgleich. Ich wünsche unserem Ministerpräsidenten in Berlin viel Glück, dass er das im Interesse Bayerns erreicht. Wir könnten dann den Schuldenabbau weiter beschleunigen und hätten eine noch bessere Pensionsvorsorge durch noch weniger Schuldzinsen.

Die Zinsausgabenquote wird im Haushaltsjahr 2018 auf nur noch 1,2 % sinken. Das ist sensationell. Wir geben somit einen immer geringeren Teil der Gesamtausgaben für Schuldzinsen aus. Das Beste daran ist, dass dies längerfristig und auf Dauer wirken wird.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Güller, Sie fordern regelmäßig mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder für Bayern. Mir stellt sich dabei folgende Frage: Wenn wir offenbar zu geringe Steuereinnahmen in Bayern haben, warum steigt dann Jahr für Jahr der Betrag, den Bayern in den Länderfinanzausgleich zahlen muss? Da kann doch etwas nicht stimmen. Sie wissen doch, dass dieser Betrag mit der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen in Bayern und der Entwicklung der Steuereinnahmen in den anderen Bundesländern zusammenhängt. Darunter sind auch Länder, in denen Sie die Verantwortung tragen.

Die Wahrheit lautet: Selbst in Zeiten, in denen unsere hervorragende bayerische Finanzverwaltung Jahr für Jahr neue Rekordsteuereinnahmen erzielt, kann es der SPD nie genug sein. Das ist die sozialdemokratische Haltung: Wir brauchen in jedem Fall

noch mehr Steuereinnahmen, egal, wie hoch die Steuereinnahmen sind. Dabei übersehen Sie leider, dass es in erster Linie darauf ankommt, mit dem vorhandenen Geld gut und klug auszukommen. Wir setzen klare Schwerpunkte und behalten mit diesem Doppelhaushalt 2017/2018 unseren finanzpolitischen Kurs im ureigensten Interesse Bayerns bei. Um diesen Kurs beneiden uns viele. Aus manchen Reden der Opposition höre ich heraus, dass das auch bei Ihnen der Fall ist.

Wir unterscheiden uns hier deutlich, um ein Beispiel zu bringen, von Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen, die der SPD angehört.

(Doris Rauscher (SPD): Gut, dass wir die haben!)

– Ja, gut, dass wir die haben. Mit diesem Beispiel kann ich Ihnen vorführen, wie Sie in Ihren Ländern Finanzpolitik betreiben. Gott sei Dank können wir anhand von Beispielen belegen, wie gut wir sind.

Aufgrund unserer soliden Haushaltspolitik bleibt Bayern das Land mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung. Zum Jahresende 2015 lag die Verschuldung in Bayern bei einem Betrag von 2.317 Euro pro Einwohner. Zum Vergleich: Die Verschuldung der übrigen westlichen Flächenländer ist mit 8.637 Euro pro Person mehr als dreimal so hoch. Selbst das Land Baden-Württemberg, das auf Platz zwei der Flächenländer West liegt, hat mit 5.055 Euro eine mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Durch den weiteren Abbau unserer Staatsschulden werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren und damit unseren Gestaltungsvorsprung noch weiter vergrößern.

Unsere Zinsausgaben sinken, auch dank des Schuldenabbaus, von derzeit rund 838 Millionen Euro auf rund 684 Millionen Euro im Jahr 2018.

Wir alle können uns noch an die schwierigen Beratungen über den Nachtragshaushalt 2016 erinnern. Das war eine große Kraftanstrengung. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen stiegen die Ausgaben für Zuwanderung und Integration von rund 1,2 Milli-

arden Euro im Jahr 2015 auf rund 3,3 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt 2016. Das ist fast das Dreifache.

Zwischenzeitlich sind die Zugangszahlen nach Deutschland durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch die Schließung der Balkanroute, zurückgegangen. Auf dieser Grundlage liegen die Ausgaben für Asyl und Integration im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts immer noch bei rund 2,4 Milliarden Euro für das Jahr 2017 und bei rund 2,2 Milliarden Euro für das Jahr 2018. Damit stellen wir innerhalb von vier Jahren über 9 Milliarden Euro für die Folgen der Flüchtlingspolitik zur Verfügung. Das muss man immer wieder in Erinnerung rufen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gelebte Humanität und Mitmenschlichkeit. Wir brauchen da keine Nachhilfe, von wem auch immer.

(Beifall bei der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE): Sie haben die Nachhilfe der Kirche gebraucht!)

– Ich habe gesagt "von niemandem", auch nicht von Ihnen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe gesagt: von der Kirche!)

– Und ich habe gesagt: "von niemandem, auch nicht von Ihnen". – Der Bund beteiligt sich jetzt endlich mit einem Drittel an den Kosten, nämlich mit 729 Millionen Euro im Jahr 2017 und mit 658 Millionen Euro im Jahr 2018. Aber die Zahlen verdeutlichen, dass auch ein starkes Land wie Bayern diese Ausgaben langfristig nicht schultern kann. Im Regierungsentwurf steigen die bereinigten Gesamtausgaben auf rund 57,9 Milliarden Euro im Jahr 2017 und auf rund 59,3 Milliarden Euro im Jahr 2018. Die Steigerung im Jahr 2017 beträgt gegenüber dem Vorjahr ohne die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich rund 2,7 % und im Jahr 2018 2,2 %. Durch diesen begrenzten Anstieg stellen wir sicher, dass sich der Staatshaushalt im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegt.

Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können neben den notwendigen Ausgaben für das Thema Asyl auch in die wichtigen Zukunftsfelder innere Sicherheit, Bildung, Familien, Digitalisierung und Infrastruktur zum Wohle der Menschen Bayerns investieren.

Die schrecklichen Geschehnisse in Würzburg, München und Ansbach sind ein Angriff auf unsere Sicherheit und auf unsere Freiheit. Würzburg und Ansbach haben uns gezeigt: Der islamistische Terror ist leider auch in Bayern angekommen. Wir müssen auf die Terrorgefahr, die organisierte Kriminalität, die Internet- und die Computerkriminalität regieren. Daher ist die weitere Stärkung der inneren Sicherheit ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Wir wollen in den Jahren 2017 bis 2020 in jedem Jahr zusätzlich 500 Polizistinnen und Polizisten einstellen. Insgesamt sind dies also 2.000 neue Polizeistellen für mehr Präsenz und Sicherheit.

Daneben werden wir die größte Modernisierungsoffensive für unsere bayerische Polizei auf den Weg bringen. Allein die Sachmittel der Polizei, mit denen die Polizeiausstattung kontinuierlich weiter verbessert wird, sollen im Doppelhaushalt um 182 Millionen Euro auf insgesamt über 800 Millionen Euro steigen. Damit rüsten wir unsere Polizei mit modernen Dienstwaffen, ballistischen Helmen, neuartigen Schutzwesten und gepanzerten Fahrzeugen aus.

Neben den neuen Stellen bei der Polizei werden wir auch für eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Strafvollzug 250 zusätzliche Stellen in der Justiz schaffen.

Wir sorgen damit für mehr Schutz und stärken unseren Rechtsstaat in seiner Wehrhaftigkeit. Insgesamt starten wir damit die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte Bayerns; denn unsere Freiheit braucht vor allem auch Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Besonders wichtig ist uns, dass dieser Regierungsentwurf nicht nur bei den wichtigen Themen Zuwanderung und innere Sicherheit die notwendigen Antworten gibt, sondern auch unsere einheimische Bevölkerung unterstützt.

Ein zentraler Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushalts liegt daher auch wieder auf der Bildung. Die demografische Rendite von 1.243 Stellen bleibt vollständig im Schulbereich, insbesondere für die Umsetzung der Ganztagsgarantie, die Grundschulgarantie und die Inklusion. Zudem sind von den insgesamt 3.165 zusätzlichen Planstellen und unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten im Regierungsentwurf allein 1.305 Stellen im Bereich Bildung vorgesehen.

Die Bildungsausgaben steigen von rund 18,4 Milliarden Euro in 2016 auf circa 18,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 19,4 Milliarden Euro in 2018. Mit diesen zusätzlichen Mitteln stärken wir weiter die Ganztagsangebote für unsere Schülerinnen und Schüler. Angesichts dieser zusätzlichen Bildungsmilliarde von einer Unterfinanzierung des bayerischen Bildungssystems zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr als realitätsfern.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben jeden dritten Euro für unsere Talente von morgen aus. Wir geben unseren Kindern eine Zukunft.

Familien und Kinder sind die Basis für unsere Gesellschaft. Darum tun wir viel, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern weiter zu verbessern und möglichst allen Familienmodellen gerecht zu werden. Und das kündige ich jetzt schon an: Daran werden wir auch nicht rütteln lassen, auch nicht in den Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, für die Beitragsentlastung der Eltern und den Krippenausbau von rund 1,8 Milliarden Euro in 2016 auf 1,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 2 Milliarden Euro in 2018.

Für das bayerische Betreuungsgeld sind im Doppelhaushalt insgesamt 450 Millionen Euro eingeplant und für das Landeserziehungsgeld 161 Millionen Euro.

Mit der Erhöhung der Mittel in 2018 um 19 Millionen Euro können wir bereits in dieser Legislaturperiode eine Anhebung der Einkommensgrenzen für ab dem 1. Januar 2017 geborene Kinder finanzieren. Damit belaufen sich die Ausgaben für Familien und Kinder im neuen Doppelhaushalt auf sage und schreibe rund 4,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Wunderbar!)

Die aktuell steigenden Geburtenraten sind ein wichtiges Signal für die Zukunft unseres Landes.

Wir verbessern die Infrastruktur in Bayern mit insgesamt 82 Millionen Euro zusätzlich für den Straßenbau und insgesamt 88 Millionen Euro für die Städtebauförderung. Darauf haben wir als CSU-Landtagsfraktion bei der Haushaltsaufstellung besonderen Wert gelegt. Im Regierungsentwurf stehen damit insgesamt 540 Millionen Euro für Investitionen in unsere Staatsstraßen zur Verfügung sowie insgesamt 349 Millionen Euro für die Straßenplanung.

In der Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung wollen wir den Bewilligungsrahmen auch mithilfe von Bundesmitteln um 66 Millionen Euro auf rund 468 Millionen Euro aufstocken, lieber Herr Kollege Güller.

Wir helfen auch unseren Kommunen bei der Behebung von Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen in Bayern; denn wir führen das im Jahr 2016 aufgelegte kommunale Wohnraumförderprogramm mit unverändertem Bewilligungsrahmen von jährlich 150 Millionen Euro fort.

Wir helfen aber auch unseren Staatsbediensteten bei der schwierigen Suche nach bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsräumen. Da kann ich schon mal feststellen: Das tun wir gemeinsam im Haushaltsausschuss. Mit dem im Oktober 2015 beschlossenen Maßnahmenpaket zum Wohnungsbau in Bayern werden 1.000 Wohnungen in Mün-

chen durch die Stadibau auf den Weg gebracht. Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2016 wurden die ersten Schritte zur Umsetzung des Bauprogramms eingeleitet, insbesondere durch die Veranschlagung von Förderdarlehen. Die Ausgabemittel betragen 20 Millionen Euro. Der Betrag aus Verpflichtungsermächtigungen beläuft sich auf 80 Millionen Euro.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 werden die Ausgabemittel mit jährlich 20 Millionen Euro fortgeführt. Zudem sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen Euro in 2017 und zusätzlich 30 Millionen Euro in 2018 vorgesehen. Die Stadibau arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Planung und Umsetzung.

Wir bauen voraussichtlich im Jahr 2017 im Prinz-Eugen-Park, in der Erzgießereistraße sowie in der Linprunstraße, außerdem in der Soyerhofstraße und in Freiham. Das ist ein kraftvolles Paket vor allem für die Landeshauptstadt München. Deshalb vertrauen wir darauf, dass sie uns auch beim notwendigen Baurecht unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Im neuen Doppelhaushalt stehen damit insgesamt rund 870 Millionen Euro zur Verfügung, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

Wir werden auch neue Anreize für die ökologische Landwirtschaft setzen. Für Neuantragstellungen im Kulap, unserem Kulturlandschaftsprogramm, sind insgesamt rund 69 Millionen Euro vorgesehen. Die Kulap-Ausgaben steigen im Regierungsentwurf damit um rund 133 Millionen Euro auf 523 Millionen Euro; das sind 34,1 %. Damit können wir besonders umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren weiterhin besser fördern.

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen wollen wir die Ansätze für die Dorferneuerung auf jährlich 61,9 Millionen Euro erhöhen. Damit verbessern wir kontinuierlich die Lebensqualität in den ländlichen Räumen. Im Rahmen der Haushaltsberatung

gen werden wir prüfen, ob wir für die Dorferneuerung weitere Mittel zur Verfügung stellen können.

Wir wollen die Arbeitsplätze der digitalen Revolution in Bayern haben. Deshalb wollen wir in den kommenden beiden Jahren erneut 2,5 Milliarden Euro in "Bayern digital" investieren und damit den weiteren Breitbandausbau für den digitalen Aufbruch in Unternehmen, Schulen und Hochschulen fördern. So machen wir Bayern fit für die Herausforderungen der digitalen Zukunft.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2017 stärken wir wie in der Vergangenheit unsere Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist bereits 2014 auf die Rekordsumme von knapp über 8 Milliarden Euro gestiegen. Im Jahr 2017 nähern wir uns mit insgesamt rund 8,82 Milliarden Euro bereits der 9-Milliarden-Euro-Marke. Der Regierungsentwurf sieht einen Anstieg um rund 260 Millionen Euro gegenüber 2016 vor; das entspricht einer Steigerung von 3 %.

(Beifall bei der CSU)

Die reinen Landesleistungen steigen um rund 249 Millionen Euro auf rund 8,32 Milliarden Euro. Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs können nach der Steuerschätzung noch erfolgen, was unseren Kommunen ebenfalls zugutekommt.

Beim Ländervergleich der Steuerverbundquote wird gerne übersehen, dass sich die Leistungen des Freistaats Bayern an seine Kommunen keineswegs im kommunalen Finanzausgleich erschöpfen, sondern weit darüber hinausgehen. Dazu gehört insbesondere die Förderung der Breitbanderschließung und der Kinderbetreuung. Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen insgesamt auf rund 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2016; das sind rund 26 % unserer Gesamtausgaben. Das heißt, jeder vierte Euro geht an unsere Städte, Märkte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist auch gut so!)

Auch im bundesweiten Vergleich stehen die bayerischen Kommunen gut da. Die Bertelsmann Stiftung kommt in ihrer letzten Untersuchung über die Kommunalfinanzen in Deutschland zu dem Schluss: "In keinem anderen Bundesland nahmen die Kommunalhaushalte eine vergleichbar positive Entwicklung."

Zum Schluss möchte ich den Blick auf die Beratungen im Haushaltsausschuss richten. In der kommenden Woche, am 19. Oktober, werden wir dort mit den Beratungen beginnen. Ich bin, unter uns gesagt, bereits jetzt darauf gespannt, welche Fraktionen der Opposition dieses Mal den Rekord bei den Mehrforderungen zum Doppelhaushalt aufstellen.

Die Messlatte wurde beim letzten Mal hoch gelegt. So hatten beispielsweise die FREIEN WÄHLER in ihren Anträgen zum Doppelhaushalt 2015/2016 Mehrausgaben von insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro gefordert, und zwar ohne ein Wort zur Gegenfinanzierung zu verlieren oder einen vernünftigen Vorschlag zu machen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das ist die nachhaltige Haushaltspolitik der FREIEN WÄHLER. Dazu passt auch ihr Steuerkonzept, das ich nicht in Bausch und Bogen verdammen will. Wenn man jedoch auf der einen Seite Steuern, Pauschalen und Freibeträge senken will, auf der anderen Seite aber Milliarden Euro an Mehrausgaben stehen hat, dann soll mir doch mal einer sagen, wie er das unter einen Hut bringen will. Darauf bin ich ganz besonders gespannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, jetzt mal im Ernst.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): War das bis jetzt alles nicht ernst?)

Sie können es mir ruhig abnehmen: Wir pflegen – das will ich auch einmal herausstellen – bei allen Diskussionen im Haushaltsausschuss ein durchaus gutes Miteinander. Auch wir würden hier und dort gerne noch eine Schippe drauflegen; wir sind uns aber

vor allem unserer Verantwortung gegenüber dem bayerischen Steuerzahler und auch gegenüber den uns nachfolgenden Generationen bewusst.

(Beifall bei der CSU)

Genau deswegen geben wir schon seit vielen Jahren, seit 13 Jahren, um es genau zu sagen, nur das aus, was wir zuvor auch erwirtschaftet haben. Wir haben auch die Rücklagen erwirtschaftet, auf die man in schwierigen Zeiten bei unvorhersehbaren Ausgabenmehrungen zurückgreifen kann. Diese Rücklagen sind nicht auf den Bäumen gewachsen, sondern die haben wir in guter, vorausschauender Weise geschaffen, damit sie uns in schwierigen Zeiten zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Schuldenausbau, den wir auch weiterhin konsequent betreiben werden – –

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schuldenausbau?)

– Mit dem Schuldenabbau natürlich. Entschuldigung! – Herr Gehring, ich danke Ihnen; Sie passen wenigstens auf. – Mit dem Schuldenabbau gehen wir sogar noch einen Schritt weiter. Wir geben unseren Kindern mehr Gestaltungsspielraum und haben weniger Altlasten. Ich betone es noch einmal: Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe daher eine Bitte: Nörgeln Sie nicht, und stimmen Sie diesem exzellenten Doppelhaushalt zu.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

Peter Winter (CSU): Wie schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrter Herr Winter, das war ja durchaus ein Lob, als Sie auf das gute Miteinander hingewiesen haben. Zu Recht haben Sie die GRÜNEN im Zusammenhang mit den Mehrausgaben nicht genannt; denn unsere Anträge sind gegengerechnet.

Auch wir wünschen dem Herrn Ministerpräsidenten alles Gute für die anstehenden Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückzuziehen; denn sie ist so etwas von unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gemeldet, als Sie sich über den Pensionsfonds ausgelassen und mich dabei namentlich erwähnt haben. Sie müssen doch zugeben, dass auch die Staatsregierung und die CSU-Fraktion inzwischen die Unsinnigkeit eingesehen haben: Erst wird 2008 endlich ein Gesetz zur Vorsorge für Beamtinnen und Beamten geschaffen, und sechs Jahre später wird es schon wieder eingestampft.

Wir haben hier eine konservative Rechnung aufgestellt. Genau kann man das Ganze aber gar nicht errechnen, weil nämlich, wie auch Ihnen bekannt ist, die Verwaltung mehrfach gesagt hat: Wir wissen gar nicht, für wie viele neu eingestellte Beamte und Beamtinnen welche Summe in den Fonds zurückgelegt werden müsste.

Da weiß ich noch, dass Ihr Spruch lautete: Eigentlich kann das Ministerium doch besser im Ausschuss – – So ungefähr haben Sie es jedenfalls gesagt. Wörtlich zitiert ist das vielleicht nicht; aber Ihr Grinsen bestätigt meine Vermutung. Das Ministerium kann uns also gar nicht sagen, für wie viele Menschen nach dem alten Gesetz welche Summe zurückgelegt werden müsste. Nichtsdestoweniger haben wir konservativ gerechnet, dass damit eine Unterfinanzierung von 2 Milliarden Euro im Beamtenpensionsfonds vorhanden wäre.

Wenn man von Ihrem derzeitigen Schuldenstand ausgeht und die Unterfinanzierung nur im Beamtenpensionsfonds einrechnet – ich rede da gar nicht von den Straßen und von anderem –, dann kommt man zu einem Schuldenstand in Höhe von 32 Milliarden Euro, noch bevor Sie das Tilgen überhaupt angefangen haben. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Durch die Schuldentilgung werden durchaus Zinsen erspart. Das geben wir zu. Das ist auch in Ordnung. Wenn man dieses Modell wählen will, dann sollte man jedoch ehrlich sein und transparent vorgehen und die Zinsen, die dadurch erspart werden, gefälligst in den Pensionsfonds oder in die Pensionsrücklage stecken und nicht einfach im Haushalt verfrühstücken, so wie es jetzt passiert. Darum meine Aufforderung: Stecken Sie die ersparten Zinsen bitte in die Rücklage.

Peter Winter (CSU): Frau Kollegin Stamm, ich sage immer das, was ich für richtig halte. In diesem Fall sage ich: Ein Blick in den Haushalt genügt. Dort sind 2,8 Milliarden Euro für die Pensionsvorsorge ausgewiesen. Wir fahren doppelgleisig; das heißt, mit der Rückführung der Schulden werden die frei werdenden Zinsen für die Pensionsrückstellungen frei.

Ich frage mich: Was gibt es denn dagegen einzuwenden? Das ist ein vorausschauendes Konzept. Darunter verstehen wir eine nachhaltige Haushaltspolitik. Warum Sie immer wieder dieses Beispiel anführen und in Ihrer Pressemitteilung auch noch verlauten lassen, dass die Pensionsvorsorge gestrichen worden sei, das können Sie mir beim besten Willen nicht erklären.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt ein Haushalt mit Rekordeinnahmen. Ich möchte einmal den Vergleich ziehen zu 2008, als wir in den Land-

tag eingezogen sind: Wir haben aktuell 30 % mehr Einnahmen zur Verfügung als seinerzeit 2008. Deswegen richte ich gleich zu Beginn einen herzlichen Dank an die Menschen, die hierfür verantwortlich sind: die Steuerzahler, die Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Menschen, die dafür sorgen, dass wir Geld verteilen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, das bleibt auch so. Solche Fehler, wie sie sich die Bayerische Staatsregierung geleistet hat, als sie zuschaute, wie das Vorzeigeunternehmen KUKA an die Chinesen ging, sollte man sich nicht häufiger leisten; denn sonst wird es bald vorbei sein mit den Rekordeinnahmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin aber sehr wohl der Meinung, Herr Staatsminister, dass wir jetzt endlich einmal diejenigen entlasten müssten, die Jahr für Jahr mehr Steuern bezahlen und die Jahr für Jahr darunter leiden, dass es über die kalte Progression jedes Jahr zu einer Steuererhöhung kommt.

Herr Kollege Winter, da muss ich Ihre Kritik schon zurückweisen, übrigens auch im Namen von Staatsminister Söder; denn wenn Sie uns hier kritisieren, kritisieren Sie auch ihn. Wir verfolgen hier nämlich die absolut gleichen Ziele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Ha! Ha! Nehmen Sie sich nicht so wichtig, Herr Kollege!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, Sie fragten nach dem Volumen unserer Änderungsvorschläge und nach der Gegenfinanzierung. Hätten Sie beim letzten Mal aufgepasst, dann wüssten Sie, dass wir sehr wohl Vorschläge gemacht haben. Passen Sie deswegen dieses Mal gut auf, damit Sie beim nächsten Doppelhaushalt nicht wieder einen solchen Unsinn über die Vorschläge der FREIEN WÄHLER erzählen.

(Zuruf von der CSU: Das war die Wahrheit!)

Das Volumen der Änderungsanträge für 2017 beträgt 1,5 Milliarden Euro, für 2018 beträgt es 1,7 Milliarden Euro. Die Gegenfinanzierung kann ich Ihnen gleich sagen; sehen Sie einfach in den Haushalt und vor allen Dingen in den Haushaltsvollzug. Der Haushaltsvollzug der Jahre 2010 bis 2014 zeichnete sich dadurch aus, dass er um zwei bis drei Milliarden Euro über dem lag, was veranschlagt war. Das heißt, wenn die Haushalte ehrlich aufgestellt worden wären, hätte man damals schon einen Überschuss gehabt. Zwei bis drei Milliarden Euro Mehreinnahmen, allein das reicht aus, um unsere Änderungsvorschläge mehr als nur zu finanzieren.

(Peter Winter (CSU): Ich hatte nach Einsparvorschlägen gefragt!)

Aber ich habe sehr wohl noch einen weiteren Bereich, die Einsparungen; Sie müssten nur ein wenig geduldiger sein, Herr Kollege Winter. Es gibt einen Einsparungsposten, Herr Staatsminister: den Länderfinanzausgleich. Da müsste man aber endlich liefern, und dafür ist nicht die Opposition verantwortlich, sondern dafür sind die verantwortlich, die an der Regierung sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Klage unterstützt, weil wir der Auffassung sind, dass diese Klage ernst gemeint ist und sie sich dann auch auf eine substantielle Argumentation stützen muss. Wir zahlen 5,4 Milliarden Euro. Wenn das sittenwidrig ist oder über unsere Verhältnisse geht, kann es hier nicht um ein Volumen von 10 % gehen, weil 10 % Rundungsgrößen wären. Wenn der Länderfinanzausgleich verfassungswidrig wäre, dann müssten wir sicherlich das Doppelte von dem zahlen, was gerechtfertigt wäre, und hätten dann ein Einsparvolumen von 2,7 Milliarden Euro. Ansonsten werden Sie eine Klage nicht schlüssig begründen können; denn wegen 500 Millionen Euro hin oder her ist ein Länderfinanzausgleich sicher nicht vom Bundesverfassungsgericht zu korrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trauen Sie sich doch, Herr Staatsminister! – Seit wie vielen Jahren sprechen wir über diesen Länderfinanzausgleich? – Trauen Sie sich, seien Sie so kraftvoll, wie Sie es in den Medien und nach außen immer verkörpern, und lösen Sie dieses Problem! Für die weitere Karriereplanung wird das sehr förderlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, richtige Haushaltspolitik heißt richtige Schwerpunktsetzung für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Dafür sind wir angetreten, dafür sind wir hier im Bayerischen Landtag. Ich will Ihnen auch sagen, wo unsere Fraktion die Schwerpunkte setzt.

Der erste und wesentliche Schwerpunkt ist eine Wende zur Stärkung der Kommunen. Wir haben die Kommunalmilliarde versprochen, und wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen zu stärken heißt auch, deren Finanzkraft zu stärken. Wenn man von Verschuldung spricht, kann man nicht nur den Freistaat als Insel der Seligen preisen, sondern muss die Kommunen in das Gesamtkonstrukt mit hineinnehmen; denn der Freistaat Bayern ist Treuhänder für die Einnahmen der Kommunen, die er im Rahmen des FAG gerecht an die Kommunen zu verteilen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier wollen und müssen wir mehr Schwerpunkte setzen; denn das, was wir hier, in Berlin oder in Brüssel alles an Segnungen, an tollen Programmen beschließen, müssen die Menschen vor Ort, die Ehrenamtlichen, die Vereine, die Verbände in den Kommunen umsetzen. Die Menschen vor Ort gestalten die Zukunft, nicht wir hier im Maximilianeum. Wir setzen nur die Rahmenbedingungen, ausführen müssen das aber die Menschen vor Ort, und dafür benötigen sie Geld und Mittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist denn Bayern besser als andere Bundesländer? – Das liegt nicht an der Bayerischen Staatsregierung, sondern daran, dass wir in Bayern gewachsene Strukturen und ein gutes Miteinander haben. Wir sind dafür verantwortlich, dass das bestehen bleibt.

Ich will Ihnen das an einem ganz wesentlichen Beispiel darstellen: Die Integration ist für die Kommunen die Herkulesaufgabe schlechthin. Wir haben zwar keine bundespolitische Verantwortung, aber wir müssen uns darum kümmern, dass die Menschen, die nun einmal hier sind, gut aufgenommen und gut betreut sowie Bestandteil unserer Gesellschaft werden. Wo sind denn die großen Verfechter der Leitkultur? – Ich habe nichts gegen diesen Begriff; aber wer vermittelt denn diese Leitkultur? Sie in ein Gesetz zu schreiben ist schön und recht, dann aber zu sagen: "Macht mal!", geht so nicht.

Wir müssen die Leitkultur oder die Grundwerte – egal, wie Sie es nennen – den Menschen vermitteln, damit sie die Chance und die Möglichkeit haben, belebende Elemente unserer Gesellschaft zu werden. Der Ministerpräsident – er ist jetzt nicht da – hat große Pläne, die einen von Berlin nach München und die anderen von München nach Berlin zu schieben. Ich hoffe nur, dass er uns mit Herrn Scheuer verschont; denn ich sage Ihnen eines: Für einen, der im Kirchen- und im Fußballverein ist, brauchen wir nicht viel Geld für Integration. Wenn einer in der Kirche, im Fußballverein ist und dann noch eine gute Arbeit hat, dann ist er für meine Begriffe das Idealbild eines Zuwanderers. Ich sage: Verschonen Sie uns mit Scheuer, sonst wird's teuer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen in der Flüchtlingspolitik das reparieren, was eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit ihrer Flüchtlingspolitik 2015 verursacht hat. Die Kanzlerin hat gesagt: "Wir schaffen das!" Dieser Satz ist falsch. Wir auf der kommunalen Ebene müssen es schaffen. Wir haben uns den Aufgaben zu stellen. Wir können nicht sagen: Das Boot

ist voll, wir haben eine Obergrenze. – Nein, wir müssen uns mit den Themen auseinandersetzen, die uns gestellt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Finanzminister, für den nächsten Doppelhaushalt können Sie segensreich wirken, indem Sie als neuer Bundesinnenminister das BAMF und die Abläufe dort organisieren und dafür sorgen, dass bei jedem Flüchtling tatsächlich sechs Monate nach der Einreise feststeht – –

Wollen Sie eine Zwischenbemerkung machen?

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das machen wir, wenn Sie den Bundesverkehrsminister machen! – Heiterkeit bei der CSU)

Also, dann gehören wir einem gemeinsamen Kabinett an. Das kann durchaus lustig werden, Herr Kollege Söder. Ich freue mich darauf. – Bitte sorgen Sie dafür, dass sechs Monate nach der Einreise feststeht, wer bleiben kann und wer nicht. Sollten Sie nicht Bundesinnenminister sein, sondern Bayerischer Ministerpräsident werden, dann könnten Sie das wiederum Ihrem Bundesinnenminister Seehofer mit auf den Weg geben.

Ich sage Ihnen: In diesem Bereich müssen Sie endlich handeln, statt endlos zu reden. Wer fünf Jahre bellt, wird heiser und nicht mehr gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU hat in der Flüchtlingspolitik gute Arbeit geleistet, aber leider nur im PR-Bereich. Sie haben so viele Säue durchs Dorf getrieben, dass man leider den Überblick verloren und nicht bemerkt hat, dass den Ankündigungen keine Taten folgten. Was ist denn mit der Klage gegen die Bundesregierung wegen der Flüchtlingspolitik? Hat sie sich auf dem Weg nach Karlsruhe verirrt? Wurde sie vielleicht von Kretschmanns Beamten abgefangen? Ich weiß es nicht. Sie haben lange und laut getönt, und noch

heute sagen Sie: Die Flüchtlingspolitik passt nicht. Von der Klage hat man aber nie wieder etwas gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite Kernforderung betrifft die innere Sicherheit. Hier attestiere ich, dass sich die Staatsregierung bewegt hat. Stoiber hat versucht, die Polizei kaputtzusparen. Was Stoiber betrifft, haben Sie rechtzeitig die Reißleine gezogen. Was den Haushalt betrifft, haben wir die Staatsregierung jetzt endlich nach hartnäckigen Bemühungen – hier danke ich den Kollegen Hanisch und Gottstein im Innenausschuss und den Kollegen Streibl und Meyer im Rechtsausschuss – dazu gebracht, dass im Haushalt genügend Personal berücksichtigt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was allerdings noch fehlt, sind ausreichend Stellen bei den Verwaltungsgerichten zur Bewältigung der Asylverfahren. Es gehört auch zu einer kurzen Verfahrensdauer, dass man ausreichend viele Asylrichter hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sind rentable Investitionen, sowohl im Hinblick auf die Kosten als auch auf die Menschlichkeit. Es ist menschlich, einem Flüchtling nach sechs Monaten zu sagen, ob er bleiben kann oder nicht. Deswegen ist die Investition in mehr Verwaltungsrichter eine richtige Investition.

Ich hatte bereits von der Asylmilliarde gesprochen und komme nochmal darauf zurück. Die Frage ist: Wie gliedert sich diese Asylmilliarde auf? – Für die Jahre 2017 und 2018 werden für die Bezirke jeweils 150 Millionen Euro für die Kosten der Unterbringung unbegleiteter Volljähriger über 18 Jahren veranschlagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Erhöhung der FAG-Mittel: Die FREIEN WÄHLER wollen, dass 15 % der Schlüsselmasse an die Kommunen gehen. Es gilt das Versprechen: Sobald wir an der Regierung beteiligt sind, werden wir das zu einer unverhandelbaren Forderung machen. Aktuell gehen wir schrittweise vor. Momentan gehen 12,75 % an die Kommunen. Für

2017 fordern wir eine Erhöhung auf 13,5 % und für 2018 auf 14,25 %. Nach der nächsten Landtagswahl – wenn wir dann eine Regierungsbeteiligung haben – soll es eine Erhöhung auf 15 % geben. Das bedeutet 242,5 Millionen Euro mehr für 2017 und 522 Millionen Euro für 2018.

Des Weiteren wollen wir für den Bauunterhalt und die Barrierefreiheit jeweils 55 Millionen Euro mehr einstellen. Außerdem wollen wir mehr Mittel einstellen für die Erhöhungen aus den Leistungen aus dem ÖPNV-Gesetz, nämlich jeweils 215 Millionen Euro, für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen je 70 Millionen Euro, für die Schülerbeförderung je 105 Millionen Euro, für ein Sonderinvestitionsprogramm für kommunale Schwimmbäder je 15 Millionen Euro und schließlich für die Erhöhung des Kfz-Steuerverbundes für den kommunalen Straßenbau je 97 Millionen Euro. Dies bedeutet, Stichwort Kommunalmilliarde, 950 Millionen Euro für 2017 und 1,23 Milliarden Euro für 2018.

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Kommunen ist ein Meilenstein und ein wesentlicher Markstein für unsere zentrale Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, als Edmund Stoiber die Regentschaft führte. Er hat immer gesagt, München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Das muss umgekehrt werden.

Herr Staatsminister Söder, ich gebe Ihnen recht, die Bayerische Staatsregierung bewegt sich, wenn auch noch zu langsam. Ich darf aber feststellen: Wir haben gut angetrieben, und langsam läuft die Staatsregierung. Aber – wie bereits gesagt – wir müssen noch schneller laufen; denn die Orientierung an gleichwertigen Lebensverhältnissen ist auch ein Garant für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Ich bedanke mich sowohl bei der CSU-Fraktion als auch bei der SPD-Fraktion dafür, dass wir am Ende der letzten Legislaturperiode gemeinsam die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung verankern konnten. Ich erwarte, dass wir diesen Verfassungsgrundsatz auch mit Leben füllen.

Was brauchen wir, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen? – Neben der Stärkung der Kommunen brauchen wir eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur. Hier gebe ich dem Kollegen Güller ausdrücklich recht. Gleichwertige Lebensverhältnisse und eine bessere Lebensqualität der Menschen bedingen nun einmal die Verkehrsinfrastruktur, und zwar sowohl für den Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr und den Fahrradverkehr. Deswegen brauchen wir mehr Geld für den Staatsstraßenbau. Wir brauchen aber auch mehr Personal bei den Staatlichen Bauämtern und bei den Autobahndirektionen, um die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans zügig umzusetzen. Das muss auch eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim nächsten Punkt kann ich mich dem anschließen, was der Kollege Güller gesagt hat. Wir brauchen wesentlich mehr Investitionen in den Wohnungsbau. Hier sind die Investitionen in den letzten Jahren tatsächlich stark gesenkt worden.

Natürlich müssen wir diesen Bereich beleben, und zwar nicht nur wegen der Integration von Neubürgern, sondern auch wegen der einheimischen Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass durch ein Unterangebot an Wohnungen die Preise steigen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, und zwar insbesondere in den Metropolen, aber nicht nur in den Metropolen, sondern in ganz Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich erkennen wir an, dass sich in diesem Bereich etwas getan hat. Aber, Herr Staatsminister Söder, sich selbst zum Gegenstand der Schöpfungsgeschichte zu machen und zu sagen, am Anfang war fast nichts da,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am Anfang war Söder!)

und nach sieben Tagen ist dann die Welt erschaffen worden,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Durch Söder!)

das ist schon ein bisschen dick aufgetragen. Mit Ihren Parteifreunden waren wir immer sehr kritisch. Aber so herabsetzen muss man die Vorgänger auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erkennen an, dass am Anfang etwas da war und dass Sie mit unserer Unterstützung mehr daraus gemacht haben. Aber ganz so pathetisch sollten Sie es nicht ausdrücken.

(Zuruf von der CSU: Auf welchem Planeten lebst du? – Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Herr Kollege Freller, Sie gehören auch zu denen, die er gemeint hat. – Die Themen Soziales und Bildung sind natürlich auch wesentliche Eckpfeiler für gelingende Integration. Hier möchte ich zwei Dinge herausgreifen. Das eine ist, wir müssen größere Anstrengungen im Bereich der frühkindlichen Bildung entwickeln. Auch hier hat sich schon etwas getan, aber es ist noch nicht genug. Wir müssen noch besser werden. Wenn wir Fehlentwicklungen in den jungen Jahren vermeiden können, müssen wir in späteren Jahren nicht doppelt oder dreifach für deren Korrektur bezahlen.

Zum anderen möchte ich – leider ist die Staatsministerin Müller nicht mehr da – an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2013 erinnern. Das Jahr 2023 ist nicht mehr allzu fern, und im Jahr 2023 sollte demnach ganz Bayern barrierefrei sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier noch ein paar Schwerpunkte setzen. Barrierefreiheit hat nicht nur etwas mit Behinderung zu tun. Die Barrierefreiheit dient auch Senioren. In einer alternden Gesellschaft müssen Senioren stärker berücksichtigt werden. Dazu gehört ganz zentral die Barrierefreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, als Nürnberger sind Sie natürlich allkompetent, auch im Bereich der Landwirtschaft. Das Höfesterben in der Stadt Nürnberg ist wahrscheinlich überschaubar. In ganz Bayern ist das Höfesterben ungebremst weitergegangen. Leider befinden wir uns schon auf dem Weg zu Agrarfabriken. Leider sind wir dabei, die kleinbäuerliche Landwirtschaft aufzugeben. Das wollen wir nicht. Wir wollen Lösungen statt warmer Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich ist es gut, die Mittel für das Kulap zu erhöhen. Herr Staatsminister, als Unternehmer und wirtschaftsaffiner Mensch sind Sie sicher mit mir einer Meinung, dass eine vernünftige und auskömmliche Bezahlung für die erzeugten Produkte der Schlüssel ist. Die Lösung besteht nicht in der Zahlung irgendwelcher Gelder, die am Ende dazu führen, dass die Kasse doch stimmt. Wir müssen dort ansetzen, wo das Problem liegt. Das sind die Preise, die für die Erzeugnisse bezahlt werden. Dafür brauchen wir eine Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern muss für die Zukunft fit gemacht werden. Unsere Haushaltsanträge tragen dazu bei. Ich freue mich auf gute Haushaltsberatungen. Herr Vorsitzender, ich hoffe, dass die Beratungen den Charakter der Ernsthaftigkeit bewahren.

(Peter Winter (CSU): Das liegt an euch!)

Alle Anträge, egal, von wem sie kommen und ob einem die Farbe passt, sollten ernsthaft und unvoreingenommen diskutiert und abgewogen werden. In der Vergangenheit hat man alles, was von der anderen Seite kam, in Bausch und Bogen verdammt. Wahrscheinlich hat man die Anträge noch nicht einmal gelesen. Als Gipfel des Gan-

zen hat die CSU-Fraktion auf ihre Fraktionsreserve verwiesen. Ich weiß nicht, an welcher Stelle die Reserve in der Verfassung steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man darf noch ein paar Kleinigkeiten hier und da verteilen, damit jeder zufrieden ist. Wenn wir das Budgetrecht des Landtags ernst nehmen, müssen wir diejenigen sein, die unvoreingenommen und sachlich über den Haushalt diskutieren. Den Anträgen, die man für richtig hält, sollte man zustimmen. Die Anträge, die man für falsch hält, sollte man ablehnen. Man sollte nicht wie früher bei der KPdSU als Einheitspartei eine Einheitsmeinung vertreten und einen Einheitshaushalt beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh! – Kerstin Schreyer (CSU): Das ist unverschämt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tragen Sie dazu bei, einen Haushalt für den Freistaat, für die Kommunen und für die Menschen aufzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle hätte ich gerne den Herrn Ministerpräsidenten begrüßt, auch wenn ich weiß, dass er an wichtigen Verhandlungen teilnimmt. Er hat in der letzten Plenarsitzung im Rahmen seiner Regierungserklärung bereits den Haushalt eingebracht, bevor der Haushalt überhaupt diskutiert worden ist. Wir dürfen bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode erleben, dass sich eine Regierungserklärung schon vor der Ersten Lesung im Landtag mit dem Haushalt befasst.

Aber ja, es stimmt: Bayern steht haushalterisch und zahlenmäßig gut da. Sie haben jedoch den Anspruch aufgegeben, den Haushalt zu gestalten. Wahrscheinlich hatten Sie diesen Anspruch noch nie. Warum sage ich das, wenn Bayern so gut dasteht? – Sie können klagen, nochmals klagen oder eine Klage androhen. Sie klagen gegen Koalitionspartner. Verzeihen Sie, aber Politik ist das nicht. Zunächst einmal bedeutet Politik, Konzepte zu erarbeiten und in den Dialog zu treten. Man sollte um die besten Ideen ringen. Ihr Job wäre gewesen, mit Ihren Koalitionären um den richtigen Weg zu ringen. Sie sollten keine öffentlichen Schlachten ausfechten. Vor allem sollten Sie nicht beständig in Karlsruhe klagen oder mit einer Klage drohen.

Als bestes Beispiel eignet sich der Länderfinanzausgleich, über den wir heute schon geredet haben. Diese Klage ist überflüssig, überflüssiger und am überflüssigsten. Es ist nicht glaubwürdig, gleichzeitig zu verhandeln und in Karlsruhe zu klagen. Hoch und runter die gleiche Litanei: Der Länderfinanzausgleich sei ungerecht, Bayern müsse zu viel zahlen. Ja, es stimmt: Auf der Grundlage des geltenden Gesetzes muss Bayern in diesem Doppelhaushalt wieder mehr zahlen. Das Gesetz haben Sie jedoch verhandelt und verabschiedet. Wir sollten wieder mehr Sachlichkeit in die Debatte bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den Punkt gebracht: Sie wollen offenbar nicht gestalten. Hören Sie endlich auf mit dem Lamentieren. Wir GRÜNE sind auf Ihrer Seite, wenn Sie das System, das von den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ausgehandelt worden ist, endlich durchbringen. Die Idee ist gut und richtig. Damit würde man sich endlich von der Neiddebatte entfernen, die ständig geführt wird. Auch heute hat der Herr Finanzminister eine Neiddebatte gegen andere Bundesländer geführt. Sie als Mehrheitsfraktion hätten es in der Hand gehabt, früher ein tragfähiges Konzept für einen derzeit unwirksamen Länderfinanzausgleich zu erarbeiten und zu gestalten. Werden Sie endlich vernünftig, und ziehen Sie Ihre Klage zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zwiegespräch des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

– Herr Fackler, ich freue mich, wenn Sie Ihre Gespräche beendet haben. – Sie und andere führende Personen in Ihrer Partei polarisieren anstatt zu gestalten. Das haben wir heute wieder erlebt. Der Herr Finanzminister hat sich öffentlich für den unsäglichen Tweet über Paris entschuldigt. Gleichzeitig steht er hier und verteidigt seinen Tweet. Das kann ich kaum fassen. Selbst Kirchenleute haben ihn in Schutz genommen, weil er sich entschuldigt hat. Nein, es wird wieder gespalten. Bedürftige Menschen werden gegen andere bedürftige Menschen ausgespielt, die Rentnerin gegen den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt ist wie jeder Haushalt zuvor ohne Konzepte und Ideen und will nicht gestalten. Der Haushalt basiert auf einem Gießkannenprinzip: überall ein bisschen mehr. Darf es noch ein bisschen mehr sein? Der Haushalt setzt keine Schwerpunkte und will nicht wirklich gestalten. Es nutzt keinem Kind, wenn Sie eine Transferleistung nach der anderen draufsatteln, sondern unseren Kindern nutzt eine gute vorschulische Bildung. Das zeigen alle Studien. Dies legt den Grundstein für Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Das machen wir in Bayern!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, wir schichten die Transferleistungen um. Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert. Schichten Sie um, und investieren Sie in die Qualität von Kindertagesstätten! Mit diesem Haushalt steigen wir zum ersten Mal in die Beitragsfreiheit in Kindergärten ein. Dies ist nun finanziell mit diesem Haushaltsvolumen darstellbar. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist jedoch völlig falsch, in das letzte Kindergartenjahr zu investieren. Sie müssten das erste Kindergartenjahr beitragsfrei machen. Dort müssen Sie versuchen, Kinder mit Defiziten in der deutschen Sprache aufzufangen. Das wäre ein Weg in Richtung Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, dass es in diesem Haushalt nach wie vor heißt: Ideenlosigkeit in Schwarz, nichts Neues auf weiter Flur. Der Haushalt ist wieder mit einem Finanzierungssaldo aufgestellt. Die Einnahmen decken eben nicht die Ausgaben. Das ist vorhin anders gesagt worden. Wiederum schrumpfen die Rücklagen. Schwarz auf weiß heißt es in Ihren offiziellen Angaben, dass die Rücklagen von 6 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 1,5 Milliarden Euro schrumpfen.

Wieder sorgt der Staat nicht genug für die Pensionen seiner Beamtinnen und Beamten vor. Wie absurd das ist, hatten wir vorhin schon kurz in der Diskussion gehört. Schon 2008 haben CSU und Staatsregierung eingesehen: Man muss etwas für die Pensionsvorsorge tun, sonst gibt es einen Riesenberg verdeckter Verschuldung. Es war eigentlich schon viel zu spät. Aber keine sechs Jahre später wird genau dieses System wieder eingestampft, und Sie wollen angeblich bis 2030 alle Schulden tilgen. Dazu Folgendes:

Wenn man so wie Sie die Schulden ohne die Schulden der Landesbank berechnet – Sie rechnen die Schulden der Landesbank gar nicht mit ein – und in Ihrem Tempo tilgt, sind wir trotzdem erst im Jahr 2054, nicht im Jahr 2030 so weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man die Schulden der Landesbank mit hineinrechnet – das wäre, glaube ich, ziemlich legitim –, dann sind wir bei diesem Tempo im Jahr 2072. Also wird es nichts mit der Schuldentilgung bis 2030.

Wenn man schon Ihren Plan verfolgt, müssten Sie wenigstens die Zinsen, die durch diese Schuldentilgung frei werden, in die Pensionsrücklage stecken, anstatt auch die noch einfach im Haushalt verschwinden zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Haushaltsentwurf will den kommenden Generationen einfach Gestaltungsspielraum lassen, Stichwort Generationengerechtigkeit; denn unseren Kindern einen Staatshaushalt mit dieser Unterfinanzierung für die Zahlung der Pensionen zu hinterlassen, ist einfach nur verantwortungslos.

Sehr geehrte Staatsregierung, wenn wir jetzt die Schulden und das Minus in der Pensionsrücklage nehmen, dann sind wir exakt bei dem Schuldenstand, den wir hatten, als Sie angefangen haben zu tilgen, nämlich bei 32 Milliarden Euro. Und sorry: Dafür wollen Sie sich doch nicht ernsthaft feiern lassen, wenn Sie doch beim gleichen Schuldenstand sind wie damals, als Sie angefangen haben zu tilgen, oder? – Also, Ihr Entwurf zum Staatshaushalt 2017/2018 heißt in Kurzform: volle Kassen, aber keinerlei Wille zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig erleben wir ein Phänomen beim Finanzminister, das wir auch heute wieder gesehen haben, seine Vorgehensweise: einfach mal populistisch platt draufhauen, ohne zu schauen, was die Folgen sind. Wir kennen schon die Schelte auf Mario Draghi, den Chef der Europäischen Zentralbank, die es auch heute wieder gegeben hat: heftig draufhauen; er geht ans SpARBuch der armen Frau, er geht an das Konstrukt der Sparkassen. – Das mag ja alles stimmen, aber gleichzeitig verschweigt der Finanzminister, dass er von genau dieser Zinspolitik profitiert, und zwar nicht wenig.

(Peter Winter (CSU): Was soll denn das? – Hans Herold (CSU): Keine Ahnung, die Frau!)

Das heißt: Im Jahr 2008 hatten wir Zinsausgaben in Höhe von 930 Millionen Euro; am Ende dieses Doppelhaushaltes, im Jahr 2018, sind wir bei 370 Millionen. Genau dieses Zinsersparnis aufgrund der absolut schlimmen, immer wieder gescholtenen Politik von Mario Draghi verschwindet einfach so im Haushalt. Trotzdem kann die CSU ihren Haushaltsentwurf nur mit einem kräftigen Griff in die Haushaltsrücklage von mehr als einer Milliarde Euro finanzieren. So viel will die CSU vom SpARBuch Bayerns abheben.

Dass Ministerpräsident Seehofer zur gleichen Zeit die größte Steuersenkung aller Zeiten verspricht, lieber Peter Winter, ist genauso wenig seriös wie ein Steuerkonzept der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben eben ein anderes Weltbild als Sie!)

Es zeigt, wie wenig faktenorientiert die CSU daherredet. Doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eines kann ich Ihnen versprechen: Es bleibt nicht bei diesem Haushaltsentwurf. Ich habe zwar erst ein Wahljahr hier in diesem Hohen Haus erleben dürfen, aber ich kann Ihnen versprechen: Im Wahljahr wird der Nachtragshaushalt nochmal massiv und kräftig ansteigen,

(Peter Winter (CSU): Ja, wenn es notwendig ist!)

weil landauf, landab die Wahlgeschenke verteilt werden müssen. An dieser Stelle sage ich: Hören Sie endlich damit auf, Bedürftige gegen Bedürftige auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Der Nachtragshaushalt für das Wahljahr 2013 ist um 7 % gestiegen – 7 %! 2013 war das, lange, bevor die vielen Geflüchteten bei uns angekommen sind. Hören Sie auf, die Rentnerin gegen einen minderjährigen Geflüchteten auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie etwas für die arme Rentnerin tun wollen, dann schaffen Sie mit uns gemeinsam das Ehegattensplitting ab, am besten morgen mit Bestandsschutz. Da sind wir dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also: Obwohl dieser Haushalt bereits jetzt in den Ausgaben wahllos ansteigt, bleiben weitere und wirklich wichtige zukunftsweisende Projekte wie Energiewende und Klimaschutz massiv unterfinanziert. Ideenlosigkeit in Schwarz. Dem Haushalt fehlt eine Ausrichtung in die Zukunft. Wo ist denn Ihre Energiewende? – Tatsächlich – schade, Frau Aigner ist jetzt nicht da – gibt es mehr Beamte im Ministerium. Das ist doch lächerlich. Wir wissen, wie Energiewende geht. Sie müssen sie umsetzen. Wir brauchen keine Beamten im Ministerium, um die Energiewende umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig werden Investitionen in Energiewende und Klimaschutz sträflich vernachlässigt. Wo ist denn die dringend notwendige Förderung ökologischer Landwirtschaft? – Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt jedes Jahr. Das wissen wir alle. Bayern schafft es nicht mal, die Nachfrage nach Biomilch zu decken. Bei konventioneller Milch haben wir eine Überproduktion von 170 %. Was machen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf? – Nichts, null Komma null. Hier wollen wir von der konventionellen Landwirtschaft in die Biolandwirtschaft umschichten, auch bei der Vermarktung. Wir setzen nicht auf den massenhaften Export konventioneller Produkte. Wir wollen mehr Bio für Bayern.

(Peter Winter (CSU): Mehr Biobier!)

Die Nachfrage ist in Bayern da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie Verkehrsprobleme in den bayerischen Ballungszentren lösen, etwa mit einem einzigen Projekt, nämlich der Stammstrecke in München, mit dem zweiten Tunnel? Und wie wollen Sie dann irgendwo im Land noch etwas finanzieren? Es ist völlig unsinnig, so an die Verkehrsprobleme in der Fläche heranzugehen, sie etwa mit einer dritten Startbahn für München zu lösen oder mit der Förderung des Nahluftverkehrs, die immer noch im Haushalt steht. Auch diese muss gestrichen werden. Natürlich

brauchen wir mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr, für Investitionen in der Fläche, genau da brauchen wir es, um gleichwertige Verhältnisse in Bayern schaffen zu können. Der Radverkehr muss viel mehr gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind zwei wichtige Punkte, die einfach mal im Haushalt umgesetzt werden müssen.

Wo ist Ihre Offensive für den Wohnungsbau? – Das ist wirklich eines der drängendsten Probleme. Sie haben es zumindest jahrelang, man kann schon fast sagen: über Jahrzehnte, verschlafen und gehen es jetzt leider wieder nur halbherzig an. Der Bund stellt für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich pro Jahr knapp 200 Millionen Euro zur Verfügung. Was machen Sie? – Sie kürzen die Landesmittel von rund 154 Millionen Euro auf gut 80 Millionen Euro und untergraben damit das Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bei dem Thema Wohnen sind Sie wahrscheinlich zurzeit recht empfindlich; das würde ich auch verstehen. Erzählen wir die Geschichte doch mal von Anfang an – kurz; denn nachher kommt noch unser Dringlichkeitsantrag dazu. Aber weil Sie bei der Landesbank ein totales Desaster herbeiführen, muss man angeblich – das ist noch als "angeblich" zu sehen – die quasi staatseigenen Wohnungen verkaufen, die GBW. Aber wie Sie das handhaben, Herr Finanzminister, Sie als jemand, der sehr interessiert an soliden Einnahmen für unser Land sein müsste, wie Sie das so handeln, wenn internationale Konzerne oder ein Konsortium wie im Fall der GBW auf Steuervermeidung aus sind, ist auf jeden Fall erklärungsbedürftig. Bei Apple haben Sie schon öffentlich bekundet, dass Sie vollstes Verständnis für diese Haltung haben. Aber dann wären Sie als Finanzminister völlig fehl am Platz. Sie sind nicht Sprecher von Wirtschaftsunternehmen, sondern Sie müssen zusehen, dass ein jeder und eine jede seine bzw. ihre Steuern anständig zahlt. Damit würden Sie für Gerechtigkeit sorgen.

Beim Thema Steuergerechtigkeit gibt es – ich gebe es zu – auch etwas Positives: Sie haben endlich befolgt, was die Oppositionsfraktionen jahrein, jahraus, tagein, tagaus gesagt haben, und endlich mehr Anwärterstellen im Bereich der Finanzverwaltung ausgebracht. Es wurde aber auch Zeit. Wir haben heute schon gehört, dass es auch mehr Polizisten gibt. Ja, jetzt sind wir bei dem Stand, den wir hatten, bevor Stoiber den Sparkurs eingeschlagen und den ganz großen Rotstift angesetzt hat. Jetzt sind wir erst wieder bei dem, was damals eingespart wurde. Jetzt haben wir wieder mehr Lehrkräfte. Alles richtig, aber warum erst jetzt? – Vor allem frage ich mich: Kann sich noch jemand daran erinnern, wie es war, als Ministerpräsident Seehofer 2013 seine erste Regierungserklärung in dieser Legislaturperiode abgegeben hat? Hier war er gestanden – dort oben saß der Chef des Beamtenbundes – und hat fast schon drohend nach oben gesagt: Lieber Herr Habermann, in dieser Legislaturperiode wird es keine einzige neue Stelle geben. Kann sich daran noch jemand erinnern? Ich kann mich daran noch ziemlich gut erinnern, und ich habe auch gesehen, wie Herr Habermann, der Chef des Beamtenbundes, reagiert hat. Aber so war es nicht, und es ist auch gut, dass es nicht so war, weil wir die Stellen brauchen. Aber dann müssen Sie endlich auch richtig für die Beamtenpensionen vorsorgen.

Was wir vor allem nicht brauchen, sind 700 zusätzliche Stellen, damit ein selbsternannter Heimatminister seinen Plan durchbringen kann, Teilbehörden irgendwohin ins Land zu bringen. Fakt ist: Die Beamtinnen und Beamten wollen nicht dorthin ziehen, und Sie müssen 700 Stellen zusätzlich schaffen, damit dieser Plan umgesetzt werden kann. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schichten natürlich auch diese Stellen zu etwas Sinnvollem um. Es ist wirklich erschreckend, dass Sie mit so viel Geld so wenig anfangen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt spreche ich noch einen Punkt an, bei dem gerade die Sozialpolitikerinnen und -politiker unter Ihnen, wie ich finde, eigentlich

nur peinlich berührt sein können. Wir sprechen von einem Haushaltsvolumen von 58 Milliarden Euro; 58 Milliarden Euro enthält der Haushalt 2017. Aber Sie schaffen es nicht, die Kürzungen im Landesbehindertenplan – er betrifft ältere Menschen mit Behinderung –, die es einmal gab, auszugleichen. Wir sprechen bei 58 Milliarden Euro von 3 Millionen Euro, die Sie immer noch nicht aufbringen wollen. Ich finde, das muss Ihnen unangenehm sein; etwas anderes kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir strukturieren den Haushalt um, zum Beispiel bei dem Unsinn weiterer Transferleistungen wie des Betreuungsgeldes. Da wird Geld dafür ausgegeben, dass jemand eine öffentliche Einrichtung nicht in Anspruch nimmt. Wenn jemand nicht in die Oper geht, geben wir ihm in Zukunft auch Geld dafür, dass er nicht in die Oper geht. Wir schichten dieses Geld um und stecken es in die frühkindliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hohe Ausgaben für neue Staatsstraßen und Subventionen für Unternehmen schichten wir zugunsten des Klimaschutzes um. Wir investieren ordentlich in solide Kommunalfinanzen und in Bildung. Wir schichten mit unserem grünen Entwurf um, auch wenn wir uns damit nicht bei jedem und jeder lieb Kind machen können und auch wenn Sie dann nicht einen eigenen Wahlkampf als Ministerpräsidentenkandidat führen können. Aber es ist auch nicht Aufgabe der Politik, überall lieb Kind zu sein, sondern unsere Aufgabe ist es, zu gestalten und Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen schichten wir das Geld um.

Wir schichten das Geld von den Transferleistungen um und stecken es in bessere Qualität im vorschulischen Bereich. Alle Studien zeigen, dass genau das der richtige Weg ist. Ich finde, Sie sollten endlich das Gleiche tun und nicht immer nur mangelnden Integrationswillen beschwören. Wir setzen in unserem Entwurf auf mehr Qualität und bessere Betreuung. Unser Haushaltsentwurf setzt auf Generationengerechtigkeit. Statt auf PR-mäßige Schuldentilgung mit falschen Versprechen und falschen Zahlen

zahlen wir in den Pensionsfonds, wie es das alte Gesetz vorgesehen hat. Wir setzen auf Nachhaltigkeit, und wir investieren ordentlich in die Energiewende. Da müssen wir den Kommunen unter die Arme greifen. Deswegen gibt es mehrere Sonderprojekte, -titel und -ideen. Wir sagen: Ihr Kommunen müsst jetzt wirklich Geld in die Hand nehmen, um eure Gebäude zu sanieren. Aber zusätzlich gibt es einen höheren Anteil am Steuerverbund für die Kommunen, langfristig 15 %. Wir setzen auf ein partnerschaftliches Miteinander mit den Kommunen und legen ihnen keine goldenen Zügel an.

Wir setzen auch auf unsere Kinder. Geld fließt sowohl in die Vorschule und eine bessere Schulversorgung als auch in ein besseres Angebot an Schulpsychologen und eine Extremismusprävention. Dafür haben Sie fast keine Landesmittel vorgesehen, sondern geben einfach nur das weiter, was der Bund zahlt. Wir setzen auf Mobilität abseits vom Auto, auf öffentlichen Nahverkehr und auf Radwege.

Ich fasse zusammen: Mit unserem Haushaltsentwurf denken wir an die Kinder von heute, die Erwachsenen von morgen, weil wir ihnen mit genug Vorsorge für den Bauunterhalt und die Beamten keinen riesigen Berg an verdeckter Verschuldung überlassen. Unser Haushaltsentwurf ist gegengerechnet, nachhaltig und generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Takte zu den Kommunal финанzen sagen. Heute war ja schon viel, ganz unbescheiden, von Rekorden die Rede. Doch Ihre Jubelgesänge auf einen Finanzausgleich der Superlative, verehrter Herr Söder, gehen ziemlich an der Realität vorbei, was man insbesondere sieht, wenn man genauer hinschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der kommunale Finanzausgleich wächst im Vergleich zum Vorjahr zwar um 3 % auf rund 8,8 Milliarden Euro. Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt; denn der Finanzausgleich ist bei Weitem nicht so rekordverdächtig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Erfreulich ist sicher, dass der Freistaat über die Verbundzuwächse hinaus 30 Millionen Euro frisches Geld zur Verfügung stellt; die restlichen 230 Millionen Euro stammen allein aus den sprudelnden Steuereinnahmen. Enttäuschend ist aber aus unserer Sicht, Herr Söder, dass Sie sich erneut der Forderung der Kommunen verweigern, ihren Anteil am allgemeinen Steuerverbund zu erhöhen. Er bleibt unangetastet bei 12,75 %. Wir GRÜNE sagen, das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind die Garanten der Daseinsvorsorge. Handlungsfähige, finanziell gut ausgestattete Kommunen sind Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Der kommunale Finanzausgleich ist das Herzstück, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Wir haben vor der Sommerpause im Innenausschuss über ein Antragspaket der SPD für einzelne kommunale Fördervorhaben diskutiert. Wir waren im Gegensatz zur SPD der Meinung, dass kleinteilige Förderprogramme nicht richtig sind, und die Kollegen von der CSU haben ihre Ablehnung so ungefähr damit begründet, dass dafür der allgemeine Steuerverbund zur Verfügung steht. Aber den muss man dann natürlich erhöhen, und das ist damals von den Kollegen im Innenausschuss, auch denen von der CSU, signalisiert worden. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, und ihm können Sie dieses Mal zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann der finanzielle Spielraum der Kommunen aus unserer Sicht deutlich und nachhaltig vergrößert werden. Die Verantwortlichen in den Kommunen wissen schließlich selbst, wofür sie das Geld ausgeben wollen. Wir

brauchen keine goldenen Zügel, wie es die Kollegin Claudia Stamm schon gesagt hat, und wir brauchen keine Förderprogramme für alles und jedes. Aber die Staatsregierung und die CSU sind offensichtlich von der Vorstellung getragen, sie wüssten besser, was für die Kommunen in Oberfranken oder im Bayerischen Wald gut ist. Ich sage Ihnen: Die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wissen mindestens genauso gut wie Sie, meine Damen und Herren von der CSU, was gut ist, vielleicht sogar noch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Satz. Der Investitionsstau in den Kommunen ist groß. Ich nenne nur zwei Beispiele. Bei der energetischen Sanierung gibt es einen riesigen Handlungsbedarf, und das andere ist die Barrierefreiheit. Zurzeit ist in der ganzen Stadt plakatiert: Bayern barrierefrei. Es wäre aber besser, nicht in eine solche große Werbekampagne mit Großflächenplakaten zu investieren, sondern die Kommunen zu unterstützen, damit sie die Barrierefreiheit vor Ort umsetzen können. Der Investitionsstau ist auf jeden Fall groß. Geben Sie den Kommunen die finanziellen Mittel, die sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Pohl, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihr Hinweis auf die KPdSU war völlig daneben, lieber Herr Kollege Pohl.

(Beifall bei der CSU)

Recht hatten Sie allerdings – darin kann ich Ihnen nur zustimmen –, als Sie gesagt haben, Bayern sei fit. Die Kollegin Stamm hat darauf hingewiesen, dass Bayern gut dastehe. Das ist insbesondere auch an dem Doppelhaushalt 2017/2018 ersichtlich.

Herr Pohl, Sie haben vorhin die Anstrengungen der Staatsregierung in Bezug auf die innere Sicherheit lobend erwähnt. Nachdem von der Opposition die Stellsituation in der Steuer- und auch in der Finanzverwaltung immer wieder kritisiert wird, möchte ich darauf hinweisen, dass ich in dieser Woche bei einer Vereidigung in der Meistersingerhalle in Nürnberg war. Dort hat unser Staatsminister Dr. Markus Söder 1.277 Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter vereidigt. Ich denke, das ist eine richtig gute Politik, letztendlich auch eine Politik für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema Behördenverlagerung sagen. Auch das hat Frau Stamm kritisiert. Ich als Vertreter des ländlichen Raumes, der auch kommunalpolitische Verantwortung hat, sage Ihnen: Das sind ganz wichtige strukturpolitische Maßnahmen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in meinen Stimmkreis Behördenverlagerungen durchgeführt werden. Das ist ein ganz entscheidender und wichtiger Punkt, gerade zur Stärkung des ländlichen Raumes und natürlich auch für unser Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin unserem Finanzminister, dem Staatssekretär und der Staatsregierung für den kommunalen Finanzausgleich sehr dankbar. Sie werden zugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Finanzausgleich gerade in der Ära von Dr. Markus Söder Jahr für Jahr deutlich erhöht wurde. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Jahr 2017 einen kommunalen Finanzausgleich haben werden, wie er noch nie bei uns da gewesen ist, nämlich in Höhe von 8,82 Milliarden Euro. Das sind wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raumes möchte ich noch das Thema Infrastruktur ansprechen. Hierfür sind ganz entscheidende Mittel vorgesehen. Ich nenne nur die Erhöhung der Mittel für die Staatsstraßen, aber auch – dies sage ich ganz deutlich – für die Breitbandförderung, für den Ausbau des Breitbandnetzes. Das sind Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung des ländlichen Raumes. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass auch hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Abschließend möchte ich noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich sehr stolz bin, dass es die Staatsregierung als einzige in ganz Deutschland geschafft hat, bereits zum 13. Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zwei Bemerkungen: Erstens. Wir sind nicht auf einem Auge blind. Deswegen gibt es Lob und Kritik.

Zweitens. Herr Kollege Herold, auch wenn Ihre Partei eine Staatsrätin eingesetzt hat und es nach dieser Logik auch einen Staatsratsvorsitzenden geben muss, vergleiche ich die CSU natürlich nicht mit der KPdSU, sondern ich sage, ihr sollt es anders machen als die.

Hans Herold (CSU): Danke für diesen Hinweis.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Dr. Söder um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Bemerkungen machen: erstens zu Herrn Güller. Herr Güller, Sie haben den Wohnungsbau in den Mittelpunkt Ihrer Argumentation gestellt. Das ist in der Tat – da haben Sie völlig recht – eine große Aufgabe. Der Freistaat Bayern gibt bis zum Jahr 2019 2,6 Milliarden Euro für den Wohnungsbau aus.

Aber wenn ich mir einmal anschau, was Ihre SPD-Kollegen machen, die Sie verehren und schätzen – ob Sie sie wählen, weiß ich nicht –, dann frage ich: Was ist denn eigentlich aus der Mietpreisbremse geworden? – Die Mietpreisbremse von Herrn Justizminister Maas, SPD, ist ein einziger Flop, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, hören Sie zu! Das ist immer das schlechte Gewissen bei Ihnen.

Zweitens. Haben wir nicht versprochen, dass beim Bauen etwas vorangeht? Haben wir nicht gesagt, dass die Standards schneller kommen müssen? Haben wir nicht gesagt, dass der Wohnungsbedarf nur dann befriedigt werden kann, wenn das Bauen erleichtert wird? – Zuständig für Baurechtsnovellen ist die Bundesumweltministerin, Frau Hendricks. Was ist passiert? – Nichts. Das ist ein totaler Flop von der SPD an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer ist denn im Bund für den Wohnungsbau zuständig? Wer ist der nach eigener Einschätzung wichtigste Staatssekretär der SPD aller Zeiten? – Das ist Florian Pronold. Ich sage Ihnen eines: Beschließen Sie doch auf Ihren SPD-Parteitag in Bayern endlich, dass Herr Pronold mehr Geld gibt. Aber sagen Sie uns nicht, dass wir zu wenig tun; denn wir leisten mehr als die SPD auf Bundesebene.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Bezüglich der Steuern haben wir eine grundlegend andere Auffassung. Bei der Erbschaftsteuer haben die SPD-Länder ja am Schluss zugestimmt. Aber der SPD geht es bei der Erbschaftsteuer um etwas anderes als uns. Wir haben immer gesagt: Mittelständische Firmen als Familienunternehmen brauchen keine Steuererleichterungen, sondern sie brauchen die Chance, ihre Substanz so zu halten, dass sie den Betrieb überhaupt noch übergeben können. Wir wollten keine Steuererhöhungen. Wir wollten auf keinen Fall einen Verlust von Arbeitsplätzen; denn wenn Arbeitsplätze verloren gehen, nützen auch hohe Steuersätze nichts, weil Arbeitslose keine Steuern zahlen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch bezüglich der Regionalisierung bin ich fundamental anderer Auffassung als Sie. Bei der Gewerbesteuer akzeptieren wir doch auch, dass die Kommunen ein selbstständiges Hebesatzrecht haben, weil es ihr Geld ist; das ist völlig okay. München hat ja einen entsprechenden Hebesatz. Warum ist es nicht okay, wenn die Erbschaftsteuer allein den Ländern zugutekommt, dass sie dann auch selbstständig darüber entscheiden können?

Jetzt gibt es einen Vorschlag der Mehrheit der Länder – Bayern und Hamburg sind dagegen –, die Grundsteuer explodieren zu lassen. Meine Damen und Herren, das ist doch eine völlig absurde Situation. Ich finde, derjenige, der Steuereinnahmen bekommt, sollte auch das Recht haben, über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden. Andere haben nichts davon und müssen insofern auch nichts entscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zu den anderen Punkten wie Vermögensteuer, Reichensteuer usw.: Es kommt immer wieder heraus – egal, ob es um PR oder um Steuern geht; da nagen Sie an irgendetwas. Das merke ich. Das tut Ihnen weh, und das treibt Sie um. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie es doch einfach besser. Dann stehen Sie noch mehr in der Zeitung.

Aber in Bezug auf die Steuern kann es auf jeden Fall kein Argument sein, immer nur zu sagen: Die anderen sollen zahlen.

Wir haben jetzt wachsende Steuereinnahmen. Wissen Sie, warum die in Bayern wachsen? – Die wachsen, weil wir eine gute Wirtschaft haben. Wer glaubt, mit höheren Steuersätzen eine bessere Wirtschaft zu bekommen, der scheitert. Das Modell NRW wollen wir in Bayern nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch etwas bezüglich der Beamten sagen. Sowohl die Bayerische Finanzgewerkschaft – bfg – als auch der Bayerische Beamtenbund – Sie waren ja zum Teil dabei – haben sich sehr lobend über die Bayerische Staatsregierung geäußert. Wir hatten auch schon andere Zeiten. Liebe Ingrid Heckner, man kann wohl sagen: Die bayerischen Beamten wissen, wer ihr verlässlicher Partner ist. Die bayerischen Beamten schätzen die Vorsorge des gesamten Hohen Hauses, wenn ich das so sagen darf. Sie respektieren auch, dass wir bei der derzeitigen Entwicklung, anders als andere Bundesländer, ihre Arbeit mehr wertschätzen. Wir behalten den Kurs auch bei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Pohl, zu Ihnen fällt mir jetzt nichts ein.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schon wieder alles vergessen?)

– Nein, aber das steht für sich. Das kann gut und schlecht sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch zu Frau Stamm zwei, drei Bemerkungen, die mir wichtig sind. Liebe Frau Stamm, zunächst einmal: Die Zinsersparnis in Bayern kommt nicht wegen Draghi. Wissen Sie, woher die Zinsersparnis in Bayern kommt? – Sie kommt daher, weil dieser Teil des Parlaments nicht auf Draghi setzt, sondern auf eine eigene solide Haus-

haltspolitik, und Schulden tilgt. Unsere Zinersparnis kommt von der Schuldentilgung, meine Damen und Herren, nicht von Europa. Wir sind stolz darauf, dass das bei uns stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch beim Länderfinanzausgleich eine fundamental andere Auffassung. Wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, gar nichts zu machen, irgendwie zu verhandeln, bloß keine Klage einzureichen und vielleicht ganz still irgendwo Briefe oder SMS zu schreiben, dann wären wir nicht so weit gekommen. Es ist wirklich dem Einsatz der Staatsregierung, ganz besonders des Ministerpräsidenten zu verdanken, dass wir mit der Klage, mit klarem Druck und mit klarem Einsatz etwas erreicht haben, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt kurz davor stehen, eine solche Entscheidung zu treffen. Es wurde gesagt, das seien nur ein paar hundert Millionen Euro. Meine Damen und Herren, wir reden hier von Hunderten Millionen, einer Milliarde Euro Steuergeld. Das ist für jeden Steuerzahler sehr viel Geld.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist Papier! – Zuruf von der SPD)

Mit einer Milliarde Euro kann man viel verbessern und bewerkstelligen. Aber, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt so weit sind, liegt nur an der Strategie der Bayerischen Staatsregierung. Diese war richtig. Ich sage Ihnen ehrlich: Wenn es zu keiner Entscheidung kommen sollte, dann geht die Sache ihren Weg weiter. Wir hoffen und setzen darauf. Aber wenn man nicht von vornherein eine ordentliche Position hat und nicht bereit ist, zu zeigen, dass man für diese Position kämpft, kann man nicht erwarten, am Ende ein Ergebnis zu erzielen. Das haben wir gemeinsam getan.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich muss ehrlich sagen, ich fand die Rede von Herrn Güller in dieser Hinsicht deutlich fordernder. Sie sagen nämlich immer wieder

das Gleiche. Sie sagen immer wieder Nein zu Straßen und wollen dafür mehr für den Klimaschutz. Das ist nicht so originell.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Aber Ihre Rede war wahnsinnig originell!)

– Wir versuchen, in der Staatsregierung immer Originalität zu zeigen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): "Ich bin der Beste!")

An einer Stelle möchte ich für die Bürgerinnen und Bürger einen Unterschied zwischen Ihrer Position und unserer Denke herausarbeiten. Dieser Unterschied wird beim Thema Behördenverlagerung sehr offenkundig. Das ist im Grunde genommen ein Geständnis nach dem Motto: Um Gottes willen, Beamte müssen München verlassen, um draußen in der Region zu arbeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ihr Grundverständnis, ob es sich um das LEP oder um das Heimatverständnis handelt, ist immer das Gleiche. Sie sind allein zentralistisch und tun sich grundlegend schwer, zu akzeptieren, dass es außerhalb von München auch noch Räume gibt, die Unterstützung benötigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Für was brauchen Sie dann 700 neue Stellen? Das ist völlig unlogisch!)

– Ich habe jedem Ihrer Sätze zugehört, ohne dazwischenzubrüllen.

(Zuruf von der CSU: Das kann man jetzt aber wirklich abstellen! – Zuruf von den GRÜNEN)

– Doch, ich habe Ihnen zugehört. Ich habe Sie gehört. Ob ich es verstanden habe, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der CSU)

Jeder hat das Recht, hier seine Meinung kundzutun. Akzeptieren Sie das endlich einmal.

Eines sage ich zum Schluss. Ich habe einiges herausgehört. Sie sagen schweren Herzens, nolens volens, im Grunde genommen sei es gar nicht so übel, was hier als Haushalt vorliegt. Das verstehe ich dann wieder, ich bedanke mich dafür. Meine Damen und Herren, ich finde, wenn wir uns darauf einigen könnten, wäre das eine sehr saubere Arbeitsgrundlage. Ich stelle mir vor, über welche Probleme wir in Nordrhein-Westfalen reden würden, über welche Probleme wir dort reden würden, was wir kürzen und was wir streichen müssten oder dass wir die Polizisten nicht ordentlich bezahlen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Personaltausch!)

Stellen Sie sich das mal vor! Ich finde, Sie sollten Verständnis dafür haben, dass Bayern ein super Land ist, dass wir hier einen ordentlichen Haushalt haben und dass wir im Vergleich zu anderen eine echte und ehrliche Zukunftsperspektive haben. Auf dieser Arbeitsgrundlage sollten wir die Ausschussberatungen vornehmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ja wohl. Dann ist das somit beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs**

Berichterstatter:

Klaus Stöttner

Mitberichterstatter:

Reinhold Strobl

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 197. Sitzung am 19. Oktober 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Peter Winter

Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14626 des HA vom 19.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Minis-
terpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichtersteller: **Harald Kühn**
Mitberichterstatlerin: **Claudia Stamm**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Die Ansätze und Vermerke bei Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen) werden entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage 2).

Das Staatsministerium der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Teilnahme des Freistaates Bayern am "Eine Welt-PromotorInnenprogramm"
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13194

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 17/13195
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau des PromotorInnenprogramms zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13242
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sparsamere Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 17/13297

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 127. Sitzung am 19. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage 2 zu 15/18/11/14/13-H 1108.3B-1/6

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	51 Ausgaben der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union <i>Vermerk unverändert.</i>				
519 51-2 011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	A 308,2 B +600,0	908,2	A 228,2 B	228,2
	Summe der Titelgruppe	A 2.954,0 B +600,0	3.554,0	A 1.884,0 B -	1.884,0
	Gesamtausgaben	A 30.203,3 B +600,0	30.803,3	A 29.609,1 B -	29.609,1
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 415,4 B -	415,4	A 415,4 B -	415,4
	Gesamteinnahmen	A 415,4 B -	415,4	A 415,4 B -	415,4
	Personalausgaben	A 194,8 B -	194,8	A 194,8 B -	194,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 14.468,3 B +600,0	15.068,3	A 14.864,1 B -	14.864,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 14.421,1 B -	14.421,1	A 14.421,1 B -	14.421,1
	Baumaßnahmen	A 990,0 B -	990,0	A 0,0 B -	-
	Sonstige Sachinvestitionen	A 129,1 B -	129,1	A 129,1 B -	129,1
	Gesamtausgaben	A 30.203,3 B +600,0	30.803,3	A 29.609,1 B -	29.609,1
	Zuschuss	A 29.787,9 B 600,0	30.387,9	A 29.193,7	29.193,7

Erläuterungen

Zu 02 03/519 51

Mehr 600,0 Tsd. € wegen der Durchführung von baulichen Sicherungsmaßnahmen in der Bayerischen Vertretung in Brüssel.

Epl. 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 02				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 495,4 B -	495,4	A 495,4 B -	495,4
	Gesamteinnahmen	A 495,4 B -	495,4	A 495,4 B -	495,4
	Personalausgaben	A 37.115,7 B -	37.115,7	A 38.234,3 B -	38.234,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 24.929,4 B +600,0	25.529,4	A 25.056,1 B -	25.056,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 14.421,1 B -	14.421,1	A 14.421,1 B -	14.421,1
	Baumaßnahmen	A 1.360,0 B -	1.360,0	A 370,0 B -	370,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 1.990,3 B -	1.990,3	A 1.990,3 B -	1.990,3
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 700,0 B -	700,0	A 700,0 B -	700,0
	Gesamtausgaben	A 80.516,5 B +600,0	81.116,5	A 80.771,8 B -	80.771,8
	Zuschuss	A 80.021,1 B 600,0	80.621,1	A 80.276,4	80.276,4

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14623 des HA vom 20.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für
Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung –**

Berichtersteller: **Georg Winter**
Mitberichtersteller: **Alexander Muthmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 63 (Allgemeine Bewilligungen) wird ein neuer Tit. 883 70 mit der Zweckbestimmung „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände“ mit einem Ansatz für das Jahr 2017 von 300.000,00 Euro aufgenommen.
2. Bei Kap. 03 66 (Verkehrswesen) Tit. 893 57 (Zuschüsse an Sonstige für Investitionen zur Förderung innovativer Logistikkonzepte und des (Schienen-) Güterverkehrs wird der Ansatz in 2017
von 2.000.000,00 Euro
um 1.600.000,00 Euro
auf 3.600.000,00 Euro
erhöht.

Die Zweckbestimmung wird wie folgt gefasst:

„Zuschüsse an Sonstige für Investitionen zur Förderung innovativer Pilotprojekte im ÖPNV, innovativer Logistikkonzepte und des (Schienen-) Güterverkehrs“.

3. Bei Kap. 03 66 (Verkehrswesen) Tit. 633 58 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für bedarfsorientierte Bedienformen des allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum und Pilotprojekte landkreisübergreifender Expressbusverbindungen im Omnibusverkehr) wird der Ansatz in 2017
von 2.250.000,00 Euro
um 500.000,00 Euro
auf 2.750.000,00 Euro
erhöht.
4. Bei Kap. 03 66 (Verkehrswesen) wird ein neuer Tit. 547 06 mit der Zweckbestimmung „Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr“, mit dem Haushaltsvermerk „Die Mittel sind übertragbar.“ und einem Ansatz für das Jahr 2017 von 100.000,00 Euro aufgenommen.
5. Bei Kap. 03 75 (Autobahndirektionen) Tit. 771 70 (Vergabe von Ingenieurleistungen u. ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesautobahnen) wird der Ansatz in 2017
von 55.000.000,00 Euro
um 4.000.000,00 Euro
auf 59.000.000,00 Euro
und
bei Kap. 03 80 (Staatliche Bauämter) Tit. 772 70 (Vergabe von Ingenieurleistungen u. ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesstraßen) wird der Ansatz in 2017
von 23.000.000,00 Euro
um 1.000.000,00 Euro
auf 24.000.000,00 Euro
erhöht.

„Bei Kap. 03 64 (Wohnraumförderung) Tit. 893 03 (Zuschüsse im Rahmen des Bayer. Modernisierungsprogramms) können im Vorgriff auf die Erhöhung des einseitigen Deckungsvermerks zulasten Kap. 03 64 Tit. 863 69 (Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung nach dem Landesrecht zur Wohnraumförderung aus Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen des Freistaates Bayern nach dem Gesetz über die Verwendung von Rückflüssen) auf bis zu 20.000.000,00 Euro im Haushaltsvollzug 2016 entsprechend zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen werden.“

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 03 62, Kap. 03 64 und Kap. 03 80 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage 4).

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Radverkehrs (Fahrradabstellanlagen)
(Kap. 03 63 neuer Tit. 883 70)
Drs. 17/13263
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Konzept „Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr“
(Kap. 03 66 neuer Tit. 547 06)
Drs. 17/13264
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mobilität im ländlichen Raum (Rufbusse, Anrufsammeltaxis)
(Kap. 03 66 Tit. 633 58)
Drs. 17/13265

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung innovativer Pilotprojekte im ÖPNV (autonomes Fahren, Elektrobusse)
(Kap. 03 66 Tit. 893 57)
Drs. 17/13266
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kosten der Fachplanung, Entwurfsbearbeitung und Bauleitung für Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) - Schaffung eines Planungsvorrats
(Kap. 03 75 Tit. 771 70 (Bundesautobahnen) und Kap. 03 80 Tit. 772 70 (Bundesstraßen))
Drs. 17/13267

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13229
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13230
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Natascha Kohnen u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13282

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13303
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Radverkehr in Bayern: nicht-investive Mittel für den Radverkehr erhöhen
(Kap. 03 63 TG 70)
Drs. 17/13304
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Liegenschaften
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13305
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sanierungsfahrpläne für Quartiere und Ortsteile
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13306
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnraumfördermittel
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13231
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnungsbaupolitische Notwendigkeiten auch im Haushalt abbilden
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13283
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnraumförderung - Sozialen Wohnungsbau forcieren
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13318
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/13319
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt"
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 17/13320
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Barrierefreiheit an Bahnhöfen
(Kap. 03 66 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 17/13234
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Haltepunkte für den Regionalverkehr
(Kap. 03 66 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 17/13235
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 66 Tit. 892 76)
Drs. 17/13236

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fahrradabstellanlagen bzw. Fahrradstationen an Bahnhöfen fördern - ÖPNV intermodal gestalten!
(Kap. 03 66 TG 58)
Drs. 17/13284
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen
(Kap. 03 66 Tit. 633 72)
Drs. 17/13285
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe und Landesmittel für das Bundesprogramm „Barrierefreiheit kleiner Schienenverkehrsstationen“ im ländlichen Raum beibehalten
(Kap. 03 66 Tit. 892 76 und Tit. 893 76)
Drs. 17/13286
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für bedarfsorientierte Bedienformen des allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum und Pilotprojekte landkreisübergreifender Expressbusverbindungen im Omnibusverkehr bedarfsgerecht erhöhen
(Kap. 03 66 Tit. 633 58)
Drs. 17/13321
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln beim Ausgleich nach § 45a Personenbeförderungsgesetz
(Kap. 03 66 TG 71 - 73)
Drs. 17/13322
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 03 66 TG 74)
Drs. 17/13323
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beraternetzwerk Mobilitätsmanagement
(Kap. 03 66 neuer Tit.)
Drs. 17/13324
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen für den Probetrieb auf nicht im Schienenpersonennahverkehr bedienten Eisenbahnstrecken
(Kap. 03 67 Tit. 682 13)
Drs. 17/13287
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Landesmittel für Planung und Bau von Eisenbahninfrastruktur statt Landesmittel für Planung und Bau der 2. Stammstrecke
(Kap. 03 67 Tit. 892 01)
Drs. 17/13325
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen u.ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesautobahnen
(Kap. 03 75 Tit. 771 70)
Drs. 17/13292

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aus- und Umbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/13232
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06)
Drs. 17/13233
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderoffensive für Fahrradabstellanlagen
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/13237
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Nachhaltige Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)
Drs. 17/13288
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: neue Planstellen für die staatlichen Bauämter
(Kap. 03 80 Tit. 428 01)
Drs. 17/13289
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Radschnellwege
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/13326
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/13327
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Mittel für den Bau von selbständigen Radwegen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06)
Drs. 17/13328

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 128. Sitzung am 20. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 03 B

Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr
- Staatsbauverwaltung -

03 62 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 B - Staatsbauverwaltung -

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
527 21-3 012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalver- tretungs- angelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	A B	150,0	150,0	A B	120,0	120,0
	Gesamtausgaben	A B	100.277,8 -	100.277,8	A B	103.149,9 -	103.149,9
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A B	690,0 -	690,0	A B	690,0 -	690,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	50,0 -	50,0	A B	50,0 -	50,0
	Gesamteinnahmen	A B	740,0 -	740,0	A B	740,0 -	740,0
	Personalausgaben	A B	80.323,4 -	80.323,4	A B	86.055,5 -	86.055,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	14.193,5 -	14.193,5	A B	14.533,5 -	14.533,5
	Baumaßnahmen	A B	1.581,7 -	1.581,7	A B	1.581,7 -	1.581,7
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	9.146,7 -	9.146,7	A B	6.146,7 -	6.146,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-4.967,5 -	-4.967,5	A B	-5.167,5 -	-5.167,5
	Gesamtausgaben	A B	100.277,8 -	100.277,8	A B	103.149,9 -	103.149,9
	Zuschuss	A	99.537,8	99.537,8	A	102.409,9	102.409,9

Zu 03 62/527 21

Ausbringung eines Übertragbarkeitsvermerks zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Steuerung der Ausgabemittel der Personalvertretungen.

03 64 Wohnraumförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-1 411	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum - Abwicklung früherer Programme - Zu 883 01 und 883 11: Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig. Einseitig deckungsfähig zugunsten 863 69, 03 80/701 03 und bis 15.000,0 Tsd. € zugunsten 893 11.	A B	70.000,0	70.000,0	A B	100.000,0	100.000,0
	Titelgruppen						
	65 - 70 Landesmittel zur Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung - Neubewilligungen Vermerk unverändert.						
863 69-4 411	Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung nach dem Landesrecht zur Wohnraumförderung aus Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen des Frei- staates Bayern nach dem Gesetz über die Verwen- dung von Rückflüssen Einseitig deckungsfähig zugunsten 537 01, bei mehr als 400,0 Tsd. € mit Einwilligung des Staats- ministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, bis 20.000,0 Tsd. € zugunsten 893 03 und bis 15.000,0 Tsd. € zugunsten 893 68. Einseitig deckungsfähig zulasten 883 01. Die Mittel können auch für Zuschüsse verwendet werden. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 03 64/111 31, 13 06/162 09, 162 10, 162 12, 162 14, 162 32, 162 36, 182 09, 182 13, 182 28, 182 34 und 182 35. Ferner erhöht sich die Ausga- bebefugnis um 66,4 % der Mehreinnahme bei 13 05/121 46. Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 62.017,0 Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 112.017,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in Höhe von 62.017,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2018 bis 2019 jährlich Tsd. € 25.000,0 2020 Tsd. € 12.017,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2018 in Höhe von 112.017,0 Tsd. € werden fällig frühes- tens in den Haushaltsjahren 2019 bis 2020 jährlich Tsd. € 50.000,0 2021 Tsd. € 12.017,0	A B	20.000,0	20.000,0	A B	20.000,0	20.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	23.000,0 -	23.000,0	A B	23.000,0 -	23.000,0
	Gesamtausgaben	A B	369.844,0 -	369.844,0	A B	409.520,0 -	409.520,0

Erläuterungen

Zu 03 64/883 01

Ausbringung eines Deckungsvermerks zur Flexibilisierung der Mittelverwendung im Wohnungspakt Bayern.

Zu 03 64/863 69

Vgl. Erläuterung zu Tit. 883 01.

03 64 Wohnraumförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 410,0 B -	410,0	A 410,0 B -	410,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 18.100,0 B -	18.100,0	A 18.100,0 B -	18.100,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 198.146,0 B -	198.146,0	A 198.146,0 B -	198.146,0
	Gesamteinnahmen	A 216.656,0 B -	216.656,0	A 216.656,0 B -	216.656,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 11.198,0 B -	11.198,0	A 20.874,0 B -	20.874,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 358.646,0 B -	358.646,0	A 388.646,0 B -	388.646,0
	Gesamtausgaben	A 369.844,0 B -	369.844,0	A 409.520,0 B -	409.520,0
	Zuschuss	A 153.188,0	153.188,0	A 192.864,0	192.864,0

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
701 03-5 012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 03 64/883 01. Es können Hochbaumaßnahmen mit Gesamtkos- ten bis zu 3.000,0 Tsd. € im Einzelfall finanziert werden.</i>	A B	--- ---	--- ---	A B	--- ---	--- ---
	Gesamtausgaben	A B	760.164,4 -	760.164,4	A B	763.185,2 -	763.185,2
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A B	1.672,5 -	1.672,5	A B	1.672,5 -	1.672,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	133.320,0 -	133.320,0	A B	133.320,0 -	133.320,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisun- gen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	25.500,0 -	25.500,0	A B	25.500,0 -	25.500,0
	Gesamteinnahmen	A B	160.492,5 -	160.492,5	A B	160.492,5 -	160.492,5
	Personalausgaben	A B	300.891,5 -	300.891,5	A B	306.034,3 -	306.034,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	66.169,9 -	66.169,9	A B	66.169,9 -	66.169,9
	Baumaßnahmen	A B	379.080,0 -	379.080,0	A B	381.080,0 -	381.080,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	14.023,0 -	14.023,0	A B	9.901,0 -	9.901,0
	Gesamtausgaben	A B	760.164,4 -	760.164,4	A B	763.185,2 -	763.185,2
	Zuschuss	A	599.671,9	599.671,9	A	602.692,7	602.692,7

Erläuterungen

Zu 03 80/701 03

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 64 Tit. 883 01.

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 03B						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	116.852,5 -	116.852,5	A B	119.352,5 -	119.352,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.449.976,6 -	1.449.976,6	A B	1.482.509,0 -	1.482.509,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	422.232,0 -	422.232,0	A B	439.526,0 -	439.526,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.989.061,1 -	1.989.061,1	A B	2.041.387,5 -	2.041.387,5
	Personalausgaben	A B	500.292,6 -	500.292,6	A B	513.202,8 -	513.202,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 3.050,0 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 3.000,0	A B	193.162,6 -	193.162,6	A B	194.752,6 -	194.752,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 6.845.042,0 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 5.348.507,0	A B	1.385.383,3 -	1.385.383,3	A B	1.423.059,3 -	1.423.059,3
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 132.591,2 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 141.241,2	A B	466.386,7 -	466.386,7	A B	475.586,7 -	475.586,7
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 16.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 12.000,0	A B	33.215,2 -	33.215,2	A B	27.693,2 -	27.693,2
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 483.386,0 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 589.806,0	A B	876.885,6 -	876.885,6	A B	863.853,0 -	863.853,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-4.967,5 -	-4.967,5	A B	-5.167,5 -	-5.167,5
	Gesamtausgaben	A B	3.450.358,5 -	3.450.358,5	A B	3.492.980,1 -	3.492.980,1
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 7.480.069,2 <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 6.094.554,2						
	Zuschuss	A	1.461.297,4	1.461.297,4	A	1.451.592,6	1.451.592,6



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Landtags**

Berichtersteller: **Ernst Weidenbusch**
Mitberichtersteller: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derung durchgeführt wird:

Im Stellenplan im Kap. 01 04 (Landesbeauftragter
für den Datenschutz) wird folgender Kapitelver-
merk neu ausgebracht:

„Die im Doppelhaushalt 2017/2018 neu ausge-
brachten Stellen sind gesperrt. Die Aufhebung der
Sperrung bedarf der Einwilligung des Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen.“

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landes-
entwicklung und Heimat wird ermächtigt, die auf-
grund dieser Änderung erforderlichen Berichtigung
insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht
über die Verpflichtungsermächtigungen und den
sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des
Einzelplans vorzunehmen.

Mit der in I. enthaltenen Änderung ist der Ände-
rungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellenplan für den Landesbeauftragten für
den Datenschutz
(Kap. 01 04)
Drs. 17/13261
erledigt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für
Staatshaushalt und Finanzfragen federfüh-
rend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse
erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Ein-
zelplan in seiner 128. Sitzung am 20. Okto-
ber 2016 beraten und einstimmig mit der
in I. enthaltenen Änderung Zustimmung
empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14640 des HA vom 25.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14632 des HA vom 27.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Bildung
und Kultus, Wissenschaft und Kunst
- Bildung und Kultus –**

Berichterstatte(r)in: **Reserl Sem**
Mitberichterstatte(r)in: **Claudia Stamm**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 05 (Allgemeine Bewilligungen – Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege) Tit. 894 60 (Zuschuss an die Stiftung Bayerische Gedenkstätten für Investitionen) wird der Ansatz in 2017
von 7.000.000,00 Euro
um 300.000,00 Euro
auf 7.300.000,00 Euro
erhöht.

2. Bei Kap. 05 12, 05 15, 05 03 und 05 04 werden nachstehende Änderungen vorgenommen:

- a. Bei Kap. 05 12 (Öffentliche Grund- und Mittelschulen) Tit. 428 11 (Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (ohne Lehrkräfte)) werden die Ansätze
in 2017
von 14.794.500,00 Euro
um 830.000,00 Euro
auf 15.624.500,00 Euro

und in 2018
von 15.016.400,00 Euro
um 2.500.000,00 Euro
auf 17.516.400,00 Euro
erhöht.

- b. Bei Kap. 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen) Tit. 428 11 (Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (ohne Lehrkräfte)) werden die Ansätze
in 2017
von 473.400,00 Euro
um 830.000,00 Euro
auf 1.303.400,00 Euro

und in 2018
von 480.500,00 Euro
um 2.500.000,00 Euro
auf 2.980.500,00 Euro
erhöht.

- c. Bei Kap. 05 03 (Allgemeine Bewilligungen – Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) Tit. 633 06 (Gastschulbeiträge für die Beschulung von Asylbewerberkindern) werden die Ansätze in 2017

von 30.000.000,00 Euro
um 415.000,00 Euro
auf 29.585.000,00 Euro

und in 2018

von 40.000.000,00 Euro
um 1.250.000,00 Euro
auf 38.750.000,00 Euro
vermindert.

- d. Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen – Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)) Tit. 684 68 (Zuschüsse an private Träger von Mittagsbetreuungen) werden die Ansätze in 2017

von 41.879.700,00 Euro
um 415.000,00 Euro
auf 41.464.700,00 Euro

und in 2018

von 41.879.700,00 Euro
um 1.250.000,00 Euro
auf 40.629.700,00 Euro
vermindert.

3. Im Stellenplan des Kap. 05 12 (Öffentliche Grund- und Mittelschulen) Tit. 428 11 (sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verwaltungskräfte an Schulen)) werden zur Anpassung der Stellen an die Mittel 50 Stellen neu ausgebracht. Der dazugehörige Haushaltsvermerk unter 2. wird wie folgt gefasst:
„Zu Lasten der Mittel dürfen bis zu 356 unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden“.

Im Stellenplan des Kap. 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen) Tit. 428 11 (sonstige Hilfsleistungen durch Ar-

beitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verwaltungskräfte an Schulen)) werden zur Anpassung der Stellen an die Mittel 50 Stellen neu ausgebracht. Der dazugehörige Haushaltsvermerk unter 2. wird wie folgt gefasst:
„Zu Lasten der Mittel dürfen bis zu 60 unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden“.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 05 08 (Landesamt für Schule) entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage 1).

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Barrierefreiheit von Gedenkstätten
(Kap. 05 05 Tit. 894 60)
Drs. 17/13589
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 Tit. 428 11 und Kap. 05 15 Tit. 428 11)
Drs. 17/13590

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: "Schule & wir" in Papierform einstellen und nur noch als digitales Angebot bereitstellen (Kap. 05 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/13359

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/13360
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Personalkostenzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 TG 82 - 84)
Drs. 17/13457
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/13517
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fortbildungsmaßnahmen im Behindertensport
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/13361
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam Bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/13362
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für den Ausbau von Ganztagsklassen
(Kap. 05 04 TG 68 - 69)
Drs. 17/13363
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 TG 90)
Drs. 17/13364
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13365
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13367
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung der Schulen schaffen - Aus- und Fortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 77)
Drs. 17/13458
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung von Schulen schaffen - Sonderinvestitionsprogramm einrichten
(Kap. 05 04 TG 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13459

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13460
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräfte für eine sichere Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen: 110-prozentige Lehrkräfteversorgung
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13518
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der schulischen Inklusion
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13519
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsentwicklung der Ganztagschulen forcieren
(Kap. 05 04 TG 68 - 69)
Drs. 17/13520
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräftefortbildung ausbauen für digitale Medien, Inklusion und individuelle Förderung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13521
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Öffnungsklausel für Gemeinschaftsschulen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13522
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13523
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13524
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/13366
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Martin Güll u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e.V. in München
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13461
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die Europäische Akademie in Bayern e.V.
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13525

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Politische Bildung stärken
(Kap. 05 05 TG 81 Tit. 684 06)
Drs. 17/13526
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/13527
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulverwaltung verschlanken
(Kap. 05 08 und 05 11 Tit. 422 01, 428 01 und 527 01)
Drs. 17/13528
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung der Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen durch mehr Leitungszeit
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13368
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umsetzung der dritten Sportstunde in der 1. Jahrgangsstufe der Grundschule
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13369
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Plätze für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/13370
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/13371
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Schulpsychologie
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13372
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulische Inklusion
(Kap. 05 12 - 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/13373
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellen zur Beschulung von Flüchtlingen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13374
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für den Auf- und Ausbau der gebundenen Ganztagschule
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13375
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 - 05 19, Tit. 428 01)
Drs. 17/13376

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/13377
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13462
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/13463
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einrichtung von Clearingstellen zur passgenauen Zuteilung der jungen Flüchtlinge in die geeigneten Bildungseinrichtungen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 14)
Drs. 17/13464
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitale Bildung an Bayerns Schulen stärken
(Kap. 05 12 - 05 19 neuer Tit.)
Drs. 17/13465
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sondermittel für traumatisierte Kinder- und Jugendliche sofort bereitstellen
(Kap. 05 12 - 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13466
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben. Mehr Verwaltungskräfte für Bayerns Schulen
(Kap. 05 12 - 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13467
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhalt kleiner Grundschulstandorte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13529
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13530
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Integration: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge beibehalten
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13531
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Förderschulen
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/13468
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherstellung des Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen
(Kap. 05 15 - 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13378

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau der erweiterten Schulleitung
(Kap. 05 15 - 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13379
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Berufsschulen
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13469
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen
(Kap. 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13470
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung und Optimierung der Realschule
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13380
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Realschulen
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13471
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Gymnasien
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13472

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellen zur Konzeptentwicklung G8/G9
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13532

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 130. Sitzung am 27. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wis-
senschaft und Kunst
- Bildung und Kultus -

05 08 Landesamt für Schule

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
<u>518 01-6</u> 129	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 100,0 B	100,0	A 100,0 B	100,0
	Gesamtausgaben	A 924,9 B -	924,9	A 2.145,0 B -	2.145,0
	Abschluss				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 274,9 B -	274,9	A 480,0 B -	480,0
	Baumaßnahmen	A 500,0 B -	500,0	A 1.500,0 B -	1.500,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A 150,0 B -	150,0	A 165,0 B -	165,0
	Gesamtausgaben	A 924,9 B -	924,9	A 2.145,0 B -	2.145,0
	Zuschuss	A 924,9	924,9	A 2.145,0	2.145,0

Erläuterungen

Zu 05 08/518 01

Stufenweise Anmietung von Räumen für eine Zwischenunterbringung des Landesamts für Schule bis zur Fertigstellung einer Großen Baumaßnahme. Derzeit laufen Verhandlungen über eine entsprechende Anmietung einer Liegenschaft. Es ist geplant, ab Mitte Oktober eine Teilanmietung von drei Räumen vorzunehmen, ab 01.01.2017 Anmietung einer Fläche von ca. 850 m², ab 01.01.2018 Anmietung von weiteren 990 m² (Gesamtfläche somit 1.840 m²). Mietpreis 8,90 €/m², Mietdauer 5 Jahre mit jährlicher Verlängerungsoption. Ortsüblichkeit und Angemessenheit der Miete wurden bereits geprüft.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigung errechnet sich aus der zu mietenden Gesamtfläche 1.840 m² x 8,90 €/m² x 12 Monate x 5 Jahre Laufzeit.

Epl. 05 Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
		3	4	5	6
	Abschluss Epl. 05				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 14.763,6 B -	14.763,6	A 14.806,6 B -	14.806,6
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 69.414,2 B -	69.414,2	A 78.001,5 B -	78.001,5
	Gesamteinnahmen	A 84.177,8 B -	84.177,8	A 92.808,1 B -	92.808,1
	Personalausgaben	A 9.523.530,5 B -	9.523.530,5	A 9.863.885,6 B -	9.863.885,6
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 6.696,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 6.716,0				
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 75.922,2 B -	75.922,2	A 77.822,3 B -	77.822,3
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 10.330,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 2.770,0				
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 2.310.700,0 B -	2.310.700,0	A 2.459.042,6 B -	2.459.042,6
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 179.425,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 208.425,0				
	Baumaßnahmen	A 36.737,3 B -	36.737,3	A 37.513,0 B -	37.513,0
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 34.800,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 34.700,0				
	Sonstige Sachinvestitionen	A 3.888,3 B -	3.888,3	A 3.752,4 B -	3.752,4
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 175,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 175,0				
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 69.600,0 B -	69.600,0	A 66.900,0 B -	66.900,0
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 4.565,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 1.500,0				
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 1.956,6 B -	1.956,6	A 2.011,8 B -	2.011,8
	Gesamtausgaben	A 12.022.334,9 B -	12.022.334,9	A 12.510.927,7 B -	12.510.927,7
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 235.991,0				
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 254.286,0				
	Zuschuss	A 11.938.157,1	11.938.157,1	A 12.418.119,6	12.418.119,6



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Umwelt und Ver-
braucherschutz**

Berichtersteller: **Martin Bachhuber**
Mitberichtersteller: **Alexander Muthmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 02 (Sammelansätze für den Ge-
samtbereich des Epl. 12) Tit. 684 74 (Zuschüsse
für die Errichtung und den Betrieb von Um-
weltstationen) wird der Ansatz
in 2017
von 1.807.400,00 Euro
um 200.000,00 Euro
auf 2.007.400,00 Euro
erhöht.

2. Bei Kap. 12 04 (Besondere Fachaufgaben – Na-
turschutz, Erholung, Umweltschutz) Tit. 685 72
(Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maß-
nahmen des Vertragsnaturschutzes, der Land-
schaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes
und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie)
wird der Ansatz
in 2017
von 29.680.900,00 Euro
um 1.000.000,00 Euro
auf 30.680.900,00 Euro
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesent-
wicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund
dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen
insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht
über die Verpflichtungsermächtigungen und den
sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des
Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Num-
mern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonstige Umweltbildungsmaßnahmen -
Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb
von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/13948
2. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gu-
drun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Naturschutz und Landschaftspflege -
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maß-
nahmen des Vertragsnaturschutzes, der
Landschaftspflege und des Arten- und Bio-
topschutzes und der Umsetzung der Biodiver-
sitätsstrategie
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13949

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Freiwilliges ökologisches Jahr in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/13725
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/13726
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für sonstige Umweltbildungsmaßnahmen
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 17/13727
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/13776
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Selb 2023 gGmbH: Finanzierung aus dem Etat der Staatskanzlei
(Kap. 12 02 Tit. 683 01 und Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13950
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/13951
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13728
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13729
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13730
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13777
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13778
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für den Ausgleich von Biberschäden
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/13731

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landschaftspflegeprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13732
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Geoparks
(Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13733
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Landkreise für umweltfreundliches Unkrautmanagement
(Kap. 12 04 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 17/13734
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72 und 883 72)
Drs. 17/13779
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Mittel für das Vertragsnaturschutzprogramm, Schwerpunktförderung Grünlandwirtschaft Moore, Schnittzeitpunkte und Wald
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13780
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern
(Kap. 12 04 TG 71 - 72)
Drs. 17/13781
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/13782
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/13952
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss für Planung und Errichtung eines Neubaus für die Auffangstation für Reptilien
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13735
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Illegale Tiertransporte und Animal Hoarding - Härtefallbudget für Kommunen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13736
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes
(Kap. 12 08 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 17/13783
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Nothilfefonds für außergewöhnliche Ereignisse
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13784

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/13785
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zum Betrieb der Reptilienauffangstation
(Kap. 12 08 Tit. 683 02)
Drs. 17/13953
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zum Betrieb des Raubtier- und Exotenasyls in Ansbach
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13954
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wasserwirtschaftliche Forschung und Entwicklung - Vergabe von Ingenieurleistungen u.ä.
(Kap. 12 09 Tit. 534 76)
Drs. 17/13955
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren!
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 17/13956
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 13 Tit. 125 01)
Drs. 17/13957
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/13958
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lebensmittelaufsicht an den Regierungen zusammenfassen
(Kap. 12 23 Tit. 111 01 und 422 01, Kap. 12 24 Tit. 111 01, 112 01, 119 01, 422 01, 422 31, 422 41, 428 01, 428 11, 428 21, 428 41, 453 01, 511 01, 514 01, 514 11, 514 21, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 518 18, 525 01, 527 01, 546 49, 811 01, 812 01, 812 03 u. 812 35, Kap. 12 30 Tit. 422 01, Kap. 03 15 Tit. 422 01 u.a.)
Drs. 17/13959
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Notfallfonds für tierschutzrelevante Großlagen
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13960
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionszuschuss für Tierheime
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13961

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an Tierheime für Fundtiere und beschlagnahmte Tiere
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13962
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13737
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 100 neuer Stellen
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 17/13786
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Befristung von 150 Stellen an Wasserwirtschaftsämtern
(Kap. 12 77 Tit. 422 01, 428 70, 428 90, 428 91, 428 92)
Drs. 17/13787
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/13963

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13964

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 131. Sitzung am 8. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14627 des HA vom 09.11.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums der Justiz**

Berichterstatlerin: **Mechthilde Wittmann**
Mitberichterstatler: **Thomas Mütze**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten)
Tit. 427 71 (Aufwendungen für nebenamtliche
und nebenberufliche Tätigkeit) wird der An-
satz
in 2017
von 1.400.000,00 Euro
um 350.000,00 Euro
auf 1.750.000,00 Euro
erhöht.
2. Bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten)
Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der
planmäßigen Beamten und Richter) werden
für die Erhöhung der Zulage für DuZ-Nacht
(§ 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 der Bayerischen Zu-
lageverordnung – BayZuIV) die Ansätze
in 2017
von 203.997.600,00 Euro
um 500.000,00 Euro
auf 204.497.600,00 Euro

und in 2018

von 207.931.300,00 Euro
um 500.000,00 Euro
auf 208.431.300,00 Euro
erhöht.

Als teilweise Deckung werden bei Kap. 04 02
(Sammelansätze für den Gesamtbereich des
Epl. 04) Tit. 422 41 (Mehrarbeitsvergütungen für
Beamte) die Ansätze

in 2017

von 900.000,00 Euro
um 250.000,00 Euro
auf 650.000,00 Euro

und in 2018

von 900.000,00 Euro
um 250.000,00 Euro
auf 650.000,00 Euro
vermindert.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesent-
wicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund
dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen
insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht
über die Verpflichtungsermächtigungen und den sons-
tigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzel-
plans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Num-
mern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier
u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zulage für Dienst zu un-
günstigen Zeiten (DuZ) beim Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13942
2. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier
u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Extremismusprävention in bayerischen
Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 427 71)
Drs. 17/13943

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: „Stalkinghilfe/-schutz“
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 17/13738
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Gesundheitsmanagement
(Kap. 04 02 Tit. 525 21)
Drs. 17/13739
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 zusätzliche Planstellen für Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten und 50 zusätzliche Planstellen für Staatsanwälte, Staatsanwältinnen; Aufhebung des kw-Vermerks für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 neu geschaffenen 50 Planstellen für Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13740
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 50 zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen, Aufhebung des kw-Vermerks für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 25 Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen und weitere 19 Stellenhebungen von BesGr. A 10 (Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen) nach BesGr. A 11 (Rechtspflegeamtmänner, Rechtspflegeamt-frauen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13741
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13742
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Neue Planstellen für Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13743
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 50 zusätzliche Planstellen für Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13744
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 zusätzliche Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre, Aufhebung des kw-Vermerks für die im Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 100 Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre und weitere Stellenhebungen im Justizfachwirtebereich
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13745
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 20 zusätzliche Planstellen für Rechtspflege-ranwärter, Rechtspflege-ranwärterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13746

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 50 zusätzliche Planstellen für Justizsekretärinnen, Justizsekretärinnen (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13747
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: 50 zusätzliche Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und weitere 20 zweckgebundene Planstellen für die Übernahme von langfristig befristet beschäftigten Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen (Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13748
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Aufhebung kw-Vermerk für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 35 Aushilfskräfte für die Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 Tit. 428 11)
Drs. 17/13749
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Errichtung einer Psychotherapeutischen Fachambulanz für Sexualstraftäter und besonders gefährliche Gewaltstraftäter in Regensburg (Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/13750
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13751
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kap. 04 04 Tit. 412 01)
Drs. 17/13767
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Richter und Staatsanwälte (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13768
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13769
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bewährungshelfer (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13770
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizfachwirte (Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/13771
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13772

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Servicekräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13773
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13894
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13895
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Tit. 517 01)
Drs. 17/13896
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bessere Bewährungshilfe ermöglichen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13897
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöhen - Haushaltsmittel bereitstellen
(Kap. 04 04 und 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13898
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13899
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 20 neue Planstellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13752
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Sozialdienste im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13753
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 30 neue Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13754
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 30 neue Planstellen für Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13755

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 30 neue Planstellen für Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen für den Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13756
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 40 neue Planstellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13757
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: Aufhebung kw-Vermerk für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 50 Planstellen für den Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13758
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 10 neue Planstellen für Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen (3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: gehobener Vollzugsverwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13759
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 100 neue Planstellen für Obersekretäranwälter, Obersekretäranwältinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13760
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: 50 neue Planstellen für Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretäranwältinnen (2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: mittlerer Verwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13761
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: Stellenhebungen im allgemeinen Vollzugsdienst, im Vollzugs- und Verwaltungsdienst in der 2., 3., und 4. QE, im Sozialdienst und für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13762
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten: Einführung der elektronischen Patientenakte im bayerischen Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 534 99)
Drs. 17/13763
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/13764
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 17/13765

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs
(Kap. 04 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/13766
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13774
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sozialpädagogen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/13775
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung von kw-Vermerken im Vollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13900
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen im Krankenpflagedienst der Justiz
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13901
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Anwärtnerinnen und Anwärter im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13902

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sozialarbeit im Justizvollzug verbessern
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/13903

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 132. Sitzung am 9. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmerngebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Gesundheit und
Pflege**

Berichtersteller: **Harald Kühn**
Mitberichtersteller: **Herbert Kränzlein**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 14 03 (Gesundheitsversorgung) Tit.
633 66 (Zuweisungen an Gemeinden und Ge-
meindeverbände zur Förderung der Gesundheits-
region (plus)) wird der Ansatz
in 2017
von 2.720.000,00 Euro
um 100.000,00 Euro
auf 2.820.000,00 Euro
erhöht.
2. Bei Kap. 14 03 Tit. 686 72 (Sonstige Zuschüsse
für laufende Zwecke) wird der Ansatz
in 2017
von 750.000,00 Euro
um 150.000,00 Euro
auf 900.000,00 Euro
erhöht.

3. Bei Kap. 14 04 (Pflege und Hospitz) Tit. 684 69
(Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder
ähnliche Einrichtungen) wird der Ansatz
in 2017
von 344.500,00 Euro
um 150.000,00 Euro
auf 494.500,00 Euro
erhöht.
4. Bei Kap. 14 04 Tit. 883 70 (Zuweisungen für In-
vestitionen an Gemeinden und Gemeindever-
bände) wird der Ansatz
in 2017
von 1.500.000,00 Euro
um 600.000,00 Euro
auf 2.100.000,00 Euro
erhöht.

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 14 01 und 14 02
entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregie-
rung** geändert (Anlage 5).

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesent-
wicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund
dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen
insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht
über die Verpflichtungsermächtigungen und den sons-
tigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzel-
plans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in der vorstehenden Nummer
sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kers-
tin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gesundheitswirtschaft, Förderung der
ärztlichen Versorgung – (Förderung der Ge-
sundheitsregionenplus)
(Kap. 14 03 Tit. 633 66)
Drs. 17/14049

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gesundheitsdatenzentrum
(Kap. 14 03 Tit. 686 72)
Drs. 17/14050
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Hospizarbeit
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/14051
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit Behinderung - (Anpassung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege an die Anforderungen Demenzkranker)
(Kap. 14 04 Tit. 883 70)
Drs. 17/14052

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/13999
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/14000
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 14 03 Tit. 531 93)
Drs. 17/14063

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 17/14064
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land
(Kap. 14 03 TG 60 - 66)
Drs. 17/14211
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung der Krebsberatungsstellen Kempten und Ingolstadt sichern
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14212
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau von Notfall-Diensten für Menschen in psychischen Krisen
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14213
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zentren zur psychosozialen Versorgung von Asylsuchenden
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14214
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/14001

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/14002
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier Förderung psychiatrischer Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/14003
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vereinigung der bayerischen Pflege
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/14004
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/14065
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung stationärer Hospizeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 68 - 69)
Drs. 17/14066
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Koordination von Hospiznetzwerken
(Kap. 14 04 TG 68 - 69)
Drs. 17/14067
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/14068
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/14069
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Staatliche Förderung des Ersatzneubaus von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/14070
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/14071
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 17/14216
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Pflegeeinrichtungen mit innovativen Konzepten
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/14217

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14005

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14006

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14007

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bessere Finanzierung der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen
(Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/14072

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/14073

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Suchtprävention bei Jugendlichen – Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
(Kap. 14 05 TG 60)
Drs. 17/14074

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie - insbesondere Kampf gegen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/14075

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau des Präventionsprojekts "MiMi - Mit Migranten für Migranten"
(Kap. 14 05 TG 91 - 94)
Drs. 17/14076

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der assistierten Reproduktion
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14215

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Krebsregister
(Kap. 14 23 TG 51)
Drs. 17/14218

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 14 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 133. Sitzung am 23. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmerngebnis:

CSU:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung

 mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 14

Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

14 01 Ministerium

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Personalausgaben						
427 01-3 011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für neben- amtlich und nebenberuflich Tätige	A B		---	A B		---
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-0 011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonsti- ge Gebrauchsgegenstände	A B	724,4 +200,0	924,4	A B	724,4 +200,0	924,4
514 01-7 011	Haltung von Dienstfahrzeugen	A B	60,3 +40,0	100,3	A B	60,3 +40,0	100,3
517 01-4 011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	A B	750,0 +250,0	1.000,0	A B	750,0 +500,0	1.250,0
517 05-0 011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	A B	160,0 +30,0	190,0	A B	160,0 +50,0	210,0
518 01-3 011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i> <i>Höhe von 6.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i> <i>in den Haushaltsjahren</i> <i>2018 bis 2027 jährlich Tsd. € 600,0</i>	A B	1.600,0 +250,0	1.850,0	A B	1.600,0 +500,0	2.100,0
518 11-1 011	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	A B	59,2 +10,0	69,2	A B	59,2 +20,0	79,2
518 18-4 011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	A B	30,4 +12,0	42,4	A B	30,4 +18,0	48,4
519 01-2 011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	47,2 +650,0	697,2	A B	47,2 +300,0	347,2
527 01-2 011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	A B	245,0 +316,1	561,1	A B	245,0 +545,1	790,1
529 01-0 011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhn- lichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	A B	14,1 +1,9	16,0	A B	14,1 +1,9	16,0
532 11-3 011	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	A B	--- +20,0	20,0	A B	--- +50,0	50,0
	Baumaßnahmen						
701 01-0 011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	A B		---	A B		---
	Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-7 011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	A B	--- +70,0	70,0	A B	---	---

Erläuterungen

Zu 14 01/427 01

Leertitel zur Nachweisung von Beschäftigungsentgelten.

Zu 14 01/511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 518 01, 518 11, 518 18, 519 01, 527 01, 529 01, 532 11, 811 01, 812 01, 812 99

Mehr wegen Verlagerung des Dienstsitzes nach Nürnberg.

Zu 14 01/701 01

Leertitel zur Umsetzung von Umbaumaßnahmen am neuen Dienstsitz in Nürnberg.

14 01 Ministerium

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
812 01-6 011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i> <i>Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in</i> <i>den Haushaltsjahren</i> <i>2018 Tsd. € 300,0</i> <i>2019 Tsd. € 300,0</i>	A B	222,3 +440,0	662,3	A B	222,3 +255,0	477,3
	Titelgruppen						
	99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Vermerk unverändert.</i>						
812 99-9 011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanla- gen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i> <i>Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in</i> <i>den Haushaltsjahren</i> <i>2018 Tsd. € 400,0</i> <i>2019 Tsd. € 200,0</i>	A B	295,9 +400,0	695,9	A B	295,9 +400,0	695,9
	Summe der Titelgruppe	A B	645,7 +400,0	1.045,7	A B	645,7 +400,0	1.045,7
	Gesamtausgaben	A B	19.765,6 +2.690,0	22.455,6	A B	20.019,7 +2.880,0	22.899,7
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A B	25,0 -	25,0	A B	25,0 -	25,0
	Gesamteinnahmen	A B	25,0 -	25,0	A B	25,0 -	25,0
	Personalausgaben	A B	15.077,9 -	15.077,9	A B	15.332,0 -	15.332,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	4.169,5 +1.780,0	5.949,5	A B	4.169,5 +2.225,0	6.394,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	518,2 +910,0	1.428,2	A B	518,2 +655,0	1.173,2
	Gesamtausgaben	A B	19.765,6 +2.690,0	22.455,6	A B	20.019,7 +2.880,0	22.899,7
	Zuschuss	A B	19.740,6 2.690,0	22.430,6	A B	19.994,7 2.880,0	22.874,7

14 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 14

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2017	Neuer Betrag 2017	A	Bisheriger Betrag 2018	Neuer Betrag 2018
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
527 21-6 311	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalver- tretungs- angelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	A B	35,0 +10,0	45,0	A B	28,0 +20,0	48,0
	Gesamtausgaben	A B	4.260,8 +10,0	4.270,8	A B	4.828,5 +20,0	4.848,5
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A B	250,0 -	250,0	A B	250,0 -	250,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	2,3 -	2,3	A B	2,3 -	2,3
	Gesamteinnahmen	A B	252,3 -	252,3	A B	252,3 -	252,3
	Personalausgaben	A B	3.138,7 -	3.138,7	A B	3.732,5 -	3.732,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	882,8 +10,0	892,8	A B	902,6 +20,0	922,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	0,7 -	0,7	A B	0,7 -	0,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	238,6 -	238,6	A B	192,7 -	192,7
	Gesamtausgaben	A B	4.260,8 +10,0	4.270,8	A B	4.828,5 +20,0	4.848,5
	Zuschuss	A B	4.008,5 10,0	4.018,5	A B	4.576,2 20,0	4.596,2

Erläuterungen

Zu 14 02/527 21

Mehr wegen Verlagerung des Dienstsitzes nach Nürnberg.

Epl. 14 Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2017	Neuer Betrag 2017	A	Bisheriger Betrag 2018	Neuer Betrag 2018
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 14						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A	1.231,0	1.231,0	A	1.231,0	1.231,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	11.604,0	11.604,0	A	11.634,7	11.634,7
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	12.835,0	12.835,0	A	12.865,7	12.865,7
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	71.361,9	71.361,9	A	72.326,5	72.326,5
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	17.892,5	19.682,5	A	17.872,3	20.117,3
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 10.783,8	B	+1.790,0		B	+2.245,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 2.483,8						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A	37.791,1	37.791,1	A	38.040,9	38.040,9
		B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 16.663,2						
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 12.538,2						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	1.627,5	2.537,5	A	1.497,3	2.152,3
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 1.200,0	B	+910,0		B	+655,0	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	3.500,0	3.500,0	A	3.500,0	3.500,0
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 9.000,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 2.000,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	962,1	962,1	A	928,4	928,4
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	133.135,1	135.835,1	A	134.165,4	137.065,4
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 37.647,0	B	+2.700,0		B	+2.900,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 17.022,0						
	Zuschuss	A	120.300,1	123.000,1	A	121.299,7	124.199,7
		B	2.700,0		B	2.900,0	



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Wirtschaft und
Medien, Energie und Technologie**

Berichtersteller: **Klaus Stöttner**
Mitberichtersteller: **Günther Knoblauch**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 63 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur Förderung neuer Technologien
und ihrer wirtschaftlichen Verwertung) werden
die Ansätze

in 2017
von 2.300.000,00 Euro
um 300.000,00 Euro
auf 2.600.000,00 Euro

und in 2018
von 2.300.000,00 Euro
um 700.000,00 Euro
auf 3.000.000,00 Euro
erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung wird in 2017
von 1.400.000,00 Euro
um 700.000,00 Euro
auf 2.100.000,00 Euro
erhöht.

2. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 69 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur angewandten Forschung im
Bereich Informations- und Kommunikations-
technologien) wird der Ansatz
in 2017
von 8.429.300,00 Euro
um 900.000,00 Euro
auf 9.329.300,00 Euro
erhöht.

3. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 78 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur Förderung der Kultur und Krea-
tivwirtschaft) wird der
Ansatz
in 2017
von 1.882.300,00 Euro
um 30.000,00 Euro
auf 1.912.300,00 Euro
erhöht.

4. Bei Kap. 07 04 (Regionale und strukturelle
Wirtschaftsförderung) Tit. 686 78 (Zuschüsse
und sonstige Ausgaben zur Tourismuswer-
bung und für Maßnahmen zur Förderung des
Tourismus) wird der Ansatz
in 2017
von 12.000.000,00 Euro
um 100.000,00 Euro
auf 12.100.000,00 Euro
erhöht.

5. Bei Kap. 07 04 Tit. 883 78 (Zuschüsse an
Gemeinden und Gemeindeverbände)
wird der Ansatz
in 2017
von 6.894.400,00 Euro
um 500.000,00 Euro
auf 7.394.400,00 Euro
erhöht.

6. Bei Kap. 07 04 Tit. 892 78 (Zuschüsse an private Unternehmen) wird der Ansatz in 2017

von	14.633.300,00 Euro
um	500.000,00 Euro
auf	15.133.300,00 Euro

erhöht.

7. Bei Kap. 07 06 (Bayerische Filmförderung) Tit. 683 01 (Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen u. Ä.) wird der Ansatz in 2017

von	664.900,00 Euro
um	220.000,00 Euro
auf	884.900,00 Euro

erhöht.

8. Bei Kap. 07 08 (Bayerische Medienförderung) Tit. 683 01 (Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern) werden die Ansätze in 2017

von	10.000.000,00 Euro
um	2.500.000,00 Euro
auf	12.500.000,00 Euro

und in 2018

von	10.000.000,00 Euro
um	4.000.000,00 Euro
auf	14.000.000,00 Euro

erhöht.

Die Erläuterungen zu Kap. 07 08 Tit. 683 01 werden um folgenden Satz ergänzt:

„Die zusätzlichen Mittel sind vorgesehen zur Förderung der Umstellung auf die HD-Technik im Rahmen der Herstellung und Verbreitung lokaler und regionaler Fernsehangebote.“

9. Bei Kap. 07 08 Tit. 686 02 (Zuschuss an die Bayerische Akademie für Fernsehen e. V.) wird der Ansatz in 2017

von	414.800,00 Euro
um	100.000,00 Euro
auf	514.800,00 Euro

erhöht.

10. Bei Kap. 07 08 Tit. 686 55 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für das Mediennetzwerk Bayern) wird der Ansatz in 2017

von	220.000,00 Euro
um	400.000,00 Euro
auf	620.000,00 Euro

erhöht.

Die Zweckbestimmung wird wie folgt gefasst:

„Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts.“

Die Erläuterungen zu 07 08 Tit. 686 55 werden wie folgt gefasst:

„Der Freistaat Bayern fördert Projekte von Medieneinrichtungen und –unternehmen, damit diese ihre Positionen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken und sich erfolgreich den medialen Herausforderungen stellen können. Ebenso fördert der Freistaat Bayern die Netzwerkarbeit der Medienbranche, damit diese neue Trends frühzeitig identifizieren kann und der Medienstandort Bayern im Standortwettbewerb sichtbar wird. Die Projekte und Maßnahmen sind Grundlage für die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze und den weiteren Ausbau des Medienstandorts Bayern.“

11. Bei Kap. 07 08 (Bayerische Medienförderung) wird ein neuer Tit. 683 02 mit der Zweckbestimmung „Förderung der Digitalisierung von Hörfunkangeboten“ und einem Ansatz für das Jahr 2017 von 500.000,00 Euro und einem Ansatz für das Jahr 2018 von 1.000.000,00 Euro aufgenommen.

Die Erläuterungen zu Kap. 07 08 Tit. 683 02 werden wie folgt gefasst:

„Gefördert werden Projekte zu Digitalisierung privater Hörfunkangebote in Bayern. Die Mittel werden der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) bewilligt zur Weiterleitung an die Hörfunkanbieter. Hörfunkangebote werden zunehmen über DAB+, digitales Kabel und das Internet verbreitet.“

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 07 03, 07 04, und 07 05 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage 3).

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Musikwirtschaft - Projekt „Bay-on“ und Bayerischer Rockmusikpreis
(Kap. 07 03 Tit. 686 78)
Drs. 17/13605
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalisierung - Wissenschaftscampus E-Commerce
(Kap. 07 03 Tit. 686 69)
Drs. 17/14079
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Innovations-Zentrums Region Kronach e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 17/14087
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Bergsteigerdörfern (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 17/14080
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Loipenspurgeräten (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14081
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Almwirtschaften und Berggasthöfen (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14082
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Internationales Dokumentarfilmfestival München
(Kap. 07 06 Tit. 683 01)
Drs. 17/14083
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkte Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14084

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Digitalisierung von Hörfunkangeboten
(Kap. 07 08 neuer Tit. 683 02)
Drs. 17/14085
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Standortinitiativen und Medienkompetenz
(Kap. 07 08 Tit. 686 55)
Drs. 17/14086
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018
hier: Bayerische Akademie für Fernsehen
(Kap. 07 08 Tit. 686 02)
Drs. 17/14088

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Ehrenamtlichen und Kommunen bei der Sicherstellung eines Nahversorgungsangebots
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 17/14033
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Industrie 4.0 und die sich daraus entwickelnden Chancen nutzen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14023
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrs-zügen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14024
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gigabit-Offensive für den Mittelstand
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14025
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Anheben der Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern
(Kap. 07 03 Tit. 682 64)
Drs. 17/14034
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 17/14035
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Existenzgründer
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 17/14036
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Bayerischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 78)
Drs. 17/14037

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 17/14038
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 - 61)
Drs. 17/14166
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms "Neue Werkstoffe"
(Kap. 07 03 Tit. 683 62)
Drs. 17/14167
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Förderung von Rüstungsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/14168
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der strategischen Entwicklungs- und Innovationsprojekte
(Kap. 07 03 Tit. 683 66)
Drs. 17/14169
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für die Beteiligung an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/14170
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Wissens- und Technologietransfers, hier Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 07 03 Tit. 686 91)
Drs. 17/14171
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/14172
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/14173
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgabereste aus der Wirtschaftsförderung nutzen, neue Ausgaben senken
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14174

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur für freie WLAN-Netze in Bayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14175
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Pilotprojekten zur Regionalentwicklung
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14026
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14027
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14028
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14029
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 17/14039
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus – Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14040
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/14041
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderförderprogramm Dorfläden
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 17/14042
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 TG 73)
Drs. 17/14176
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 17/14177
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
(Kap. 07 05 TG 75 - 78 neuer Tit.)
Drs. 17/14030

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/14043
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (ENP)
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 17/14044
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/14178
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau einer Bayerischen Energieagentur
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14179
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gründung von Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14180
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vorbereitung und Aufbau eines Energieeffizienzfonds
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14181
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte regenerative Kombikraftwerke inkl. Speicher
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14182
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Mini-Blockheizkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14183
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm für Haushalte mit geringem Einkommen: Ersatz von Haushaltsgeräten
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14184
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Smart-Grid-Projekte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14185
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte für mehr Fischschutz in der Wasserkraftnutzung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14240
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der HD-Umstellung des lokalen und regionalen Rundfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14031

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung für DAB+-Umstellung des lokalen Hörfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14032
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14045
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 07 08 Tit. 686 07)
Drs. 17/14046
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14186

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 133. Sitzung am 23. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage 3 zu 11/17/63-H 1120-4/46/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	96 Zentrum Digitalisierung.Bayern						
	<i>Vermerk unverändert.</i>						
686 96-5	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke	A	12.500,0	12.500,0	A	12.500,0	12.500,0
165	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 10.000,0</i>	B			B		
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i>						
	<i>Höhe von 10.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2018 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>2019 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2018 in</i>						
	<i>Höhe von 5.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2019 Tsd. € 2.500,0</i>						
	<i>2020 Tsd. € 2.500,0</i>						
	Summe der Titelgruppe	A	15.000,0	15.000,0	A	15.000,0	15.000,0
		B	-		B	-	
	97 Initiative Gründerzentren						
	<i>Vermerk unverändert.</i>						
893 97-3	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen	A	10.000,0	10.000,0	A	10.000,0	10.000,0
187	zur Förderung von Gründerzentren im Bereich Digitalisierung	B			B		
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 40.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i>						
	<i>Höhe von 40.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2018 Tsd. € 10.000,0</i>						
	<i>2019 Tsd. € 15.000,0</i>						
	<i>2020 Tsd. € 15.000,0</i>						
	Summe der Titelgruppe	A	15.000,0	15.000,0	A	15.000,0	15.000,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	548.563,8	548.563,8	A	556.718,3	556.718,3
		B	-		B	-	

Erläuterungen

Zu 07 03/686 96

Die Mittelbewilligung für die vorgesehenen fünf Themenplattformen hat sich verzögert. Damit die Bewilligung für die mehrjährigen Projekte im Jahr 2017 erfolgen kann, ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000 Tsd. € erforderlich. Die im Jahr 2016 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung wird insoweit nicht in Anspruch genommen.

Zu 07 03/893 97

Die Antragsverfahren und Bescheiderteilung zur Förderung von Baumaßnahmen oder Anmietungen der neuen Gründerzentren im Bereich Digitalisierung dauern länger als erwartet. Die im Jahr 2017 bereits vorgesehene Verpflichtungsermächtigung von 30.000 Tsd. € muss deshalb um 10.000 Tsd. € aufgestockt werden.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	63.962,6 -	63.962,6	A B	63.639,8 -	63.639,8
	Gesamteinnahmen	A B	63.962,6 -	63.962,6	A B	63.639,8 -	63.639,8
	Personalausgaben	A B	1.400,0 -	1.400,0	A B	1.550,0 -	1.550,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.231,4 -	1.231,4	A B	1.231,4 -	1.231,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	420.232,5 -	420.232,5	A B	430.443,9 -	430.443,9
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	0,0 -	-	A B	2.850,0 -	2.850,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	125.615,3 -	125.615,3	A B	120.556,3 -	120.556,3
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	84,6 -	84,6	A B	86,7 -	86,7
	Gesamtausgaben	A B	548.563,8 -	548.563,8	A B	556.718,3 -	556.718,3
	Zuschuss	A	484.601,2	484.601,2	A	493.078,5	493.078,5

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
697 04-1 692	Soforthilfen an gewerbliche Unternehmen, Angehörige Freier Berufe sowie gewerbliche Träger wirtschaftsnaher Infrastruktur zur Beseitigung von Schäden an gewerblichen Betriebsstätten in der Gebietskulisse der Finanzhilfeaktion "Unwetter mit Hochwasser im Mai/Juni 2016" sowie in den vom "Unwetter mit Hochwasser im Juli 2016" betroffenen Teilen der Stadt Passau und angrenzender Gemeinden	A B	65.000,0 -	65.000,0	A B	60.000,0 -	60.000,0
	Gesamtausgaben	A B	334.765,8 -	334.765,8	A B	329.357,9 -	329.357,9
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	30.000,0 -	30.000,0	A B	30.000,0 -	30.000,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	74.616,5 -	74.616,5	A B	57.008,6 -	57.008,6
	Gesamteinnahmen	A B	104.616,5 -	104.616,5	A B	87.008,6 -	87.008,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.505,0 -	1.505,0	A B	1.705,0 -	1.705,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	107.000,0 -	107.000,0	A B	101.000,0 -	101.000,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	226.260,8 -	226.260,8	A B	226.652,9 -	226.652,9
	Gesamtausgaben	A B	334.765,8 -	334.765,8	A B	329.357,9 -	329.357,9
	Zuschuss	A	230.149,3	230.149,3	A	242.349,3	242.349,3

Erläuterungen

Zu 07 04/697 04

Die Erweiterung der Zweckbestimmung ist erforderlich, da die Hochwasserereignisse in Teilen der Stadt Passau und angrenzender Gemeinden im Juli 2016 bisher nicht erfasst waren.

07 05 Energiewirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
547 02-2 649	Aufsuchung und Untersuchung mineralischer Rohstoffe und Wasservorkommen sowie Sicherungsmaßnahmen im Bergbau; Gefahrenabwehr im Altbergbau <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 11. Der Titel kann zur Deckung von Mehrausgaben aus übertragbaren Titeln der Hauptgruppen 5, 6 und 8 außerhalb gesetzlicher Leistungen verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu Kap. 12 09 TG 79. Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 2.500,0 Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	1.074,4	1.074,4	A B	1.074,4	1.074,4
	Gesamtausgaben	A B	49.074,4 -	49.074,4	A B	53.074,4 -	53.074,4
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	173,8 -	173,8	A B	173,8 -	173,8
	Gesamteinnahmen	A B	173,8 -	173,8	A B	173,8 -	173,8
	Personalausgaben	A B	3.600,0 -	3.600,0	A B	3.600,0 -	3.600,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	4.267,5 -	4.267,5	A B	4.266,6 -	4.266,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	6.970,0 -	6.970,0	A B	6.970,0 -	6.970,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	34.200,0 -	34.200,0	A B	38.200,0 -	38.200,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	36,9 -	36,9	A B	37,8 -	37,8
	Gesamtausgaben	A B	49.074,4 -	49.074,4	A B	53.074,4 -	53.074,4
	Zuschuss	A	48.900,6	48.900,6	A	52.900,6	52.900,6

Erläuterungen

Zu 07 05/547 02

Zur Sanierung von 5 Bohrungen in den Landkreisen Bamberg und Haßberge soll wegen der unsicheren Rechtslage ein Vergleich abgeschlossen werden. Der Kostenanteil des Freistaats Bayern beträgt 2/5 der Gesamtkosten, maximal 2.856 Tsd. €. Zum Abschluss des Vergleichs ist eine Erhöhung der im Jahr 2017 veranschlagten Verpflichtungsermächtigung um 1.800 Tsd. € erforderlich. Außerdem wird ein Haushaltvermerk aufgenommen, dass der Titel zur Finanzierung des staatlichen Kostenanteils aus übertragbaren Titeln der Hauptgruppen 5, 6 und 8 außerhalb gesetzlicher Leistungen verstärkt werden kann.

Epl. 07 Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2017	Neuer Betrag 2017	A	Bisheriger Betrag 2018	Neuer Betrag 2018
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A 24.185,3 B -	24.185,3	A 24.185,3 B -	24.185,3	24.185,3	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 94.405,6 B -	94.405,6	A 94.082,8 B -	94.082,8	94.082,8	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisun- gen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A 74.616,5 B -	74.616,5	A 57.008,6 B -	57.008,6	57.008,6	
	Gesamteinnahmen	A 193.207,4 B -	193.207,4	A 175.276,7 B -	175.276,7	175.276,7	
	Personalausgaben	A 77.775,1 B -	77.775,1	A 80.174,8 B -	80.174,8	80.174,8	
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 4.600,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 2.400,0</i>	A 14.189,0 B -	14.189,0	A 14.388,1 B -	14.388,1	14.388,1	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 121.835,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 70.535,0</i>	A 553.872,3 B -	553.872,3	A 558.153,7 B -	558.153,7	558.153,7	
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 4.150,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 14.000,0</i>	A 3.550,0 B -	3.550,0	A 6.550,0 B -	6.550,0	6.550,0	
	Sonstige Sachinvestitionen	A 2.667,9 B -	2.667,9	A 5.517,9 B -	5.517,9	5.517,9	
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 406.820,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 183.350,0</i>	A 409.289,7 B -	409.289,7	A 411.052,8 B -	411.052,8	411.052,8	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -1.116,7 B -	-1.116,7	A -1.113,7 B -	-1.113,7	-1.113,7	
	Gesamtausgaben	A 1.060.227,3 B -	1.060.227,3	A 1.074.723,6 B -	1.074.723,6	1.074.723,6	
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 537.405,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 270.285,0</i>						
	Zuschuss	A 867.019,9	867.019,9	A 899.446,9	899.446,9	899.446,9	

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14628 des HA vom 24.11.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/12806

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates
Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsge-
setz 2017/2018 - HG 2017/2018)**

**2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Flori-
an Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/14278

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz
2017/2018;
hier: Wiederbesetzungssperre ersatzlos streichen
(Drs. 17/12806)**

**3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Flori-
an Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/14279

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz
2017/2018;
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
(Drs. 17/12806)**

**4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Flori-
an Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/14280

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz
2017/2018;
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzens-
geldansprüche
(Drs. 17/12806)**

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/14281

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
(Drs. 17/12806)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/14282

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 17/12806)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/14283

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 17/12806)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/14284

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 17/12806)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD

Drs. 17/14285

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Verbesserungen für Beamte im Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 17/12806)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/14286

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018
(Drs. 17/12806)**

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer u.a. CSU

Drs. 17/14287

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018
(Drs. 17/12806)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) wird wie folgt gefasst:

„Art. 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2017 auf 58 580 025 000 € und
2. für das Haushaltsjahr 2018 auf 60 091 546 600 €

festgestellt.“

2. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„¹In Kapitel 15 05 kann das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, in den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, 15 50 sowie 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit die Stellen frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf für die Neufestsetzung besteht.“

b) Abs. 14 wird wie folgt gefasst:

„(14) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden im Rahmen von Behördenverlagerungen in besonderen Einzelfällen Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln.“

3. Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Nr. 8 wird die Angabe „Abs. 6 und 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.

b) Nach Abs. 8 werden die folgenden Abs. 9 bis 11 angefügt:

„(9) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mit beschränkter Haftung ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 439/52 der Gemarkung Oberföhring zu 4 149 m² einzuräumen.

(10) Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, der Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Braunschweig ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 4400 der Gemarkung Würzburg von rund 4 200 m² für die Errichtung eines Gebäudes für das Helmholtz-Institut RNA & Infektion Würzburg (HIRI) einzuräumen.

(11) Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Durchfinanzierung der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke München gemäß Bau- und Finanzierungsvertrag bis zu einem Betrag von 3 849 000 000 € zu erklären; der Betrag umfasst auch eine Vorfinanzierung des Finanzierungsanteils des Bundes durch den Freistaat Bayern.“

4. Nach Art. 9 werden die folgenden Art. 10 bis 12 eingefügt:

„Art. 10

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Art. 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 266) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „3. in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, wenn eine nach Art. 14 Abs. 1 ruhegehaltfähige Dienstzeit von 20 Jahren zurückgelegt worden ist
- a) bis zum 31. Dezember 2016 im Schicht- oder Wechsel-schichtdienst,
 - b) ab dem 1. Januar 2017 mit mindestens 450 abgerechneten Stunden Nacht-, Sonntags- und Feiertagsdienst pro Kalenderjahr oder
 - c) in vergleichbar belastenden unregelmäßigen Diensten.“

Art. 11

Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 4. Oktober 2016 (GVBl. S. 302) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 12 wie folgt gefasst:

„§ 12 (aufgehoben)“.
2. § 12 wird aufgehoben.
3. § 20 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird aufgehoben.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.
 - b) Abs. 2 wird aufgehoben.
 - c) Die bisherigen Abs. 3 und 4 werden die Abs. 2 und 3.
 - d) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4 und die Wörter „der Abs. 1 Nrn. 1 und 3, Abs. 2 bis 4“ werden durch die Wörter „von Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 3“ ersetzt.

4. Anlage 4 wird wie folgt gefasst:

Erschwerniszulagen

Rechtsgrundlage				Betrag in Euro
				je Stunde
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			3,32
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr		4,00
	Nr. 2			0,66
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG		0,81
	Nr. 3			4,00
				je Monat
§ 13	Abs. 1			16,02
	Abs. 2			48,07
	Abs. 3			64,09
§ 14	Satz 1	Nr. 1		261,12
		Nr. 2, 3		160,21
	Satz 2			160,21
§ 14a				143,22
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	376,49
			ohne Zusatzqualifikation	331,10
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	338,05
			ohne Zusatzqualifikation	292,65
	Abs. 2			48,07
§ 16	Abs. 1			40,06
	Abs. 2			16,02
				je Stunde
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			2,88
	Nr. 2 Tauchtiefe	bis zu 5 m		11,96
		mehr als 5 m		14,51
		mehr als 10 m		18,03
		mehr als 15 m bis zu 20 m		23,22
		je weitere 5 m		4,63
				je Monat
§ 18	Abs. 1	je Einsatz		26,70
		monatlicher Höchstbetrag		400,45
	Abs. 2 Satz 1		je Einsatz bis zu	267,02
	Abs. 3		monatlicher Gesamtbetrag	854,46
	Abs. 4	je Einsatz		16,02
		monatlicher Höchstbetrag		240,33

Art. 12
Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2016 (GVBl. S. 102) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu Art. 51 das Wort „kirchlichen“ gestrichen.
2. Art. 51 wird wie folgt gefasst:

„Art. 51
Vorkurse an Spätberufengymnasien

An Spätberufengymnasien, die am 1. Januar 1987 als solche in kirchlicher Trägerschaft standen, werden Vorkurse auch weiterhin in die Förderung nach Art. 38 bis 40 und 46 einbezogen.“

5. Die bisherigen Art. 10 und 11 werden die Art. 13 und 14.
6. Die Anlage 2 (DBestHG 2017/2018) wird wie folgt geändert:
 - a) In der Kopfzeile wird die Angabe „(zu Art. 10)“ durch die Angabe „(zu Art. 13)“ ersetzt.
 - b) In Nr. 4.8 Satz 2 werden die Wörter „zum frühestmöglichen Beginn einer abschlagsfreien Rente wegen Alters anfallen würden“ durch die Wörter „zu dem Zeitpunkt anfallen würden, zu dem die oder der Beschäftigte das gesetzlich festgelegte Alter für eine Regelaltersrente erreicht hätte“ ersetzt.
 - c) In Nr. 4.9 Satz 1 werden die Wörter „des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung““ durch die Wörter „der Heimatstrategie (Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ und „Strukturkonzept – Chancen im ganzen Land“)“ ersetzt.
 - d) Der Nr. 7 wird folgende Nr. 7.5 angefügt:

„7.5 Rückzahlungen von Einzahlungen, die über eine elektronische Bezahlplattform abgewickelt werden, dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.“
7. Die Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:
 - 7.1. Einzelplan 03B - Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
- Staatsbauverwaltung -

Die Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 03B werden um folgenden Betrag erhöht und die Fälligkeit der Verpflichtungsermächtigung wie folgt geändert:

Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsstelle	2017 Tsd. €
Summe der Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03B bisher		7 480 069,2
Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayer. Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 50 900,0</i> <i>Von den in 2017 veranschlagten VE in Höhe von 50 900,0 Tsd. € werden fällig</i> <i>2018 10 180,0 Tsd. €</i> <i>2019 bis 2020 jährlich 12 725,0 Tsd. €</i> <i>2021 bis 2022 jährlich 7 635,0 Tsd. €</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 bleibt unverändert.</i>	03 65/883 82	+ 10 000,0
Summe der Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03B neu		7 490 069,2

7.2. Einzelplan 15 - Staatsministerium für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst
- Wissenschaft und Kunst-

- a) Bei Kap. 15 12 (Technische Universität München) wird folgender neuer Titel eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
342 10	133	Zuschüsse Dritter für die Baumaßnahme „Errichtung eines Hörsaalgebäudes (Interim-2) der Technischen Universität München am Standort Garching“ <i>Vgl. Vermerk zu 15 12/715 44 - Anlage S</i>	---	---

- b) In der Anlage S (Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen) wird bei Kap. 15 12 folgender neuer Titel eingefügt:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
715 44	133	Errichtung eines Hörsaalgebäudes (Interim-2) der Technischen Universität München am Standort Garching - Planung - <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 15 12/342 10.</i>	---	---

- c) Die Ausgabenansätze sowie die Schlusssumme des Einzelplans 15 werden wie folgt erhöht:

Haushaltsansatz Ausgaben	Haushalts- stellen	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
Gesamtausgaben bisher lt. Regierungsentwurf einschl. Nachschubliste vom 17.10.2016		6 645 887,6	6 758 281,0
Bezüge der Professoren	15 49/422 02	+ 417,5	+ 1 698,6
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15 49/812 78	+ 1 523,7	---
Entgelte der Arbeitnehmer	15 50/428 01	+ 58,8	+ 297,2
Gesamtausgaben neu		6 647 887,6	6 760 276,8

- d) Im Stellenplan des Einzelplans 15 werden

- aa) im Kapitel 15 49 (Sammelansätze für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften - Fachhochschulen) bei dem neuen Titel 422 02 Buchst. e (Professoren zur Stärkung der angewandten Forschung und Entwicklung (kapazitätsneutral)) im Haushaltsjahr 2017 19 Planstellen der BesGr W 2 (Professor, Professorin) und
- bb) im Kapitel 15 50 (Bayer. Akademie der Wissenschaften München) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) im Haushaltsjahr 2017 eine Stelle der EGr 14 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und zwei Stellen der EGr 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) sowie im Haushaltsjahr 2018 drei Stellen der EGr 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht.

- e) Bei Kap. 15 28 TG 87 wird folgender neuer Titel ausgebracht:

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
519 87	132	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Anlage S des Epl. 15</i>	---	---

- f) Bei Kap. 15 28 Titel 891 87 wird folgender Vermerk ausgebracht:

„Vgl. Vermerk bei Titel 519 87“

- g) Bei Kap. 15 05 Tit. 893 80 wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:

„In den Jahren 2017 und 2018 bis zur Höhe von jeweils 5.000,0 Tsd. € einseitig deckungsfähig zu Lasten der Anlage S des Epl. 15.“

Berichterstatter 1, 11:	Hans Herold
Berichterstatter 2-5:	Bernhard Pohl
Berichterstatter 6-9:	Harald Güller
Berichterstatter 10:	Thomas Mütze
Mitberichterstatter 1, 11:	Harald Güller
Mitberichterstatter 2-10:	Hans Herold

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/14278, Drs. 17/14279, Drs. 17/14280, Drs. 17/14281, Drs. 17/14282, Drs. 17/14283, Drs. 17/14284, Drs. 17/14285, Drs. 17/14286 und Drs. 17/14287 in seiner 134. Sitzung am 24. November 2016 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14287 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14286 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14284 und 17/14285 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14281 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14278, 17/14279, 17/14280, 17/14282 und 17/14283 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/14278, Drs. 17/14279, Drs. 17/14280, Drs. 17/14281, Drs. 17/14282, Drs. 17/14283, Drs. 17/14284, Drs. 17/14285, Drs. 17/14286 und Drs. 17/14287 in seiner 62. Sitzung am 1. Dezember 2016 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14287 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14286 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14284 und 17/14285 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14281 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14278, 17/14279, 17/14280, 17/14282 und 17/14283 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Drs. 17/14634

Dem Einzelplan 01 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14634) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Drs. 17/14622

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Drs. 17/14631

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14631) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Klaus Steiner

Abg. Kerstin Celina

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Karl Freller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drs. 17/13242)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13194 und 17/13195)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13297)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 44 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 44 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Ministerpräsident Horst Seehofer. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Begleiter ist heute die Bayerische Verfassung, nicht die Ansammlung aller Zahlen aus einem Haushalt, sondern das Messen dieses Haushalts an dem Hauptauftrag, den uns die Bayerische Verfassung gibt, deren 70. Geburtstag wir in diesem Jahr begehen. Heribert Prantl hat vor Kurzem in der "Süddeutschen Zeitung" wörtlich eine Liebeserklärung an die Bayerische Verfassung geschrieben. Dieser schließe ich mich gerne an. Ich will zu Beginn dieser Debatte über unseren Doppelhaushalt 2017/2018

deutlich zum Ausdruck bringen, wir verdanken dieser Verfassung, dieser Bayerischen Verfassung, seit 70 Jahren, dass wir die stabilste Demokratie haben, die es jemals auf bayerischem Boden gab. Darauf dürfen wir stolz und dafür dürfen wir dankbar sein.

(Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

In dieser Verfassung finden sich viele Programmsätze, die vor 70 Jahren genauso richtig waren wie heute. Man kann diejenigen, die die Verfassung geschaffen haben, bewundern, dass sie angesichts des größten Trümmerfeldes aller Zeiten eine solche Weitsicht bewiesen haben. Ich beschränke mich auf einen Artikel, der aus meiner Sicht ein zentraler Auftrag für unser ganzes politisches Tun auch heute ist. Dieser Artikel ist heute genauso wichtig wie vor 70 Jahren, im Jahr 1946. Ich zitiere:

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.

Ich finde, das ist ein sehr kluger Satz. Man müsste ihn da und dort in die heutige Sprache übersetzen. Aber es ist klar, was damit gemeint ist. Er ist eine Richtschnur für das politische Handeln. Ich füge hinzu: Er ist auch eine Richtlinie für die Politik meiner Staatsregierung. Messen wir also diesen großen Verfassungsauftrag an der Verfassungswirklichkeit, das heißt: Welche Wirkung entfalten diese Zahlen, die wir jetzt drei Tage lang diskutieren werden, von der Investitionsquote bis zur Personalquote? Wie steht es um unser Land, um diesen Auftrag der Bayerischen Verfassung? – Bayern ist auch nach dem achten Jahr von Horst Seehofer ein Hort der Stabilität, des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit. Wir haben die höchste Erwerbsquote und die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer. Die Jugendarbeitslosigkeit ist besiegt. Wir haben die höchsten verfügbaren Einkommen aller Flächenländer, und nirgendwo in Deutschland sind weniger Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen als im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage: Verfassungsauftrag erfüllt. Was besonders bemerkenswert ist: Diese Bilanz gilt nicht nur für besonders prosperierende Regionen in Bayern, sondern sie gilt für ganz Bayern. Wir haben zum ersten Mal in allen Regierungsbezirken eine Arbeitslosigkeit unter 4 %. Man kann im Grunde von Vollbeschäftigung reden. Die Spannbreite zwischen den Regierungsbezirken bei der Arbeitslosigkeit ist mittlerweile um rund zwei Drittel gesunken. Der Unterschied zwischen manchen Regierungsbezirken an der ehemaligen Zonengrenze und dem übrigen Bayern liegt jetzt bei etwa einem Prozentpunkt. Das heißt, diese Regierung und die Mehrheitsfraktion haben mit dem großen Anspruch gleichwertiger Lebenschancen in allen Regionen Bayerns ernst gemacht. Das ist die zweite Bilanz.

(Beifall bei der CSU)

Nun weiß man, wenn man lange in der Politik ist: Der Erfolg ist schön für die Menschen und für das Land; aber er ist gleichzeitig die größte politische Gefahr. Man neigt als Mensch dazu, ein Stück selbstzufrieden zu werden und bequem zu werden, wenn die Daten stimmen, wenn es dem Land gut geht, wenn das Land blüht. Deshalb ist für mich der noch wichtigere Teil neben dem aktuellen Befund über den Freistaat Bayern die Frage, wie wir für dieses Land in die Zukunft gehen. Dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ist ein Zukunftsatlas für Bayern, der uns in eine gute Zukunft führen wird, der die Menschen im Freistaat Bayern in eine gute Zukunft führen wird. Ich möchte dies an fünf Punkten festmachen, die Sie in diesem Haushalt wiederfinden. Für diese Punkte müssen wir aber auch als Freistaat Bayern in Berlin und in Brüssel eintreten, damit sie im Interesse Bayerns umgesetzt werden.

Erstens werden Stabilität und Sicherheit in einem Land wirtschaftspolitisch zum wichtigsten Standortfaktor. Deshalb wird sich die Staatsregierung auch in Zukunft davon leiten lassen. Viele Daten untermauern, dass wir die Stabilität Bayerns weiter erhalten. Das gilt auch in Zeiten von Globalisierung, Globalisierungstendenzen und Zuwande-

rung. Die Bayerische Staatsregierung vertritt weiterhin die Auffassung, dass Stabilität, Humanität und Integration bei uns im Lande nur gelingen können, wenn wir dem Rechtsstaat bei der Zuwanderung wieder zum Durchbruch verhelfen. Dafür ist eine Begrenzung der Zuwanderung erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die Sicherheit ein ganz wichtiger Standortfaktor. Selbstverständlich ist Sicherheit auch ein Urbedürfnis der Bevölkerung. Deshalb wird die Bayerische Staatsregierung alles Menschenmögliche tun, um die Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Zwar kann niemand absolute Sicherheit versprechen, aber wir versprechen, das Menschenmögliche für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun. Dazu zählt eine Verbesserung der Ausstattung der Sicherheitsbehörden, und zwar in der Zahl und in der Qualität. Das gilt auch für die Sachausstattung. Außerdem sind weitere rechtliche Grundlagen erforderlich.

Im Antiquarium der Residenz steht eine schöne Inschrift: Geduld ist die wichtigste Tugend, um die Widrigkeiten des Alltags zu überwinden. An diesen Satz fühle ich mich oft erinnert, wenn es um die Durchsetzung der Positionen der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion in Berlin geht. Wir bekommen beinahe ausnahmslos recht. Alles, was wir den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2013 versprochen haben, haben wir realisiert. Die Aussagen, die wir vor eineinhalb Jahren zur Zuwanderung gemacht haben, werden Stück für Stück Realität. Manchmal muss man nur besonders lange warten. Der Innenminister und ich haben von der Bundesregierung immer wieder gefordert, dass die bayerische Polizei bei den Grenzkontrollen mithelfen darf, die nicht nur für die Steuerung der Zuwanderung erforderlich sind. Ein Drittel der Menschen wird übrigens an der Grenze zurückgewiesen. Die Grenzkontrolle ist auch notwendig, um die Kriminalität zu bekämpfen. Die Bundesregierung hat gesagt: Das ist nicht möglich, das ist problematisch. Jetzt, zum Ende des Jahres 2016, bittet uns die Bundesregierung, bayerische Polizeibeamte zum Schutz der Bevölkerung an den bayerischen Grenzen einzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Manches dauert lange. Ich will gar nicht alle Beispiele aufführen. Aber früher oder später übernimmt Berlin unsere Positionen. Das ist der erste Auftrag, den wir in den nächsten Monaten angehen werden: die Verstärkung der Stabilität und der Sicherheit unseres Landes.

Ich komme zum zweiten Punkt. Meine Damen und Herren, ich habe oft gesagt, dass es in diesem Lande gerecht zugehen muss. Das ist nach Artikel 151 der Bayerischen Verfassung auch unser Auftrag. Diese Medaille hat jedoch zwei Seiten. Wir müssen Schwachen, Behinderten, Benachteiligten und Zugewanderten helfen, wo immer wir können. Ich bin sehr froh darüber, dass Bayern entscheidend am Bundesteilhabegesetz in Berlin mitgewirkt hat, um die alte Fürsorgeleistung für Behinderte durch eine echte Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben, die den Namen verdient, abzulösen. Das ist übrigens die größte Sozialreform in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wir kennen die verantwortliche Ministerin!)

– Herr Halbleib, Sie haben immer einen Tunnelblick. Die Bevölkerung interessiert es nicht, wer für was Minister ist.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wo ist Ihr Problem, Herr Ministerpräsident?)

– Sie heben immer den Zeigefinger und sagen: Wir waren es und ihr nicht. Damit fördern Sie genau die Kräfte, die Sie eigentlich nicht fördern wollen.

(Beifall bei der CSU)

Kann man sich vor einem Parlament nicht einmal darüber freuen, dass eine Große Koalition zum Ende dieser Legislaturperiode eine der größten Sozialreformen in der bundesdeutschen Geschichte durchbringt?

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich doch gemacht!)

Wir haben diese Sozialreform in der Form beschlossen, wie wir das für Bayern wollten. Ich habe nicht mehr über die letzten 124 Millionen Euro verhandelt. Wir haben gesagt: Die Länder tragen die Hälfte, und der Bund trägt die Hälfte. Damit war die Reform durch.

Trotz der vielen unterschiedlichen Ansichten zur Rente haben wir eine Entscheidung getroffen: Die Erwerbsunfähigkeitsrente wird noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Das betrifft Frauen und Männer, die weit vor Erreichen der Altersgrenze erwerbsunfähig werden. Sie sind gesundheitlich derart beeinträchtigt, dass sie keinen Beruf mehr ausüben können. Das ist verbessert worden. Allerdings ist es ein weiterer Fortschritt, dass wir uns noch einmal für eine deutliche Verbesserung bei der Erwerbsunfähigkeitsrente eingesetzt haben. Dieser Beitrag zeigt, dass wir miteinander – das sage ich an die Adresse der Sozialdemokraten – auch für Bayern eine gute Entscheidung getroffen haben.

(Beifall bei der CSU)

– Jetzt dachte ich schon, die GRÜNEN spenden Beifall, dabei war es der linke Flügel des Kabinetts.

(Allgemeine Heiterkeit – Markus Rinderspacher (SPD): Den müssen Sie uns vorstellen! Herr Ministerpräsident, die wollen wir näher kennenlernen!)

– Mehr möchte ich heute nicht sagen. Ich möchte ein ruhiges Weihnachtsfest.

Obwohl es uns besondere Schwierigkeiten gebracht hat, nenne ich das Betreuungsgeld. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, der Bund habe keine Gesetzge-

bungskompetenz. Der Freistaat Bayern hat den Menschen im Wahlkampf im Jahr 2013 das Betreuungsgeld versprochen. Jetzt haben wir das Betreuungsgeld im Rahmen einer bayerischen Lösung umgesetzt. Wir können darüber so viel diskutieren, wie wir wollen, aber für die Lebenspraxis gibt es keinen Ersatz. Die Praxis zeigt, dass 100.000 junge Familien das Betreuungsgeld in Anspruch genommen haben. 70 % der jungen Familien haben sich frei für unser Betreuungsgeld entschieden.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen auch an die Leistungsträger unserer Gesellschaft denken. Das gehört zur sozialen Gerechtigkeit. Deshalb tritt die Bayerische Staatsregierung in einer Zeit mit den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten dafür ein, einen Teil dieser zusätzlichen Steuereinnahmen an die Leistungsträger, die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, zurückzugeben. Das Volumen beträgt 15 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, außerdem sind wir 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands der Auffassung, dass der Solidaritätszuschlag schlichtweg abzuschaffen ist. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Umsetzung dieser beiden Punkte erreichen wir die größte Steuerentlastung, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gab. Das sind 15 Milliarden Euro jährlich aus der Einkommensteuer und 18 Milliarden Euro aus dem Solidaritätszuschlag im Jahr 2020. Davon profitieren insbesondere diejenigen mit mittleren und kleinen Einkommen. Ich füge hinzu, die Bayerische Staatsregierung wird auch mit Nachdruck dafür eintreten – die Verbündeten werden jede Woche mehr –, dass ein Steuerrecht gestaltet wird, mit dem die Eigentumsbildung insbesondere für Familien in Deutschland wieder möglich wird. Wir brauchen wieder mehr Eigentumsbildung auch der mittleren und kleinen Einkommen und insbesondere der Familien mit Kindern. Deshalb wollen wir für diese Familien ein Baukindergeld einführen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist soziale Gerechtigkeit. Auf der einen Seite gibt es die gezielte Hilfe für Menschen, die dieser Hilfe bedürfen. Diese würden nichts lieber tun, als sich selbst zu helfen. Aber sie können sich nicht selbst helfen. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die durch ihre Arbeit unser Sozialprodukt erwirtschaften. Das sind der Mittelstand, die Bauern, die Freiberufler, die Handwerker und die Arbeiter von Audi und BMW. Diese müssen wir motivieren, und wir müssen ihnen zeigen, dass ihre Leistung honoriert wird. Darum müssen wir die Steuerlast für diese Menschen reduzieren.

Der dritte Punkt ist die Bildung. Ich kann nicht oft genug sagen, dass die Bildung das Tor zum Leben ist. Sie ist übrigens auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. In diesem Bereich ist der Haushalt kaum noch steigerungsfähig. Das werden wir morgen noch hören. Eine noch mögliche Steigerung wäre nur, wenn wir zukünftig jeden Euro unseres Haushalts für die Bildung ausgeben würden. Das ist aber wohl nicht möglich. Wir geben im Freistaat Bayern jeden dritten Euro für Bildung und Wissenschaft aus. Deshalb gelingt bei uns die Integration. Deshalb sind wir in jedem Bildungsranking, wenn nicht auf dem ersten Platz, dann immer ganz vorne mit dabei. Das ist die Frucht unserer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns wird jeder dritte Euro für Bildung und Wissenschaft ausgegeben. Sie müssen wissen, dass wir jeden vierten Euro an unsere Kommunen geben, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und bei der Unterstützung der Kommunen an anderer Stelle. Sie müssen wissen, dass wir im Finanzausgleich über 6 Milliarden Euro an andere Länder bezahlen. Daran können Sie die Finanzkraft Bayerns erkennen. Der Artikel 151 der Bayerischen Verfassung ist für uns ein Auftrag. Die Bayerische Verfassung definiert die Wirtschaftskraft sozusagen als die Quelle für Wohlstand und soziale Sicherheit. Das ist nur möglich, weil wir wirtschaftlich so kräftig sind. Jeder dritte Euro wird für Bildung ausgegeben.

Eines möchte ich beim Thema Bildung noch ergänzen; dies wird uns im neuen Jahr beschäftigen. Es geht um das Thema Gymnasium. Auch dafür bietet die Bayerische Verfassung einen wunderbaren Text. Bildung bedeutet natürlich die Vermittlung von Wissen. Die Schule soll und muss aber auch Herz und Charakter bilden. Das steht in Artikel 131 der Verfassung. Ich finde, das ist ein fantastischer Satz. Wenn man diesen Satz ernst nimmt, dann muss man die bayerische Bildungspolitik verfolgen. Die jungen Menschen darf man nicht alle gleich behandeln wie mit einer Heckenschere. Die jungen Menschen muss man mit den Fähigkeiten, die sie mitbringen, erreichen. Man darf ihnen nicht nur Wissen einpflanzen, sondern man muss auch das Herz und den Charakter bilden. Das ist nur mit einem vielfältigen, einem gegliederten und einem durchlässigen Schulsystem möglich.

(Beifall bei der CSU)

Der genannte dritte Punkt steht im Zusammenhang mit meinem vierten Punkt. Meine lieben Abgeordneten, ich muss sehr häufig in Berlin sein. Es gibt dort ständig Versuche, auch in der letzten Woche, Zuständigkeiten zu zentralisieren. Diese Versuche basieren auf einem Irrglauben, dem unsere Verfassungsväter nicht unterlegen sind. Diese haben die Sache genau umgekehrt gesehen: Je mehr Zentralismus es gibt, desto größere negative Entwicklungen gibt es für das Land. Deshalb möchte ich die heutige Haushaltsdebatte nutzen, um Sie zu ermuntern, dass wir den Föderalismus stärken und dem Zentralismus die Stirn bieten. Dies sollten wir bei den vielen Unterschieden, die zwischen den Parteien auch sein müssen, nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Zentralismus war für unser Land noch nie ein Segen. Die Vielfalt, die man innerhalb Europas will: Wir wollen sie jedenfalls. Das steht auch in unserer Bayerischen Verfassung. Die Vielfalt, die die geistige Grundlage für das föderale Prinzip der Bundesrepublik Deutschland war, hat dieses Land am stärksten nach vorne gebracht. Es

ist schön, von Ministerpräsidenten mit derselben Meinung umgeben zu sein und in dieser Frage kein Einzelkämpfer mehr zu sein. Diese Ministerpräsidenten sagen: Lasst uns den Föderalismus gegen all diese Angriffe, die beinahe wöchentlich in Berlin erfolgen, verteidigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Autobahnen!)

– Ja, Herr Aiwanger, wissen Sie, wir führen extra eine Debatte über die Qualität dieses Verfassungsartikels. Ich möchte jetzt, dass das verabschiedet wird. Anschließend nenne ich Ihnen die Hintergründe, dann werden Sie den Zwischenruf wahrscheinlich zurückziehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oh, da sind wir gespannt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schauen wir mal!)

Prüfen Sie einmal, was sich bei den Autobahnen tatsächlich ändert und was auf baye-rischen Vorschlag hin beschlossen worden ist zur Standortgarantie, zur Personalga-rantie und zur Übernahmegarantie für das Personal. Schauen Sie sich das alles an. Das kann ich sehr, sehr gut gegenüber diesem Parlament und gegenüber den Be-schäftigten vertreten. Wenn es anders wäre, hätte ich niemals zugestimmt. Darauf können Sie sich verlassen. Das ist kein Zentralismus.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hoffen wir es! – Beifall bei der CSU)

Jetzt kann uns der Bund, wenn er will, Geld überweisen, auch für die Bildung. Wir nehmen das Geld auch an. Aber eines machen wir nicht: Wir werden dem Bund nicht mit dem goldenen Zügel Verantwortlichkeiten übertragen, nur weil er uns Geld gibt. Das machen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bei diesem Thema bitte ich Sie alle inständig, auch diejenigen von der Opposition, dass wir uns in den nächsten Jahren in diesem Punkt einig sind. Die Ziehkkräfte, mehr

Zuständigkeiten nach Berlin und nach Brüssel zu transferieren, sind unheimlich stark. Wir müssen auch in der Zukunft ein Bollwerk für den Föderalismus sein. Wie wichtig dies war, hat die Lösung beim Bund-Länder-Finanzausgleich gezeigt. Am Donnerstag wurden nach 14 Stunden die Formulierungen festgelegt. Das Grundgesetz wurde noch nicht geändert. Man glaubt gar nicht, wie viel Zeit erforderlich ist, um wenige Sätze zu formulieren. Der Deutsche Bundestag muss diese jetzt beschließen und anschließend der Bundesrat. Aber wenn 16 Ministerpräsidenten und die Bundesregierung einer Meinung sind, darf man annehmen, dass es auch so kommt. Ich erinnere an unsere Debatte im Oktober. Am Donnerstag ist alles so gekommen, wie wir es am 14. Oktober vereinbart hatten. Es ist so gekommen, wie es bayerischen Interessen dient. Jeder einzelne Punkt, den wir am 14. Oktober vereinbart hatten, ist so gekommen. Ein Erfolg ist, dass Bayern als starkes Land zukünftig 1,3 Milliarden Euro weniger in den Länderfinanzausgleich zahlt. Der größere Erfolg ist die Deckelung des Länderfinanzausgleichs. Folglich bleibt zukünftig das, was unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer erarbeiten, in Bayern. Das ist der größte Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Der fünfte Punkt, auf den es mir ankommt, ist das Festhalten an der Koalition mit den Bürgern. Heute ist gute Politik ohne die ernsthafte Beteiligung der Bürger in unterschiedlichster Form nicht mehr möglich.

(Florian von Brunn (SPD): Ernsthaft!)

– Sie muss ernsthaft betrieben werden. Man muss zuhören. Man muss über das, was man hört, nachdenken. Man muss das Wesen der Politik erfüllen, nämlich einen Interessenausgleich herbeiführen, da nicht alle Menschen gleich denken. Danach muss man entscheiden. Das tun wir in sehr engem Kontakt mit der Bevölkerung. Sie ist heute unser wichtigster Koalitionspartner. Die Bevölkerung überzeugt man nicht, indem man von oben herab mit erhobenem Zeigefinger Belehrungen und Bevormundungen von sich gibt. Man überzeugt die Bevölkerung nur, wenn man sie mit den Problemen,

die sie bedrängen, ernst nimmt und überall dort, wo es Handlungsbedarf gibt, tatsächlich handelt. Die Eigentumsbildung für Familien halte ich zum Beispiel für einen ganz zentralen Beitrag zur Stärkung unserer gesellschaftlichen Mitte und zum Kampf gegen die politischen Ränder.

(Beifall bei der CSU)

Heute ist nicht der Tag, an dem wir darüber diskutieren, welche Gefahren aus welchen Gruppierungen für uns erwachsen. Eines aber weiß ich heute aus positiver Erfahrung in über 40 Jahren Politik: Man kann nicht mit Belehrungen oder gar einem Verhalten, das in Richtung Bevormundung geht, der Bevölkerung gegenüberzutreten, nur weil wir in einem Parlament oder einer Regierung sitzen und deshalb alles besser wissen. Eine solche Attitüde sollte die Politik beerdigen. Wir sollten jeden Verdacht, dass wir so denken, beiseiteschieben. Nur der ehrliche und saubere Umgang mit Problemen hilft, um Links- und Rechtsradikale in unserem Land zu bekämpfen. Das ist die beste Prävention.

(Beifall bei der CSU)

Mehr will ich gar nicht sagen. Diese fünf Punkte bringen neben der Analyse, der Bilanz und dem Befund aus Tausenden von Haushaltszahlen die Wirkung der Haushaltszahlen zum Ausdruck. Manchmal fällt es mir schon selbst schwer zu sagen, dass wir jetzt das elfte Jahr schuldenfrei im allgemeinen Haushalt sind. Wir zahlen Schulden zurück, die Landesbank zahlt ihre Schulden zurück. Wir haben die höchste Investitionsquote, die niedrigste Zinsquote und vieles andere mehr. Am allerwichtigsten ist aber, welche Wirkungen diese Zahlen auf das tägliche Leben der Menschen entfalten. Da kann ich nur sagen: Bayern blüht, Bayern ist bestens in Schuss. Und trotzdem kann man nie sagen: Jetzt sind wir fertig. Das ganze Leben ist eine Baustelle. Man kann nie sagen, wir haben keine Probleme mehr, wir sind fertig. In der Politik ist man jedenfalls nie fertig. Wenn man der Gefahr des Erfolgs, nämlich der Selbstzufriedenheit, begegnen will,

muss man sich selbst immer die Frage stellen, was wir tun können und müssen, damit wir auf diesem Niveau bleiben und uns in den nächsten Jahren gut fortentwickeln.

Deshalb appelliere ich an alle, die mitmachen wollen, dass wir weiter anpacken, uns jetzt nicht zurücklehnen und schon gar nicht wegen zweier Wahljahre sagen, dass sich diese Jahre nicht für politische Diskussionen eignen. Die Menschen erwarten von uns Diskussionen auf hohem Niveau. Sie erwarten, dass wir uns mit den realen Problemen und den möglichen Lösungen auseinandersetzen. Der Hauptauftrag, der sich aus dem Artikel 151 der Bayerischen Verfassung ergibt, ist es, die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Es gibt keinen anderen Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Auftrag gilt für alle und in allen Regionen Bayerns. Das ist unser zentraler Auftrag. Den haben wir bisher gut erfüllt. Dafür danke ich. Sie werden dafür Verständnis haben, dass ich meiner Fraktion, dem Fraktionsvorsitzenden, dem Haushaltsausschuss und seinem Vorsitzenden Peter Winter ganz besonders danke. Danke an die ganze Fraktion. Wir, die CSU-Fraktion und die Staatsregierung, sind eine Aktionseinheit. Weil wir das sind, haben wir auch Erfolg.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wir sind eine sehr handlungsfähige Funktionseinheit. Ich war letzte Woche in Berlin. Ich habe keine Zeitung gefunden, in der ich etwas über den Inhalt der Debatte über das Integrationsgesetz lesen konnte. Ich habe nur ein Minutenprotokoll darüber, wer gestrickt hat, wer ein Buch gelesen hat und wer gegähnt hat, gelesen. Bei allem parlamentarischen Wettstreit und der Tatsache der Wertschätzung, dass wir in Berlin zusammenwirken, freut es mich, dass wir fast 40 Abgeordnete bei der Abstimmung mehr hatten als Sie von der Opposition miteinander. Das war eine schöne Sache.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich danke meinem ganzen Kabinett. Es ist immer schwierig mit der Nennung von Namen, aber ich mache es. Ich danke dem federführenden Finanzminister Markus Söder und seinem Staatssekretär Albert Füracker. Auch wenn das ganze Kabinett gut zusammenwirkt und jedes Haus für seinen Haushalt kämpft, muss doch einer die Federführung übernehmen. Deshalb danke an mein ganzes Kabinett, an den Finanzminister und seinen Staatssekretär.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Nachdem der Ministerpräsident selbst keinen Dank bekommt, muss ich das immer selber erledigen.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kreuzer spricht noch!)

Warten wir einmal, was Thomas Kreuzer anschließend und Markus Söder am Donnerstag sagen. Für mich ist es die höchste Auszeichnung, wenn ich außerhalb Bayerns, egal ob in anderen Bundesländern, in der Bundeshauptstadt oder außerhalb Deutschlands, den Satz höre, der nicht ganz neu ist, der aber stimmt: Wir wollen dahin, wo ihr schon seid.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, die meinen in Urlaub!)

Das ist eine wunderbare Danksagung an die Politik des Freistaates Bayern.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Als Nächster hat Herr Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

(Peter Winter (CSU): Da kommt schon der Dank!)

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer intensiven Plenardebatte über das Integrationsgesetz in der vergangenen Woche stehen nun drei Tage Haus-

haltsdebatte an. Einzelplan für Einzelplan wird beraten. Zum Auftakt ergibt sich die Gelegenheit zur Generalaussprache. Was läuft gut in Bayern, was läuft weniger gut? Wo gibt es Nachholbedarf? Woher kommen wir, wo stehen wir, wo wollen wir hin? Wo bleibt die Regierung gegebenenfalls hinter ihren Versprechungen zurück? Wo liegen die unterschiedlichen politischen Schwerpunkte der Fraktionen?

Nachdem der Ministerpräsident den Verdacht hatte, dass er von seinem eigenen Fraktionsvorsitzenden, von dem der CSU, keinen Dank erhält, möchte ich mich bei Ihnen, Herr Seehofer, beim Parteivorsitzenden der CSU für die Zusammenarbeit unserer Parteien in der Bundesregierung bedanken. Sie war ganz gewiss nicht immer ohne Reibung und ohne Kollision. Darauf werde ich gleich zurückkommen. Aber die Bundesregierung aus CDU, SPD und CSU hat 2016 trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen einige wichtige Vorhaben in großer Gemeinsamkeit auf den Weg gebracht. Sie haben es bereits erwähnt: Wir haben nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess gemeinsam das Bundesteilhabegesetz beschlossen, das die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu regelt. Das ist die größte Sozialreform seit 15 Jahren, ein Wendepunkt in der Behindertenpolitik. Künftig wird der Blick nicht mehr darauf gerichtet, was Menschen mit Behinderungen nicht können, sondern darauf, was sie zu leisten imstande sind. Das Bundesteilhabegesetz ist ein wichtiger Schritt hin zur weiteren Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Weitere Schritte müssen und werden folgen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in großer Gemeinsamkeit ein neues Pflegegesetz beschlossen. Es sichert die Versorgung in der Pflege und verbessert die Pflegeberatung vor Ort. Wir haben den Gesetzentwurf zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Das war uns, der SPD, besonders wichtig. Das Gesetz wird am 1. April 2017 in Kraft treten. Auf Druck unserer Partei konnte ein wichtiger Durchbruch im Kampf gegen den Missbrauch erzielt werden: Equal Pay nach neun Monaten bei einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Das war die größte arbeitsmarktpolitische Reform der

letzten Jahrzehnte. Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Partei waren zunächst dagegen, haben aber dann doch mitgemacht. Auch hierfür ein Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Das BAföG, eines der größten sozialdemokratischen Projekte für mehr Chancengleichheit, ist ebenfalls verbessert worden. Seit 2015 trägt allein der Bund die Kosten für das BAföG. So entlastet er die Länder um jährlich 1,17 Milliarden Euro. Außerdem steigen die BAföG-Sätze für Studierende deutlich. Die Kommunen werden bei den Sozialausgaben künftig jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet. Seit die SPD mitregiert, ist sogar der Haushalt des Ministeriums für Entwicklungshilfe um satte 35 % gestiegen. Er wurde um 1,1 Milliarden Euro aufgestockt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Bundesregierung hat ganz offensichtlich 2016 eine bisweilen sehr gute, zumindest aber ordentliche Bilanz vorzulegen mit wichtigen Entscheidungen, die auch für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern gut sind. Deutschland ist im Jahr 2016 ein Stück sozialer, demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war alles in allem ein gutes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich bei unserem politischen Partner im Bund für die gemeinsamen Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Seitens der SPD sage ich aber auch: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist automatisch auch gut gemacht. Die SPD wird sich in den nächsten Monaten sehr genau anschauen haben, ob die sogenannte Dobrindt-Maut nach den vielen Veränderungen der letzten Monate und Jahre am Ende überhaupt noch einen Sinn ergibt. Der Bundesrechnungshof hat intensive Zweifel angemeldet, ob die Maut am Ende nicht doch ein Draufzahlgeschäft ist. Das Versprechen der CSU von Mehreinnahmen für die Infrastruktur endet womöglich bei Mehrausgaben für Staat, Bürger und Autofahrer. Das

darf nicht sein. Herr Ministerpräsident, ziehen Sie dieses Projekt besser zurück, bevor es letztlich in einer Blamage endet.

(Beifall bei der SPD)

Das Jahr 2016 wird vielen Bürgerinnen und Bürgern – so fürchte ich – nicht als ein Jahr der Neuerungen, der gesetzgeberischen Innovation, der Verbesserung der Lebensqualität in Erinnerung bleiben. Vielen Menschen in Deutschland wird es vielmehr als ein Jahr des politischen Streits und der politischen Zwietracht in Erinnerung bleiben, und zwar aus einem Grund: Die CSU, die kleinste Partei des Deutschen Bundestages, ist nicht als Regierungspartei, sondern vorwiegend als Opposition gegen die eigene Bundesregierung und die eigene Bundeskanzlerin in Erscheinung getreten. Der ständige Streit zwischen CSU und CDU lenkt von den wichtigsten, den zentralen Entscheidungen in unserem Lande ab. Er zeigt aber auch: Die SPD ist der konstruktive Teil der Bundesregierung. Deshalb können wir damit relativ gelassen umgehen.

(Karl Freller (CSU): Das ist eine Haushaltsdebatte!)

Aber es ist unverkennbar: Zehn Monate vor der Bundestagswahl hat die CSU der Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel ein Auftrittsverbot in Bayern verpasst.

(Zurufe von der CSU: Haushalt, Haushalt!)

Um ein Pfeifkonzert für die eigene Spitzenkandidatin zu vermeiden, musste sie beim CSU-Parteitag draußen bleiben – ein in der politischen Historie der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

So stehen weniger die guten gemeinsamen Entscheidungen im Vordergrund. Die Demontage der deutschen Bundeskanzlerin durch die Christlich-Soziale Union zeigt Wirkung. Sie hat den letzten Rest an Autorität verloren. Das Ansehen der Kanzlerin ist schwerstens beschädigt.

(Karl Freller (CSU): Wir sind beim Haushalt!)

Sie genießt keinerlei Rückhalt mehr. Sehr zu unserem Bedauern fehlt es ihr an Führungsstärke, der Schwesterpartei in Bayern Grenzen aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

So war die CSU ganz offensichtlich in der deutschen Bundesregierung in vielen Bereichen zu einer konstruktiven Kooperation nicht willens. In Bayern gibt es für die Regierungspartei der absoluten Mehrheit ohnehin keine echte Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Eines ist klar: Die absolute Mehrheit verführt definitiv zur Selbstüberschätzung, zum Hochmut, zur Trägheit. Die Regierung verlagert ihre politische Energie weg vom Regieren hin zum Marketing in eigener Sache. Wichtige Probleme werden vertagt, die Regierung konzentriert sich vorwiegend auf Machterhalt und Machtausbau. So ist die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2016 mehrfach auf Kollisionskurs mit dem Grundgesetz und unserer Bayerischen Verfassung geraten. Wir freuen uns sehr, als diejenigen, die in der Tradition des Vaters der Bayerischen Verfassung stehen, Wilhelm Hoegner, dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Bayerische Verfassung heute noch einmal gewürdigt haben. Etwas mehr Respekt vor der Bayerischen Verfassung in der täglichen Politik wäre allerdings durchaus angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat erst vor wenigen Wochen die gesetzgeberische Vortäuschung einer Volksbefragung – sie war als ein Kampfinstrument der bayerischen Regierung gegen die Opposition gedacht – für nichtig und verfassungswidrig erklärt. Das Instrument – ich zitiere die Entscheidung – erweitert das Staatsgefüge um ein neues Element, das geeignet ist, das von der Verfassung vorgegebene Kräfteverhältnis der Organe und ihrer Gestaltungsspielräume zu beeinflussen. – Auf Deutsch: Das Gericht ließ es der CSU nicht durchgehen, sich ein zusätzliches Instrument des Machterhalts und des Machtausbaus zu schaffen. Das ist ein Rückschlag für

Sie selbst, Herr Ministerpräsident. Ich finde aber, das ist ein schöner Erfolg für die Demokratie in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

In meiner Amtszeit als Fraktionsvorsitzender der SPD hier im Hohen Hause ist das nun schon die dritte erfolgreiche Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. So viel zu Ihrem Respekt vor der Bayerischen Verfassung. In den Jahren zuvor wurde bereits die Resonanzstudienaffäre vom Gericht aufgeklärt. Dabei ging es um Umfragen zum Nutzen der CSU auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Kurz darauf wurde die sogenannte Verwandtschaftsaffäre mehrerer Kabinettsmitglieder behandelt, die das Gericht ebenso wie die Opposition im Parlament gegenüber der Öffentlichkeit transparent dargestellt wissen wollte.

Meine Damen und Herren, wer die Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über die Jahre hinweg verfolgt, erkennt sehr schnell: Immer wieder wird die CSU dabei ertappt, wie sie sich den bayerischen Staat an der einen oder anderen Stelle regelrecht zur Beute machen will. Wir widersetzen uns dieser Arroganz der Macht.

(Unruhe bei der CSU)

Eines muss klar sein: Bayern ist nicht die CSU, und die CSU ist nicht Bayern. Diese Gleichung geht nicht auf. Wir werden den Freistaat nicht einer einzelnen Partei überlassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Auch beim zweiten zentralen Gesetz dieser Wahlperiode neben dem wichtigen verfassungswidrigen Gesetz zur sogenannten Volksbefragung steht infrage, ob es verfassungskonform ist. Das sogenannte Integrationsgesetz ist ein Ausgrenzungsgesetz. Deshalb erkläre ich für die SPD, dass wir uns gezwungen sehen, auch in diesem Fall das Verfassungsgericht zur Überprüfung des Gesetzes anzurufen. Zugleich gilt mein

Dank den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, die dieses Gesetz mit Kompetenz und Glaubwürdigkeit in der letzten Woche intensiv beraten haben.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich ging es in den letzten Monaten, mindestens aber eineinhalb Jahren sehr viel um Flüchtlingspolitik, um Asylpolitik und um Ausländerpolitik. Sie haben mit einer Verfassungsänderung für das Jahr 2018 angekündigt, das Thema Ausländerpolitik in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung rücken zu wollen. Andere Themen, die für Bayern wichtig sind, bleiben dabei unterbelichtet, vor allem die soziale Spaltung in unserem Land: Auf 3.500 Einkommensmillionäre in diesem Land kommen mittlerweile 1,8 Millionen Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze, Herr Ministerpräsident. Es ist aber Auftrag der Bayerischen Verfassung, dafür zu sorgen, dass sich diese Kluft nicht weiter vertieft. Wenn ich mir aber den bayerischen Staatshaushalt ansehe, kann ich nicht erkennen, dass hier der Bayerischen Verfassung wirklich Rechnung getragen wird.

Wir sagen als SPD: Bayern wird gerechter, wenn wir die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen entlasten. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Konzerne wie Starbucks ebenso Steuern zahlen wie das familienbetriebene Café um die Ecke. Heute zahlt jeder Handwerker deutlich mehr Steuern und Abgaben als Apple und Google, weil die sich arm rechnen. Das muss sich ändern. Für uns ist es ein Unding, wenn Finanzminister Söder sich im europäischen Steuerstreit an die Seite des amerikanischen Konzerns Apple stellt. Die Großen lässt man laufen, die Kleinen schröpft man. Dieses Söder'sche Gesetz darf nicht die Leitlinie für die Steuerpolitik Bayerns bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Solche Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne rauben dem Gemeinwesen enorme Beträge. Da müssen wir ran.

Als Familienpartei Bayerns ist es uns als SPD ein besonderes Anliegen, die Familien in Bayern zu entlasten. Das kann und muss nicht nur über die Steuer geschehen. Sie haben gesagt, dass Herr Schäuble von einer Steuersenkung von 15 Milliarden Euro nach der Bundestagswahl gesprochen hat. Das wäre im Übrigen eine Steuerentlastung für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern auch in Bayern von etwa 25 bis 35 Euro im Monat. Tatsächlich – es ist richtig – müssen wir auch an die Mittelschicht, an die Leistungsträger unserer Gesellschaft denken. Wir als SPD sagen: Wir haben es auch landespolitisch in der Hand, und Bayern wird gerechter, wenn Eltern beispielsweise von Kindergartengebühren entlastet werden. Die Entlastungswirkung für Familien ist hierdurch viel größer als bei einer Veränderung des Steuersystems durch Herrn Schäuble. Wenn nämlich beispielsweise wie in Rheinland-Pfalz künftig der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, anstatt sie den Familien zu überlassen, entlastet das die Familien um 150, 200, 250 oder 300 Euro und mehr, und das jeden Monat, meine Damen und Herren. Das ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ziel muss es sein, jedem Kind Zugang zu guten frühkindlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen, unabhängig von seiner Herkunft und von der Größe des Geldbeutels seiner Eltern. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung und Bildungsbiografie gelegt. Das haben zahlreiche Studien in der Vergangenheit nachgewiesen. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen; sie müssen daher aus unserer Sicht wie der Schulbesuch kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD)

Und tatsächlich haben wir gerade in diesem Bereich sehr großen Nachholbedarf. Der Bildungsmonitor 2016 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – beides ganz gewiss keine sozialdemokratischen Vorfeld-Organisationen – dargestellt, dass auch bei Qualität und Quantität von Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern deutlich mehr geschehen muss. So heißt es

mit Blick auf den Freistaat in der Studie wörtlich: "Der Anteil der Kindergarten- und Grundschulkinder in Ganztageseinrichtungen ist im bundesweiten Vergleich sehr niedrig." Der Bildungsmonitor zeigt auf, dass der Anteil der ganztags betreuten Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Jahr 2015 einen Wert von 34 % erreichte, während im Bundesdurchschnitt 44 % aller Kinder dieser Altersgruppe ganztags betreut werden. Von den zehn Städten und Landkreisen mit der bundesweit niedrigsten Quote betreuter Kinder unter drei Jahren lagen im Übrigen letztes Jahr tatsächlich acht in Bayern: Stadt Straubing, Stadt Kaufbeuren, Landkreis Regen, Landkreis Kelheim, Landkreis Traunstein, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Unterallgäu und das Berchtesgadener Land mit dem bundesweit niedrigsten Anteil an betreuten Kindern von 13 %.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Dort betreuen eben die Eltern selber ihre Kinder!)

Tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir jeden Euro nur einmal ausgeben und dürfen Finanzmittel nicht krass fehlsteuern. Solange es diese eklatanten Lücken im System der frühkindlichen Bildung gibt, ist das Betreuungsgeld, das Sie hier heute noch einmal gepriesen haben, Herr Ministerpräsident, und für das Sie bis zum Jahr 2021 mehr als eine Milliarde Euro ausgeben wollen, eine krasse Fehlinvestition. Wir brauchen dieses Geld an anderer Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Das Betreuungsgeld sehen wir als Prämie für das Fernhalten von Bildungschancen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es gibt auch schlaue Eltern in Bayern!)

Dieses Geld müsste in 20.000 Kita-Plätze investiert werden, die in Bayern fehlen, in 11.000 Erzieherinnen und Erzieher, die in Bayern fehlen und die auch zu wenig verdienen. Parallel dazu werden wir eine Qualitätsoffensive auf den Weg bringen müssen; denn für uns gilt das Postulat in der Bayerischen Verfassung: "Kinder sind das kostlichste Gut eines Volkes". Das hat der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner in die Verfas-

sung geschrieben. Wir nehmen das als Arbeitnehmer- und Familienpartei Bayerns sehr ernst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Überrascht bin ich, wenn Sie die Bayerische Verfassung zitieren und dabei einen ganz zentralen Artikel weglassen, nämlich das Verfassungspostulat, dass es Aufgabe des Freistaats und seiner Kommunen ist, für billige Volkswohnungen im Freistaat Sorge zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Um den Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Familien, auf Rentner zu senken, müssen wir für bezahlbares Wohnen in unserem Land mehr tun. Wohnen ist in Bayern heute bereits teurer als in den meisten anderen Bundesländern. Im Vergleich der Flächenstaaten belegt Bayern nach einer Immonet-Studie aus dem Jahr 2014 hinter Hessen Rang 2. Dabei ist vor allem das Mietpreisniveau in den Großstädten und Boomregionen stetig gestiegen. So liegen sechs der fünfzehn deutschen Großstädte, die zwischen 2009 und 2014 die stärksten Mietpreisanstiege zu verzeichnen hatten, in Bayern: Ingolstadt, Fürth, Würzburg, Augsburg, Nürnberg und Regensburg. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die 2015 veröffentlichte Wohnungsmarktprognose 2030 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sagt für die bayerischen Metropolregionen steigende Wohnflächennachfragen von zum Teil über 10 % bis 2030 voraus.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Entwicklungen braucht es einen Staat, der fähig und willens ist, zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner regulierend in den bayerischen Wohnungsmarkt einzugreifen, einen Staat also, der es sich zum Ziel setzt, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, zumal das auch eine Vorgabe unserer Bayerischen Verfassung ist, einen Staat, der Bautätigkeit fördert, Kommunen wirkungsvoll unterstützt und eine Wohnungspolitik betreibt, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt. Die aktuelle Wohnungsnot im Freistaat – nach unseren

Berechnungen fehlen mindestens 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren – ist ganz wesentlich auf die jahrelange Untätigkeit der Staatsregierung in der Wohnungspolitik zurückzuführen. So wurde die GBW, die ehemals staatseigene Immobilien-tochter der Landesbank, 2013 ohne Not von der Staatsregierung privatisiert, mit der Folge, dass die 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW gezwungen waren, teils dras-tische Mieterhöhungen hinzunehmen, obwohl ihre Wohnungen einstmals von der öf-fentlichen Hand gefördert worden waren.

Der Haushaltsplan für die Jahre 2017 und 2018, den wir in diesen drei Tagen beraten, sieht trotzdem nicht etwa einen Aufwuchs der Mittel für die Wohnraumförderung vor, sondern einen deutlichen Rückgang der Landesmittel von 160 Millionen Euro in 2015 auf 87 Millionen Euro in 2017. Das ist nahezu eine Halbierung. Wir als SPD wollen in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boomregionen, aber auch im ländlichen Raum schaffen, um den Bedarf in Bayern decken zu können. Ein erster kraftvoller Schritt könnte endlich im neuen Doppelhaushalt erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist an uns, dies jetzt umzusetzen.

Schaffung billiger Volkswohnungen, wie es in der Bayerischen Verfassung heißt, Herr Ministerpräsident: Verfassungsauftrag nicht erfüllt. Und tatsächlich ist es an uns in der deutschen Bundesregierung, das von Ihnen heute hier vorgeschlagene Baukinder-geld, ursprünglich eine Idee der SPD-Ministerin Hendricks, tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Wir befürchten, Sie machen das sogenannte Baukin-dergeld zum Wahlkampfschlager der Jahre 2017 und 2018. Der Vorschlag wurde von der SPD-Ministerin unterbreitet. Lassen Sie uns das Baukindergeld noch in dieser Le-gislaturperiode gemeinsam beschließen, wenn Sie es wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen davon, dass Bildungsgerechtigkeit auch ein zentraler Auftrag unserer Bayerischen Verfassung sei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt schon, oder?)

Tatsächlich kann man Ihnen da nur beipflichten. Sie haben übrigens diesbezüglich bereits 2013 ein bemerkenswertes Versprechen abgegeben; Sie haben für Bayern eine Ganztagsgarantie abgegeben. Ich zitiere: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Nun stellt sich die Realität hier und heute wie folgt dar: In Oberfranken ging die Zahl der Grundschüler im gebundenen Ganztags von 4,8 auf 4,6 % im Schuljahr 2015/16 zurück. Auch in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten sank die Zahl der Grundschüler im Ganztags, in Rosenheim von 8,5 auf 7,9 %. Im Landkreis Hof ging die Zahl der Gymnasiasten, die eine Ganztagsklasse besuchen, von 7,1 auf 6,6 % zurück. Sie sprachen von einer Ganztagsgarantie. Dabei gibt es an den staatlichen Realschulen in 65 Landkreisen und kreisfreien Städten noch kein einziges gebundenes Ganztagsangebot.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Bei den Gymnasien besteht in 57 Landkreisen und kreisfreien Städten kein einziges entsprechendes Ganztagsangebot. Das ist die Garantie, die Sie abgegeben haben. Leider hat sich in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungszeit hier überhaupt nichts getan.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Doch!)

Im Gegenteil ist es noch ein Stück weit schlechter geworden, wie man erkennt, wenn man sich die Statistiken anschaut.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat den SPD-Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz am 12. Juli 2016 im Plenum des Bayerischen Landtags abgelehnt. Nüchtern betrachtet muss man sagen: Ihre Ganztagsgarantie hat sich regelrecht pulverisiert.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ein zweites Versprechen haben Sie abgegeben. 2013 haben Sie – auch vor dem Hintergrund Ihres Bestrebens, soziale Gerechtigkeit voranzutreiben; das war ja heute auch ein Stück weit der Tenor Ihrer Rede – ein richtig schönes Präsent versprochen, nämlich, Bayern innerhalb von zehn Jahren barrierefrei zu machen. Die Euphorie war groß. Es gab großen Applaus im Bayerischen Landtag. Aber heute wissen wir: Wenn Sie die Haushalte weiter so festschreiben wie bisher, wird Bayern nicht 2023, sondern erst in mehr als 120 Jahren tatsächlich barrierefrei werden.

(Lachen bei der CSU)

Schauen wir uns doch einmal die Zahlen von Oberfranken an, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, ob Ihnen da noch nach Lachen ist, insbesondere auch unseren Zuschauern auf der Tribüne. In Oberfranken sind 78 von 112 Bahnhöfen gegenwärtig nicht barrierefrei, also für Menschen mit Behinderung, für Rollstuhlfahrer, aber auch für Familien mit einem Kinderwagen nicht zugänglich. 78 von 112 – das sind 70 % – sind nicht barrierefrei. Nun hat die Bayerische Staatsregierung ein Paket für barrierefreies Bayern 2013 bis 2018 ausgelobt; man möchte da etwas tun. Was glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU – vielleicht wissen Sie es nicht –, wie viele Bahnhöfe von diesen 70 bis 2018 von Ihrer Regierung tatsächlich barrierefrei gemacht werden? Gibt es Schätzungen? – Ich sage es Ihnen: Ein einziger von 70, nämlich der Bahnhof in Coburg. 69 bleiben nicht barrierefrei. Was wir brauchen, ist ein echtes Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit zur Beseitigung von Zugangshindernissen und Barrieren im öffentlichen Raum. Das ist das, was wir jetzt brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Gestatten Sie mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit noch einige zusammenfassende Feststellungen in Kurzform. Erstens. Die CSU war 2016 vornehmlich damit befasst, dem einstigen Leitsatz von Franz Josef Strauß Genüge zu tun, die CSU dürfe keinen politischen Wettbewerber rechts von sich dulden. Sie hat damit nicht nur die AfD in Bayern größer gemacht als notwendig, sondern auch der demokratischen politischen Kultur in unserem Land einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU war in Bayern 2016 fast ausschließlich Bundespartei und nicht landespolitische Kraft. Der ewige Streit mit Frau Merkel, der bis heute andauert, stand im Mittelpunkt Ihrer Politik. Auf Landespolitik wurde stellenweise regelrecht verzichtet.

Zweitens. Die Bayerische Staatsregierung hat 2016 Chancen verpasst und Hausaufgaben liegen gelassen. Hier ein paar harte Zahlen und ein paar harte Fakten: sechs Millionen ausgefallene Unterrichtsstunden an den bayerischen Schulen, zwei Millionen Überstunden bei der bayerischen Polizei – ein neuer Rekordwert –, eine halbe Million Überstunden an den 37 Justizvollzugsanstalten von Aichach bis Würzburg, 36 % des Staatsstraßennetzes – fast 5.000 km – und 1.400 Staatsbrücken dringend sanierungsbedürftig.

Drittens. Der Steuervollzug hat eklatante Lücken, wovon vor allem Reiche und Superreiche profitieren und worunter vor allem die Gemeinwohlfinanzierung leidet.

Viertens. Das Land wird – anders, als Sie es versprochen haben – bis 2030 nicht schuldenfrei sein. Allein die Kürzungen bei der Pensionsvorsorge reißen in fünf Jahren eine Lücke von 1 Milliarde Euro – Tendenz steigend –, eine aufwachsende Summe, für die unsere Kinder und Enkelkinder eines Tages werden aufkommen müssen. Die Rücklage wird laut Ihrem Haushaltsplan in diesem Haushalt regelrecht geplündert. Wir hatten zum 31. Dezember 2015 eine Rücklage von 6,1 Milliarden Euro. 2016 sollen 2,5 Milliarden Euro für den laufenden Haushalt entnommen werden. 2017/18 sollen weitere 2 Milliarden Euro abfließen, und nach den Planungen im Doppelhaushalt soll

die Rücklage Ende 2018 nur noch 1,5 Milliarden Euro statt 6,1 Milliarden Euro betragen. Das heißt, der Staatshaushalt lebt auf Kosten der Substanz, und auch die Schuldentilgung von 500 Millionen Euro pro Jahr erfolgt nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern aus der Rücklage. Der angekündigte Schuldenabbau bis 2030 ist vor diesem Hintergrund nichts als politische Propaganda und Schönrednerei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Anders, als Sie es dargestellt haben, ist der zu diskutierende Haushalt kein Investitionshaushalt. Die Investitionsquote sinkt. Zu Beginn der Amtszeit Stoiber lag sie noch bei über 20 %. Davon ist sie heute meilenweit entfernt. Der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur können mit aktuellen Investitionen nicht gesichert werden. Damit werden Lasten in die Zukunft verschoben. Die sogenannten versteckten, impliziten Schulden, wie sie der Oberste Rechnungshof einmal nannte, steigen. Positive Ausnahmen waren die Jahre 2009 und 2010. Da lag die Investitionsquote noch bei 13,6 % bzw. 13,8 % – aber nur deshalb, weil es damals das kommunale Investitionsprogramm des Bundes gab. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %, und in diesem Jahr sind es 11,7 %. 2018 werden es nur noch 11,5 % sein. Das bedeutet: Es gibt einen regelrechten Verfall der Investitionsquote.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um der Bayerischen Verfassung gerecht zu werden, müssen wir deutlich mehr tun, als der Ministerpräsident heute angekündigt hat. Die Bayerische Verfassung ist nämlich nicht nur eine Charta der Freiheit, sondern auch ein Plädoyer für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, und diese will organisiert sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD vermissen vor allem Investitionen in soziale Gerechtigkeit, in kostenfreie Kitas und in bezahlbaren Wohnraum. Zumindest das konnte ich heute ausführen. Die Sozialdemokratie im Hohen Hause wird sich auch im Jahr 2017 für mehr Gerechtigkeit

in Bayern einsetzen. 1,8 Millionen Menschen in Bayern unterhalb der Armutsgrenze – ich wiederhole die Zahl: 1,8 Millionen Menschen: Das ist eine Feststellung, vor deren Hintergrund sich politische Selbstgerechtigkeit und politische Selbstzufriedenheit verbieten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die CSU alle unsere Anträge zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Entlastung der Familien in Bayern und für eine moderne Gleichstellungspolitik im Allgemeinen und im Besonderen auch dieses Jahr abgelehnt hat, bleiben wir als SPD hartnäckig dran. Ganz augenscheinlich ist: Der politische Wettbewerb wird 2017 in Bayern weiter zunehmen. Die CSU bekommt Druck von rechts, von der AfD.

(Max Gibis (CSU): Ach, nicht schon wieder!)

– Aber selbstverständlich. Sie bekommen Druck von rechts, von der AfD – diesen Druck haben Sie zum Teil selbst mit befördert –, und Sie bekommen Druck von Mitte links, auch von der SPD. Wir stehen für eine solidarische, offene Gesellschaft und ein soziales Miteinander ein. Diesen Platz der sozialen Gerechtigkeit im Bayerischen Landtag wird die Sozialdemokratie auch weiter besetzen und ausfüllen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Eine Zwischenbemerkung des Kollegen Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Rinderspacher, ich finde es sehr schade, dass Sie in Ihrer grundsätzlichen Rede wichtige Sachverhalte so oberflächlich behandeln und ansprechen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie uns mehr Redezeit gäben!)

Sie hatten die Kinderbetreuungsquote in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein genannt – den Landkreisen, aus denen Frau Kollegin Kaniber und ich kommen. In der Tat haben wir eine sehr niedrige Betreuungsquote von 13,9 %. Aber warum verstehen Sie nicht, welche Hintergründe das hat? In diesen Regionen werden diese Einrichtungen einfach nicht nachgefragt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

weil die Eltern die Kleinkinder zu Hause betreuen wollen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Sozialraumanalyse des Landkreises Traunstein gibt über genau diese Gegebenheiten sehr detailliert Auskunft. Diese Einrichtungen werden nicht in dem Maße nachgefragt wie in den Großstädten. Ich wehre mich dagegen, dass Sie die Situation hier so darstellen und das aus ideologischen Gründen quasi nicht zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von der SPD: Fünfzigerjahre!)

Es gibt eben sehr viele Mütter und Väter, sehr viele Familien, die ihre Kinder zu Hause haben wollen. Die Strukturen in unseren Landkreisen sind nun einmal so. Man kann dies heile Welt nennen oder wie auch immer, aber die Eltern wollen ihre Kinder in diesem Alter hauptsächlich daheim betreuen und nicht mit zwei, drei Jahren oder mit einem Jahr irgendwo abgeben und abstellen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Buh! "Irgendwo abstellen"! Das ist ja wohl eine Frechheit!)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege, mir ist nicht eingängig, was Sie formuliert haben

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

und warum die Menschen im Berchtesgadener Land oder im Landkreis Traunstein so ganz anders ticken sollten als beispielsweise im Landkreis Coburg, wo es mit die höchste Kinderbetreuungsquote überhaupt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mir überhaupt nicht eingängig. Ich muss Ihnen sagen, ich bin viel in Bayern unterwegs, auch bei Ihnen im Stimmkreis. Ich habe ganz andere Rückmeldungen, im Übrigen auch von CSU-Kommunalpolitikern. Die erklären mir regelmäßig: Wenn wir eine Kita aufmachen oder eine Krippe, dann sind die Plätze in kürzester Zeit belegt, und wir sind dazu verpflichtet, die nächste Krippe aufzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Einlassung, dass eine Kinderbetreuungsquote von 13 % – in München sind es, glaube ich, 70 % oder 75 % – tatsächlich ausreichen soll, nehmen wir zur Kenntnis. Ich glaube, die Familien auch bei Ihnen zu Hause haben andere Bedürfnisse. Ich finde, der Freistaat sollte diese Bedürfnisse entsprechend befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Moment bitte, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Celina, bitte.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Rinderspacher, ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Der CSU-Kollege dort hinten hat doch gesagt, die meisten Eltern wollten ihre Kinder nicht "irgendwo abgeben und abstellen". Sind auch Sie meiner Meinung, dass die bayerischen Kitas besser sind, als es in der Meinungsäußerung des Kollegen zum Ausdruck kommt?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Natascha Kohnen (SPD): Jawohl!!)

Markus Rinderspacher (SPD): Ich fürchte, Sie haben recht, Frau Kollegin. Genau das ist die ideologische Auseinandersetzung. Bei Teilen dieser Ecke des Parlaments

besteht offensichtlich die Überzeugung, dass Kinderbetreuung in der Krippe oder in der Kita gleichzusetzen sei mit "Kind abstellen". Das finde ich – –

(Zuruf von der CSU: So ein Schmarrn! – Natascha Kohnen (SPD): Das hat er gesagt, wörtlich! – Volkmar Halbleib (SPD): Im Protokoll nachlesen!)

– Das haben Sie wörtlich gesagt, richtig. Deshalb ist es gut, dass die Kollegin noch einmal daran erinnert hat. Wir haben eine andere Vorstellung, und im Übrigen glaube ich, auch viele in Ihrer Fraktion. Dem muss man dann eben auch in der politischen Realität Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Debattiert ihr noch? – Gut, ist klar. – Der nächste Redner ist der Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Immer, wenn ich die Reden des Kollegen Rinderspacher höre, frage ich mich: Wo lebt der Mann eigentlich – in Bayern?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

In Bayern kann es nicht sein; denn das, was er schildert, stimmt mit der Realität nicht überein. Deswegen rate ich Ihnen: Wachen Sie aus diesem bösen Albtraum auf, den Sie als Realität in Bayern verkaufen, dann fühlen Sie sich auch wohler.

(Zurufe von der SPD)

Ihre Sorgen sind unbegründet. Der Freistaat Bayern steht hervorragend da.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben am Anfang eingehende Ausführungen zur Bundespolitik gemacht. Das hat auch der Ministerpräsident getan, aber es besteht ein wesentlicher Unterschied.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Der Ministerpräsident hat bei diesen bundespolitischen Entscheidungen mitgewirkt und hat erheblichen Einfluss in Berlin.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank nicht!)

Somit haben die Bayern über die CSU als dritte Partei erheblichen Einfluss in dieser Koalition in Berlin.

(Margit Wild (SPD): Frau Merkel ist regelrecht begeistert von Ihrem Einsatz!)

Der Länderfinanzausgleich ist weitgehend auf dieses Engagement des Ministerpräsidenten zurückzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: So ist es!)

Hierfür danke ich Ihnen. Ich weiß, welch ungeheurer Einsatz insgesamt erforderlich gewesen ist. Aber wenn Sie, Herr Rinderspacher, dies erwähnen, dann wollen Sie doch nicht den Eindruck erwecken, als hätten Sie irgendetwas mit diesen Entscheidungen in Berlin zu tun.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Sie haben sich weder im Vorfeld zu diesen Entscheidungen geäußert, noch öffentlich etwas gefordert, noch haben Sie irgendeinen Einfluss in Berlin. Bayern ist das zweitgrößte Bundesland in Deutschland. Sie stellen nicht einmal einen Bundesminister. Sie und die SPD sind in Berlin eine Nullnummer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger auf die bayerische SPD im Bund verlassen würden, dann wären sie verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Josef Zellmeier (CSU): Das ist die Realität!)

Ganz rührend wird es, wenn Sie sich um die Bundeskanzlerin sorgen, Herr Rinderspacher. In der Diskussion geht es um verschiedene Sachfragen. So, wie Sie reden, gehe ich fast davon aus, dass Sie CSU wählen, um die Bundeskanzlerin zu unterstützen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da würde ich ja die Opposition unterstützen!)

So hört es sich auf jeden Fall an. Ich sage Ihnen, wir werden, wenn es um das Wohl der bayerischen Bürger geht, Sachdiskussionen niemals ausweichen, auch nicht mit der eigenen Schwesterpartei, weil wir gegenüber den Menschen in diesem Land verantwortlich sind. Sie spielen in der Bundespolitik sowieso keine Rolle; deswegen äußern Sie sich auch nicht.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kreuzer-Niveau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sagen, die Ablehnung der Volksbefragung durch das Verfassungsgericht war ein großer Akt der Demokratie, meine Damen und Herren, dann müssen Sie einmal die Menschen draußen befragen, ob sie es als besonders demokratisch empfinden, dass sie in Bayern nicht befragt werden können wie zum Beispiel in Baden-Württemberg.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nur von der CSU und der Staatsregierung! Nur von Ihnen! Allmachtsanspruch!)

Solche Erfolge, Herr Rinderspacher, sind Pyrrhussiege. Das werden die Leute nicht goutieren.

(Beifall bei der CSU)

Um Ihnen Ihre Sorgen zu nehmen, möchte ich Ihnen an ein paar Punkten aufzeigen, wie Bayern in Deutschland beispielgebend ist.

Bayern ist das Sicherheitsland Nummer eins. In Bayern leben die Menschen sicherer als anderswo. Die Kriminalitätsrate ist ausgesprochen niedrig, die Aufklärungsquote am höchsten. In Ländern, in denen Sie regieren, ist dies anders. Nur einmal zum Vergleich: Auf 100.000 Einwohner kommen in Bayern 59 Wohnungseinbrüche. Wir haben die Zahl schon gesenkt; sie ist zurückgegangen, ist aber immer noch viel zu hoch. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie das Glück haben, im rot-grün-regierten Nordrhein-Westfalen zu leben, dann erleben Sie dort, auf 100.000 Einwohner kommen 350 Wohnungseinbrüche, also sechsmal so viele wie in Bayern. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Sicherheitspolitik!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Super! – Natascha Kohnen (SPD): Die haben auch 13 Großstädte!)

Wir schaffen in Bayern zusätzlich 2.000 Stellen bei der Polizei – der höchste Personalstand aller Zeiten. Wo Sie regieren, sind in aller Regel Stellen bei der Polizei über Jahre abgebaut worden, was dann zu Zuständen wie auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht führt, wo über lange Zeit überhaupt niemand anwesend war und die Geschehnisse nicht im Griff behalten werden konnten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da war die Bundespolizei verantwortlich! Die haben Sie abgebaut! Ihre Minister haben die Bundespolizei abgebaut!)

– Ich würde auch nervös werden, Herr Halbleib, bei dieser Bilanz für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch das Wirtschaftsland Nummer eins. Beim Wirtschaftswachstum lagen wir in den vergangenen fünf Jahren mit 12,3 % im Ländervergleich mit Abstand an der Spitze. Das ist das höchste Wirtschaftswachstum im Bundesdurchschnitt. Es gibt SPD-regierte Länder, die in konjunkturell besten Zeiten rot-grüne Null-Wachstumsraten mit

den entsprechenden Folgen hinlegen, meine Damen und Herren, wie zum Beispiel 2015 NRW.

Bayern ist deswegen auch Jobland Nummer eins. Die gute Konjunktur kommt bei den Menschen an. Im November lag die Arbeitslosenquote in allen Regierungsbezirken unter 4 %. 55 von 96 Landkreisen und kreisfreien Städten haben eine Arbeitslosenquote von unter 3 %, auch bei der Jugendarbeitslosigkeit. Dort herrscht Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist auch Familienland Nummer eins. Nirgendwo in Deutschland müssen weniger Kinder in Familien leben, die Sozialhilfe beziehen, als in Bayern. Hören Sie zu, Herr Rinderspacher; Sie kritisieren die bayerischen Zustände: In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil von Kindern in Familien, die Sozialhilfe beziehen, dreimal so hoch wie in Bayern. Das ist das Ergebnis rot-grüner Politik.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Beifall bei der CSU)

Sie reden nur über soziale Balance und von Chancen für Familien. Wo Sie regieren, ist die Lage schlecht,

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich regiere nicht in Nordrhein-Westfalen!)

während wir in Bayern den sozialen Ausgleich für Familien viel besser hinbekommen.

4,5 Milliarden Euro stehen im Doppelhaushalt zur Verfügung für die Kinderbetreuung, für die Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschulalter, für das Landeserziehungsgeld und für das Betreuungsgeld. Das sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes und Investitionen in die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig haben wir in Bayern die höchsten Durchschnittseinkommen und die wenigsten Hartz-IV-Bezieher. Wer in das Ruhrgebiet oder nach Berlin blickt, kann sofort erkennen, wie wenig sozial im Ergebnis SPD-Politik in Wahrheit ist und wie wenig Sie Ihren eigenen Ansprüchen, die Sie hier stellen, in der Praxis genügen. Arbeit schafft man in Berlin vor allem für Parteimitglieder. Trotz hoher Schulden schreckt die rot-rot-grüne Koalition nicht davor zurück, noch mehr Staatssekretärsposten zu schaffen, statt die Probleme der Stadt einmal anzugehen. Berlin leistet sich in typisch sozialistischem Feudalismus 25 Staatssekretäre, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

Wir in Bayern schaffen dies mit sechs. Das ist SPD-Politik pur. So geht es dann am Ende aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil es die Verfassung vorschreibt! Sie sind genau am Verfassungslimit!)

Die Menschen in Bayern wissen: Die CSU richtet ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen aus, nicht an Ideologie.

Bayern ist das Land mit den besten Zukunftsperspektiven für seine Kinder und Enkelkinder. Dank unserer Haushaltsdisziplin werden wir an die kommenden Generationen Chancen statt Schulden vererben. Nordrhein-Westfalen plant in diesem Jahr, noch einmal zwei Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen, meine Damen und Herren. Das ist rot-grüne Finanzpolitik. Wir zahlen in diesem Jahr eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück, und wir werden diesen Kurs konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist weiterhin Bildungsland Nummer eins. Spitzenreiter ist Bayern, und – wundert es? – Verlierer ist Baden-Württemberg, meine Damen und Herren. Schlusslichter sind Bremen und Berlin. So lassen sich die Ergebnisse eines Vergleichstests für die Schulfächer Deutsch und Englisch in der neunten Klasse zusammenfassen, den

das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen im Oktober vorgelegt hat. Was für mich daran besonders erschreckend ist: Dies zeigt, dass schon eine einzige Legislaturperiode reicht, um gute Arbeit in kürzester Zeit zunichte zu machen, meine Damen und Herren, nämlich durch Rot-Grün in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist erschreckend. Baden-Württemberg war mit Bayern immer auf gleicher Höhe. Sie haben es in einer Periode geschafft, das Land absacken zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen sich einmal die neuen Bundesländer ansehen und die Länder hinsichtlich der Bildungserfolgsaussichten vergleichen. Diese Länder haben, aus dem DDR-Schulsystem kommend, nach der Wiedervereinigung alle die gleichen Voraussetzungen gehabt. Sie müssen sich die Länder ansehen, in denen über Jahrzehnte die CDU regiert hat, nämlich zum Beispiel Sachsen und Thüringen, und sie mit Brandenburg und anderen Ländern vergleichen. Dann werden Sie sehen, dass es eben schon darauf ankommt, welche Bildungspolitik in einem Land gemacht wird.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das Gefälle zwischen den Ländern ist inzwischen so groß, meine Damen und Herren, dass gestern der Deutsche Lehrerverband Bayern sogar aufgefordert hat, die Abiturzeugnisse anspruchloser Bundesländer nicht mehr anzuerkennen. Meine Damen und Herren, dies ist ein Armutszeugnis für rot-grüne Bildungspolitik.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Das ist unglaublich!)

Ich möchte es im Moment dabei bewenden lassen. Ich könnte noch viel mehr an Beispielen erfolgreicher Politik aufzählen. Meine Damen und Herren, gerade der letzte Donnerstag hat uns aber gezeigt, dass es auf die Qualität und nicht auf die Länge der Debatte ankommt. Daran wollen wir uns heute halten.

(Beifall bei der CSU)

Die Erfolgsbilanz Bayerns ist alles andere als selbstverständlich, wie der Vergleich mit anderen Ländern zeigt. Sie hat viele Gründe. Mit Sicherheit liegt dies aber nicht an der Arbeit der Opposition, meine Damen und Herren. Ich bin jetzt seit 22 Jahren Mitglied des Bayerischen Landtags, und genauso lange warte ich auf zukunftsweisende Ideen und Impulse von der Opposition zu Sachthemen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): G 9!)

Mit der Polemik und der Überheblichkeit, mit der SPD und GRÜNE in diesem Parlament agieren, lässt sich keine gute und erfolgreiche Politik für Bayern machen. Dagegen macht die CSU ihre Arbeit für den Freistaat und die Menschen, die hier leben, gut. Dies gilt ganz ausdrücklich für Herrn Ministerpräsidenten Seehofer und das gesamte Kabinett, denen ich im Namen der CSU-Fraktion für die hervorragende Arbeit in den letzten Jahren danken will.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir dürfen aber in unseren Anstrengungen nicht nachlassen; denn wer ein guter Skifahrer sein will, der muss regelmäßig auf den Brettern stehen. Auch die Profis des FC Bayern stellen nicht das Training ein, nur weil sie gerade wieder an der Tabellenspitze sind. Somit bleiben wir auch beim Doppelhaushalt 2017/2018 am Ball und stellen erfolgreich die Weichen für die Zukunft.

Trotz erheblicher Belastungen im Asylbereich, denen wir uns seit 2015 gegenübersehen, steht dieser Haushalt wieder für Solidität, Stabilität und Solidarität. Er trägt damit die Handschrift der CSU. Ich danke ganz ausdrücklich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Peter Winter, und den Mitgliedern meiner Fraktion für ihre hervorragende Arbeit.

Seit 2006 hat Bayern nun schon zum zwölften und dreizehnten Mal einen allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Dieser Haushalt ist die Grundlage für die er-

folgreiche Weiterentwicklung des Landes und ein Zeichen unserer Verantwortung gerade für die nachfolgenden Generationen; denn auch 2017 – ich habe es schon gesagt – bauen wir weiter Schulden ab. Auch in den nächsten beiden Jahren sprechen wir wieder über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Das macht kein anderes Land in Deutschland.

Wir planen 2017 mit einer Investitionsquote von rund 11,8 %. Das ist ein kraftvoller Aufschlag und Spitze im Vergleich mit allen anderen westlichen Bundesländern. Zugleich sorgt der höchste kommunale Finanzausgleich aller Zeiten für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern, und zwar dort, wo es die Menschen spüren, nämlich vor der eigenen Haustür. Unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten im nächsten Jahr 8,91 Milliarden Euro. Die Leistungen des Freistaats an seine Kommunen gehen weit über den Finanzausgleich hinaus; denn auch die Förderung der Breitbanderschließung oder der Kinderbetreuung gehören zu den Leistungen für unsere Kommunen. Alles zusammengenommen steigen diese Leistungen auf 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2018. Insgesamt sind das 26 % der Gesamtausgaben, also jeder vierte Euro.

Mit Gesamtausgaben von 38 Milliarden Euro wird auch in diesem Doppelhaushalt jeder dritte Euro unseres Staatshaushalts in Bildung fließen. Das ist Zukunftspolitik für die jungen Menschen in Bayern, meine Damen und Herren, und das wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten positiv auswirken.

(Beifall bei der CSU)

Neben der Schaffung zusätzlicher Stellen für die Polizei, die ich schon erwähnt habe, werden wir auch die Sachmittel erhöhen. Mehr als 800 Millionen Euro sind dafür im Doppelhaushalt vorgesehen. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir werden alles tun, um die Sicherheit des Landes zu garantieren, und wir werden alles tun, um unsere Polizeibeamten dabei vonseiten der Politik zu unterstützen; denn wir wissen, dass ihre Arbeit aufgrund der Zunahme der Gewalt, der Verrohung und der sonstigen Probleme schwerer wird, meine Damen und Herren. Deswegen möchte ich heute ganz

besonders allen unseren Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren besonderen Einsatz für unsere Sicherheit danken. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Die bäuerliche Landwirtschaft kann sich in Bayern wie in keinem anderen Land Deutschlands auf Unterstützung verlassen. Die Ausgaben für das Kulturlandschaftsprogramm erhöhen wir im Doppelhaushalt auf rund 523 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist ein deutliches Plus um mehr als ein Drittel. Unsere Politik ist, dass wir dies zusammen mit den Bauern umsetzen. Wir wollen ihnen keine Vorschriften machen und sie nicht gängeln. Wir machen das zusammen mit den Bauern und geben ihnen finanzielle Anreize, damit sie Leistungen für den Naturschutz erbringen können. Das ist der richtige Weg, und nicht die Gängelung durch Vorschriften, wie das in anderen Ländern geschieht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Da wäre ich mir nicht so sicher!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Bayern können sich auf die CSU verlassen. Wir nehmen die Herausforderungen der Zukunft in ihrer ganzen Bandbreite an. Die Vielfalt der Lebensbereiche bilden wir mit insgesamt 258 Förderprogrammen ab. Keine Sorge, ich werde sie jetzt nicht alle aufzählen. Ich möchte aber ein paar Programme erwähnen.

Herr Rinderspacher, Sie sprechen immer vom Wohnungsbau. Das ist natürlich richtig. Ich sage Ihnen aber: Ich halte es für keine durchdachte und vernünftige Politik, dass Sie dieses Thema im letzten Jahr, als längst absehbar war, was für eine massenhafte Migration wir in unserem Land bekommen werden, überhaupt nicht aufgegriffen haben. Sie waren sogar gegen alle Maßnahmen der Begrenzung. Heute stellen Sie sich hin und sagen: Bayern muss 100.000 Wohnungen bauen. So geht es nicht!

(Beifall bei der CSU)

Ohne uns wäre die Situation noch wesentlich schwieriger geworden, weil wir dann höhere Zugangszahlen gehabt hätten. Sie sagen, in bayerischen Städten sei der Wohnraum knapp. Das stimmt. Ich sage Ihnen auch, warum: In Bayern hat sich die Bevölkerungszahl innerhalb kürzester Zeit von 11 auf 13 Millionen Menschen erhöht. Da brauchen wir natürlich zusätzlichen Wohnraum. Die Länder, in denen Sie regieren, haben dieses Problem nicht. Dort wird mit den Füßen abgestimmt. Dort gehen die Leute weg und kommen nach Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun alles, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir haben dafür knapp 620 Millionen Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt. Wir fördern aber auch die Kultur, die Heimatpflege, die Volksmusik, die Mittagsbetreuung an den Schulen oder Stipendien für Medizinstudenten, die nach ihrer Ausbildung mindestens fünf Jahre im ländlichen Raum bleiben. Außerdem fördern wir die Elektromobilität. Mit all diesen Förderprogrammen erhalten wir unser Land lebenswert und geben die Impulse, die den Fortschritt in Bayern möglich machen. Liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen, Sie hätten jetzt die Blicke in den Reihen der SPD und der GRÜNEN sehen sollen, dieses Entsetzen, weil ich das Wort "Fortschritt" in den Mund genommen habe. Für die SPD heißt Fortschritt in der Regel Gleichmacherei. Für die GRÜNEN und die SPD ist nur das Fortschritt, was den Steuerzahler noch stärker belastet.

(Beifall bei CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kreuzer, das sind hochprozentige Argumente! – Natascha Kohnen (SPD): Das nenne ich echt Niveau!)

– Sie haben doch schon wieder ein Steuererhöhungsprogramm in petto, wie vor der letzten Wahl auch. Neue Steuern, höhere Steuern, mehr Steuern. Die CSU in Bayern zeigt dagegen, was soziale und nachhaltige Politik ist und wie wir das Land für die Zukunft fit machen können. Wir können sozial sein, ohne alle über denselben Kamm scheren zu müssen. Wir haben das mit dem Betreuungsgeld bewiesen. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied. Sozialistische Familienpolitik heißt:

(Widerspruch bei der SPD)

Wir schreiben den Eltern vor, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben. Das tut die CSU nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb enorm viele Krippenplätze geschaffen. Sie kritisieren immer, dass deren Zahl nicht ausreiche. Ich sage Ihnen: Jede Gemeinde – und die Gemeinden sind dafür zuständig – kann jederzeit und ohne Bedarfsprüfung eine Krippe bauen, die hoch bezuschusst wird, wenn ein Bedarf da ist. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechter Krippenbau. Wir bauen nur so viele Krippen, wie von den Eltern nachgefragt werden, weil wir nicht wollen, dass den Eltern ein Krippenbesuch ihrer Kinder vorgeschrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Die größten Probleme haben wir in der Landeshauptstadt München.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Hier fehlen die meisten Plätze für die Kinderbetreuung. Ich werfe das aber niemandem vor, weil ich weiß, dass derzeit nicht mehr Fachpersonal zu bekommen ist. Zeigen Sie mir aber einmal die Landkreise, in denen Eltern sagen: Wir wollen Krippenplätze; es stehen aber keine zur Verfügung. In meiner Heimatstadt Kempten mussten schon die ersten Kindergartengruppen schließen, weil keine Nachfrage besteht. Wir bauen nur so viele Krippen, wie nachgefragt werden. Das Gleiche gilt für die Ganztagschule. Die Garantie gilt: Jedes Kind, das einen Platz an einer Schule nachfragt und eine ganztägige Betreuung will, wird bis zum Jahr 2018 einen Platz bekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist schlicht die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen die Zahlen der gebundenen Ganztagschule und sagen, diese Zahlen gingen zurück. Damit verkennen Sie vollkommen, dass die

Eltern dieses Angebot zum Großteil nicht wollen, sondern sich für die Beschulung ein flexibles Angebot wünschen.

(Beifall bei der CSU)

Häufig tritt der Fall ein, dass dort, wo eine offene Ganztagsbetreuung aufmacht, die gebundene Ganztagsbetreuung nicht mehr nachgefragt wird. Aber auch hier gilt: Jedes Kind, das dies möchte, wird einen Ganztagsbetreuungsplatz in diesem Zeitraum erhalten. Wir sind hier auf einem guten Weg. Im Übrigen haben 100.000 Menschen das Betreuungsgeld beantragt und es auch bewilligt bekommen. Sie würden diesen Menschen diese Leistung am liebsten morgen wieder wegnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Der tatkräftige Einsatz unserer Bürgerinnen und Bürger, das zukunftsorientierte Handeln unserer Unternehmen und eine kluge Politik haben Bayern zu einem weltweit führenden Wirtschaftsstandort gemacht. Bayern hat sich von einem Agrarland zu einem Industrieland entwickelt. Edmund Stoiber hat den Freistaat zum Hightech-Standort gemacht. Heute gestalten wir mit Horst Seehofer den digitalen Aufbruch. Bis zum Jahr 2020 stellen wir 500 Millionen Euro für Innovationen, digitales Know-how und digitale Gründer im Rahmen der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL bereit. Vor wenigen Wochen ist das Förderprogramm Digitalbonus von Ilse Aigner gestartet, mit dem kleine und mittlere Betriebe externe Hilfe für Digitalisierungskräfte in Anspruch nehmen können. Allein dafür stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir haben Bayern durch Investitionen in Wissenschaft und Forschung stark gemacht und setzen dies auch in Zukunft fort. Das reicht von der Gründung der Fachhochschulen in den Siebziger- und Neunzigerjahren bis zum Zentrum Digitalisierung.Bayern. Wir haben eine hervorragende Regionalisierungsstrategie für unsere Hochschulen. Global Player wie IBM und Google entscheiden sich heute aus guten Gründen für Bayern als Standort für ihre Zukunftstechnologien. Die Unternehmen in Bayern sind

international wettbewerbsfähig und weltweit erfolgreich. Außenhandelsrekord folgt auf Außenhandelsrekord.

Die bayerischen Hidden Champions, die erfolgreichen Global Player und der starke Mittelstand fühlen sich in allen Landesteilen Bayerns zu Hause. Erst kürzlich wurde von einer Studie, die das Magazin "FOCUS" in Auftrag gegeben hat, bestätigt, was das Institut Prognos und viele andere schon festgestellt haben: In Bayern ist die Zukunft zu Hause. Bayerns Landkreise sind bei der Wirtschaftskraft und den Zukunftsperspektiven an der Spitze. Unter den deutschen Top 20 finden sich allein 17 bayerische Landkreise.

(Beifall bei der CSU)

Die restlichen Landkreise der Top 20 liegen in Baden-Württemberg. Sie profitieren noch von der guten Politik der vorletzten Periode.

(Beifall bei der CSU – Franz Schindler (SPD): Da muss er selber lachen!)

Hier zeigt sich vor allem: Erfolgreiche Firmen sitzen nicht nur in München. Erfolgsgeschichten werden in ganz Bayern geschrieben, in Franken genauso wie im Allgäu, am Alpenrand genauso wie in Niederbayern und der Oberpfalz. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, unsere starke Wirtschaft ist auch ein Schlüssel für die erfolgreiche Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Seit Oktober 2015 haben in Bayern bereits 40.000 Flüchtlinge einen Praktikanten-, Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag abgeschlossen, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal 2.000. Das sind gewaltige Unterschiede, wenn nur gesprochen wird, anstatt etwas zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei der bayerischen Wirtschaft, bei unseren Handwerkern, bei unseren mittelständischen Firmen, bei allen, die hier etwas bei-

tragen, ganz herzlich bedanken. Auch die bayerische Wirtschaft ist in dieser Beziehung spitze, meine Damen und Herren. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern haben Menschen mit Migrationshintergrund mit einer Erwerbsquote von 75 % bundesweit die mit Abstand besten Teilhabechancen. Im neuen Doppelhaushalt sind rund 4,6 Milliarden Euro für den Bereich "Zuwanderung und Integration" vorgesehen. Mit dem Bayerischen Integrationsgesetz haben wir in der vergangenen Woche die Grundlage dafür gelegt, die Migranten noch besser in unsere Gesellschaft zu integrieren.

(Florian von Brunn (SPD): Wer hat das denn aufgeschrieben?)

– Das braucht man nicht aufzuschreiben. Das habe ich immer schon gesagt, Herr von Brunn. Während Integration für Rot-Grün bedeutet, dass wir uns am besten an die Migranten anpassen sollen,

(Margit Wild (SPD): Das ist billige Polemik, so billig!)

sagen wir hier ganz klar: Wir werden uns nicht in der Mitte treffen, sondern wir werden Integration so gestalten, dass sich Migranten in die bestehende Gesellschaft eingliedern, meine Damen und Herren. Dies erwarten die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir können auf keinen Fall Zuwanderung ins Sozialsystem zulassen.

(Natascha Kohnen (SPD): Dagegen wehren Sie sich bis zur letzten Patrone!)

Dies wäre ungerecht gegenüber den anderen Menschen, vor allem gegenüber den Leistungsträgern, den ganzen Beschäftigten, allen Arbeitnehmern in diesem Land. Diese müssen zu Recht erwarten können, dass die Migranten ihren Lebensunterhalt

am Ende des Tages selbst verdienen. Deswegen werden wir alles dafür tun, dass dies möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überzeugung der CSU war immer schon, den Wandel nicht zu erleiden, sondern zu gestalten. Das ist uns in Bayern in den letzten 70 Jahren hervorragend gelungen. Wir wollen diesem Anspruch weiter gerecht werden. Mit dem Gespür für die Anliegen der Menschen, mit der Sensibilität für bayerische Traditionen und das bayerische Lebensgefühl und mit dem Weitblick für zukunftsweisende Entscheidungen wird die CSU-Fraktion im Schulterschluss mit der Staatsregierung Bayern auch in Zukunft erfolgreich gestalten. Dafür legt dieser Doppelhaushalt die Grundlagen. Die Menschen in Bayern wollen, dass Bayern weiterhin erfolgreich ist, dass Bayern ein soziales Land ist, dass Bayern ein liberales Land ist, dass Bayern ein wirtschaftsstarkes Land ist und dass Bayern ein sicheres Land ist.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen alles haben!)

Die Menschen wollen, dass Bayern Bayern bleibt, meine Damen und Herren. Wir von der CSU werden alles dafür tun, den Menschen diesen Wunsch auch in Zukunft zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute die finanzpolitischen Eckdaten für die Gestaltung Bayerns in den nächsten zwei Jahren. Dabei sind wir FREIE WÄHLER der Überzeugung: Wir müssen als Freistaat Bayern mehr in die Zukunft unserer Kinder investieren. – Herr Seehofer, Sie haben Bayern als blühendes Land beschrieben. Ich will Bayern nicht schlechtreden; denn auch die Frau Bundeskanzlerin hat vor wenigen Tagen gesagt: Es ging den Menschen in Deutschland noch

nie so gut wie derzeit. Das mag für viele gelten, soll aber nicht heißen, dass wir die Hände in den Schoß legen und sagen: Es passt schon so, wir machen weiter so. Nein, wir müssen ganz gezielt das in unserer Macht Stehende tun, um die Verhältnisse zu verbessern. Da sind wir der Überzeugung, dass Bayern durchaus noch Luft nach oben hat und dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch etwas bewegen können.

Beginnen wir doch ganz vorne, wenn wir von der Zukunft unserer Kinder sprechen. Beginnen wir dort, wo das Leben beginnt. Beginnen wir im Bereich der Geburtshilfe, im Bereich der Hebammen. Herr Ministerpräsident, in Schrobenhausen wurde vor Kurzem die Geburtshilfe geschlossen, weil nicht genügend Hebammen zur Verfügung standen. Vielleicht negieren einige das Problem und sagen: Das interessiert uns nicht, wir haben größere Ziele, wir bauen dritte Startbahnen. Aber wir FREIE WÄHLER sagen ganz klar: Wer kein Geld hat, um die Zukunft der Hebammen zu gestalten, braucht auch keine dritte Startbahn zu bauen. Die Entwicklungen widersprechen sich irgendwo, wenn wir uns nur auf die großen Themen dieser Welt konzentrieren und das Leben vor der eigenen Haustür laufen lassen.

Deshalb ist ein Ansatz der FREIEN WÄHLER, zur Stärkung des Hebammenwesens Mittel einzustellen, um die freiberuflichen Hebammen zu unterstützen. Ich habe darüber vor einigen Tagen mit unserer eigenen Hebamme gesprochen, auch darüber, die vielleicht umstrittene Thematik der Akademisierung des Hebammenberufs noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen. Sie sagt: Wenn wir diesen Beruf aufwerten und mit besserer Bezahlung hinterlegen wollen, dann sollten Hebammen einen akademischen Grad erwerben können. Ich meine, es gibt Berufe und Lebensbereiche in dieser Republik, wo man für weniger wichtige Dinge akademische Grade verleiht. Ich bin überzeugt, dass wir hier für mehr Qualität sorgen und diesen Bereich stärken müssen.

Es ist ein Trauerspiel, dass sich mittlerweile rund 15 Bürgermeister zusammenschließen haben müssen. In Bad Tölz ist das so. Ich habe gestern mit einem Vilsbiburger Kollegen, nämlich Helmut Haider, gesprochen. Dort hat man Angst um die Geburtshilfeabteilungen, weil sie unter den ominösen 600 bis 800 Geburten pro Jahr liegen, die

als Mindestzahl für die Rentabilität angesehen werden. Meine Damen und Herren, wenn es um Gesundheit, Wohlbefinden und Geburten geht, darf nicht die Rentabilität ganz vorne stehen, sondern da muss der Mensch ganz vorne stehen. Da muss man sich kurze Wege zur Entbindungsstation leisten und darf nicht sagen: Zur Not kommt das Kind im Auto auf die Welt. Wir haben schließen müssen, weil es sich nicht rentiert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wer dort nicht investiert, wird sich bei vielem Weiteren vorhalten lassen müssen, die Gewichte nicht richtig zu setzen.

Wir bleiben als FREIE WÄHLER beim Thema Bildung und sind der Überzeugung, dass im gesamten Bereich der frühkindlichen Betreuung mehr Qualität nötig ist und mehr Qualität eingefordert werden muss. Das ist natürlich ein Entwicklungsprozess. Das geht nicht auf Knopfdruck. Wir werden hier noch sehr viel tun müssen, um Alleinerziehenden die Gewissheit zu geben: Wenn ich mal nicht da bin, dann ist eine optimale Kinderbetreuung organisiert. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist das Beste gerade gut genug.

Wir gehen weiter und fordern, hier weitere finanzielle Entlastungen ins Auge zu fassen. Das letzte Kindergartenjahr ist jetzt Gott sei Dank kostenfrei gestaltet. Denken wir darüber nach, Kostenfreiheit für die weiteren Kindergartenjahre Zug um Zug einzuführen. Denken wir hier an Entlastungen. Das sind an die 120 Millionen Euro pro Kindergartenjahr und -jahrgang. Ich glaube, damit würden wir uns nicht am Haushalt vergreifen und ganz klare Zeichen zur gezielten Entlastung der Familien setzen.

Es geht weiter im Bildungsbereich, wo wir immer schon die Bildung kleinerer Klassen und die Beschäftigung von mehr Lehrern fordern. Auch hierzu liegt eine Resolution der Bürgermeister aus dem Landkreis Landshut vor, wonach wir bei 25 Kindern den Deckel drauflegen sollten, gerade auch vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund irgendwann während des Jahres kommen und die Lehrer

dann überfordert sind. Stichwort: kleinere Klassen; Stichwort: pädagogische Zweikraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer uns wichtiger Punkt ist die Stärkung der Realschulen. Auch dort haben wir nach wie vor übervolle Klassen und zu wenig Lehrer. In unserem Haushaltsentwurf ist irgendwo vorgesehen, dafür ein bisschen über 10 Millionen Euro auf den Tisch zu legen, meine Damen und Herren. Dann wäre auch dort etwas zu bewegen. Die Realschulverbände sind nicht die ganz großen Revoluzzer, aber sie sind trotzdem der Meinung, dass Gutes noch besser gemacht werden muss.

Genauso sehen wir es im Bereich des Berufsschulwesens. Die Berufsschulen stehen ein wenig im Windschatten der Aufmerksamkeit. Dort sind auch brave Leute, die ihre Arbeit machen und sagen: Wir wollen nicht zu viel schimpfen. Aber wir hören auch hier vermehrt vor allem von den Schulleitungen, dass sie in einer Berufsschule heute sehr viel zu bewältigen haben und als Schulleitung Führungsaufgaben zu erledigen haben, die nicht entsprechend honoriert werden.

All das sind kleine Dinge. Aber wir drehen an kleinen Rädern. Ich glaube, dass diese Debatten fruchtbarer sind, als wenn wir uns hier die Köpfe einschlagen, ob Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen größere politische Fehler macht. Dort haben wir nicht mitzuregieren. Wir haben heute darüber zu diskutieren, wie wir Bayern besser machen. Wir liefern dazu unsere Vorschläge,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

wenngleich das für den einen oder anderen vielleicht Kleingemüse ist.

Meine Damen und Herren, wir machen mit dem Gymnasium weiter. Heute habe ich Aussagen zur Zukunft des neunjährigen Gymnasiums vermisst. Herr Spaenle hat sehr aufmerksam die Ohren gespitzt, als Sie von der Bildung gesprochen haben. Ich habe gesagt: Gleich kommt das Gymnasium. Leider haben Sie das Gymnasium nicht ange-

sprochen. Herr Seehofer, machen Sie zeitnah für alle Schüler, die das wollen, den Weg frei für ein G 9. Lassen Sie sich nicht mit Leuten aus dem Kultusministerium auf Spielchen ein. Möglicherweise sitzen da noch Stoiberianer, die ihr Lebenswerk in Gefahr sehen, wenn das G 8 abgeschafft wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen im Sinne unserer Kinder entscheiden. Am Ende werden sich 70 bis 80 % der Schülerinnen und Schüler für das G 9 entscheiden. Ein paar Schülerinnen und Schüler bekommen ein G-8-Modell angeboten. Das wird sich geben. Machen Sie den Weg frei. Lassen Sie sich nicht verschaukeln. Im Kultusministerium wird auf Zeit gespielt. Es werden ständig neue Hürden aufgestellt, um nicht zugeben zu müssen, dass das G 8 ein politischer Fehler war.

Meine Damen und Herren, nach dem Gymnasium ist für uns die Welt noch nicht zu Ende. Wir sagen gar nicht, dass jeder auf das Gymnasium gehen muss. Wenn wir diesen Weg jedoch weitergehen, kommt die Hochschule. Dort ist im wissenschaftlichen Mittelbau sehr viel zu leisten. Der wissenschaftliche Mittelbau muss dringend gestärkt werden. Würde man gezielt einige zehn Millionen Euro in die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in die allgemeinen Hochschulen investieren, wäre dort das größte Feuer gelöscht. Auch bei den Professuren sollte etwas nachgebessert werden. Wenn wir dies machen, wäre die Welt weitgehend in Ordnung. Vielleicht können wir in einigen Jahren von blühenden Landschaften sprechen. Durch die Abschaffung der Studiengebühren sind jedoch Löcher entstanden, weil der Freistaat Bayern seiner Zusage, das Weggefallene voll zu ersetzen, nicht ganz nachkommt. Tun Sie das, auch im Sinne des Bildungsstandorts Bayern. Werten Sie die Hochschulen ein bisschen auf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dort ist noch Luft nach oben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso wie wir uns für die Renaissance des neunjährigen Gymnasiums eingesetzt haben, werden wir FREIEN WÄHLER auch nicht müde, immer wieder auf den guten

alten Diplom-Ingenieur hinzuweisen. In nicht wenigen Hochschulen ist dieser noch erwünscht und sollte vielleicht als Ergänzung zum Bachelor und Master wiederbelebt werden. Damit wäre an den Hochschulen eine Qualitätssicherung möglich, die aus einer falsch verstandenen Globalisierungseuphorie wegradiert worden ist. Wir wollen Bewährtes erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Leib- und Magenthema sind die Kommunen. Dort sehen wir ebenfalls Verbesserungsbedarf. Heute fordern wir zum wiederholten Mal, endlich den Kommunalanteil am Steuerverbund auf 15 % zu erhöhen. Das muss zwar nicht auf einen Schlag passieren, aber setzen Sie dies Schritt für Schritt um. Es wäre gut gewesen, wenn dies schon längst geschehen wäre. Vieles an Lebensqualität draußen in den Kommunen, vom Geh- und Radweg über die Abwasserbeseitigung bis hin zur Sanierung der Kindergärten und Schulen, misst sich daran, ob eine Kommune die Mittel dafür hat oder nicht. Die Lebensqualität hängt davon ab, ob die Kommune sparen muss oder das Wesentliche umsetzen kann.

Wenn Sie diesen Schritt nicht gehen, haben wir Ihnen als Erinnerungsposten in den Haushaltsentwurf geschrieben: Sonderförderprogramme für die Wasserver- und Abwasserentsorgung. Insbesondere dünn besiedelte Kommunen haben die größten Probleme, die alten Kanäle zu sanieren und die Wasserleitungen intakt zu halten. Das ist für den Anschlussnehmer kaum bezahlbar. Legen Sie etwas drauf! Die Kommunen brauchen dieses Geld.

Herr Ministerpräsident, vorher haben Sie von blühenden Landschaften gesprochen. Das passt nicht zusammen. Parallel zur Rede von den blühenden Landschaften definiert Herr Minister Söder das halbe Land als Land mit besonderem Handlungsbedarf. Warum sollte man Gebiete besonders behandeln, wenn ohnehin alles passt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sagen nicht, dass alles schlecht ist. Wir sagen aber auch nicht, dass alles blüht. Stattdessen wollen wir gezielt dort nachbessern und die Blumen gießen, wo sie zu verwelken beginnen. Das ist häufig im ländlichen Raum der Fall. Dazu zählen die Wasserver- und Abwasserentsorgung und das schnelle Internet. Lassen wir uns nicht einlullen. Das schnelle Internet muss ebenfalls gestärkt werden. Gerne können wir im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaft und Mittelstand darauf zu sprechen kommen. Die Gigabit-Offensive für den Mittelstand ist längst überfällig, aber unterfinanziert. Das gilt ebenso für Industrie 4.0. Das sind lauter schwülstige Überschriften, die zu wenig mit Mitteln hinterlegt werden. Herr Söder sagt, bis zum Jahr 2023 solle Bayern flächendeckend über Internet mit einer Geschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde verfügen. Das würde ich mir wünschen. Die Experten sagen jedoch, dass man bis dahin 500 Megabit pro Sekunde brauchen werde. Wir brauchen das Glasfaserkabel.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Gigabit!)

– Nein, es sind 500 Megabit pro Sekunde in jedem Haushalt. – Hätte man das Glasfaserkabel irgendwann ins Auge gefasst, wären wir am Ende vielleicht an diesem Ziel angekommen.

Damit will ich sagen: Lassen wir uns nicht einlullen. In meiner eigenen Kommune, in der Stadt Rottenburg an der Laaber, sehe ich Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Telekommunikationsanbietern, die sich gegenseitig im Wege stehen. Dort hat es über mehrere Jahre hinweg ein riesiges Ausschreibungsprozedere gegeben. Jetzt stehen sich diese Anbieter gegenseitig im Weg. Man hat fast den Eindruck, sie gönnen sich gegenseitig den Erfolg nicht. An dieser Stelle muss man nachbessern. Herr Söder – das habe ich Ihnen gesagt –, wir hätten gerne bis zum Jahr 2023 ein flächendeckendes Internetangebot mit einer Geschwindigkeit von 500 Megabit pro Sekunde und nicht 50 Megabit pro Sekunde. Vielleicht denken Sie darüber nach, wie Sie das hinkriegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Söder grübelt. Wir brauchen diese Ziele, weil man mit der Gigabit-Offensive für den Mittelstand dokumentiert und beweist, dass man dort Chancen für die Wirtschaft sieht. Dann kann man jedoch nicht sagen, dass man mit 50 Megabit pro Sekunde zufrieden ist. Das widerspricht sich schon im Ansatz. Jeder in diesem Land soll diese Chancen haben. Wenn wir die Firmen draußen auf dem Land halten wollen, sind 50 Megabit pro Sekunde zwar nice to have, aber irgendwie schon fast wieder Schnee von gestern. Wir müssen noch eine Schippe drauflegen. Länder in Ostasien und im Baltikum haben uns längst überholt. Wenn Bayern wieder an die Spitze kommen will, muss Bayern drauflegen. Ich weiß, dass Sie eine schwere Erbschaft im Nacken haben. Der ehemalige Wirtschaftsminister hat durch seine Nicht-Politik gegläntzt. Das muss aufgearbeitet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie den Kommunen die lange Leine. Lassen Sie die Kommunen sich entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass die Kommunen dies honorieren werden. In den Kommunen kann viel entschieden werden, was uns entlastet. Gehen wir weg vom goldenen Zügel und geben den Kommunen mehr finanzielle Grundausstattung. Auf diese Weise wird mit demselben Geld mehr erreicht.

Zum Thema Wirtschaft und Mittelstand möchte ich noch einmal betonen: Wir FREIEN WÄHLER sind der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Mittelstandspolitik die beste Wirtschaftspolitik für den Freistaat Bayern ist. Wir stellen fest, dass viele Fehler gemacht worden sind. Herr Seehofer, ich war verwundert, dass Sie in den letzten Tagen Frau Nahles gelobt haben. Sie haben ihr sogar die CSU-Mitgliedschaft angeboten. Frau Nahles hat jedoch viele Wirtshäuser und Mittelstandsbetriebe auf dem Gewissen. Sie hat eine überzogene Mindestlohnbürokratie betrieben. Ehrlich gesagt hoffe ich nicht, dass die CSU so weit gesunken ist, Frau Nahles als ihre wirtschaftspolitische Leuchte auszuzeichnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie hat sehr viel an Bürokratie verbrochen, was jetzt rückgängig gemacht werden muss. Ich habe erst bei der Sternstunden-Gala mit Vertretern des deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes gesprochen, die sagen: In der Branche muss deutlich ent-rümpelt und entbürokratisiert werden. Wir haben Probleme mit der Arbeitszeitverord-nung. Sie muss praxistauglicher gestaltet werden. Werden Sie dort tätig. Bereits im Jahre 2008 haben 30.000 Gastwirte in Bayern im Zusammenhang mit dem Nichtraucher-schutz eine Wahl entschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denken Sie daran, diesen Wirten den Rücken freizuschaufeln. Die Wirte sollten sich um ihre Gäste und nicht um den Papierkram von Frau Nahles kümmern.

Damit ist angedeutet, dass der Mittelstand sehr wichtig ist. Mich wundert, dass meine Vorredner mit keiner Silbe die Freihandelsabkommen TTIP und CETA erwähnt haben. Man könnte jetzt sagen, dass sich TTIP sowieso erledigt hat. Wenn Herr Trump zu Be-such kommt, könnten Sie sich dieses Thema eventuell wirklich als Erfolg einsacken. TTIP wäre dann erledigt. Das Freihandelsabkommen CETA steht noch im Raum. Sie sind zwar Anhänger von CETA, aber Sie haben es nicht erwähnt. Wenn Sie in CETA die große wirtschaftspolitische Zukunft sehen, dann wundert mich, wieso dieses Thema nicht direkt in der Überschrift oder im Wirtschaftsblog angesprochen worden ist. Das Thema wurde einfach totgeschwiegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann auch sein, weil das eine Haushaltsdebatte ist!)

Ich hoffe, dass CETA nicht kommt. Es würde viele ins Mark treffen. Mit dieser Sorge bin ich nicht alleine. Die Landwirte haben auch große Sorge, wie es weitergehen wird. Natürlich heißt es, dass nichts über unsere Grenzen kommen wird, was nicht er-wünscht ist. Wahrscheinlich wird die Realität aber anders aussehen. Vor wenigen

Tagen ist in Kanada und in den USA ein patentierter Lachs auf den Markt gekommen. Dieser wächst zwei- bis viermal schneller als ein herkömmlicher Lachs, weil er mit einem Wachstumsgen versehen worden ist. Dieses wurde ihm implantiert. Solche Dinge wollen diese Leute auf unseren Märkten platzieren. Wenn auf einem Silvesterempfang Lachsbrötchen angeboten werden, wird keiner dokumentieren können, ob es dieser oder jener Lachs ist. Diese Dinge machen mir Sorgen. Diese Dinge bereiten mir Sorge um unsere Bauernhöfe. Ich appelliere an Sie, in diesem Bereich weiterhin genau hinzuschauen.

Beim Thema Milchkrise sollten Sie auch nicht glauben, dass die Sache vorbei sei und es wieder aufwärtsgehe. In Bayern gibt es derzeit noch 32.000 Milchbauern. Bei der letzten Krise sind ein paar Tausend Milchbauern auf der Strecke geblieben. Dies können Sie Ihrem Agrarminister Schmidt ins Stammbuch schreiben. Er hat zu spät reagiert. Er hat bis kurz vor Schluss daran festgehalten, keine Entschädigung für Produktionsverzicht zahlen zu wollen. Ganz zum Schluss hat er dies aber zugelassen. Der aus Bayern kommende Agrarminister hat dann der Entschädigungsregelung in Berlin zugestimmt. In kürzester Zeit haben sich die Supermarktketten genötigt gesehen, bei den Verträgen mit den Molkereien ein paar Cent draufzulegen. Allein das politische Signal hat bereits gewirkt. Behalten Sie dieses Werkzeug in der Schublade. Greifen Sie schneller zu dieser Waffe, wenn die Milchpreise wieder in den Keller gehen. Sagen Sie nicht: Ja, das wissen wir nicht genau; halten wir uns mal die Augen zu; wurschteln wir uns mal so durch. – Nein, die Bauern brauchen nicht nur beim Milchhandel, sondern auch beim Fleischhandel klare Perspektiven.

Wir wollen unsere bäuerliche Landwirtschaft flächendeckend erhalten. Dafür wird zwar im Kulturlandschaftsprogramm vieles getan – das hat der Kollege Kreuzer bereits dargestellt –, trotzdem haben wir hier eine Aufrundung gewünscht. Ob diese kommen wird oder nicht, wissen wir nicht. Aber ich hoffe es. Es wäre Geld, das direkt bei den Bauern ankommt. Dieses könnten sie auch für die Landschaftspflegemaßnahmen ver-

wenden, die man sonst so selbstverständlich mitnimmt. Wenn die Bauern weg wären, würde man erst den Verlust sehen. Tun Sie hier noch ein bisschen mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres großes Themenfeld, bei dem Bayern etwas tun kann und dringend etwas tun muss, ist der Personalmangel in den Verwaltungsgerichten. Ich verweise hier auf die heutige Tickermeldung aus den Verwaltungsgerichten. Die Verwaltungsgerichte rufen wieder einmal um Hilfe. Sie fordern mehr Personal. Herr Seehofer, Sie können sich daran erinnern, dass ich Ihnen vor über einem Jahr gesagt habe, dass Sie sich dafür einsetzen sollen, mehr Verwaltungsrichterstellen zu schaffen. 26 Stellen wurden geschaffen, aber wir brauchen mindestens 50 Stellen. Wir haben 50 Stellen gefordert, und die Hälfte wurde genehmigt. Heute fordern die Verwaltungsrichter, dass Sie wieder Stellen drauflegen. Es wird nicht, wie geschätzt, in 15.000 Asylverfahren geklagt, sondern in 20.000. Im Jahr 2012 sind noch 3.000 Fälle vor Gericht gelandet. Mittlerweile weiß aber jeder, wie das geht, und klagt einfach vorsichtshalber. Es gibt momentan 20.000 Fälle von Asylbewerbern, die das Land verlassen sollten, aber erst einmal klagen. Diese Klagen landen vor den Gerichten. Der Freistaat könnte sein Geld hier bestens anlegen, wenn er mehr Stellen schaffen würde. Damit könnten die Verfahren beschleunigt werden. Dies sind wir nicht nur den Mitarbeitern in der Justiz, nicht nur den Flüchtlingen und nicht nur denjenigen schuldig, die sich auf Asyl berufen, sondern auch unserer Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit können wir zeigen, dass wir etwas für das Funktionieren unseres Staatsapparates tun. Wir tun alles, was in unserer Möglichkeit steht. Das ist mir tausend Mal lieber, als ideologisch über Obergrenzen oder Sonstiges zu sprechen. Wir müssen das tun, was wir tun können. Das tun wir an dieser Stelle nicht. Daher richte ich noch einmal meinen Appell an Sie: Bessern Sie im Bereich der Justiz, der Verwaltungsgerichte, der Staatsanwälte, der Richter und des Justizpersonals deutlich nach, damit wir diese Be-

hörden wieder flott bekommen! Die Leute dort haben auch noch etwas anderes zu tun, als lediglich Asylverfahren abzuurteilen. Wir müssen die Justiz klar als Standortfaktor Bayerns sehen. Bisher war unser großer Pluspunkt, dass in Bayern die Dinge schnell und wasserdicht ablaufen. Das soll auch so bleiben. Zukünftig sollen Grundstücksstreitigkeiten und Nachbarschaftsstreitigkeiten nicht hintangestellt werden, weil wir um das knappe Personal konkurrieren. Herr Ministerpräsident, legen Sie hier noch ein paar Köpfe drauf. Diese tun uns gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind auch der Überzeugung, dass wir uns in der Verkehrspolitik auf das Machbare konzentrieren müssen. In den letzten Jahren haben wir hierzu eine riesige Debatte erlebt. Herr Seehofer, Sie waren bereits im Jahre 2008 dabei. Damals ging es darum, einen Koalitionspartner zu finden. Sie haben damals mit der FDP und mit uns gesprochen. Ich habe Ihnen damals gesagt, dass das Thema dritte Startbahn in den nächsten Jahren keine Rolle spielen wird. Das Thema ist kein Thema von heute und morgen. Jetzt, acht Jahre später, kann man sagen, dass ich recht behalten habe. Das Thema dritte Startbahn wird weiter aufgeschoben. Sie haben gesagt, dass Sie Ende 2015 eine Entscheidung treffen werden. Dann haben Sie gesagt, dass Sie im Frühjahr 2016 und dann im Sommer 2016 eine Entscheidung treffen wollen. Jetzt wird das Thema auf 2017 vertagt. Wir schieben das Thema jetzt seit Jahren vor uns her. Okay, es gibt keine neuen Entwicklungen. Wenn sich die Stadt München nicht bewegt, ist alles, was wir hier reden, heiße Luft. Konzentrieren wir uns auf das Machbare.

In einem Nebensatz sei noch Folgendes erwähnt: Ich warne davor, bei der zweiten S-Bahn-Röhre über unkalkulierbare Risiken zu stolpern. Schauen Sie genau hin, ob Bayern am Ende diese Soße auch bezahlen kann. Ich will gar keine Vergleiche mit anderen Teilen der Republik machen, was uns im dümmsten Fall drohen kann. Machen Sie an dieser Stelle vernünftige Verkehrskonzepte, die auch bezahlbar sind. Machen Sie zunächst das, was naheliegend ist. Das wäre, im Regionalverkehr nachzubessern. Viele Gemeinden möchten einen zusätzlichen Bahnhof. Aber dieser wird den Gemein-

den nicht gestattet. Auch ist die Barrierefreiheit angekündigt gewesen. Diese wurde nicht umgesetzt. Hier hätten wir wieder mit ein paar zehn Millionen Euro sehr viel bewegen können. Dies hätte draußen geholfen und die Landschaft in Bayern blühender gemacht. Konzentrieren wir uns darauf. Ich höre regelmäßig von Bewohnern aus der Fläche, dass sie sich auf der einen oder anderen Strecke die Elektrifizierung und einen zusätzlichen Bahnhof wünschen. Bei diesen Dingen ist mit wenig Aufwand viel bewegt. Den Leuten kann so schnell geholfen werden. Das wollen wir tun.

Eine weitere Forderung von uns zielt darauf, den Zustand der Staatsstraßen kritisch im Auge zu behalten. In einer Statistik hat es geheißen, dass die bayerischen Staatsstraßen in der Republik im schlechtesten Zustand wären. Diese Behauptung möchte ich so stehen lassen. Selbst wenn wir bei den Straßen im Mittelfeld sind, müssen wir etwas ändern. Landauf, landab sieht man, dass viele Staatsstraßen in einem schlechteren Zustand als die Kreisstraßen sind. Wenn man im Navi eine Kreisstraße angezeigt bekommt, dann denkt man sich: Okay, das geht gut. Fährt man plötzlich über eine holprige Straße und schaut auf das Navi, dann sieht man, dass es eine Staatsstraße ist. Die Staatsstraßen müssten im Gegensatz zu den Kreisstraßen in einem wesentlich besseren Zustand sein. Ich habe schon immer gesagt: Der Zustand einer Straße sagt viel über den inneren Zustand eines Landes aus. Als die Römer nicht mehr in der Lage waren, ihre Straßen ordentlich zu reparieren, hat das Römische Reich nicht mehr lange bestanden. Wir sollten hier gut hinschauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In der DDR war es übrigens genauso. Wir sollten hier genau hinsehen. Diese Probleme können mit einem vernünftigen Einsatz von Geldmitteln gelöst werden. Das ist der pragmatische Ansatz der FREIEN WÄHLER.

Zum Schluss sei noch etwas Visionäres zum Thema Wirtschaftspolitik gesagt. Wir sehen beim Tourismus durchaus noch Potenzial. Wir fordern also auch mehr Tourismusförderung. Sie haben vorhin die Sätze erwähnt, die viele Leute sagen, nämlich:

Wo Sie sind, da wollen wir hin. Viele Leute wollen bei uns Urlaub machen. Diese sollen bei uns eine schöne Gastronomie, eine schöne Hotellerie und einen schönen Fremdenverkehr vorfinden. Wir müssen ein Stück weit konkurrenzfähig gegenüber Österreich und Tschechien werden. Vielleicht werden wir das nie ganz hinbekommen. Diesen Ländern ist es mit der Muttermilch eingeflößt, wie man Gäste begeistert. Das müssen wir vielleicht auf dem einen oder anderen Gebiet noch ein bisschen lernen. Bayern ist hier gut unterwegs. Bayern kann aber auch noch nachlegen.

Auch das Thema Energiepolitik will ich in meinen drei Minuten noch kurz streifen. Auch bei der Energiepolitik haben wir uns in den großen Themen verheddert. Das dominierende Thema der letzten Jahre waren die großen Stromtrassen. Keiner weiß, ob diese wirklich kommen und ob wir diese wirklich brauchen. Im Kleinen haben wir die erneuerbaren Energien abgewürgt. Wir haben vieles verhindert, was möglich wäre. Wir FREIE WÄHLER haben diverse Ansätze zum Haushaltsentwurf vorgeschlagen, zum Beispiel die Verbesserung der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude. Dafür ist zwar einiges unternommen worden, aber bei Weitem noch nicht genug. Das Motto lautet: Energie, die ich einspare, brauche ich nicht zu erzeugen. Wir haben immer noch Polizeiinspektionen, die den Charme der Nachkriegszeit versprühen. Wenn der Wind geht, muss eine Decke vors Fenster gehängt werden, damit die Kerzen nicht ausgehen. Wir müssen die energetische Sanierung ganz nach vorne setzen. Wir müssen auch bei den erneuerbaren Energien Perspektiven eröffnen. Ich nenne als Stichworte nur Kraft-Wärme-Kopplung und dergleichen mehr. Das alles sind pragmatische Ansätze, die wir Ihnen vorschlagen.

Bayern war einmal Vorreiter bei den erneuerbaren Energien. Über die 10-H-Regelung mag man trefflich streiten. Das Urteil ist jetzt gesprochen, und Sie, die Regierung, haben sich so positioniert. Ich halte es trotzdem für schade, dass sich nichts mehr bewegt. Noch mehr schade finde ich, dass wir für die Speichertechnologie zu wenig tun. In Riedl bei Passau wäre sogar die Gemeinde für ein Pumpspeicherkraftwerk. Vom Betreiber hören wir, er würde gerne investieren, aber er wisse nicht genau, ob es sich

rentiert. Auch dafür, dass sinnvolle Maßnahmen realisiert werden können, müssen wir Lösungen finden. Wir dürfen nicht auf die große Stromtrasse hoffen, die zig Milliarden kostet, und den Strom von Temelin oder sonst woher holen, während wir die Möglichkeiten, die wir haben, nicht ausschöpfen. Setzen Sie sich im Rahmen Ihrer bundespolitischen Möglichkeiten dafür ein, dass auch solche Projekte für Bayern und für die Menschen, die in den erneuerbaren Energien eine Chance sehen, vorwärtskommen. Das wäre mein Wunsch.

Meine Damen und Herren, ich habe heute versucht, ein breites Themenfeld abzudecken. Wir sollten uns auf das Machbare konzentrieren, damit das schöne Bayern noch besser wird.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat einmal gesagt: "Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte." Sie haben davon gesprochen, dass der Doppelhaushalt Ihr Kompass ist. Wenn man einen Kompass hat, sollte man aber auch wissen, was man verändern und was man bewahren möchte. Das haben Sie nicht gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben dazu eine ganz klare Meinung: Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Würde der Menschen stehen bei uns ganz oben auf der Liste. Sie stehen ganz oben bei den Errungenschaften, die wir bewahren, schützen und erhalten wollen. Für die gleichen Chancen und für eine bessere soziale Teilhabe müssen wir natürlich auch in Bayern einiges verändern. Sie, die CSU-Regierung, stehen für uns im wahrs-

ten Sinne des Wortes auf der anderen Seite. Ihre Politik zerstört das, was wir bewahren möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ein Land Steuereinnahmen in Rekordhöhe hat, dann hat es die Aufgabe, in den Bereichen, in denen wir dringend Erneuerungen brauchen, diese notwendigen Erneuerungen und Veränderungen voranzubringen. Genau dort blockieren Sie.

(Zuruf von der CSU: Wo zum Beispiel?)

– Kein Problem, ich komme noch dazu. – Ein weiteres Thema sind unsere Kulturschönheiten, die gewachsene Kulturlandschaft. Sie braucht Schutz vor der Politik dieser CSU-Regierung. Diese Regierung ist wirklich im Begriff, das Land für den schnellen Euro zu verscherbeln.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf der anderen Seite fehlt das Tempo. Wir haben nichts gegen Tempo, wenn es um Veränderungen geht. Der politische Wille, die Zuversicht und der Mut, etwas anzupacken, fehlen. Herr Ministerpräsident, vor zwei Stunden haben Sie gesagt, wir müssen weiter anpacken. Wo ist denn das weitere Anpacken bei der Energiewende?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wir sind Spitzenreiter!)

– Sie sind Spitzenreiter? Leider ist gerade die zuständige Ministerin nicht da.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Aber der Staatssekretär ist da!)

Ich muss ganz ehrlich sagen, menschlich schätze ich Ihre zuständige Ministerin. Sie ist wirklich eine nette und sympathische Person. Ich spreche Sie, Herr Ministerpräsident, aber direkt an, weil Sie die Energiewende einmal zur Chefsache gemacht haben. Wo sind wir Spitzenreiter? – Sie haben gute Mitarbeiter. Die PR-Abteilung hat aber wirklich richtig Mist gebaut. Sie haben gesagt, Sie seien Spitzenreiter, aber nur 40 % der Bruttostromerzeugung in Bayern stammen aus erneuerbaren Energien. Das soll

ein Spitzenplatz sein? – Dumm ist nur, dass bereits im Jahr 2014 Hessen 41 % hatte. Bayern liegt auf Platz 7. Wir sind nicht auf Platz 1. Wir waren im Jahr 2001 auf Platz 1. Seitdem sind wir zurückgefallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Energiewende befinden wir uns im wahrsten Sinne des Wortes seit drei Jahren in einer Seehofer-Flaute und hängen dort fest.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht weiter: Beim Ausbau des schnellen Internets geht nichts voran. Minister Markus Söder verbrennt viel Geld für veraltete Technologien. Die anderen Länder surfen uns davon.

Schauen wir auf die Bildungspolitik. Bildungschancen hängen in Bayern wie in keinem anderen Land vom Wohnort und vom Geldbeutel der Eltern ab. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Mottenkiste!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ... der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut. ... Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ... die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder ... zu erhalten.

Das klingt doch fast wie aus dem Wahlprogramm der GRÜNEN, ist es aber nicht. Es ist Artikel 141 der Verfassung. Der gehört auch dazu. Ich gehöre seit 2008 dem Bayerischen Landtag an. Ich habe einige Kollegen, die deutlich länger dabei sind. Wenn ich über 20 Jahre darauf zurückblicke, was Sie für den Naturschutz getan haben, und

wenn ich sehe, was Sie vorhaben, dann komme ich zu dem Ergebnis: Sie betreiben fortgesetzten Verfassungsbruch und nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir als konkretes Beispiel das Riedberger Horn an. Sie wollen eine Skilifttrasse durch ein Schutzgebiet der Alpenschutzzzone C legen. Das ist ein ganz klarer Fall von Umweltvandalismus, den Sie dort betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder schauen wir weiter. Das Anbindegebot – der zuständige Minister ist gerade leider nicht anwesend – war eigentlich das einzige Instrument, mit dem dem Flächenfraß irgendwie Einhalt geboten werden konnte. Sie und ganz vorne an der Spitze Ihr Heimatzerstörungsminister Markus Söder möchten das abschaffen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sie reden jetzt aber nicht von den Kälbern?)

Die Landesplanung ist eine wirklich entscheidende Aufgabe, die der Staat ernst nehmen sollte. Deswegen heißt sie auch Landesplanung. Bei der Landesplanung stellen Sie einen Freibrief fürs Betonieren und Plattmachen unserer bayerischen Heimat aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich es deutlich in Erinnerung rufen. Erinnern Sie sich einfach einmal an Ihre Kindheit zurück. Blättern Sie im Fotoalbum einmal durch, wo Sie aufgewachsen sind, wo Sie in die Schule gegangen sind, wo Sie Ihre Jugend verbracht haben. Sie werden ganz schnell feststellen, dass da, wo sich früher ein Bach durch eine Wiese schlängelte, heute ein Baumarkt steht. Wo Sie früher mit Ihren Kumpels auf dem Rasen gekickt haben, steht heute der Textildiscounter KiK. Wo sie früher den Sonntagsspaziergang gemacht haben, befindet sich heute wahrscheinlich eine Umgehungsstraße. Das ist die Wahrheit. Wenn man sich hinstellt und immer so tut, als

würde man die Naturschönheiten Bayerns bewahren wollen, dann tut es verdammt weh, wenn die Realität eine ganz andere ist, und zwar durch Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Sie sind im Begriff, unser Land in ein Gewerbegebiet mit Autobahnanschluss zu verwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Wir GRÜNE sagen ganz deutlich: Wir brauchen eine Änderung in der Landesplanung. Zuerst aber brauchen wir endlich eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Außerdem brauchen wir eine Obergrenze, eine Obergrenze für den Flächenfraß in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie einmal kurz zuhören würden, ich glaube, das wäre der Würde des Hauses angemessen. Sie reden oft von Obergrenzen. Bei einer Obergrenze für den Flächenfraß haben Sie auch die Bundesregierung auf Ihrer Seite. Eigentlich gehören Sie doch auch der Bundesregierung an. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, zulässig sind deutschlandweit 30 Hektar pro Tag. Das heißt für Bayern 5 Hektar am Tag. Das ist die Obergrenze des Flächenfraßes, die wir uns vorstellen. Ich verspreche Ihnen, das werden wir eines Tages einführen, mit Ihnen oder gegen Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Leider ist der zuständige Minister Markus Söder noch immer nicht im Haus. In den letzten Wochen und Monaten haben viele die Berichte gelesen, in denen es immer wieder hieß, Markus Söder nimmt am liebsten Fototermine wahr. Wahrscheinlich ist er gerade bei einem. Das hat man beim Thema "Vermessung der Mittelpunkte in Bayern" gemerkt.

(Unruhe bei der CSU)

So viel zu den Mittelpunkt in Bayern, die Söder vermessen hat. Das Programm ist bald abgeschlossen. Eines kann ich Ihnen aber sagen, und vielleicht können Sie den Tipp auch an Herrn Söder weitergeben: Die PR-Abteilung sollte einfach ein Konzept erstellen, in dem Sie die Tiefpunkte Ihrer Politik vermessen. Da gehen Ihnen die Foto-termine nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut, schön gesagt!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem ehemaligen Betätigungsfeld des Ministerpräsidenten Seehofer: die Energiewende. Erinnern Sie sich noch, Herr Ministerpräsident? – Es ist noch gar nicht lange her.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja, selbstverständlich! – Heiterkeit bei der CSU)

In sechs Jahren schreiben wir das Jahr 2022. Dann wird das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen. Mit dem Abschalten des letzten Atomkraftwerkes endet ein jahrzehntelanger Kampf gegen die Atomköpfe der CSU. Erwin Huber, der gerade nicht im Hohen Hause ist, ist wahrscheinlich noch immer ein Atomkraftfan. Nun aber beenden wir endlich diese lebensgefährliche Stromerzeugung. Vor gut fünf Jahren haben wir das alle gemeinsam beschlossen. Wir hatten ein Zeitfenster von elf Jahren vereinbart. In diesen elf Jahren wäre einiges zu schaffen, hin zu einem dauerhaft sicheren System der erneuerbaren Energien mit Wind und Sonne als Rückgrat der Versorgung und Biomasse zur flexiblen Unterstützung. Damit könnten wir ein klares Signal setzen im Hinblick auf unsere Verantwortung für den Klimaschutz. Wir könnten zeigen, dass moderne Technologien unsere Zukunft besser machen. Wir könnten damit Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Was aber haben Sie, die CSU-Regierung, gemacht? – Sie haben kapituliert. Sie haben aufgegeben. Seit drei Jahren findet keine Energiewendepolitik in Bayern mehr statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute ist Ilse Aigner nicht da, Sie können es ihr aber vielleicht ausrichten. Sie hat im Kabinett erklärt, dass sie einen Zukunftsfonds haben möchte, mit dem die Energieumlage in Zukunft abbezahlt wird. Bei den Haushaltsreden von Herrn Kollegen Kreuzer haben wir gehört: Wir nehmen keine neuen Schulden auf, wir kommen mit dem Geld zurecht. – Was Sie dort machen, ist aber absolut verantwortungslos. Aktuell haben wir ein Energiesystem, das alle Kosten auf die nächste Generation abwälzt. Nun wollen Sie sogar noch die Kosten des Umbaus auf die nächste Generation schieben. Das ist verantwortungslos!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, der Ministerpräsident hat vorhin davon gesprochen, was angeblich alles erledigt wurde, nachdem es versprochen worden ist. Erinnern sie sich noch: Bayernplan? Das waren ein paar Seiten, die Sie Wahlprogramm genannt haben. Da steht drin: Wir wollen, dass in Bayern so viel Strom erzeugt wird, wie wir verbrauchen. Dieses Versprechen wurde komplett gebrochen. Ihre zuständige Ministerin hat nämlich bereits vor einem Jahr bekannt gegeben, dass in Zukunft jede zweite Kilowattstunde aus anderen Bundesländern kommen muss, um die Versorgung in Bayern aufrechtzuerhalten. Wir werden also abhängiger von anderen Ländern. Es kommt aber noch schlimmer: Es wird dreckiger.

(Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Dann kommt nämlich der schmutzige Kohlestrom. Auf Bundesebene steht die Große Koalition leider zusammen. Vorhin haben Sie sich doch noch gegenseitig gelobt, was Sie in diesen Bereichen alles gemeinsam machen. Sie haben leider auch gemeinsam dafür gesorgt, dass es in Deutschland keinen echten Kohleausstieg gibt. Damit kommt der dreckige Kohlestrom. Das ist Ihr Versagen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Nordrhein-Westfalen!)

Wir GRÜNE wollen die Energiewende voranbringen. Das heißt ganz konkret: Weg mit Ihrem Windkraftverhinderungsgesetz. Nur weil ein Gesetz nicht gegen die Verfassung verstößt, ist es noch lange nicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den flexiblen Einsatz der Biogasanlagen in Bayern fördern.

(Sandro Kirchner (CSU): Die wollt ihr doch verhindern!)

Wir wollen, dass die Biogasanlagen nur noch dann laufen, wenn Wind und Sonne kein Angebot liefern. Es ist doch Unsinn, wenn das Wind- und Sonnenangebot ausreicht, zeitgleich eine Biogasanlage laufen zu lassen. Das muss bis 2022 erreicht sein. Wir wollen die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung in den Markt bringen. Wir wollen dafür ein Förderprogramm in Bayern haben. Vor allem wollen wir eines, womit die Energiewende viel zu tun hat: Wir wollen, dass die Menschen mitmachen können, dass sie sich gut beraten fühlen. Deshalb wollen wir ein flächendeckendes Netz von Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Jahr her, seit Umweltministerin Ulrike Scharf ihre erste und einzige Regierungserklärung zum Thema Klimaschutz gehalten hat. Sie sprach davon, und zwar vollkommen richtig, dass in diesem Jahrhundert ein Temperaturanstieg um 4,5 Grad droht. Dieses Jahrhundert mag für einige von Ihnen vielleicht nach einer Ewigkeit klingen, das ist es aber nicht. Sie alle kennen das Kinderhaus des Bayerischen Landtags. An dieser Stelle ein Dank an die Präsidentin, die sich dafür eingesetzt hat. Auch ein Dank an die Mitarbeiterinnen dort, die wirklich eine tolle Betreuungsarbeit leisten. Es ist nämlich alles andere als eine Aufbewahrung, um dort seine kleinen Kinder abzugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für die Kinder, die dort heute gemeinsam spielen, gemeinsam lachen und vielleicht auch gemeinsam weinen, für diese Kin-

der ist dieses Jahrhundert nicht irgendwann, sondern das ist ihr Leben. Die Kinder, die heute im Kinderhaus spielen, das sind die Kinder Ihrer Kolleginnen und Kollegen, das sind die Kinder der geschätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hohen Haus. Das mögen auch Kinder der Landtagspresse sein. Diese Kinder werden diejenigen sein, die hier in Bayern mit den gravierenden Folgen der Erdüberhitzung zu kämpfen haben. Sie aber, die CSU-Regierung, tun trotz der Steuerrekordeinnahmen nichts für den Klimaschutz in Bayern. Dagegen nichts zu tun, ist eigentlich schon beschämend genug, Sie setzten aber sogar noch eines obendrauf: Mit Ihrem 10.000-Häuser-Programm fördern Sie den Austausch alter dreckiger Ölheizungen gegen neue dreckige Ölheizungen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Klimaschutz, das ist ein Klimaverbrechen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem anderen wichtigen Zukunftsthema. Vielleicht ist auch Ihnen schon aufgefallen, dass kaum ein bayerischer Bürgermeister vor sein Rathaus treten kann, ohne auf Markus Söder zu treffen, der mit einem DSL-Förderbescheid und einem Kamerateam hinter seinem Rücken auftaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist Bürgernähe! – Karl Freller (CSU): Und die grünen Bürgermeister freuen sich! – Heiterkeit bei der CSU)

So ist das gerade in Bayern. Dort werden viele Millionen Euro ausgegeben. Markus Söder profitiert davon, die Ortschaften, die Städte aber leider nicht. Hier werden mit viel Geld alte Kupferleitungen aufgemotzt. Diese Technologie wird aber in ein paar Jahren schon veraltet sein. 300 bis 500 Megabit pro Sekunde wird bald die Richtgeschwindigkeit im Internet sein. Mit den alten Klingeldrähten der Telekom ist das nicht zu schaffen. Da ist wahrscheinlich bei 100 Megabit pro Sekunde Schluss. So droht uns vor allem auf dem Land ein Söder-Tempolimit im Netz. Tempo 100 auf den Straßen wäre ganz okay, im Netz aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Söders Tempolimit im Netz behindert nicht nur unsere Wirtschaft; es behindert auch in hohem Maße die Entwicklung im ländlichen Raum und ist damit komplett ungerecht und unsozial. Und es heißt auch, dass die Orte, die jetzt auf das Vectoring setzen, praktisch bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen, bis sie wirklich schnelles Internet bekommen. Wir GRÜNE sagen deshalb: Weg mit dem Söder-Tempolimit im Internet. Der Glasfaser gehört die Zukunft, und zwar flächendeckend in Bayern,

(Beifall bei den GRÜNEN)

flächendeckend bis zu jedem Haus. In zehn Jahren ist das zu schaffen, wenn man es wirklich will. Dann hätten wir die digitale Infrastruktur, die uns international konkurrenzfähig macht.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist der erste Punkt, bei dem Sie recht haben!)

Und ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem Sie mir gleich noch mal recht geben werden – mit Sicherheit, jede Wette: Wer jeden Tag einen Förderbescheid überreicht, ist noch lang kein Stratege.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das stammt von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie glauben ja gar nicht, wie sehr Sie damit recht haben.

(Zurufe von den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem weiteren Thema, der Integration. Die SPD-Fraktion und die GRÜNEN-Fraktion haben darüber am vergangenen Donnerstag ausgiebig diskutiert, und Sie haben sich der Debatte verweigert. Trotz Ihrer Verweigerung ist durch Ihr Spaltungsgesetz klar geworden, dass Sie ein Riesenproblem mit allen Menschen haben, die nicht dem entsprechen,

was Sie für sich als kulturell normal empfinden. Aber wie soll denn Integration gelingen, wenn die Zuwanderer an einer Art Leitkultur-Garderobe ihre kulturelle Identität abgeben müssen?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Schauen Sie doch nach Berlin und Hamburg, wie es da läuft!)

Wir sind der Meinung: Dazu, dass Integration wirklich funktioniert und die Menschen Teil unserer Gemeinschaft werden, ist der erste Schritt – und das müssen Sie endlich mal begreifen –, dass Sie den Leuten nicht immer vermitteln, wir wollen sie eigentlich nicht hier haben. Eine moderne Gesellschaft bedeutet Vielfalt, und Vielfalt hält man mit dem Rechtsstaat zusammen, nicht mit Gleichmacherei durch einen kulturell normierten Leitkult. Gleiches Recht für alle, gleiche Regeln für alle – darauf kommt es an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem finanziellen Schwerpunkt des Haushalts, zur Bildungspolitik. Da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, und dann können Sie mir heute zum dritten Mal zustimmen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Nein, das wäre dann erst das zweite Mal!)

– Das dritte Mal kommt noch; da sind Sie dann auch dabei: Wir sind uns sicher alle darin einig, vor allem die Bildungspolitiker unter Ihnen: Kinder sind nicht deshalb dümmer, weil sie vom Land kommen oder weil ihr Papa oder ihre Mama nicht so viel Geld hat. Da sind wir uns doch einig. Aber die Chancen, Abitur zu machen, sind für diese Kinder deutlich schlechter, und das im reichen Bayern. Sie hängen vom Geldbeutel und vom Wohnort der Kinder ab. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, einige von Ihnen denken jetzt wahrscheinlich: Es muss ja nicht jeder Abitur machen. – Ja, auch das stimmt: Nicht jeder muss Abitur machen. Aber ob einer Abitur

machen möchte oder nicht, muss von seinem Willen und von seinen Fähigkeiten abhängen, darf nicht vom Wohnort bestimmt werden. Das muss unabhängig davon sein, ob ich in München oder in Bayerbach wohne, davon, ob mein Vater den Hauptschulabschluss oder das Abitur in der Tasche hat, davon, ob ich geduldet bin, ob meine Eltern aus der Türkei kommen oder ob ich in Bayern geboren bin,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch in der Realität so!)

unabhängig davon, ob der Papa Flüchtling oder Zahnarzt ist. Das ist Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE heißt das, Kinder mitzunehmen und zu fördern, statt sie auszusortieren, Kinder zu fordern und zu ermutigen, statt sie zu entmutigen. So könnte Bildungsgerechtigkeit im reichen Bayern gelingen. Wir können es uns leisten, jeden dritten Euro für den Bildungsbereich auszugeben. Das ist sicherlich richtig, aber dazu gehört auch, das Geld richtig auszugeben. Es reicht nicht, einfach die Geldsumme in den Raum zu stellen. Ihnen fehlen einfach der Wille, der Mut und vor allem das Anpacken, um diese Herausforderung zu meistern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zu einem weiteren Bereich, in dem Sie sich wirklich unglaublich schwertun, eine Veränderung zuzulassen, obwohl das eigentlich absolut notwendig ist. Wir haben vor zwei Wochen durch den Antrag der SPD erfahren, dass eine dritte Strophe der Bayernhymne Ihre Vorstellungskraft übersteigt. Dabei haben wir längst eine, zudem eine, die der Wirklichkeit sehr nahe kommt. Die ersten beiden Zeilen lauten:

Gott mit dir, du Land der Baywa, deutscher Dünger aus Phosphat,

über deinen weiten Fluren liegt Chemie von fruah bis spat.

Dieser Text stammt von der Biermösl Blosn. Er ist 35 Jahre alt und aktueller denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu viel Nitrat im Wasser, Gift im Boden, Keime im Fleisch, die gegen Antibiotika resistent sind – das ist doch die Realität in Bayern im Jahre 2016. Die CSU-Agrarpolitik geht mit unserem Wasser, mit unseren Böden so um, als wären sie eine Sondermülldeponie für die Abfälle der industriellen Lebensmittelproduktion, nicht ein unersetzbarer Bestandteil unserer Lebensgrundlagen. Die Tierhaltung zeigt, auf welchen Abwegen wir uns bewegen: In fensterlosen Mastställen wird das Vieh gehalten, mit Medikamenten wird es vollgepumpt, in den Schlachthöfen wird es gequält, bevor ihm der Garaus gemacht wird, und das immer öfter ohne Betäubung, wie wir lesen mussten.

(Zuruf von der CSU)

– Ich weiß, die Wahrheit tut manchmal weh. Aber die CSU-Agrarpolitik geht mit Tieren so um, als wären sie keine lebenden Kreaturen, sondern industrieller Rohstoff. Das ist eine Schande

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zeigt keine Spur von Verantwortungsbewusstsein, keine Spur von Mitgefühl. Und Sie von der CSU stimmen dann immer gemeinsam mit dem Bauernverband das bekannte Klagelied an: Der Verbraucher will es nicht anders. Aber das ist nur ein Vorwand. In Wirklichkeit haben Sie sich längst von einer mittelständischen Landwirtschaft verabschiedet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE wollen gesunde Produkte aus umweltgerechtem Anbau ohne Überdüngung der Böden, ohne Belastung unseres Wassers und ohne den Einsatz von krebserregenden Giftstoffen wie Glyphosat. Wer in den Supermarkt geht, will gute Lebensmittel, keine Produkte, die unser Wasser, unsere Böden kaputt machen und die Tiere unnötig quälen. Unser Ziel ist eine giffreie

Landwirtschaft für Bayern. Die schützt uns Menschen, unsere Böden und vor allem unser wichtigstes Nahrungsmittel, das Wasser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Mit Ihrem Haushalt, der Rekordeinnahmen verzeichnet, zementieren Sie eine Politik der vertanen Chancen. Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie geben viel Geld aus, bleiben aber trotzdem vieles schuldig, zuallererst eine klare Vision, wie Sie Bayern gestalten und weiterentwickeln wollen. Der vorliegende Doppelhaushalt zeigt es deutlich: Ihnen fehlen der Mut, die Zuversicht und vor allem der Wille, Bayern zu erneuern. Eine sich verändernde Welt fordert auch eine Erneuerung in Bayern. Mir fehlt ein klares Bekenntnis von Ihnen – damit habe ich meine Rede begonnen –, was Sie in Bayern erhalten und bewahren möchten. Das finde ich nicht in Ihrer Politik. Sie können sich selber auf die Schulter klopfen, sich selber loben, hier von einem Rekord nach dem anderen sprechen, so oft Sie wollen: Das ändert nichts daran, dass Sie bei diesem gigantischen Haushalt die Zukunftsaufgaben nicht im Blick haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst Verantwortung, und ich hätte mir gewünscht, dass wir hier einen Doppelhaushalt vorgelegt bekommen, mit dem wir unserer Verantwortung für das gesamte Land und auch für die kommenden Generationen wirklich gerecht werden. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade in einer Zeitung der Evangelischen Jugend – da gab es zwei Seiten Luther-Zitate – ein Luther-Zitat gelesen, bei dem ich den Eindruck hatte,

als habe Luther genau Bescheid gewusst, was meine beiden Vorredner betrifft. Er hat nämlich vor 500 Jahren gesagt: Es ist die größte Torheit, mit vielen Worten nichts zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein kritischer Mensch. Das Wort "Kritik" kommt von dem Wortstamm "unterscheiden", und unterscheiden heißt vergleichen. In diesem Raum sind wenige, die so viele Doppelhaushalte miteinander vergleichen können wie ich. Ich habe darüber hinaus Detailwissen von Haushalten. Wenn man neun Jahre Staatssekretär war, kennt man den Haushalt, und wenn man Berichterstatter für den Wissenschaftshaushalt mit fast 1.500 Papierseiten ist, weiß man, was sich darin an vielen Stellen verbirgt. Was sich auf einer Seite so harmlos liest, sind in Wahrheit Gebäude, Menschen, Ausgaben und Investitionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man frühere Haushalte und das, was im Haushalt 2017/18 steht, miteinander vergleicht, muss man sagen: Bayern ist im besten Zustand seiner Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es gibt kein Jahr, in dem mehr ausgegeben wurde und in dem die Zustände im Personalbereich und im baulichen Bereich besser waren, als sie es jetzt sind und als sie in den nächsten beiden Jahren noch sein werden. In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses habe allein ich als Berichterstatter fast 250 Millionen Euro nur für Baumaßnahmen im universitären Bereich freigeben können. Ich sage klipp und klar: Noch nie hat die Jugend in einem Land so gute Voraussetzungen gehabt, sich auf die Zukunft vorzubereiten, wie es jetzt der Fall ist. Jetzt wende ich mich genau an meinen Vorredner: Herr Hartmann, ich bin stolz, dass wir in Bayern der Jugend eine derartige Zukunft vorbereiten und sichern können. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich komme noch auf den Vergleich mit anderen Ländern, wo mir die Jugend leidtut, weil man dort überhaupt nicht an die Zukunft, sondern nur an die Gegenwart und an das Verpulvern von Geld denkt. Wir haben in Bayern immer eine zukunftsgerichtete Politik gemacht, die sicherstellt, dass auch in 10 oder 20 Jahren noch so viel da ist, dass die nächsten Generationen über das entscheiden können, was dann ansteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal zu danken. Wer hat uns denn die Einnahmen gebracht?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt keine Ausgaben ohne Einnahmen; sonst gibt es Schulden. Also muss ich erst einmal schauen, wer derjenige ist, der uns die Einnahmen bringt. Ich spreche deshalb dem viel belächelten einfachen Steuerzahler ein großes Lob aus, der brav seine Steuern zahlt. Die Menschen, die in der Früh in die Arbeit gehen, ihr regelmäßig ein Leben lang nachgehen und brav ihre Steuern zahlen, haben höchste Anerkennung verdient. Sie werden oft vernachlässigt, und es ist mir ein Anliegen, ihnen einmal Danke schön zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dagegen habe ich kein Verständnis für jene, die wenig tun wollen und dann auf diejenigen neidisch sind, die viel tun und dadurch mehr verdienen. Es gibt ein Prinzip des Leistungswillens des Einzelnen, sofern er kann. Wenn jemand schwach oder krank ist, ist es etwas ganz anderes. Aber wir haben in Bayern unwahrscheinlich viele fleißige Menschen, die sich in ihrem Beruf dafür einbringen, dass das Land vorankommt.

Ein zweites Lob möchte ich aussprechen, wiewohl ich weiß, dass es da ein paar beklagenswerte Einzelfälle geben mag. Ich möchte einmal unseren Verwaltungen dafür danken, dass sie so gut funktionieren. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass das Geld entsprechend fließen kann. Wer in Griechenland gewesen ist und gesehen hat,

wie eine nicht funktionierende Verwaltung mit daran schuld ist, dass nicht einmal Steuern da sind, die man ausgeben kann – man muss sich das Geld von anderen europäischen Ländern holen –, wird sehr zu schätzen wissen, wenn eine Verwaltung funktioniert.

Das Dritte ist unsere bayerische Wirtschaft, der ich auch Dank sagen möchte. Ich verurteile sie nicht, wie es andere tun, sondern ich weiß, wie wichtig es ist, dass die Wirtschaft in einem Land so funktioniert, wie das im Augenblick in Bayern der Fall ist, und sich mit wirklich großem Engagement innovativ weiterentwickelt. Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit Langem. Es gibt kaum mehr eine Spreizung. Solche Verhältnisse dürfen Sie deutschlandweit suchen, und Sie werden sie nicht finden. Sie dürfen sie auch europaweit suchen, und Sie werden sie europaweit erst recht nicht finden. Damit haben wir ein Plus für unsere Jugend, das größer nicht sein kann. Sie konnten sich ansehen, wie in Spanien oder Frankreich den Jugendlichen seit Jahren bis zum heutigen Tag keine Perspektive geboten werden konnte. Wir können froh sein, dass wir fast Vollbeschäftigung haben, dass die jungen Leute eine Lehrstelle finden und studieren können. Das ist nicht selbstverständlich, sondern erfordert eine gute und vernünftige Politik. Es ist mir wichtig, das einmal herauszuarbeiten.

Auch die Wirtschaft ist wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass wir zu fast 50 % vom Export leben. Wir haben ein Exportvolumen in der Größenordnung von 185 Milliarden Euro. Lieber Franz Pschierer, korrigiere mich! Das heißt, ohne den Export hätten wir große Probleme. Wir müssen also an internationalen Kontakten höchst interessiert sein und müssen sie pflegen, und es ist kein Cent zu viel ausgegeben, wenn wir überall in der Welt bayerische Vertretungen einrichten, sondern das ist unser Kapital für die Zukunft.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Bitte. Ich will das Thema G 8/G 9 weiß Gott nicht anschneiden. Aber ich habe einen Wunsch. Bei einer Exportquote von fast 50 % brauchen junge Menschen die Chance, sehr früh einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren. Ich bin sehr dafür, dass jemand in seiner Schulzeit für ein Jahr ins Ausland

gehen kann. Während des Studiums ist das schwieriger, weil das Bachelor-Studium in gewisser Weise verschult ist und es damit erheblich schwerer ist, ein Jahr ins Ausland zu gehen. Mir ist das ein großes Anliegen. Vielleicht sollten wir uns doch überlegen, ob wir nicht ein Programm auflegen, das auch sozial Schwächeren ermöglicht, dass ihre Kinder ein halbes oder ein ganzes Jahr ins Ausland gehen. Einem jungen Menschen kann nichts Besseres passieren, als die Welt aus der Sicht eines Schülers, während einer Berufstätigkeit oder eines Praktikums zu erfahren. Das ist mein Wunsch, den ich an diese Stelle einbringe.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle natürlich auch denen danken, die maßgeblich an der Aufstellung der Haushalte beteiligt waren. Es war immer die Fraktion, die dahinterstand, und es waren immer die Fraktionsvorsitzenden und alle Vorsitzenden des Haushaltsausschusses von der CSU-Mehrheitsfraktion.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber drei Personen möchte ich schon namentlich nennen. Ein Ministerpräsident Edmund Stoiber begann damit, die Neuverschuldung einzudämmen und zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das war ein ganz wichtiger und ein extrem harter Schritt. Ich musste als Staatssekretär seinerzeit Kürzungen vornehmen und mehrheitsfähig machen. Wenn man sparen muss und sparen möchte, ist das sehr schwer und erheblich schwerer, als wenn man Geld hat und es ausgeben kann,. Das war der ausgeglichene Haushalt. – Dann kam Ministerpräsident Seehofer. Ich muss zugeben, ich muss ein bisschen Abbitte leisten. Als es vor sechs oder sieben Jahren in Wildbad Kreuth um das Ziel ging, sich nicht nur nicht neu zu verschulden, sondern auch alle Altschulden abzubauen, war das eine große Ankündigung, an der ich etwas Zweifel hatte. Aber wir schaffen es. Jahr für Jahr werden Schulden abgebaut, und das ist eine großartige Leistung. Herr Rinderspacher, wenn Sie uns vorwerfen, dass der Schuldenabbau einmal nicht ganz so intensiv ist, weil wir das Geld aus dringenden sozialen

Gründen für die Flüchtlinge brauchen, halte ich das für eine Scheinheiligkeit ersten Ranges.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage logischerweise auch dem Finanzminister Dank, der dieses Amt seit fünf Jahren innehat. Er hat viele Baustellen beseitigt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und ich möchte Markus Söder attestieren, dass er aus Steinen, die ihm in den Weg gelegt worden sind, Treppen gebaut hat. Das ist eine Kunst, die nicht so leicht zu schaffen ist. Allen dreien also ein herzlicher Dank. Denn ich halte es für wichtig, dass das Gesamtkonzept gesehen wird, immer wieder flankiert von einer Fraktion und allen, die hier mit Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist knapp. Ich kann nicht auf alle Themen eingehen, die genannt wurden, will aber schon noch ein paar Punkte bringen. Herr Rinderspacher, Sie sind doch mit mir der Auffassung oder einig, dass Deutschland in Europa wirtschaftlich führend ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sind auch mit mir einig, dass Bayern in Deutschland führend ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Natürlich!)

Das heißt schlicht und einfach: Damit ist Bayern in Europa führend. Eine ganz einfache Logik.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Das bedeutet, wir haben mit die besten Wirtschaftszahlen, die besten Haushaltszahlen in ganz Europa. Da stellen Sie sich hin und bejammern das Ganze.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein! Das hätte eine bessere Politik verdient, Herr Freller! Die Ausgangsbasis ist so, wie Sie sagen!)

– Bayern hat eine exzellente Politik. – Heute Nacht ist Vollmond.

(Natascha Kohnen (SPD): Erst morgen!)

Herr Rinderspacher, ich habe fast die Sorge, dass Sie draußen stehen und ihn anbel-len.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte doch noch um etwas Ruhe. Wir haben nur noch fünf Minuten, und ich bitte Sie, Herrn Freller zu Wort kommen zu lassen. Sonst gibt es heute Abend nichts zu essen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Karl Freller (CSU): Wissen Sie: Wer die bayerische Haushaltspolitik angreift und nicht sieht, was in dem von seiner Partei regierten Bundesland Nordrhein-Westfalen los ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ignoriert – –

(Natascha Kohnen (SPD): Das sind doch alte Kamellen!)

– Entschuldigung, sind das die Genossen oder nicht?

(Natascha Kohnen (SPD): Haben Sie 13 Großstädte?)

– Ach, gehen S' zu. Das war doch die große Chance, aus den Großstädten etwas zu machen.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja, super, genau!)

Nordrhein-Westfalen hatte die großen Vorteile. Die hatten einen weitaus größeren Vorteil, als ihn die armen Bayern noch vor 30, 40 Jahren hatten. Was haben sie daraus gemacht? – Schulden ohne Ende. Ich habe mir noch ein paar Zahlen besorgt.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

– Ja, die möchte ich noch loswerden, Entschuldigung.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das möchte ich heute schon noch loswerden. Da ist eine einzige Zahl, die hochinteressant ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Freller, wir sind hier im Bayerischen Landtag und nicht in Nordrhein-Westfalen!)

– Nein, nein; eine Zahl, Herr Rinderspacher. Sie wollen das nicht gern hören und reden jetzt dazwischen, weil Sie die Zahl nicht hören wollen. Ich habe die Zahlen übrigens vom iwd, also nicht einmal aus dem eigenen Haus geholt, sondern von außen. Jetzt kommt der Hammer: Wissen Sie, wie hoch in Nordrhein-Westfalen ein Bürger verschuldet ist, in welcher Höhe ein Schuldschein in die Wiege eines Kindes gelegt wird? – Die Schulden des Landes und der Kommunen betragen pro Person 13.576 Euro. So viel Schulden hat ein Kind, das in Nordrhein-Westfalen auf die Welt kommt, von der ersten Stunde seines Lebens an.

(Natascha Kohnen (SPD): Raten Sie mal, woher wir die geerbt haben!)

Das ist doch keine verantwortliche Politik. Ihr von der SPD nehmt in NRW noch zusätzlich zwei Milliarden auf jedes Jahr. Ihr macht neue Schulden. Da wollen Sie uns sagen, was wir besser machen sollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bei einer solchen Landesbank darf man gern ein bisschen Demut haben!)

– Herr Rinderspacher, ich würde mir wünschen, dass Sie doch einmal nach Nordrhein-Westfalen gehen,

(Unruhe bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Oder Niedersachsen!)

vielleicht habt ihr einen Austausch. Sagen Sie der Ministerpräsidentin dort, wie sie es machen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich verspreche Ihnen, aus unserem Haushaltsausschuss geht gern jemand von der CSU mit, der vielleicht erklärt, was Sie dort machen können, damit es besser geht,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

damit es den Leuten in 20 Jahren vielleicht so gut geht, wie es uns in Bayern geht. Das wollte ich einfach einmal loswerden.

Andere Vergleichszahlen existieren und ließen sich hier noch in Hülle und Fülle nennen, beginnend beim Bruttoinlandsprodukt, wo Bayern übrigens ein Plus von 12,3 % aufweist; Nordrhein-Westfalen hat gerade noch plus 4,9 % zu verzeichnen. Das sind Zahlen, die man der Reihe nach durchlesen kann.

Meine Damen und Herren, abschließend sage ich eines. Ich kenne sehr wohl den Spruch: Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein. Aber ich sage Ihnen auch: Wir wollen immer besser sein, und das wird auch für die Zukunft gelten; solange die CSU in Bayern regiert.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Wir treten jetzt in die Abstimmung ein.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 02, und die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13242, 17/13194, 17/13195 und

17/13297 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14631 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14631 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich jetzt von seinem Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – FREIE WÄHLER.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Unruhe)

Dann ist die Abstimmung so erfolgt. Einzelplan 02 ist angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage)

Außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist abgeschlossen. Ich schließe die Sitzung und darf Sie daran erinnern, dass um 19.00 Uhr ein Parlamentarischer Abend stattfindet.

(Schluss: 17.36 Uhr)

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt: 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Teilnahme des Freistaates Bayern am „Eine Welt-PromotorInnenprogramm“
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13194
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 17/13195
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau des PromotorInnenprogramms zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 683 53)
Drs. 17/13242
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sparsamere Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 17/13297

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. (CSU)

Haushaltsplan 2017/2018

hier: Stellenplan für den Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 01 04)
(Drs. 17/13261)

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf des Haushaltsplans 2017/2018 für den Einzelplan 01 und der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13261 zugrunde. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14634 genannten Änderung zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Herr Kollege, wollen Sie dagegen stimmen, oder nehmen Sie Platz? – Gut. Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Mit der Annahme des Einzelplans 01 hat der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13261 seine Erledigung gefunden. Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018 für den Einzelplan 11 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es so beschlossen. Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
– Allgemeine Innere Verwaltung –**

Drs. 17/14623

Dem Einzelplan 03 A wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14623) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
– Staatsbauverwaltung –**

Drs. 17/14625

Dem Einzelplan 03 B wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14625) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Drs. 17/14629

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14629) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst – Bildung und Kultus –**

Drs. 17/14633

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14633) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus,
Wissenschaft und Kunst – Wissenschaft und Kunst –**

Drs. 17/14632

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14632) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie**

Drs. 17/14643

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14643) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Drs. 17/14627

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14627) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

Drs. 17/14624

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14624) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Rosi Steinberger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Florian von Brunn

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13948 und 17/13949)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13776 mit 17/13787)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13725 mit 17/13737)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13950 mit 17/13964)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 17/13782, 17/13785 und 17/13786 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN soll in einfacher Form abgestimmt werden. Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Bachhuber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Nach den nun eingehenden Beratungen der Einzelpläne 03, 04, 05, 15, 07 und 08 über mittlerweile elf

Stunden hinweg darf ich Ihnen sozusagen als Nachspeise das Sahnehäubchen, den Einzelplan 12 präsentieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bist du das Sahnehäubchen?)

Der Einzelplan 12 ist ein ganz gelungenes Werk, das sich sehen lassen kann.

(Florian von Brunn (SPD): Nicht ganz!)

Das habe ich schon als Berichterstatter im Haushaltsausschuss bei den intensiven Beratungen feststellen können. Lieber Kollege Halbleib, du bist ja leider nicht mehr im Ausschuss, sonst hättest du dir jetzt die Zwischenrufe gespart.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn du "leider" sagst, ist es gut!)

Angesichts der bekannten großen Herausforderungen für den gesamten Staatshaushalt bin ich fest davon überzeugt, dass die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes mit diesem Einzelplan bestmöglich berücksichtigt werden. Das Ausgabevolumen steigt im eingebrachten Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 gegenüber dem Nachtragshaushalt von 2016 von rund 868 Millionen Euro um 14,2 Millionen Euro auf 882,4 Millionen. Das sind 1,7 % mehr als 2016. 2018 steigt das Volumen gegenüber 2017 um weitere 20,3 Millionen auf 902,7 Millionen. Das ist eine weitere Steigerung um 2,3 %.

Die Investitionsquote des Einzelplans 12 ist weiterhin erfreulich hoch. Sie beträgt 2017 rund 30,9 % und 2018 30,5 %. Dieser hohe Wert – im Vergleich dazu beträgt die Investitionsquote im Gesamthaushalt etwa 12 % – ist nicht zuletzt den Hochwasserschutzaktivitäten der bayerischen Wasserwirtschaft zuzuschreiben. Die von uns bereitgestellten Mittel für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger sind meines Erachtens bestens angelegt.

Hohes Haus, wie immer hatte die Opposition im Haushaltsausschuss höhere Steigerungen bei den einzelnen Ansätzen gefordert. Das ist aus meiner Sicht manchmal

mehr, aber auch manchmal weniger sinnvoll. Aber auch da, wo Steigerungen wünschenswert wären, müssen wir ehrlich genug sein und anerkennen, dass uns die finanzpolitischen Rahmenbedingungen gewisse Grenzen setzen. Staatsminister Brunner hat gerade erklärt: Alles ist gut, aber es könnte immer noch ein bisschen mehr sein. Das gilt auch für diesen Haushalt.

Die CSU-Fraktion hat dort, wo sie es für sinnvoll und machbar hielt, an einigen Stellschrauben gedreht. Zwei Änderungsanträge zugunsten von Erhöhungen für die Landschaftspflege und für die Naturparkvereine sowie die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen wurden vom Haushaltsausschuss befürwortet. Insgesamt erhöht sich das Volumen des Einzelplans 12 gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung dadurch im Jahr 2017 um 1,2 Millionen Euro. Die Mehrung im Doppelhaushalt 2017/2018 dient vor allem dem Hochwasserschutz, insbesondere dem Schutz gegen Sturzfluten, dem Naturschutz und der Landschaftspflege sowie der Umsetzung des Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 der Bayerischen Staatsregierung.

Darüber hinaus ermöglicht die Mehrung im Doppelhaushalt die Schaffung einer neuen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und die damit verbundene Etablierung neuer, moderner Untersuchungsmethoden beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Auch im Bereich Verbraucherschutz und Verbraucherinformation gibt es eine Mittelerhöhung.

Ich möchte auf einige wichtige Punkte näher eingehen. – Die Investitionen in den Hochwasserschutz können auch unter Nutzung der Mittel der EU, des Bundes und Dritter sowie der Abwasserabgabe mit – unverändert hohen – 150 Millionen Euro pro Jahr weitergeführt werden. Wegfallende EU-Mittel in diesem Bereich konnten durch Umschichtungen kompensiert werden. Zusätzlich stehen jährlich 35 Millionen Euro für Baumaßnahmen im Rahmen des Sonderprogramms zum Hochwasserschutz an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Als Konsequenz aus den Sturzfluthochwasserkatastrophen im Mai und im Juni 2016 werden die Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen im Jahr 2017 um 5 Millionen Euro und im Jahr 2018 um weitere 2 Millionen Euro erhöht. Zudem werden im Bereich des Hochwasserschutzes 30 neue Stellen geschaffen.

Für Natur- und Landschaftsschutz stehen im Jahr 2017 zusätzlich 9 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2016 bereit; im Jahr 2018 werden es 8,5 Millionen Euro mehr sein. Das sind insgesamt 17,5 Millionen Euro mehr als bisher. Was bedeutet das konkret? – 10 Millionen Euro mehr für das Vertragsnaturschutzprogramm,

(Beifall bei der CSU)

3,5 Millionen Euro mehr für das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030, 2,5 Millionen Euro mehr für die Förderung von Naturparkvereinen,

(Beifall bei der CSU)

1,5 Millionen Euro mehr für die Förderung von Landschaftspflegemaßnahmen.

Für die Sanierung der Niedermoore – in diesem Zusammenhang hatte Frau Sengl etwas zu monieren – und die Moorrenaturierung stehen im neuen Doppelhaushalt 4,3 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen hat meine Fraktion, die Regierungsfraktion, zusätzlich 200.000 Euro im Jahr 2017 vorgesehen. Für Aufbau und Betrieb der neuen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen werden 1,5 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2017 und 600.000 Euro im Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt. Zudem werden in diesem Bereich 70 neue Stellen geschaffen. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit erhält in diesem Zusammenhang jährlich 1 Million Euro zur Etablierung neuer, moderner Untersuchungsme-

thoden. Das Ausgabevolumen für Verbraucherschutz und Verbraucherinformation steigt gegenüber dem Nachtragshaushalt ebenfalls – um 200.000 Euro – an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Staatsministerin, ich gratuliere zu diesem Doppelhaushalt. Wie eingangs schon gesagt, kann sich dieses Werk sehen lassen. Es braucht keinen Vergleich mit einem anderen Bundesland zu scheuen.

(Beifall bei der CSU)

Es berücksichtigt bestens die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes und trägt mit Sicherheit dazu bei, dass Bayern noch lebenswerter wird. Ich kann dem Hohen Haus nur empfehlen, dem Einzelplan 12 zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Biedefeld das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich wiederhole hier in leicht abgeänderter Form meine Aussagen aus dem Haushaltsausschuss zur Beratung des Einzelplans 12.

Ich beginne heute nicht mit der Frage, wie zufrieden Sie als zuständige Ministerin mit Ihrem Haushalt sind, sondern mit einer Feststellung: Nein, mit diesem Haushalt können Sie eigentlich nicht zufrieden sein. Zumindest sehen wir das so. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, wäre ich auch nicht zufrieden – nicht mit der bisherigen Bilanz nach etwas über drei Jahren im Amt, schon gar nicht mit dem Einzelplan 12 des vorliegenden Entwurfs des Doppelhaushalts 2017/2018. Dieser verbessert die Bilanz nämlich nicht. Für uns ist es nicht ein gelungenes, gar herausragendes Werk, Herr Kollege Bachhuber. Wir sagen: Es ist eher das Gegenteil.

Von der CSU hören wir ständig, die Opposition habe immer Wünsche und wolle für das eine oder andere Projekt mehr Mittel zur Verfügung stellen. Wir sagen: Die Opposition würde manches ganz anders machen. An dieser Stelle rede ich noch gar nicht von mehr Mitteln. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Wie sieht die Bilanz der Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz aus, und wie wird mit dem Einzelplan 12 dieses Doppelhaushalts darauf reagiert? Es gab Lebensmittelskandale – übrigens nicht nur Bayern-Ei. Der ORH lässt grüßen.

Das nächste Stichwort lautet Flächenfraß. Der Kollege von der CSU sagte, Bayern brauche den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Von wegen! Bayern ist das Land mit der größten Versiegelung von Flächen. Das geht ohne Ende so weiter.

Ich nenne im Zusammenhang mit der Thematik Flächenfraß die Stichworte Landesentwicklungsprogramm und Anbindegebot. Dazu haben wir von der Umweltministerin bisher kein einziges Wort gehört. Es geht um den Schutz der Umwelt, der Natur, unserer Lebensgrundlagen – kein Wort dazu von Ihnen! Wir machen weiter wie bisher und verstärken die negative Entwicklung durch die Ausgestaltung des LEP.

Eine erschreckende Bilanz zeigt sich in Bezug auf die Rote Liste.

Als weiteres Stichwort nenne ich den Gewässerschutz. Immer mehr Grundwasser ist mit Nitrat belastet, die Grenzwerte werden oft überschritten. Das ist die Situation bei unserem wichtigsten Lebensmittel, unserem Wasser! Die EU hat die Bundesrepublik Deutschland verklagt. Bayern kann und muss sich entsprechend verantwortlich zeigen und einklinken. Wir können nicht tatenlos zusehen; denn als Agrarland trägt Bayern maßgeblich zur Belastung mit Nitraten bei.

Die Wirtschaft ist wichtig; das haben wir schon bei der Beratung des Einzelplans 07 gehört. Aber ohne gesunde Natur und Umwelt – unsere wichtigsten Lebensgrundlagen! – ist auch keine Wirtschaft mehr möglich. Daher darf der Umweltschutz nicht

immer nach hinten wegkippen, wenn es darum geht, ob Maßnahmen für die Wirtschaft oder für die Umwelt auf den Weg gebracht werden sollen. Wir müssen noch mehr als bisher darauf achten, solche Maßnahmen im Einklang von Wirtschaft und Umwelt auf den Weg zu bringen. Die beiden Bereiche schließen sich nicht aus; sie dürfen sich auch nicht ausschließen. Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Vorschläge? – Harald Güller (SPD): Im Ausschuss haben wir ungefähr 10 Änderungsanträge gestellt!)

Ich bin immer noch bei der Bilanz und dem Haushalt. – Was den Naturschutz angeht, so nenne ich nur das Stichwort Riedberger Horn: Wo war, wo ist Ihr hörbares Veto gegen die dortigen Maßnahmen, Frau Staatsministerin? Zumindest nach unserem Eindruck haben Sie Ihre Stimme nicht laut genug erhoben. Sie haben sich jedenfalls nicht durchsetzen können. Wenn wir das Ergebnis sehen, können wir nur sagen: Das ist alles andere als Naturschutz.

Beim Verbraucherschutz gibt es vielleicht ein paar kleine Fortschritte. Aber reichen diese in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen wir stehen, aus? Wir meinen, nein.

Hochwasserschutz: Wir in Bayern bekommen immer mehr die Defizite des mangelnden konsequenten Hochwasserschutzes und der mangelnden, völlig unzureichenden Klimapolitik der Staatsregierung zu spüren. Menschen kommen um. Viele verlieren all ihr Hab und Gut. Es wird immer teurer, teurer und noch teurer, weil immer größere Schäden durch Hochwasser, insbesondere durch Sturzfluten, entstehen.

Bleiben wir bei der Bilanz: Ein neuer – dritter – Nationalpark wird von Ministerpräsident Seehofer ausgerufen und verkündet. Die Umweltministerin steht daneben und staunt mehr oder minder Bauklötze ob derartiger Ankündigungen.

In der bayerischen Umweltpolitik wird die Politik der freiwilligen Selbstverpflichtungen, der Pakte – an der "Paktitis" litten schon alle Ihre Vorgänger, speziell wenn ich an Dr. Werner Schnappauf denke – und der repräsentativen Preisverleihungen fortgeführt. Wenn es darüber hinausgeht, dann kommt mal hier und mal dort ein kleines Feigenblatt hinzu. Das ist die Umweltpolitik der Staatsregierung.

Jetzt legen Sie uns diesen Einzelplan des Doppelhaushalts 2017/2018 vor. Viele Ihrer Kabinettskollegen sprachen und sprechen, was deren Ressorts betrifft, von "Rekordhaushalt" und "Rekordsummen". Sie können da in Anbetracht der Zahlen nicht mithalten. Herr Kollege Bachhuber hat eben die Steigerungszahlen angeführt: 2017 plus 1,5 %, 2018 plus 2,4 %. Sie können da nicht mithalten; es sei denn, Sie rechnen und reden alles schön. Das kann man natürlich machen, Kollege Bachhuber. Angesichts der angeblich so hervorragenden Haushaltslage hätte das Umweltressort durchaus stärker profitieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie haben im Haushaltsausschuss ausgeführt, dass der Haushalt aus Ihrer Sicht das Beste für die Natur in Bayern leiste. Das stellen wir groß in Frage. Als leidenschaftliche Umweltpolitikerin und noch leidenschaftlichere Tierschützerin könnte ich allein heute Abend Stunden der Debatte zum Einzelplan 12 bestreiten. Ich will mich aber auf ein paar wenige Themen beschränken, und zwar auf diejenigen, die uns als SPD-Landtagsfraktion besonders am Herzen liegen und die sich selbstverständlich in unseren, den Änderungsanträgen der SPD-Landtagsfraktion niederschlagen.

Thema Umweltstationen – Änderungsantrag auf Drucksache 17/13776. Wir haben 53 Umweltstationen in Bayern. Den Umweltstationen kommt eine ganz wichtige Bedeutung zu. Die Bedeutung der Umweltbildungszentren, wie ich die Umweltstationen auch immer gerne bezeichne, für die Vermittlung von Umweltwissen und Umweltbewusstsein an eine breite Bevölkerungsschicht ist angesichts der modernen Herausforderungen des Klimawandels und der erneuerbaren Energien, aber auch bezüglich

Natur- und Landschaftsschutz bis hin zum Gewässerschutz nicht zu unterschätzen. Es geht um Umweltbildung für alle Menschen in diesem Lande, von Jung bis Alt. Die Umweltstationen leisten wirklich eine gute Arbeit und haben auch eine enorme Breitenwirkung. Genau deshalb will die SPD-Fraktion die Haushaltsmittel für die Errichtung und den Betrieb der Umweltstationen aufgestockt wissen.

Erfreulich ist, dass sich die Umweltstationen in Bayern immer größerer Nachfrage erfreuen. Um aber die Qualität und die Vielfalt der umweltpolitischen Bildungsangebote auch in Zukunft sichern zu können, bedarf es aus unserer Sicht ganz klar eines höheren Mitteleinsatzes. Die von der CSU beantragte und beschlossene Aufstockung der Mittel nur im Jahr 2017 – was passiert eigentlich im Jahr 2018? – um nur 200.000 Euro – für uns sind es "nur" 200.000 Euro – reicht für uns hinten und vorne nicht aus. Doch so viel Geld mehr für 53 bestehende Umweltstationen und zwölf Einrichtungen, die die Anerkennung anstreben? – Ich sage: Das ist nicht ausreichend. Damit kann die Qualität der Arbeit nicht aufrechterhalten werden. Wir befürchten, dass aufgrund der Anerkennung weiterer Umweltstationen – es ist ja gut, dass wir dadurch ein Stück weit noch mehr Flächendeckung in Bayern erreichen – das Stück Kuchen für diejenigen, die dann wirklich arbeiten, immer kleiner wird, wenn die Mittel nicht massiv aufgestockt werden. Sie leisten eine tolle Arbeit. Es ist ganz wichtig, dass Kinder und Jugendliche an den Umwelt- und Naturschutz herangeführt werden.

Diejenigen, die in den Umweltstationen arbeiten, die Vereine, Verbände und Organisationen, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Kooperationspartner, wissen, wie knapp das Geld bemessen ist. Sie glauben auch Ihren Aussagen und Ihren Lippenbekenntnissen nicht mehr. Eigentlich können Sie Ihre Lippenbekenntnisse und Ihre Sonntagsreden dazu einstellen.

Zum Thema Verbraucherschutz – unsere Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13777 und 17/13778. Mein Kollege Florian von Brunn fordert zu Recht für die bayerische Verbraucherberatung einen Euro pro Kopf. Das wär's!

(Beifall bei der SPD)

Doch davon sind wir meilenweit entfernt. Dazwischen liegen noch riesige Schluchten. Die Lebensmittelskandale haben zum wiederholten Male aufgezeigt, dass Nachbesserungsbedarf und großer Handlungsbedarf bestehen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Der ORH zeigt dies in seinem Gutachten deutlich auf. Darauf bin ich ja heute Vormittag im Rahmen des Einzelplans 03 A schon eingegangen. Was machen Sie, Frau Ministerin, mit Ihrem Kabinett und mit Ihrer CSU-Mehrheitsfraktion? – Sie ignorieren die Zahlen, Daten und Fakten der Experten und Fachleute.

Zum Bereich des Verbraucherschutzes, der Verbraucherzentralen und des Verbraucherservice Bayern: Auch dort wird eine sehr, sehr professionelle, sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Aber auch diese Stellen sind gnadenlos unterfinanziert. Frau Ministerin, Sie wissen, wie dort die finanzielle Situation ist. Vergleichen Sie Bayern beim Verbraucherschutz, bei den Verbraucherzentralen und beim Verbraucherservice doch einmal mit anderen Bundesländern, Herr Kollege Bachhuber.

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Rote Laterne!)

Sie machen dies für diesen Bereich ganz bewusst nicht, weil Sie als Negativbeispiel ganz hinten stehen. Kollege von Brunn sagt: Die rote Laterne. Ziehen Sie doch hier einmal Vergleiche mit anderen Bundesländern. Ich sage Ihnen: Bayern würde diesen Vergleichen nicht standhalten.

Immer mehr Menschen sind verunsichert und brauchen bzw. suchen eine unabhängige, fachlich qualifizierte Beratung. Wir brauchen in Bayern im Verbraucherschutz mehr institutionelle Förderung und mehr unbefristete Stellen, gerade bei Themen, die mit Finanzfragen zu tun haben, mit Finanzgeschäften und Telekommunikation, mit Online-Geschäften, Altersvorsorge etc. Hier werden der Bedarf und die Nachfrage immer größer. Es bedarf fachkundiger und gut qualifizierter Ansprechpartner, die zum Beispiel

auch einmal die Möglichkeit haben – dazu bedarf es auch der Mittel –, sich selbst fort- und weiterzubilden. Aber dafür ist schon gar kein Geld da.

Bislang ist auch für ein Prozesskostenbudget nicht sehr viel Geld da. Darauf zielt ein weiterer Änderungsantrag von uns ab, in dem es auch um die Verbesserung des Verbraucherschutzes geht. Uns geht es um die Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern. Wir wollen mit einem Prozesskostenbudget dem zahnlosen Tiger scharfe Zähne verpassen. Wir wollen damit das mit einer Klage verbundene mögliche Risiko zumindest ein Stück weit abfedern, weil bislang einfach die Mittel nicht vorhanden sind, um die eine oder andere, von Fachleuten gut abgewogene Klage überhaupt führen zu können.

Thema Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz – unsere Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13779 und 17/13780. Das ist ein Bereich der Umweltpolitik, in dem wir mit unseren Änderungsanträgen klotzen und nicht kleckern. Sie stocken die Mittel auf – das erkennen wir an –, aber – das muss man auch dazu sagen – aus der globalen Minderausgabe durch Umschichtungen innerhalb des Haushaltes. Da werden Haushälterinnen und Haushälter hellhörig. Beides sind gute Programme. Beide haben bereits Erfolgsgeschichte geschrieben. Wir wollen zu dieser Erfolgsgeschichte gerne Fortsetzungsfolgen schreiben. Das Geld ist hier wirklich doppelt effektiv eingesetzt. Es geht um den Schutz und die Pflege unserer Natur und Kulturlandschaft.

Uns geht es auch um ein weiteres finanzielles Standbein für unsere bäuerliche Landwirtschaft. Unseren Landwirten geht es im Moment nicht sehr gut – ich weiß jetzt nicht, ob trotz oder wegen der CSU. Das weiß ich nicht; das sollen andere beurteilen. Die Fördermittel können also wirklich sehr sinnvoll eingesetzt werden, wenn es um den Zu- und Nebenerwerb unserer Landwirte geht. Auf jeden Fall können sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll und effektiv eingesetzt werden. Wir brauchen eine finanziell bessere Ausstattung der Programme für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz, um unsere ökologisch wertvollen Lebensräume zu erhalten. Ich sage das an die

Christlich-Soziale Union: Es geht um den Erhalt und um den Schutz unserer Schöpfung – christlich-sozial.

Sie haben ihr selbstgestecktes Ziel nicht erreicht. Das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 sieht ausdrücklich die flächendeckende Ausstattung mit Landschaftspflegeverbänden vor, um die Ziele zu erreichen – wir haben 59 an der Zahl. Dazu brauchen wir einen höheren finanziellen Einsatz. Für mehr Landschaftspflegeverbände und für eine gänzliche Abdeckung brauchen wir mehr Mittel. Auch hier darf der Kuchen nicht kleiner werden – ganz im Gegenteil. Durch das Vertragsnaturschutzprogramm werden ökologisch wertvolle Gebiete im Offenlandbereich – Wiesen, Weiden, Äcker, Teiche – gefördert. Aktuell geht es in Bayern um eine Fläche von 2 %. 2 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden mit VNP-Maßnahmen bewirtschaftet. Nach Schätzungen des Landesamts für Umweltschutz – LfU – müssten es aber mindestens 6 % sein, um das Artensterben zurückzudrängen und um entsprechende Verbesserungen zu erreichen. Wir brauchen auch hier eine klare Aufstockung der Mittel, um die Maßnahmen auch im Wald und in den Mooren auszuweiten.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, wollen mit dem Antrag auf Drucksache 17/13782 im Interesse einer nachhaltigen und ganzheitlichen Regionalentwicklung eine bessere Mittele Ausstattung für die Naturparks erreichen. Es geht um eine angemessene Ausstattung der Geschäftsstellen mit qualifiziertem Personal. Diesen Geschäftsstellen muss eine positive Weiterentwicklung ermöglicht werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vorher um nichts kümmern, aber jetzt fordern!)

Wie ist es hier mit dem Ländervergleich? – Stellen Sie auch in diesem Bereich einmal den Ländervergleich an. Machen Sie das lieber nicht; denn da schneidet Bayern nicht sehr gut ab. Wir haben auch Anträge zu den Nationalparks gestellt.

Ich möchte aber noch den Punkt des Tierschutzes ansprechen. Wir, die SPD-Fraktion, haben hier nur drei, nur drei, Schwerpunkte für den Tierschutz herausgegriffen. Es gibt nämlich ganz, ganz viele, teilweise uralte und teils riesengroße Baustellen. Bei unse-

ren Anträgen geht es um die Einrichtung eines bayerischen Pilotprojekts zur Förderung des Katzenschutzes. Es geht darum, das massive Katzenelend durch die Förderung der Kastration von freilaufenden Katzen zu minimieren. Es geht um einen Nothilfefonds für außergewöhnliche Ereignisse wie illegale Welpentransporte und Animal Hoarding. Es geht um Zuschüsse für Investitionskosten für Tierschutzvereine bzw. Tierheime. Jedes dritte Tierheim steht vor der Insolvenz, obwohl dort wirklich gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen werden. Aber hierfür werden die Tierheime nicht entsprechend entlohnt. Alleine bei unseren bayerischen Tierheimen gibt es, vorsichtig geschätzt, einen Investitionsstau von etwa 10 Millionen Euro. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie endlich dafür, dass mit dem Stillstand beim Tierschutz Schluss ist! Sorgen Sie dafür, dass es endlich einmal ein Stück weit vorangeht! Ich würde es begrüßen, wenn Sie das eine oder andere Argument, wenn nicht im Plenum, dann vielleicht in den Ausschüssen, überzeugen könnte. Es wäre notwendig, dass wir in Bayern bei der Umweltpolitik ein ganzes Stück nach vorne kommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt der Kollege Zierer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass doch noch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen anwesend ist. Ein Mehr für den Naturschutz und die Landschaftspflege hört sich zunächst einmal sehr gut an. Uns FREIEN WÄHLERN liegt viel daran, die Akteure zu unterstützen, die in diesem Bereich vorbildliche Arbeit leisten. Diese geben diesem Bereich auch ein Gesicht. Natürlich begrüßen wir es, dass die Mittel für den Vertragsnaturschutz aufgestockt wurden. Wir freuen uns, dass die Naturparks mehr Geld erhalten. Das haben wir schon längst gefordert. Unverständlich ist aber, dass die Landschaftspflegeverbände so stiefmütterlich behandelt werden. Dies ist vor allem unverständlich, wenn ich an die letzte Haushaltsdebatte denke, bei der die CSU-Kollegen Lobeshymnen auf die

Verbände angestimmt haben; sie sind eine bayerische Erfindung, sie sind ein Export-schlager und eine Erfolgsgeschichte. Das ist alles richtig. Trotzdem werden sie nicht ausreichend gewürdigt. Vor zwei Jahren wurden zusätzlich 200.000 Euro eingestellt. Mittlerweile gibt es aber neue, große Landschaftspflegeverbände wie in Landshut oder im Donauries. Außerdem gibt es mittlerweile Geschäftsführer, die gerne mehr tun würden und die die eigenen Projekte gerne auf gesunde Beine stellen würden. Aber das geht nur mit unserer und mit Ihrer Unterstützung. Die Mittel für das Landschaftspflegeprogramm werden gerade einmal um 500.000 Euro aufgestockt. Damit kommt man nicht weit. Unser Änderungsantrag dazu wurde abgelehnt.

Auch wurden unsere Vorschläge, die Umweltbildung im Allgemeinen und die Umweltbildung für Flüchtlinge im Besonderen besser zu unterstützen, abgelehnt. Dabei war es die Umweltministerin, die hier einmal betont hat, dass Umweltbildung eine große Chance für die Integration ist. Wichtig ist, dass den meist jungen Menschen Umwelt- und Naturbewusstsein vermittelt wird. Das bringt auch dann etwas, wenn sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren sollten.

Es wäre auch sinnvoll gewesen, die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr und gleichzeitig den Landesanteil zu erhöhen. Damit könnten die Träger zusätzliche attraktive Angebote schaffen. Die Nachfrage wäre vorhanden.

Von den insgesamt 40 Änderungsanträgen beschäftigt sich ein Viertel mit der Situation der Tierheime und Tierauffangstationen. Wir haben einen Fonds für Tierschutznotfälle wie illegale Welpentransporte gefordert. Die Gemeinden sollten damit unterstützt werden. Wir haben vieles andere mehr gefordert. Herr von Brunn, unsere Anträge wurden ebenso abgelehnt wie gute Anträge der SPD und der GRÜNEN.

Investitionszuschüsse für Tierheime, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, sind längst überfällig. In diesem Bereich gibt es noch großen Handlungsbedarf. Das hat auch eine Expertenanhörung in diesem Haus gezeigt. Tierheime brauchen auch die

Unterstützung der Kommunen, die mit Tierschutznotfällen konfrontiert werden. Aber die Staatsregierung ignoriert das konsequent.

Ein Sonderfall ist die Auffangstation für Reptilien in München, die vom Freistaat bereits einen Zuschuss erhält, weil sie auch staatliche Aufgaben wahrnimmt. Die Probleme mit der Station in der Kaulbachstraße sind bekannt. Seit gestern gibt es die Aussage, dass im Haushalt wenigstens ein Signal gegeben wird. Es gibt das Signal, dass die Staatsregierung, dass unsere Ministerin ernsthaft einen Neubau verfolgt. Das ist auch gut so. Dieser Neubau ist die beste Lösung. Bisher hat das Ministerium keine Alternative präsentiert. Es wird auch keine dazu geben, weder zum Neubau noch zum Standort. Hier freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Die Lebensmittelüberwachung ist in unserem Ausschuss ein Dauerthema. In diesem Jahr ist es sowieso ein Dauerthema, weil die Reformen der Lebensmittelüberwachung anstehen. Im Haushalt stehen für die neue Kontrollbehörde der Lebensmittelsicherheit und für das Veterinärwesen insgesamt etwas über 8 Millionen Euro für beide Jahre zur Verfügung. Als im September der Entwurf vorlag, war darin aufgeführt, wie viele Chemieoberräte und Regierungsamtmänner die Behörde fordert. Es war drin aufgeführt, wie viele Fahrzeuge gekauft und wie viele geleast werden. Jedoch steht überhaupt nicht fest, wie viele Betriebe diese 90 Mitarbeiter kontrollieren sollen. Wir fragen uns schon, ob eine Behörde mit dieser Ausstattung ihre Aufgaben überhaupt erfüllen kann, ohne dass am Ende doch wieder die Kontrolleure der Landratsämter ausrücken müssen, um Amtshilfe zu leisten. Diese sollten ja eigentlich entlastet werden. Frau Ministerin, ein gut gehütetes Geheimnis ist bis heute, warum sich das Ministerium gerade für dieses Organisationsmodell entschieden hat. Aber das passt zu Ihrer Informationspolitik. Man erfährt alles immer nur scheibchenweise und leider oder Gott sei Dank wenigstens aus den Medien. Das war auch so, als Sie auf die Idee gekommen sind, die Lebensmittelkontrolle komplett von den Landratsämtern abzuziehen. Der Aufschrei war groß. Zum Glück haben Sie die Anregungen und die Anträge der FREIEN WÄHLER übernommen und somit das Ganze auf vernünftige Beine gestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten in dieser Art und Weise weiter zusammenarbeiten, dann kommen wir im Bereich Umwelt und Naturschutz schneller voran. Ich würde mir wünschen, dass vernünftige Anträge der Opposition – das sind sie ja meistens – in die Arbeit der CSU einfließen, um schneller voranzukommen. Dann muss man nachher nicht jammern, dass das eine oder andere so lange dauert. Das wäre mein Wunsch. Nachdem bald Weihnachten ist, darf ich diesen Wunsch durchaus äußern. Ich hoffe, dass es im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren besser geht. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Dr. Magerl. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das ist, wenn ich richtig gezählt habe, der 13. Doppelhaushalt, den ich hier mitmachen darf.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sieht man dir gar nicht an! – Volkmar Halbleib (SPD): Du hast dich gut gehalten!)

Aber ich muss feststellen: So viel Lob, wie ich heute hier gehört habe, habe ich in den ganzen Vorjahren nie gehört. Ich gebe Ihnen einen guten Rat. Es gibt ein schönes, altes deutsches Sprichwort, das heißt: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man meint, wenn man Sie reden hört, Sie sind mit Ihren Initiativen im Universum und darüber hinaus die Besten. Man muss aber eines sagen: Das ist mitnichten der Fall. Der Umwelthaushalt ist und bleibt in diesem Gesamtkonzert der Einzelpläne bedauer-

licherweise einer der kleinsten Haushalte. Das ist bereits von der Kollegin Biedefeld gesagt worden. Das bedauern wir genauso wie die SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich versuche, im Rahmen dieser Rede Bilanz zu ziehen, möchte ich mit einem Dank an diejenigen beginnen, die in diesem Bereich tätig sind. Dank gilt durchaus auch den Hauptamtlichen. Aber ein ganz, ganz großer Dank ergeht an die vielen Ehrenamtlichen, die jährlich mit Millionen Arbeitsstunden für Gotteslohn – in der Stunde 60 Minuten, am Abend das Licht umsonst – unterwegs sind und schauen, dass Bayern bei Natur- und Umweltschutz noch einigermaßen ein Gesicht behält.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie sind in den großen Verbänden Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, aber auch in vielen kleinen naturwissenschaftlichen Vereinigungen, in der Ornithologischen Gesellschaft, in den Landschaftspflegeverbänden usw. vertreten. Diesen Mitarbeitern gebührt wirklich Dank. Ich könnte noch viele Beispiele aufzählen. Ohne sie wäre Bayern wesentlich ärmer dran. Wenn wir beispielsweise bei den Kartierarbeiten und den Untersuchungen der Populationsentwicklungen die Ehrenamtlichen nicht hätten, wäre das Ministerium auf diesem Gebiet blind; denn es hätte keine Daten, da es selbst nicht in der Lage ist, diese Daten zu erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben sowohl zu den Kartierungen als auch zum Schutz gewisser Lebensräume Anträge gestellt. Mit Blick auf die Biodiversität wird deutlich: In keinem anderen Bereich stehen wir so blank und so schlecht da. Als Biologe, der seit 1973 selbst Kartierungen erstellt, anfangs für die Vogelwarte in Garmisch, habe ich einen Überblick.

Wer in die neue Rote Liste der Vögel Bayerns schaut, stellt fest: Trotz fast 30 Jahren Wiesenbrüter-Programm ist es der CSU-Staatsregierung nicht gelungen, unsere Wiesenbrüter zu schützen. Bekassine, Braunkehlchen, Großer Brachvogel, Uferschnepfe,

Wiesenpieper, Grauammer, sie alle sind vom Aussterben bedroht und stehen mittlerweile in der Roten Liste 1. Mit dem Kiebitz und dem Wachtelkönig stehen zwei weitere, vom Aussterben bedrohte Vögel in der Roten Liste 2. Es gibt keine einzige Art Wiesenbrüter mehr, die nicht mehr oder weniger stark gefährdet ist.

Sie sollten in Bezug auf die Freiwilligkeit und das Ordnungsrecht Ihr Credo und die Monstranz, die Sie vor sich hertragen, einmal hinterfragen, ob es in dem Bereich nicht fünf oder eins vor Zwölf ist und ob neben dem Wiesenbrüter-Programm nicht ordnungsrechtliche Maßnahmen dringendst erforderlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die neue Rote Liste zeigt einen weiteren Bereich der Biodiversität. Die Allerweltsarten verschwinden aus dem Offenland. Das ist eine Katastrophe und ein Offenbarungseid. Früher allgegenwärtige Arten wie Feldlerche, Gelbspötter und Kuckuck verschwinden langsam und kommen auf die Rote Liste. Selbst unseren Untermietern wie den in Häusern wohnenden Mehlschwalben und Rauchschwalben, die mit uns über Jahrhunderte zusammengelebt haben, haben wir gekündigt. Auch sie stehen jetzt auf der Roten Liste. Das kann es nicht sein. Hier ist nicht nur ein Umdenken, sondern ein völlig neues Handeln notwendig. Wenn wir zum Schutz der Biodiversität unseren regionalen, nationalen und internationalen Aufgaben nachkommen wollen, dann brauchen wir mehr Geld, aber auch deutlich mehr ordnungsrechtliche Regelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir haben gestern gehört: Bayern blüht. Wer aber die Rote Liste der Gefäßpflanzen und draußen die Fläche anschaut, stellt fest: Beim Vergleich mit den Pflanzen, die vor 40 Jahren auf den Wiesen, an Feld- und Waldrändern geblüht haben, wird deutlich, dass nicht mehr viel blüht. Das, was eigentlich blühen sollte, ist totgespritzt, gedüngt und somit weg. In diesem Land mag einiges blühen, aber auf den Wiesen blüht bedauerlicherweise nicht mehr viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Stichwort Flächenverbrauch, weil dieses Thema hierher gehört: Es ist uns – in Anführungszeichen – "gelungen", im letzten Jahr den Flächenverbrauch wieder um 20 % zu steigern. Auch die neue Statistik zeigt diesen Offenbarungseid. Aber was macht die CSU bei der Änderung des Bundesbaugesetzes? – Der Herr Abgeordnete Nüsslein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, fügt einen Passus ein, wonach das Bauen im Außenbereich deutlich erleichtert wird. Das ist ein völlig falsches Signal. Pfeifen Sie diesen Mann zurück; denn das würde zu deutlich mehr Flächenverbrauch führen, als es ohnehin schon der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zum nächsten Punkt, dem Moorschutz. Wir haben auch zu diesem Gebiet einen Antrag gestellt. Moore sind der beste und billigste CO₂-Speicher, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Auch hierfür müssen wir dringend mehr Geld in die Hand nehmen; denn in den letzten Jahren stieg in Bayern der CO₂-Ausstoß pro Kopf wieder. Herr Söder hat kurz vor Cancún den Ausstoß so hinrechnen lassen, dass er gerade noch auf 5,99 Tonnen pro Einwohner und Jahr gekommen ist, um sich feiern zu lassen. Mittlerweile liegen wir wieder deutlich über 6 Tonnen. Daher ist in Bezug auf den Moorschutz, aber auch in Bezug auf den Verkehr mit einem Anteil von 40 % an Kohlendioxid ausstoß ein Umdenken notwendig. Insofern müssen wir andere Wege einschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CSU, Hohes Haus, ich komme zum Schluss: Broschüren sind genug geschrieben. Lassen Sie uns endlich Taten sehen, Frau Ministerin!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ulrike Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will trotzdem so anfangen: Wir freuen uns über Parteigrenzen hinweg, wenn wir von Umfrageergebnissen erfahren, dass die Menschen gerne in Bayern leben, weil ihnen Natur und Landschaft gefallen, weil sie sich in dieser schönen Kulturlandschaft zu Hause fühlen und/oder weil der Aufenthalt in einer so schön empfundenen Natur natürlich erholsam und erbaulich ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das sind Fakten. Die Anzahl der Menschen, die diese Auffassung vertreten, geht an die 100 %.

Sicher sind auch viele Ehrenamtliche in der Landschaft tätig. In erster Linie sind es jedoch unsere Landwirte, die die Landschaft nicht nur nutzen, sondern auch erhalten, gestalten und, wenn man so will, auch pflegen. Über den Agrarhaushalt haben wir erfahren, welche Beiträge über das KULAP geleistet werden. Sie tragen dazu bei, dass die Landwirte nicht die ganze Fläche intensiv nutzen, sondern ihre Flächen in einem hohen Maße extensiver bewirtschaften, um Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Inzwischen werden diese Leistungen mit 260 Millionen Euro jährlich honoriert. Jeder zweite Landwirt macht mit, und es wird ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns erreicht. Das ist in meinen Augen ein großer Erfolg. Ich bin unseren Landwirten wirklich dankbar, dass sie mitziehen.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem sich der Kollege Martin Bachhuber den Einzelplan 12 schon sehr detailliert vorgenommen hat, möchte ich mich nur auf den Vertragsnaturschutz und die Landschaftspflege beschränken. Selbstverständlich kann man in der Kürze der Zeit nicht alles anschneiden.

Ich bin froh, dass wir es anders machen. Unser bayerischer Weg ist nach wie vor der kooperative Naturschutz mit dem Ansatz: Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation statt Ordnungsrecht. Meine Damen und Herren, wir sind erfolgreich, auch wenn es in vielen Bereichen finanziell auch etwas mehr geben könnte. Das müssen wir als Fachpolitiker immer wieder feststellen. Das ist klar. Wir Umweltpolitiker stehen zu allen Bereichen, die wir mit unseren finanziellen Mitteln abdecken müssen. Damit stehen wir auch zu der Struktur unseres Haushalts. Wir sind – das hat Martin Bachhuber schon gesagt – zufrieden mit der jetzigen Situation.

(Beifall bei der CSU)

Der Erhalt und die Pflege der einzigartigen Landschaft in Bayern, die das Wesen des Landes prägt, war und bleibt der Grundpfeiler unserer Politik. Das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030, das von der Staatsregierung beschlossen worden ist, zeigt auf, wie mit diesem kooperativen Ansatz die Vielfalt unserer Landschaft erhalten werden kann. Deshalb haben wir den Mittelansatz für das Jahr 2017 um 1,5 Millionen Euro und für das Jahr 2018 um weitere 500.000 Euro erhöht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Anmerkungen zum Vertragsnaturschutz machen. Für den Vertragsnaturschutz mit Erschwernisausgleich und für den Vertragsnaturschutz Wald haben wir bisher rund 40 Millionen Euro an Landes- und EU-Mitteln aufgewendet. Im Doppelhaushalt 2017/2018 erfolgt eine Aufstockung – das haben wir schon gehört – um insgesamt 10 Millionen Euro. Das sind pro Jahr 5 Millionen Euro mehr. Mit den zusätzlichen 5 Millionen Euro können wir – ich sage Gott sei Dank – Vertragsneuabschlüsse in größerem Umfang tätigen. Außerdem können weitere Landwirte und Maßnahmen in das Programm aufgenommen werden.

Die überwiegende Zahl von Vereinbarungen im Vertragsnaturschutz wird für Wiesen abgeschlossen. Im Jahr 2016 sind fast 53.000 Hektar mit einem Prämienvolumen von 29 Millionen Euro unter Vertrag genommen worden. Das entspricht rund 78 % der Gesamtausgaben. Außerdem gibt es weitere Verträge auch für die Milchviehbetriebe im

Alpenvorland. Das ist wichtig für die Almen und die Alpen. Diese Verträge umfassen noch einmal 22.700 Hektar mit einem Prämienvolumen von 5,6 Millionen Euro. Das ist positiv und sollte hoch angerechnet werden. Das hat nämlich einen Nebeneffekt: Durch diese Extensivierungsmaßnahmen im Vertragsnaturschutz kommt nicht nur Geld in die Kassen der Landwirte, sondern auf diese Weise kann auch das Überangebot an Milch etwas abgebaut und damit der Markt entlastet werden. Heute haben wir schon gehört, dass in der Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht unbedingt viel Gewinn erzielt werden konnte. Ich bin dankbar dafür, dass auch für den Vertragsnaturschutz wieder Verträge abgeschlossen werden können. Wir wissen, dass in den letzten Jahren sehr viele Vorhaben haben storniert werden müssen. Auch hier geht es weiter.

Ich komme zum Thema Landespflege. Zur weiteren Optimierung des kooperativen Ansatzes der bayerischen Naturschutzpolitik sollen die Landschaftspflegeverbände und die Naturparke in Bayern gestärkt und weiter ausgebaut werden. Das wird Schritt für Schritt erfolgen mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Die Förderung der Landschaftspflege flankiert effektiv den Vertragsnaturschutz mit investiven Maßnahmen, beispielsweise der Neupflanzung von Hecken, der Anlage von Feuchtbiotopen oder Entbuschungsmaßnahmen von Magerrasen usw.

Im Rahmen der Umsetzung der Landschaftspflege und der Naturparkrichtlinien wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 2.500 Maßnahmen durchgeführt bei einem Mittelvolumen von rund 15 Millionen Euro. Ich denke, das ist aner kennenswert. Das führt dazu, dass wir unsere Vorhaben besser umsetzen können. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt überwiegend durch die bayerischen Landschaftspflegeverbände. Wir wissen, dass wir das Ziel noch nicht erreicht haben. Derzeit sind es 59 Verbände. Es sollen weitere gegründet werden. Wir wissen auch, dass mit einer Erweiterung die Kuchenstücke nicht unbedingt kleiner werden sollen. Sie sollten weiter arbeiten können. Es wird eine Anstrengung sein, die Mittel entsprechend zu erhöhen. Das ist ganz klar.

Meine Damen und Herren, wir haben die eingesetzten Fördermittel für die Landschaftspflegeverbände mit den Maßnahmen, die wir durch den Änderungsantrag der CSU erreicht haben, um eine Millionen Euro zusätzlich im Jahr 2017 und noch einmal um 500.000 Euro im Jahr 2018 erhöht. Das ist eine Steigerung, die sich auch bemerkbar machen wird. Unsere Landschaftspflegeverbände sind – das wissen wir alle zu schätzen – hervorragende Einrichtungen, weil die Vertreter der Naturschutzverbände, die Kommunen und die Landwirtschaft segensreich zusammenwirken.

Damit komme ich zu meinem nächsten Thema, nämlich zur Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie. Dort sind wir noch nicht am Ende dessen, was wir leisten müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch anmerken, dass wir beim kooperativen Umweltschutz nicht die apodiktische Legislative nutzen. Stattdessen arbeiten wir mit der Freiwilligkeit. In Verbindung mit anderen Maßnahmen, beispielsweise mit den Greening-Förderungen, haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Die Lücken entlang der Gewässer konnten weiter geschlossen werden.

Geschätzter Kollege Christian Magerl, wir müssen aber auch konstatieren, dass wir nicht an jedem laufenden Meter etwas tun können. Es gibt an unseren Fließgewässern lange Abschnitte, an denen wir wegen einer Bebauung nicht groß etwas machen können. Wir sind hier mit Sicherheit im Soll. Mit den nötigen Maßnahmen werden wir entsprechend vorankommen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem Umfang von jährlich 150 Millionen Euro zu erheblichen Fortschritten führen werden. Seit einiger Zeit sind wir mit Niederschlägen konfrontiert, die wir uns früher nicht vorstellen konnten. Hier ist nicht nur die "Insel Bayern", sondern der gesamte Bund gefordert. Die drei Säulen, mit denen wir arbeiten, nämlich der ökologische Gewässerschutz, der technische Gewässerschutz und die vorbeugenden Maßnahmen, sind die drei Optionen. Dessen sind wir uns bewusst.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 12 unseres Haushalts ist ausgewogen. Die Steigerung um 1,7 und 2,4 % sehen wir als wesentlichen Fortschritt an. Wir wissen, dass wir die Decke noch nicht erreicht haben. Die Umweltpolitiker unserer Fraktion werden dies auch anmahnen und schauen, wie wir hier weiterkommen.

Daher möchte ich noch einmal feststellen: Wir sind für Partnerschaft und für Kooperation. Das wird unser Credo bleiben. Das Nachsteuern über ein Gesetz ist für uns der letzte Weg und die letzte Möglichkeit. Von dieser Möglichkeit wollen wir nicht allzu schnell Gebrauch machen. Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Einzelplan 12 sowie zu den beiden Änderungsanträgen, die von der Fraktion der CSU eingereicht worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Herr Kollege Scheuenstuhl. Bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Herrn Kollegen Magerl schätzen wir alle. Er hat heute gesagt, wie schlecht es um die Natur bestellt ist und die Tiere und Pflanzen benannt, deren Bestand immer weiter zurückgeht. Ich frage Sie deshalb, ob Sie das, was Sie gesagt haben, tatsächlich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Von Ihnen als Fachmann hätte ich erwartet, dass Sie Herrn Dr. Magerl widerlegen und jedes einzelne Blümelchen, jedes einzelne Krabbeltier und jeden einzelnen Schmetterling nennen, deren Bestand in Bayern zunimmt, selbstverständlich auch jeden einzelnen Vogel. Was machen Sie? – Sie sagen, es sei alles in Ordnung, alles paletti. Es tut mir leid, hier haben Sie den falschen Ton getroffen. Ihre Aussage, dass die Freiwilligkeit vor Ordnungsmaßnahmen gehe, ist gut und schön. Ich frage Sie dann aber, wie lange Sie noch warten wollen. Sie kennen doch die Diskussion um die Wasserrahmenrichtlinie. Wann wollen Sie etwas tun?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben behauptet, dass ein Drittel der Landesfläche im KULAP enthalten sei. Ich bezweifle das. Vielleicht können Sie das noch einmal erklären. Das kann nicht stimmen. Vielleicht sehen Sie noch einmal in Ihren Unterlagen nach. Das würde ja bedeuten, dass fast ein Drittel der bayerischen Fläche von diesem Programm profitieren würde.

Das Versagen bei der Wasserrahmenrichtlinie haben Sie schön umschrieben. Sie hätten eigentlich bis zum Jahr 2015 schon alles erledigen müssen. Wo sind die Mittel dafür? Wieviel Geld haben Sie bereitgestellt? Warum haben diese Mittel nicht zum Erfolg geführt? Dann müssten Sie nämlich nicht jeden Meter eines Ufers ökologisch neu aufbauen. Sie haben noch genügend Platz, wo Sie das Geld sinnvoll einsetzen können.

Was mich ebenfalls stört, sind die Themen Sturzfluten und Hochwasser. Glauben Sie wirklich, dass man das Glück haben muss, in einer Gemeinde zu leben, die sich den Hochwasserschutz leisten kann? Ich sage: Der Hochwasserschutz nach Kassenlage muss aufhören! Jeder Mensch in Bayern muss überall gleich sicher sein!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, ich versuche jetzt einmal, die einzelnen Anmerkungen abzuarbeiten. Wir haben in Bayern viele Arten, die sich so prächtig entwickelt haben, dass wir inzwischen schon wieder Probleme mit ihnen haben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das nützt dem Brachvogel nichts!)

– Ja, das nützt dem Brachvogel nichts. Aus meinem Heimatort kann ich aber das Beispiel der Wiesenweihe nennen. Die Wiesenweihe steht am Ende der Nahrungskette; das müsste auch mein Kollege Dr. Magerl wissen. Die Wiesenweihe kann sich nicht

allein von Luft und Gras ernähren, sondern sie greift auch kleine Singvögel und dergleichen. Hier müssen wir die Zusammenhänge herstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch längst alles hergestellt!)

– Ich bin mir nicht sicher, dass da alles so hergestellt ist. Als weiteres Beispiel nenne ich die Mehlschwalbe. Früher gab es in jedem Dorf 20 landwirtschaftliche Betriebe mit Kuhhaltung, da war die Situation anders als heute.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihre Agrarpolitik hat das kaputt gemacht!)

– Herr Kollege Aiwanger, wir sind doch nicht so blauäugig, zu glauben, wir könnten die Zeit wieder in die Fünfzigerjahre zurückdrehen. Da gibt es knallharte Fakten, die nicht nur die Staatsregierung, sondern die auch Sie nicht ändern können.

Des Weiteren wurde die Wasserrahmenrichtlinie angesprochen. Das Stichwort "Hochwasserschutz nach Kassenlage" kennen wir schon. Das haben wir schon sehr oft gehört. Die Staatsregierung nimmt sehr viel Geld in die Hand. Aber man kann alles übertreiben. Sind denn 150 Millionen Euro pro Jahr nichts? Wir müssen erst einmal sehen, dass alle Maßnahmen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

In meinem Gäu sind die Vorbereitungen getroffen worden. Das Hochwasserschutzkonzept ist erstellt; jetzt muss es sukzessive umgesetzt werden. Wir können das nicht mit einem Zauberspruch von heute auf morgen erreichen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Eine Gemeinde kann es sich leisten, die andere nicht!)

– Das sind plakative Aussagen. Die Staatsregierung hat in Bayern noch nie eine Gemeinde völlig im Regen stehen lassen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sonderzuweisungen!)

Es hat immer wieder Lösungen gegeben. So extrem, wie Sie das darstellen, ist es nicht. Das soll als Antwort genügen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Kraus. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, wertcs Präsidium, werte Anwesende vom Ministerium, Frau Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz! Das Ministerium trägt einen Doppclnamen. Ich möchte jetzt ein paar Fakten zum Verbraucherschutz liefern, weil es mir so vorkommt, dass von den 90 Minuten Redezeit geschätzte 70 Minuten für die Umwelt verwendet worden sind. An den Summen sieht man, wie hoch das Thema Verbraucherschutz im bayerischen Haushalt bewertet wird.

Heute wurde schon den Umweltschutzverbänden gedankt. Ich möchte mich jetzt bei den zwei großen Verbraucherschutzverbänden, nämlich bei der Verbraucherzentrale Bayern und beim VerbraucherService Bayern, bedanken.

(Florian von Brunn (SPD): Die kriegen viel Geld vom Bund!)

Diese beiden Verbände sind wichtige Einrichtungen. Sie leisten in unserem Land eine wirklich gute Arbeit. Für unsere Einwohner sind sie bei größeren und kleineren Problemen wichtige Ansprechpartner.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Da diese Verbände eine gute Arbeit leisten, brauchen sie auch gutes Geld, damit sie diese gute Arbeit leisten können. Wir haben die Summen gehört: Der Haushalt für das Jahr 2017 umfasst gute 880 Millionen Euro, der Haushalt für das Jahr 2018 gute 900 Millionen Euro. Somit reden wir gerade über einen der kleineren Einzelpläne. Dabei ist doch das Thema Verbraucherschutz so wichtig, dass es jeden von uns betrifft und angeht. Wir sind gewählte Vertreter des bayerischen Volkes. Unsere Aufgabe

ist es, unsere Bevölkerung zu schützen. Leider sind in Bayern viele Betrüger unterwegs, die unsere Leute nur abzocken und um ihr eigenes Geld bringen wollen.

Wir schützen die Bürger durch eine gezielte Verbraucherberatung, die auch finanziert wird, wie das richtigerweise gesagt worden ist. Aus der Sicht der FREIEN WÄHLER besteht hier aber durchaus noch Luft nach oben. Wir könnten wirklich noch mehr Geld in den Haushalt einstellen. Alle unsere Forderungen waren durchaus moderat. Das werden die Haushälter bestätigen können. Leider sind alle unsere moderaten Forderungen in den Ausschüssen, besonders im Haushaltsausschuss, mit diversen Begründungen abgelehnt worden.

Ein Beispiel ist die Finanzberatung. Wir wissen: In einer Zeit mit Nullzinsen oder teilweise sogar Negativzinsen ist es für sehr viele Leute ganz wichtig, dass sie eine unabhängige Beratung bekommen; denn bei den Banken und bei anderen Dienstleistern, die hauptberuflich beraten, ist die Beratung oft mit einer Provision verbunden. Es kann nicht in unserem Sinne sein, dass Leute betrogen werden, wenn sie irgendwelche Papiergeldanlagen machen. Das gilt auch bei Immobilien. In diese Anlageform flüchten sich viele, weil sie meinen, sie ist momentan ein bisschen stabiler. Wenn man mit den Verbraucherverbänden spricht, hört man, dass Wartezeiten von einigen Monaten durchaus keine Einzelfälle sind. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

Es sind Zahlen genannt worden. Die Steigerungen im Haushalt des Ministeriums betragen 1,5 % und 2,4 %. Ich vergleiche diese Angaben mit der Rentensteigerung. Wenn ein langjähriger Abgeordneter 2 % Rentenerhöhung bekommt, kann er mit diesem zusätzlichen Geld durchaus etwas anfangen. Für einen Rentner, der eine Rente von vielleicht 300 oder 400 Euro bekommt, ist eine Erhöhung um 1,5 % oder 2,4 % aber eine weniger als marginale Erhöhung. Deswegen stellen wir nach wie vor unsere Anträge zur Stärkung der Verbraucherberatung. Das ist gut für uns und für die Verbraucher.

Wie ich im Protokoll nachgelesen habe, ist es genau zwei Jahre und vier Tage her, dass ich die Ministerin gelobt habe. Ich habe ihr einen breiten Buckel und ein dickes Fell gewünscht und ihr die Daumen gedrückt, dass sie bei der Haltung zur dritten Startbahn bleibt, die sie oft in der Presse kommuniziert, sprich: Die Frau Umweltministerin ist gegen die dritte Startbahn. Das ist natürlich ganz in unserem Sinne. Wenn man die dritte Startbahn verhindert, ist das Verbraucherschutz pur. Das ist ganz wichtig für unser zukünftiges Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Kollege Zierer hat gesagt, dass eine Pressemitteilung herausgegeben worden ist, derzufolge die Ministerin sich mittlerweile wieder ein bisschen um den Welpenhandel kümmert. Was ich darin gelesen habe, war ganz nett. Die Überschrift von dieser Kampagne lautet: "Vernunft statt Mitleid". Bei "Vernunft" schaue ich jetzt auf die von mir aus rechte Seite. Vernünftig wäre, dass wir die dritte Startbahn endlich beerdigen. Das wäre Vernunft pur.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Seid S' doch einmal vernünftig!)

Ich kann nur dazu aufrufen, hier vernünftig zu sein.

"Vernunft statt Mitleid": Zu "Mitleid" fällt mir nur ein, dass ihr mit der FMG, also mit der Flughafen München GmbH, Mitleid habt, oder vielleicht mit dem Herrn Kerkloh, der unbedingt diese dritte Startbahn braucht.

Vernunft ist auch bei CETA gefragt. CETA und TTIP sind heute schon angesprochen worden. TTIP ist momentan fast weg. Aber CETA kann durchaus noch ein Problem für uns werden. Vernünftig ist, wenn wir es verhindern und dann ein Siegel für den Verbraucherschutz in Bayern einführen. Das wäre gar keine so schlechte Zukunft. Natürlich wäre es schön, wenn mehr Gelder eingestellt werden. So viel jetzt zu später Stunde von mir zum Thema Verbraucherschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Steinberger das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Lieber Kollege Hünnerkopf, ein Satz, den Sie als Umweltpolitiker gesagt haben, hat mich schon ein bisschen erschreckt. Sie haben nämlich gesagt: Wir sind zufrieden mit der jetzigen Situation. – Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, Sie haben gar nicht bei dem zugehört, was mein Kollege Christian Magerl gerade aufgezählt hat. Man kann vielleicht aus der Sicht der Landwirte mit der jetzigen Situation zufrieden sein; aus der Sicht von Natur- und Umweltschützern können wir auf keinen Fall mit der jetzigen Situation zufrieden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Erklärung dafür, dass die Zahl der vielen Singvögel abnimmt, sagen Sie, die Wiesenweihe habe sie alle gefressen. Das heißt für mich schon, dass Sie von ökologischen Zusammenhängen nicht viel Ahnung haben oder zumindest diese gut verbergen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zurück zum Verbraucherschutz. Dabei möchte ich gerne der Frau Ministerin ein Kompliment aussprechen, weil es ihr gelungen ist, im Haushalt 70 neue Stellen für die Lebensmittelkontrolle einzustellen. Wir finden das sehr gut und positiv. Ob die 70 Stellen ausreichen, wissen wir auch nicht so genau. Darauf komme ich später noch mal.

Aber was wird denn mit diesen 70 Stellen gemacht? Werden diese 70 Stellen tatsächlich effizient eingesetzt? – Wir sind der Meinung: Das ist nicht der Fall; denn Sie schaffen eine neue Struktur. Durch die Sonderbehörde, die Sie schaffen, entsteht eine Doppelstruktur. Das wird zu einem Gerangel der Zuständigkeiten führen. Wir haben das

schon öfter ausgeführt. Wir werden es in Zukunft mit verschiedenen Ebenen zu tun haben, die miteinander konkurrieren: die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Regierungen als Kontrollinstanz. Es gibt die neue Sonderbehörde, das LGL und das Ministerium. Bei der Umsetzung dieser Strukturreform wünsche ich Ihnen schon jetzt viel Glück und gutes Gelingen.

Wir hätten andere Vorstellungen, die wir auch in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, wie wir diese 70 Stellen neu einsetzen wollen. Wir wollen sie nämlich bei den Bezirksregierungen einsetzen; denn dort gibt es die von mir schon genannte Kontrollinstanz; dort gibt es bereits das Know-how. Darauf zielt unser Haushaltsantrag.

Außerdem wollen wir die Bezirksregierungen besser ausstatten. Wir wollen auch die Spezialeinheit beim LGL auf die Bezirke verteilen. Dann hätten wir die Möglichkeit, bei sieben Bezirksregierungen eine starke Kontrolleinheit zu installieren, die die Risikobetriebe wirklich und räumlich nah, effektiv kontrollieren könnte. Vorbild wären für uns die Gewerbeaufsichtsämter. Die kennen Sie alle. Sie arbeiten relativ geräuschlos, aber sehr effektiv. Diese Behörden könnten hier als Vorbild dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Naturwissenschaftlerin bin ich es gewohnt, eine Situation erst einmal zu analysieren und dann daraus die Konsequenzen zu ziehen. Auf so ein Vorgehen warten wir bei der Staatsregierung leider vergebens. Noch immer warten wir auf eine Personalbedarfsanalyse der Staatsregierung. Man muss erst einmal wissen, wo das Personal fehlt, bevor man neues einsetzt. Aber das wird nicht gemacht. Stattdessen wird in blindem Aktionismus eine neue Behörde aus dem Boden gestampft, egal, ob das sinnvoll ist oder nicht. Wir fürchten, dass hier viel Geld nicht effektiv eingesetzt, sondern verbrannt wird.

Ich frage mich, ob es der neuen Behörde gelingen wird, dort vor Ort zu sein, wo es nottut. Ich stelle mir vor, die Behörde sitzt in Erding, muss aber zwischen Kempten und Bayerisch Eisenstein oder Grafenau die großen Betriebe kontrollieren. Ich kann mir

vorstellen, dass das Personal sehr viel Zeit auf der Straße und wenig Zeit in den Betrieben vor Ort verbringen wird.

Ich möchte noch das Beispiel der Schlachthöfe anführen. Für sie brauchen wir dringend eine bessere Kontrolle. Aber soweit wir wissen, können sich die kreisfreien Städte aussuchen, ob sie nun ihre Schlachthöfe selber kontrollieren wollen oder nicht, vermutlich, weil die Schlachthöfe so kontrollintensiv sind. Man sieht doch schon, dass Ihre neue Behörde bereits jetzt unterfinanziert oder nicht richtig organisiert ist. Wenn eine Stadt einen Schlachthof hat und die Kontrollen selbst vornehmen möchte, bräuchte sie dafür unbedingt ein eigenes Veterinäramt. Aber wir wissen, dass sehr viele kreisfreie Städte leider kein eigenes Veterinäramt besitzen. Deshalb wird diese Kontrolle auch in Zukunft, wenn sie in der Verantwortung der kreisfreien Städte liegt, nicht gut funktionieren.

Die Beispiele zeigen ganz deutlich, dass es so nicht zuverlässig funktioniert. Ich möchte hier nicht die Amtsveterinäre kritisieren. Wir haben bei dem erwähnten Beitrag der Presse festgestellt, dass die Amtsveterinäre oft nicht im gesamten Schlachthof anwesend sind und dann die Angaben, die sie weitergeben, leider nicht ordentlich verfolgt werden.

Die Mängel, die ich jetzt angesprochen habe, betreffen vor allem den Tierschutz. In der Bayerischen Verfassung steht: "Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt." Dieser Satz muss uns Auftrag und Verpflichtung sein. Wer geht denn besser mit diesem Verfassungsgrundsatz um als die Tierheime? – Heute ist schon sehr viel Dank ausgesprochen worden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Freiwilligen in den Tierheimen sehr bedanken. Sie sind ehrenamtlich und mit großem Engagement zum Wohl unserer Tiere tätig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es ein Skandal, dass die Staatsregierung diese Einrichtungen überhaupt nicht finanziell unterstützt. Alle Oppositionsfraktionen haben dazu Anträge eingereicht;

aber leider wird vermutlich keiner dieser Anträge von Ihnen berücksichtigt werden. Das würde gar nicht so viel kosten. Eine Internetkampagne, wie Sie sie in Gang gesetzt haben, Frau Ministerin, ist zwar schön und nett, wird aber auf keinen Fall ausreichen; denn die Tierheime brauchen nicht nur gute Worte und Internetkampagnen, sondern auch finanzielle Unterstützung.

Als letzten Punkt möchte ich die Ersatzmethoden für Tierversuche ansprechen. Wir haben einen Antrag eingereicht. Die Tierversuche werden leider immer mehr. Es müsste dringend eine Erforschung der Ersatzmethoden erfolgen. Da passiert in Bayern leider viel zu wenig. Andere Bundesländer sind hier viel weiter. Berlin zum Beispiel hat eine eigene Professur eingerichtet. Aber da sind wir in Bayern leider noch nicht so weit. In diesem Sinn haben Sie die Bayerische Verfassung nicht wirklich umgesetzt. Ein Tierschutzplan für Bayern ist überfällig. Er sollte sich auch im Haushalt widerspiegeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Scharf um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Vielen Dank. Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinen Vorrednern für ihre Ausführungen und schließe mich ausdrücklich den Dankesworten an. Das gilt genauso für den amtlichen Naturschutz wie für alle, die ehrenamtlich tätig sind, gerne auch für unsere Verbraucherverbände. Wir, die hier ehrenamtlich tätig sind, befinden uns übrigens alle in guter Gesellschaft, egal ob im Sport, im Sozialen, im Brauchtum oder in der Tradition. Auch im Naturschutz spielt das Ehrenamt eine ganz große Rolle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir begegnen unseren Naturschutzehrenamtlichen mit einer hohen Anerkennungskultur, mit Auszeichnungen, mit Ehrungen und herzlichem Dank für das Engagement, das sie freiwillig einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Magerl, Sie sprechen von Selbstlob und Hochmut. Ich kann Ihnen nur zuzurufen: Wer den Mut zur Wahrheit und die Kraft zur Objektivität hat, wird feststellen, dass dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ein hervorragendes Beispiel für höhere Haushaltskunst ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das war fast schon poetisch!)

Wir schaffen zum zwölften und dreizehnten Mal in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung. Wir setzen den Schuldenabbau fort und gehen mit Siebenmeilenstiefeln auf unser Epochenziel zu, nämlich bis 2030 schuldenfrei zu sein. Die Wetteraussichten sind hier deshalb ganz besonders gut, weil unser Ministerpräsident über den Länderfinanzausgleich umfangreiche Entlastungen verhandelt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, obendrein bringen wir die Kraft zur Zukunftsgestaltung auf, und zwar in einer Weise, wie Sie es nirgends sonst in Europa finden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 12 ist eine kraftvolle Agenda für den Umwelt- und Verbraucherschutz in den kommenden zwei Jahren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Er bringt 882 Millionen Euro bzw. 903 Millionen Euro für 2017 und 2018. Das bedeutet ein Plus von 1,7 % bzw. 2,3 % oder anders ausgedrückt ein Plus von 14 Millionen Euro bzw. 20 Millionen Euro, immer gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Wir haben in den kommenden zwei Jahren wieder eine Investitionsquote, die sich mancher als Wahlergebnis wünschen würde, nämlich zweimal über 30 %. Das sind die Topzahlen schlechthin. Man kann kurz zusammenfassen: Der Doppelhaushalt 2017/2018 und mit ihm der Einzelplan 12 ist der Gestaltungs- und Zukunftspakt in Zahlen ausgedrückt.

Meine Damen und Herren, wir setzen beim Einzelplan 12 vier große Ausrufezeichen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das erste Ausrufezeichen betrifft Sicherheit und Hochwasserschutz. Ich muss mich schon wundern über die Ausführungen von Vorrednern der Opposition insbesondere zu den Investitionen im Hochwasserschutz. Meine Damen und Herren, der Hochwasserschutz ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Er ist eine Aufgabe, die die Gesellschaft insgesamt stemmen muss. So wie die Menschen in Fischerdorf 2013 und in Simbach 2016 die Ärmel hochgekrempelt haben, so müssen wir als Gesellschaft in Bayern zusammenhalten, wenn es um den Schutz von Leib, Leben und Eigentum geht. Unsere Solidarität im Zeichen der Sicherheit sieht folgendermaßen aus: Wenn man alle Mittel zusammennimmt, dann kommen wir auf einen Hochwasserschutz von jährlich 150 Millionen Euro. Jährlich. Ich betone das nochmal. Für die Menschen an der niederbayerischen Donau stellen wir dieses Mal wieder zusätzlich 35 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Der Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen, den Sie immer mal kritisieren, Herr Kollege Aiwanger, hat bei uns höchste Priorität. Wir kommen hier sehr gut voran. Eine Aufaddierung der Investitionen seit 2001 ergibt insgesamt 300 Millionen Euro nur für den Bereich an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.

Meine Damen und Herren, ich denke heute besonders an diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die Opfer der Hochwasserkatastrophe vom Juni dieses Jahres geworden sind. Ich denke, in der Weihnachtszeit sind die Erinnerungen dieser Menschen ganz besonders schmerzlich. Ich möchte, dass wir aus dem Parlament heraus die Gelegenheit dieser Debatte nutzen, um ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Sagen wir den Betroffenen aus diesem Hohen Haus heraus, dass wir zwar keinen 100-prozentigen Schutz garantieren können, aber dass wir alles unternehmen werden, um den bestmöglichen Schutz im Bereich des Hochwassers umzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte an dieser Stelle all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Wasserwirtschaft ganz herzlich danken. Sie arbeiten wirklich unter Hochdruck. Es sind ausgemachte Experten, die viele Konzepte berechnen können und vieles auf den Weg

bringen. Wir brauchen diese Experten. Ich darf noch die Zahlen ergänzen. Wir ergänzen den Hochwasserschutz um die Komponente Sturzfluten. Sie können das ruhig kritisieren. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir hier zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Das sind insgesamt zwölf Millionen Euro und obendrein 30 zusätzliche Stellen für unsere Wasserwirtschaft, um Hochwasserschutz umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zweites Ausrufezeichen in unserem Haushalt gilt der Sicherheit bei den Lebensmitteln. Gemeinsam mit unseren 71 Landräten, mit dem Bayerischen Städtetag und mit unseren Partnern in den Verbänden haben wir die bedeutendste Strukturreform auf den Weg gebracht, die das staatliche Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung in Bayern je gesehen haben. Ich darf es in zwei Sätzen zusammenfassen: Zum einen erhalten wir das Bewährte, nämlich die Kontrollzuständigkeit der Landratsämter für die kleinen Betriebe. Zum anderen schaffen wir eine starke neue Kontrollbehörde für Nord- und für Südbayern. Sie wird für die Kontrollen aller komplexen Betriebe zuständig sein. Unser Ziel ist ganz eindeutig: Wir wollen ein menschenmögliches Maximum an Lebensmittelsicherheit in unserem Land herstellen. Ich sage an dieser Stelle auch Folgendes, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unser LGL liefert jedes Jahr einen Bericht ab, in dem Sie lesen können, dass über 99 % unserer Lebensmittel sicher sind. Auch das gehört dazu. Die Lebensmittel in Bayern sind gut und sicher.

(Beifall bei der CSU)

Wir verstärken mit unserer neuen Reform die Kontrollen noch weiter. Konkret in Zahlen ausgedrückt stellen wir 2017 1,5 Millionen Euro und 2018 600.000 Euro für den Ausbau und den Betrieb der neuen Behörde bereit. Wir schaffen zusätzlich 70 neue Stellen und, Frau Kollegin Steinberger, 20 weitere Stellen, die vom LGL hinzukommen, also insgesamt 90 Stellen. Insgesamt liegt der Ansatz für diese neue Kontrollbehörde im Doppelhaushalt bei 3,2 Millionen Euro bzw. 5,4 Millionen Euro. Hinzu kommen 2 Millionen Euro für das LGL, die dazu dienen, die Etablierung neuer Untersuchungsmethoden weiterzuentwickeln. Damit ist es aber nicht genug. Die Le-

bensmittelsicherheit weiß-blau hat ein exzellentes Grundlagenniveau. Wir bekennen uns seit Jahren zu den umfassenden Aufgaben, bei denen wir erneut fast durchgängig die Gelder erhöhen können. Ich möchte hier beispielhaft den Titel für den gesundheitlichen Verbraucherschutz nennen: 35 % mehr als im Jahr 2016, 3,5 Millionen Euro pro Jahr, meine Damen und Herren.

Ich nenne zweitens noch ein paar Zahlen. Unser Ansatz für das LGL beträgt 66,7 Millionen Euro und 67,4 Millionen Euro. Das ist ein ganz dickes Plus gegenüber dem Haushalt 2016 und vor allen Dingen ein dickes Plus an wissenschaftlicher Erkenntnis, die wir umsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Großteil unseres Geldes für die Hochbaumaßnahmen fließt in das LGL. Fünf Millionen Euro bzw. sechs Millionen Euro stehen für die Jahre 2017 und 2018 bereit. Davon finanzieren wir unter anderem einen Ersatzneubau für Erlangen, einen Ersatzneubau für Würzburg und die Sanierung einer Halle in München. Übrigens erhöhen wir auch die Mittel für den Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen, und zwar immer mit dem klaren Ziel: Wir wollen den mündigen Verbraucher und unterstützen dort, wo der Verbraucher Hilfe braucht. Dafür geht der Dank an Verbraucherzentrale und Verbraucherservice in Bayern. Wir finanzieren zusätzlich die Lohnsteigerungen, die Mieterhöhungen und die Ausstattungskosten der Verbraucherverbände. Das alles ist eine Verantwortungsagenda im Dienste unserer Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, unser drittes Ausrufezeichen ist die Daseinsvorsorge. Es gibt eine Handvoll Parameter, die Aufschluss geben über die Qualität und das Leistungsvermögen der Daseinsvorsorge in unserem Land. Einer dieser Parameter ist der Zustand der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Wir haben die Mittel für die Förderung von Trink- und Abwasseranlagen mit knapp 81 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 auf einem hohen Niveau gehalten. In den nächsten Jahren werden die bewilligten Projekte noch abfinanziert, und dann können wir davon ausge-

hen, dass die Erstausrüstung mit Trink- und Abwasseranlagen weitestgehend abgeschlossen ist. Das heißt umgerechnet, 99 % unserer Bevölkerung sind an die öffentliche Wasserversorgung und 97 % der Bevölkerung an Kläranlagen angeschlossen.

Der Freistaat hat die Kommunen auf diesem Weg zur Erstausrüstung mit über 12 Milliarden Euro begleitet und unterstützt, und unsere Kommunen besitzen heute Anlagen mit einem Wiederbeschaffungswert von rund 75 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt: Wir haben ein öffentliches Kanalsystem, das mit rund 100.000 km zweimal um die Erde reicht. Die Aufgabe der Zukunft lautet jetzt, dass wir die Anlagen erhalten. Das wird unsere große Herausforderung sein. Die Kanäle und Wasserleitungen müssen dicht sein. Die Trinkwassergewinnungsanlagen und die Kläranlagen müssen auf dem Stand der Technik sein. Die Kommunen kommen dieser Aufgabe wirklich verantwortungsbewusst und klug nach, klug im Sinne von Gebühren und von Ausbau und vor allem auch im Sinne des Anlagenerhalts. Sie wissen, dass wir auch eine Härtefallregelung beschlossen haben. Wenn eine Kommune unter die Härtefallregelung fällt, helfen wir. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Parameter moderner Daseinsvorsorge ist unsere Anstrengung für funktionierende Abfallwirtschaft, für Bodenschutz, aber auch für Altlastenbeseitigung. Hinter diesem Kapitel steckt beispielsweise die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern – GAB. Das ist eine unserer Erfolgsgeschichten, wenn es um die Sanierung von industriellen Altlasten oder die Stilllegung von Hausmülldeponien geht.

Einen vierten Punkt möchte ich anfügen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich den Erhalt der Naturheimat. Es gibt in Bayern und in anderen erfolgreichen Ländern eine Definition von Wohlstand, die weit über das bloße Geldverdienen hinausreicht. Sie bemisst sich nach der Fähigkeit einer Gesellschaft, Schöpfung und Naturheimat dauerhaft zu sichern. Ich erkenne hier zwei Entwicklungslinien, und zwar zum einen die wirtschaftspolitische Diskussion. Viele Unternehmer, mit denen ich rede – ich bin sehr viel

unterwegs –, sagen mir, dass Umweltschutz kein Wachstumskiller, sondern genau das Gegenteil ist, nämlich ein Wachstumstreiber. Er ist sogar selbst zum Geschäftsmodell geworden. In der Umweltwirtschaft sind nämlich 100.000 Menschen beschäftigt, und das Umsatzvolumen beträgt rund 23 Milliarden Euro. Liebe Kollegin Aigner, das ist der Shootingstar in der bayerischen Wirtschaft. In der Umwelt- und Klimatechnologie ist wirklich Musik.

(Beifall bei der CSU)

Als zweite Linie erkenne ich die gesellschaftspolitische Diskussion. Wir haben das heute schon einmal gehört. Wir haben über alle Schichten hinweg ein klares Bekenntnis zur Natur.

(Florian von Brunn (SPD): Nur bei der CSU-Fraktion nicht so ganz!)

Lieber Otto Hünnerkopf, du hast es ausgeführt. Fast 100 % sind laut der letzten BR-Bayernstudie davon überzeugt, dass sie Landschaft und Natur als ihren Wohlfühlfaktor Nummer 1 empfinden. Ich meine, deutlicher kann man einen Auftrag der Wähler für die Politik überhaupt nicht formulieren. Das ist ein klarer Auftrag zum Schutz unserer Naturheimat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Als Staatsregierung nehmen wir diesen Auftrag sehr ernst. Wir nehmen ihn an und übersetzen ihn in den Einzelplan 12. Wir erhöhen die Fachmittel für den Naturschutz und für die Landschaftspflege gegenüber 2016 um 9 Millionen Euro für 2017 und um 8,5 Millionen Euro für 2018. Wir bauen damit den Vertragsnaturschutz weiter aus – ein absolutes Erfolgsprogramm, bei dem ich mir wünsche, dass wir noch viele Landwirte auf diesem gemeinsamen Weg unter Vertrag bringen. Wir unterstützen unsere Landschaftspflegeverbände und unsere Naturparkvereine und treiben das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 mit Kraft voran. Allein dafür stehen 3,5 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

Das Beste ist im Haushalt überhaupt noch nicht enthalten, nämlich unsere Pläne für einen dritten Nationalpark in Bayern. Ich habe Gespräche geführt, habe noch weitere Termine und bin sehr positiv beeindruckt. Ein dritter Nationalpark – so stellen das die Gesprächspartner, in diesem Fall verantwortliche Politiker, fest – bietet eine wunderbare Möglichkeit in jeglicher Hinsicht, natürlich an erster Stelle bezüglich des Naturschutzes.

(Florian von Brunn (SPD): Ohne Geld dafür!)

Ein dritter Nationalpark wird kein Akt der Zwangsbeglückung, sondern das Ergebnis eines Dialogprozesses sein, den wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den verantwortlichen Politikern vor Ort führen und bei dem wir eine gemeinsame Lösung finden werden.

(Florian von Brunn (SPD): Warum stehen dann dafür keine Haushaltsmittel bereit?)

Ich bekenne mich ganz klar zu dieser Vision. Ein dritter Nationalpark in einem Land wie Bayern ist für mich der vollkommenste Ausdruck für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie.

(Zuruf von den GRÜNEN: Steigerwald!)

Ich denke, hier kommen Politik und Bürger zusammen, um gemeinsam etwas Neues zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen zu dieser späten Stunde für Ihre Aufmerksamkeit. Ich sage mit Ihnen heute Ja zu Bayern.

(Florian von Brunn (SPD): Die Umfragen geben ihr recht!)

Alle, die bei diesem Doppelhaushalt mitstimmen, stimmen für die Zukunftskraft und die Verantwortungsbereitschaft, die sich im Einzelplan 12, aber auch im Gesamthaushalt findet.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege von Brunn. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, wir haben heute aus Ihrem Mund und von den Kolleginnen und Kollegen von der CSU viel Lob zu Ihrem Haushalt gehört. Ich will das einmal ein bisschen einordnen. 1,5 % des Gesamtetats – angesichts der Probleme und Anforderungen, die wir haben! Vergleichen wir es einmal mit dem Straßenbau. Da geben Ihre Minister Dobrindt und Herrmann 1,4 Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln aus. Also hat der ganze Umweltbereich 50 % weniger als der Straßenbau.

(Zurufe von der CSU)

– Hören Sie einfach zu! Dann können Sie noch etwas lernen.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir brauchen deutlich mehr Mittel für den Klimaschutz und für die Bekämpfung des Artensterbens. Das sind nicht nur Haushaltsfragen, das sind Überlebensfragen. Wir brauchen im Hochwasserschutz nicht immer nur mehr Beton, sondern auch mehr Personal. Sie schaffen jetzt 30 neue Stellen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

haben aber seit Beginn des Kahlschlagprogramms von Edmund Stoiber schon über 600 Stellen abgebaut, und es werden noch mehr. So werden Sie den neuen Gefahren wie Sturzfluten nicht gerecht.

Beim Verbraucherschutz haben Sie von 70 neuen Stellen gesprochen. Derzeit fehlen 10 % der Planstellen, und in den nächsten zehn Jahren gehen 30 % Ihrer Lebensmittelkontrolleure in den Ruhestand. Wie wollen Sie mit diesem Personal die Lebensmit-

telskandale und alle neuen Aufgaben bewältigen? Das müssen Sie uns erklären. Es fehlt einfach der Mut zu einer durchgreifenden Reform.

Ein letzter Satz. Leider, Frau Scharf, haben Sie Ihre Versprechungen zum Riedberger Horn nicht halten können. Das Kabinett ist für das Projekt eingetreten. Da möchte ich gern zum Schluss noch ein Zitat bringen, das Dieter Wieland bei der Verleihung der Verfassungsmedaille gebracht hat. Ihr späterer Ministerpräsident Alfons Goppel hat 1960 gesagt – das sollte sich die CSU-Fraktion einmal genau anhören –: "Man darf künftig nichts mehr hinopfern, einfach um des Profits willen." Das sollten Sie bitte ins Kabinett mitnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege von Brunn, Mathematik war in der Schule wohl nicht Ihr stärkstes Fach. Sie haben Zwetschgen mit Birnen verglichen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Von den Punkten, die Sie aufgeführt haben, habe ich sehr viele erwähnt, und wir können es auch gerne noch einmal darlegen. Wenn Sie von einer Reform sprechen, die nicht kraftvoll sei, lache ich mich kaputt. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine Verwaltung, die unsere Lebensmittel bayernweit kontrollieren wird, mit einer neuen Behörde. Und den Hochwasserschutz anzukreiden, finde ich fast schäbig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es ist schäbig! – Florian von Brunn (SPD): Sie betreiben weiter Personalabbau!)

– Lieber Herr von Brunn, dann geben Sie sich doch auch Mühe und unterstützen Sie uns, damit wir beim Hochwasserschutz weiter vorankommen. Hören Sie auf, nur von Beton zu reden. Wir haben in ganz Bayern Hunderte von Maßnahmen im natürlichen

Hochwasserschutz auf den Weg gebracht, die größtenteils schon umgesetzt sind. Wir haben im Hochwasserschutz ein ganz klares Programm: technischer Hochwasserschutz, natürlicher Hochwasserschutz und Vorsorge.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Beim natürlichen Hochwasserschutz hinken Sie hinterher! – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Vielleicht schauen Sie sich einfach unsere Programme ein bisschen genauer an. Dann müssten Sie nicht so daherreden. Dasselbe gilt für den Klimaschutz, lieber Herr Kollege. Es gibt das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 mit 170 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD) – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte heute nicht mehr!

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Wir haben eine Strategie, die bereits seit 2008 aufgesetzt ist, und wir haben seit 2008 bisher 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Ich sage Ihnen eines: Schauen Sie sich die drei starken Säulen unseres Klimaschutzprogramms an. 50 Moore werden bis 2020 renaturiert.

(Florian von Brunn (SPD): Zu wenig!)

Moorschutz ist in diesem Haushalt enthalten. Sprechen Sie also nicht über Dinge, die Sie nicht genau gelesen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

Wenn ich jetzt noch für ein paar Minuten das Wort haben dürfte, wäre ich allen sehr dankbar. – Wir haben also keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Debatte beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13948 und 17/13949, 17/13776 mit 17/13787, 17/13725 mit 17/13737 und 17/13950 mit 17/13964 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14624 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über die drei Änderungsanträge der SPD-Fraktion in namentlicher Form abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 17/13782 betreffend "Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks". Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 22.12 bis 22.17 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Wir geben das Ergebnis nachher bekannt.

Ich lasse jetzt weiterhin namentlich abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13785 betreffend "Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime".

(Unruhe)

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt hier ebenfalls die Ablehnung. Die Urnen stehen wiederum bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 22.18 bis 22.21 Uhr)

Drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann bekannt gegeben.

Nun folgt noch die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD betreffend die Schaffung 100 neuer Stellen an Wasserwirtschaftsämtern auf Drucksache 17/13786.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt erneut die Ablehnung. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 22.21 bis 22.24 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir weiter abstimmen können.

(Unruhe)

– Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Ich lasse nun in einfacher Form, wie von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/13952 betreffend "Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege" abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt bitte ich um eine kurze Unterbrechung, bis die Ergebnisse der drei namentlichen Abstimmungen vorliegen, damit wir die Schlussabstimmung vornehmen können. – Ich gebe die Ergebnisse der drei namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst das Ergebnis der Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13782 betreffend "Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks". Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 80. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13785: Hier ging es um Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 79. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Dann das Ergebnis der dritten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13786. Hier ging es um die Schaffung hundert neuer Stellen an Wasserwirtschaftsämtern. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 80. Es gab 21 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14624 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit darüber nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 17)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenhaltungen? – Auch keine.

Ich darf unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen darauf hinweisen, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13948 und 17/13949 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen. Frau Staatsministerin, der Haushalt ist beschlossen. Gratulation! Die Arbeit kann weitergehen. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur Sie sind froh, sondern auch ich bin froh. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich und schließe die Sitzung für heute. Morgen früh um 9 Uhr treffen wir uns wieder.

(Schluss: 22.31 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks (Kap. 12 04 Tit. 893 72) (Drs. 17/13782)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	40	80	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime (Kap. 12 08 neue TG) (Drs. 17/13785)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	47	79	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 100 neuer Stellen (Kap. 12 77 Tit. 422 01) (Drs. 17/13786)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	27	80	21

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Freiwilliges ökologisches Jahr in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/13725
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/13726
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für sonstige Umweltbildungsmaßnahmen
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 17/13727
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucher-schutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13728
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13729
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13730
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für den Ausgleich von Biberschäden
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/13731
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landschaftspflegeprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13732
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Geoparks
(Kap. 12 04 TG 71 – 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13733

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Landkreise für umweltfreundliches Unkrautmanagement (Kap. 12 04 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 17/13734
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss für Planung und Errichtung eines Neubaus für die Auffangstation für Reptilien (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13735
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Illegale Tiertransporte und Animal Hoarding Härtefallbudget für Kommunen (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13736
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen (Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13737
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/13776
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13777
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/13778
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 547 72 und 883 72)
Drs. 17/13779
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Mittel für das Vertragsnaturschutzprogramm, Schwerpunktförderung Grünlandwirtschaft Moore, Schnittzeitpunkte und Wald (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/13780
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern (Kap. 12 04 TG 71 – 72)
Drs. 17/13781
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Weitere Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks (Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/13782
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes (Kap. 12 08 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 17/13783

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Nothilfefonds für außergewöhnliche Ereignisse (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13784
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Florian von Brunn u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine an Tierheime (Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 17/13785
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämtler durch die Schaffung 100 neuer Stellen (Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 17/13786
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Befristung von 150 Stellen an Wasserwirtschaftsämtlern (Kap. 12 77 Tit. 422 01, 428 70, 428 90, 428 91, 428 92)
Drs. 17/13787
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Selb 2023 gGmbH: Finanzierung aus dem Etat der Staatskanzlei (Kap. 12 02 Tit. 683 01 und Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13950
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern (Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/13951
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/13952
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zum Betrieb der Reptilienauffangstation (Kap. 12 08 Tit. 683 02)
Drs. 17/13953
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zum Betrieb des Raubtier- und Exotenasyls in Ansbach (Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/13954
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wasserwirtschaftliche Forschung und Entwicklung – Vergabe von Ingenieurleistungen u.ä. (Kap. 12 09 Tit. 534 76)
Drs. 17/13955
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren! (Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 17/13956
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz (Kap. 12 13 Tit. 125 01)
Drs. 17/13957

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 17/13958
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lebensmittelaufsicht an den Regierungen zusammenfassen
(Kap. 12 23 Tit. 111 01 und 422 01,
Kap. 12 24 Tit. 111 01, 112 01, 119 01,
422 01, 422 31, 422 41, 428 01, 428 11,
428 21, 428 41, 453 01, 511 01, 514 01,
514 11, 514 21, 517 01, 517 05, 518 01,
518 11, 518 18, 525 01, 527 01, 546 49,
811 01, 812 01, 812 03 u. 812 35,
Kap. 12 30 Tit. 422 01,
Kap. 03 15 Tit. 422 01 u.a.)
Drs. 17/13959
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Notfallfonds für tierschutzrelevante Großlagen
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13960
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionszuschuss für Tierheime
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13961
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an Tierheime für Fundtiere und beschlagnahmte Tiere
(Kap. 12 41 neuer Tit.)
Drs. 17/13962
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/13963
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13964

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Angelika Schorer

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Walter Nussel

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Johann Häusler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Ganserer

Abg. Horst Arnold

Staatsminister Helmut Brunner

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Ruth Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13944 mit 17/13947)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13795 mit 17/13806)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13930 mit 17/13941)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13904 mit 17/13917)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Unsere erste Rednerin ist Frau Schorer. Bitte schön, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist schon oft über den ländlichen Raum gesprochen worden. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, dass die meisten Menschen, die im ländlichen Raum leben und arbeiten, sich dort wohlfühlen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Land- und Forstwirtschaft ein bestimmender Faktor für den ländlichen Raum ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie alle stimmen mir sicherlich darin zu, dass der ländliche Raum ohne leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft nicht die gute Zukunft hätte, die er tatsächlich hat. Dessen Stärke hängt sehr wohl mit der Stärke unserer Land- und Forstwirtschaft zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bäuerinnen und Bauern prägen und gestalten mit ihren Werten und Traditionen den ländlichen Raum. Ich gehe davon aus, dass sie das auch in Zukunft tun werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Die Landwirtschaft ist auch wichtig. Danke, Frau Präsidentin.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Bäuerinnen und Bauern für ihren Einsatz danken. Diesen leisten sie für die gesamte Gesellschaft. Der Dank dafür kommt manchmal etwas zu kurz. Die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses sind sich der Tatsache, dass die gesamte Gesellschaft von den Leistungen der Landwirte profitiert, natürlich besonders bewusst.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, eine aktive Politik für die bayerische Landwirtschaft, für die Waldbesitzer, für gute Ernährung, für vitale ländliche Räume ist zwingende Voraussetzung für eine gute Zukunft. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für die Landwirtschaft einsetzen. Im Doppelhaushalt spiegelt sich unser Engagement besonders wider.

Die vergangenen zwei Jahre waren von niedrigen Preisen in der Landwirtschaft geprägt. Umso wichtiger ist es, sich wie in der Vergangenheit auf Landes-, auf Bundes- und auf europäischer Ebene für unsere Landwirtschaft einzusetzen. Herr Staatsminister, für Ihren Einsatz danken wir Ihnen besonders. Die Bundesebene stellt aber nur 600 Millionen Euro zur Abfederung der negativen Folgen der niedrigen Preise für die

Landwirte bereit. Das reicht nicht aus. An der Verbesserung der Rahmenbedingungen muss intensiv gearbeitet werden. Dazu tragen wir mit unserem Doppelhaushalt bei.

Die Gesamtausgaben für unsere bayerischen Landwirte betragen in den Jahren 2017 und 2018 2,8 Milliarden Euro. Damit stehen 147 Millionen Euro mehr als bisher zur Verfügung. Daran wird unsere Handschrift deutlich. Es ist wichtig, dass wir den Landwirten zeigen, dass wir für sie eintreten. Die Steigerung um circa 5 % ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stärkung der circa 108.000 Familienbetriebe in Bayern ist nach wie vor ein Schwerpunkt unserer Politik. Die Mittel in der genannten Größenordnung tragen dazu bei, deren Einkommen zu stabilisieren. Dieses Ziel hatten wir auch bei der Erarbeitung dieses Doppelhaushalts im Blick.

Der bayerische Weg trägt seit über 40 Jahren zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft bei. Diese zeichnet sich durch ein Miteinander von Vollerwerbs-, Nebenerwerbs- und Haupterwerbsbetrieben aus. Es ist uns auch in den vergangenen Jahren gelungen, diese Struktur zu erhalten. Vor allem ist es wichtig, dass wir nach wie vor für das Prinzip "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" eintreten. Insofern unterscheidet sich die CSU von anderen politischen Richtungen; das zeichnet uns aus. Wir legen Wert darauf, dass dieses Prinzip auch in Zukunft zur Anwendung kommt. Es ist ein Alleinstellungsmerkmal, das wir herausstellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Unser Kulturlandschaftsprogramm ist ein wichtiger Faktor. Jeder zweite Betrieb in Bayern hat es in Anspruch genommen. Der Landwirtschaftsausschuss ist stolz darauf, dass es gelungen ist, dieses Programm aufzulegen. Damit unterstützen wir die Mehrleistungen, die unsere Landwirte im Zusammenhang mit Agrarumweltmaßnahmen erbringen. Wir wollen auf diesem Weg weiter vorankommen. Deshalb stellen wir im Doppelhaushalt dafür weit über 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dennoch

können wir nicht alle Maßnahmen dafür öffnen. Insgesamt werden dann 260 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen. Auch daran wird deutlich, welche hohe Wertschätzung wir der Arbeit der Landwirte entgegenbringen und dass wir zur Stabilisierung ihrer Einkommenssituation bereit sind.

Ja, wir schauen auf ein schwieriges Jahr für unsere Bauern zurück. Daher ist es umso wichtiger, dass wir den Blick auf die Landwirtschaft insgesamt und insbesondere auf die benachteiligten Bereiche werfen. Für von der Natur benachteiligte Gebiete stellen wir ebenfalls mehr Mittel als bisher zur Verfügung. Die Ausgleichszulage, die der Freistaat seit Jahren gewährt, ist eine besondere, bundesweit anerkannte Leistung, die uns von anderen Bundesländern positiv unterscheidet. Wir nehmen auch insoweit einen Spitzenplatz ein.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Vermarktung unserer hochwertig erzeugten Produkte müssen wir ebenfalls besonders im Blick haben. Unsere bayerischen Produkte haben Spitzenqualität, und diese braucht eine optimale Vermarktung. Das konnten wir vor Kurzem wieder erleben. Einige Kolleginnen und Kollegen waren gemeinsam mit unserem Landwirtschaftsminister zu Besuch in Japan. Auch dort wird die Spitzenqualität unserer Produkte besonders geschätzt. Deswegen ist es richtig, Herr Staatsminister, dass für die Förderung der Vermarktung unserer hochwertigen Produkte 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Für eine besondere Premium- und Genussstrategie wird eine weitere Million Euro draufgelegt. Damit können wir die intensive Nutzung dieses Wertschöpfungspotenzials intensiv voranbringen und die Landwirtschaft insgesamt unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, obwohl es heute schon in zahlreichen Debatten über verschiedene Einzelhaushalte zur Sprache kam, möchte auch ich betonen, dass der ländliche Raum enorm wichtig für uns alle ist. Wir müssen ihn immer im Blick haben. Die hohe Lebensqualität im bayerischen ländlichen Raum ist auch Folge der baye-

rischen Politik der vergangenen Jahrzehnte. Ich greife exemplarisch die Dorferneuerung heraus; wir wollen sie weiter voranbringen. Neben der Verbesserung der Lebensqualität müssen wir auch die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft im ländlichen Raum ansprechen. Das geht nicht ohne Euro und Cent. Deswegen ist es notwendig, den entsprechenden Ansatz im Doppelhaushalt zu erhöhen. Wir stellen für diesen speziellen Bereich 130 Millionen Euro zur Verfügung; das sind 23 Millionen mehr als bisher.

Auch auf unsere Waldbauern möchte ich den Blick richten. Wald- und Forstpolitik in Bayern sind ein wichtiger Faktor der Politik der Staatsregierung. Wir sind auch in diesem Bereich ganz vorn dabei. Bayern ist Waldland Nummer eins. Wir reden nicht nur vom Klimawandel, sondern wir handeln entsprechend. Der Sturm "Niklas", die Trockenheit und der Schädlingsbefall zeigen, dass auch für unsere Waldbauern entsprechende Mittel notwendig sind. Die 3 Millionen Euro pro Jahr, die dafür zusätzlich im Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt werden, bedeuten 15 % mehr für die notwendigen Maßnahmen. Wir sollten im Blick behalten, wie sich das Ganze entwickelt, um in einem Nachtragshaushalt, wenn es notwendig ist, nachzusteuern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik. Das betone nicht nur ich. Ich bin dankbar, dass dies auch im Landwirtschaftsausschuss immer wieder erwähnt wird. Wir alle sind uns der Bedeutung der Landwirtschaft bewusst.

Auch die bayerische Landwirtschaft ist durch eine Vielfalt an Betriebsformen gekennzeichnet. Allerdings entscheidet nicht allein die Größe über den Erfolg; wichtig ist auch der entsprechende Unternehmergeist. Wir unterstützen alle Betriebsformen. Auch dieser Aspekt unterscheidet unsere bayerische Landwirtschaftspolitik von der Landwirtschaftspolitik in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Der bayerische Weg ist und bleibt richtig. Er ist aber kein Selbstläufer. Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen ein großes Lob dafür aussprechen, dass Sie diesen Weg nicht nur beschreiten, sondern auch an neue Gegebenheiten anpassen und Stück für Stück weiterentwickeln. Es ist wichtig, vorne mit dabei zu bleiben. Dafür ein herzliches Dankeschön. Lassen Sie uns weiter für unsere Landwirtschaft in Bayern nicht nur gemeinsam kämpfen, sondern auch gemeinsam etwas voranbringen.

Ich bitte natürlich um Zustimmung zum Doppelhaushalt und möchte nur eine Anmerkung machen. Kollegin Wittmann wird unsere Fraktionsinitiativen noch einzeln ansprechen. Ich danke schon im Voraus für die Zustimmung – vielleicht gelingt dies ja bei unserem Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schorer. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Strobl. Bitte schön, Herr Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Berichterstatter für den Einzelplan 08 im Haushaltsausschuss habe ich die Ehre, auch diesen Haushalt und unsere Initiativen dazu vertreten zu dürfen. Ich mache das sehr gerne, weil es bei der Landwirtschafts- und der Forstpolitik um unsere Heimat, um unsere Landschaft und um die Erzeugung von gesunden Lebensmitteln geht. Ich glaube, wir sind uns auch in vielen Dingen einig, aber es gibt natürlich viele Punkte, zu denen wir selbst Anträge eingereicht haben, mit denen wir verstärkt unsere Sichtweise erläutern und voranbringen wollen.

Wenn wir heute über den Einzelplan 08 – Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – sprechen, sollten wir uns auf ein gemeinsames Ziel verständigen, nämlich den Erhalt einer bäuerlichen und eigentümergeprägten Landwirtschaft und einer Landwirtschaft, die auch von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben kann. Schon in der Bayerischen Verfassung wird in Artikel 164 von einem menschenwürdigen Auskommen und einem angemessenen landwirtschaftlichen Einkommen gesprochen. Ein angemessenes

nes und gerechtes Einkommen ist in allen Wirtschaftsbereichen eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Gefüges in unserer Gesellschaft. Unsere Landwirtschaft bereichert den ländlichen Raum wirtschaftlich und kulturell. Sie muss deshalb für besondere und von der Gesellschaft eingeforderte Leistungen, also zum Beispiel Landschaftspflege usw., entsprechend entlohnt werden.

Die Aufgabe der bayerischen Landwirtschaftspolitik ist es, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Unsere Aufgabe als Opposition ist es, Anstöße zu geben und aufzuzeigen, wo es zusätzlichen Handlungsbedarf gibt. Ich bedanke mich deshalb bei unseren Mitgliedern im Landwirtschaftsausschuss, nämlich bei unserem Sprecher Horst Arnold und den weiteren Mitgliedern Ruth Müller, Herbert Woerlein und Florian von Brunn.

(Beifall bei der SPD)

Wer, wenn nicht die starke, kleinteilige Landwirtschaft in Bayern, könnte die Chancen eines Labels mit hohen Tierschutzstandards zur Erschließung eines hochpreisigen und gesellschaftlich gewünschten Marktes nutzen? Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben beim Kauf von Fleisch und Fleischprodukten den Wunsch, über die Haltungsform der Tiere informiert zu werden. Dem muss von politischer Seite aus Rechnung getragen werden. Deshalb haben wir entsprechende Mittel für die Schaffung eines bayerischen Tierwohl-Labels gefordert.

Die bayerische Berglandwirtschaft ist ein Garant für Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Um die regionale Wertschöpfung im Alpenraum weiter zu stärken, bedarf es der Schaffung eines staatlichen Labels für die vor Ort erzeugten Produkte.

In diesem Haus wird viel vom Ausbau des Ökolandbaus gesprochen. Ohne eine deutliche Aufstockung der Fördermittel – das muss uns klar sein – wird die Ankündigung der Staatsregierung, den Ökolandbau gegenüber 2012 zu verdoppeln, nicht zu schaffen sein.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell existieren in Bayern rund 8.100 Biobetriebe, etwa 50 % weniger als anvisiert. Natürlich muss auch bei der Ernährungsbildung etwas geschehen, damit ein besserer Markt geschaffen wird.

Die Förderung des heimischen Eiweißpflanzenanbaus sollte eine gemeinsame Forderung aller Parteien im Landtag sein. Alternativen könnten erforscht werden, beispielsweise der Lupinenanbau und der Mischanbau von Mais. Dies beinhaltet unserer Meinung nach aufgrund der positiven Effekte der Silage ein enormes Potenzial für die Rinderfütterung.

Der Gewässer- und Grundwasserschutz im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm wurde in den vergangenen Jahren unserer Meinung nach leider sträflich vernachlässigt. Dabei steht gerade die Landwirtschaft oftmals im Kreuzfeuer – was nicht sein müsste –, wenn es vor Ort Probleme gibt. Wir wollen, dass die Akzeptanz der nachhaltigen Landwirtschaft gefördert bzw. erhalten wird. Dazu ist es erforderlich, sämtliche Maßnahmen im Bereich des Boden- und Gewässerschutzes sowie die Maßnahme B 28 – Umwandlung von Acker- in Grünland – ab dem Jahr 2017 wieder anzubieten.

In unserem Antrag haben wir auch gefordert, den Anbau von mehrjährigen Energiepflanzen stärker zu fördern. Wir sehen ihn als eine Möglichkeit, erosionsarm und mit minimalem Pestizideinsatz hochwertige Biomasse für die energetische Nutzung zu produzieren. Ackerwildkräutermischungen haben sich hinsichtlich der Methanausbeute bewährt. Eine Förderung dieser Pflanzen über das Kulturlandschaftsprogramm kann die Zahl der Anbauflächen steigern und dazu beitragen, die relative Vorzüglichkeit des Anbaus dieser Pflanzen gegenüber dem reinen Maisanbau zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zum Klimawandel. Dieser wird uns alle, auch die bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, über Jahrzehnte hin beschäftigen. Durch die immer größer werdenden Auswirkungen des Klimawandels auf die bayerischen Wälder treten vermehrt Kalamitäten infolge von Sturmereignissen oder Schädlingsbefall auf, die bay-

ernweit flächenmäßig bedeutsame Umbaumaßnahmen und Neuanpflanzungen nach sich ziehen. So haben im Jahr 2016 die zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht mehr ausgereicht, sodass die Bewilligungen der bereits durchgeführten Maßnahmen auf das Jahr 2017 verschoben werden mussten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Mittel nach den derzeitigen Ansätzen in den kommenden Jahren ebenfalls nicht ausreichen werden. Die Verlässlichkeit der Förderung des Waldumbaus muss deshalb mit einer Erhöhung dieser Mittel wieder sichergestellt werden. Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind verstärkt auf eine neutrale staatliche Beratung angewiesen. Diese Beratung wird derzeit über Projekte und befristete Stellen sichergestellt. Die Entfristung der Stellen zum Jahreswechsel ist angesichts der wachsenden und dauerhaften Herausforderungen für uns unabdingbar. Wir brauchen unbedingt zusätzliches Personal für den Forstbereich. Es muss gewährleistet bleiben, dass die Unterstützung der Kommunen bei der Bewirtschaftung der Kommunalwälder durch die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mindestens auf aktuellem Niveau erhalten bleibt. Die Ankündigung der Staatsregierung, die Vereinbarungen des Paktes für den Kommunalwald für Kommunen mit über 200 Hektar Wald aufzukündigen, war ein Schlag ins Gesicht vieler bayerischer Städte.

(Beifall bei der SPD)

Ich betone noch einmal: Die Kommunen benötigen auch weiterhin dringend die Unterstützung der Forstverwaltung, um die öffentlichen Wälder vorbildlich zu bewirtschaften. Jeder, der in einem Stadtrat oder einem Gemeinderat ist, weiß, wie wichtig das ist.

Der Waldumbau in klimatolerante Mischwälder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um auch in Zukunft die vielfältigen Funktionen des Waldes zu sichern. Wir sehen die Anpassung unserer Wälder an die neuen Herausforderungen als eine gesamtgesellschaftlich relevante Aufgabe an, bei der der Staat mit einer neutralen Beratung unterstützend mitwirken muss.

In Bayern gibt es knapp 150 forstliche Zusammenschlüsse. Die Anforderungen werden in Zukunft weiter steigen, zum Beispiel aufgrund von Waldpflegeverträgen, insbesondere bedingt durch die steigende Zahl von Waldbesitzern. Es ist auch interessant zu hören, wie die Leute zu einem Waldbesitz gekommen sind. Nimmt man an Versammlungen teil, dann erfährt man davon. Es gibt eine steigende Zahl von Waldbesitzern aus dem urbanen Umfeld. Wegen dieses größer werdenden Aufgabenprofils sind mehr Finanzmittel notwendig.

Ich komme jetzt zum nächsten Thema. Um den Anforderungen der Landwirtschaft gerecht zu werden, sind die gemeindeübergreifenden Wege den heutigen Anforderungen der Landwirtschaft anzupassen. Die Wege sind den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Sie entsprechen den Anforderungen der heutigen Maschinen in der Landwirtschaft nicht mehr. Der Ausbau des Kernwegenetzes ist sicherlich eine Mammutaufgabe, die wir gemeinsam meistern müssen. Die Ämter für Ländliche Entwicklung haben sich zu wichtigen Partnern für die Kommunen entwickelt. In Bayern sind in den Kommunen circa 100.000 km Kernwege und etwa 80.000 km Grünwege zu unterhalten. Die notwendige komplette Erneuerung dieses Netzes würde circa 9 Milliarden Euro kosten. Der jährliche Unterhalt dieser Wege schlägt mit geschätzten 350 Millionen Euro zu Buche. Das Kernwegeprogramm ermöglicht eine Förderung.

An den Ämtern für Ländliche Entwicklung ist nicht nur ein erheblicher Förderrückstand, sondern auch ein Bearbeitungsrückstand entstanden. Dieser führt teilweise zu erheblichen Wartezeiten für die Gemeinden. Bei 265 Verfahren liegt zwischen Antragstellung und Einleitung von Maßnahmen ein Zeitraum von 10 bis 20 Jahren. Bei 46 Verfahren beträgt dieser Zeitraum mehr als 20 Jahre. Mit den bisherigen Stellen und den bisher eingeplanten Fördermitteln können der mittlerweile in der Bayerischen Verfassung verankerte Staatsauftrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und das Ziel der Dorferneuerung nicht erreicht werden. Daher sind die von uns beantragten Stellen dringend notwendig.

Jetzt komme ich noch zu den Imkern. Eigentlich ist die Bedeutung der Imker jedem bewusst. Es ist kein Geheimnis, dass es auf dem Land zunehmend schlechtere Honigernten gibt. Die Hungerphasen der Bienen nehmen zu. Die Imkerei kann der Landwirtschaft nicht schaden. Dagegen könnte eine falsche Landwirtschaft der Imkerei sehr stark schaden. Die hervorragende Nachwuchsarbeit der vielen Ehrenamtlichen in den Bayerischen Imkervereinigungen führt erfreulicherweise dazu, dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Jungimkern ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir stellen Gott sei Dank fest, dass es wieder mehr junge Imker gibt. Angesichts steigender Zahlen ist eine Aufstockung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Bienenhaltung überfällig. Damit kann auch die Wertschätzung für diese immens wichtige Aufgabe ausgedrückt werden.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen arbeiten über 240.000 Menschen in der bayerischen Landwirtschaft, und über 96.000 Menschen sind in Nebenerwerbsbetrieben beschäftigt. Uns muss klar sein, dass der Erhalt des sozialen Gefüges im ländlichen Raum nur mit einer intakten Agrarstruktur möglich ist. Ich sage das hier noch einmal: Unser Ziel ist der Erhalt einer bäuerlichen und eigentümergeprägten Landwirtschaft. Diese Landwirtschaft soll von ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise leben können, und sie soll den ländlichen Raum sowohl wirtschaftlich als auch kulturell bereichern. Zum Schluss sei noch gesagt: Wir dürfen nicht vergessen, dass es bei allen Entscheidungen im Bereich der Agrarpolitik um unsere Ernährung, um Menschen, Tiere, unsere Natur und die Umwelt geht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Strobl. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Nussel hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Strobl, ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen. Erstens. Kennen Sie den Inhalt des Waldpaktes? Als die Forstreform gelaufen ist, resultierte daraus der Waldpakt. Dieser wurde mit den Verbänden, den Vereinigungen und den Forstbetriebsgemeinschaften geschlossen. Wenn Sie den Inhalt kennen würden, dann hätten Sie Ihre Beiträge zur Forstwirtschaft aus meiner Sicht etwas anders gestalten müssen.

Zweitens. Ist Ihnen bekannt, dass wir in Bayern landwirtschaftliche Lehranstalten haben, die bereits in der Pflanzenforschung zum Eiweißgehalt von Lupinen und verschiedenen Gräsern tätig sind? Dafür werden auch Gelder bereitgestellt. Teilweise kommt das Geld dafür auch aus den Bezirkstagen. Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Es gehört der Fairness halber dazu, festzustellen, dass es hier bereits Aktivitäten gibt, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Ich komme jetzt wieder zurück zu den Waldbauern, den Waldbesitzern und den forstwirtschaftlichen Vereinigungen. Ich war gestern in Niederbayern auf einer Mitgliederversammlung der Forstbetriebsgemeinschaften. Dort ist die Stimmung teilweise eine andere. Die Leute sind schon froh, dass sie durch die Förderumstellung dank des Waldpaktes über qualifiziertes Personal verfügen. Dadurch können sie auch den Kleinst-Waldbesitzer fördern. Zusätzlich wird natürlich auch der Kommunalwald gefördert. Hier bitte ich auch die SPD, dass ihr euch das genau anschaut. Danach können wir miteinander diskutieren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Nussel. – Herr Strobl, bitte.

Reinhold Strobl (SPD): Selbstverständlich ist unser Ziel, dass wir damit auch die Kleinen fördern und unterstützen. Wenn man an Versammlungen teilnimmt, dann stellt man fest, wer heute alles Forstbesitzer ist. Diese können das nicht selber leisten. Diese müssen wir natürlich unterstützen. In den großen Dingen sind wir uns auch einig. Unser Bestreben muss sein, das Ganze nochmals anzuschieben und darauf hinzuweisen, wo unserer Meinung nach noch Handlungsbedarf besteht. Das machen

unsere Leute im Landwirtschaftsausschuss sicherlich sehr gut. Vielleicht würde es nicht schaden, wenn Sie ab und zu auch mal diese Argumente aufnehmen könnten. Wenn Sie zu den Leuten kommen, dann hören Sie vielleicht etwas anderes, als wenn wir zu den Leuten kommen. Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte. Wir müssen gemeinsam in diese Richtung arbeiten, damit die Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft Bestand hat und über entsprechende Einnahmen verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Strobl. – Jetzt erteile ich dem Kollegen Dr. Herz das Wort. Bitte schön, Herr Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer! Wir haben vorher über die Wirtschaftspolitik gesprochen. Ich glaube, wir sollten uns alle vergegenwärtigen, dass zur Wirtschaftspolitik auch die Landwirtschaft gehört. Ein grundlegender Unterschied zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft ist, dass Wirtschaftsbetriebe verlagert werden können. Die Wirtschaftsbetriebe können auf der ganzen Welt ihre Produkte produzieren. Aber die Landschaft kann man nicht von einem Ort zum nächsten verlagern. Die Landschaft muss gestaltet werden. Das ist der große Unterschied zwischen Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik. Wenn man durch Bayern fährt, dann könnte man meinen, dass alles in bester Ordnung ist. Wir haben wunderbare Wälder, die durch die Bewirtschaftung der Menschen in diesen Zustand gebracht worden sind. Ganz im Süden Bayerns haben wir saftiges Grünland. Dieses geht dann allmählich in Ackerbau über. Am Bodensee und im Nordwesten Frankens, in Unterfranken, haben wir wunderbare Weinberge. Jetzt habe ich unsere bayerische Landschaft in groben Zügen beschrieben. Aber das ist nicht selbstverständlich. Hier möchte ich bewusst Danke sagen. Ich möchte mich bei den Land- und Forstwirten, den Bäuerinnen und Bauern und den Familien bedanken. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist mehr als nur Landwirtschaft. Sie ist auch ein Beitrag für die Öffentlichkeit, für den Tourismus und für die Zukunft unseres Landes. Das kann man nicht oft genug betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei darf es nicht bei der Betonung bleiben, sondern wir müssen den Beweis durch unser Handeln antreten.

Ich darf in aller Kürze auf die gestrigen Ausführungen zu sprechen kommen. Wir haben in diesem Hause zu den verschiedensten Themen der Landwirtschaft unterschiedliche Meinungen gehört. Ich erinnere an die Aussagen des Kollegen Hartmann – das war ein starkes Stück –, der die bayerische Landwirtschaft mit den Begriffen "verseuchtes Wasser, chemieverseuchte Lebensmittel" skizzierte. So geht es nicht. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Es gibt in allen Bereichen schwarze Schafe. Aber die bayerische Landwirtschaft so zu dokumentieren und darzustellen, das geht nicht. Freuen Sie sich auf dieser Seite jedoch nicht zu früh. Wir wollen hier ein paar Themen aufgreifen, die Sie von der Staatsregierung und von der CSU sträflich vernachlässigen. Ich komme später noch auf die Zahlen zu sprechen, die ein erfreuliches Wachstum belegen.

(Zuruf von der CSU)

Liebe Kollegen von der CSU, Sie haben es beispielsweise zugelassen, dass Agrarminister Schmidt fast über ein Jahr hinweg die Märkte verharmlost hat. Als es bereits fünf nach zwölf war, wurde am Milchmarkt immer noch keine Krise erkannt. In Brüssel wurde der Beschluss zur betäubungslosen Ferkelkastration gefasst, den die Länder überarbeiten sollten. Sie haben zugelassen, dass dieser Beschluss 2019 in Deutschland als erstem Land eingeführt werden muss. Sie haben auch zugesehen, wie im Lebensmitteleinzelhandel Zustände entstanden sind, die jeder Beschreibung spotten. Wir haben in Deutschland die niedrigsten Lebensmittelpreise. Nach intensiven Kontakten hat man mir mitgeteilt, dass es nicht nötig ist, hierüber weiter mit dem Bundeskar-

tellamt zu verhandeln, man sei auf einem guten Weg. Sie haben aber neulich wieder zugeschaut, als sich EDEKA und REWE Tengelmann aufgeteilt haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach geh'!)

Wenn Sie das weiterhin zulassen, leisten Sie Beiträge, die die bäuerliche Landwirtschaft existenzgefährdend beeinträchtigen. Das muss klar festgestellt werden.

Zu den einzelnen Bereichen. Der Agraretat hat mit 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2017 und mit 1,42 Milliarden Euro im Jahr 2018 einen beachtenswerten Umfang. Aber wir stehen 2017 und 2018 vor Wahlen. Das ist für Sie nichts Neues. Damit erklärt sich ein Teil der erheblichen Wiederaufstockung dieses Etats. Auch das ist nichts Neues. Aber das muss betont werden, sonst könnte draußen der Eindruck entstehen: Die tun ja etwas für uns. Das also zunächst zu diesem Hintergrund.

Erfreulicherweise haben Sie das Kulturlandschaftsprogramm mit 256 Millionen Euro im Jahr 2017, mit 264 Millionen Euro im folgenden Jahr und jetzt mit 70 Millionen Euro mehr ausgestattet. Dadurch wird die Nachfrage immer noch nicht befriedigt. Zudem muss man wissen – das geht bei all diesen Lobeshymnen unter, die wir seit gestern früh von dieser Seite hören –, dass Sie sich gegenseitig die Bälle zuspielen und Lobeshymnen verteilen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Man muss natürlich hinzufügen: Sie haben vorher 19 Maßnahmen verabschiedet, die Sie nicht mehr angeboten haben. Eine weitere Maßnahme lief nur bis zum Jahre 2015. Damit kommen wir also wieder auf ein relativ niedriges Niveau. Aber die zusätzlichen 70 Millionen Euro sind ein erfreulicher Tatbestand. Dadurch wird das Programm sicher wieder sehr attraktiv.

Was die einzelnen Bereiche anbelangt, möchte ich in aller Kürze betonen: Die Kürzung des einzelbetrieblichen Förderprogramms AKP ist nicht für die gesamte Landwirtschaft erfreulich. Durch dieses Programm mit einer Obergrenze von 400.000 Euro

werden sicher die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe gestärkt. Aber insgesamt gehen Finanzmittel verloren.

In Bezug auf die Haushaltsanträge ist des Weiteren zu erwähnen, dass wir insgesamt das folgende große Problem haben: Wir stellen ebenso wie Sie von der SPD und den GRÜNEN Anträge. Aber alle Anträge wurden unisono abgelehnt. Das erweckt natürlich den Eindruck, dass wir das mehr oder weniger nur deshalb machen, damit es getan wird. Daher möchte ich diese Seite des Hauses deutlich auffordern: Setzen Sie sich bitte in Zukunft mit den Anträgen intensiver auseinander; denn sie werden nicht aus Jux und Tollerei, sondern mit der ernsthaften Absicht gestellt, sie in der Praxis umzusetzen. Also bitte die Anträge in Zukunft nicht einfach durchwinken und ablehnen! Das trägt der notwendigen Ernsthaftigkeit sicherlich nicht Rechnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus müssen wir Folgendes kritisieren: Sie reden immer davon, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Warum werden dann die Anträge für die einzelnen Erzeugerringe, für die LKP und LKV, abgelehnt? Das wären Förderungen in die Zukunft. Hauptpunkt ist nicht der Kormoran, sondern die Ernährungsbildung in Bayern. Wir haben neulich über die Leitkultur gesprochen. Unsere Nahrung wird immer mehr auf die moderne amerikanische Art erzeugt. Deshalb ist es sehr wichtig, eine Ernährungsberatung zu installieren, und zwar nicht nur kurzfristig und befristet, sondern in Form fester Stellen. Das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Beim Agrarmarketing ist es ebenso. Herr Minister Brunner hat im Ausschuss sehr richtig gesagt, dass durch den Wegfall des Anteils der Centralen Marketinggesellschaft für die Agrarwirtschaft ein Vakuum entstanden ist und wir in Bayern Produkte haben, für die wir Absatzmärkte suchen müssen. Zum Beispiel für Fleisch und Milch etwa brauchen wir dringender denn je Absatzmärkte. Nicht auszudenken, wie lächerlich es wäre, wenn die Verhandlungen mit TTIP zu dem Ende führen würden, dass wir amerikanische hormonverseuchte Ware zu Billigstpreisen bekämen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher wäre es sehr wichtig, mittels Antrag diesen Bereich weiter zu fördern. Ich könnte weitere Beispiele anführen. LEADER-Mittel wurden abgelehnt.

In den großen Bereichen, die der Kollege von der SPD eben angesprochen hat, etwa in der ländlichen Entwicklung, in der Landwirtschaftsverwaltung und im Forstbereich – ich will es nicht wiederholen – fehlt eindeutig Personal. Bitte, denken Sie auch darüber noch einmal nach, dass wegen der Einsparungen in den Bezirken ab 200 Hektar das Personal verteilt werden muss.

Zum Schluss möchte ich noch zwei nicht unwichtige Themen ansprechen, auf die das Augenmerk gerichtet werden muss. Wenn es kein CSU-Landrat gewesen wäre, hätte ich es gar nicht gesagt. Aber ein CSU-Landrat hat mich dringend gebeten, die Bergwald-Offensive in solchen Bereichen weiterzuführen, damit Planungssicherheit besteht; denn diese haben wir hier nicht. Hier sind größere Bedürfnisse entstanden. Wenn beispielsweise im Allgäu 11 Projekte durchgeführt worden sind, aber weitere 30 Projekte anstehen, müssen wir hier nachbessern.

Ganz zum Schluss möchte ich sagen: Was die Forderung in Höhe von 30 Millionen Euro zur Beseitigung von Sturmschäden angeht, sind Ihnen die zwei Leute, die dies forderten, sehr gut gesonnen. Aber Sie haben zunächst nur mit 5,7 Millionen Euro nachgebessert. Diese 30 Millionen Euro werden nicht aus Jux und Tollerei gefordert, sondern betreffen die Schäden 2015 und 2016, die aufgearbeitet werden müssen und zusätzlich zum Waldumbau beitragen sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Herz. Herr Herz, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Nochmal der kleine Hinweis, dass die Zwischenintervention am Redepult angezeigt wird, also gegen Ende der Rede bitte darauf ach-

ten. Das gilt natürlich für alle. Ich erteile jetzt dem Kollegen Schöffel das Wort für eine Intervention.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege, Sie haben uns bei verschiedenen Themen, die uns auch umtreiben, vorgeworfen, wir hätten nur zugeschaut. Sie haben die Ferkelkastration und den Milchmarkt genannt. Uns zu sagen, wir hätten zugeschaut, ist eine Unverschämtheit. Sie wissen genau, dass wir im Agrarausschuss intensiv darüber diskutiert haben. Wir haben Initiativen auf allen politischen Ebenen auf den Weg gebracht. Hinsichtlich der Ferkelkastration kommt die größte Gefahr jedoch vom Lebensmitteleinzelhandel. Zum Milchmarkt haben wir ein umfangreiches Paket an Forderungen im Bayerischen Landtag vorgelegt, das auch umgesetzt wurde. Wenn Sie für die FREIEN WÄHLER sprechen, müssen Sie darlegen, dass Sie null Komma null Einfluss auf die Bundesebene haben. Sie können auf der Bundesebene überhaupt nichts bewegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie könnten es, tun es aber nicht! Sie haben einen Agrarminister!)

Im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments fallen die Beschlüsse hauptsächlich einstimmig. Dort stimmt Ulrike Müller mit unseren Vertretern. Auf Bundesebene wurde ein Paket mit knapp 600 Millionen Euro für den Milchmarkt auf den Weg gebracht. Dieses Paket enthält Zuschüsse an die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Zudem enthält es Bemühungen, eine Steuerglättung zu erreichen. Das ist wichtig für die Landwirtschaft. Dazu haben Sie nichts beigetragen.

Es wird immer wieder dargelegt, wie wichtig die Förderung der ersten Hektare ist. Das ist eine Erfindung Bayerns. Das hat Staatsminister Brunner durchgesetzt und nicht Sie. Sie müssen die Aussage, wir hätten nur zugeschaut, wieder zurücknehmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Schöffel. Herr Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Schöffel, die Unsachlichkeit Ihrer Beiträge ist für mich nichts Neues.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich wäre überrascht gewesen, hätten Sie heute einmal einen konstruktiven Beitrag geleistet.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Hoffnung hat getrogen.

Beim Milchmarkt haben Sie bis kurz vor Schluss gewartet und sich feiern lassen, weil Sie die Milch aus dem Markt gekauft haben. Das Programm kam zu spät. Als die Maßnahme kam, konnte sie nicht mehr richtig wirken, weil der Preis schon wieder gestiegen ist. Für eine solche Maßnahme sind 150 Millionen Euro viel zu wenig. Die Entschädigungspreise sollten sich am Marktpreis orientieren.

Sie haben auch die Ferkelkastration angesprochen. Dort hinten sehe ich meinen Kollegen Johann Häusler. Dieser hat mir berichtet, dass unser Antrag im Ausschuss von Ihrer Fraktion abgelehnt worden ist. Wir haben mit dem Antrag gefordert, dass die Maßnahme der betäubungslosen Ferkelkastration zunächst ausgesetzt wird, bis den Ferkelerzeugern sinnvolle Maßnahmen angeboten werden können. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Jetzt werfen Sie uns vor, wir hätten dazu nichts beigetragen. Ich glaube, jede weitere Wortmeldung hierzu wäre überflüssig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herz. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich etwas vorausschicken. Ich finde es unerträglich, mit welcher Überheblichkeit die CSU-Fraktion seit zwei Tagen über den Haushalt debattiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Überheblichkeit gipfelt in den Äußerungen zum Riedberger Horn. Glücklicherweise sitzt der Justizminister noch da. Ich finde es unglaublich, dass dem Rechtsbruch offen das Wort geredet wird. Das Riedberger Horn fällt unter ein internationales Abkommen. Das ist wahrscheinlich bei der bayerischen CSU noch nicht angekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Was Sie fordern, finde ich ziemlich dreist. Das ist eine Willkürhandlung. Sie sagen: Wenn uns das Gebiet dort nicht gefällt, verlegen wir es einfach. In Zukunft kann man sich dann alle internationalen Abkommen sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt führen wir eine Debatte zum Landwirtschaftshaushalt.

(Mechthilde Wittmann (CSU): Echt jetzt?)

Niemand wird leugnen, dass wir mehr für den Klimaschutz, den Naturschutz, den Wasserschutz und den Tierschutz machen müssen. Was ist für uns alle wirklich wichtig? – Das ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen. Die Landwirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen. Am Wasserschutz in der Landwirtschaft führt kein Weg vorbei. Als Stichworte nenne ich die Wasserrahmenrichtlinie und die Düngeverordnung. Ich glaube, mehr brauche ich dazu nicht sagen.

Wir brauchen den Naturschutz in der Landwirtschaft. Das Sterben von Bienen, Schmetterlingen und Vögeln hat schon längst begonnen. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Bis jetzt haben die ganzen Millionen, die wir in diverse Programme gesteckt haben, noch nicht geholfen.

Wir brauchen Klimaschutz in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft verursacht 11 % der Treibhausgase. Anstatt dem entgegenzuwirken, beschränkt sich der Agrarhaushalt weitgehend auf die Anpassung an den Klimawandel. Wir brauchen Tierschutz in der

Landwirtschaft. Eigentlich ist es ein Unding, überhaupt darauf eingehen zu müssen. Die Berichte über die Mängel in der Haltung haben die Grenzen des Erträglichen schon längst überschritten. An der Art der Tierhaltung kristallisieren sich alle Probleme unserer Landwirtschaft: Klimaschutz, Tierschutz, Wasserschutz und Naturschutz. Das scheint eine Mammutaufgabe zu sein. Sicher ist das ein langer und arbeitsreicher Weg. Mit einem Agrarhaushalt, der in einem Jahr 1,4 Milliarden Euro ausgibt, ließe sich wirklich etwas bewerkstelligen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Ökologisierung der Landwirtschaft und eine Stärkung des ökologischen Landbaus. Dort passiert jedoch viel zu wenig. Die Mittel für die Titelgruppe 95 "Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus" haben sich nicht erhöht. Sie liegen seit dem Jahr 2014 bei 2,5 Millionen Euro. Der SPD-Kollege hat bereits angesprochen, dass sich in diesem Zusammenhang die Frage stellt: Wie ernst ist es der Regierung damit, den Anteil des ökologischen Landbaus bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine politische Ausrichtung schlägt sich im Haushalt nieder. Die politische Ausrichtung dieses Haushalts ist ein "Weiter so" und ein "Augen zu und durch". Die politische Ausrichtung dieses Haushalts lässt die Bäuerinnen und Bauern im Stich. Dieser Haushalt stiehlt sich aus der Verantwortung. Viele Bäuerinnen und Bauern sind verunsichert, weil die Landwirtschaft nicht mehr zum Leben reicht. Trotz steuerlicher Förderung, Beihilfen und Privilegien funktioniert die Landwirtschaft als Beruf und zur Sicherung des Unterhalts nicht mehr. Im Jahr 2015 sind die Gewinne der Bäuerinnen und Bauern im Vergleich zum Vorjahr um 19 % gefallen. Übrigens mussten Bio-Landwirte diese Einbußen nicht hinnehmen. Deshalb brauchen wir andere Schwerpunkte und eine Umschichtung im Haushalt.

Nehmen wir noch einmal die Gewinneinbußen der Bäuerinnen und Bauern in Höhe von 19 %. Im selben Zeitraum brummt der Agrarexport. Der Umsatz hat im Jahr 2015 um 6,4 % zugenommen. Bayern fördert diese Exportstrategie über das Agrarmarketing und Messeauftritte mit 6 Millionen Euro jährlich. Für Auftritte auf dem Weltmarkt

werden 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, obwohl die Weltmarktpreise die Landwirtschaft daheim ruinieren. Wir halten diese Förderungen nicht für sinnvoll und würden deshalb jedes Jahr 5 Millionen Euro streichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns muss eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft auch Klimaschutz betreiben. Es nützt nichts, jetzt noch zehn Jahre zu forschen. Wir müssen endlich in die Praxis gehen und Pilotprojekte anstoßen. Wir müssen die Moore für den Klimaschutz nutzen. Denkbar wäre eine Moorlandwirtschaft mit extensiver Weidenutzung oder mit Kurzumtriebsplantagen zur Energiegewinnung. Klimaangepasste Nutzungen von Niedermooren fehlen im Agrarhaushalt völlig, obwohl Niedermoore erheblich zum Ausstoß von Klimagasen in der Landwirtschaft beitragen. Landwirtschaftlich bewirtschaftete Moore bilden ungefähr 5 % der Landwirtschaftsfläche ab, sind jedoch für 50 % der Treibhausgasemissionen aus der landwirtschaftlichen Bodennutzung verantwortlich. Wir fördern den Ansatz einer klimafreundlichen Niedermoorbewirtschaftung mit insgesamt 4 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das steht leider nicht in eurem Haushalt.

(Angelika Schorer (CSU): Im Umwelthaushalt!)

Umweltschutz, Tierschutz, Klimaschutz und Wasserschutz: Die Bäuerinnen und Bauern sind dazu bereit, die bayerische Gesellschaft übrigens auch. An Ihnen liegt es, die Ausrichtung der Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Eine Umschichtung an den richtigen Stellen wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Damit müssen wir im Haushalt beginnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Sengl, Sie haben uns Überheblichkeit vorgeworfen. Ich habe Sie hier reden gehört, wie Sie Landwirte in Bayern pauschal unter Generalverdacht gestellt haben. Das war überheblich!

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen genau, dass unsere junge landwirtschaftliche Generation noch nie so gut ausgebildet war. Gewässerschutz, Klimaschutz und all diese Aspekte nehmen heutzutage in der Ausbildung einen ganz prominenten Stellenwert ein. Daran wird auch gearbeitet. Niemandem bringt es etwas, wenn Sie ständig zwischen dem ökologischen Landbau und der konventionellen Landwirtschaft polarisieren. In Bayern gibt es die gute fachliche Praxis. Deshalb dürfen Sie nicht immer so tun, als ob alles verseucht und verschmutzt würde, was in landwirtschaftliche Hände gerät.

Ich bitte Sie darum, diese Behauptungen zurückzunehmen. Sie haben draußen keinen guten Ruf, weil Sie ständig derartige Kommentare loslassen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Frau Kollegin Brendel-Fischer, es freut mich, dass Sie so auf meinen Ruf bedacht sind.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ja, bin ich!)

Wichtiger als mein guter oder schlechter Ruf sind mir aber unsere Lebensgrundlagen. Es tut mir leid: Ich halte es schon fast für naiv, zu sagen, in der Landwirtschaft würde alles glatt und richtig laufen. Dem ist nicht so; denn sonst hätten wir kein Verfahren wegen der Düngeverordnung, wir müssten die Wasserrahmenrichtlinie nicht auf das Jahr 2021 verschieben usw. Woher kommt denn das? Ihr macht vor den Problemen

die Augen zu! Das schadet den Landwirten mehr als unsere Haltung, die ihnen Lösungen anbietet!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Unsere nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wittmann. Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Haushalt für Landwirtschaft vor. Lassen Sie mich gleich einen Bogen zum vorhergehenden Haushalt schlagen, den wir bereits verabschiedet haben. Wir haben in der Land- und Forstwirtschaft mit 156 Milliarden Euro gut 14 % aller Umsätze, die in Bayern im vor- und nachgelagerten Bereich erzielt werden. Das bedeutet, jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt von der Land- und Forstwirtschaft ab. Damit ist Bayern der Agrar- und Forststandort Nummer 1 in Deutschland. Vor allem aber wird dadurch bewiesen, dass unsere Landwirtschaft in einem so gedeihlichen Zustand ist, dass sie diesen Wirtschaftsfaktor für Bayern darstellt. Darauf können wir sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Erfolg verdanken wir der bisherigen Landwirtschaftspolitik. Vor allem aber verdanken wir diesen Erfolg den sehr stabilen und robusten Familienbetrieben, die sehr flexibel reagieren können und die, anders als große industrielle Betriebe, wie sie in anderen Bundesländern vorherrschen, für die Landschaftspflege einen ganz enormen Beitrag leisten. Heute früh haben wir gesehen, dass Bayern das sicherste Land ist. Soeben haben wir gesehen, dass Bayern das wirtschaftlich erfolgreichste Land ist. Jetzt zeigt sich, dass Bayern auch das schönste Bundesland ist, das es in Deutschland gibt. Da wollen die Menschen hin. Dafür danken wir auch unseren Landwirten; denn durch ihren Einsatz, der nicht nur dem eigenen Einkommen und der Vermarktung dient, sondern auch dem Erhalt unserer schönen Landschaft, machen sie dieses möglich.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern liegt die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe bei 30 Hektar. Die durchschnittliche Schlaggröße liegt bei 1,7 Hektar. Genau diese Vielfalt ist es, die unser Bayern so lebenswert macht. Dadurch wird aber auch unsere Landwirtschaft so erfolgreich, weil wir damit die Fruchtfolgen ganz anders bestimmen können, als das in anderen Ländern der Fall ist.

Meine Kollegin Angelika Schorer hat die Eckdaten dieses Haushalts bereits ganz hervorragend dargestellt. Lassen Sie mich aber noch auf einen Punkt eingehen: Dieser Haushalt ist nicht nur sehr gut und solide aufgestellt. Wir haben in diesem Haushalt auch die Besonderheit, dass 50 % der Gesamtausgaben in Form von Fördermitteln an die landwirtschaftlichen Betriebe zurückfließen. Dies zeigt, welch großen Schwerpunkt die Bayerische Staatsregierung darauf legt, unsere Bauern zu unterstützen und zu fördern, um die Land- und Forstwirtschaft in Bayern zu erhalten. Darüber hinaus fließen noch Mittel aus europäischen Programmen, zum Beispiel aus dem ELER-Programm. Hinzu kommen Direktzahlungen aus der EU in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, die in unserem Haushalt noch nicht einmal erfasst sind. Ich glaube, die bayerische Landwirtschaft befindet sich im Hinblick auf die Förderquoten in einer guten Situation. Natürlich wollen wir noch Weiteres tun.

Lassen Sie mich noch auf einige Punkte zu sprechen kommen, die meine Kollegin noch nicht angesprochen hat. Zunächst habe ich mich sehr gefreut, dass ich fraktionsübergreifend feststellen konnte, dass Ihnen unsere Bienen am Herzen liegen. Die Imkerei ist in der Tat nicht nur eine Liebhaberei, sondern einer der wichtigsten Faktoren für unsere Landwirtschaft. 80 % aller heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind davon abhängig, dass sie von Bienen bestäubt werden und sich dadurch weiterentwickeln können. Nur durch die flächendeckende Bestäubung ist das Ernteaufkommen bei Obst und Gemüse und anderen Früchten möglich. Nur so kommen wir zu der Artenvielfalt, die Bayern auszeichnet. Deswegen haben wir noch weitere Mittel eingestellt, nämlich in jedem Jahr 200.000 Euro zusätzlich zu den bereits eingestellten 1,2 Millio-

nen Euro. Damit liegen wir bei der Förderung bundesweit an der Spitze. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, hinzu kommen EU-Mittel für die Imkerei. Wir haben eine hervorragende Dichte an Förderprogrammen und Fortbildungen zum Thema der Varroamilbe. Wo die Bienen bedroht sind, sind wir ganz nah dran und versuchen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Die Wildlebensraumberatung, die Angelika Schorner schon angesprochen hat, ist sehr erfolgreich. Langer Rede kurzer Sinn: Die Bienen sind bei uns, und das Gott sei Dank über alle Fraktionsgrenzen hinweg, in ganz guten Händen.

Die Herren vor mir und Frau Sengl haben das Thema Ferkelkastration angesprochen. Damit sich die Herren im Hause wieder ein bisschen entspannen können, rede ich jetzt über die Unterstützung der Ferkelerzeuger. Ich halte es für richtig, dass wir die Ferkelerzeuger stützen; denn sie hatten in der Tat im letzten landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahr Umsatzeinbußen von 15 bis 28 % hinnehmen müssen. Es hat Sinn, dass wir versuchen, unsere Landwirte zu stützen, damit sie dabei bleiben und wir unsere Ferkel selbst erzeugen können; denn dies sind wahrscheinlich die gesünderen Ferkel, die wir dann für den Verzehr zur Verfügung haben. Wir stocken die Tierseuchenkasse um 3 Millionen Euro auf, um zumindest im Jahr 2017 eine Abfederung zu erreichen. Wir werden sehen, was wir noch weiter tun können. Das ist eines unserer Herzensanliegen. Hier werden wir dranbleiben.

Noch gar nicht erwähnt wurde ein Thema, das in den letzten Tagen für Schlagzeilen gesorgt hat. Wir wollen unser Landgestüt in Schwaiganger, das für uns ein ganz wichtiges Standbein ist, weiterführen. Wir wollen die Bundesmittel abziehen, die dafür zur Verfügung stehen. Das ist aber nur möglich, wenn wir in der entsprechenden Größenordnung selbst Unterstützung leisten. Wir setzen deshalb 5 Millionen Euro ein, um weitere 5 Millionen Euro vom Bund zu bekommen. Damit können wir einen Stützpunkt

wiederaufbauen, der gelitten hat. Die Gebäude bilden eine wunderbare Anlage, weisen aber einen hohen Sanierungsbedarf auf. Wir können dort Ausbildungsstätten schaffen. Heute gibt es dort bereits die Ausbildung zum Pferdewirt und zum Hufschmied. Wir können dort aber noch weitere Ausbildungsstätten zum Thema Tierzucht schaffen. Wir alle wissen, Tierzucht ist entscheidend dafür, dass die Tiervielfalt erhöht und die Tiergesundheit verbessert werden kann. Dadurch wird das Produkt "Tier" insgesamt verbessert. Deswegen wollen wir in Schwaiganger die Zucht von Warm- und Kaltblütern fördern. Diese Mittel sind sehr gut angelegt und stehen Bayern sehr gut zu Gesicht.

(Beifall bei der CSU)

Im Laufe dieses Tages wurde mehrfach die Alpenstrategie angesprochen. Das ist ebenfalls ein Herzensanliegen. Wir sprechen sie aber nicht nur an, sondern wir tun auch etwas dafür. Deshalb stellen wir etwa 900.000 Euro für zwei Projekte im Rahmen der Zukunftsstrategie zur Verfügung. Darauf sind wir stolz. Am Ende des Tages ergänzen wir damit die Alpenmodellregionen, mit deren Förderung wir begonnen haben. Dieser Wettbewerb bezieht sich auf vier verschiedene Regionen, die sich bis nach Südtirol erstrecken. Das ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit, die nirgendwo so gut wie im Alpenraum angelegt ist.

Damit komme ich zu einem Thema, das Sie angesprochen haben, nämlich zu den Labels. Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, die Verbraucher zu verunsichern, indem wir sie mit vielen Labels überfrachten. Im Rahmen dieser Alpenmodellregionen sind auch die Landwirtschaftserzeugnisse aus dem Bergland eingeschlossen. Dafür gibt es bereits ein EU-Label. Hier haben wir eine Ergänzung zu diesem Marketingverfahren, das uns gut zu Gesicht steht und womit wir im Rahmen dieser Alpenmodellregionen gut zurechtkommen.

(Beifall bei der CSU)

Auf die Berglandwirte haben wir, wie die meisten von uns, ein besonderes Augenmerk. Wir möchten, dass die Berglandwirte in ihren Regionen überleben können, dass sie mit ihren Produkten auf dem Markt Erfolg haben, damit sie die Berglandschaft weiter fördern und pflegen können. Deshalb wollen wir die Direktvermarktung der Lebensmittelspezialitäten, aber auch gesundheitsorientierte Angebote auf Urlaubshöfen und erlebnisorientierte Angebote stützen. Wir wollen, dass es einen auskömmlichen Ertrag gibt und eine bessere Einflechtung in die regionalen Tourismuskonzepte. Es hat deshalb Sinn, dass wir den Agrotourismus mit weiteren 300.000 Euro fördern. Ich glaube, hier tun wir etwas Gutes für unsere Berglandwirte.

Ich möchte auch noch kurz die anderen Aktionsprogramme ansprechen, die teilweise schon genannt worden sind, wenngleich offenkundig nicht ganz auf der Höhe der Zeit gesagt wurde, wie viel hier einfließt. Ich darf das Aktionsprogramm "Gewässerschutz" nennen, in dem wir zur Verstärkung einer gewässer- und ressourcenschonenden Landbewirtschaftung in den Jahren 2017 und 2018 noch einmal je eine Million Euro zusätzlich bereitstellen werden. Wir werden den Investitionsfonds "Digitale Landwirtschaft" noch einmal aufbessern. Hierfür sind erneut zwei Mal eine Million Euro zusätzlich vorgesehen. Das sind Impulse für die Land- und Forstwirtschaft, von denen ich glaube, dass sie sehr, sehr wichtig sind. Zum Thema Wald wird, so nehme ich an, unser Staatsminister noch einige Worte verlieren; denn die Weiterentwicklung des Waldes ist ihm, wie ich weiß, ein besonderes Anliegen. Es geht darum, den Wald so umzuwandeln, dass er den Klimaveränderungen standhalten kann. Das geschieht beispielsweise durch die Förderung der Plenter-Bewirtschaftung. Die Gesundheit des Waldes soll damit in sich gestützt werden. Auch hier haben wir für die nächsten zwei Jahre zwei Mal eine Million Euro eingestellt, sodass wir das tun können.

Nun noch kurz zur Personalpräsenz im ländlichen Raum. Mit den acht Stellen am Kompetenzzentrum in Kulmbach, dem Sitz in Triesdorf und den Kompetenzzentren in den anderen Regionen, wie beispielsweise Straubing sind wir in die Breite gegangen und haben dafür gesorgt, dass die Landwirtschaft ein breites Thema bleibt und sich

nicht an einzelnen Stellen konzentriert. Schließlich haben wir noch zur Nachwuchssicherung 40 Stellen für Anwärter geschaffen, 26 im Forst und 14 in der ländlichen Entwicklung. Meine Damen und Herren, ich glaube, auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich am Schluss noch erwähnen, dass es uns gelungen ist, dass unser Staatsminister die geplante Abbauverpflichtung an Stellen in der ländlichen Entwicklung reduzieren konnte. So mussten wir 20 Stellen weniger abbauen, und diese stehen uns nun zusätzlich zur Verfügung.

(Horst Arnold (SPD): Verschoben!)

Ich glaube, auch darauf können wir sehr, sehr stolz sein. Schließlich und endlich haben Sie noch die Frage der Ausbildung in den landwirtschaftlichen Schulen und ähnlichen Einrichtungen angesprochen. Hierzu darf ich Ihnen sagen: Wir haben bereits 20 neue Stellen für Referendare und Anwärter geschaffen und 20 weitere stehen jetzt zur Verfügung. Mithin sind dies 40 neue Ausbildungsstellen für Referendare, so dass der Lehrkräftebedarf ganz ohne Probleme bewältigt werden kann. Wenn ich mir vorstelle, dass wir hier einen Unterrichtsausfall von 0,2 % haben, dann denke ich, so manche andere Unterrichtsart würde sich freuen, wenn es nur so wenig wäre. Ich glaube, auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Damit werden wir die Schulen gut stützen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in Zusammenfassung dessen, was wir hier kurz ansprechen konnten – die Zeit reicht nicht für mehr –, möchte ich sagen, Bayern entwickelt sich mit seiner Land- und Forstwirtschaft traditionell, aber auch modern. Wir gehen nach vorn. Wir bauen unser Land weiter, wir bauen es so weiter, dass es schön ist. Wir bauen es aber auch so, dass die Bauern nachhaltig unterstützt werden und diese

auch viel bei unserer Landschaftspflege tun können. Damit ist Bayern mit unseren Bauern eine Heimat mit Zukunft, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Wittmann. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Häusler gemeldet. Bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Wittmann, Sie haben vorhin die Zukunft der Ferkelerzeugung in Bayern und die Versorgung mit guten, gesunden Ferkeln für unsere heimischen Mäster angesprochen. Sie haben sie damit in Verbindung gebracht, dass Zuschüsse zur Sozialversicherung gezahlt werden. Das ist ein rühmlicher Ansatz, selbstverständlich. Wissen Sie aber, dass noch vor zehn Jahren jährlich aus den bayerischen Ferkelerzeugerbetrieben zwei Millionen in die norddeutschen Veredelungsgebiete gegangen sind, weil wir Überschuss hatten? Wissen Sie, dass wir zurzeit eine Eigenversorgung von knapp 65 % haben? Wissen Sie, dass das in Kürze in Richtung 50 % geht? Wissen Sie, dass wir im letzten Jahr 15 Millionen Ferkel aus Dänemark und aus den Niederlanden eingeführt haben? Wissen Sie, dass die Kastration dort auch 2019 und 2020 nicht auf der Agenda steht? Wissen Sie, was das für die kleinteiligen bayerischen Betriebe bedeutet? Wenn hier unter Umständen getrennt geschlechtlich gemästet wird, dann kann letztendlich gar keiner mehr diese Betriebe bedienen; denn wir brauchen einheitliche Herkünfte für die einheitliche Mast aus hygienischen und gesundheitlichen Gründen. Wissen Sie auch, dass dann auch unsere heimischen Metzger, die dann vielleicht nur weibliche Tiere kaufen können, aufgrund dieser Entwicklung gar keine Chance mehr haben, weil sie diese Tiere hier gar nicht mehr angeboten bekommen? – Das ist doch ein Schritt in die falsche Richtung.

Ich darf Ihnen sagen, dass mein Antrag aufgrund einer Initiative von zwei Kreisobmännern gestellt wurde, die beide Mitglied der CSU sind. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Rukwied hat diesen Ansatz und meinen Antrag damals öffentlich ausdrücklich gelobt. Wissen Sie das?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Häusler, diese Zahlen sind mir bekannt. Ich gebe Ihnen recht, dass das unerfreulich ist. Das hat wohl jeder hier im Haus so gesehen. Ich darf aber sagen, dass weder von Ihnen noch von irgendeiner der Oppositionsfraktionen ein zielführender Antrag zur Unterstützung der Ferkelerzeuger kam. Deswegen ist das eine erste Maßnahme, um überhaupt in diese Richtung gehen zu können. Wir wollen mit einem ersten Schub einen Ausgleich schaffen. Gut, dass Sie das erwähnt haben; denn nun kann ich auf etwas eingehen, was ich vorhin in der Kürze der Zeit nicht mehr ansprechen konnte. Ich wollte nämlich noch auf die von Frau Sengl angesprochene Frage des Marketings im Export eingehen. Frau Sengl, ich bin selbstverständlich froh, wenn unsere Landwirte auch aus dem Export ein Einkommen erzielen können. Es ist gut, dass wir dieses Marketing mit sechs Millionen Euro fördern. Sie wissen, die EU begrenzt, inwieweit wir unsere Bauern mit Marketingmaßnahmen unterstützen können. Wenn wir auf diese Art und Weise unsere Bauern stützen können und überall dort, wo wir einen Überfluss haben, ins Ausland exportieren können, um die Einkommen aufzubessern, dann ist das das Beste, was wir für unsere Bauern tun können. Das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Wittmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, am 30. Mai dieses Jahres waren wir gemeinsam in Irsee bei Christian Neth, der uns mit anderen Erzeugern die Probleme eines selbständigen Unternehmers dargestellt hat. Wir hier im Bayerischen Landtag sind dafür zuständig und verantwortlich, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten die Probleme dieser Unternehmer lindern, beheben und, wie das Herr Kollege

Strobl zu Recht angesprochen hat, eine kleinbäuerliche, eigentümergeprägte Landwirtschaft erhalten. Der Trend geht aber leider in die falsche Richtung. Es sind aber Unternehmer. Was aber brauchen Unternehmer? – Unternehmer brauchen zunächst einmal nicht, dass man sie ständig gängelt und mit überflüssigen und misstrauischen Vorschriften überzieht. Sie brauchen auch kein TTIP. Gott sei Dank ist dieser Kelch nun an uns vorübergegangen. TTIP ist gesundheits- und qualitätsfeindlich und schafft einen unfairen Wettbewerb. Die Landwirte – und das sage ich ganz bewusst, weil immer die Frage nach Gegenfinanzierungen gestellt wird – tragen dazu bei, dass sich die Einnahmesituation unseres Haushalts sehr erfreulich darstellt. Dazu müssen sie aber Geld verdienen, und dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Sie tragen aber auch dazu bei, dass die Ausgabensituation nicht explodiert; denn sie sind in erstklassiger, ja in exzellenter Weise Umweltschützer vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen es ausdrücklich ab, die Unternehmer in gute und schlechte zu unterteilen. Die schlechten sind natürlich die konventionellen Landwirte, die guten, die ökologisch wirtschaftenden. Nein, wir wollen beide Formen haben. Wir wollen beiden Formen die Chance geben, gut zu wirtschaften und Geld zu verdienen. Dazu gehört es aber auch – und das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass man sich über Baurechtsregeln Gedanken macht. Was hier auf Bundesebene zum Bauen im Außenbereich angedacht wird, ist für die Landwirtschaft nicht förderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Auch der Vollzug hier im Freistaat Bayern nimmt manchem Landwirt die Chance, in den Außenbereich auszusiedeln.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wer ist denn der Landwirtschaftsminister?)

Er kann seinen Betrieb nicht im Außenbereich aufbauen und damit dem Ort neue Chancen für eine dörfliche Struktur eröffnen.

Lassen Sie mich als Letztes noch ein Stichwort sagen: Wir brauchen keinen Nationalpark im Alpenraum, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das möchte ich deutlich an die Adresse der CSU sagen, weil dort der eine oder andere solche Gedanken geäußert hat. Den brauchen wir wahrlich nicht. Wir haben gute Landwirte und gute Forstwirte. Diese gilt es zu unterstützen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Das müssen wir mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln tun. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist der Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die immer zahlreicheren Wetterextreme infolge der zunehmenden Erderhitzung verursachen immer höhere volkswirtschaftliche Schäden, auch bei uns in Bayern. Deshalb müssten Klimaschutz und Klimaanpassung eine zentrale Zukunftsaufgabe der Staatsregierung sein, um Schaden von unserem schönen Bayern abzuwenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere bayerischen Wälder als Lieferanten für den wunderbar nachwachsenden Rohstoff Holz können einen Teil zur Lösung, zum Klimaschutz beitragen. Aber die Wälder sind nicht nur Teil der Lösung, sondern vor allem auch Opfer des Klimawandels und der Klimakrise. Die extreme Dürre im Hitzesommer 2015 hat tiefe Spuren in unseren bayerischen Wäldern hinterlassen. Das bestätigt auch die Kronenzustandserhebung. Mittlerweile ist fast jeder dritte Baum in Bayern deutlich geschädigt. Der Wassermangel hat dazu geführt, dass die Bäume weniger gewachsen sind und unsere Wälder

deutlich weniger Holz produziert haben. Allein das Extremereignis Hitzesommer 2015 hat bei uns und den bayerischen Waldbesitzern einen volkswirtschaftlichen Schaden von 500 Millionen Euro verursacht.

Nachdem dem Wald im letzten Jahr das Wasser ausgegangen ist, drohen ihm jetzt auch noch die Förster auszugehen. Ihre verfehlte Personalpolitik ist dafür verantwortlich, dass in der Forstverwaltung ein regelrechter Kahlschlag stattgefunden hat. Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2016 wurden 485 Stellen in der Forstverwaltung eingespart. Während für den Umzug des Gesundheitsministeriums, also für blanke Symbolpolitik, einfach mal so locker-flockig 90 Stellen geschaffen werden, droht in der Forstverwaltung ein weiterer Kahlschlag, sollten noch weitere 68 Stellen geplündert werden.

Wir haben uns in der Debatte in den letzten Monaten mit der Zukunft der Kommunalwaldbeförderungen auseinandergesetzt. Zahlreiche Kommunalwaldbesitzer und Bürgermeister in Unterfranken wünschen, in Zukunft von der Forstverwaltung weiter bewirtschaftet zu werden. Aber aufgrund der verfehlten Personalpolitik steht das Personal dafür nicht mehr zur Verfügung. Jetzt haben Sie mehr oder weniger die Entscheidung in das Jahr 2019, also auf die Zeit nach der Landtagswahl, geschoben. Aber Ihnen droht mit Sicherheit schon an der nächsten Stelle wieder Ungemach; denn die Berater für die forstlichen Zusammenschlüsse sollen in Zukunft auch wegfallen. Dazu liegen mir nicht nur Schreiben vor, sondern ich habe auch in zahlreichen persönlichen Gesprächen von vielen Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzerverbänden den dringenden Hilferuf vernommen, dass wir uns dafür stark machen sollen, dass diese Stellen in Zukunft weiter erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema Schutzwaldsanierung ist auch nach jahrzehntelangem intensivem Einsatz noch lange nicht am Ende angekommen. Wir müssen deswegen in Zukunft weiter in unsere Bergwälder investieren, damit sie ihre Schutzfunktionen weiterhin erfüllen kön-

nen. Deswegen muss die Bergwaldoffensive fortgeführt werden. Dafür muss dauerhaft fest angestelltes Personal zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Umbau labiler Nadelholz-Monokulturen hin zu stabilen, gesunden, naturnahen Mischwäldern wird noch eine ganze Förstergeneration beschäftigen. Tatsächlich leisten Sie diese staatliche Daueraufgabe seit vielen Jahren nur noch mit befristet tätigem Personal, weil Sie die dauerhaften Planstellen gestrichen haben. Ich finde, das ist eine Katastrophe. Für die öffentliche Hand schickt es sich nicht, Daueraufgaben mit befristetem Personal zu bewältigen. Deswegen muss der Kahlschlag in der Forstverwaltung gestoppt werden. Die befristeten Stellen müssen in feste Planstellen umgewandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Orkan Niklas Anfang letzten Jahres, das Trockenjahr und die aktuelle Borkenkäfersituation haben dazu geführt, dass unsere Privatwaldbesitzer zunehmend staatliche Förderung in Anspruch nehmen müssen und in Anspruch nehmen. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres ist deswegen die Zahl der Förderanträge um 130 % gestiegen. Mittlerweile sind die Kassen leer. Bereits seit Jahresanfang 2016 ist in der Schatulle für die Privatwaldförderung Ebbe. Und so sind vom 01.01.2016 bis zum 31.05. dieses Jahres Förderanträge mit einem Umfang von sieben Millionen Euro mit Zahlungsverpflichtung für das nächste Jahr verbeschrieben worden.

Die Situation hat sich seit Mai weiter zugespitzt. Mit einem Schreiben vom 2. August hat Ihr Landwirtschaftsminister mitgeteilt, dass die Bewilligungen von Maßnahmen weiter eingeschränkt werden. Für integrative Waldbewirtschaftungsmaßnahmen, zum Beispiel für bodenschonende Holzbringung, steht überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung. Das heißt, dass man bis zum heutigen Tag im Prinzip schon einen Großteil der Mittel, die im Doppelhaushalt eingeplant werden und nächstes Jahr zur Verfügung stehen, schon verplant hat. Wenn es keine weitere Mittelaufstockung gibt, wird das dazu

führen, dass wir in kürzester Zeit wieder zu einem Förderstopp kommen, mit verheerenden, katastrophalen Signalen. Jetzt brauchen die Waldbesitzer Hilfe, und sie sind bereit für einen Waldumbau. Also müssten wir sie jetzt unterstützen und ihnen die Förderung zusichern können.

Der Bedarf an Waldumbau wird weiter steigen, Herr Minister Brunner. Sie haben doch versprochen: Bis zum Jahr 2020 werden 100.000 Hektar Nadelholz-Monokulturen umgebaut. Ihr Haus hat auf meine Schriftliche Anfrage geantwortet: Damit Sie das Ziel erreichen können, müssten Sie die jährliche Umbaurate von 6.200 Hektar auf 10.000 Hektar, also um über 60 % steigern. Wir brauchen also eine deutliche Mittelaufstockung, damit wir diese Zukunftsaufgaben bewältigen können. Damit unsere bayerischen Wälder über alle Waldbesitzarten hinweg ihre vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen dauerhaft erfüllen können, brauchen wir ausreichend Forstpersonal in der Fläche und ausreichend Fördermittel für die Privatwaldförderung. Deswegen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unseren Anträgen zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Jetzt hat sich noch der Kollege Arnold zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorredner, Kollege Ganserer, hat die Situation des Waldes eigentlich richtig beschrieben. Wir haben die Entfristung dieser Personalhilfemaßnahmen zur Anpassung der Wälder beantragt, und zwar auch unter einem sozialen Gesichtspunkt. Wenn wir den Waldumbau als eine Möglichkeit und als eine Pflichtaufgabe sehen, den Wald im Sinne der künftigen Generationen und der Umwelt zukunftsgerecht zu gestalten, müssen wir diese Aufgabe mit einem Beruf mit Perspektive verknüpfen. Wenn jedes Mal Maßnahmen nur zwei Jahre lang laufen und das Personal hofft, danach eine neue Maßnahme zu finden, um die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, sind das keine Verhältnisse für die dort Beschäftigten, sondern es sind teilweise Zitterpartien.

(Beifall bei der SPD)

Die Försterinnen und Förster, all die Bediensteten, haben es nicht verdient, dass sie auf die Findigkeit des Agrarministeriums und anderer Institutionen hoffen können, dass Maßnahmen gefunden werden, mit denen eine Weiterbeschäftigung möglich ist. Sie alle wissen, dass eine sachgrundlose Befristung rechtlich nicht dauerhaft möglich ist. Einmal ist sie in der Tat noch möglich; aber Sie müssen immer einen neuen sachlichen Grund finden.

Diese Vorgänge sind so wichtig, und diese Herausforderungen haben eine so nachhaltige Bedeutung, dass die Entfristungen in diesem Zusammenhang wirklich an Nummer eins der Agenda stehen müssen, auch aus Ehrlichkeit gegenüber den Beschäftigten, die teilweise ihren Lebensmittelpunkt dorthin verlegen, um ihre Arbeit richtig zu machen. Wie soll denn ein junger Mann oder eine junge Frau, der bzw. die mit 25 von der Ausbildung kommt, bei befristeten Arbeitsverträgen mit der nötigen Zuversicht eine Familie gründen oder sich eine Existenz aufbauen?

Herr Nussel, Sie haben darauf hingewiesen, dass die landwirtschaftlichen Lehranstalten viel auf dem Gebiet der Eiweißforschung tun. Das ist vollkommen richtig. Als ehemaliger Bezirksrat haben Sie Ihre Hausaufgaben richtig gemacht; Sie wissen das noch. Aber gerade die Lehranstalt Triesdorf hat uns wiederholt, nun zum dritten Mal, aufgefordert, Mittel in den Haushalt einzustellen, damit diese Forschung gesichert wird; denn das ist sie nicht. Und Sie haben diese Mittel zum dritten Mal abgelehnt, so dass Sie sich eigentlich wider besseres Wissen verhalten. Das finde ich nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Was die Milchförderung betrifft, haben wir es nach den Ausführungen des Kollegen Schöffel mit einer Trittbrettfahrerei auf einer Draisine zu tun. Wenn Sie zu einem Zeitpunkt, an dem die Milchkrise virulent war, ein umfangreiches Antragspaket gestellt haben wollen, dann ist das zeitlich höchstens im Nachklang, das heißt, sozusagen im Windschatten möglich. Zu einer Zeit, als wir schon über die kommende Krise gespro-

chen haben, haben Sie uns noch als Krisenherbeiredner verunglimpft. Das muss ich schon mal zu Ihrer Bewusstseinsfindung beitragen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Frau Wittmann, Herr Brunner setzt sich selbstverständlich in vielen Bereichen vorbildlich ein und hat manchmal Probleme, diesen Einsatz von der eigenen Fraktion auch entsprechend belohnt zu bekommen. Die Abbaupflichtung bezüglich der Förster ist nicht gestoppt worden, sondern ist verzögert worden und begegnet uns im Doppelhaushalt wieder. Außerdem, weil das nämlich beim Thema Kommunalwald und beim Thema Kommunalwaldpakt auch angeklungen war, darf ich Ihnen auch sagen: Wir haben einen Kommunalwaldpakt, der den Kommunen Angebote zur Beförderung macht. Wir sind aber nicht sicher, ob der Kommunalwaldpakt bei dieser Haushaltssituation fortbestehen kann. Deshalb ist es bitter notwendig, dass Sie unsere diesbezüglichen Anträge unterstützen.

Zum Kernwegenetz sage ich nur so viel: Man kann es anbieten und man kann es in Regierungserklärungen ausloben. Dann sind die Herolde unterwegs, die in diesem Zusammenhang sagen: Jetzt hammas! Und dann stellen wir fest, dass es wieder an Mitarbeitern bei den Ämtern fehlt und dass es wieder an der Möglichkeit fehlt, sich zusammenzuschließen. Und dann war es also wie so häufig eine Luftnummer, die zwar viel Luft, aber keine gute Luft enthält; dann war es wie so häufig einfach nur eine Anregung von Möglichkeiten, die Sie nicht erfüllen können. Deswegen haben wir auch dazu einen Antrag gestellt, dem ich zuzustimmen bitte.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Für die Staatsregierung erteile ich nun Herrn Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Brunner.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei allen Debattenrednern. Ich unterstelle Ihnen allen ehrliche Absichten, der bayerischen Land- und Forstwirtschaft gute Voraussetzungen für die Zukunft schaffen zu wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön!)

Ich muss allerdings den Rednern der Opposition auch bescheinigen, dass es ein klägliches Versagen war, ernst zu nehmende Defizite bei der bayerischen Agrarpolitik aufspüren zu wollen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Es ist ja auch alles gut! – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich will darauf jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Teilweise waren es Sachverhalte, die in diesem Haus, zumindest im Fachausschuss, ausgiebigst diskutiert wurden. Teilweise waren es Nebenschauplätze, die für die bayerische Land- und Forstwirtschaft nicht von Bedeutung sind. Wenn Sie wünschen, dass ich näher darauf eingehe, können Sie sich hinterher gerne melden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Machen wir gern!)

Aber zunächst möchte ich zu wichtigen Themen kommen. Ich habe den Agrarbericht kürzlich vorgelegt und ich glaube, dass wir uns da einig sind: Die Ergebnisse sind beeindruckend. Der bayerische Agrarstandort hat sich zur Nummer eins in ganz Deutschland entwickelt. Nachdem ein Siebtel aller Umsätze in diesem Sektor erwirtschaftet wird, stellt, wie Sie bereits erkannt haben, die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eine wichtige Säule im ländlichen Raum dar. Ich spreche nicht nur von der Vergangenheit und der Gegenwart. Ich bin stolz darauf, dass derzeit 5.000 junge Menschen eine Ausbildung in Agrarberufen machen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch der beste Beweis dafür, dass hier Zuversicht und Optimismus herrschen, dafür, dass man sich auf die bayerischen Rahmenbedingungen der Agrarpolitik zu Recht verlässt und dafür, dass die jungen Menschen sehr wohl Freude an der Land- und Forstwirtschaft haben und deshalb auch in Zukunft in der Landwirtschaft hochwertige Nahrungs- und Lebensmittel erzeugen wollen.

Außerdem ist es uns trotz aller Unkenrufe gelungen, den Strukturwandel bei uns unterdurchschnittlich zu halten. In den letzten zwei Jahren lag er nur bei 1,1 %. Das ist eine Rekordmarke, ein Tiefstand, den wir trotz der vielen Produktkrisen, die zu meistern waren, noch nie erreicht hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eben auch ein Ergebnis unseres erweiterten bayerischen Weges. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich einmal mehr die Richtigkeit dieser Philosophie erwiesen und herausgestellt. Ich interpretiere den bayerischen Weg einerseits so: Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und zur Nahrungsmittelerzeugung nicht nur in Gunstlagen. Ich möchte ressourcenschonende, nachhaltige und bodenschonende Landwirtschaft auch in Zukunft in Bayern sicherstellen. Mir ist es wichtig, dass wir unsere Ziele mit einem bäuerlichen Leitbild und mit bäuerlichen Familienbetrieben auch in den nächsten Jahrzehnten erreichen können. Ganz entscheidend ist: Nicht die Produktionsausrichtung, nicht der Produktionsumfang, nicht allein die Anzahl der Hektare soll über die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe entscheiden, sondern die Qualifikation unserer Betriebsleiter:innenpaare soll darüber entscheiden, deren Kreativität und deren Unternehmergeist.

(Beifall bei der CSU)

Das uralte und noch nie richtige Motto "Wachsen oder Weichen" gehört der Vergangenheit an.

(Zuruf von der SPD: Hoffen wir es! Das muss ins Protokoll!)

Ich möchte jedem Betrieb unabhängig von seiner Größe Zukunftsperspektiven eröffnen. Wachsen kann man beileibe in alle Richtungen, und deswegen ist es wichtig, dass wir auch andere Standbeine in Erwägung ziehen und hier eine große Innovationskraft und Kreativität in der Landwirtschaft ermöglicht wird. Ja, wir wissen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen: Volatile Märkte, Zunahme extremer Witterungsverhältnisse, erhöhte gesellschaftliche Erwartungen bezüglich Klimaschutz, Umweltschutz, Bodenschutz, Wasserschutz, Tierwohl oder anderer gesellschaftlich relevanter Entwicklungen. Deshalb will ich den Pakt der Landwirte mit unserer Bevölkerung ganz intensiv und gezielt ausbauen. Ich will die Dialogfähigkeit unserer Bauern erhöhen. Ich will aber auch die Dialogbereitschaft der Verbraucher mit einfordern; denn nur wenn man versteht, hat man auch Verständnis füreinander.

(Beifall bei der CSU)

Ich wähne mich hier durchaus auf einem guten Weg, weil sich die zahlreichen Runden Tische in meinem Ministerium bewährt haben. Ich treffe mich eben nicht nur mit berufsständischen Verbänden, sondern auch mit Verbraucherverbänden, mit Tierschutz- und Umweltorganisationen. Ich versuche also insgesamt, auch gemeinsame Ziele für die künftige Agrarpolitik bei allen gesellschaftsrelevanten Verbänden und Organisationen zu vermitteln. Aber es muss uns nachhaltig gelingen, auch dem Verbraucher den Mehrwert heimischer Lebensmittel- und Nahrungsproduktion sichtbar zu machen. Warum soll der Verbraucher mehr bezahlen als nur den Preis für das Superangebot? Warum soll er mehr für ein heimisches regionales Produkt bezahlen als vielleicht für Importware aus China oder sonst wo?

Wir müssen den Mehrwert nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Verbraucher herausstellen. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich und um die Garantie attraktiver Lebensräume.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Tourismusregionen würden andernfalls veröden usw. usf. Das müssen wir unseren Mitbürgern wieder einmal deutlich machen.

Mein Haushalt umfasst im Großen und Ganzen 1,4 Milliarden Euro. Das ist gegenüber dem Nachtragshaushalt 2016 noch einmal eine deutliche Steigerung; insgesamt stehen jetzt 148 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Ich denke, das ist keine Selbstverständlichkeit angesichts der übrigen Herausforderungen – innere Sicherheit, Integration, Infrastruktur und vieles andere mehr –, die wir bewältigen müssen. Dieser Haushalt bietet den notwendigen Spielraum, um die Einkommen der rund 110.000 Familienbetriebe zu stabilisieren, Belastungen zu reduzieren und Zukunftsaufgaben anzupacken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mir ist es wichtig, dass wir mit verlässlichen Programmen Glaubwürdigkeit und Stabilität in der Agrarpolitik vermitteln. Unser KULAP-Programm, das von Ihnen teilweise schon angesprochen worden ist, hat ein Ausmaß angenommen, um das uns andere Bundesländer nur beneiden können. 260 Millionen Euro können wir in einem Jahr auszahlen. Neben den 110 Millionen Euro, die wir als Ausgleichsprämie bzw. für die Betriebe, die von Natur aus benachteiligt sind, zahlen, sind das oft existenziell notwendige Programme, um die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe zu sichern. Wenn wir beim KULAP um fast 70 Millionen Euro erhöhen, bitte ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition: Fragen Sie Ihre Parteifreunde in den anderen Bundesländern. Sie schauen alle neidvoll auf Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wer beklagt, Öko komme zu kurz, dem sei gesagt: 40 % der 260 Millionen Euro erhalten unsere Ökobetriebe. Wir haben 8.100 Ökobetriebe und 100.000 konventionelle Betriebe. Wer spricht da von Benachteiligung? Ich glaube, Sie sollten ehrlich zu sich selber sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auf eines lege ich nach wie vor großen Wert, weil das eigentlich für unsere Agrarpolitik symbolisch ist: Wir wollen Eigenverantwortlichkeit und Freiwilligkeit über das Ordnungsrecht stellen, und der Erfolg gibt uns recht.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Nein!)

Wie groß die vielfachen Herausforderungen sind, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, wird eindeutig in der Waldpolitik sichtbar. Ja, wir wollen klimatolerante Zukunftswälder. Wir können nicht wie in der Landwirtschaft im Frühjahr säen und im Herbst ernten. Was wir hier tun, wirkt sich auf die nächsten zwei Generationen aus, und deswegen ist generationenübergreifendes Handeln besonders wichtig. Wir müssen auch hier mit Augenmaß und Vernunft vorgehen. Aber auch Kontinuität ist beim Waldumbau notwendig. Deswegen haben wir ein Förderprogramm von rund 46 Millionen Euro zur Verfügung – übrigens 6 Millionen mehr als in der Vergangenheit. Wir haben reagiert. Wir wollen ganz bewusst den Zukunftswald, die Bergwaldoffensive und die Waldinitiative Ostbayern fortführen. Ich denke, der Wald ist an und für sich ein Multitalent – für die Tiere Rückzugsraum und für die Menschen Erholungsraum. Aber vergessen wir bitte auch nicht die Bedeutung des Holzes als Baustoff, als Wertstoff, als Brennstoff und als Dämmstoff. In den Diskussionen wird oftmals übersehen, dass es hier um viele Arbeitsplätze geht und dass hier eine Wertschöpfung von 196 Milliarden Euro jährlich erzielt wird. Vielleicht ist auch der eine oder andere von Ihnen dankbar, wenn er eine Holzkonstruktion für sein Einfamilienwohnhaus planen, eine Hackchnitzelheizung oder eine Pelletheizung einbauen oder einen Dämmstoff aus Holz verwenden kann. Holz ist der ökonomischste und ökologischste Baustoff, der zudem vor unserer Haustüre wächst. Deshalb sollten wir bitte neben dem Schützen auch das Nutzen nicht vergessen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Zukunftsaufgabe und große Chance für diesen Sektor sehe ich die Digitalisierung. Mein Ziel ist, dass alle bäuerlichen Betriebe, ob klein oder groß, hier am Fortschritt teilnehmen können. Der Ausspruch "Bei uns fließen nicht nur Milch und Honig, sondern auch Daten" trifft insbesondere für die Landwirtschaft zu. Ich glaube, dass wir hier im Interesse der Arbeitsplätze, des Tier- und Umweltschutzes noch große Möglichkeiten haben. Wir müssen auch den Mut haben, diese Entwicklung bei unseren bäuerlichen Familienbetrieben positiv zu begleiten. Mir ist es wichtig, dass wir im Forschungsbereich über unsere Grenzen hinaus denken. Ich habe erst kürzlich eine Forschungsk Kooperation mit Südtirol und Österreich abgeschlossen. Wir werden in Ruhstorf einen Leuchtturm für unsere Landesanstalt für Landwirtschaft errichten.

Die jüngste Agrarmarktkrise hat auch gezeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass viele unserer Betriebe – mittlerweile sind es an die 70 % – bereits ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften müssen. Andere Standbeine und Diversifizierung sind wichtige Merkmale unseres bayerischen Weges. Ich glaube auch, dass in der Bioökonomie noch große Wertschöpfungsmöglichkeiten liegen. Sie können mit biogenen Rohstoffen selbstverständlich auch zusätzliches Geld erwirtschaften. Deshalb habe ich ganz gezielt zehn neue Stellen für unser Technologie- und Förderzentrum in Straubing ausgewiesen, weil ich meine, das ist Zukunftspolitik. Wir wollen mit einer Premiuminitiative das Einkommen unserer Landwirte und Betriebe verbessern. Wir wollen in Kulmbach eine Genussakademie errichten. Dann werden wir 100 Genussorte in Bayern direkt herausgreifen. Wir wollen hier auch Verbrauchertrends ernst nehmen.

Ich werde ein Kompetenzzentrum für Hauswirtschaft errichten, weil ich glaube, dass dieser Bereich in den letzten Jahren unterbewertet war. Ich möchte es schaffen, dass unser bayerisches Biosiegel den Durchbruch schafft. Übrigens sind Regio und Bio in Zukunft der Trend schlechthin. Ich will hier neue Wege gehen: statt Anonymität mehr Regionalität.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich fühle mich manchmal nicht nur als Landwirtschaftsminister, sondern auch als Heimat- und Wirtschaftsminister für den ländlichen Raum.

(Zuruf von der SPD: Heimatminister ist ein anderer! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich erkläre Ihnen auch, warum. In meinem Haus sind durchaus Programme und Kompetenzen angesiedelt, deren Nutznießer letzten Endes die Kommunen sind. Wir haben eine Verwaltung für den ländlichen Raum und die ländliche Entwicklung. Wir wollen nicht nur Geld, sondern auch Personal zur Beratung und zur Begleitung der verschiedenen Programme anbieten, und wir wollen die Lebensverhältnisse und die Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessern. Dann kommen wir auch dem selbstgesteckten Ziel nahe, in ganz Bayern möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Es geht hier um Chancengerechtigkeit. Wir haben ganz gezielt noch 23 Millionen Euro draufgesattelt, um dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte auch dem Boden- und Gewässerschutz und der ländlichen Infrastruktur noch einen deutlichen Schub versetzen.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn geistige Schranken fallen, werden kommunale Grenzen zweitrangig. Das ist mein Motto für die Stärkung der Kommunen, für die interkommunale Zusammenarbeit, für Gemeindebündnisse und für die Vernetzung der Kompetenzen, die wir im ländlichen Raum haben. Dafür gebe ich gerne mehr Geld aus. Übrigens haben wir auch hier 14 neue Stellen, um junge Anwärter zu beschäftigen. Wie gesagt, der geplante Personalabbau konnte um 20 Planstellen verringert werden. Das ist doch ein deutlicher Fingerzeig.

(Zuruf von der SPD: Verringert? Nicht verringert!)

Ich glaube, das ist die richtige Trendwende, um dem ländlichen Raum planbare Unterstützung für die Zukunft zu signalisieren.

(Beifall bei der CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist einer der erfolgreichsten Agrar- und Forstandorte in Europa, eben weil wir eine verlässliche Landespolitik anbieten können.

Ich werde auch meine bewährten Projekte fortführen, zum Beispiel die bayerische Eiweißstrategie, zum Beispiel "Lernort Bauernhof", zum Beispiel Obst und Schulfrühstück, zum Beispiel unsere Öko-Modellregionen. Da dürfen Sie vonseiten der Opposition durchaus auch einmal klatschen, weil das fürs ganze Land von Vorteil ist.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

– Danke schön. – Ja, Agrarpolitik ist in der Tat Gesellschaftspolitik. Früher wurde der bayerische Weg manchmal belächelt:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Unsere Strukturen seien zu klein und nicht zukunftsfähig. Heute erlebe ich viel Zustimmung in Europa, in ganz Deutschland. Inzwischen kommen sogar Amtskollegen aus dem Norden nach Bayern. In diesem Sommer, im August, war es der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Herr Habeck, der bei seinem Besuch in München gesagt hat: Der bayerische Weg muss doch nicht an Bayerns Grenzen enden. Meine Damen und Herren, das habe ich als Lob empfunden. Aber Sie wollen versuchen, zu kritisieren. Ich bitte Sie, konstruktiv mitzuarbeiten,

(Horst Arnold (SPD): Ja also!)

damit dieser bayerische Weg ein Zukunftsweg bleibt und damit wir uns in Zukunft auch international behaupten können.

Abschließend darf ich ohne Überheblichkeit, aber mit einem gesunden Selbstbewusstsein behaupten: Wer den besten Weg kennen will, wer Orientierung in der Agrarpolitik sucht, der muss nach Bayern fahren und muss sich in Bayern informieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Frommer Wunsch!)

Ich werde diesen Weg weitergehen, darauf können Sie sich verlassen – im Interesse Bayerns und zum Wohle unserer Bauernfamilien.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Jetzt habe ich eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Müller. Bitte schön.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade angesprochen, Sie wollten eine Premiuminitiative für die Direktvermarkter starten. Das haben Sie 2014 in einer Regierungserklärung schon einmal versprochen. Zwei Jahre nach Ihrer Regierungserklärung habe ich das jetzt abgefragt. Da herrschte in Ihrem Ministerium eigentlich ganz große Ahnungslosigkeit, als ich fragte, wie viele Direktvermarkter es denn tatsächlich gibt, wie es aussieht, wo sich die Direktvermarkter befinden und wie es mit der Förderung aussieht. Wie sieht es denn jetzt mit der neuen Initiative aus? Bis wann können wir mit Ergebnissen rechnen?

Sie haben auch eingefordert, dass die Opposition Ihnen einmal applaudieren solle. Das würden wir gerne tun, wenn Sie zum Beispiel unserem Antrag zum Schulfruchtprogramm zustimmen würden. Sie haben ja gerade erwähnt, dass Sie das Schulfruchtprogramm gern weiter ausweiten und fortsetzen möchten. Wir haben schon mehrmals den Antrag gestellt, das Schulfruchtprogramm auf weiterführende Schulen und auch auf Kinderkrippen auszuweiten. Wenn Sie das tun, dann spenden wir auch Applaus.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Kollegin Müller, nach dem Motto "Alles ist gut, aber es könnte ein bisschen mehr sein"

(Ruth Müller (SPD): Genau!)

richtet man sich anscheinend als Oppositionspolitiker. Natürlich würde ich gerne alles anbieten: Obst nicht nur an einem Tag, sondern jeden Tag, täglich kostenlose Milch und Käseprodukte.

(Zurufe von der SPD: Das wärs! – Der Ministerpräsident hat doch vom Paradies gesprochen!)

Aber irgendwie muss das bezahlt werden. Wissen Sie, es geht in erster Linie darum, Appetit zu machen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Appetit zu machen auf eine gesunde Ernährung, Appetit zu machen auf heimische Produkte, aber nicht darum, alles kostenlos zu verteilen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Das ist das Erziehungsziel dabei.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Sie sprechen den Bereich Premium an: Ja, wir wollen hier noch einmal Gas geben. Deswegen stelle ich zusätzlich bereits zwei Millionen Euro zur Verfügung. Jeder Bauernmarkt, jeder Direktvermarkter bietet nicht nur frische Ware an, sondern leistet einen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit, weil er Informationen weitergeben kann. Ich bin stolz darauf, wenn wir viele regionale Produkte direkt vom Erzeuger zum Verbraucher bringen. Da ist Bayern in der Tat Spitze.

Im Übrigen sollten Sie auch wissen – das habe ich gar nicht angesprochen –, dass ich momentan Gespräche mit Aldi, mit Lidl, mit Edeka, mit Rewe und Real führe. Da geht es um ganz spezielle Dinge, um die Weiterentwicklung unserer bayerischen Betriebe.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Da geht es aber auch um unsere Milchpolitik und um solche Themen, die Sie jetzt im Entferntesten angesprochen haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie können wir mit speziellen Programmen auch die heimischen Produkte entsprechend präsentieren? Erstaunlicherweise sind sich Vertreter dieser großen Lebensmitteleinzelhändler durchaus im Klaren darüber, dass es auch in ihrem Interesse liegt, wenn sie die Werbestrategie regionaler Produkte auch in Zukunft erfolgreich fahren wollen, dass unsere bayerische Struktur mit vielen kleinen Bauernhöfen erhalten bleibt.

(Zuruf von der SPD: Und zu einem anständigen Preis!)

Das mache ich im Hintergrund und hänge es nicht an die große Glocke. Sie können sicher sein, dass ich alles tue, um unsere Inlandsmärkte im Werbe- und Marketingbereich noch besser zu erschließen, unsere Maßnahmen zu optimieren.

Einige glauben aber, das sei ausreichend. Vorhin wurde zum Teil der Export kritisiert – bei 200 % Selbstversorgung bei Rindfleisch, 174 % Selbstversorgung bei Milch, 330 % Selbstversorgung bei Käse. Meine Damen und Herren, wenn ich nur so viel vermarkten soll und will, wie wir in Bayern verbrauchen, müsste ich jedem zweiten Bauern in Bayern sagen, er solle aufhören. Das wollen wir doch nicht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das will kein Mensch! Jedenfalls von uns nicht!)

Deswegen müssen wir Märkte in aller Welt bedienen. Herrn Arnold, Sie waren genauso wie Frau Sengl dabei, als wir vor wenigen Wochen in Japan waren. Auf meine Frage hin, was sich die Japaner von Bayern besonders wünschen, kam die Antwort: an erster Stelle Hopfen und Bier, aber auch bayerischen Wein und bayerischen Käse. Diesem Wunsch sollten wir nachkommen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Also!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 08, und hierzu die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13944 mit 17/13947, 17/13795 mit 17/13806, 17/13930 mit 17/13941 und 17/13904 mit 17/13917 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14627 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14627 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER wird der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenhaltungen? – Keine Gegenstimmen und keine Stimmenhaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14627 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13944 mit 17/13947 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 08 abgeschlossen. Herr Staatsminister, wir geben den Staatshaushalt Ihres Ressorts in Ihre Hände. Es kann weitergearbeitet werden. Vergessen Sie aber nicht, dass das Hohe Haus den Haushalt beschlossen hat. Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall bei der CSU)

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entfristung des Personals für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 428 86)
Drs. 17/13795
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme; Schaffung eines Labels für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Berglandwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 17/13796
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellungen und Kongresse; Tierwohl als Vermarktungsvorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern begreifen!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13797
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der heimischen Eiweißversorgung und Forschungsprojekt zur Förderung des umweltgerechten Mais-Mischanbaus
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 17/13798
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Stärkung des Ökolandbaus, Ausbau der Wasserschutzmaßnahmen, Etablierung einer Förderung der biologischen Maiszünslerbekämpfung, Stärkung des mehrjährigen Energiepflanzenanbaus und Schaffung von Tierwohlmaßnahmen im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/13799
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zur Förderung der allgemeinen Landeskultur in der ländlichen Entwicklung
Stärkung der Mittel für den Ausbau des Kernwegenetzes
(Kap. 08 03 Tit. 893 87)
Drs. 17/13800
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 17/13801
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2015
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 17/13802
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Waldumbaus durch Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald sicherstellen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 17/13803

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/13804
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen
Zusätzliches Personal für die Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13805
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen
Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 17/13806
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Försterstellen für den Waldumbau
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und
Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13904
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 428 95)
Drs. 17/13905
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/13906
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Verbundberatung in der Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 683 19)
Drs. 17/13907
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13908
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 683 95)
Drs. 17/13909
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 17/13910
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zu den Beiträgen der bayerischen Ferkelerzeuger an die Tierseuchenkasse
(Kap. 08 03 Tit. 696 13)
Drs. 17/13911
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus
(Kap. 08 03 Tit. 892 95)
Drs. 17/13912

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13913
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Ökomodellregionen
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13914
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte
(Kap. 08 04 Tit. 892 14)
Drs. 17/13915
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Privatwaldförderung nicht vertrocknen lassen
Waldumbau voranbringen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 17/13916
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umsetzung von Stellen für die „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 40 Tit. 428 02,
Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 17/13917
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/13930
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern e.V. (LKV)
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/13931
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 17/13932
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/13933
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/13934
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Unbefristete Stellen: Kormoranbeauftragte
(Kap. 08 03 Tit. 683 83)
Drs. 17/13935
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/13936

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung Landesmittel LEADER Programm
(Kap. 08 03 Tit. 893 67)
Drs. 17/13937
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel zur Beseitigung von Waldschäden
(Kap. 08 05 Tit. 891 97 und 892 97)
Drs. 17/13938
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Personalaufstockung in den Ämtern für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/13939

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualität der landwirtschaftlichen Ausbildung weiter sicherstellen – zusätzliche Stellen an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/13940
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Forstanwärter schaffen!
(Kap. 08 40 Tit. 422 21)
Drs. 17/13941

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Annette Karl

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Erwin Huber

Abg. Thomas Mütze

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Markus Blume

Abg. Johann Häusler

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Florian von Brunn

Abg. Ulrich Leiner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13605 und 17/14079 mit 17/14088)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/14033 mit 17/14046)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/14023 mit 17/14032)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/14166 mit 17/14186 und 17/14240)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Stöttner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Stellvertretende Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Bayerischer Ministerpräsident, Horst Seehofer, hat gestern in seiner Haushaltsrede treffend formuliert: Die Grundlage von allem ist eine funktionierende Wirtschaft. Sie ist der Garant für Stabilität und Sicherheit in allen Lebensbereichen. Den Menschen in Bayern geht es sichtlich besser als den Menschen anderswo: hohe Lebensqualität, großer Wohlstand,

niedrige Arbeitslosenquote nicht nur in München, sondern in ganz Bayern. Bayern geht es gut. Bayern macht es viel besser als andere Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ziel ist es, dass die Menschen in ganz Bayern auch in Zeiten des digitalen Wandels und der Globalisierung gut leben und arbeiten können. Daher setzen wir mit dem Einzelplan 07, dem Wirtschaftshaushaltsplan, die richtigen Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik. Wir schaffen damit die Voraussetzungen für mehr Investitionen, mehr Innovation und mehr internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Einzelplan überschreitet die große Schwelle von einer Milliarde Euro. Wir haben 2018 1,07 Milliarden Euro vorgesehen und steigern den Haushalt um 14,4 %. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, bemerkenswert ist, dass die Personalquote nicht wie im Staatshaushalt üblich bei über 40 % liegt. Im Wirtschaftsministerium liegt sie nur bei 8,7 %. Der Wirtschaftshaushalt hat mit sage und schreibe 39,2 % eine der höchsten Investitionsquoten.

Bemerkenswert ist weiter, dass Sie, Frau Staatsministerin Ilse Aigner, diesen hervorragenden, erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs mit nur 800 Mitarbeitern, wovon aber 280 in der Eichverwaltung sind, sehr effizient gestalten. Hierfür verdienen Sie, Frau Staatsministerin, und Ihr Staatssekretär Franz Josef Pschierer sowie der Amtschef mit seinen fleißigen Mitarbeitern einen wirklich großen Applaus des Hohen Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Zukunftsweisend ist der Wirtschaftshaushalt aber vor allem deshalb, weil er bayerische Antworten auf die Fragen der Digitalisierung und der Globalisierung gibt. Wenn wir die Top-Ten-Liste im Ranking der Internetfirmen ansehen, stellen wir leider fest: Die erste Runde der Digitalisierung ist an die USA und an Asien gegangen. Wir finden darin wenige deutsche Firmen vertreten. Die zweite Runde der Digitalisierung trifft aber die Industrie, unsere bayerische Industrie und die Handwerksbetriebe. Hier gibt die bayerische Wirtschaftspolitik exzellente Unterstützung und die richtigen Antworten.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern eine gewaltige Chance für uns alle. Mit dem Dreiklang Digitalbonus, Zentrum Digitalisierung Bayern und den regionalen digitalen Gründerzentren ist Bayern auf dem richtigen Weg. Der Digitalbonus ist eine einfache und unbürokratische Förderung der kleineren und mittleren Unternehmer, um ihre Produkte und Prozesse zu verbessern. Wir erhöhen die Mittel für das im Oktober gestartete Programm um 4 Millionen Euro im Jahr 2017 und um 9 Millionen Euro im Jahr 2018. Insgesamt geben wir für dieses Programm bis 2020 80 Millionen Euro aus. Weitere 80 Millionen Euro werden bis 2020 für die digitalen Gründerzentren zur Verfügung gestellt. Damit setzt Bayern Anreize, die eine breite Wirkung haben werden. Die Gründerszene bekommt mit zwölf Gründerzentren in allen bayerischen Regierungsbezirken eine neue Heimat, ja, man kann sagen, eine neue digitale Heimat.

Am Donnerstag durften wir, Frau Ministerin, die Förderbescheide für den südostbayerischen Raum und Rosenheim empfangen. Man merkt, welche namhaften Unternehmer dies begeistert unterstützen und wie begeistert die jungen Unternehmer ihre neuen Ideen vorstellen. Ein junger Gründer erzählte uns – das war besonders für uns Abgeordnete interessant –, dass er ein T-Shirt entwickelt hat, in dem Sensoren die Rückenhaltung messen und Hinweise geben, damit man richtig sitzt und steht. Ich glaube, solche Ideen tun unserer Wirtschaft und unserer Gesundheit gut.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt mir, dass die Initiative BAYERN DIGITAL goldrichtig ist. Wir haben vor einigen Wochen bei einem Crowdfunding-Dialog in München mit Berliner Gästen gesprochen. Diese sagen, München hat eine coole Gründerszene; man merkt, dass die Politik diese Szene enorm steuert und unterstützt.

Bayern ist heute in Europa ein führender Hochtechnologiestandort. Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik sind zentrale Politikfelder zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und haben in Bayern lange Tradition. So wollen wir für Forschung und Entwicklung den Mittelansatz für das Kompetenzzentrum Neue Materiali-

en Nordbayern auf 3 Millionen Euro erhöhen. Auch das Programm "Neue Werkstoffe" wird aufgestockt. Anders als die GRÜNEN sind wir nämlich der Ansicht, dass die Investitionsdynamik in puncto Carbonfasertechnologieforschung verstetigt werden muss. Daher ist für die auslaufende Finanzierung des Bundes ab 2017 eine Anschlussfinanzierung durch den Freistaat Bayern für den Campus Carbon 4.0 in Höhe von 3 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine richtige Entscheidung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung und die Globalisierung verändern nicht nur die Industrie, den Mittelstand und das Handwerk. Die Digitalisierung hält auch im Tourismus Einzug. Smartphones und Tablets sind aus dem Tourismus nicht mehr wegzudenken. Die Erwartungen an touristische Leistungsanbieter sind so hoch wie nie zuvor. Umso wichtiger ist es, die Digitalisierung der Anbieter gerade im Wettbewerb mit neuen Plattformen wie "Airbnb" zu unterstützen. Die Digitalisierung im Tourismus ist eine Riesenchance. Diese Querschnittsbranche kann mit Verflechtungen zur gesamten Freizeitindustrie und zu zahlreichen weiteren Wirtschaftszweigen entscheidende Impulse für die Zukunft vermitteln.

Dennoch dürfen wir auch die analogen Prozesse nicht vergessen. Bis 2021 werden wir in einer "Premium Offensive Tourismus" 50 Millionen Euro in die Verbesserung der Qualität des Angebots investieren.

Ich bin auch der Überzeugung, dass der eigenständige Titel für das Seilbahnförderprogramm in Höhe von 30 Millionen Euro bis 2019 die dringend notwendige Modernisierung der Seilbahnen beschleunigen wird.

Ebenso ist die Alpenstrategie der CSU-Fraktion, die die besonderen Bedürfnisse der Kommunen entlang der bayerischen Alpen in den Fokus gerückt hat, im Doppelhaushalt mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Mit dem Doppelhaushalt 2017/18 kann mit Impulsen für die Bergsteigerdörfer, die Almwirtschaften, die Berggasthöfe, aber auch für die Kommunen hinsichtlich der Beschaffung von Loipenspurgeräten zur Weiterentwicklung der Tourismusregionen in den Alpen gerechnet werden.

Mein Dank gilt Erwin Huber. Er hat mich als Tourismussprecher aus der Aufsteigerregion Niederbayern mit der Fraktion enorm unterstützt. Es ist beeindruckend, dass ein Niederbayer etwas für die Oberbayern tut.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Bitte nochmal wiederholen!)

Es freut mich persönlich sehr, dass die regionalen, lokalen Fernsehangebote in Bayern auch 2017 und 2018 mit der Technikförderung zur Umstellung auf HD rechnen können. Erst die massive Unterstützung der CSU-Fraktion für das Anliegen der Ministerin Aigner hat diesen Durchbruch möglich gemacht. Für die gute Zusammenarbeit gilt unserem Fraktionsvorsitzenden und Herrn Winter, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, großer Dank.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich komme jetzt zum Schluss. Aber ich kann mir einen Seitenhieb auf die Opposition nicht verkneifen. Es wundert mich schon sehr, dass die von mir persönlich sehr geschätzten Kollegen von den GRÜNEN – lieber Thomas Mütze – unseren Haushaltsansatz zum Forschungscampus Ottobrunn komplett streichen wollten. Wir haben in Bayern 60.000 Beschäftigte, die in etwa 550 Unternehmen in der Luft- und Raumfahrtbranche arbeiten. Ich frage mich wirklich, welche Auffassung ihr von Politik für Wirtschaft und Technologieforschung habt. Ihr gefährdet damit die Mitarbeiter und die Unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerin Aigner, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist ein sehr ausgewogener und gelungener Finanzplan. Er setzt für die bayerische Wirtschaft vernünftige Schwerpunkte und schafft damit Stabilität und Sicherheit. Er ist der richtige Weg, um unseren Wohlstand für ganz Bayern zu sichern. Ich danke Ihnen und Ihrem Haus für die kluge Gestaltung des Haushaltsplans. Meine Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, ich fordere Sie auf, dem Haushaltsplan einstimmig zuzustimmen.

(Thomas Huber (CSU): Jawohl, super!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Stöttner. – Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Karl das Wort. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kollegen und Kollegen! Die bayerische Wirtschaft ist gut in Form. Der Export boomt. Die Binnen- nachfrage ist gut. Dies hat etwas damit zu tun, dass die Menschen jetzt mehr Geld in der Tasche haben. Das ist sicher auch eine Folge des von uns durchgesetzten Mindestlohns. Die brummende Wirtschaft ist ein Verdienst hart arbeitender Menschen in Bayern, guter unternehmerischer Entscheidungen und vernünftiger staatlicher Rahmenbedingungen. Nichtsdestoweniger steht die Wirtschaft vor Herausforderungen. Wir haben eine unsichere Weltlage und einen zukünftigen US-Präsidenten, der mehr auf Abschottung als auf Freihandel setzt. Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel weiter verstärken. Wir stehen vor dem Thema der Digitalisierung mit wirklich disruptiven Auswirkungen auf Geschäftsmodelle und Beschäftigungsformen. Gerade dies bedeutet massive Veränderungen für viele Arbeitnehmer. Hier müssen wir aufpassen, dass es am Ende durch die Digitalisierung mehr Gewinner als Verlierer gibt.

Auch der Freistaat steht vor Herausforderungen. Wir müssen das verfassungsgemäße Gebot der gleichmäßigen Entwicklung in allen Landesteilen umsetzen. Das geht nur mit der Wirtschaft. Im Bereich der Digitalisierung brauchen wir eine gute Infrastruktur sowohl beim Breitband als auch beim Mobilfunk. Die Integration der neu Zugewanderten erfordert Anstrengungen des Staates und der Wirtschaft. Wir brauchen eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Wir alle sind gefordert, die Einrichtungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu erhalten. Hier meine ich insbesondere den Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten in kleinen Ortschaften. In all diesen Bereichen, in denen Handeln gefordert ist, handelt die Staatsregierung zu zögerlich, zu unkoordiniert, zu wenig entschlossen und stattet sie mit zu wenig Geld aus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Söder lobt zu Recht die Dorferneuerung als wichtigen Baustein zur Stärkung des ländlichen Raums. Leider ignoriert er dabei, dass gerade die Ämter für ländliche Entwicklung wegen Personalmangels einen riesigen Berg von Anträgen vor sich herschieben. Wie so oft werden große Reden geschwungen, aber es ist nichts dahinter. Deshalb haben wir 30 zusätzliche Stellen für die ALEs beantragt. Mit unseren anderen Anträgen greifen wir weitere Versäumnisse der Staatsregierung auf.

Zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen gehört nicht die Erlaubnis an die Kommunen, jede freie Fläche zuzubetonieren, sondern die Unterstützung bei Investitionen und bei der Ansiedlung von Firmen. Hier spielt die regionale Wirtschaftsförderung eine herausragende Rolle. Minister Söder hat die Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf, in denen es höhere Fördersätze gibt, beträchtlich ausgeweitet. So weit, so gut.

Liebe Frau Aigner, aber es muss dann auch massiv vergrößerte Fördertöpfe geben, damit beim Einzelnen auch etwas ankommt. Das ist wie bei einem Kindergeburtstag: Wenn Sie mehr Gäste einladen, müssen Sie einen größeren Kuchen backen, sonst gibt es Ärger. Deshalb halten wir die Ansätze im Haushaltstitel für die Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung für zu gering. Wir fordern eine Erhöhung um insgesamt 10 Millionen Euro.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Digitalisierung sei gesagt: Hier rächt es sich wieder, dass die Zuständigkeiten auf zwei Ministerien verteilt sind. Beispielsweise liegt die Zuständigkeit für die WLAN-Hotspots bei den Finanzen und für den Mobilfunk bei der Wirtschaft. 2015 hat der Aufbau frei zugänglicher WLAN-Netze begonnen. Das Ziel ist, bis 2020 ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen. Zur Unterstützung der Kommunen brauchen wir aber einen deutlich größeren Einsatz der Staatsregierung als bisher. Auch beim

Aufbau von WLAN-Sicherheit brauchen wir mehr Unterstützung vonseiten der Staatsregierung. Hier verweise ich auf unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Die Behandlung des Themas Mobilfunk im Hause Aigner zeigt deutlich die Schrittmart der Staatsregierung: Mit großem medialem Getöse wird ein Schritt voran getan, im stillen Kämmerlein werden dann wieder zwei Schritte zurück gemacht.

(Zuruf von der CSU: Oh, oh, oh!)

Die gute Initiative für das Digitale Dorf wird mit 5 Millionen Euro in vier Jahren gefördert. Die Förderung der Kommunen zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung soll aber erst ab 2018 mit 5 Millionen Euro beginnen. Das Geld für das Digitale Dorf wurde also beim Mobilfunk abgezwickelt. Dabei gehört beides zusammen. Das zeigt das Projekt der Steinwald-Allianz. Diese will im Rahmen des Digitalen Dorfes einen Belieferungsservice aufbauen. Stellen Sie sich einmal einen armen Lieferanten im Kleintransporter vor, der in seinem Wagen sitzt und seine Aufträge nicht entgegennehmen kann, weil er mal wieder durch das mobile Datennirwana bei uns in der Gegend fährt.

Wir brauchen kraftvolle Initiativen, um Digitalisierung und Mittelstand, Digitalisierung und Handwerk noch besser zusammenzubringen. Das Zentrum Digitalisierung muss hierauf ein wesentlich stärkeres Augenmerk legen, ebenso auf die Erforschung der Auswirkungen der Digitalisierung sowie auf die Form und Qualität der Arbeitsplätze. Nur so können die Tarifpartner dabei unterstützt werden, neue zukunftsfeste Regelungen zu finden, was die Arbeitszeit und den -ort angeht.

Das Geld, das man für den Digitalbonus, den ich sehr begrüße, für 2016 eingestellt hat, ist bei Weitem nicht ausgegeben worden, weil der Digitalbonus zu spät gestartet ist. Wir fordern deshalb, dass dieses Geld komplett nach 2017 verschoben wird, damit wirklich genügend kleine Betriebe unterstützt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich noch auf die gleichwertigen Lebensbedingungen zurückkommen. Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist essenziell wichtig, um Leute auf dem Lande zu halten. Ein Weg, auf die massive Schließung von Einzelhandelsgeschäften zu reagieren, sind sicher Initiativen wie die Steinwald-Allianz, also die Initiative eines digitalen Lieferservices. Aber selbst dieses Projekt basiert auf dem Dorfladen Fuchsmühl als Basisstation. Dorfläden sind nicht nur wichtige Werkzeuge der Lebensmittelversorgung für alle, die nicht mobil genug sind, um zum Einkaufszentrum auf der grünen Wiese zu fahren. Sie sind auch Zentren der Kommunikation in einem Ort und so vor allem für ältere Mitbürger wichtig. Wir fordern deshalb Servicestellen zur Unterstützung der Kommunen beim Aufbau der Nahversorgung in ihren Orten und ein Sonderprogramm "Dorfläden", damit das Land eine Zukunft hat. Bayern ist auf einem guten Weg. Sorgen wir alle dafür, dass dies in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, Frau Staatsministerin im Wirtschaftsministerium, Herr Staatssekretär! Unternehmertum und Verantwortung, Politik für Unternehmen, die in Bayern Verantwortung übernehmen – diesem Leitsatz muss eine für den Freistaat vorausschauende Wirtschaftspolitik folgen. Wir FREIEN WÄHLER sind davon überzeugt, dass wir einen neuen Gründergeist brauchen. Junge Menschen müssen wieder mehr Spaß daran finden, etwas Eigenes aufzubauen. Vor allem im Bereich der Digitalisierung bieten solche Geschäftsmodelle und Ideen neuen Raum.

Wir FREIEN WÄHLER sind davon überzeugt, dass in Bayern auch wirtschaftliche Chancen strukturschwacher Regionen beleuchtet werden müssen, die sich anderen Herausforderungen als boomende Regionen gegenübergestellt sehen. Was Eigentum und Eigenverantwortung betrifft, brauchen Unternehmen einen möglichst freien Hand-

lungsrahmen. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo offenkundig Fehlentwicklungen auftreten. Wir wollen, dass der Staat diese Leitplanken mit vorgibt, aber dass wir den Unternehmen diese Freiheiten geben.

In Ihrem Haushalt liegen starke Schwerpunkte bei Unternehmensgründungen im Bereich der Elektromobilität und der Digitalisierung. Einen Bereich vermissen wir in Gänze, nämlich den der Industrie 4.0. Auf diesem Gebiet hätten wir uns Anstrengungen gewünscht. Angesichts der heutigen Situation großer Unternehmen Bayerns und der Herausforderungen, die auf unsere Zulieferer zukommen, muss dem Thema Industrie 4.0 seitens des Wirtschaftsministeriums und unserer Wirtschaftspolitik deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir haben komplett neue Herausforderungen hinsichtlich der Datenkommunikation, der Datenspeicherung und der Kommunikation "Mensch mit Maschine" sowie "Maschine mit Maschine". Hier gibt es Anforderungen an die Qualifikation und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus Sicht der FREIEN WÄHLER deutlich besser begleitet werden müssen.

Die Digitalisierung Bayerns, die E-Dörfer bzw. Digitalen Dörfer sind gestern bereits angesprochen worden. Es ist zwar schön, wenn man das verkündet und wie gestern die Medien erreicht. Aber unsere KMUs, unsere kleinen und mittleren Unternehmen, sehen sich ganz anderen Herausforderungen gegenüber. Momentan sind wir in den Gemeinden beim Ausbau der Breitbandversorgung. Ein ehemaliges Staatsunternehmen verspricht den Gemeinden, sie mit Vectoring für die Zukunft fit zu machen. – Nein, wir sind gefordert und müssen schon den nächsten Schritt denken. Unsere KMUs brauchen eine Gigabit-Offensive und ganz andere Datenumsätze. Auf dem flachen Land hat jeder Architekt und jeder, der mit Grafik und Design zu tun hat, so hohe Datensätze, dass wir dort mit den Übertragungsraten, die wir momentan entwickeln, schon lange nicht mehr zurecht kommen. Hier müssen wir einen Schritt voraus sein. Auf diesem Gebiet sehen wir Handlungsspielraum und Entwicklungsbedarf. Da bleiben wir seitens der Wirtschaftspolitik viel zu zurückhaltend. Das ist nicht nur Aufgabe des Heimatministeriums, sondern eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik.

Keine Aussagen hören wir von Ihnen zur Zukunft der Mobilfunkabdeckung. Auf diesem Gebiet haben wir auf dem flachen Land nach wie vor sehr große Probleme.

Wir haben in die Haushaltsberatungen einen Antrag zur Ausstattung des Regionalverkehrs mit breitbandigem Internet eingebracht. Das wäre über unsere Bayerische Eisenbahngesellschaft jederzeit leistbar, wenn wir es wollen. Das ist, wenn wir mehr Bürgerinnen und Bürger für den Nahverkehr gewinnen wollen, ein wichtiges Instrument. Stärken wir unsere Bayerische Eisenbahngesellschaft. Wir haben gestern und heute die Erfolge gehört. Der Ministerpräsident hat ausgeführt, dass in den letzten 20 Jahren 70 % mehr Bürger auf den Nahverkehr umgestiegen sind. Wenn man diesen Erfolgsfaktor ausbauen will, dann geht das natürlich nur mit einer Mobilfunkabdeckung in den Regionalverkehren, nicht hinten anstehend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über den Ausbau sprechen, dann reden wir immer noch von Fiber-to-the-Curb. Wir sind immer noch mit dem Kupferverzweiger und der Glasfaserleitung befasst. – Nein, wir müssen mit der Glasfaserleitung ins Gebäude. Natürlich wird es ein schrittweiser Ausbau sein. Aber bitte denken Sie an diesen nächsten Schritt. Verharren Sie jetzt nicht in der Umsetzung. Sie bleiben am Kupferverzweiger stehen. Das ist zu wenig. Das werden wir in der Zukunft noch zu spüren bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Erwin Huber (CSU) und Markus Blume (CSU))

– Herr Kollege Blume, Herr Kollege Huber, ich sage Ihnen Zahlen zu den Start-up-Unternehmen in der IT-Branche – Sie werden schauen –: Nordrhein-Westfalen hat hier 20 % Anteil am gesamtdeutschen Volumen, Baden-Württemberg 17 %, Berlin 17 %. Bayern liegt bei Unternehmensgründungen mit 12 % bloß auf dem 4. Platz. Wo ist da Ihr eigener Anspruch? – Ich hörte gestern und heute den ganzen Tag nur: Wir sind in der Champions-League und Spitze. – Nein, auf diesem Gebiet ist es Platz 4.

(Markus Blume (CSU): In Berlin mit jeder Dönerbude!)

– Herr Blume, hören Sie es sich an: In Bezug auf das IT-Wagniskapital wird es noch viel gruseliger. Wenn eine Dönerbude IT-Wagniskapital hat – viel Spaß. Die Zahlen sind Folgende: Berlin: 2009 34 Millionen; 2013 133 Millionen. Bayern: 2009 47 Millionen; heute: 19 Millionen Wagniskapital. Wir sind also zurückgefallen. Das ist in der IT-Branche natürlich ein Mangel. Das hat damit zu tun, dass Sie nicht bereit sind, den nächsten Schritt zu gehen. Wir bleiben beim Ausbau der Digitalisierung noch vieles schuldig.

Zum Tourismus: Ich schätze meinen Kollegen Klaus Stöttner als tourismuspolitischen Sprecher aus unserer gemeinsamen Zeit im Wirtschaftsausschuss. Klaus, Du lobst hier euer Programm für Almwirtschaften. Für Almwirtschaften 100.000 Euro, das ist gut und recht. Wir haben versucht, für Dorfwirtschaften ein richtiges Programm auf den Weg zu bringen. In Bayern sind 30.000 Betriebe vom Wandel betroffen. Im Tourismus und in der Hotellerie gibt es 560.000 Arbeitsplätze, wobei 32 Milliarden Euro Umsatz gemacht werden. Sie aber kommen mit 100.000 Euro für die Almwirtschaft. Sie müssen in der Wirtschaftspolitik den Tourismus richtig anfassen. Wir haben in den Haushalt für die Dorfwirtschaften 75 Millionen Euro eingestellt. In Oberfranken setzt ein Brauer nach dem anderen eine neue Idee um. Dort kommen 7 % mehr Touristen. Begleiten Sie diese. Wir brauchen einen Qualitätstourismus, den Ausbau der Barrierefreiheit und, wie es in Unterfranken gelungen ist, eine mit jungen Winzern kombinierte Architektur. Das wird zum Magneten. Wir brauchen hier einen ganz anderen Magneten und Anspruch. Denken Sie daher den Tourismus anders. Unterstützen Sie dort private Investoren, etwa beim Urlaub auf dem Bauernhof. Das sind im Prinzip Erfolgsmodelle. Bleiben Sie da nicht mit solchen "Kleckerlesbeträgen" hinter den Ansprüchen zurück. Der Tourismus ist für Bayern eine Leitökonomie. Das haben Sie zumindest in diesem Haushalt nicht abgebildet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Letztes möchte ich noch die Energiepolitik streifen. Die 10-H-Regelung und die Energiewende sind in Bayern passé. Die Kraft-Wärme-Kopplung haben Sie im Haus-

halt nicht angenommen. Beim 10.000-Häuser-Programm habe ich mehrmals einen Anlauf versucht. Die Nahwärmeversorgung über Biogasanlagen ist im 10.000-Häuser-Programm nicht enthalten. Deshalb ist es möglich, dass jemand ein Null-Energie-Haus baut, obwohl eine Versorgung über das Nahwärmenetz mit Biogasanlagen zu 100 % CO₂-arm ist. Das fördern Sie nicht. Jetzt muss ich ehrlich fragen: Wie oft muss ich das noch erklären, bis Sie endlich bereit sind, in solchen Fällen eine Förderung zu gewähren? Wir sprechen von 15.000 bis 16.000 Euro. Bitte setzen Sie das um. Das ist ein Mangel in Ihrer Energiepolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei wäre es ganz einfach. Über diesen Antrag reden wir wieder im Wirtschaftsausschuss.

Als Letztes möchte ich noch die Landesplanung streifen. Morgen wird das mein Kollege Alexander Muthmann noch einmal ausführen. Gestern hat der Ministerpräsident davon gesprochen, dass Bayern ein wunderbares Land sei und es allen Regionen gut gehe. Kolleginnen und Kollegen, wieso wird dann die Hälfte Bayerns als Raum mit besonderem Handlungsbedarf bezeichnet? – Eines von beiden stimmt nicht. Stärken wir die Regionen. Gehen Sie passgenau mit den Regionen um. Dann kommen wir zu einer guten Wirtschaftspolitik. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, Herr Kollege, das Ende war zu schnell. Mir liegt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Glauber, als Vorsitzender eines Tourismusverbandes muss ich noch zwei Sätze zum Thema Tourismus sagen. Ich bin der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich dankbar, dass sie die Förderung der Regionalverbände angehoben hat. Das ist in diesem Haushalt verstetigt worden. Damit haben wir die Chance, den Tourismus weiter auszubauen. Wir sind tatsächlich das

Tourismusland Nummer 1 in dieser Republik. Die guten Zahlen sprechen für sich. Der Erfolg ist jedoch durch Organisation und auch die BAYERN TOURISMUS Marketing hart erarbeitet worden.

Uns liegt ebenfalls die Vermeidung des Wirtshaussterbens am Herzen. Wissen Sie, was das beste Programm wäre, um dem Wirtshaussterben zu begegnen? – Eine Änderung der Arbeitszeiten. Außerdem müssen wir den Wirtshäusern die Bürokratie wegnehmen, damit sie tatsächlich wieder Unternehmen sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann dürft ihr die Nahles nicht loben!)

Das müssen wir in Berlin tun. Damit können wir den kleinen Betrieben wirklich helfen und dem Wirtshaussterben entgegenwirken. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Glauber hat das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Holetschek, fangen wir mit der Bürokratie an. Mittlerweile stehen Sie seit zwölf Jahren in Berlin in der Verantwortung. Sie haben eine neue Brandschutzverordnung auf den Weg gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Architekt sage ich Ihnen: Ich muss mich fragen, wo Ihre Abgeordneten in Berlin waren. Diese Brandschutzverordnung bringt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Hoteliers nichts. Sie kostet aber immens viel Geld. Diese Bürokratie müssen Sie mit verantworten.

Sie haben die Mindestlohn-Bürokratie und das Arbeitszeitgesetz mitgetragen. Sie haben das angesprochen. Warum lassen Sie es zu? – Selbstverständlich müssen Sie das mit verantworten; denn Sie sitzen in Berlin in der Regierung.

Wenn Sie an der Qualität der Dorfwirtschaft und dem Tourismus interessiert sind, dürfen sie den Haushalt nicht von 40 Millionen Euro auf 14 Millionen Euro schrumpfen. Gehen Sie, wie wir es fordern, mit 75 Millionen Euro in den Haushalt rein. Damit könnten Sie einen Qualitätstourismus erzeugen. Wir stehen mit Nachbarn im Wettbewerb. Der Wettbewerb entscheidet sich über die Barrierefreiheit, über die Qualität und den Bürokratieabbau. Sie sitzen an den Schalthebeln in Berlin und Bayern. Ändern Sie da etwas.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Glauber. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Wirtschafts- und Energieministerium ist in der heutigen Zeit sehr gefragt. Gerade die Energiepolitik steht vor enormen Herausforderungen, aber auch vor großen Gestaltungsmöglichkeiten. Das Energieministerium ist eine wichtige Schnittstelle und besitzt eine Schlüsselfunktion. Herr Kollege Mütze wird später noch etwas zur Wirtschaftspolitik erläutern. Ich möchte mich hauptsächlich auf die Energiepolitik beziehen. Im Bereich der Energie ist sehr viel zu tun. Wir haben die Wärmewende und Effizienzinitiativen. Wir müssen unsere Energieerzeugung komplett umstellen. Wir brauchen Initiativen, Koordination, Forschung und Entwicklung. Sie sind enorm wichtig. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger bei einer echten Energiewende mitnehmen. Kurz gesagt: Der Einzelplan 07 müsste in Bezug auf den Energiesektor ziemlich mächtig und dick sein. Im Einzelplan 07 finden wir jedoch nur zwei Doppelseiten zur Energie. Das ist schon sehr dünn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie verteilen sich die Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2017/2018? – Dort steht das 10.000-Häuser-Programm. Wenn man noch einmal hinsieht, sieht man das 10.000-Häuser-Programm. Schließlich stößt man auf das 10.000-Häuser-Programm.

(Erwin Huber (CSU): 80 Millionen Euro!)

– Im 10.000-Häuser-Programm ist schon etwas drin. Ansonsten finden Sie in diesem Haushalt zum Bereich Energie nahezu nichts mehr. Herr Huber, außerdem gibt es noch ein Sammelsurium von Aufzählungen: Erforschung neuer Technologien, Demonstrationsvorhaben, Beteiligung an Energieagenturen mit ein paar Millionen Euro. In diesen Energiehaushalt ist jedoch nahezu nichts eingestellt.

Was ist wirklich abgerufen worden? – Im Haushalt befinden sich noch ein paar zarte Pflänzchen in Form verschiedener Energieprogramme. Der Ansatz ist gar nicht so schlecht. Allerdings sind nur wenige Prozent der Mittel abgerufen worden. Im Jahr 2014 sind im Wirtschaftshaushalt für den Bereich Energie 35,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Davon sind allerdings nur 18 Millionen Euro abgerufen worden. Das ist gerade einmal die Hälfte. Im Jahr 2015 sind 41,5 Millionen Euro eingestellt worden. Es sind nur 19,9 Millionen Euro abgerufen worden. Das ist noch nicht einmal die Hälfte. Frau Aigner, sind ihre Maßnahmen so schlecht? Will das niemand haben? Wollen Sie das überhaupt nicht verkaufen? Stehen Sie überhaupt hinter diesen Maßnahmen? Wenn nur die Hälfte der Gelder abgerufen wird, setze ich ein ganz großes Fragezeichen hinter die Programme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms können Sie das Geld aber wirklich raus-hauen. Sie fördern die Ölheizungen und die Gasheizungen. Das bekommen die Leute hinterhergeschmissen. Sie haben wirklich etwas Tolles erfunden. Momentan besteht jedoch ein Ausgabestopp sowohl bei den Heizungen als auch beim EnergieSystem-Haus. Die verschiedenen Förderprogramme aus Berlin haben aber gezeigt: Kein Stop-and-go bei Fördermitteln! Das ist Gift. Frau Aigner, ich habe einen Tipp für Sie: Ende

Oktober hat es 7.500 Zusagen zu Einzelmaßnahmen gegeben. Davon sind nur 350 auf die Sanierung von Bestandsgebäuden entfallen. Das sind gerade einmal 4 %. Von den Einzelmaßnahmen sind aber – man höre und staune – 35 % auf Maßnahmen für Ölheizungen entfallen. Gleichzeitig geht Ihnen das Geld aus. Schmeißen Sie die Ölheizungen endlich aus dem Programm. Dann haben Sie auch wieder Geld für die sinnvollen Maßnahmen wie das EnergieSystemHaus. Nehmen Sie unseren Antrag. Schmeißen Sie die dreckigen und klimaschädlichen Ölheizungen hinaus. Das hätte System. Damit hätten wir ein anständiges Förderprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis auf das 10.000-Häuser-Programm sind alle anderen Haushaltsstellen gekürzt worden. Nur beim 10.000-Häuser-Programm wurde aufgestockt. Jetzt könnte man sagen: Wenn die Mittel ohnehin nicht abgerufen werden, ist es eigentlich egal, ob der Ansatz höher oder niedriger ist. Uns ist das aber nicht egal. Wir wollen und brauchen ein Energieministerium, das Energie und Tatkraft versprüht und Maßnahmen in die Bezirke und Landkreise hinausträgt, die eine Aufbruchsstimmung erzeugen. Dort wird etwas bewegt. Das brauchen wir. In Bayern hätten wir so viele Baustellen. Wir stehen beileibe nicht an der Spitze, auch wenn das im Rahmen der Haushaltsberatungen oft gesagt wird. Wir befinden uns sehr weit hinten. Im Wirtschaftsausschuss beraten wir in fast jeder Sitzung über Anträge zur Begleitung des Strukturwandels. Das Wirtschaftsministerium soll hier und dort nachhelfen und Arbeitsplätze sichern. Daran merkt man, dass der Strukturwandel stark gegriffen hat. Viele Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Packen Sie das endlich an. Im Energiesektor könnten wir sehr viele Arbeitsplätze schaffen. Man könnte den Strukturwandel mit einer guten Energiepolitik begleiten. Man könnte sagen: Jawohl, wir investieren in die Energiewende und schaffen nachhaltige Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung vor Ort. Von Ihnen kommen keine Initiativen. Leider ist hier wirklich Stillstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Herausforderungen bei den Themen Energie und Klimaschutz sind gewaltig. Wir müssen es einfach schaffen, die Erdüberhitzung einzudämmen. Dazu gehören auch gute Ziele. Wir brauchen ehrgeizige Ziele. Die Ziele, die wir momentan haben, maximal 2 Tonnen pro Kopf bis zum Jahr 2050, betreffen die energie- und die nicht-energiebedingten CO₂-Emissionen. Unsere Umweltministerin, Frau Scharf, hat das noch einmal betont. Momentan liegen die energiebedingten CO₂-Emissionen bei 6,2 Millionen Tonnen. Hinzu kommen noch zwei Millionen Tonnen nicht-energiebedingte Emissionen aus der Landwirtschaft. Insgesamt haben wir also 8,2 Tonnen pro Kopf. Bis zum Jahr 2050 müssen wir jedoch auf 2 Tonnen pro Kopf kommen.

Im Jahr 2030 möchte das Wirtschaftsministerium bei den energiebedingten Emissionen gerade einmal bei 5 Tonnen pro Kopf landen. In diesem Fall werden wir das Ziel, bei den Gesamtemissionen bis zum Jahr 2050 auf 2 Tonnen pro Kopf zu kommen, niemals erreichen. Nach Ihrer Zielsetzung wollen Sie gerade einmal 80 kg pro Jahr und Kopf abbauen. In diesem Fall werden wir es gerade einmal bis zum Ende des Jahrhunderts schaffen, das Ziel von 2 Tonnen pro Kopf zu erreichen. Wir müssen dieses Ziel aber im Jahr 2050 erreichen. Wir brauchen deshalb die doppelte Geschwindigkeit. Wir müssen 160 kg pro Jahr und Kopf "abspecken".

(Sandro Kirchner (CSU): Kommt da noch was Konkretes oder ist das eine Fragestunde? – Markus Blume (CSU): Ganz kleines Karo!)

Wir müssen hier viel ehrgeiziger werden. Die von mir genannten 160 kg sind notwendig. Andere Länder machen es anders. Dänemark möchte zum Beispiel bis zum Jahr 2030 eine CO₂-Reduktion von 90 % beim Strom und der Wärme erreichen. In Bayern werden dagegen ganz kleine Brötchen gebacken. Das reicht hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Klimaschutz-Investitionen der Staatsregierung verdreifachen. In unserem Haushaltsplan haben wir 300 Millionen Euro zusätzlich eingestellt, also insgesamt 450 Millionen Euro. Der Bereich Wärme ist unser Schwerpunkt. Hier setzen wir vor allem auf die Sanierung der bestehenden Gebäude. Wir wollen Nahwärmenetze in Form von kommunalen Wärmeplattformen einrichten. Dafür sollen 40 Millionen Euro eingestellt werden. Wir wollen die energetische Sanierung von staatlichen und kommunalen Gebäuden stark fördern. Dafür haben wir 100 Millionen Euro bzw. 200 Millionen Euro eingestellt. Die Staatsregierung begnügt sich hier mit 25 Millionen Euro pro Jahr.

Wir brauchen eine Energieeffizienzinitiative, die sich gewaschen hat. Von 2003 bis 2014 haben wir eine Stromverbrauchssteigerung von 23 % zu verzeichnen. Wo ist denn bitte schön die Effizienz-Strategie in Bayern? Hier müssen wir viel besser werden. Wir müssen es auch schaffen, die Institutionen zu stärken. Solche Institutionen sind zum Beispiel Energieagenturen, die in allen Landkreisen, und Klimaschutzbeauftragte, die in allen Gemeinden eingerichtet werden sollten. Dafür haben wir 56 Millionen Euro bzw. 28 Millionen Euro eingestellt. Wenn man sich dagegen Ihren Haushalt anschaut, ist da nichts. In ganz Bayern gibt es nur 11 Energieagenturen. Das reicht nicht; denn wir brauchen diese institutionelle Förderung.

Zusätzlich haben wir noch Förderprogramme für Wasserkraft- und Blockheizkraftwerke, Smart-Grid-Projekte sowie für den Austausch von "Stromfressern" bei einkommensschwachen Haushalten vorgesehen. Diese Maßnahmen zusammen sind ein wirklich großes Bündel. Dafür haben wir 450 Millionen Euro vorgesehen. Bei Ihnen sind es nur 150 Millionen Euro. Das ist wirklich viel zu wenig! Mit diesem Energieministerium ist Bayern leider auf keinem guten Weg. Wir brauchen endlich eine gute Energiepolitik, und wir brauchen ein Ende des Stillstands.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Erwin Huber von der CSU. Bitte schön.

(Markus Blume (CSU): Jetzt könnten Sie was lernen!)

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die "Nürnberger Nachrichten" haben gestern zu dieser Haushaltsberatung geschrieben: Bayern, ein Land, in dem Milch, Honig und die Daten fließen? Sehr richtig! Die Zeitung hat ein Fragezeichen dahinter gesetzt. Ich würde dagegen drei Ausrufezeichen setzen. Diese Überschrift gibt die Position der Wirtschaft in Bayern sehr richtig wieder. Bayern ist ein Land, das blüht, und die Menschen haben etwas davon.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Glauber und Herr Kollege Stümpfig, ich hatte fast den Eindruck, dass Sie sich im Kleinklein des Unterholzes verirrt haben. Sie haben jedenfalls nicht die große Linie der Wirtschaftspolitik dargestellt, deren Auswirkungen sich nach vielen Jahren heute bemerkbar machen. Heute ernten wir für die Menschen die Früchte einer langfristigen, konsequenten und mittelstandsfreundlichen Politik. Unserer Wirtschaftsministerin Ilse Aigner möchte ich sagen, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Wir unterstützen den Kurs der Digitalisierung, der Modernisierung, der Stärkung des Mittelstandes, der Stärkung von Start-up-Unternehmen und der Stärkung einer modernen Infrastruktur bis hin zum Breitband mit allem Nachdruck. Bayern ist auf diesem Weg in ganz Deutschland führend.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Was das Breitband angeht, stimmt das nicht so ganz! Da ist Schleswig-Holstein vorn!)

Von der linken Seite, zum Teil auch von der SPD, wird das Wirtschaftswachstum immer wieder negativ dargestellt oder infrage gestellt. Sie tun so, als ob das Wirtschaftswachstum in erster Linie zu Zerstörungen und zu negativen Auswirkungen für Klima und Natur führen würde. Im ersten Halbjahr 2016 hat Bayern mit mehr als 3 %

das höchste Wirtschaftswachstum der deutschen Länder gehabt. Ich möchte einmal deutlich machen, was das für die Menschen bedeutet: Bayern hat die geringste Zahl von Hartz-IV-Empfängern. Bayern hat die geringsten Zahlen beim Thema Kinderarmut und beim Thema Altersarmut. Bayern hat die geringste Zahl an Menschen, die beschäftigungslos sind. Das bedeutet, wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Blüte sind nicht etwas, was den Konzernen zugutekommt, wie Sie das öfter verbreiten, sondern diese Faktoren dienen den Menschen unmittelbar.

(Beifall bei der CSU)

Von linker Seite wird oft gesagt, dass noch mehr beim Thema Genderpolitik getan werden müsste. Ich sage: Bayern hat die höchste Frauenerwerbsquote unter den westlichen Bundesländern. Es nützt doch nichts, schöne Papiere zu erarbeiten und Propaganda zu verbreiten. Wichtig ist, dass den Frauen Chancen auf dem Arbeitsmarkt gegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es großartig, dass ein konservativ regiertes Land den Frauen die besten Chancen gibt, sehr viel mehr jedenfalls, als die rot-grün-regierten Länder in Deutschland. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gehring hat in der letzten Woche das Integrationsgesetz als eine Sternstunde des Parlaments bezeichnet.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die Debatte!)

Ich finde, das ist richtig, vor allem, was das Ergebnis angeht.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Die Debatte, an der Sie nicht teilgenommen haben!)

Das Ergebnis ist ein ganz hervorragendes und modernes Integrationsgesetz. Jetzt komme ich aber zur praktischen Wirkung: Die Wirtschaft hat etwa vor einem Jahr angekündigt, man würde es in etwa einem Jahr schaffen, 20.000 Migrantinnen und Migranten eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Jetzt liegt die vorläufige Bilanz für das Jahr 2016 vor. In Bayern haben die Unternehmen mehr als 40.000 Flüchtlingen Ausbildungs- und Arbeitsplätze gegeben. Die Ankündigung von 20.000 ist um das Doppelte übertroffen worden. Auch hier sage ich: Nicht die Sprüche von Rot-Grün machen es aus, sondern die praktische Politik.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg stellt sich nicht automatisch ein. Die Frage lautet: Was müssen wir tun, um diesen Erfolgsweg Bayerns fortzusetzen? Ich sage dazu als Erstes: keine Steuern erhöhen. Von den GRÜNEN höre ich, dass die Vermögensteuer eingeführt, die Erbschaftssteuer erhöht und das Ehegattensplitting abgeschafft werden soll. Von der SPD höre ich, dass ebenfalls die Vermögensteuer eingeführt und die höheren Einkommen mehr besteuert werden sollten. Meine Damen und Herren, wer den wirtschaftlichen Niedergang will, der muss Steuern erhöhen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von der CSU)

Das Zweite ist: Ich höre heute von Sorgen vor Trump und dergleichen. Da muss ich sagen: Wir bekennen uns dazu, dass die Globalisierung viele Vorteile bringt; dass sie aber auch Belastungen mit sich bringt; dass sie einen ungeheuren Wettbewerb auch für den Mittelstand und für die Wirtschaft auslöst.

In den letzten Monaten hörte man: Die SPD hat sich schwer getan mit CETA, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN lehnen CETA und TTIP und alle möglichen Freihandelsabkommen ab. Meine Damen und Herren, wer die Grenzen im wirtschaftlichen Raum nieder lässt, der entzieht dem Exportland Bayern die wirtschaftliche Basis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Da genügt es nicht, Herr Gehring, wenn Sie über die Wahl von Trump filibustern, sondern es geht darum, die praktische Politik so auszulegen, dass wir vernünftige Wettbewerbsbedingungen haben. Wer zu solchen internationalen Abkommen nicht Ja sagt, der öffnet die Tür für wilden Kapitalismus. Wir müssen die Globalisierung zähmen, und das machen wir mit solchen Abkommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: So absurd können nur Sie argumentieren! Das ist ja der größte Schmarrn aller Zeiten!)

Meine Damen und Herren, die Frage des Mittelstands ist aufgeworfen worden. Bayern ist das Mittelstandsland Nummer eins in Deutschland. Herr Kollege Glauber, wir sind das auch bei den Start-ups. Für die Wirtschaftsministerin ist die Förderung von Gründerzentren im digitalen Bereich und sonstiger Start-ups ein ganz besonderes Herzensanliegen. Ich halte das für genau richtig, meine Damen und Herren. Wir sind, was Unternehmensgründungen angeht, an zweiter Stelle nach Berlin.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Nach Berlin? Um Gottes willen!)

– Nach Berlin, ja, richtig! Und Berlin, das muss ich doch einmal sagen, ist zum Teil Fördergebiet Ost, ist zum Teil in besonderer Weise ein Aufbaugebiet und hat eine miserable Arbeitsmarktbilanz. Da muss ich einmal sagen: Für die Berliner Situation müsste sich die SPD schämen! Deshalb braucht Berlin für eine vorübergehende Zeit mehr Förderung.

Aber wir sind sowohl beim traditionellen Mittelstand als auch beim modernen Mittelstand erfolgreich. Wir sind erfolgreich bei den großen Unternehmen. Dass IBM sein Forschungszentrum mit 2.000 Leuten in Bayern ansiedelt, dass Microsoft nach München geht, dass GE das Forschungszentrum in München-Garching hat, ist der Ausweis einer modernen Forschungs- und Innovationsinfrastruktur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Ich möchte die Wirtschaftsministerin ausdrücklich dabei unterstützen, die Technologieförderung noch mehr auf den Mittelstand auszurichten. Wir haben in Deutschland einen Anteil von Forschung und Entwicklung von rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts. In Bayern ist der Anteil höher, was auch an den sehr großen Unternehmen liegt. Aber, was die Flexibilität angeht, ist gerade auch Forschungs- und Technologieförderung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen wichtig und notwendig. Deshalb unterstützen wir die Intention, die Forschungsförderung auch so zu verändern, dass kleine und mittlere Unternehmen noch sehr viel mehr an Forschungstöpfe herankommen; denn, meine Damen und Herren, wir werden den Wettbewerb in der globalisierten Welt nicht durch Lohndumping gewinnen, sondern nur durch Innovation und dadurch, dass wir technologisch immer um eine Pferdelänge voraus sind.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema der regionalen Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern sagen, das Frau Karl schon angesprochen hat. Da ich die Gnade der frühen Geburt habe, kann ich auf einen längeren Zeitraum,

(Zuruf des Abgeordneten Hans Reichhart (CSU))

– Kollege Reichhart, du kannst dann in drei Jahrzehnten die gleiche Rede halten! –

(Lachen bei der SPD)

auf eine lange Entwicklung in Bayern zurückblicken. Da muss ich sagen: Die regionalen Disparitäten und Unterschiede waren noch nie so klein wie heute.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

– Herr Kollege, ich rechne Sie ja sowieso zu den Postfaktischen; denn von Fakten sind Sie ja noch nie ausgegangen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Wenn man heute sieht, dass in den besten Regierungsbezirken, in der Oberpfalz und in Niederbayern, die Arbeitslosenquote bei 2,8 % und 2,9 % liegt, während sie im schwierigsten Bezirk bei 4,3 % liegt, und wenn man sieht, dass diese Bezirke nur um 1,5 Prozentpunkte auseinanderliegen, dann muss ich sagen: Nennen Sie mir eine Region in Europa mit 13 Millionen Einwohnern, in der die regionalen Unterschiede so klein sind wie in Bayern. Das gibt es nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das gibt es nicht!)

Das gibt es nicht mehr! In Frankreich, in Italien, in Großbritannien sind ganze Landstriche verwaist, gibt es Dörfer und Kleinstädte, die keine Zukunft haben. In Bayern hat jeder Landstrich Zukunft. Man wird es nie so hinbringen, dass es überall paradiesisch und gleich ist. Natürlich haben wir auch Probleme, beispielsweise in Oberfranken im Bereich von Hof oder im Bereich Unterfranken, und auch im Alpenbereich müsste man das eine oder das andere tun.

(Zuruf von der SPD: Da haben Sie ja lange Zeit gehabt!)

Wir müssen uns auch ein bisschen mehr der negativen Seiten des Wachstums in den urbanen Wachstumszentren annehmen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist etwas, was der CSU vielleicht nicht von Haus aus auf den Leib geschneidert ist. Wir sind die Partei, die für die gesamte Fläche ungeheuer kräftig arbeitet. Aber wir sehen, dass wir beispielsweise in München mit Mieten, mit Immobilienpreisen, mit Verkehr und mit Belastungen auch große Probleme haben. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass Bayern insgesamt blüht, dass die junge Generation Chancen hat, dass wir einen dynamischen Mittelstand haben und dass wir auch in fünf oder zehn Jahren in Deutschland und in Europa vorne sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Huber. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Huber, ich hätte eine Bemerkung zu den Migranten und Migrantinnen, möchte aber mit TTIP und CETA beginnen. Ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie der wilden Globalisierung das Wort reden können. Herr Huber, ich bin froh, dass meine FREIE-WÄHLER-Fraktion TTIP und CETA, so wie es jetzt ist, ablehnt.

(Zuruf von der CSU: Sie haben keine Ahnung von CETA!)

Denn wir sind eben für hohe Standards, und diese Standards haben wir Parlamentarier im Bayerischen Landtag und die Bundestagsabgeordneten natürlich im Griff. Es ist ganz klar so: Wir haben hohe Verbraucherschutzstandards, wir haben Lebensmittelstandards, wir haben Umweltstandards. Also von wegen wilde Globalisierung! Wer TTIP und CETA ohne Parlamentarier im Hinterzimmer aushandelt, ohne Landtagsabgeordnete,

(Markus Blume (CSU): Ohne Landtagsabgeordnete!)

stellt sein Licht ganz schön unter den Scheffel. Da frage ich mich, wie Sie dann so einem Abkommen das Wort reden können. Dafür würde ich die Hand nicht ins Feuer legen. Deshalb setzen wir auf unsere hohen Standards.

Nun zu den Migranten und Migrantinnen: Wenn Sie schon von Migranten und Migrantinnen sprechen – und ich gebe Ihnen recht, dass die Wirtschaft hier eine große Leistung übernimmt –, dann gebe ich Ihnen den Tipp: Engagieren Sie sich für eine Regelung, die der 3-plus-2-Regelung folgen könnte, denn die wird zu wenig sein. Wenn wir Menschen in unsere Gesellschaft integriert haben, wenn diese Menschen unsere Sprache erlernt haben, dann sollen sie auch unserer Volkswirtschaft weiter nutzen können. Also denken Sie auch über 3 plus 2 hinaus; denn das ist volkswirtschaftliche Zukunftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Schwacher Applaus!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, bitte.

Erwin Huber (CSU): Ich glaube, dass in ganz Europa und in ganz Kanada kein Mensch auf die Idee kommt, die Verhandlungen zu CETA der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag zu übertragen.

(Anhaltendes Lachen und Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wo er recht hat, hat er recht!)

Sie dürfen ja dagegen sein, aber da muss ich sagen: Die Karawane zieht zu Recht weiter. Aber Sie haben mich im Grunde völlig missverstanden. Ich rede der wilden Globalisierung gerade nicht das Wort, sondern ich möchte eine Zähmung der Globalisierung. Die deutschen Standards allein können es nicht richten. Wir brauchen für den internationalen Handel, für den Warenaustausch und für Investitionen Regeln. Diese Regeln wird uns die internationale Organisation aber leider nicht bringen. Deshalb ist der Weg über Abkommen wie beispielsweise das zwischen Europa und Kanada genau der richtige Weg, um Standards nach unseren Mustern zu verankern. Eigentlich ist das ein Musterbeispiel einer modernen internationalen Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD hat sich mit CETA ein bisschen schwer getan. Jetzt sind wir aber gemeinsam im Boot. Zur Aussage, das Ganze wäre in Hinterzimmern und undemokratisch durchgeführt worden, muss ich schon einmal Folgendes sagen: Auf europäischer Seite werden sich das Europäische Parlament und 28 – wenn der Brexit vollzogen ist 27 – nationale Parlamente und noch ein paar regionale Parlamente, je nach der nationalen Verteilung, also rund 40 Parlamente mit dem Vertragstext von CETA beschäftigen. Wer also weiter behauptet, das wäre nicht demokratisch, der bellt den Mond an. An-

ders kann ich das nicht sagen; denn das geht völlig an der Realität vorbei. Wer soll es denn sonst entscheiden?

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, die zwei Minuten für die Zwischenbemerkung sind abgelaufen.

Erwin Huber (CSU): Mit der Migration sind wir sowieso besser, das brauche ich nicht zu begründen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich bin ein bisschen enttäuscht von Ihnen. Sie treten uns GRÜNEN, anders als bei zu anderen Events, heute relativ entspannt gegenüber. Ich bin von Ihnen anderes gewöhnt. Das ist wahrscheinlich Altersmilde.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Diskriminierung!)

Ich darf Sie aber auch loben, denn Sie sind anscheinend der einzige der CSU hier im Landtag, der die wahren Probleme sieht und sie auch benennt. Sie haben klar gesagt, dass Sie bestimmte Probleme sehen, die auch die CSU zu bearbeiten hat. Dafür möchte ich von unserer Seite hier auch einmal Dank aussprechen. Vielen Dank, dass auch vonseiten der CSU hier im Haus eine realistische Sichtweise dargelegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Ein vergiftetes Geschenk!)

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Mütze, Sie wissen aus unserer gemeinsamen Zeit im Wirtschaftsausschuss, dass ich Sie sehr schätze. Dass Sie mir aber mit einem Lob so schaden wollen, das hätte ich nicht vermutet.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich habe nämlich sowieso einen schweren Stand in meiner Fraktion, weil manche Himmelsstürmer langsam den Verdacht haben, der Huber würde zu sehr der Altersmilde verfallen, weil er der SPD, den GRÜNEN und gelegentlich auch den FREIEN WÄHLERN entgegenkommt und dergleichen mehr.

(Georg Rosenthal (SPD): Die Einsicht ist gewachsen!)

Wenn Sie mich so herausfordern, dann werde ich das nächste Mal wieder meine Giftzähne mitnehmen. Ich habe sie nur heute vergessen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es geht doch darum, deutlich zu machen, dass wir als Landesparlament mit den Möglichkeiten, die wir haben, unsere Verantwortung für die Zukunft des Landes wahrnehmen. Es geht darum, Chancen zu erkennen und Chancen wahrzunehmen. Das betrifft den Haushalt, aber auch die Rahmenbedingungen, die wir setzen. Wir sagen beispielsweise in der beruflichen Bildung: Wir setzen auf den Meister. Jetzt komme ich dazu, Frau Ministerin, dass Bayern einen Meisterbonus hat und bei der Meisterprüfung die Förderung macht. Wir sagen: Wir brauchen die duale Bildung, und die wird in der Zukunft bedeutsamer sein als das, was die SPD macht, nämlich auf die Abiturientenquote und auf die Akademikerquote zu sehen. Wir werden sehr viel mehr Fachkräfte in der Zukunft brauchen.

(Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Auch das ist ein Element erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt habe ich gerade gesehen, dass auch sehr junge Kräfte bei der CSU applaudiert haben. Ich bedanke mich, das ist mir ein großer Ansporn.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, ich muss Sie bitten, noch dazubleiben. Jetzt hat sich Frau Karl gemeldet. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Huber, erst einmal zu Ihrer letzten Bemerkung: Die SPD hier in Bayern hat als erste gefordert: Wenn die Studiengebühren abgeschafft werden, dann muss auch die Meisterausbildung kostenfrei gestellt werden. Es sind also gerade wir, die großen Wert auf die berufliche Ausbildung legen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Frage: Stimmen Sie mit mir überein: Wenn TTIP praktisch an die Wand gefahren wurde, dann liegt das daran, dass von Anfang an intransparent verhandelt worden ist, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mit einbezogen worden sind? Stimmen Sie mit mir überein, dass bei CETA ein Lernprozess stattgefunden hat, was die Partizipation angeht, dass CETA deshalb auch zu einem Ergebnis gekommen ist und dass das insbesondere ein Verdienst der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa ist?

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Erwin Huber (CSU): Frau Kollegin Karl, was CETA angeht, so hat Ihr Parteivorsitzender Gabriel eine wilde Zickzacktour hinter sich. Mal war er dafür, mal war er dagegen.

(Florian von Brunn (SPD): Er hat es wenigstens verbessert!)

In der Schlussphase hat der dann die Kurve noch richtig gepackt. Ich halte es für einen großen Vorteil, dass es gemeinsam gelungen ist, CETA unter Dach und Fach zu bringen.

(Florian von Brunn (SPD): Aber von euch kam kein Verbesserungsvorschlag!)

Das könnte durchaus ein Modell für weitere Abkommen sein, auch das, was im Hinblick auf die Schiedsgerichte vereinbart worden ist. Dem stimme ich zu. Man kann na-

türlich bei TTIP Transparenz von Anfang an fordern. Man muss aber auch sehen, was leistbar ist. Es gibt 500 Millionen Bürger in Europa und 300 Millionen in den USA. Es ist nicht möglich, dass 800 Millionen Bürger unmittelbar miteinander verhandeln.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Aber sonst eine Koalition mit dem Bürger!)

Das muss von den dafür berufenen Institutionen gemacht werden, also bei uns von der Europäischen Union und auf der anderen Seite von den Vereinigten Staaten. Die müssen miteinander verhandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Ob das unter den neuen Bedingungen der Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt noch aussichtsreich ist, kann man nicht sagen. Wünschenswert wäre es aber schon. Wenn es nämlich zu Vereinbarungen kommt zwischen den USA und dem pazifischen Raum, dann könnte es sein, dass dort eine Privilegierung des Handels mit China und anderen Staaten erfolgt und wir dann nur noch die zweite Geige spielen. Man muss erst einmal sehen, was kommt.

(Florian von Brunn (SPD): Und deshalb sollen wir alles unterschreiben?)

Auf der anderen Seite ist festzustellen, und das ist wirklich ernst zu nehmen, dass sich bei TTIP in Deutschland ein gewaltiger Antiamerikanismus auf den Straßen ausgetobt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Hier nehme ich ein Wort auf, das die Vorsitzende der CDU beim Parteitag der CDU gesagt hat: Wenn der Kampf gegen CETA und TTIP Hunderttausende Menschen auf die Straße bringt, sich aber keine Demonstration wegen der verheerenden Situation in Aleppo ergibt, dann stimmt etwas mit den Werten in Deutschland nicht.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Huber, auch für die geleisteten Überstunden. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Frau Karl hat schon die Position der SPD – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Knoblauch, Entschuldigung, können Sie ein bisschen näher an das Mikrofon kommen?

Günther Knoblauch (SPD): Da werde ich das Redepult ein bisschen höher fahren.

(Annette Karl (SPD): Du bist schon ein Großer!)

Ich weiß nicht, bin ich zu groß oder zu klein.

(Georg Rosenthal (SPD): Bürgermeister dürfen das Pult höher fahren!)

Frau Karl hat die Positionen der SPD schon dargestellt. Ich möchte aber noch einige Punkte nach dieser Diskussion verdeutlichen. Herr Huber, eines bleibt bei CETA auf alle Fälle: Sie hätten die Geheimgerichte akzeptiert, ohne die SPD wären sie nicht weggekommen. Das muss man doch einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vorhin haben wir gehört: Wir Bayern sind die Schönsten, die Größten und die Besten.

(Beifall bei der CSU – Annette Karl (SPD): Sowieso!)

Wenn wir die 60 Milliarden des jährlichen Haushalts für 2017 und 2018 bereitstellen, und bedenken, dass wir in diesem Einzelplan 07 eine Milliarde Euro zu verteilen haben, dann müssen wir doch einmal eines machen: Wir müssen den Bürginnen und Bürgern danken, die das mit ihrer Arbeit, mit ihrem Einsatz überhaupt ermöglicht haben. Sie bezahlen das alles mit ihren Steuern, die wir dann verteilen können. Das

war kein Beschluss von irgendjemandem, sondern das haben die Leute draußen erarbeitet und geleistet.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Bravo!)

Ich möchte auch den Verantwortlichen in der Industrie, beim Handwerk, in der Wirtschaft, beim Handel und in der Dienstleistung danken. Ich möchte auch den Beschäftigten selbst danken – das haben wir heute bis jetzt vergessen –: den Betriebsräten, den Verantwortlichen in den Gewerkschaften, die durch eine verantwortungsvolle und kalkulierbare Tarifpolitik zur Stabilität unserer Wirtschaft beigetragen haben. Ohne sie wäre es überhaupt nicht gegangen. Das müssen wir in so einer Debatte auch einmal feststellen.

Herr Jörg, lassen Sie mich noch eines sagen. Sie haben gesagt, wir wollten mehr Steuern. Keiner von uns fordert mehr Steuern. Wir fordern Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ein Lohnsteuerzahler zahlt jedes Jahr seine Steuern. Diejenigen, die sehr viel Steuern zu zahlen haben, haben ihre Armaden von Steuerberatern, und mit ihnen wird versucht, die Steuern möglichst zu sparen. Wenn jeder seine Steuern gerecht bezahlen würde, hätten wir so viel Geld, dass wir die Steuern sogar senken könnten. Letztes Mal haben wir uns über die Verfassung sehr gefreut. Deshalb möchte ich vortragen, was in Artikel 151 steht: "Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle", nicht nur für Gutverdiener.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, noch einige Punkte seitens unserer Fraktion. Wenn wir den Regierungsentwurf betrachten, bemerken wir sicher, dass er einige Schwerpunkte aufweist und einige Inhalte positive Reaktionen sind. Die tragen wir auch mit. Einiges davon geht nicht zuletzt auf die Oppositionsanträge in der Vergangenheit zurück. Al-

lein zu diesem Einzelplan liegen in diesem Jahr 60 Änderungsanträge vor. Selbst die CSU hat gemerkt, dass der Regierungsentwurf Mängel hat, und hat 11 Änderungsanträge gestellt. Nachdenklich macht mich, dass sich die Euphorie der CSU bei einer Betrachtung des Einzelplans im Überblick von selbst begrenzt. Bei einem Drittel der Ausgabenprogramme, die wir dringend bräuchten, ist ein Stillstand oder ein Rückschritt bei der Dotierung festzustellen. Wir haben die Aufgabe, den Menschen in der Wirtschaft zu sagen, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass sie eine gute Zukunft haben.

Wir haben einen Fachkräftemangel zu verzeichnen. Es ist angesprochen worden, dass wir in der Wirtschaft oftmals einen Fachkräftemangel wahrnehmen. Aber einen Aspekt möchte ich auch in dieser Debatte ansprechen: Frau Ministerin, sprechen Sie einmal mit Ihrem Innenminister. Der Herr Huber hat gesagt, wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge in Arbeit gekommen sind. Zugleich sagen immer mehr Firmen: Uns wird der Lehrling weggenommen; uns wird der Arbeiter weggenommen, der sich integriert hat, der Deutsch kann, der eine Wohnung hat, der Steuern zahlt, während wir für dieselbe Arbeit keinen Deutschen finden; diesen Arbeiter nehmen Sie uns weg. Das kann doch nicht sein.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Immer das Gleiche! Das stimmt nicht! Ihr kapiert das einfach nicht!)

Betroffen sind auch viele Bereiche des Handwerks. Man muss sehen: Viele Handwerksbetriebe haben keine Möglichkeit mehr, einen Lehrling zu bekommen. Wer macht noch einen Bäcker, wer macht noch einen Metzger, wer geht in die Gastronomie? – Gleichzeitig gibt es Leute, die auch hier arbeiten würden, und die nimmt man weg. Reden Sie einmal mit dem Herrn Innenminister Herrmann, dass er Ihnen da ein bisschen besser zur Seite steht!

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Harald Güller (SPD): Das kann man nicht oft genug sagen, auch wenn sie es nicht verstehen, die Schwarzen!)

Leider wurden alle unsere Anträge im Haushaltsausschuss abgelehnt.

Heute wurde schon etwas zur Existenzgründung gesagt. Man muss sich das einmal vorstellen: Dafür sind lediglich 100.000 Euro mehr im Haushalt vorgesehen. Das ist ein lächerlicher Betrag für Bayern. Man müsste da Impulse setzen und eine Gründungsdynamik hinbekommen. Dasselbe gilt bei der Materialforschung. Dort sollte man nicht nur einzelne Projekte, sondern bayernweit fördern.

Für das Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Million vorgesehen. Frau Ministerin, Sie haben bei seiner Eröffnung gesagt, dass es ein ganz wichtiges Standbein der Wirtschaft ist und es nur knapp hinter der Automobilindustrie und dem Maschinenbau rangiere. Bei einem so wichtigen Anliegen nur eine Million – das ist viel zu wenig.

Es gibt weiter den Raum mit besonderem Handlungsbedarf; das wurde schon angesprochen. Es ist für die Landkreise draußen unerträglich, wenn sie zwar gehört haben, dass sie mehr bekommen, aber die Mittel dafür nicht aufgestockt worden sind. Das ist ein Manko, das sich im ländlichen Raum auswirken wird. Dabei gibt es draußen insbesondere beim Mittelstand eine Qualität. Man darf nicht nur hier etwas behaupten, sondern muss es auch draußen in die Tat umsetzen.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): So ist es!)

Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten. – Lieber Kollege Stöttner, beim Tourismus gab es 2015 ein Ist von 11 Millionen Euro, und jetzt wird der Betrag auf 6,9 Millionen Euro reduziert.

(Klaus Stöttner (CSU): Nein! Das stimmt nicht!)

– Dann schauen Sie im Haushalt nach. – Wenn wir gegenüber unseren Nachbarn, die ganz schwer in Infrastruktur investieren, konkurrenzfähig sein wollen, sollten wir genau hier stärker fördern. Wichtig sind vor allen Dingen die Kommunen, die etwas für ihre Tourismuseinrichtungen tun.

Letztlich ist es bei der Förderung des regionalen Fernsehens genau gleich. Hier wird es überhaupt nicht akzeptiert, wenn die BLM sagt, was man dringend bräuchte, sondern es wird reduziert.

Uns ist aufgegeben, dass wir uns an die Verfassung halten. Wir sollten viel stärker an das denken, was der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang gesagt hat; ich habe mir vorgenommen, das heute darzulegen. Wir wissen sicher, dass unsere Anträge, die abgelehnt worden sind, heute nicht genehmigt werden. Wir nehmen an, dass die CSU keine Nachsicht haben wird. Aber wir haben die Zuversicht, für die Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Verantwortlichen in der Wirtschaft weiter bessere Bedingungen zu schaffen. In diesem Sinne kämpfen wir. Wie der Ministerpräsident gesagt hat: Wer Geduld hat, wird sein Ziel erreichen. – Wir haben die Geduld und werden uns immer und immer wieder für unsere Ziele einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Knoblauch. – Jetzt spricht Kollege Mütze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Staatssekretär! Ich muss auf die Vorredner eingehen, auch wenn es Redezeit kostet. Lieber Kollege Stöttner, du hast kritisiert, dass wir die Luft- und Raumfahrtförderung nicht unterstützen. Das ist für uns eine klare Sache. Wer an einer bayerischen waffenfähigen Drohne arbeitet, kann nicht mit der Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rechnen. Das ist vollkommen klar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Markus Blume (CSU))

– Das hat sehr wohl etwas damit zu tun. – Lieber Herr Vorsitzender, lieber Kollege Huber, überschätzen Sie sich nicht, indem Sie sagen, wir würden uns beim Geräusch aufhalten. Bei einem Haushalt von fast 60 Milliarden Euro beträgt das Volumen des Einzelplans 07 etwas über eine Milliarde. Ich glaube, da bewegt die CSU mit dem Wirtschaftsministerium etwas im Geräusch, nicht wir.

Zur Altersarmut: Gerade Sie aus Niederbayern, Herr Huber, müssten wissen, dass dort die Frauen zu finden sind, die es am schwersten haben, was die Altersarmut angeht, weil sie hinsichtlich der Rente am wenigsten zu erwarten haben. Vielleicht sollten Sie sich in Niederbayern mal um diese Frauen kümmern. Das wäre mal was.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein letzter Hinweis: Klar ist auch, wer Steuergerechtigkeit haben will, der darf in Bayern nicht CSU wählen, sondern der muss Rot oder Grün wählen. Dann wird er Steuergerechtigkeit bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CSU)

Auch das ist eine Weisheit, die die Leute draußen schon lange kennen.

Drei Punkte waren in diesem Haushalt für uns wichtig. Der erste betrifft die Evaluation. Der Freistaat unternimmt in den Wirtschaftshaushalten vieles; aber wir wissen nicht, was dabei herauskommt, was mit den Geldern passiert und ob wir erfolgreich sind. Evaluation ist das große schwarze Loch in diesem Haushalt. Es ist das große schwarze Loch, nach dem auch wenig gefragt wird. Leider lassen sich die Kolleginnen und Kollegen von der CSU gerne abspeisen, wenn das Wirtschaftsministerium sagt: Wir sind erfolgreich. Ob das denn so stimmt, steht immer infrage. Ein Beispiel dabei ist die Clusterförderung. Die Clusterförderung wird immer kämpferisch als Erfolg dargestellt. Wissen Sie eigentlich, dass drei dieser Cluster schon lange eingestampft sind? Ich würde gerne wissen, ob zumindest die Kollegen im Wirtschaftsausschuss das wis-

sen. Die Cluster sind inzwischen wegen Erfolglosigkeit geschlossen. Das zu erfahren, wäre natürlich wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das andere ist das Thema Digitalisierung. Ich muss ein bisschen durch die Themenfelder galoppieren. Zwei Ministerien kümmern sich inzwischen darum. Man kann natürlich fragen, ob es von Erfolg gekrönt sein kann, wenn sich zwei Minister um die Digitalisierung kümmern. Ein E-Dorf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gönne das diesen beiden Dörfern, diesen beiden Regionen in der Oberpfalz und im Bayerwald. Nur: Müssten wir uns nicht viel mehr um die Grundversorgung kümmern? Wir brauchen die 100 Mbit-Versorgung, nicht die 30 Mbit-Versorgung, und wir brauchen sie schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fördern immer noch die Verlegung von Kupferkabeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das kann es doch nicht sein. Darum sollten Sie sich kümmern. Allein 80 Gemeinden in Unterfranken warten noch auf eine vernünftige Versorgung. Nächstes Jahr werden es noch 51 Gemeinden sein. Wir müssen diese Gemeinden fördern, und zwar gescheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Feigenblatt, welches im Haushaltsausschuss mit den drei Anträgen der CSU-Fraktion zur Alpenstrategie noch kam, ist das Letzte. Wir sehen Ihr Verhalten am Riedberger Horn, wie Sie dort mit internationalem Recht und Bundesrecht umgehen und sich darüber hinwegsetzen. Dann sehen wir, wie Sie mit drei marginalen Anträgen so tun, als wollten Sie sich für die Alpen einsetzen. Das ist lächerlich. Lassen Sie das. Das ist unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Mütze. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Blume. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege Mütze, ich bin ehrlich darüber betrübt, dass Sie sich so wenig mit dem auseinandersetzen, worüber Sie hier zu beschließen haben.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Keine Sorge!)

In Bezug auf den Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn haben Sie etwas von Drohnen und von Kriegsgerät und dergleichen fabuliert. Ich darf Sie ganz vorsichtig darauf hinweisen, dass es hier um die Zukunft des Fliegens geht, und zwar eine Zukunft, der auch Sie offen gegenüberstehen müssten. Dort ist geplant, ein Systemhaus für elektrisches Fliegen aufzubauen. Dort wird an Algenkerosin, Algensprit, geforscht. Dort wird eine Plattform entwickelt, wie man Systeme in der Luft auch gegen Angriffe von außen sicher machen kann. Ich kann daran überhaupt nichts Schlechtes erkennen, sondern das zeigt, wie intelligenter Fortschritt in Bayern aussieht. Wer dem nicht zustimmen kann, der hat generell ein Problem mit Fortschritt. Das würde freilich einiges erklären. Vielleicht können wir das jetzt noch klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Zu der Frage, wer hier fortschrittsfeindlich ist, nenne ich nur die E-Mobilität, die ja von Ihrer Seite immer gern kritisiert wird. Ich glaube, von daher ist es auf Ihrer Seite mit Fortschrittsfreundlichkeit nicht so weit her.

(Sandro Kirchner (CSU): Antwort!)

– Die Antwort? – Ja, natürlich. Lieber Kollege Blume, ich muss da mit einer Gegenfrage antworten. Schließen Sie aus, dass bayerische Unternehmen an der Entwicklung einer waffenfähigen Drohne beteiligt sind oder schließen Sie das nicht aus? Solange Sie es nicht ausschließen können, können wir dem nicht zustimmen. Ganz einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön.

(Staatsministerin Aigner erhebt sich von ihrem Platz)

– Frau Staatsministerin, wir haben zuvor noch eine Wortmeldung vom Kollegen Häusler. Bitte sehr.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung in Handwerk, Mittelstand und Medien ist zwar nicht der umfangreichste Teil, wie man heute gesehen hat, aber doch ein ganz wesentlicher Teil des Einzelplans 07 des Doppelhaushalts 2017/2018. Das ist heute ein sehr zentrales Thema in der Diskussion.

Ich möchte mich auf den Mittelstand insgesamt konzentrieren und fokussieren; denn der Mittelstand ist letztendlich der Stabilitätsfaktor unserer Volkswirtschaft. Er bildet das Rückgrat der sozialen Sicherheit in unserem Lande insgesamt. Die KMUs, also die kleinen und mittleren Unternehmen, stellen über 80 % aller Ausbildungsplätze in der Wirtschaft zur Verfügung. Ich denke, in diesem Zusammenhang werden sich einige noch an die Wirtschaftskrise von 2008 bis 2011 erinnern, als genau diese Betriebe ihre Mitarbeiterschaft auch unter schwierigsten Bedingungen weiterbeschäftigt haben. Das war bei den internationalen Konzernen nicht so.

Aber auf unsere Mittelständler und Handwerksbetriebe kommen gewaltige Herausforderungen zu. Das gilt in einem ganz erheblichen Maße durch den Fachkräftemangel. Es wird prognostiziert, dass bis 2030 fünf Millionen Facharbeiter fehlen werden. Auch die Digitalisierung der Arbeitswelt und neue Kommunikationsformen sind hier gegenständig. Ich erinnere an das Thema Handwerk 4.0, aber auch an das Thema Industrie 4.0. Über die vierte industrielle Revolution ist heute schon viel gesprochen worden. Die Digitalisierung wird häufig als Thema und Herausforderung vor allem für die Indus-

trie, aber auch für Start-up-Unternehmen im Dienstleistungssektor gesehen. Allerdings greift diese Betrachtungsweise zu kurz. Gerade unsere Mittelständler sind auf die Digitalisierung angewiesen und können daraus Chancen und insbesondere neue Märkte erschließen. Das gilt übrigens auch für unsere regionalen Radio- und Fernsehsender. Wir müssen dieses Thema stärker in den Fokus rücken. Einer nordschwäbischen Möbelmanufaktur hilft es beispielsweise wenig, wenn wir in München ein Zentrum für Digitalisierung und Start-ups haben, die Manufaktur selber aber noch mit Kupferdrähten ins Internet gehen muss. Dieser Betrieb würde vielleicht gern eine Online-Geschäftsidee umsetzen. Das hängt aber von der Infrastruktur ab, die derzeit noch unzeitgemäß ausgebaut ist. Wir haben in Bayern ein sehr gutes Breitbandprogramm, vielleicht das beste oder umfänglichste in der Bundesrepublik Deutschland.

(Klaus Stöttner (CSU): Stimmt, ja!)

– Das haben wir, ja. Das haben wir immer anerkannt. Allerdings müssen wir natürlich ein Stück weit differenzieren, und zwar auch deshalb, weil 30 Mbit/s bei uns bereits als schnelles Internet gelten. Ich darf daran erinnern: Diejenigen Kommunen, die das frühzeitig eingeleitet haben, haben heute das Problem der Fortführung. Wir haben ein Bundesprogramm, das bei 50 Mbit/s ansetzt. Auch diesen Spagat müssen wir auflösen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daran zu arbeiten. Aber insbesondere die Ablehnung der Gigabitoffensive für den Mittelstand, die so wichtig ist, können wir und können viele, denke ich, nicht verstehen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

weil das Breitbandprogramm bei uns im Moment diese Bremse mit den 30 Mbit/s hat. Unsere Unternehmen, das sind auch die Mittelständler, das sind Praxen, das sind Freischaffende, brauchen heute eine Bandbreite von 200, 300, vielleicht 500 Mbit/s. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden, um auch hier international an der Spitze zu stehen. Ich glaube, das ist wichtig. Wir müssen diese Wirtschaftlichkeitslücke schließen, damit sich unsere Unternehmen diesen Anschluss leisten können. Ich glau-

be, da wären zehn Millionen Euro jährlich ein guter Ansatz und Einstieg. Unsere Handwerks- und Mittelstandsbetriebe brauchen genau dieses Programm. Das gilt im Übrigen, Kollege Stöttner, auch für die Tourismusförderung. Sie muss in genau diesem Punkt greifen.

Ich komme noch zur Medien- und Rundfunkpolitik. Hier legen wir den Fokus ganz gezielt auf die flächendeckende Digitalisierung und auf die Qualitätsverbesserungen. Wir sehen den Freistaat Bayern in der Pflicht, die lokalen Rundfunk- und Hörfunksender insbesondere bei der Umstellung auf HD bzw. DAB+ finanziell stärker zu unterstützen. Diese sind nämlich nicht in der Lage, die hohen Umstellungskosten aus eigener Kraft zu stemmen. Ansonsten sehen wir die Gefahr eines Ungleichgewichts zwischen öffentlich-rechtlichen und großen privaten Sendern sowie kleinen Regionalsendern. Dazu wollen wir – das haben wir mehrmals erfolglos vorgeschlagen – die Erlöse der Digitalen Dividende II verwenden. Ich darf in dieser Debatte daran erinnern, dass mit der Regionalisierung der nationalen TV-Anbieter SAT.1, Pro Sieben und RTL aufgrund der Öffnungsklausel im Rundfunkstaatsvertrag, die Bayern durchgesetzt hat, letztendlich die Axt an die Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Verlage und Sender angelegt wird. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir den Hörfunk und DAB+ jährlich mit drei Millionen Euro fördern und für die HD-Umstellung beim regionalen Fernsehen zwei Millionen Euro drauflegen. Das sind insgesamt zehn Millionen Euro, die die Vielfalt unserer Rundfunklandschaft auch in diesen sogenannten postfaktischen Zeiten sehr wohl sichern. Das sollte es uns wert sein. Deshalb ist es für uns ganz wichtig, dass diese Themen durchgehen. Wir sind ein bisschen entrüstet, dass solche Themen im Bayerischen Landtag, teilweise im Wirtschaftsausschuss, durch Geschäftsordnungsanträge ausgehebelt wurden. Das ist nicht verständlich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, ich wollte noch ein paar Takte zur beruflichen Bildung sagen, aber jetzt ist es vorbei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Leider. So viele Takte haben wir nicht mehr übrig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Das wäre schön, aber ich glaube, wir sind uns einig, dass die berufliche Bildung gleichrangig mit der akademischen Bildung sein sollte und hier insbesondere an Berufsschulen noch große Anstrengungen zu erbringen sind. – Danke.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke auch, Herr Kollege.– Frau Ministerin, jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank. Herr Vizepräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bei den Kollegen des Haushaltsausschusses, aber auch des Fachausschusses für die sehr konstruktive Diskussion bedanken, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen, aber auch darüber hinaus geführt haben; denn wir dürfen hier einen der zentralen Haushalte bewerten.

Ich möchte mit einem Zitat unseres Ministerpräsidenten von gestern beginnen: Verlässlichkeit und Verantwortung für unser Land, das ist unser Selbstverständnis, und seit 70 Jahren stehen wir in Bayern für Kontinuität und Weitblick. Das hat sich auch ausgezahlt, meine Damen und Herren. Die Kontinuität und den Weitblick kann man in Zahlen fassen, und zwar in Wachstumszahlen unserer Wirtschaft. Sie sind, auch wenn das vielleicht nicht alle so sehen, einer der Ausweise dafür, dass wir richtige Weichenstellungen vorgenommen haben. Seit 20 Jahren haben wir beim Wirtschaftswachstum den Platz 1, und wenn wir nicht den Platz 1 hatten, hätten wir den Platz 2.

Liebe Frau Karl, Sie haben konzidiert, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Ich will ausdrücklich sagen, dass das sehr viel mit den Menschen in unserem Land, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor allem aber auch mit den Unternehmern zu tun hat. Ich sage Ihnen eines: Auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Nord-

rhein-Westfalen, gibt es sehr viele fleißige Menschen; aber sie werden einfach schlechter regiert. Diese Tatsache gehört leider auch dazu.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann mich bei der ganzen Reihe meiner Vorgänger bedanken, die gute Weichenstellungen vorgenommen haben. Einer hat vorhin schon gesprochen. Lieber Erwin Huber, auch du hast als Wirtschaftsminister in deiner Verantwortung ganz wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Aber auch viele Wirtschaftsminister in den Jahrzehnten vorher haben eine hervorragende Entwicklung in diesem Land ermöglicht, auf die wir durchaus stolz sein können. Wir haben uns immer über Erfolge gefreut. Ich glaube, das darf man auch. Man hat aber immer gesehen, dass Wirtschaft ein lebendes System ist und wir immer wieder die Weichen für Modernisierung stellen müssen. Dabei ist die Digitalisierung mit Sicherheit ein ganz wesentliches Thema. Dazu gehören aber auch andere Rahmenbedingungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir auch globale Herausforderungen. Ich sage das ganz ausdrücklich, weil wir bei aller Wertschätzung für die Binnenkonjunktur ein Land sind, das ganz wesentlich auch vom Export lebt. Über 50 % unserer Wirtschaft sind vom Export abhängig. Deshalb sind die internationalen Rahmenbedingungen für uns sehr wichtig. Sie sind in der letzten Zeit nicht unbedingt leichter geworden. Ich spreche als ein Beispiel nur den Brexit an. Übrigens ist Großbritannien einer der stärksten Absatzmärkte für Deutschland. Was momentan in Italien passiert, stützt uns auch nicht unbedingt, und innerhalb der Europäischen Union wird es schwieriger. Umso wichtiger – meine Kolleginnen und Kollegen, da stimme ich Erwin Huber ausdrücklich zu – sind für uns Rahmenbedingungen für einen weltweiten Handel. Lieber Herr Glauber, ich schätze Sie ja sehr. Aber ich hätte schon erwartet, dass Sie jetzt, nachdem CETA vorliegt, nicht wiederholen würden, dass irgendwelche Standards abgesenkt werden. Das ist schlicht falsch.

(Beifall bei der CSU)

Man könnte viel darüber sagen, wie solche Abkommen entstehen. Frau Karl, über Transparenz kann man reden. Aber wenn wir jetzt ein ausverhandeltes Abkommen haben, kann es eine Blaupause für alle anderen Handelsformate sein.

(Zuruf von der SPD)

– Lieber Herr von Brunn, erzählen Sie mir bitte nicht allzu viel. Ich könnte dazu viel sagen; aber was Sie vorschlagen, war mit Verlaub alles schon vorher enthalten. Das nur nebenbei bemerkt. Es war nämlich vorher schon ausverhandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das eine ist das langfristige Wachstum; aber auch das aktuelle Wachstum ist erfreulich. Das Wirtschaftswachstum lag – das wurde heute schon angesprochen – im ersten Halbjahr bei 3,3 %. Das ist übrigens 1 % höher als der Bundesdurchschnitt, der bei 2,3 % liegt. Noch viel wichtiger ist mir immer, dass es im ganzen Land bei den Menschen ankommt. Wir haben keinen Regierungsbezirk mehr, wo die Arbeitslosigkeit eine Vier vor dem Komma hat. Die Spreizung ist deutlich zurückgegangen, und wir haben so viele Menschen in Beschäftigung wie noch nie. 5,3 Millionen Menschen können in Bayern einer Beschäftigung nachgehen. Am allermeisten freut mich – das muss ich sagen –, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit praktisch beseitigt haben.

(Markus Blume (CSU): Sehr richtig! – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass das andere in Deutschland und in Europa auch so sehen, erkennt man daran, dass Menschen nach Bayern kommen, um hier ihre Zukunft zu gestalten. Mir sind in der Tat keine Fluchtbewegungen aus Bayern bekannt. Ganz im Gegenteil versuchen die Menschen, hier ihre Zukunft zu gestalten. Deswegen haben wir in allen Landesteilen Zuzug aus anderen Bundesländern und aus Europa. Die Menschen wollen hier ihre Zukunft gestalten.

Meine Damen und Herren, damit es weiter so gut ist, wollen wir mit dem Haushalt ein paar Rahmenbedingungen setzen. Ich kann mit Sicherheit nicht auf jedes Detail eingehen, das angesprochen worden ist, möchte aber doch noch einmal darauf hinweisen, dass in dem Haushalt wirklich über eine Milliarde Euro stehen, die für die Wirtschaft eingesetzt werden können. Über eine Milliarde Euro sind eine Steigerung um 14 %; Klaus Stöttner hat darauf zu Recht hingewiesen. Wir sind ein sehr starkes Ministerium mit leistungsfähigen Mitarbeitern – das kann ich ausdrücklich bestätigen –, übrigens so leistungsfähig wie die Wirtschaft in Bayern. Das ist gut so.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind auch insofern schlank, als wir die Mittel so einsetzen können, dass sie vor allem bei der Wirtschaft ankommen. In der Tat fließen 40 % der Mittel in Investitionen. Das ist ein Zukunftshaushalt, wie es praktisch keinen anderen gibt. Darauf bin ich stolz, und darüber freue ich mich. Wir werden mit Sicherheit einige Schwerpunkte herausarbeiten können. Das heißt, ich werde sie herausarbeiten, weil sie mir wichtig sind.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon gesagt, dass die Digitalisierung ein zentrales Thema ist. Der Freistaat Bayern – das sage ich ausdrücklich – setzt am meisten bei der Infrastruktur ein. Ich warte immer noch auf Programme der anderen Bundesländer, sehe und höre da aber nichts. Das ist schon das eine, was wir einsetzen. Aber wir setzen vor allem auch auf das Know-how. Das zahlt sich immer mehr aus, weil die Firmen das erkennen, sich immer mehr nach Bayern bewegen und feststellen, dass hier der digitale Bär brummt, so hätte ich fast gesagt. Wir setzen hier Millionen ein und legen jetzt noch etwas drauf, insbesondere im Bereich des Mittelstandes. Der Digitalbonus wurde schon angesprochen. Er ist jetzt freigeschaltet und wird bestimmt bestens angenommen. Das hat zum Beispiel, lieber Herr Glauber, mit Industrie 4.0 zu tun, weil auch er im Mittelstand vorherrscht. Wir werden Industrie 4.0 zum Beispiel in einer Modellfabrik in Bad Neustadt ausprobieren, um das gerade im Mittelstand voranzubringen, und wir werden weitere Plattformen im Rahmen des Zentrums

Digitalisierung Bayern einsetzen, damit nicht nur die digitale Produktion, sondern auch das Digital Engineering vorangebracht wird. Auch da setzen wir Maßstäbe. Wir unterstützen unsere mittelständischen Firmen auch mit einem Center of Diagnostic Excellence, damit sie in der Digitalisierung überhaupt Software-Kompetenz erhalten können. Auch das ist einmalig, das gibt es in keinem anderen Bundesland. Unseren Kompetenzvorsprung werden wir unter anderem in diesem Bereich einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen, Gründer sind mir ein besonderes Anliegen. Da brauchen wir uns vor dem, was in Berlin stattfindet, nicht zu verstecken. Berlin verfolgt eine andere Ausrichtung. Sie ist auch nicht so nachhaltig. Die Firmen, die daraus entstehen, sind kleiner und gehen schneller wieder vom Markt. Ich könnte es ein bisschen flapsig formulieren: Eine App zu programmieren ist einfach ein bisschen etwas anderes als die hochtechnische Leistung, die die Gründer bei uns teilweise erbringen. Deshalb investieren wir in den nächsten Jahren massiv mit 330 Millionen Euro im Gründerbereich. Wir unterstützen die Gründer auch beim Wachstum, zum Beispiel mit unserem Wachstumsfonds. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, er wird so gut angenommen, wie ich es mir selbst nie zu wünschen getraut hätte. Wir haben bei den Haushaltsberatungen – ich kann mich erinnern – gesagt, wir können mit den 100 Millionen Euro Investitionen von 250 Millionen Euro auslösen. Wir haben in diesem Jahr allein acht Projekte – fünf waren das Ziel, nebenbei bemerkt – mit einer Summe von 17 Millionen Euro realisiert. Damit wurden sage und schreibe 127 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst. Wenn Sie jetzt schnell mitrechnen, stellen Sie fest, dass dies ein Verhältnis ist, das etwas höher liegt als 1 : 2,5. Das sind Maßnahmen, die wir voranbringen.

Wir weihen im ganzen Land digitale Gründerzentren ein, um die Potenziale, die im Land vorhanden sind, zu heben. Zuletzt haben wir eines im südbayerischen Raum eingeweiht, in Ingolstadt, und werden noch viele andere einweihen, das nächste, glaube ich, in Bamberg. Wir sehen hier in vielen Bereichen Potenzial. Deshalb sind wir auf einem richtigen Weg.

Digitalisierung gibt es aber auch in anderen Bereichen; deshalb möchte ich – Herr Häusler hat es kurz genannt – das Thema Medien ansprechen. Selbstverständlich unterstützen wir die lokalen Rundfunksender. Herzlichen Dank insbesondere an die Fraktion, lieber Thomas Kreuzer, lieber Peter Winter – ich habe ihn vorhin irgendwo gesehen; dort ist er –, dass Sie unterstützt haben, dass wir nicht nur den Vertrieb, hätte ich fast gesagt, die Aussendung über Satelliten verstetigen konnten, sondern dass wir jetzt auch noch die Umstellung über HD TV voranbringen können und auch DAB+ unterstützen können. Auch das ist ein Bereich der Digitalisierung, der mir sehr wichtig ist.

Nicht zuletzt auch hier geht es um neue Technologien, die sehr viel mit Digitalisierung zu tun haben. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: das Thema Visual Effects. VFX ist mittlerweile in praktisch jedem Film, auch bei den großen Produktionen.

Es passiert nicht so oft, dass man als Wirtschaftsministerin einen Jubelbrief bekommt, wie ich ihn letzte Woche erhalten habe – genau aus diesem Sektor. Man hat gemerkt, dass die Firmen die Produktionen mittlerweile wieder nach Bayern verlegen, weil wir hierfür fast zwei Millionen Euro zusätzlich einsetzten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Das ist mir wichtig, meine liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Bayern ist ein Medienstandort par excellence. Darauf können wir wirklich stolz sein, und wir werden ihn auch weiter fördern, mit neuen Technologien von 360 Grad bis zur Augmented Reality. All das werden wir zukünftig mit 10 Millionen Euro fördern. Das sind Zukunftsthemen, auf die wir setzen, bei denen wir zukünftige Wachstumskräfte auslösen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ein dritter Punkt ist die Technologieförderung, Erwin Huber hat es angesprochen. Die Technologieförderung hat bei uns immer hervorragend funktioniert. Wo ist denn der Herr Stümpfig? Herr Stümpfig hat, glaube ich, noch nicht ganz verstanden, wie Technologieförderung funktioniert. Technologieförderung braucht immer jemanden, der einen Antrag stellt, gemeinsam mit einer Hochschule, dann werden die Mittel abgeru-

fen. Manchmal dauert es ein bisschen; manchmal sind die Mittel auch gebunden. Deswegen kann man das, was Herr Stümpfig hier zur Energieförderung erzählt hat, nur schlicht als nicht ganz realistisch bezeichnen, wenn ich das einmal so sagen darf. Oder Sie kennen sich bei der Technologieförderung einfach nicht aus.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es natürlich einiges, was man vorwärt-sentwickeln kann. Technologieförderung, wie sie jetzt aussieht, ist wahrscheinlich vor 20 Jahren entstanden – vor über 20 Jahren, um es genau zu sagen, Anfang der Neun-zigerjahre. Deshalb werden wir die Richtlinien überarbeiten. Wir haben allein schon zehn verschiedene Richtlinien, die wir auf eine Richtlinie zurückführen wollen, um ge-rade auch die Schnittstellen zwischen den Technologien besser bedienen zu können und nicht das eine oder andere durchs Raster fallen zu lassen.

Wir wollen die größeren mittelständischen Unternehmen mitnehmen, weil sie in man-chen Regionen oft Ankerinvestitionen voranbringen, die bisher nicht gefördert werden können. Das ist Technologieförderung, die uns in der Technologie, im Know-how, in der Qualität weiter nach vorne bringt. Das ist letztlich unsere Zukunftsrettung, weil wir nie die Billigeren waren, sondern die Besseren und die Schnelleren. Das ist Zukunfts-investition.

(Beifall bei der CSU)

Ein vierter Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Tourismus. Irgendjemand hat gesagt, wir würden die Mittel kürzen. Ich weiß nicht, in welchen Haushalt Sie geschaut haben, keine Ahnung. Wir haben die Mittel aufgestockt und werden noch mehr tun. Geplant ist unter anderem eine Premiumoffensive für den Tourismus, mit der wir ins-besondere den Qualitätstourismus voranbringen wollen. Das ist für uns ein wesentli-ches Thema in der Fläche, weil es wieder weitere Investitionen nach sich zieht. Wir werden auch die Seilbahnförderung verlängern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Mütze – wo ist er denn jetzt? Er ist weg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Er muss das Kind nach Hause bringen, ist in Ordnung. Dann sage ich es jetzt an die anderen gerichtet: Auch das sind Investitionen in die Zukunft.

(Unruhe)

– Ja, auch am Riedberger Horn. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Ein Bruch von internationalem Recht ist eine Investition in die Zukunft?)

Wir haben uns in diesem Haus zum Beispiel auch über mein Heimatgebiet, das Sudelfeld, die Köpfe heißgeredet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Leute dort im Sommer mittlerweile in Strömen hinauffahren, um sich das anzuschauen,

(Zuruf von der SPD: Um sich die Schneekanonen anzuschauen?)

und total froh sind, dass sie um diesen wunderschönen Teich herumwandern können. Ich kann Ihnen sagen, das war eine perfekte Investition. Sie wird sich auszahlen, und die Leute vor Ort sind begeistert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion dafür, dass sie bei den Haushaltsverhandlungen im Rahmen der Alpenstrategie zusätzliche Akzente gesetzt hat, lieber Klaus Stöttner, federführend bei dir als tourismuspolitischem Sprecher. Das war sehr wichtig, und ich habe mich auch sehr gefreut, dass Erwin Huber als Nicht-Alpenländer das zusätzlich vorangebracht hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Flachländer!)

– "Nicht-Alpenländer" habe ich gesagt; das andere habt ihr gesagt. Auf alle Fälle bedanke ich mich dafür ganz besonders. Auch das sind Investitionen in die Fläche.

Last but not least, fünfter Punkt, meine liebe Kolleginnen und Kollegen: Regionalförderung. Da geht es wirklich um die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Das mache ich mit großer Überzeugung. Allein in den nächsten zwei Jahren sind in diesem Haushalt über 300 Millionen Euro vorgesehen, die wir in der Regionalförderung einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss man auch einmal in Zahlen sagen. Es sind 568 Unternehmen, die hiervon allein im Jahr 2015 profitiert haben. Ich will aber noch etwas Ernstes sagen. Ich habe nicht jeden Förderbescheid persönlich hinausgetragen – nicht, weil ich das nicht gern tun würde,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das macht ein anderer!)

nein, sondern weil es auch ein Punkt ist, der mir schon zu denken gibt, dass es viele Unternehmer gibt, die sich gar nicht mehr trauen, öffentlich zu sagen, dass sie einen Förderbescheid bekommen, da die Neidkultur bei uns mittlerweile schon so vorherrschend ist.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Ach geh!)

– Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist leider wirklich wahr.

(Zuruf von der CSU: Ja!)

Das ist in der Tat so.

(Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen, Frau Staatsministerin! – Unruhe)

Ich will jetzt, weil es wunderbar passt, noch das Thema Steuern ansprechen. Lieber Herr Knoblauch, Sie haben gesagt, "die zahlen alle keine Steuern". Ich kann Ihnen nur

sagen: 10 % der Menschen in Deutschland zahlen 50 % der Steuern und 25 % der Menschen in Deutschland zahlen gar keine Steuern.

(Zuruf von der SPD: Da müssen Sie aber auch die Einkommen dazu nennen und die Vermögen, die sie haben!)

– Das ist alles recht und gut. Es ist nur eine falsche Behauptung, dass sie keine Steuern zahlen würden.

(Zuruf von der SPD: Sie täuschen doch mit solchen Zahlen die Öffentlichkeit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt sage ich dazu noch etwas, und dafür werde ich bis zum Schluss kämpfen: Das Thema Erbschaftsteuer haben wir gut und richtig gelöst, und ich bin heilfroh, dass das jetzt endlich so beschlossen ist.

(Zuruf von der SPD: Aber Steuergerechtigkeit haben Sie nicht hergestellt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas, was Sie, glaube ich, noch immer nicht verstanden haben.

(Zuruf von der CSU: Das wollen Sie nicht!)

Die Stärke unserer Wirtschaft liegt nicht nur in den großen Konzernen, die wir haben, sondern auch in den großen mittelständischen Betrieben.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Die mittelständischen Betriebe sind bei uns Familienbetriebe und sind manchmal etwas größer, sodass sie sozusagen mehr als zehn Millionen Euro in ihrem Betriebsvermögen haben.

(Zuruf von der SPD: Und trotzdem gilt der Gleichheitsgrundsatz!)

Wenn es um den Übergang geht – wir sprechen viel über Gründer, und ich rede gern darüber – und wenn wir durch eine Erbschaftsteuerregelung verhindern, dass überhaupt noch jemand einen Betrieb übernimmt, dann liegt das nicht im Interesse dieses Landes und schon gleich gar nicht im Interesse der Arbeitnehmer in diesem Land.

Deshalb werden wir weiter kämpfen, meine Damen und Herren. Ich bin immer dafür, dass jemand, der etwas verdient, auch Steuern zahlt. Das ist Normalität. Aber Steuern aus der Substanz zu bezahlen hat noch nie funktioniert und war für meine Begriffe schon immer Schmarrn.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es für mich wichtig, dass man die Wirtschaft im Auge behält; denn das sind letztendlich diejenigen, die vor allem die Arbeitsplätze bei uns im Land überhaupt zur Verfügung stellen. Das nutzt vielen, egal ob es junge Menschen sind, die bei uns eine Zukunft haben wollen,

(Zuruf von der SPD: Manager!)

ob es Menschen sind, die als Flüchtlinge zu uns kommen und die wir hier einstellen könnten, oder ob es Frauen sind, die, wie vorhin zu Recht angesprochen worden ist, bei uns bessere Beschäftigungschancen haben als in anderen Ländern.

Nicht zuletzt will ich noch sagen: Auf diese Weise werden bei uns auch Steuern erwirtschaftet: in den Betrieben und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die eine Beschäftigung haben. Die könnten sonst nämlich gar keine Steuern zahlen. Lieber Peter Winter, wir unterhalten uns im Haushaltsausschuss über vieles, aber das können wir alles nur, wenn wir Steuereinnahmen haben. Deshalb ist es oberstes Gebot, dass wir alles tun, damit bei uns im Land die Wirtschaft läuft, sodass sie Wachstumsperspektiven hat und damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns Arbeitsplätze finden können. Das ist unsere Aufgabe.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. Bleiben Sie bitte noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege von Brunn gemeldet. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade ein deutliches Bekenntnis zur Förderung von Schneekanonen zum Beispiel am Sudelfeld abgegeben. Sie haben uns gerade erklärt, dass Sie voll hinter dem Projekt am Riedberger Horn stehen. Sie haben gleichzeitig aber auch von Zukunftsfähigkeit gesprochen. Deshalb würde mich interessieren, was aus Ihrem Ressort für umwelt- und klimafreundlichen Tourismus getan wird. Dazu haben wir bisher noch nicht viel gehört. Was tun Sie denn konkret, um bayerischen Skigebieten, in denen in Zukunft der Schnee ausbleiben wird, zu helfen, damit sie auf umweltfreundlichen Tourismus umstellen können? Wenn Sie uns einige Projekte und konkrete Zahlen nennen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Lieber Herr von Brunn, Sie sagen, Ski fahren ist grundsätzlich nicht umweltfreundlich. So entnehme ich es Ihren Worten.

(Florian von Brunn (SPD): Künstliche Beschneigung ist nicht umweltfreundlich!)

Ich halte das für falsch, abgesehen davon, dass ich eine begeisterte Skifahrerin bin.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens fördern wir mit den Seilbahnen hauptsächlich und vor allem einen Ganzjahrestourismus. Das ist entscheidend. Das nächste Projekt wird die Jennerbahn im Berchtesgadener Land sein.

(Michaela Kaniber (CSU): Danke, Ilse Aigner!)

Damit können auch Menschen mit Behinderung in den Nationalpark Berchtesgaden fahren. Dieses Projekt hat auch etwas mit barrierefreiem Ausbau zu tun. Insofern lasse ich mir von Ihnen nicht sagen, wir würden nichts für den Ganzjahrestourismus tun.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist aber keine Antwort auf meine Frage!)

Übrigens ist auch der barrierefreie Ausbau im Tourismus ein Zukunftsthema, das wir voranbringen wollen. Wir haben es jetzt in zehn Modellregionen auf den Weg gebracht. Die ersten hundert Projekte werden wir auch noch fördern. Das sind wegweisende Projekte. Noch schöner ist es, wenn die Menschen nicht weit wegfahren müssen, sondern im Urlaub bei uns bleiben können, weil wir eine gute touristische Infrastruktur haben.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist schon sehr dürftig!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Leiner. Bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Frau Ministerin, Ihnen ist wohl nicht entgangen, dass wir GRÜNE das Bergbahnförderprogramm verlängern wollten und dieser Verlängerung zugestimmt haben. Wir wollen aber nicht bis in unbegrenzte Höhen fördern, weil wir die Gemeinden nicht verlocken wollen, weitere Lifte und Bahnen zu bauen.

Damit komme ich zu dem Punkt. Die Liftverbindung zwischen Riedberger Horn und Grasgehren ist eine Neuerschließung, eine neue Liftverbindung. Diese neue Liftverbindung ist somit von einer Förderung ausgeschossen. Wie Sie kürzlich dargelegt haben, wird es keine Förderung für Neuerschließungen mehr geben.

Jetzt frage ich Sie: Können die Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein darauf hoffen, dass sie eine Förderung bekommen? Das wäre eine klare Aussage, denn eine Förderung würde ganz klar Ihren Äußerungen widersprechen.

Die Förderung der Schneekanonen ist kompletter Unsinn. Die Klimasituation zeigt – wir sehen es jetzt wieder bei uns im Allgäu –, dass es überhaupt keinen Sinn macht, diese Verbindung zu bauen, und deshalb sollte sie endlich einmal gestrichen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Ohne Schneekanonen können die Bahnen im Allgäu gar nicht laufen! Völliger Quatsch!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Jetzt komme ich noch einmal zu den Schneekanonen. Sie wissen, dass ich Skifahrerin bin. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die künstliche Beschneigung für die Grasnarbe immer noch besser ist, weil sie sonst mit den Stahlkanten kaputtgemacht würde. Deshalb halte ich die künstliche Beschneigung immer noch für besser.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens fördern wir vor allem die Gebiete, die bisher schon erschlossen sind. Einen Vergleich mit Österreich brauchen wir überhaupt nicht anzustellen. Wir haben ein Minimum von dem, was Österreich hat.

(Florian von Brunn (SPD): Die Zahl der Schneekanonen steigt doch ständig!)

Ich war inkognito auf dem Riedberger Horn und habe es mir genau angeschaut. Ich habe übrigens eine ehemalige Kollegin von Ihnen getroffen. Sie hat es sich auch angeschaut und war ganz verdutzt, weil man die Verbindung wahrscheinlich gar nicht sieht, wenn sie ausgebaut ist. Ich verrate nicht, wer es war. Vielleicht sage ich es Ihnen einmal unter vier Augen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie auch mit den Birkhühnern geredet?)

Es handelt sich um eine Verbindung zwischen zwei Skigebieten. Wie funktioniert die Verbindung jetzt? Man fährt mit Bussen oder Autos hin und her. Ich weiß nicht, ob das ökologischer ist. Für meine Begriffe ist es nicht ökologisch. Irgendjemand hat auch be-

hauptet, wir würden gegen internationales Recht verstoßen. Der Landesentwicklungsplan ist kein internationales Recht.

(Beifall bei der CSU)

Mir kann es nach wie vor niemand erklären; wir nehmen 78 Hektar aus der Schutzzone heraus, dafür bringen wir 240 Hektar an anderer Stelle wieder ein.

(Klaus Stöttner (CSU): 300!)

– 300 sind es. Auf alle Fälle ist es eine deutliche Vergrößerung der Schutzgebietszone C.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber eine neue Seilbahn!)

Ich weiß nicht, ob es Ihnen um einen Glaubenskrieg oder um die Sache geht.

(Beifall bei der CSU)

Meines Erachtens geht es Ihnen um einen Glaubenskrieg.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Aussprache liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13605, 17/14079 mit 17/14088, 17/14033 mit 17/14046, 17/14023 mit 17/14032 sowie 17/14166 mit 17/14186 und 17/14240 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14643 zugrunde.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14643 genannten Änderungen zur An-

nahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich genauso anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14643 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13605 und 17/14079 mit 17/14088 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 07 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Industrie 4.0 und die sich daraus entwickelnden Chancen nutzen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14023
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrszügen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14024
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gigabit-Offensive für den Mittelstand
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14025
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Pilotprojekten zur Regionalentwicklung
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14026
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14027
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14028
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14029
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
(Kap. 07 05 TG 75 – 78 neuer Tit.)
Drs. 17/14030
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der HD-Umstellung des lokalen und regionalen Rundfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14031

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung für DAB+-Umstellung des lokalen Hörfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14032
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Ehrenamtlichen und Kommunen bei der Sicherstellung eines Nahversorgungsangebots
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 17/14033
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Anheben der Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern
(Kap. 07 03 Tit. 682 64)
Drs. 17/14034
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 17/14035
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Existenzgründer
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 17/14036
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Bayerischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 78)
Drs. 17/14037
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 17/14038
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 17/14039
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus – Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14040
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/14041
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderförderprogramm Dorfläden
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 17/14042
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/14043
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (ENP)
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 17/14044

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14045
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 07 08 Tit. 686 07)
Drs. 17/14046
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 – 61)
Drs. 17/14166
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms „Neue Werkstoffe“
(Kap. 07 03 Tit. 683 62)
Drs. 17/14167
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Förderung von Rüstungsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/14168
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der strategischen Entwicklungs- und Innovationsprojekte
(Kap. 07 03 Tit. 683 66)
Drs. 17/14169
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für die Beteiligung an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/14170
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Wissens- und Technologietransfers,
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 07 03 Tit. 686 91)
Drs. 17/14171
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/14172
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/14173
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgabereste aus der Wirtschaftsförderung nutzen, neue Ausgaben senken
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14174
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur für freie WLAN-Netze in Bayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14175

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 TG 73)
Drs. 17/14176
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 17/14177
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/14178
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau einer Bayerischen Energieagentur
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14179
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gründung von Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14180
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vorbereitung und Aufbau eines Energieeffizienzfonds
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14181
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte regenerative Kombikraftwerke inkl. Speicher
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14182
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Mini-Blockheizkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14183
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm für Haushalte mit geringem Einkommen: Ersatz von Haushaltsgeräten
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14184
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Smart-Grid-Projekte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14185
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14186
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte für mehr Fischschutz in der Wasserkraftnutzung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14240

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hans Herold

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Martin Güll

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Dr. Thomas Goppel

Abg. Verena Osgyan

Abg. Karl Freller

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Oliver Jörg

Abg. Harald Güller

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 8 und 9** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

**Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13589 und 17/13590)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13457 mit 17/13472)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13359 mit 17/13380)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13517 mit 17/13532)

und

Haushaltsplan 2017/2018

**Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13606 mit 17/13620)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13473 mit 17/13495)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13538 mit 17/13563)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13592 mit 17/13594 und 17/13596 mit 17/13598)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beschlossen. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 29 Minuten, auf die Fraktion der SPD 23 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 19,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 29 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich nun die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13487 – das betrifft den Einzelplan 15 – namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reihen sind nach der Mittagspause noch etwas schwach besetzt. Die Bildungspolitiker sind aber anwesend. Zu Gast sind viele Schülerinnen und Schüler von der Realschule in Ochsenfurt.

Aus großer Überzeugung sage ich: Bayern ist das Bildungsland Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Dies hat auch Gründe. Ein Grund ist, dass wir in Bayern ein sehr kompetentes Lehrpersonal haben. Deswegen sage ich gleich zu Beginn meiner Rede allen Lehrkräften an unseren Schulen in Bayern ein herzliches Dankeschön für ihre großartige Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt natürlich auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Schulen in Bayern. Ein besonderes Dankeschön geht auch an unsere tüchtigen Schulsekretärinnen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hat unser Bayerischer Ministerpräsident Horst Seehofer richtigerweise gesagt: Bildung ist das Tor zum Leben. Ich kann dies nur unterstreichen. Bildung ist wie schon in den letzten Doppelhaushalten erneut der herausragende Schwerpunkt des Doppelhaushalts für die Jahre 2017 und 2018. Als Gesamtvolumen sind im Einzelplan 05 für Bildung und Kultus ca. 24,5 Milliarden Euro für die beiden Haushaltsjahre 2017 und 2018 eingeplant. Das heißt, dass wir erstmals die Grenze von 12 Milliarden Euro pro Jahr überschreiten. Dies ist gegenüber dem Doppelhaushalt 2015/2016 eine Steigerung um knapp 2 Milliarden Euro oder 8 %. In der letzten Wahlperiode war ich in meiner Fraktion Berichterstatter für den Einzelplan 05. Heute vertrete ich meine Kollegin Reserl Sem, die leider erkrankt ist. Damals, im Jahr 2010, hatten wir im Einzelplan 05 9,4 Milliarden Euro. Heute haben wir, wie ich soeben erwähnt habe, mehr als 12 Milliarden Euro. Das zeigt sehr deutlich, dass die Bildung bei uns eine ganz große Priorität hat.

In aller Kürze möchte ich ein paar zentrale Schwerpunkte hervorheben. Der Einzelplan 05 ist naturgemäß sehr personalintensiv; denn gute Bildung fußt im Wesentlichen auf der Qualität der Lehrkräfte. Ich habe ihnen für ihre gute und wichtige Arbeit, die an unseren bayerischen Schulen geleistet wird, schon meinen Dank ausgesprochen. Mit großer Überzeugung sage ich aber auch, dass wir noch nie so viele Lehrkräfte im bayerischen Schulsystem hatten wie jetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 14. Nennen Sie mir ein anderes Land in Deutschland, das diese positiven Zahlen aufweisen kann.

Ich möchte auch ein Wort zu dem wichtigen Thema demografische Rendite sagen. Sie wissen, die CSU-Fraktion hat im Jahr 2014 beschlossen, dass Lehrerstellen, die aufgrund eines weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden, die sogenannte demografische Rendite, während der gesamten laufenden Legislaturperiode im Schulsystem verbleiben. Diese Stellen sollen insbesondere für den weiteren Ausbau der Ganztagschule – Stichwort: Ganztagsgarantie des Bayerischen Ministerpräsidenten; dafür sehen wir immerhin 526 Millionen Euro vor – und für die Stärkung kleiner Grundschulstandorte verwendet werden. Ich bin unserer Staatsregierung, aber auch meiner Fraktion, der Mehrheitsfraktion, sehr dankbar dafür, dass wir eine Grundschulgarantie ausgesprochen haben. Ich komme aus dem ländlichen Raum und bin daher besonders froh darüber, dass wir die im ländlichen Raum so wichtigen Grundschulen erhalten können.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich werden auch viele Mittel im Bereich der Inklusion eingesetzt. Für den Doppelhaushalt 2017/2018 bedeutet dies konkret, dass die demografische Rendite im Umfang von immerhin 1.243 Stellen in den Jahren 2017 und 2018 vollständig im Schulbereich verbleibt. Ich wiederhole: Sie verbleibt vollständig im Schulbereich.

Die in Fortführung des Nachtragshaushalts für die Jahre 2017 und 2018 neu eingestellten Mittel und Planstellen sind auch für die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wichtig. Ich sage mit Stolz, dass auch im Bereich der Beschulung von Flüchtlingen kein anderes Bundesland so viel leistet wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern hielten sich Mitte 2016 circa 60.000 Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund im schul- bzw. berufsschulpflichtigen Alter auf.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau! Dank der CSU?)

Ich sage auch mit großer Überzeugung – Herr Pfaffmann, ich weiß, Sie hören das nicht gern –: Die gelingende Integration dieser Kinder setzt eine passgenaue Beschulung – sprich: das Erlernen der Sprache und das Kennenlernen des Wertefundaments unserer Gesellschaft – voraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn es so wäre, wären wir froh!)

Wir haben, was dies angeht, in den kommenden Jahren eine gigantische Herausforderung vor uns. Diese bezieht sich auf den gesamten Freistaat, aber vor allem auf die Lehrkräfte vor Ort. Bereits im Nachtragshaushalt 2016 hatten Staatsregierung und CSU-Fraktion die Weichen entsprechend gestellt und rund 160,7 Millionen Euro bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Tosender Applaus bei der CSU! – Zuruf von der CSU: Da sollten auch Sie klatschen, Herr Pfaffmann!)

Sie alle, insbesondere die Haushalts- und die Bildungspolitiker, können sich wahrscheinlich noch an die Beratungen über den Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 erinnern. Die 1.079 zusätzlichen Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer möchte ich besonders hervorheben. Angesichts der großen Herausforderungen haben wir beschlossen, insgesamt 5.400 neue Stellen zu schaffen. Ein erheblicher Anteil ist – natürlich – für den Bereich innere Sicherheit vorgesehen. Aber auch die Bereiche Integration und Bildung profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Stellen sind notwendig, damit wir die großen Herausforderungen weiterhin bewältigen können. Ich habe vor einiger Zeit eine Grundschule und eine Berufsschule besucht. Dort konnte ich auch persönlich sehen, welch gute Arbeit dort geleistet wird.

Abschließend noch ein Wort zu dem Thema Verwaltungsangestellte. Dieses ist für die Mehrheitsfraktion, die Fraktion der CSU, eine sehr wichtige Angelegenheit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt doch unsere Änderungsanträge dazu abgelehnt!)

Die Sekretärinnen an den Schulen bilden deren Rückgrat – das habe ich schon deutlich erwähnt – und stellen den reibungslosen Ablauf des Schultags sicher.

(Margit Wild (SPD): Aber die sind häufig gar nicht da! Die Schulleiter müssen deren Aufgaben übernehmen!)

Ich bin sehr froh darüber, dass sich unsere Fraktion dafür ausgesprochen hat, weitere 100 Stellen für Verwaltungsangestellte vorzusehen. Das ist ein sehr wichtiger Beschluss.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Warum habt Ihr unsere Änderungsanträge abgelehnt? Bekommen wir darauf noch eine Antwort?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen noch ein Beispiel nennen, um zu verdeutlichen, wie gut unser bayerisches Schulsystem funktioniert. Es ist ein Beispiel aus meiner Familie. Meine Nichte hat von dem Projekt, das das Kultusministerium unter dem Titel "Kein Abschluss ohne Anschluss" initiiert hat, erheblich profitiert. Diese junge Frau hat nicht einen Tag lang ein Gymnasium besucht. Sie besuchte zunächst die Grundschule und die Hauptschule, absolvierte dann eine Ausbildung und holte an der BOS das Abitur nach. Anschließend studierte sie Medizin. Heute ist sie Ärztin an einem Krankenhaus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon an diesem einen Beispiel sehen Sie sehr gut, wie durchlässig das Schulsystem in Bayern ist. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und: Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Büros und in der Gaststätte!

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Hans Herold hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir in Bayern noch nie so viele Lehrer wie heute hatten. Diese Information muss aber ergänzt werden: Unsere Lehrer hatten nämlich noch nie so viele – auch nicht so viele neue – Aufgaben zu erfüllen wie heute. Deshalb brauchen wir so viele Lehrkräfte. Wenn ich es richtig sehe, sitzt auf der Besuchertribüne die Frau Präsidentin des BLLV. Recht herzlich willkommen! Sie verfolgen die heutige Debatte mit großem Interesse.

Verschiedene Entwicklungen in unserer Gesellschaft verdeutlichen die Notwendigkeit, in unserem Schulsystem einiges zu reformieren. Wir brauchen nur an den demografischen Wandel zu denken, der sich zugegebenermaßen in den Regionen unterschiedlich bemerkbar macht. Darauf müssen wir reagieren. In manchen Regionen des ländlichen Raums sinken die Schülerzahlen. Unter Umständen kommt es zu weiteren Schulschließungen. Damit verlängern sich für die Schüler die Anfahrtswege.

Die familiären Strukturen verändern sich. Wenn, wie es immer öfter der Fall ist, beide Eltern berufstätig sind – und berufstätig sein müssen –, dann brauchen die Kinder qualifizierte Unterstützung auch am Schulnachmittag.

Zu uns kommen junge Menschen, die vor Krieg, Elend, Hunger und Not, das heißt, um ihr Leben zu retten, geflohen sind. Die meisten dieser Kinder müssen unsere Sprache erst erlernen. Die Lehrer berichten davon, dass viele dieser Kinder die deutsche Sprache unheimlich schnell erlernen und dass sie hervorragende schulische Leistungen erbringen. Wer je in einer Übergangsklasse war, wird bestätigen können, dass die Kinder unheimlich fit sind und sich freuen, wenn sie etwas lernen können. Daraus ergibt sich ein Potenzial für unser Land. Mit der Förderung dieser jungen Menschen investieren wir auch in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

In Bezug auf die bestehenden Strukturen besteht dringender Handlungsbedarf. Viele sehen zum Beispiel das G-8-Gymnasium – das ja über Nacht gekommen ist; am Tag zuvor hatte noch das G-9-System gegolten – auch mehr als zehn Jahre nach seiner Einführung noch als Baustelle an, unter deren Mängeln Schüler, Eltern und Lehrer zu leiden haben. Wenn Eltern wählen dürfen, stimmen sie eindeutig für mehr Bildungszeit und weniger Stress. Wie ist es mit dem Lerndruck? Ist es denn nicht wichtiger, den Kindern mehr Zeit zum Lernen zu geben? Ist eine Entschleunigung im Bildungsbereich denn nicht besser als Schulstress? Das Forum Bildungspolitik in Bayern wies in seiner Petition darauf hin, dass es die seit Jahren anhaltende gute Konjunkturlage in Bayern jetzt auch erlaubt, im neuen Doppelhaushalt 2017/2018 Ungleichgewichte zu überwinden.

Unsere Bildungspolitiker Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr und Margit Wild weisen immer wieder darauf hin, dass die pädagogischen Anforderungen an den Schulen enorm gestiegen sind. Sie haben entsprechende Anträge formuliert und in die Haushaltsdebatte eingebracht, und wir Haushaltspolitiker durften sie dort auch vertreten.

Die Lehrkräfte brauchen wegen der ständig steigenden Heterogenität ihrer Klassen und Lerngruppen immer mehr Unterstützung. Die bisher bereitgestellten Mittel reichen bei Weitem nicht aus, die dadurch entstehenden Fortbildungsbedarfe zu decken. Dazu gehört auch eine Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Inklusion.

An den Grundschulen in Bayern fehlen schon seit Jahren Lehrkräfte, um Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Wir fordern deshalb zusätzliche Stellen zur Verbesserung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule, den Einstieg in das Zwei-Pädagogen-System, eine Entlastung der Schulleitungen an den Grund- und Mittelschulen und eine Erhöhung des Lehrerbudgets in den Mittelschulverbünden.

(Beifall bei der SPD)

Die Realschulen in Bayern – heute sind Vertreter einer Realschule aus Ochsenfurt anwesend – leisten ganz hervorragende Arbeit und sind eine von den Eltern häufig gewählte Schulart. Die Leistung der Realschulen wurde bisher nicht durch Investitionen und weitere Qualitätsverbesserungen belohnt. Nach wie vor werden Stellen insbesondere für den Abbau der großen Klassen, zum Ausbau des Ganztagsangebots und zum Ausbau der integrierten Lehrerreserve benötigt. Zu allen Punkten, die ich jetzt nenne, gab es ja Anträge, die wir auch im Haushaltsausschuss behandelt haben, die aber eben immer wieder abgelehnt wurden.

Bei den Gymnasien besteht ebenfalls ein großer Bedarf an Lehrern für den Abbau der großen Klassen und für die Abfederung der Klassenmehrung durch die Einführung des neunjährigen Gymnasiums. Gestern habe ich eine Pressemitteilung des Bayerischen Philologenverbandes in die Hand bekommen:

Schon wieder stehen hunderte Referendare vor einer ungewissen Zukunft. (...)

Planstelle oder Bayern? – Diese Entscheidung müssen auch dieses Jahr wieder hunderte fertig ausgebildete Gymnasiallehrer treffen – denn sie bekommen im Februar

– obwohl gebraucht –

kein Einstellungsangebot vom Freistaat. Deswegen

– so der Philologenverband –

entscheiden sich immer mehr dafür, Bayern den Rücken zu kehren und in einem anderen Bundesland oder gar im Ausland als Lehrkraft zu arbeiten.

Man muss sich das einmal vorstellen. Ich zitiere weiter:

Angesichts steigender Herausforderungen am Gymnasium wie Inklusion, Flüchtlingsbeschulung oder individuelle Lernzeit ist die derzeitige Einstellungspolitik nicht nachvollziehbar.

An den Berufsschulen herrscht genauso schon seit vielen Jahren ein Stellendefizit. Um die Schulleitungen zu entlasten, die Klassen zu verkleinern und die allgemeinbildenden Fächer zu stärken, werden zusätzliche Stellen benötigt. Auch hier ist eines klar: Die Investitionen in die Qualität der Berufsschulen lohnen sich.

Überall gilt das Gleiche: Die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen leisten einen großen Beitrag zum Erreichen höherer Bildungsabschlüsse und verzeichnen seit Jahren Schülerzuwächse, denen aber die Zuwächse an Lehrkräften nicht in gleichem Maße gefolgt sind. Deshalb fordern wir mehr Stellen.

Was immer noch nicht zur Zufriedenheit gelöst ist, ist die Refinanzierung von kommunalen und privaten Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist auch ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt worden. Der Freistaat steht in der Pflicht, diese Bildungseinrichtungen, an denen nach staatlichem Lehrplan gelernt wird, besser zu unterstützen. Kommunale Schulen gibt es in der Regel nur in den größeren Städten, in denen es auch Brennpunkte und sozial schwache Familien gibt. In solchen Gegenden sind öffentliche Schulen sehr, sehr wichtig, um für ein grundlegendes Bildungsangebot inklusive Ganztagsbetreuung zu sorgen.

Jetzt komme ich auf den Bereich zu sprechen, den mein CSU-Kollege gerade angesprochen hat und der mir auch persönlich sehr am Herzen liegt. Wir haben schon über Jahre hinweg Verbesserungen für die Verwaltungsangestellten an bayerischen Schulen gefordert, die aber immer wieder abgelehnt wurden. Wir wissen schon seit Langem, dass die Verwaltungsaufgaben an den Schulen in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Maßnahmen gestiegen sind. Die Mehrarbeit an den Schulen, nicht nur durch die Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund verursacht, und die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben auf der Verwaltungsebene sind bisher ebenfalls noch nicht berücksichtigt. Auch müsste – das sage ich jetzt dazu – bei der Bezahlung der Verwaltungskräfte endlich etwas getan werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese sind immer alleine; sie fallen immer hinten hinunter. Wir haben deshalb auch einem CSU-Antrag zugestimmt, der jetzt endlich zusätzliche Verwaltungsangestellte ermöglicht. Im Gegensatz zur CSU stimmen wir Ihren Anträgen immer zu, wenn sie gut sind,

(Hans Herold (CSU): Die sind immer gut! – Harald Güller (SPD): Die sind vor allem dann gut, wenn ihr sie bei uns abgeschrieben habt!)

während die CSU dies bei unseren Anträgen nicht macht, sondern sie immer ablehnt. Dieser Antrag ist sicherlich von Anträgen abgeschrieben, die wir schon seit zig Jahren stellen.

(Harald Güller (SPD): Es ist schade, dass das Abschreiben bei den Kollegen so lange dauert!)

Ich weiß nicht, welche Noten es normalerweise dafür gibt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Note 7!)

Ein anderes Thema: Wir müssen in den Schulen den Einstieg in die Digitalisierung schaffen. Die größte Bereitschaft der Lehrkräfte und die besten Konzepte für die Umsetzung der digitalen Bildung helfen nichts, wenn die Schulen nicht mit zeitgemäßer Technik ausgestattet sind. Oft sind die kleineren Kommunen und Kommunen in strukturschwachen Regionen Bayerns als Sachaufwandsträger mit den Anschaffungskosten überfordert. Unser Ziel muss es sein, im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit es allen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, am digitalen Fortschritt teilzunehmen.

Ein Antrag, der eben auch in die Beratungen eingeflossen ist, war der Antrag zur Europäischen Akademie, die 1976 im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament auf Initiative der damaligen Staatsregierung gegründet wurde. Sie ist ein

wichtiger Partner bei der Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Ich weise auf die ständig steigende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern hin. Um die Funktionsfähigkeit der Europäischen Akademie nicht zu gefährden, ist die Erhöhung des Zuschusses dringend notwendig.

Ich wollte in diesem Zusammenhang noch etwas zu Europa sagen, aber das lasse ich weg. Ich sage zum Schluss nur: Ich weiß, dass jetzt von Ihrer Seite aus die Frage nach der Finanzierung gestellt wird. Dazu kann ich aber nur sagen: Wer es ablehnt, dass Steuerschulden von internationalen Konzernen eingetrieben werden,

(Beifall bei der SPD)

wer Einkommensmilliardäre nicht höher besteuern will und so zur Ungleichheit in unserem Land beiträgt, wer sich damit schwertut, mehr Steuerprüfer einzustellen, der hat kein Anrecht darauf, dieses Argument zu nutzen – höchstens als Ausrede.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist jetzt genau 24 Stunden her, dass der Ministerpräsident an diesem Pult stand und den Haushalt eingebracht hat. Die "Süddeutsche Zeitung" zitierte ihn anschließend mit den Worten: "Bayern blüht."

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Er hat wenig Zahlen, aber blühende Landschaften, wie er es nannte, geschildert. Er hat die Regierung gelobt, und er hat, weil, wie er am Schluss sagte, es niemand anders tut, sich selbst gelobt. Ich konnte nicht bis zum Ende bleiben, da eine Gruppe zu Besuch war. Kaum 50 m Luftlinie von hier war eine Besuchergruppe mit 16 Grundschullehrerinnen und Referendarinnen. Es waren noch zwei Kolleginnen von den GRÜNEN und der SPD dabei. Diese Lehrerinnen und Referendarinnen haben uns über eine Stunde lang erzählt, was an ihren Grundschulen nicht läuft bzw. nicht gut läuft. Sie sagten, dass es zu wenig Lehrer und keine Schulpsychologen gibt.

(Hans Herold (CSU): Das sagen Sie und nicht die Lehrerinnen!)

– Du glaubst, dass die Lehrerinnen alles schlechtreden. Das glaube ich nicht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das wurde ihnen in den Mund gelegt!)

– Sie haben uns eine Stunde lang geschildert, wo die Probleme liegen. Danach macht man sich so seine Gedanken. Man fragt sich: Was erlebt dieser Ministerpräsident eigentlich? Was erleben denn die Kollegen der CSU? Wo sind sie denn unterwegs? – Hier werden zwei unterschiedliche Realitäten dargestellt. Da steht ein Ministerpräsident und redet über ein Land, das er wohl gar nicht kennt. Jedenfalls kennt er nicht die Probleme.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wie bitte?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie mögen sich aufregen. Das Interessante war, dass bei der Diskussion keiner von Ihren Kollegen da war. Das fällt übrigens sehr häufig auf.

(Zuruf von der SPD: Das ist oft so!)

Gehen Sie mehr raus. Reden Sie mit den Menschen!

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir sind dauernd draußen, wir sind ständig draußen!)

Wir sind an den Schulen.

(Unruhe – Zahlreiche Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte Sie, sich nicht aufzuregen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Waschler, glauben Sie wirklich, wenn Sie unterwegs sind, dass es an unseren Schulen in Bayern keine Probleme gibt? Glauben Sie das wirklich?

(Karl Freller (CSU): Das ist eine saudumme Frage!)

Über diese Probleme reden wir heute. Ich erzähle Ihnen ein zweites Schlaglicht. Lieber Kollege Freller, ich war an einer Mittelschule in München auf einem Vorlesetag. Das war vor ungefähr zwei Wochen. Auch dort habe ich drei Stunden lang mit den Lehrern gesprochen. Sie hören immer dieselben Klagen und Sorgen. Die Lehrer hätten gerne eine zweite Lehrkraft in ihren Klassenzimmern.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das will nicht jeder Lehrer!)

Es wird einem viel erzählt. Wird Ihnen das nicht erzählt? – Das will nicht jeder Lehrer, aber man hört es immer wieder.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das ist einfach nicht richtig! – Hans Herold (CSU): Sagen das alle Lehrer? – Unruhe)

– Seien Sie nicht nervös. Ihr Ministerpräsident in spe sagt ja immer: Wer schreit, hat Unrecht. Das sagt Söder immer. Also hören Sie einfach zu. Den nächsten Satz habe ich auch von Herrn Söder gelernt: Hören Sie einfach zu, und lernen Sie daraus. Das sind seine Sätze, die er immer wieder in vielen Diskussionen wiederholt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zweite Beispiel sind die Mittelschulen. Sie hören an den Mittelschulen immer wieder dieselben Klagen. Die Mittelschulen fordern eine Entlastung der Schulleiter, mehr

Psychologen und Sozialarbeiter. An dieser Schule gab es eine ganz normale Klasse mit 19 Schülern. Diese 19 Schüler stammten aus elf Nationen. Eine andere Klasse, eine neunte Klasse, hatte drei Monate keinen Lehrer. Von 25 Schülern hat nur ein einziger den Quali geschafft. Nur ein einziger! Das sind auch reale Verhältnisse in diesem Land. Da interessiert mich kein Hinweis darauf, dass es in Nordrhein-Westfalen viel schlechter ist. Das interessiert mich an dieser Stelle nicht. Hier geht es um Bayern. Seit eineinhalb Tagen erlebe ich einen CSU-Abgeordneten und ein Regierungsmitglied nach dem anderen, die hier von blühenden Landschaften sprechen.

(Hans Herold (CSU): Haben wir auch!)

Einer nach dem anderen spricht von super Verhältnissen. Aber die Realität ist zum großen Teil eine andere.

(Hans Herold (CSU): Das ist unglaublich!)

Ich kenne ein drittes Beispiel an einem Gymnasium im Großraum von München. Dieses hat sich auch vor zwei Wochen ereignet. In letzter Zeit habe ich viele Gymnasien besucht. Vor einigen Jahren habe ich solche Besuche auch im Rahmen unseres Volksbegehrens zur Frage G 8 oder G 9 gemacht. Wenn Sie jetzt an ein Gymnasium kommen, wird Ihnen überall gesagt: Langsam ist für uns nicht mehr entscheidend, ob es eine Wahlfreiheit zwischen G 8 oder G 9 bzw. zwischen acht oder neun Jahren Gymnasium gibt; für uns ist entscheidend, dass endlich entschieden wird. – Herr Staatsminister, ich weiß ja nicht, wie das bei Ihnen ist. – Seit Jahren wird nicht entschieden.

Wenn ich in den Haushalt reinschaue, dann sehe ich zu diesem Thema auch nichts. Wenn Sie ein neunjähriges Gymnasium wollen, und wir als FREIE WÄHLER wollen das und kämpfen seit Jahren dafür, dann können Sie das nur mit mehr Personal und mit mehr Geld machen. Sie müssen das dann in den Haushalt reinschreiben. Hierzu finde ich aber nichts im Haushalt. Deshalb rufe ich Sie nochmal auf: Sie haben jetzt lange genug Zeit gehabt. Ich kenne Ihre Probleme und weiß, dass Sie sagen: Damals

hatten wir den Ministerpräsidenten Stoiber, der über Nacht das G 8 eingeführt hat; das war einer der größten Fehler seines Lebens usw. Das kommt immer von der Seite der CSU. Die CSU sagt immer: Wir wollen es jetzt anders machen und uns Zeit nehmen. Die Zeit haben Sie gehabt. Jetzt ist die Zeit der Entscheidung gekommen. Entscheiden Sie also jetzt, bestimmen Sie und sagen Sie allmählich, in welche Richtung es gehen soll. Sie können auch das Schulforum mitbestimmen lassen. Die Entscheidung muss nicht von oben nach unten gehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber nicht!)

Sagen Sie jetzt zügig, in welche Richtung es gehen soll. Das ist für die Schüler, die Eltern und die Lehrer wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein viertes Schlaglicht: Vor drei Wochen war ich in meinem Stimmkreis in Giesing bei der Eröffnung von BurdaForward, eines neuen Medienunternehmens. Dort waren 500 Medienschaffende anwesend. Dort hat Hubert Burda gesprochen und es ging auch um die digitale Bildung. Er ist bei der digitalen Bildung mit seinem Unternehmen sehr, sehr weit. Dort werden die "Huffington Post" und "FOCUS Online" untergebracht. Hubert Burda erzählte beiläufig in seiner Rede: Wenn ich meinen Sohn, der in München zur Schule geht, frage, wie es mit der digitalen Bildung aussieht, dann erzählt er: Wir haben zwar Computer, von Siemens gestiftet, aber diese werden in der Schule nicht benutzt, die Computer stehen im Moment im Keller,

(Zuruf von der CSU: Das ist ein großer Aufwand!)

einmal die Woche kommt dann der Hausmeister und staubt die Computer ab. – Das ist nicht meine Aussage, sondern ein Zitat von Hubert Burda. Ich muss Ihnen ja wohl nicht sagen, wer Hubert Burda ist. Hubert Burda hat erzählt, dass er häufig mit Zuckerberg, mit Google und mit Murdoch zu tun. Er erzählt überall solche Dinge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Bereich digitale Bildung Nachholbedarf. Tun Sie was! Wir, die FREIEN WÄHLER, haben dazu Anträge gestellt. Arbeiten Sie daran. Dort muss noch viel nachgeholt werden. Vieles, was in Bayern erreicht wurde, haben die Menschen und die Wirtschaft erreicht und nicht die Mehrheitsfraktion. Das sage ich der Staatsregierung auch gerne. Da täuschen Sie sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aber sie hat die Rahmenbedingungen geschaffen!)

Mit dem fünften Schlaglicht komme ich zur Hochschulpolitik und damit zum nächsten Punkt. Neulich waren wir bei einer Diskussion an der Hochschule für Musik. Diese ist nicht weit von hier, etwa 5 km. Das Thema waren die Lehrbeauftragten. Das ist ein altes und sehr wichtiges Thema. Diese Diskussion wurde übrigens von der "Süddeutschen Zeitung" und vom Bayerischen Rundfunk geleitet. Eingeladen waren alle Fraktionen. Anwesend waren lediglich die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Nicht anwesend war die Fraktion der CSU. Kein einziger Abgeordneter der CSU war anwesend. Die Fraktion hat lediglich eine Mitarbeiterin geschickt. Dort haben wir zum x-ten Mal die Lebensläufe der etwa 100 Lehrbeauftragten geschildert bekommen. Die Hochschulpolitiker kennen das. Zwei sehr engagierte Frauen mit hervorragenden Ausbildungen saßen auf dem Podium. Diese sind seit über 20 Jahren Lehrbeauftragte. Sie bekommen inzwischen pro Stunde 48 Euro gezahlt. Aber über Jahre hinweg haben sie lediglich 30 Euro pro Stunde bezahlt bekommen. Jetzt erhalten Sie 48 Euro. Die Professoren bekommen im Gegensatz dazu deutlich mehr Geld. Aber die Lehrbeauftragten leisten ungefähr dieselbe Arbeit. An dieser Hochschule werden über 50 % der Gesamtstunden von Lehrbeauftragten abgehalten.

Besonders beeindruckend war – das zu hören, hätte Ihnen wahrscheinlich auch gut getan –, dass beide Frauen, die ihre Rentenbescheide herumgereicht haben und noch weiterarbeiten werden, nach 30 Jahren Arbeit mit 66 Jahren einen Rentenanspruch von 236 Euro erwerben. Dieses Thema sprechen wir seit Jahren an und fordern immer

wieder Verbesserungen ein, aber nichts geschieht. Wir haben jetzt im Haushalt wieder mehr Stellen im akademischen Mittelbau und mehr Professoren gefordert, um diese Situation zu verbessern. Ich kenne das seit meinem Studium, und das ist leider schon ein wenig her.

Es gibt bei uns, in einem der reichsten Länder dieser Welt, Kettenarbeitsverträge, Billiglöhne, zu gering bezahlte Lehrbeauftragte und zu wenig Professorenstellen. Das ist seit mehreren Jahrzehnten bekannt. Im reichsten Bundesland dieser Republik passiert seit vielen Jahre nicht mehr als eine Absprache zwischen den Hochschulverbänden und dem Ministerium. Aber viel hat sich seither nicht getan.

Ein weiteres Schlaglicht: Ich führte neulich Gespräche mit ehemaligen Professorenkollegen und habe dabei festgestellt: Die Belastung wird auch dort immer größer. Ich möchte nicht darüber klagen. Durch den Bologna-Prozess gibt es mehr Korrekturbelastung, und durch die Exzellenzinitiative wird ein Projektantrag nach dem anderen notwendig. Jedes Semester gibt es in Bayern mehr Studierende. Darüber können wir froh sein, und das bin ich auch. Aber das Verhältnis der Professoren zu den Studierenden ist im Moment in Bayern 1 : 57. An den Schulen ist das Verhältnis 1 : 14, wie wir gerade von Herrn Kollegen Herold gehört haben.

1 : 57 ist in Deutschland nicht der schlechteste Schnitt, aber im internationalen Vergleich verdammt mau. Da müssen wir drauflegen. Da muss mehr getan werden. Bei steigenden Studentenzahlen muss – ich wiederhole – die Anzahl der Professoren und der Beschäftigten im Mittelbau angehoben werden. All diese Anträge haben wir gestellt.

Kommen wir zu ein paar Grundproblemen, die von anderen Rednern bereits angesprochen wurden. Ich erinnere mich an die Haushaltsdebatte vor zwei Jahren. Damals hat die Opposition insgesamt 243 Anträge gestellt, zugestimmt wurde nur einem oder zwei Anträgen. Mich stört das schon seit Jahren. Ich weiß, dass es wohl zum parlamentarischen Betrieb gehört, Anträge anderer Parteien abzulehnen. Nur: Wir befinden

uns inzwischen in einer Situation, in der es Bayern sehr guttäte, wenn sich die sogenannte Mehrheitsfraktion, die auch eine solche ist, diese Anträge gründlich anzuschauen und gleich übernehmen würde, ohne zu überlegen, ob man die Anträge in einem halben oder einem Jahr übernimmt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist Unfug!)

– Herr Herrmann, nein, das ist kein Unfug, sondern es wäre zutiefst vernünftig, wenn man guten Anträgen von anderen Parteien zustimmen würde. Wir bekommen diese Frage übrigens von beinahe jeder Besuchergruppe gestellt. Ich glaube auch, dass die Menschen im Land dafür Verständnis hätten. Die Menschen würden nicht sagen: Meine Güte, jetzt hat die CSU mal etwas nicht so toll gemacht, und sie übernimmt von den FREIEN WÄHLERN oder von der SPD etwas. Die Menschen in diesem Land würden begreifen, dass es hier eine Regierungsfraktion gibt, die nach bestem Wissen und Gewissen, nicht nur nach Parteienproporz handelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist diesem Land geschuldet.

Herr Herrmann, wenn Sie noch einmal über Ihren Zwischenruf "Unfug" nachdächten, würden Sie ihn wahrscheinlich zurückziehen und sagen, wir wären in Bayern damit fortschrittlicher als in anderen Bundesländern.

Wir kommen zum Thema Bildung. Ich will nicht mit anderen Fachbereichen aufrechnen. Aber es geht hier ausdrücklich nicht um Straßen, um Stromtrassen und um Skilifte, sondern um Menschen. Bei der Bildung geht es um Menschen: um unsere Kinder, um Jugendliche und junge Erwachsene. In einem Land, in dem wir wenig Bodenschätze haben, sind Kinder unser köstlichstes Gut. So steht es auch in unserer Verfassung. Es geht darum, wie in diesem Land diejenigen erzogen werden, die unsere Zukunft gestalten. Es geht darum, was wir ihnen an Bildung weiter- und mitgeben. Deshalb ist das der zentrale Bereich des Haushalts und dieser Politik. Es geht auch darum, diese

Gesellschaft zusammenzuhalten und zu stützen. All das wird durch Bildung gewährleistet.

Hierbei gibt es einiges nachzuholen. Das habe ich in der letzten Viertelstunde versucht, deutlich zu machen. Höre ich mir die Reden der letzten Stunden und die gestrige Rede des Ministerpräsidenten an, beschleicht mich das Gefühl, dass manches in diesem Land gut sein mag – das ist unbestritten –, es aber gerade im Bildungsbereich viele Defizite gibt, die noch nicht erkannt worden sind, wo man nachlegen sollte.

Ich weiß, man muss die Dinge vielleicht besser verkaufen, als es der Realität entspricht. Das gehört sich für eine Regierung so: Man stellt es toll dar, und das muss man auch. Das ist ein bisschen wie im "Glasperlenspiel" von Hermann Hesse: Der Regenmacher muss dem Volk verkaufen, dass er sich dafür einsetzt, dass irgendwann der Regen kommt. Das hat auch Horst Seehofer gemacht. Das Problem bei der ganzen Geschichte ist, dass, wenn der Regen lange nicht kommt, wie es auch bei Hermann Hesse der Fall war, der Regenmacher den Dämonen geopfert wird, er opfert sich sogar selbst. Das wünsche ich Horst Seehofer nicht. Herr Waschler, ich wünsche uns aber, dass wir bei der Bildungsdebatte mehr drauflegen und uns die Probleme genau anschauen; denn es ist nicht alles so, wie Sie es geschildert haben. Es gibt viele Bereiche – ich habe einige genannt –, in denen sich noch einiges tun lässt.

Wir haben vorher mit jungen Flüchtlingen in einer Berufsschulklasse diskutiert. Auch dort hört man viele Wünsche, wenn auch weniger von den Flüchtlingen, sondern sehr viel mehr von den Lehrern. Nur dann, wenn Sie in dem Bereich, der für unsere Kinder und Jugendlichen so wichtig ist, noch einiges drauflegen und bewegen, dann können Sie sich in einigen Jahren vielleicht hier hinstellen und die Reden halten, die Sie in den letzten zwei Tagen gehalten haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Erstens: Wir führen hier eine gemeinsame Debatte über zwei Haushalte. Es ist zwar ein Ministerium, aber es sind nach wie vor zwei Haushalte, die im Landtag beraten werden. Nach wie vor arbeiten zwei Ausschüsse getrennt voneinander. Es sind die wichtigsten, umfangreichsten Haushalte dieses Hauses, und sie betreffen unsere wichtigsten Länderkompetenzen. Das vermischen wir in einer Debatte. Einmal redet einer zur Schule, ein anderes Mal redet einer zur Hochschule. Wir nehmen hier das Parlament nicht ernst genug. Es wäre besser gewesen, wir hätten hierzu zwei Debatten geführt. Das wäre diesem Parlament angemessen gewesen. Leider ist unserem Vorschlag dazu nicht gefolgt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Man sieht jetzt auch, dass die Entscheidung, diese beiden Ministerien zu einem Ministerium zusammenzulegen, keine gute Entscheidung war. Wir erleben einen Minister, der bereits mit dem Thema Kulturpolitik überlastet ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Überfordert ist!)

Wir erleben ihn nicht mehr zur Schulpolitik. Zur Hochschulpolitik wird die Kollegin Osgyan reden. Wir erleben den Minister in der Schulpolitik nicht mehr als einen, der das Ministerium führt, gestaltet und neue Akzente setzt, sondern als einen, der mit diesem großen Ministerium überfordert ist. Deswegen war das ein Fehler.

Herr Spaenle, früher waren Sie noch für Wortneuschöpfungen gut; ich denke nur an das Wort "Gelenkklasse".

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Gelenkklasse! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Auch das fehlt mittlerweile in Ihrem Ministerium. Nicht einmal das gelingt noch.

Zweitens: Mit unseren Haushaltsvorschlägen investieren wir GRÜNEN in die Bildung. Gleichzeitig legen wir im Unterschied zu den anderen Oppositionsfraktionen einen ausgeglichenen Haushalt vor. Das geht nur unter drei Bedingungen: Erstens muss man auch als Oppositionsfraktion über Einsparungen reden, etwa mit der Schulverwaltung. Man macht sich damit keine Freunde, muss aber diese Diskussion führen. Zweitens braucht man als Bildungspolitiker die Unterstützung seiner Fraktion aus den anderen Fachbereichen, wo Einsparungen getroffen und zusätzliche Mehreinnahmen geschaffen werden. Für diese Unterstützung der Bildungspolitik bedanke ich mich bei meiner Fraktion. Drittens muss man die – vielleicht nicht unendlichen – Mittel klug investieren, damit sie tatsächlich für alle einen Mehrwert haben. Man braucht eine Strategie für die Haushaltsanträge.

Mit unseren Haushaltsanträgen verfolgen wir die Strategie, in die Verschiedenheit zu investieren. Das möchte ich begründen. Im Jahr 1808 hat der Pädagoge Johann Friedrich Herbart geschrieben:

Die Verschiedenheit der Köpfe ist das große Hindernis aller Schülerbildung. Darauf nicht zu achten ist der Grundfehler aller Schulgesetze, die den Despotismus der Schulmänner begünstigen und alles nach einer Schnur zu hobeln veranlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verschiedenheit der Köpfe ist nicht das Problem. Verschiedenheit der Köpfe zu haben, macht uns als Menschen aus. Das ist normal. Das Problem ist eine Bildungspolitik, die die Verschiedenheit der Köpfe nicht achtet und alles nach einer Schnur richten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verschiedenheit der Köpfe zu akzeptieren, ist die Grundvoraussetzung für Demokratie. Bei aller Verschiedenheit der Köpfe sollte man miteinander respektvoll umgehen und Meinungsverschiedenheiten austragen, ohne sich die Köpfe einzuschlagen. Das ist die Praxis der Demokratie. Wenn wir die Welt anschauen, stellen wir fest, dass

diese Praxis nicht sehr weit verbreitet, sondern regional begrenzt ist. Nur eine Schule, die diese Verschiedenheit akzeptiert, ist eine demokratische Schule. In dieser Schule müssen die verschiedenen Köpfe lernen, miteinander zu leben, sich respektvoll zu begegnen und ihre Meinungsverschiedenheiten mit Respekt und Anstand auszutragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das meint Artikel 131 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es: Die Schüler sind im Geiste der Demokratie zu erziehen.

Wenn wir die Demokratiebildung an unseren Schulen anschauen, müssen wir feststellen, dass die politische Bildung im bayerischen Schulwesen randständig ist. Das Fach Sozialkunde kommt kaum vor. In der zehnten Klasse fällt gerade mal eine Schulstunde auf das Fach Sozialkunde. In der Lehrerfortbildung spielt die politische Bildung kaum eine Rolle. Die Schülerinnen und Schüler haben in den Schulen selten die Möglichkeit, Demokratie zu erleben und als Demokraten zu handeln. Wir brauchen eine Schule, die das Lernziel Demokratie wirklich ernst nimmt. Das haben wir heute noch nicht. Die Schule sollte neben Achtung vor den anderen und den Menschenrechten auch vermitteln, dass man auch mit einer komplexen Welt umgehen kann.

Die Medienkompetenz gehört ebenfalls zur Kompetenz politischer Willensbildung. Das gilt auch für die Erwachsenenbildung. Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen zu diesen Themen vorgelegt. Einen Antrag "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" werden wir zur Einzelabstimmung stellen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Demokratieförderung sollte uns allen ein Anliegen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sinne der Verschiedenheit der Köpfe müssen wir über Menschen reden, die als Flüchtlinge zu uns nach Bayern gekommen sind. Die geflüchteten Kinder und Jugendlichen sind in unsere Schulen gekommen. Anfang des Jahres 2015 habe ich bereits 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Vielleicht war diese Zahl utopisch und zu

hoch gegriffen. Jetzt haben wir festgestellt, dass diese zusätzlichen Lehrerstellen tatsächlich notwendig sind. Deshalb begrüßen wir, dass 1.079 Stellen im Rahmen des Nachtragshaushalts geschaffen worden sind. Das war eine gute Leistung dieses Parlaments. Wir haben das unterstützt. Die Investition in Flüchtlinge passt aber gar nicht zur Rhetorik mancher Kolleginnen und Kollegen der CSU. Das passt auch nicht zu dem Geist des Integrationsgesetzes, das letzte Woche verabschiedet worden ist. Das verstehe ich nicht. Sie tun in der bildungspolitischen Praxis etwas Gutes, verwenden jedoch diese Rhetorik, diese Sprache, diesen Geist und dieses Denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Schulen bedanken, die sich besonders um die Flüchtlinge bemühen. Das sind vor allem die Grundschulen, die Mittelschulen und die beruflichen Schulen. Die Lehrkräfte an diesen Schulen sind mit großem Engagement dabei. Wir müssen uns eigentlich täglich für diese tolle Leistung bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar sehe ich die neuen Stellen im Haushalt, gleichzeitig muss ich jedoch feststellen, dass diese Stellen ab dem Jahr 2019 wieder gestrichen werden. Die Stellen sind mit einem "kw"-Vermerk versehen, als wäre die Flüchtlingsgeschichte ein Spuk à la Merkel, der wieder vorbeigeht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht der Fall. Wir werden weiterhin Flüchtlinge haben. Ich hoffe, dass wir die humanitäre Haltung, Flüchtlinge zu uns kommen zu lassen, aufrechterhalten. Wir sollten ihnen humanitäre Korridore ermöglichen. Außerdem braucht Integration Zeit. Wenn wir die Vermittlung von Bildung an eine Einwanderungsgesellschaft als Daueraufgabe verstehen, dürfen wir die neu geschaffenen Stellen nach der Landtagswahl nicht wieder streichen. Das ist keine nachhaltige Politik. Das ist keine ehrliche Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Achtung der Verschiedenheit der Köpfe betrifft auch die Inklusion. Wir haben eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gegründet, in der wir engagiert zusammenarbeiten, auch wenn es manchmal etwas dauert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht in dieser Arbeitsgruppe sind: Diese Arbeitsgruppe ist kein Instrument zur Debattenentschärfung. Das ist kein Ort, an den man ein Thema delegiert. Inklusion muss in diesem Haushalt eine Rolle spielen. Dieses Thema ist wichtiger denn je, wenn wir eine Gesellschaft vermeiden wollen, in der der Ellenbogen das wichtigste Körperteil ist. Deswegen werden wir uns um das Thema Inklusion bemühen müssen. Hierfür reichen 100 Stellen nicht aus. Wir müssen zusätzliche Aufgaben schultern. Wenn es nötig ist, werden wir in dieser Arbeitsgruppe streiten und diesen Streit auch im Plenum austragen, damit Sie in Zukunft mehr Mittel für Inklusion lockermachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler an den Schulen stützen. Deswegen fordern wir mehr Mittel für den Ganztag und mehr Mittel für die Schulsozialarbeit. Außerdem sollen die Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen aufgestockt werden. Die Leute sind da. Sie brauchen nur mehr Zeit, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Zwar wird das immer wieder gefordert, leider wird hierfür jedoch überhaupt nichts getan. Es geht nichts voran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen viele Aufgaben bewältigen. Das Thema G 9 ist bereits angesprochen worden. Zu diesem Thema möchte ich gar nichts sagen, weil es in diesem Haushalt keine Rolle spielt. Man sieht jedoch, dass der Minister keinen Plan hat, wie es weitergehen soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der hatte noch nie einen Plan!)

Das schlägt sich in diesem Haushalt nicht nieder. Wir haben Mittel zumindest für die Konzeptentwicklung an den Schulen gefordert – Fehlanzeige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen in die Bildung investieren. Wir wollen, dass die Schulen besser ausgestattet werden. Wir wollen eine Unterrichtsversorgung von

110 % an den Schulen, damit Unterrichtsausfälle ausgeglichen werden. Das ist vor allem bei den beruflichen Schulen erforderlich, die derzeit eine Grundversorgung von lediglich 90 % aufweisen und von einer Unterrichtsversorgung von 110 % weit entfernt sind. Wir reden immer von der gleichen Augenhöhe zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung. Deshalb muss mehr für die beruflichen Schulen getan werden. Leider habe ich in diesem Haushalt zu wenig davon festgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen in Bildung investieren. Wir wollen in Köpfe investieren. Wir werden in die Verschiedenheit der Köpfe investieren. Deshalb bitte ich Sie, zumindest dem Änderungsantrag "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" zuzustimmen. Insgesamt werden wir diesen Haushalt leider ablehnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße ganz besonders die Weltöffentlichkeit an den Radiogeräten und den Fernsehgeräten. In der Tat lohnt es sich, die Debatte im Bayerischen Landtag über den Bildungshaushalt in Bayern zu verfolgen; denn Bildungspolitik ist die Wirtschaft- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Diesem Satz widerspricht mit Sicherheit keiner, auch niemand von der Opposition. Herr Kollege Herold hat vortrefflich dargestellt, dass wir mit Stolz auf die Bildungsfinanzierung schauen können. Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist auch diesmal ein Bildungshaushalt der Exzellenz. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung. Rechnet man den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich als Transferleistungen heraus, wird sogar jeder zweite Euro in die Bildung investiert.

Herr Kollege Piazzolo, Sie haben gefragt, ob die Mittel auch effizient eingesetzt würden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen vor allem von der Opposition, ich habe Ihnen drei exemplarische Belege herausgesucht, um darzustellen, dass das Geld hervorragend angelegt ist. Diese drei Belege, die nicht von der CSU in Auftrag gegeben worden sind, zeigen, dass wir in Bayern stolz auf unsere Bildungslandschaft sein können.

Erstens nenne ich die Spitzenposition bei den Leistungsstudien. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im IQB-Ländervergleich 2015, dessen Ergebnisse für die Fächer Deutsch und Englisch im Oktober 2016 veröffentlicht wurden, hat Bayern Top-Platzierungen erreicht, nämlich in beiden Fächern Platz 1. Auch in allen Kompetenzbereichen haben wir Top-Platzierungen erzielt. Im Bildungsmonitor 2016 des Instituts der Deutschen Wirtschaft haben wir Platz 1 bei der sogenannten Input-Effizienz erreicht. Dabei geht es um die Frage, welchen Bildungserfolg Investitionen ermöglichen.

Hinzu kommt der Platz 1 in der beruflichen Bildung. Ich teile die Aussage des Herrn Kollegen Gehring, dass wir die berufliche Bildung nicht nur in Ehren halten müssen, sondern dass es sich lohnt, mit Geldern einen Standard zu erreichen, der uns im internationalen Vergleich an die Spitze bringt. Mit der beruflichen Bildung gelingt es, Bildungsarmut zu verhindern. Das ist dadurch zu belegen, dass sich die Quote der Schüler, die die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen, auf einem historisch niedrigen Stand befindet. Bayern hat außerdem den Platz 3 in der von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zur Ressourcenausstattung gebundener Ganztagschulen in den Bundesländern erreicht, die im April 2016 erschienen ist. Auch hier haben sich die Investitionen gelohnt.

Der zweite Beleg: Die positive Entwicklung der Bildungsdaten zeigt, was mit den Investitionen erreicht worden ist. Ich stelle fest: Im Jahr 2003 haben 8,3 % der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Im Jahr 2015 haben wir in dieser Kategorie den im bundesweiten Vergleich herausragenden Wert von 4,8 % erreicht. Gleichzeitig hat eine hohe Anzahl von Schülern den Hochschulzugang über die Angebote der beruflichen Bildung erreicht. Ich kann nur sagen: Chapeau! Ein

großes Lob der beruflichen Bildung! Das ist in der Gesamtbetrachtung ein klares Indiz, das für unser differenziertes und durchlässiges Bildungssystem in Bayern spricht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Prof. Dr. Piazzolo hat in seinem Beitrag einzelne Besuche und einzelne Ereignisse geschildert und meint, dass er dabei ein Haar in der Suppe gefunden habe. Herr Kollege Prof. Dr. Piazzolo, das kann durchaus sein. Das müssen wir uns im Einzelfall anschauen. Wenn wir jedoch einen Strich darunter ziehen und fragen, was für unsere Kinder und Jugendlichen in Bayern herausgekommen ist, kann ich feststellen, dass Bayern im November 2016 mit einer Quote von 2,6 % bei der Jugendarbeitslosigkeit den niedrigsten Wert in Deutschland aufweist. In Deutschland liegt die durchschnittliche Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit bei 4,9 %. Zum Vergleich: Die höchste Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland hat Mecklenburg-Vorpommern mit 9,7 %. Sollte Ihnen das noch nicht genügen: Im Dezember lag die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Europa im Durchschnitt bei 18,2 %. Wer jetzt noch sagt, die bayerischen Schulen wären schlecht, dem sage ich: Ein Blick über den Tellerrand hat noch nie geschadet.

(Beifall bei der CSU)

Der dritte Beleg: Heute wurde gesagt, dies wäre nur die Schönfärberei der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag. Hier lohnt der Blick auf eine Studie, nämlich auf die repräsentative dimap-Schulstudie 2016. In dieser Studie wurde die Wahrnehmung der Öffentlichkeit hinterfragt, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb Bayerns. Dabei wurde festgestellt, dass 44 % der deutschlandweit Befragten Bayern als das Land mit dem besten Schul- und Bildungssystem betrachten. Weitere Länder folgen mit weitem Abstand. Bayern erhielt einen Wert von 44 %, Baden-Württemberg liegt mit 14 % auf dem zweiten Platz, Sachsen erhielt einen Wert von 6 %. Die Öffentlichkeit hat also nicht nur den Eindruck, sondern gibt uns auch klar zu verstehen, dass in Bayern die Uhren richtig gehen.

Wir werden uns aber nicht auf den Lorbeeren der Bestätigungen von außen ausruhen. Wir müssen vielmehr Zukunftsaufgaben bewältigen. In der gebotenen Kürze möchte ich sagen, dass wir uns dem Zukunftsthema der digitalen Bildung zuwenden und die Investitionen für eine zeitgemäße digitale Ausstattung zur Verfügung stellen müssen. Heute wurden Münchner Schulen kritisiert. Gut, dann sollte der Sachaufwandsträger dieser Schulen darauf hingewiesen werden, dass hier eine wichtige Aufgabe besteht. An allen staatlichen, kommunalen und privaten Schulen, die einen Zugang zur digitalen Lernplattform "mebis" haben, sollte dieses Angebot intensiv ausgenutzt werden. Außerdem sollte dieses Angebot in der Lehreraus- und -fortbildung stärker verankert werden. Wir dürfen auch die Begabtenförderung in allen Schularten nicht vergessen. Außerdem müssen wir die MINT-Fächer stärken.

Wir müssen allen Mitgliedern der Schulfamilie, die sich der Beschulung von Flüchtlingen und jungen Asylbewerbern angenommen haben, ein ganz großes Lob aussprechen. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den Volksschulen und den beruflichen Schulen. Das ist einer großen Anerkennung vonseiten des Bayerischen Landtags wert. Wir unterstützen die Lehrkräfte dabei mit Maßnahmen der Lehreraus- und -fortbildung. Das ist der richtige Weg. Da sich meine Zeit schon dem Ende zuneigt – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie bekommen noch zwei Minuten.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ich möchte noch auf einige wenige Punkte eingehen, bei denen man sagen kann: versprochen und gehalten. Der Ministerpräsident hat Garantien zum Ganzttag, zur Grundschule und zur Inklusion ausgesprochen. Hierzu kann ich feststellen, dass diese Ankündigungen nicht nur gehalten, sondern sogar erweitert wurden. Ich erinnere nur an den Ausbau der offenen Ganztagsangebote an den Grundschulen. Für den weiteren Ausbau dieser Angebote werden wir sicher, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, einen gemeinsamen Nenner finden.

Ich danke der gesamten Schulfamilie und Herrn Kollegen Herold, der dargestellt hat, auf welchem gutem Weg wir uns befinden. Die Oppositionsparteien, vor allem die Fraktio-

nen der SPD und der GRÜNEN, bitte ich, diesem Rekordhaushalt zuzustimmen und nicht immer über die Einführung einer Schulart, die sich Gesamt- oder Gemeinschaftsschule nennt, zu reden. Die Folge wäre eine Zerstörung des differenzierten Bildungswesens in Bayern. Das wollen wir nicht.

Wir erwarten eine Zustimmung zu diesem Haushalt. Ich danke meiner Fraktion für die Zustimmung zu diesem Bildungsrekordhaushalt, mit dem der Rahmen für eine gute Bildungszukunft in Bayern gewährleistet wird. Ich sichere allen zu: Wir werden mit diesem Haushalt unsere Spitzenposition in Deutschland zum Wohl unserer Kinder und Jugendlichen in Bayern ausbauen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Prof. Dr. Waschler, es stimmt: Ein Blick über den Tellerrand lohnt. Das gilt auch für den Blick in Studien. Manchmal lohnt aber auch ein Blick in die Klassenzimmer oder die Schulen selbst; denn dann sieht man auch die Realität. Ich habe zum Beispiel vor Kurzem an einem Werkstattgespräch von Schulleitern teilgenommen. Dabei habe ich gesehen, wo die Dinge tatsächlich im Argen liegen, und dass von den vielen Milliarden nicht alles an den Schulen ankommt.

Deshalb ist der Blick auf die Studien verwunderlich. Nach acht Jahren Amtszeit von Herrn Kultusminister Dr. Spaenle müssen wir feststellen, dass ein Zuwachs von über 3 Milliarden Euro im Haushalt nicht dazu geführt hat, dass die Auswirkungen der sozialen Herkunft auf die Bildung vermindert werden konnten. Auch das besagen diese Studien. Deshalb lohnt es sich, sich die 19 Änderungsanträge der SPD-Fraktion anzusehen. Dort finden sich Hinweise darauf, wo angesetzt werden müsste, damit die Situation an unseren bayerischen Schulen besser werden kann.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Güll, danke für diesen Hinweis. Selbstverständlich lesen wir alle Studien sehr genau.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber Sie verstehen sie nicht!)

Sofern wir Möglichkeiten sehen, punktgenaue Verbesserungen vorzunehmen, werden wir das in unsere weiteren Entscheidungen einfließen lassen. Die Spreizung, die Sie erwähnt haben, ist in Bayern zurückgegangen, was Sie verschiedenen Studien entnehmen können. Wir müssen aber noch ein Stück Weg zurücklegen. Wir befinden uns auf diesem Weg, haben aber bereits ein sehr hohes Niveau. Wir werden diesen Weg weitergehen. Punktuelle negative Einwände, die von der Opposition gemacht werden, werden uns nicht aufhalten. Wir wollen in Bayern die beste Bildungslandschaft haben. Das Bessere ist immer der Feind des Guten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wir von der SPD wollen, dass gerade der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Bayern als bedeutendes Aushängeschild für unseren Freistaat und als Motor der Zukunftsfähigkeit für unser Land deutlich gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Förderung einer vielfältigen Kulturlandschaft; denn auch das ist ein Aushängeschild. Ich werde bei den einzelnen Punkten darauf zu sprechen kommen. Der vom Wissenschaftsministerium vorgelegte Haushalt wird diesen Anforderungen nur teilweise gerecht. Ein paar Beispiele: Die Grundfinanzierung an den Hochschulen ist nach wie vor notleidend. Da gibt es die Kritik des Wissenschaftsrates, und trotz großzügiger Bundesfördermittel wird nicht das getan, was die Eigenständigkeit der Hochschulen – ich komme bei der Drittmittelförderung dazu – hinreichend stärkt. Wir

haben das Programm zur Aufnahme von Studienanfängern in der Vergangenheit nicht umgesetzt. Haushaltsreste in dreistelliger Millionenhöhe sind liegengeblieben. Das ist ein Armutszeugnis. Sie sagen immer: Bayern geht es gut, den Menschen geht es gut; das war ja in der gestrigen Debatte der Haupttenor.

Schauen wir uns bei dieser Frage einfach einmal den universitären Mittelbau an. Der Kollege Piazzolo hat schon diejenigen Menschen genannt, die etwa als Lehrbeauftragte an Musikhochschulen arbeiten. Das sind hochqualifizierte Musiker, die die Hälfte des gesamten Unterrichts an Musikhochschulen stemmen. Dafür kriegen sie für die gehaltene Stunde nur die genannten 36 bis 45 Euro. Diese Lehrbeauftragten müssten eigentlich streiken. Aber sie haben so wenig Geld, dass sie nicht einmal streiken können. Wenn diese Lehrbeauftragten einmal nicht mehr mitmachen, dann läge der Hochschulbetrieb lahm. Und was haben Sie für diese Leute im Haushalt vorgesehen? – Gar nichts.

Das ist die Wahrheit, die bei Leuten ankommt, die dieses schöne Bayern, das Sie immer verkünden, in dieser Form einfach nicht sehen können. Sie malen sich immer eine Welt, die nichts mit der Wirklichkeit derer zu tun hat, denen es in Bayern schlecht geht. Es geht nicht jedem gut. Es geht vielen gut, aber nicht allen Menschen, nicht jederzeit und nicht an jeder Stelle. Darauf wollen wir schauen.

In der Hochschullandschaft merkt man das eben auch. Schauen Sie sich an, was diese hochqualifizierten Wissenschaftler an der Uni erwartet: befristete Stellen, schlecht bezahlte Stellen, ewige Unklarheit, wie weit sie mit der Professur kommen und Ähnliches mehr. Wir haben inzwischen – das sagen andere – ein akademisches Prekariat zu bedauern. Wenn Sie sagen, das ist Schwarzmalerei, dann sage ich Ihnen: Das ist keine Einschätzung der Opposition. Diese Einschätzung kommt von den verschiedenen Fachverbänden.

Zur Drittmittelförderung: Wir haben im Ausschuss für Haushalt und Finanzen darüber mit dem Minister lange geredet. Da war ich schon sehr erstaunt, wie lapidar dessen

Auskünfte ausgefallen sind und wie wenig diese Auskünfte durch eine Nachfrage, die ich beim Ministerium gestellt habe, erhärtet werden konnten. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass es verschiedene Formen der Drittmittelförderung gibt; ich meine diejenige, die aus der freien und privaten Wirtschaft kommt. Die Hochschulrektoren vor allem der Hochschulen für angewandte Wissenschaften erklären dezidiert, dass und wie abhängig sie inzwischen von den privaten Drittmittelförderungen sind. Ich bin wirklich für diese Förderungen. Ich bin auch dafür, dass wir sie einwerben, aber sie müssen transparent sein und dürfen die wissenschaftliche Freiheit nicht beeinträchtigen. Ein Aldi-Süd-Hörsaal oder dergleichen ist ja gut und schön. Nicht schön ist aber, wenn zum Beispiel das Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht, eine ganz wichtige Geschichte, nur durch die Finanzierung der Stiftung der Arbeitgeberverbände leben kann. Da ist die Abhängigkeit der Ergebnisse von vorneherein vorgezeichnet. Wir brauchen die Freiheit von Lehre und Forschung, die wir nur dann bekommen, wenn wir die Drittmittelförderung wirklich transparent darstellen.

Wenn wir sehen, dass bei einer steuerfinanzierten, von der öffentlichen Hand finanzierten Grundlagenforschung mit einem bisschen Zusatzförderung durch die Wirtschaft durch die Patentverwertung nur ein geringer Teil zurückfließt, wenn wir sehen, dass die Beträge, die an die Uni zurückfließen, meistens im sechsstelligen und ganz niedrigen siebenstelligen Bereich liegen – 1,9 Millionen war der höchste Wert, der an die Universitäten zurückgeflossen ist –, wenn wir sehen, dass währenddessen die Privatverwertung dieser Drittmittelforschungsergebnisse in die vielfache Millionenhöhe geht, dann stimmt etwas nicht. Dann machen wir es wie immer: Die Belastungen sozialisieren wir, die Gewinne privatisieren wir. Das wollen wir so nicht haben. Wir wollen mehr Transparenz. Wir möchten, dass hier mehr öffentlich gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Studenten. Wir haben hier ein gigantisches Problem. Dieses Problem sprechen Sie nirgendwo an. Wir haben eine Wohnungsnot ohne Ende, nicht nur in München, sondern auch in Regensburg, in Augsburg und an vielen anderen

Universitätsstandorten. Die Studentenwerke bleiben massiv unterfinanziert. 2005 11,5 Millionen, 2010 7,1 Millionen – ich weiß nicht, warum Sie den Stoiber immer so loben –, 2014 9,1 Millionen, und jetzt sind wir wieder bei 11 Millionen, also unter dem Stand von 2005, und das Ganze bei einer Wohnungsnot ohne Ende. Wir haben im Jahr 2000 in ganz Bayern 3.240 Wohnplätze für Studenten gehabt. 2014, 14 Jahre später, gab es 3.528 Plätze. Es gab also beinahe keinen Zuwachs, wenn man bedenkt, dass drei neue Hochschulstandorte dazugekommen sind. Was bedeutet das konkret? – Die Chancengleichheit wird grausam verletzt. Die einen müssen nebenher massiv arbeiten, damit sie die teuren Mieten zahlen können, die anderen haben reiche oder gut betuchte Elternhäuser und können in Ruhe vor sich hin studieren. Das kann nicht das Ziel sein, das wir in Bayern verfolgen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass gerade bei der jungen Generation dadurch ein Gefühl aufkommt – ich will gar nicht von denen sprechen, die zum Beispiel in der Lehre sind und auch unter ganz schweren Bedingungen in übersteuerten, regionalen Ecken wohnen, wo das Leben für sie fast nicht mehr bezahlbar ist –, von der Politik nicht mehr verstanden und gehört zu werden. Sie sieht ihre Zukunftschancen schwinden. Das ist durch Umfragen in der jungen Generation belegt. Was hier geschieht, ist demokratiegefährdend. Hier müssen wir neue Schwerpunkte setzen. Wir hoffen, wir machen das.

Das gilt übrigens auch für die Hochschulbibliotheken. Die Hochschulbibliotheken brauchen vor allem diejenigen, die wenig Möglichkeiten haben, auf andere Weise an bestimmte Informationen zu kommen. Keiner soll mir sagen, heutzutage gehe alles nur über das Internet. Die Hochschulen brauchen funktionstüchtige, gut ausgestattete Bibliotheken, und die haben wir leider nicht in dem Umfang, wie wir sie wollen.

Ich werde nur ein kurzes Wort zur Chancengleichheit für Frauen in Wissenschaft und Lehre sagen. Die Beratungszeit ist ja so gering, dieser Haushalt hat weniger Bera-

tungszeit als heute Vormittag der Justizhaushalt. Diese Chancengleichheit ist bei Ihnen kein Thema. Das haben Sie nicht im Fokus. Wir haben Anträge für Frauen gestellt, die Professuren anstreben oder schon als Professorinnen arbeiten und bestimmte Forschungsvorhaben machen. Wir haben Anträge gestellt für Frauen, die man in die Studiengänge begleiten will. Zu allen diesen Punkten haben wir Anträge gestellt, und alle sind abgelehnt worden. Das ist konservative Politik in Reinform, die einfach nicht mehr zeitgerecht ist. Das ist Politik von gestern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, bevor ich auf zwei Schwachstellen speziell bei Ihnen komme, noch einmal etwas ganz Allgemeines zu Förderung der freien und der kommunalen Theaterlandschaft. Wir stehen dahinter, in Zukunft die kommunalen und freien Theater auch überschaubarer, gerechter und nachvollziehbarer zu fördern. Es kann doch nicht sein, dass der Finanzminister nach dem Zufallsprinzip mal schnell nach Würzburg oder nach Landshut oder nach Ingolstadt fährt und dann seine Spendierhose anhat. Und dann muss man immer schauen, ob die anderen das Gleiche kriegen und ob er überhaupt für seine Versprechen eine Deckung im Haushalt hat. Die hat er eigentlich nicht, aber er weiß, dass die CSU-Fraktion sich nicht als unabhängige Fraktion, sondern als Abwehrbrigade für seine Extratouren versteht und ihm sowieso alles nachträglich –

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

– Ja, so ist es ja leider. Sie sind kein Korrektiv gegenüber der Regierung. Und das wäre für einen freien Abgeordneten wirklich eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine klare Förderung im Bereich der Theaterlandschaft, der freien Kulturarbeit. Da liegt viel im Argen. Wir wollen eine Änderung des Kulturfonds. Wir haben klare Vorstellungen, die im Fachausschuss von der Kollegin Zacharias und anderen Kolleginnen und Kollegen immer wieder vorgetragen wurden. Hier muss entstaubt und

entrümpelt werden. Der Denkmalschutz gehört aus dem Kulturfonds heraus- und in den ordentlichen Haushalt hineingenommen. Auf diese Weise könnten Gelder für all die kleinen Initiativen frei werden, die ohne das Geld ja gar nicht arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zu den städtischen Kreis- und Musikschulen. Das finde ich bei der CSU besonders blamabel: Da gibt es Sonntagsreden. Jetzt hat der Herr Goppel in Rosenheim eine ganz rührende Rede gehalten: Peter Winter war voller Begeisterung über die tolle Arbeit, der Landrat der CSU hat gelobt, der Herr Spaenle hat schon erklärt, dass er die 15 % Förderung anstreben will, Frau Stamm hat das gemacht. Und wo sind wir? – Knapp über 10 %. 500.000 Euro haben Sie dann im Nachgang zu uns gegeben. Wir haben vier Millionen Euro gefordert, damit wir bei den 15 % sind. Bei Ihnen hingegen: Schweigen im Walde – aber schöne Reden draußen in der Landschaft. Das ist eigentlich blamabel.

Nur noch ganz persönlich zu Ihnen, Herr Minister. Ich gebe zu, Ihr Ministerium ist riesengroß. Was aber das Klinikum Hadern anbelangt, so ist Ihnen dort ein wirklich schlimmer Fauxpas unterlaufen. Man will die Klinik als öffentlich-rechtliche Körperschaft führen. Sie soll nach wirtschaftlichen Prinzipien keine Schulden machen – und das war die Vorgabe –, dann aber entlässt man den kaufmännischen Direktor, der das erreicht hat. Er hat sogar einen kleinen Überschuss von einer Million Euro erwirtschaftet. Da werden den Universitätsinstituten Aufträge erteilt, die zu teuer sind, aber der kaufmännische Direktor wird entlassen. Man ist nicht in der Lage, Ordnung hineinzubringen, weil man zwei Hüte aufhat, und zwar einmal den von der Gesellschaft und einmal den von der Universität. Aber bei beiden will man nicht anecken. Dann führt man beide in die Büsche.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich bin ganz schnell und sofort fertig.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie bekommen noch zwei Minuten. Wir haben nämlich eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Goppel.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Dann kann ich noch alles ausführen, Herr Dr. Goppel. Ich bin nur der Meinung – lassen Sie mich das noch abschließend sagen –, wir haben wahnsinnig viel – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte, sich jetzt an das Ende der Redezeit zu halten, und möchte Herrn Dr. Goppel das Wort erteilen.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Wir würden auch gerne – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, jetzt Herr Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Präzisierung fünf Punkte anführen, in aller Eile. Erstens. Der kaufmännische Direktor heißt Koslowski, und er ist entlassen worden, weil die Universität mit ihm nicht zurechtkam. Das wissen Sie auch ganz genau. Da hat der Herr Minister überhaupt nicht dreinzureden. Zweitens. Lehrbeauftragte der Musik: Ich mache dieses Thema seit sieben Jahren in diesem Hause mit. In Wirklichkeit sogar seit elf, weil ich vorher als Minister im Einsatz war.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir haben festgestellt, dass die Universitäten das von diesem Haus zugestandene Recht, selbst zu entscheiden, wer wann wie bezahlt wird, nicht wahrnehmen. Insoweit ist der Vorwurf gegenüber dem Minister alles andere als gerechtfertigt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Lehrbeauftragten an ihrer Universität ordentlich bedient werden. Wenn das nicht stattfindet, muss man das den Universitäten zurechnen. Wenn man sich aber nicht auskennt, dann lässt man das als Parlamentsdebattierer weg.

Drittens. Theaterförderung: Was die Theaterförderung anbetrifft, so schießen wir im Gegensatz zu allen anderen Ländern, vor allem im Gegensatz zu den von Ihnen ge-

führten, Gelder dazu. Andere deutsche Länder schließen ihre Theater; wir hingegen schauen, dass wir das eine oder andere in staatliche Obhut nehmen, eine zusätzliche Förderung auflegen und schießen Geld zu. Es ist unerträglich, dass Sie uns hier Vorwürfe machen.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Beim Kulturfonds steht ebenfalls fest, dass es eine große Bandbreite der Förderung gibt. Diejenigen, die einen Antrag stellen, bekommen auch Geld. Andere aber, die keinen Antrag stellen, können im Nachhinein nicht kommen und sagen: Wir hätten aber einen gestellt. – Das ist nicht der richtige Umgang. Der Kulturfonds ist eine einzigartige Einrichtung, und alle anderen Länder in Deutschland, wirklich alle, beneiden die Bayern darum.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Fünftens. Die Musikschulen. Die Musikschulen bekommen 11 % staatlichen Anteil, das ist zu wenig, da sind wir einer Meinung. Das muss man nicht schönreden, ich sage das auch ganz deutlich. Die Frage ist, wen ich bei der Musikschulförderung entlaste. Wenn entlastet wird, hat das immer zur Folge, dass sich die Kommune zurückzieht, aber nicht die Eltern gefördert und entlastet werden. Wir sollten uns darüber unterhalten, ob die Eltern auch weiterhin mit 50 % oder gar 55 % belastet bleiben, weil die Kommunen entlastet werden wollen. Wofür haben wir eigentlich den kommunalen Finanzausgleich? – Sie machen es sich zu einfach.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen auch Sie zum Ende. Die zwei Minuten sind schon vorbei.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Ich hab's gleich. Sie machen es sich zu einfach, das habe ich schon gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Goppel, fangen wir mit der Musikschule an. Ich war 21 Jahre Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender einer der großen Kreismusikschulen. Ich habe in der Tat mit den Kollegen Bürgermeistern oft ums Geld gerungen. Sie werden es nicht glauben, bei uns waren fast immer die CSU-Bürgermeister nicht bereit, mehr Geld zu geben.

(Zurufe von der SPD: So, so!)

Ich sage Ihnen trotzdem, dass die Kommunen immerhin zwischen 30 und 33 % geben. Der Staat gibt, wie gesagt, gerade einmal knapp 11 %. Sie haben recht, der hohe Elternbeitrag wird zunehmend zum Problem. Die Kinder, die wir gerne fördern würden, können wir damit nämlich manchmal nicht fördern.

Ich könnte noch zu vielem anderen etwas sagen, aber Hadern kenne ich ganz genau. Machen Sie es sich nicht zu einfach; denn Hadern kenne ich perfekt. In dem Gremium, in dem entschieden wird, ob der kaufmännische Direktor geht oder nicht, sitzt mit einer wesentlichen Stimme der Minister. Da kann er sich nicht herausreden. Er hätte diejenigen an die Kandare nehmen müssen, die ihre Pfründe schwinden sehen. Das ist zum einen im Chefarztbereich sehr massiv der Fall und zum anderen bei den Hochschulinstituten, die für Laborleistungen aberwitzig hohe Preise verlangen, weil diese zur Institutsfinanzierung dienen. Hier sind wir wieder bei der Grundförderung der Universitäten, die zu niedrig ist. Hier besteht ein Verschiebepbahnhof, der dem Minister schon lange nicht mehr vor Augen steht. Da hat er keinen Überblick mehr.

Zur Musikhochschule: Das ist ein Treppenwitz der Geschichte, wenn Sie sagen: Die können alle zahlen. – Wissen Sie, was die zahlen können? – Bei der Musikhochschule können Sie nicht die großen Drittmittel einwerben. Die können genau das zahlen, was sie haben, und das ist zu wenig. Auch hier fehlt es an einer ordentlichen Finanzierung. Ich bleibe deshalb bei allen meinen Aussagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo, bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, wertee Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Wir haben jedes Jahr das Gleiche: Wir bekommen Pressemitteilungen, die loben, dass der Bildungs- und der Wissenschaftsbereich ausgebaut wird, dass wir einen neuen Rekordhaushalt haben. Das ist zwar richtig, doch wenn wir uns die Kernzahlen ansehen, die wir alle kennen, dann zeigt sich, dass es sich eigentlich um eine Mängelverwaltung handelt, dass die Schere immer weiter auseinanderklafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Punkt, der heute noch gar nicht genannt wurde, der mir aber besonders am Herzen liegt – wir haben dazu ein paar Anfragen gestellt –, ist der Sanierungsstau an bayerischen Hochschulen. Am Anfang der Legislatur, 2013, hatten wir die Schlagzeilen, dass in der Kochstraße in Erlangen die Decke herunterkam. Normalerweise graben Archäologinnen und Archäologen römische Ruinen aus. Hier aber haben sie ihre eigenen Schreibtische ausgegraben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war vor drei Jahren. Seither hat sich nichts Wesentliches geändert. Nach den Anfragen beläuft sich der Sanierungsstau immer noch auf drei Milliarden Euro. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist eine enorme Summe, und sie wird nicht kleiner. Nicht nur marode Hochschulbauten aus den 60er Jahren bröckeln, sondern auch Neubauten werden nicht fertig. Bei uns in Erlangen steht derzeit das Chemikum in den Schlagzeilen. Es wird auch das BER Bayerns genannt. Es ist nicht nur nicht fertig geworden, es war offensichtlich auch so geplant, dass es für chemische Labore überhaupt nicht geeignet war. Jetzt muss nachgebessert werden: Lüftungsanlagen werden eingebaut. Der Haushaltsausschuss hat noch einmal Geld genehmigt. Gut, es muss ja fertig werden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ist das in Berlin?)

– Scheinbar gibt es da irgendeine Beziehung. Ich weiß nicht, welches Planungsteam das war. Jedenfalls soll es jetzt 2017 statt 2013 fertig werden. Ich glaube das allerdings erst, wenn ich es auch sehe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, als GRÜNE sage ich es ungern, aber an dieser Stelle brauchen wir in Bayern tatsächlich mehr Beton. Wir brauchen Beton, um Löcher in maroden Universitätsgebäuden endlich zu stopfen. Auch die Bauunterhaltslöcher sind enorm: Drei Milliarden Euro. – Dass wir das jetzt im Doppelhaushalt nicht hinbekommen, ist völlig klar. Ich würde aber wirklich gerne einen Sanierungsplan sehen, wie wir das in den nächsten Jahren schaffen sollen. Im Haushalt fehlt zumindest eine ordentliche Summe für den reinen Bauunterhalt. Wir sehen nämlich auch, dass unsere Hochschulgebäude immer schneller verfallen. Wir müssen dafür sorgen, dass zumindest die notwendigsten Renovierungsmaßnahmen durchgeführt werden, damit die Substanz einigermaßen erhalten bleibt. Auch hierfür möchte ich gerne einen Plan sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben noch einen zweiten Punkt, für den wir dringend mehr Beton brauchen. Wir haben es gerade schon gehört, es geht dabei um das bezahlbare studentische Wohnen. In den großen Universitätsstädten sind die Mieten in den letzten Jahren um 30 % angestiegen. Es gibt zwar Angebote für studentisches Wohnen auch auf dem freien Wohnungsmarkt, das ist aber für die meisten Studierenden nicht bezahlbar. Wir brauchen deshalb mehr öffentlich geförderte Wohnheimplätze. Der Schlüssel dafür liegt bei den Studentenwerken. Auch das haben wir heute schon gehört. Die Zuweisungen an die Studentenwerke wurden in den letzten zehn Jahren nicht erhöht, sie sind sogar gesunken. Hier müssen wir dringend ansetzen. Die Studentenwerke investieren nämlich nicht nur in Stahl und Beton, sondern sie nehmen auch ganz wichtige Beratungs-

leistungen für die Studierenden wahr. Es kann deshalb einfach nicht sein, dass wir hier wegsehen, wohl wissend, dass sie nicht ausreichend ausgestattet sind.

Meine Damen und Herren, wir können noch einmal feststellen: Wir brauchen mehr Beton, aber davon allein lebt die Wissenschaft nicht. Sie lebt von den Köpfen, die an den Universitäten arbeiten, den Menschen, die an unseren Hochschulen und Universitäten tätig sind, studieren, lehren und forschen. Auch hier haben wir eine eklatante Finanzierungslücke. Seit 2008 ist die Zahl der Studierenden in Bayern um 120.000 gestiegen. Mit Hilfe des Bundes wurden Mittel für 50.000 neue Studienplätze bereitgestellt. Das zeigt, dass die Lücke immer mehr aufklafft. Eine Möglichkeit wurde genannt, die alle Probleme lösen könnte, nämlich eine auskömmliche Grundfinanzierung, um den Hochschulen mehr Spielraum zu geben, das Geld richtig einzusetzen, auch für ihr Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben neue Anfragen zur Quote der Drittmittel gestellt. Sie liegt nach wie vor ungefähr bei 30 %. Das ist eigentlich viel zu hoch. Eine vernünftige Drittmittelfinanzierung ist zwar nichts Schlechtes; aber die Drittmittel sollten für Aufgaben eingesetzt werden, die nicht zu den Standardaufgaben einer Hochschule gehören. Dann sind sie richtig eingesetzt. Momentan werden damit aber tatsächlich Lücken gestopft. Das führt letztlich zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Beschäftigten an bayerischen Hochschulen haben zu 70 % befristete Verträge. Wir hören im Wissenschaftsausschuss immer wieder, dass dieser Anteil viel zu hoch liegt. Letztlich können wir dieses Problem nur beheben, indem wir gerade für den akademischen Mittelbau mehr Planstellen einrichten. Junge Menschen in einer sehr sensiblen Phase ihres Lebens, in der sie gleichzeitig eine Familie gründen wollen, sind prekär beschäftigt, häufig mit Laufzeiten von nur einem halben Jahr. Das führt nicht nur zur Unsicherheit in der Lebensplanung; es schwächt auch die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Hochschulen eindeutig. Wir hören immer wieder die Meinung: Ich habe im Ausland teilweise besse-

re Möglichkeiten und bekomme dort eine feste Stelle; warum sollte ich dann hier in Bayern forschen? – Dieses Problem müssen wir angehen.

Zu den Lehrbeauftragten wurde schon einiges gesagt. Es ist tatsächlich skandalös. Das erkennt man, wenn man sich mit der Historie befasst. Ich habe mir alte Anträge herausgesucht und bin auf ein Lösungskonzept des Ministeriums aus der letzten Legislaturperiode gestoßen, wie wir die Lehrbeauftragten aus ihrer prekären Situation holen können. Es ist nicht damit getan, dass wir Ihnen einfach zehn Euro mehr geben, sondern wir müssen mehr Planstellen schaffen, um die Quote der Lehrbeauftragten unter den Anteil von 50 % zu drücken, der momentan an Musikhochschulen erreicht wird. In dem alten Konzept war die Rede von 25 %. Das erscheint mir vernünftig, um gleichzeitig eine Flexibilität an den Musikhochschulen zu gewährleisten. Aber ich frage mich: Was ist seither passiert? – Das Konzept liegt in der Schublade; die Lehrbeauftragten sind immer noch prekär beschäftigt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Einen letzten Punkt finde ich besonders skandalös. An bayerischen Hochschulen gibt es nicht nur Lehrbeauftragte, sondern auch Privatdozenten, die unbezahlt lehren müssen. Normalerweise nennt man das Sklaverei. In diesem Fall heißt es Titellehre. Auch darauf müssen wir genau achten; denn das ist eines Wissenschaftsstandorts wie Bayern unwürdig.

Die Studierendenzahlen sind seit 2008 um 120.000 gestiegen. Die Grundfinanzierung stagniert seither fast; sie wurde nur ein bisschen erhöht. Das führt nicht nur dazu, dass die Seminarplätze der Studierenden überbelegt sind und die Bücher in den Bibliotheken vergriffen sind; es führt auch dazu, dass das Lehrpersonal ausgebeutet wird. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die Grundfinanzierung ansteigt. Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Es gibt Verteilungskämpfe zwischen den Haushaltsposten, der Haushalt gibt es nicht her. – Wir haben nachgesehen. Meine Kollegin, Frau Stamm, hat herausgefunden, dass wir aus dem letzten Haushalt noch über 100 Millio-

nen Euro Haushaltsreste haben. Warum wird dieses Geld nicht einmalig für die Grundfinanzierung, das heißt mit Anschubwirkung, eingesetzt, und warum sehen wir nicht, was man damit alles machen kann? – Wir können damit sehr vielen Beschäftigten in der bayerischen Wissenschaftslandschaft helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder die Jubelmeldungen, dass wir in Bayern eine wissenschaftsgestützte Strukturpolitik betreiben. Das ist an und für sich ganz gut. Wenn man genauer hinsieht, kann man an dieser Stelle aber nur eine Strukturpolitik nach dem Schrotflintenprinzip beobachten. Es gibt ganz viele kleine Ausgründungen, bei denen nicht klar ist, inwieweit sie mit ihren Mutterhochschulen vernetzt sind. Wir wissen aber gleichzeitig, dass wir eine Bildungs- und Hochschulpolitik brauchen, die den ländlichen Raum wirklich nachhaltig stützt. In den Siebzigerjahren waren die HAWs, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, bereits ein Erfolgsrezept. Mit ihnen konnte tatsächlich das Bildungsniveau in den Regionen gesteigert werden. Ein sehr guter Austausch mit der Wirtschaft in den Regionen hat sich entwickelt. Warum investieren wir dann nicht mehr Geld in die Qualität, indem wir den HAWs entsprechende Forschungsmittel geben? Herr Spaenle, Sie haben vor ungefähr einem Jahr gesagt, dass Sie das Jahr der HAWs ausrufen und die Forschung an den HAWs unterstützen. Wir haben im Haushalt dazu nichts gefunden. Warum wird das nicht endlich einmal angepackt?

Wir brauchen Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Aktuell finanzieren sie sich durch Drittmiteleinwerbung selber. Das ist zwar gut und schön; wir wissen, dass viele Institute, viele Hochschulen bereits jetzt sehr forschungsstark sind. Aber wir brauchen dafür auch staatliche Unterstützung, um wirklich Leuchttürme in den Regionen zu schaffen und gleichzeitig die Bildungsgerechtigkeit zu heben; denn wir wissen: Gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben sehr viele First-in-Family-Studierende, also Studierende, die aus Nichtakademikerhaushalten kommen. Dieses Erfolgsrezept sollten wir stützen.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, den Sanierungsstau abzubauen, allen Studierwilligen ein Studium zu ermöglichen, die Hochschulen endlich auskömmlich auszufinanzieren und den Austausch der Hochschulen in den ländlichen Raum hinein zu stärken. Das können wir. Das Geld ist zumindest in Teilen vorhanden; es ist sogar noch welches übrig. Bitte stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Jetzt kommt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, dass ich noch etwas zu dem Thema Lehrbeauftragte sage; ich habe mich damit ganz intensiv befasst.

Erstens. In der Legislaturperiode, in der ich selber als Staatsminister Verantwortung getragen habe, haben wir versucht, die Universitäten dazu zu bewegen, den Lehrbeauftragten ein ordentliches Salär zu zahlen, wobei es unterschiedliche Stufen gibt: Sie zahlen den Musikern unter den Lehrbeauftragten immer besonders wenig und anderen Fachvertretern stattdessen viel. Das ist ein Problem, das die Universität zu lösen hat.

Zweitens. Als ich nicht mehr im Amt war, hat der Landtag mit allen Stimmen außer meiner eigenen beschlossen, dass die ganze Verteilung von Mitteln in Zukunft die Universität alleine vorzunehmen hat. Damit haben wir keinen Zugriff mehr auf einzelne Lehrämter und Lehraufgaben, auch nicht mehr in der Musik. Das ist Fakt und ist zu bedenken.

Drittens. Die Musik ist deshalb nicht bedacht und zurückgestellt worden, weil sie am teuersten ist; denn in der Musik muss man jedem Einzelunterricht geben. Die Vorlesungen kommen dazu. In Geografie können Sie 50 Leute zusammen auf eine Exkursion schicken. Das macht die Universität lieber. Drei Anträge sind nacheinander gescheitert, weil die Universitäten nicht das erledigt haben, worum der Landtag sie

jeweils gebeten hat. Insoweit ist der Vorwurf gegenüber dem Haus nicht gerechtfertigt. Im Sommer haben wir im Übrigen gemeinsam einen Antrag verabschiedet, der das hoffentlich abstellt. Daran darf ich erinnern.

(Beifall bei der CSU)

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Goppel, vielen Dank. Ich finde es auch gut, dass wir alle zumindest verbal immer dafür sind, die Lehrbeauftragten gerade an den Musikhochschulen zu stärken. Das würde ich auch unterstützen. Ich habe vorhin in meiner Rede ausdrücklich angemerkt, dass es eine Erhöhung der Saläre gegeben hat. Allerdings löst das das Problem an der Stelle nicht; denn wir brauchen letztlich Planstellen. Für die Planstellen müssen wir beim Haushalt ansetzen und die Musikhochschulen anders ausfinanzieren. Das ist bisher nicht geschehen.

Wir reden über einen Anteil der Lehrbeauftragten von 50 %. Ich gebe Ihnen recht: Musikunterricht ist sehr aufwendig; aber gleichzeitig trägt er zur weltweiten Ausstrahlung des Kulturstandorts Bayern bei. Sehr viele ausländische Studierende in Bayern besuchen die Musikhochschulen und schätzen deren Lehrqualität. Allerdings darf das nicht auf dem Rücken der Lehrbeauftragten ausgetragen werden. Eigentlich sind die Lehrbeauftragten dafür da – ich habe mir das Gesetz genau angesehen –, Kapazitätsengpässe abzufangen oder den Unterricht in Nischenfächern abzudecken, die nicht zur Regellehre an Musikhochschulen gehören. Da gibt es momentan eine Diskrepanz, meines Erachtens auch einen Missbrauch. Aber zu sagen, die Hochschulen könnten das selber in den Griff bekommen, ist Augenwischerei. Wir müssen beim Haushalt ansetzen und unter Umständen bei den Zielvereinbarungen etwas die Daumenschrauben anlegen. Nur mit mehr Planstellen können wir an der Stelle etwas voranbringen.

Ich möchte Sie bitten: Setzen Sie noch mal beim Haushalt an! Jetzt haben wir zwar ein bisschen kosmetisch eingegriffen, und sicherlich sind auch zehn Euro mehr etwas wert; aber ich glaube, wir müssen das Problem grundsätzlich angehen, um den Menschen zu helfen. Gerade die Musikerinnen und Musiker, die an den Musikhochschulen

lehren, sind Überzeugungstäter. Sie sind einfach aus Idealismus bereit, auch Altersarmut in Kauf zu nehmen, um mit jungen Menschen zu arbeiten. So etwas dürfen wir nicht ausnutzen. Damit müssen wir uns befassen. Ich bitte Sie, gemeinsam zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir Haushalts-, Schul- und Kulturpolitiker in der CSU-Fraktion arbeiten eng zusammen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Bayern ist Bildungsland Nummer eins!)

Das ist wichtig. Wir teilen uns auch die Darstellung. Die Kollegen Hans Herold und Gerhard Waschler haben schon sehr präzise und überzeugend zum Schulhaushalt Stellung genommen. Der Kollege Oliver Jörg, mit dem wir auch sehr eng zusammenarbeiten, wird vor allen Dingen den Kulturhaushalt vorstellen. Ich möchte auf den Wissenschaftshaushalt eingehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ein bisschen lauter! – Isabell Zacharias (SPD): Herr Freller, wir verstehen Sie nicht!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, fahren Sie bitte das Mikrofon ein bisschen höher. Gestern haben wir Sie auch schon so schlecht verstanden. – Danke.

Karl Freller (CSU): Ich bitte darum, das von der Zeit abzurechnen. Sprechprobe: eins, zwei, drei. – Gut; irgendetwas war abgeschaltet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede jetzt in der entsprechenden Lautstärke, damit es jeder hört und vor allem mein Beitrag von niemandem überhört wird, der ihn gerne überhören würde. Wir haben heute einen Haushalt zum Wissenschafts- und Bildungsbereich vorgelegt, der mit 38 Milliarden Euro in der Tat ein Rekordhaushalt ist. 38 Milliarden Euro von den etwa 118 Milliarden Euro, die wir insgesamt beschließen, gehen in unsere Schulen, in

unsere Wissenschaft und in unsere Kultur. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Rekordhöhe nicht nur für Bayern. Ich bin sicher, dass sich andere Bundesländer neidisch nach Bayern umdrehen. Lieber Herr Piazzolo, mich hat vorhin etwas geärgert. Es ist demagogisch, zu fordern, nicht so zu tun, als ob es überhaupt keine Probleme gäbe. Bei 110.000 Lehrkräften, 5.500 Schulen und 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern wird es immer Probleme geben. Ihr habt schon in eurer 19-Mann-Fraktion einen Haufen Probleme. Dann gibt es sie natürlich auch woanders.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das sage ich nur, um das mal beim Namen zu nennen. Aber die anderen Länder beneiden uns darum, dass es in Bayern so wenige Probleme gibt, weil sie viel mehr Probleme haben. Das sollte deutlich betont werden. Ich bin im Haushaltsausschuss seit drei Jahren für den Hochschulhaushalt zuständig. Ich stelle jedem, der nicht glaubt, was Bayern für seine Hochschulen tut, die Unterlagen Bau zur Verfügung. Daraus geht hervor, was wir alleine in den letzten drei Jahren an Baumaßnahmen in Millionenhöhe geleistet haben. Allein letzte Woche im Haushaltsausschuss haben wir für 250 Millionen Euro – das ist eine viertel Milliarde Euro – ausschließlich Hochschulbaumaßnahmen beschlossen. Und da tun Sie so, als ob wir dieses Feld in Bayern vernachlässigten. Kein anderes Land kann dank Gott sei Dank guter Einnahmen so viel investieren. Aber wir tun es auch. Wir reden nicht viel darüber. Es geschieht. Gehen Sie doch raus. Schauen Sie sich die Hochschulen an. Schauen Sie sich die Schulen und Hochschulen an. Dann werden Sie sehen, was dort alleine in den letzten Jahren gemacht und gebaut worden ist. Ich mag diese Jammerei nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Doch, mich regt das schon auf, weil ich sehe, was wirklich geleistet wird. Ich bin ein Mensch, der es ausspricht, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Niemand streitet ab, dass da und dort Verbesserungen nötig sind.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): Jeder sieht, dass manches Bauwerk renoviert werden muss. Aber ich möchte endlich einmal zum Ausdruck bringen, was in der Summe getan wird.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): – Nein, im Moment nicht, das stört mich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, Sie brauchen sich über manche Wahlergebnisse nicht zu wundern. Ich hatte in der Verwandtschaft eine alte Frau. Sie war schwer krank. Sie hatte Schmerzen. Sie hat nie geklagt. Auf die Frage hin, warum Sie eigentlich nicht klagt, hat sie eine Antwort gegeben, die eine Lebensphilosophie darstellen kann. Sie hat gesagt: Wer jammert, bekommt keinen Besuch. – Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Wer jammert, bekommt keinen Besuch. Eure Jammerei führt dazu, dass euch niemand mehr glaubt. Sie führt dazu, dass euch niemand haben will. Sie führt vor allem zu einer totalen Verfälschung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ein paar Zahlen bringen. Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben in dem Haushaltsplan alleine bei der Weiterentwicklung exzellenter Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit insgesamt 704,5 Millionen Euro und 4.240 Stellen optimale Eingangsbedingungen für die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger geschaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir legen einen Haushalt vor, der vor allem eines sicherstellt, nämlich dass wir nicht nur in den Metropolen exzellente Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben. Wir gehen ins Land, wir gehen in die Fläche. Wir gehen auch in kleinere Städte mit Hochschuleinrichtungen, weil uns sehr wohl bewusst ist, dass eine Regionalpolitik so sein muss, dass jemand ziemlich nah an seinem Heimatort studieren und dort eine universitäre Ausbildung bekommen kann.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie sich deutschlandweit um, wo es eine vergleichbare Praxis gibt, wie wir sie seit Jahren pflegen. Ich möchte hier ein großes Kompliment an das Kultusministerium und an das Wissenschaftsministerium aussprechen: Lieber Minister Spaenle, lieber Staatssekretär Sibler, ich sage herzlichen Dank, dass ihr euch so reingehängt habt. Ihr habt die Diskussionen miterlebt. Sie waren nicht immer leicht. Das ist ein gewisses Wagnis. Wenn es an dem einen oder anderen Ort vielleicht nicht hundertprozentig funktionieren sollte, so hat sich die Mühe trotzdem auf jeden Fall gelohnt, weil das in der Summe funktionieren wird. Ich freue mich auf diese Einrichtungen. Ich habe inzwischen selber welche besucht. Wir haben in jedem Regierungsbezirk solche Einrichtungen. Etliche Kollegen waren betroffen und haben sich intensiv dafür eingesetzt, dass sie vor Ort kommen. Ich meine, da haben wir einen Wurf gemacht, der sich sehen lassen kann. Wir werden alles dafür tun, damit sich das auch fortsetzt.

Ich möchte als Nächstes etwas zu den Technologietransferzentren sagen, die wir geschaffen haben. Es gibt nichts Besseres, als den Forschergeist, die Neugierde und den Drang junger Menschen, etwas Kreatives zu schaffen, mit der Wirtschaft und Industrieunternehmen zu kombinieren. Was kann einem Land Besseres passieren, als dass Ideen junger Menschen von Unternehmen aufgenommen und in die Wirklichkeit der Wirtschaft umgesetzt werden? Das ist das Beste, was einem Land an Innovation passieren kann. Deshalb stehe ich dahinter, diese Technologietransferzentren weiterhin zu fördern, und zwar so, dass sie einen Sockelbetrag von mindestens 300.000 Euro bekommen, damit auch die Kommunen wissen, dass sie über fünf Jahre hinaus eine gewisse finanzielle Sicherheit für diese Zentren haben.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch vieles zu sagen. Ich erinnere: Wir haben ein ganzes Uniklinikum aus dem Boden gestampft. Der Ministerpräsident hat für Augsburg ein Versprechen abgegeben, als er vor einigen Jahren dort war. Er hat sein Versprechen punktgenau gehalten. Es wird ein Uniklinikum in Augsburg geben. Das ist eine

großartige Sache für die Schwaben. Da gratuliere ich herzlich. Es sei ihnen gegönnt, weil es nötig ist, dass dieser Regierungsbezirk bedacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Einen Moment, es gibt noch eine Zwischenbemerkung, und dann bekommen Sie zwei Minuten.

Karl Freller (CSU): Augenblick bitte, ich will erst zum Ende kommen. Ich möchte meinem Kollegen Oliver Jörg, der ein ausgesprochen ausgewiesener Hochschul- und Kulturpolitiker ist, nicht die Zeit nehmen. Deswegen schließe ich an dieser Stelle und bedanke mich herzlich bei allen, die in unserer Fraktion mitgewirkt haben, um diesen tollen Haushalt zu bekommen. Danke.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte hierbleiben! Hallo, Herr Freller, die Frau Zacharias hat eine Zwischenbemerkung.

Isabell Zacharias (SPD): Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen zu den Doppelhaushaltsverhandlungen zum Einzelplan 15, Herr Freller. Ich komme zu meiner ersten Nachfrage. Wir haben die CSU-Fraktion gestern und heute schon mehrfach gehört. Sie ziehen eine Langspielplatte mit dem Ländervergleich aus Ihrer Mottenkiste, was die anderen Länder alles schlechter machen und wie großartig Bayern ist. Ich frage Sie deswegen, Herr Freller: Stimmt es, dass Bayern in der Frage des Studierens an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei der Förderung pro Studierender im unteren Drittel liegt? Konkret: Stimmt es, dass die Studierenden in Bayern an HAWs fast am wenigsten Förderung pro Studierendem bekommen?

Ich komme zu meiner zweiten Frage. Sie haben mehrfach die Exzellenzuniversitäten Bayerns genannt. Ist Ihnen bewusst, dass die Gelder zu 100 % vom Bund kommen, nicht aus Ländermitteln?

Karl Freller (CSU): Sie sprechen Selbstverständlichkeiten an. Das hat niemand in Zweifel gezogen.

(Isabell Zacharias (SPD): Antworten!)

Übrigens: Es bedarf auch guter Verhandlungen bei der Kultusministerkonferenz und in Berlin. Hätte die CSU keinen solchen starken Einfluss in Berlin, wären viele Gelder überhaupt nicht nach Bayern geflossen. Das muss man mal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Lesen Sie zu Ihren anderen Punkten bitte die Haushaltszahlen. Wir können uns mehr als sehen lassen. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen. Bitte schaut euch den Haushalt an, wer immer Interesse hat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eine Antwort auf die Frage wäre nicht schlecht! –

Margit Wild (SPD): Antworten!)

Ich habe die 1.600 Seiten stets auf meinem Schreibtisch. Ich schlafe nicht darauf, lese sie aber fast täglich. Ich kann Ihnen jede Zahl nennen, die Sie mich abfragen. Allerdings bräuchte ich die 1.600 Seiten auf dem Tisch.

(Isabell Zacharias (SPD): Danke schön!)

– Bitte schön.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit mehreren tausend Jahren beschäftigen sich vor allem Haushaltspolitiker damit, was ein guter Haushalt ist. Pittakos, der um 700 vor Christus gelebt hat, sagt: Nichts Überflüssiges soll er wollen und nichts Notwendiges entbehren. – Genau darüber streiten wir jetzt seit zwei Tagen sehr intensiv. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Opposition hält

uns vor, wir würden über zwei Tage nur das Goldene erzählen. Ich drehe den Spieß um: Warum reden Sie über zwei Tage hinweg Bayern nur schlecht?

(Beifall bei der CSU)

Wir sind nicht blind draußen. Klar hätte ich als Hochschulpolitiker gern noch mehr Geld in der Anlage S. Ich würde gern noch mehr für die Unikliniken machen. Das ist doch selbstverständlich. Aber ich denke, dass hier insgesamt ein sehr guter, gelungener, ausgewogener Haushalt vorliegt. Was würde Pittakos für Hochschule und Kultur in den Mittelpunkt stellen? – Einerseits würde er Exzellenz an den Hochschulen in den Mittelpunkt stellen, andererseits in der Tat den einzelnen Studierenden, den einzelnen Lehrbeauftragten, die einzelne kleine HAW genauso nicht aus dem Blick verlieren. Selbstverständlich gibt es Baustellen für die Zukunft. Aber wir sind gleichwohl auch hier gut unterwegs. Ich sage noch einmal, vor allem zu den GRÜNEN: Das Themenfeld Lehrbeauftragte wird in jedem Bundesland genauso gehandhabt. Da brauchen Sie hier in Bayern nicht groß aufzusprechen.

Exzellenz, liebe Kollegin Zacharias, heißt, dass der Freistaat Bayern 40 Millionen Euro mitgibt, wenn wir in Würzburg ein Helmholtz-Zentrum bauen und wenn wir in Erlangen mit dem Max-Planck-Institut weiterkommen. Beim Leibniz-Institut in Bamberg gibt der Freistaat auch etwas mit. Wir wollen auch bei der Digitalisierung exzellent unterwegs sein und kehren deshalb 20 "Digiprofs" und zehn Nachwuchswissenschaftlergruppen aus. Wo gibt es so etwas sonst in Deutschland?

Andererseits wird – lieber Charly Freller, du hast es unterstrichen – der ländliche Raum gestärkt. Eines ist ganz spannend: Die Wertschöpfung eines akademisch Ausgebildeten liegt in einer Metropole bei ungefähr bei 150.000 Euro, während sie im ländlichen Raum bei 350.000 Euro liegt. Ich finde Drittmittel nichts Schlechtes. Im Übrigen ist es überhaupt nicht so, dass Drittmittel von irgendwoher oder nur von Unternehmen kämen. Die meisten Drittmittel kommen steuerfinanziert aus Töpfen, die ei-

gentlich wieder die Gemeinsamkeit der Steuerzahler hinterlegt. Deswegen sind sie nichts Schlechtes.

Ich finde, die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften können stolz sein. Sie haben in den letzten 20 Jahren ihre Drittmittelquote von 10 Millionen DM auf 100 Millionen Euro gehoben. Das war für uns Signal genug, die HAWen draußen vor Ort noch enger mit der Wirtschaft zusammenzubringen, weil in ihr, lieber Erwin Huber, die Musik steckt, um in der angewandten Forschung noch weiterzukommen.

Deswegen ein Dankeschön, vor allem meiner Fraktion und meinem Fraktionsvorsitzenden dafür, dass wir in der angewandten Forschung noch mehr machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es gibt 47 weitere Stellen, um an den bayerischen HAW mehr angewandte Forschung betreiben zu können.

(Beifall bei der CSU)

Danke schön, lieber Peter Winter, für deine Hilfe: 120 Stellen für die Region, das Themenfeld, das mein Kollege, lieber Charly Freller, vorhin angesprochen hat.

Wenn ich Pittakos zugrunde lege, heißt das für die Kulturpolitik, dass wir einerseits die großen Leuchttürme unterstützen und andererseits bei den nicht staatlichen Museen, Orchestern und Theatern in der Fläche genauso wirken. Dass Bayern in den letzten vier Jahren allein dafür eine viertel Milliarde Euro draufsattelt, soll jemand anderer einmal nachmachen. Der Haushalt im Kulturbereich steigt um 25 %. Das ist ausschließlich und einzig meiner Fraktion zu verdanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Deutsche Kulturrat – geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ihr könnt stolz sein – bescheinigt Bayern, dass wir für die Kultur in ganz Deutschland am meisten tun. Wir machen im Übrigen dreimal so viel wie die Nordrhein-Westfalen, obwohl sie sogar mehr Einwohner haben. Ein Dank an alle, die draußen den Job machen, an die Wissenschaftler, an die Kulturschaffenden, die draußen unterwegs sind, an die Dirigenten

und alle anderen, die den Job täglich machen! Wir können Partner sein und unterstützen.

Ich finde eines problematisch, nämlich dass Sie hier mehr, mehr und mehr fordern, aber in den anderen Bundesländern, wo Sie unterwegs sein könnten, die Hochschulmittel, die eigentlich aus dem BAföG kommen, nicht für die Hochschulen einsetzen. Bei Thüringen sind es nur 50 %.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Aber Sie bekommen zwei weitere Minuten.

Oliver Jörg (CSU): In Brandenburg sind es nur 27 % und in Schleswig-Holstein 0 %.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Professor Piazzolo hat noch eine Zwischenbemerkung.

Oliver Jörg (CSU): Da trägt ihr Verantwortung.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Professor Piazzolo, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Oliver Jörg, mir ist gerade jetzt, aber auch schon in den letzten zwei Tagen aufgefallen, dass sich die Redner der CSU für Ausgaben immer bei den Rednern der CSU-Fraktion bedanken.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt halt! – Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer – Weitere Zurufe von der CSU)

– Wo denn sonst, lieber Herr Pschierer? Das Geld kommt nicht aus der Tasche der Abgeordneten; es ist das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Haben Sie gestern meine Rede nicht gehört? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das haben nicht die Abgeordneten gezahlt, lieber Herr Pschierer.

Oliver Jörg (CSU): Wir haben uns mehrmals bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bedankt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe!

Prof. Dr. Michael Piazoło (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bei den Steuerzahlern bedanken.

(Karl Freller (CSU): Ich habe gestern in meiner Rede groß gedankt! Sie hören nicht zu!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das Wort hat Herr Professor Piazoło.

(Karl Freller (CSU): Sie behaupten etwas, was nicht stimmt! Ich habe gestern einen großen Dank an die Steuerzahler ausgesprochen!)

Prof. Dr. Michael Piazoło (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Beruhigen Sie sich ein bisschen, lieber Herr Freller. Weil es sonst zu kurz kommt, möchte ich mich an dieser Stelle bei den Bürgern und den Steuerzahlern bedanken. Sie sind es, die das Geld geben, und nicht die Kollegen der CSU-Fraktion, die sich jetzt gegenseitig Lob zuschustern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Oliver Jörg (CSU): Dazu sollte man eigentlich gar nichts sagen; denn das war unlauter. Wenn sich so viele Kolleginnen und Kollegen über alle Fraktionen hinweg beim Steuerzahler bedankt haben, ist das unlauter. Wissen Sie, wir stehen in der Verant-

wortung und müssen den gesamten Haushalt im Blick haben. Klar würden wir in Einzelbereichen gern noch mehr machen; das ist doch völlig logisch. Aber das ist eine Milchmädchenrechnung.

Eines ist auch nicht lauter, vor allem von den FREIEN WÄHLERN und von der SPD: Es ist schwierig, wenn nur Anträge gestellt werden, aber keine Gegenfinanzierung ausgewiesen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Da lobe ich mir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben für alle Anträge komplett eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen. Aber man muss wissen, womit die 82 Millionen Euro im Hochschulbereich gegenfinanziert werden sollen. Wissen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was deren Gegenfinanzierung bedeutet? – Streichung des Betreuungsgeldes und komplette Streichung des Landeserziehungsgeldes.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Als Gegenfinanzierung wird weiter eine Senkung bei den Ausgaben für den Verfassungsschutz vorgeschlagen. Ich sage Ihnen eines: Es ist nicht fair, die akademische Ausbildung gegen die Familien und die Sicherheit auszuspielen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Kollege Jörg, ich bezweifle zwar, dass Sie es nach meinem Wortbeitrag kapieren werden. Sie werden immer noch wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten. Die SPD macht in ihrem Haushalt mehrere Gegenfinanzierungsvorschläge. Es ist ihr Problem, wenn Sie als CSU und als Staatsregierung nicht bereit sind, endlich genügend Personal bei der Steuerverwaltung einzustellen,

(Widerspruch des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

und wenn Sie nicht bereit sind, die bestehenden Steuergesetze in Bayern auch gegenüber Vermögensmillionären und -milliardären anzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht unser Problem der Gegenfinanzierung. Wenn Sie als CSU nicht bereit sind, Ihrem Finanzminister endlich zu sagen, er soll auf Bundesebene den Weg für eine Vermögensteuer freimachen, welche die mehrfachen Vermögensmillionäre einbezieht, wenn Sie nicht bereit sind, Erbschaftsteuern zum Beispiel von Familien wie Engelhorn einzufordern, wo es um Milliardenbeträge geht, brauchen Sie uns nicht vorzuwerfen, dass wir keine Finanzierung für diesen Haushalt haben. Wir haben es Ihnen zigmal vorgerechnet. Wir haben zigmal Anträge gestellt, die an Ihrem Widerstand und wegen Ihrer Unterstützung von Vermögensmillionären und -milliardären immer wieder gescheitert sind. Schämen Sie sich für diese Position!

(Beifall bei der SPD)

Oliver Jörg (CSU): Es ist ja wunderbar, wenn hier dem Hohen Hause klar wird, wie sich die unterschiedlichen Politikansätze gestalten. Es ist nicht die Philosophie meiner Fraktion, den Leistungsträgern die Kohle aus der Tasche zu ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Steuererhöhung. Wir wollen mit dem Geld zurechtkommen, das uns zur Verfügung steht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Räumt den Laden in euren Ländern auf, zum Beispiel in der Kultur, wo nur noch überall gejammert wird. In Nordrhein-Westfalen müssen die teuersten Gemälde – Andy Warhol für 120 Millionen Euro – verscherbelt werden, die bei der WestLB übrig geblieben sind. Ein Ausverkauf der Kultur! Ein Ausverkauf der Kultur findet auch in Mecklen-

burg-Vorpommern statt, wo mehrere Staatstheater und Landestheater zusammengelegt werden, ein Ausverkauf auch in Thüringen. In Thüringen werden Orchester zusammengelegt, aber nicht wegen Synergieeffekten, sondern um zu sparen, zu sparen und zu sparen. In Bayern – da freue ich mich – blüht die Hochschullandschaft. In Bayern blüht die Kultur, in anderen Bundesländern verblüht sie.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun bitte ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle zum Rednerpult.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, hohes Haus! Recht hat er.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Bildung und Erziehung, Forschung und Entwicklung, Kultur und Kunst sind das, was Landespolitik im Innersten zu leisten hat. Es geht um die Zukunft unserer jungen Menschen. Es geht um die Frage, wie leistungsfähig unser Wissenschaftssystem ist und ob wir in der Lage sind, in Forschung und Entwicklung international konkurrenzfähig zu sein. Es geht um die Ausschöpfung von Bildungschancen. Es geht darum, was unser Land im Innersten zusammenhält: kulturelle Identität, künstlerisches Schaffen.

In vier Punkten entwickeln wir die Bildungspolitik in Bayern weiter.

Im nationalen Vergleich stehen wir nach der letzten IQB-Studie zu den Leistungen und Möglichkeiten der jungen Menschen in den 9. Klassen aller weiterführenden Schularten so schlecht nicht da. In dieser Untersuchung wurde vor uns kein anderes Land mit solchen Bildungschancen entsprechend qualifiziert. Das sind Fakten. Das ist die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit.

Erstens geht es darum, dass wir das differenzierte Bildungswesen weiterentwickeln. Diese Studie sagt nämlich auch, dass die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für

Bildung eine ganz wesentliche Ursache für die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit darstellt. Das tun wir, und wir tun dies auch für die Schulart, die mit 40 % eines Jahrgangs für die meisten jungen Menschen in diesem Land die Wahrnehmung ihrer Bildungschancen bedeutet. Wir tun dies nach einem klaren, geordneten Fahrplan, den wir öffentlich kommuniziert haben. Dafür bin ich meiner Fraktion sehr dankbar. Wir werden dies, lieber Kollege Gerhard Waschler und Kollegen, auch Punkt für Punkt so abarbeiten.

Das Zweite ist, dass wir darauf achten, dass es in diesem differenzierten Bildungswesen für jeden Abschluss einen Anschluss gibt. Dass heute an den Fachoberschulen in unserem Land inzwischen anteilig genauso viele junge Menschen mit Migrationshintergrund – Kinder mit Zuwanderungshintergrund – ihren Weg nehmen wie in einem Normaljahrgang an Bayerns Schulen, bedeutet die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit. Sie sollten sehen, dass 40 % eines Jahrgangs in Bayern ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht am Gymnasium, sondern an Beruflichen Oberschulen erwerben. Dass in Bayern jährlich etwa noch einmal so viele junge Menschen das Abitur oder eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, indem sie einen Meistertitel erlangen oder andere vergleichbare Ausbildungsgänge des dualen Ausbildungswegs abschließen, bedeutet Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit.

Der dritte Punkt ist die Tatsache, dass wir dafür Sorge tragen, dass die Übergänge begleitet werden, zum Beispiel indem in den unteren Klassen an bayerischen Gymnasien Grundschullehrkräfte dafür Sorge tragen, dass die aufnehmende Schule auch die Blickweise der abgebenden Schule kennenlernt und begleitet. Auch wird dafür Sorge getragen, dass jungen Menschen, die dies brauchen, die Möglichkeit eröffnet wird, dass sie von jedem Punkt ihres Bildungsweges aus Anschluss finden und dabei mit besonderen Angeboten unterstützt werden.

Viertens achten wir darauf, dass die jungen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit die Bildungszeit durch unser Schulsystem angeboten bekommen, die sie brauchen. Das zeigt das Modell der flexiblen Grundschule, wo die ersten zwei Jahrgangsstufen und

deren Inhalte in einem, zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Das Modell des mittleren Abschlusses an der Mittelschule mit einem 9-plus-2-Zeithorizont in 11 statt 10 Jahren ist ein anderes Beispiel. Die Einführungs- und Vorklassen an den Beruflichen Oberschulen oder den Gymnasien eröffnen jungen Menschen den Weg, die einen mittleren Abschluss gemacht haben, und räumen zusätzliche Lernzeit ein. Das ist Teil unserer Überlegungen auch zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums.

Eine der größten Herausforderungen, die uns die jüngere Geschichte aufgegeben hat, haben wir für jene jungen Menschen im Bildungssystem zu meistern, die mit dauerhafter Bleibeperspektive bei uns Schutz und Hilfe suchen. Dies tun wir mit einer ganz enormen Kraftanstrengung. Ich möchte an dieser Stelle den über 100.000 Lehrkräften und auch den Schulverwaltungen, die diese Arbeit leisten, ein ganz großes Dankeschön aussprechen. Das ist gelebte Integration.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dafür setzt sich der Freistaat Bayern ein, und dafür danke ich dem Hohen Hause, insbesondere aber meiner Fraktion. Ich darf auf die Bibel zurückkommen, Johannes 2, 1 – 6: "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen." Diese Landtagsfraktion hat zum ersten Mal, seit ich diesem Hohen Hause angehöre, beschlossen, dass im Januar dieses Jahres 1.079 zusätzliche Planstellen in einem Nachtragshaushalt, was zuvor noch nie der Fall war, zur Verfügung gestellt wurden. Einschließlich weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten wurden über 160 Millionen Euro bereitgestellt, um diese Kraftanstrengung an Bayerns Schulen stemmen zu können.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Kw-Stellen sind ein gängiges Haushaltsmittel,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

über deren Behandlung dann entschieden wird, wenn die kw-Stelle bezeichnet ist. Das ist in diesem Fall im Jahr 2019. Das gilt im Gegenwert von, glaube ich, 5.000 Planstellen, die insgesamt ausgebracht wurden, um diese Herausforderung der Integration meistern zu können – natürlich auch in diesem Bereich: für die Schulen in unserem Land.

Wissenschaft und Forschung, Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gestalten Bayern zu einem der attraktivsten Wissenschaftsstandorte in der Republik mit weltweiter Konkurrenzfähigkeit. Mit knapp 381.000 Studierenden – allein 66.000 Erstsemestern in diesem Wintersemester – haben wir ein neues Allzeithoch erreicht.

Wir haben – auch als Teil der Koalition auf Bundesebene – dafür gesorgt, dass die Pakte, darunter der Hochschulpakt, verlängert worden sind. Der Hochschulpakt ist mit den Anstrengungen, die der Freistaat Bayern aus eigenen Zusatzmitteln übernimmt – das ist jeweils die Hälfte –, so ausgelegt, dass wir bis 2023 gemeinsam mit dem Bund einen Zuwachs an Studienplatzkapazität leisten können.

Die angesprochenen 50.000 Studienplätze beziehen sich – auch da muss man genau hinschauen – auf Studierende in der Regelstudienzeit. Bei diesen 50.000 Studienplätzen sind die Studierenden an nichtstaatlichen Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen nicht dabei. Man muss also immer etwas genauer hinschauen. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung, die hier geleistet wird.

Wir brauchen Exzellenz in der Forschung. Dies erreichen wir durch große Investitionen in diesem Bereich. Was die Fortentwicklung der Exzellenzinitiative zur Exzellenzstrategie angeht, bin ich sehr dankbar, dass das Hohe Haus ermöglicht, dass wir uns in entsprechendem Rahmen engagieren. Das sind eben nicht nur Bundesmittel; da liegt man einfach falsch. Da sind drei Teile vom Bund und ein Teil vom Land. Auch hier leistet der Freistaat Bayern also seinen Anteil. Wir gehen davon aus, dass auch in der kommenden Runde, die in diesen Tagen mit der Vorlage der entsprechenden Anmel-

dungen zum 1. Dezember begonnen hat, der Freistaat Bayern wieder überdurchschnittlich gut wird abschneiden können.

Wir investieren in die Fläche; das ist angesprochen worden. Hier gilt wiederum: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. 140 Millionen Euro stehen dem Freistaat Bayern jährlich aus Mitteln zur Verfügung, die dadurch freigeworden sind, dass die BAföG-Mittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro insgesamt vom Bund übernommen werden. Da gilt es hinzusehen, wer was macht. Ich darf dem Kollegen Jörg sehr dankbar sein, dass er das genau herausgearbeitet hat. Bayern ist eines der wenigen Länder, die diese 140 Millionen Euro auf Euro und Cent und weitere 20 Millionen Euro für den Bereich der schulischen Bildung in Wissenschaft und Forschung investieren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Schere zwischen drittmittelgestützten Beschäftigungsmöglichkeiten, Forschungsmöglichkeiten, Lehrsituationen und jenen, die auf der Grundausrüstung basieren, aufgegangen ist. Warum ist das so? – Weil Bayerns Hochschulen besonders erfolgreich sind, weil sie in exzellenzorientierten, leistungsorientierten Wettbewerben diese Projektmittel gewonnen haben.

Auch hier gilt es, genau hinzuschauen. Es herrscht ein Verhältnis vom 3 : 1 – auch der Kollege Jörg hat das angesprochen –, was staatliche Drittmittel, etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Einrichtungen, in Relation zu nichtstaatlichen Drittmitteln aus der Wirtschaft und von anderen Drittmittelgebern nichtstaatlicher Natur anbelangt, die an Bayerns Hochschulen fließen.

Die Rückstellungen, die Sie angesprochen haben, haben schlicht und einfach damit zu tun, dass die Mittel des Ausbauprogramms dann abgearbeitet werden, wenn bestimmte Projekte an den Hochschulen umgesetzt werden. Deswegen gibt es diese sogenannten Haushaltsreste, die die Hochschulen in diesem Bereich auf der hohen Kante haben. Bei diesen Summen sind nicht die Drittmittel gemeint, die ich gerade an-

gesprächen habe und die natürlich im Rahmen des Innovationsbündnisses sichergestellt sind, damit sie auch ins kommende Haushaltsjahr übertragen werden können.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit inzwischen 17 staatlichen und 2 kirchlichen Hochschulen haben das Netz der Hochschulen insgesamt, zusammen mit den neun Landesuniversitäten, in den vergangenen 20 Jahren auf 30 Standorte wachsen lassen.

Auch hier muss man genau hinschauen, und es ist immer gut, wenn man dann auch Zahlen bereit hat. Die Betreuungssituation und der Aufwand pro Kopf eines Studierenden an einer HAW beträgt gemäß den Zahlen von 2014 in Bayern 4.680 Euro und knapp 4.000 Euro im Bundesdurchschnitt. Auch diese Zahlen, die genannt wurden, sind falsch.

Wir müssen uns trotzdem weiter anstrengen. Dies tun wir. Wir haben nämlich aus diesen 140 Millionen Euro, die jährlich zur Verfügung stehen, die Grundausrüstung jeder Hochschule und jeder bayerischen Landesuniversität insgesamt angehoben. Wir haben den Zuführungsbeitrag für Forschung und Lehre an den bayerischen Unikliniken angehoben. Dies muss weitergehen; das sage ich ausdrücklich.

Wir haben die Möglichkeit eröffnet bekommen, und dies ist bundesweit einmalig – da nehmen wir den Widerspruch des Wissenschaftsrats auch hin –, weitere 30 Standorte mit wissenschaftsgestützten Angeboten in der Fläche zu schaffen. Wir sind dabei, sie zu schaffen, weil diese zusätzlichen Standorte, wie etwa die erste Generation der Technologietransferzentren ausweist, für Menschen in der Region sowohl ein akademisches Studium wie auch akademische Berufsperspektiven auf der einen Seite aufzeigt und auf der anderen Seite angewandte Forschung für regionale wirtschaftliche Landschaften mit besonderen Profilen ermöglicht.

Diese Instrumente haben wir neu geschaffen oder verstetigt. Wir haben die Mittel für die Technischen Hochschulen in Höhe von einer Million pro Jahr verstetigt. Wir können für die Technologietransferzentren der ersten Generation, die sich jetzt in Evaluierung

befinden – der Kollege Freller hat es angesprochen – in Zukunft eine Grundfinanzierung im Schnitt von 300.000 Euro zur Verfügung stellen, in Einzelfällen auch mehr.

Wir haben 30 Standorte mit einem speziellen Studienangebot oder einem entsprechenden Angebot der angewandten Forschung neu geschaffen, an denen wir die Möglichkeit der Wahrnehmung akademischer oder forschungsgestützter Angebote eröffnen. Das ist praktische angewandte Wissenschaftspolitik, für die wir im größten Flächenstaat die Verantwortung tragen. Das ist unsere Aufgabe. Wir haben in diesem System mit 1,7 Millionen Schülern, über 100.000 Lehrkräften, 380.000 Studierenden, über 6.600 Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern in einer Zahl im fünfstelligen Bereich täglich Anforderungen zu meistern und Probleme zu beseitigen. Wir müssen uns täglich anstrengen, um unserem Auftrag, Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten, gerecht zu werden. Das ist doch selbstverständlich, das hat doch nichts mit Schönreden zu tun. Wir stellen uns dieser Aufgabe, weil wir uns verpflichtet fühlen, für die Menschen in diesem Land Rahmenbedingungen für die Verwirklichung von Bildungschancen zu schaffen. Das sehen wir als Auftrag, und das ist unser Grundverständnis von Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Kunst und Kultur prägen unser Land im Kern. Wir haben in der Kunst- und Kulturpolitik genauso wie in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik den Auftrag, für die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen zu sorgen. Wir tragen für eine wohnortnahe Beschulung Sorge. Wir tragen mit der bundesweit einmaligen Strategie, die ich gerade beschrieben habe, dafür Sorge, dass das akademische Angebot zu den Menschen kommt und nicht umgekehrt. Ebenso tragen wir in der Kunst- und Kulturpolitik dafür Sorge, dass die Entwicklung in den Landesteilen gleichmäßig verläuft. Natürlich gibt es große Leitprojekte wie etwa die Konzertsäle in München oder Nürnberg. Wir haben aber auch große Museumsprojekte wie etwa das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg mit einem Investitionsvolumen von knapp 70 Millionen Euro oder das neue Museum für Franken in Würzburg, für das wir zusammen mit der Sanierung

der Festung Marienberg ein Investitionsvolumen von knapp 100 Millionen bereitstellen. Für dieses Projekt legen wir am Montag den Grundstein.

Mit solchen großen Leitprojekten tragen wir dafür Sorge, dass die Kultur in Bayern an vielen Standorten verwirklicht wird. Ich bin der Fraktion und den Kollegen im Fachausschuss sehr dankbar dafür, dass sie das Kulturprogramm in den letzten drei Jahren enorm weiterentwickelt haben, sodass wir die Mittel, die die Fraktionen angestoßen haben, im kommenden Doppelhaushalt verstetigen können. Wir haben für eine lange Liste von Projekten, die wir verwirklichen wollen, über 130 Millionen ausgewiesen. Wir wollen auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Entwicklung auf kulturellem Gebiet in den ländlichen Räumen und in den verdichteten Ballungsräumen im gleichen Maß verläuft, sodass wir das, was unser Land in besonderer Weise im Inneren zusammenhält, auf diesem Niveau fortsetzen können.

Ich darf mich herzlich bei den beiden Fachausschüssen und den Arbeitskreisleitern Prof. Gerhard Waschler und Oliver Jörg bedanken. Ich darf mich bei den Berichterstatern Karl Freller und Hans Herold bedanken, die mit großer Akribie im Haushaltsausschuss berichtet haben. Ich selbst konnte bei den Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss zugegen sein. Ich darf mich bei den Mitgliedern beider Ausschüsse und den Fachberichterstatern aller Fraktionen, die sich diesem Thema mit großer Intensität widmen, herzlich bedanken. Diese Arbeit bringt das zum Ausdruck, was für uns die oberste Leitschnur unseres Handelns ist: Wir wollen den Menschen in diesem Land dienen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, weil sich die Abstimmungen einige Zeit hinziehen werden. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13589 und 17/13590, 17/13457 mit 17/13472, 17/13359 mit 17/13380 sowie 17/13517 mit 17/13532 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14633 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/13517 betreffend "Schulische Angebote zur Demokratieförderung" in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Kollege Gehring möchte unter Berufung auf § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Er hat dazu fünf Minuten Zeit.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Thomas Gehring.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Berichterstatterin der CSU beim Einzelplan 05 die Kollegin Sem war, und nicht der Kollege Herold.

Ich möchte jetzt aber mein Abstimmungsverhalten begründen. Dieser Antrag ist vor fünf Monaten geschrieben worden. Inzwischen ist aber einiges passiert, was mein Abstimmungsverhalten beeinflusst hat, und das möchte ich hier begründen. Das eine war die Wahl in den USA.

(Zurufe von der CSU: Was hat das damit zu tun?)

Wir reden hier über einen Antrag zum Thema schulische Bildung. Donald Trump ist in Amerika zum Präsidenten gewählt worden. Zu meiner politischen Bildung gehören die amerikanischen Demokratietheoretiker, die uns gelehrt haben, dass Demokratie nicht die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit ist, sondern dass es zur Demokratie immer gehört, die Minderheiten zu beachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Grundprinzip einer liberalen Demokratie verletzt Donald Trump, indem er Minderheiten beleidigt und ausgrenzt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Ein Grund für mein Abstimmungsverhalten ist auch das, was wir in unserem Nachbarland Österreich erlebt haben, die Hetze seitens eines FPÖ-Kandidaten, die Art und Weise, wie über Politik diskutiert wird. Deshalb müssen wir über die politische Bildung in unserem Land noch einmal ganz neu nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Abstimmungsverhalten wird auch damit begründet, was wir in unserem Land in den letzten Monaten gerade in den sozialen Netzwerken an Hetze, Hass, Häme und Unbildung erlebt haben.

(Zurufe von der CSU: Das waren doch wir nicht! – Ulrike Gote (GRÜNE): Zuhören! – Volkmar Halbleib (SPD): Er hat doch recht!)

Das sind Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die durch unser Schulsystem gegangen sind. Das begründet mein Verhalten, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich möchte aber noch einen Grund anführen, warum ich diesem Antrag zustimme, obwohl ich mittlerweile der Überzeugung bin, dass die Summe darin zu niedrig ist. Wir

brauchen mehr Geld für politische Bildung. Wenn ich heute den Antrag schreiben würde, würde ich die Summe, die wir mit diesem Antrag gefordert haben, mindestens verdoppeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mein Abstimmungsverhalten damit begründen, was wir letzte Woche in diesem Haus in der Nacht von Donnerstag auf Freitag erlebt haben. Es war eine Sternstunde dieses Parlamentes.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es waren 16 Lehrstunden in parlamentarischer Demokratie. Es war eine Debatte, an der Rednerinnen und Redner aller Fraktionen, auch Ihrer Fraktion, beteiligt waren.

(Erwin Huber (CSU): Mein Gott! – Peter Winter (CSU): Wir waren da! – Thomas Kreuzer (CSU): Von Ihnen waren nur mehr zwei Drittel da, Herr Gehring! Wo waren Ihre Kollegen bei der Abstimmung? – Volkmar Halbleib (SPD): Hätten Sie sich doch an der Debatte beteiligt, Herr Kreuzer!)

Die Menschen draußen haben es sehr wohl wahrgenommen.

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Gehring hat noch das Wort, meine Damen und Herren!

Thomas Gehring (GRÜNE): Die Menschen draußen haben sehr wohl wahrgenommen, dass wir parlamentarische Arbeit ernst nehmen, dass es um etwas geht, wenn wir miteinander diskutieren, dass wir um die besten Lösungen ringen und dass das Parlamentarismus ausmacht. Deshalb war diese Nacht eine gute Nacht im Sinne politischer Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Die Entscheidung war gut.)

Deswegen möchte ich mein Abstimmungsverhalten mit einem Appell an Sie alle begründen: Tun Sie mehr für politische Bildung in unserem Land! Tun Sie mehr für Demokratieerziehung; denn sie ist heute wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Herr Gehring, Sie haben zwar immer gesagt, Sie seien dieser Meinung, aber ich nehme an, es war eine Erklärung der Fraktion. Oder persönlich? Dann wäre es eine andere "Hausnummer" der Geschäftsordnung gewesen. – Macht nichts!

Meine Damen und Herren, wir fahren fort. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14633 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen, bitte! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdrucks des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/14633, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13589 und 17/13590 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13606 mit 17/13620, 17/13473 mit 17/13495, 17/13538 mit 17/13563 sowie 17/13592 mit 17/13594 und 17/13596 mit 17/13598 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14632 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13487 betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke" in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.33 bis 16.36 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung kurz.

(Unterbrechung von 16.37 bis 16.39 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir weitermachen können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zu dem Antrag der Abgeordneten Güller, Zacharias, Dr. Kränzlein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke", Drucksache 17/13487, bekannt: Mit Ja haben 62 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86. Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 17/14632, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdrucks des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/14632, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13606 mit 17/13620 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: „Schule & wir“ in Papierform einstellen und nur noch als digitales Angebot bereitstellen
(Kap. 05 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/13359
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/13360
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fortbildungsmaßnahmen im Behindertensport
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/13361
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/13362
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für den Ausbau von Ganztagsklassen
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 17/13363
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 TG 90)
Drs. 17/13364
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13365
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/13366
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13367
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung der Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen durch mehr Leitungszeit
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13368

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Umsetzung der dritten Sportstunde in der 1. Jahrgangsstufe der Grundschule (Kap. 05 12 Tit. 422 01) Drs. 17/13369 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Plätze für Förderlehreranwärter (Kap. 05 12 Tit. 422 26) Drs. 17/13370 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Berufsorientierung an Mittelschulen (Kap. 05 12 Tit. 427 60) Drs. 17/13371 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stärkung der Schulpsychologie (Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01) Drs. 17/13372 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Schulische Inklusion (Kap. 05 12 – 05 13 Tit. 422 01) Drs. 17/13373 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stellen zur Beschulung von Flüchtlingen (Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01) Drs. 17/13374	17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Stellen für den Auf- und Ausbau der gebundenen Ganztagschule (Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01) Drs. 17/13375 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen (Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 01) Drs. 17/13376 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Übergangsmanagement (Kap. 05 12 neuer Tit.) Drs. 17/13377 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Sicherstellung des Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen (Kap. 05 15 – 05 17 Tit. 422 01) Drs. 17/13378 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausbau der erweiterten Schulleitung (Kap. 05 15 – 05 19 Tit. 422 01) Drs. 17/13379 22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stärkung und Optimierung der Realschule (Kap. 05 18 Tit. 422 01) Drs. 17/13380

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Personalkostenzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 TG 82 – 84)
Drs. 17/13457
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung der Schulen schaffen – Aus- und Fortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 77)
Drs. 17/13458
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. und SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einstieg in die Digitalisierung von Schulen schaffen – Sonderinvestitionsprogramm einrichten
(Kap. 05 04 TG 77 neuer Tit.)
Drs. 17/13459
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13460
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Martin Güll u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Europäische Akademie in Bayern e.V. in München
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13461
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/13462
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/13463
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einrichtung von Clearingstellen zur passgenauen Zuteilung der jungen Flüchtlinge in die geeigneten Bildungseinrichtungen
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 428 14)
Drs. 17/13464
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitale Bildung an Bayerns Schulen stärken
(Kap. 05 12 – 05 19 neuer Tit.)
Drs. 17/13465
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sondermittel für traumatisierte Kinder und Jugendliche sofort bereitstellen
(Kap. 05 12 – 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13466
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben.
Mehr Verwaltungskräfte für Bayerns Schulen
(Kap. 05 12 – 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/13467
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Förderschulen
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/13468
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Berufsschulen
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13469

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen
(Kap. 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13470
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Realschulen
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13471
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserungen an den Gymnasien
(Kap. 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/13472
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/13517
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräfte für eine sichere Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen: 110-prozentige Lehrkräfteversorgung
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13518
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der schulischen Inklusion
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13519
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsentwicklung der Ganztagschulen forcieren
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 17/13520
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Lehrkräftefortbildung ausbauen für digitale Medien, Inklusion und individuelle Förderung
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/13521
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Öffnungsklausel für Gemeinschaftsschulen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13522
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/13523
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13524
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die Europäische Akademie in Bayern e.V.
(Kap. 05 05 Tit. 684 07)
Drs. 17/13525

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Politische Bildung stärken (Kap. 05 05 TG 81 Tit. 684 06) Drs. 17/13526 49. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Erwachsenenbildung stärken (Kap. 05 05 TG 81) Drs. 17/13527 50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Schulverwaltung verschlanken (Kap. 05 08 und 05 11 Tit. 422 01, 428 01 und 527 01) Drs. 17/13528 51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Erhalt kleiner Grundschulstandorte (Kap. 05 12 Tit. 422 01) Drs. 17/13529	52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen (Kap. 05 12 Tit. 422 01) Drs. 17/13530 53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Integration: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge beibehalten (Kap. 05 12 Tit. 422 01) Drs. 17/13531 54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stellen zur Konzeptentwicklung G8/G9 (Kap. 05 19 Tit. 422 01) Drs. 17/13532

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke (Kap. 15 06 Tit. 686 05) (Drs. 17/13487)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	62	86	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 17/13473
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Hochschule für Philosophie München
(Kap. 15 03 Tit. 686 24)
Drs. 17/13474
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 TG 90)
Drs. 17/13475
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 Tit. 633 73)
Drs. 17/13476
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/13477
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/13478
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Arbeitsgemeinschaft Mundarttheater Franken
(Kap. 15 05 Tit. 686 07)
Drs. 17/13479
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/13480
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Karl-Amadeus-Hartmann-Gesellschaft e.V.
(Kap. 15 05 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 17/13481
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/13482
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Staatliche Finanzierung eines Amateurtheaterpreises
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13483

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Bayern e.V. (Kap. 15 05 neue TG) Drs. 17/13484 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (Kap. 15 05 neue TG) Drs. 17/13485 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Kulturfonds – Förderung von Maßnahmen der Kunst- und Kulturpflege aus dem Bereich Wissenschaft und Kunst (Kap. 15 05 TG 70) Drs. 17/13486 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke (Kap. 15 06 Tit. 686 05) Drs. 17/13487 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stärkung der wissenschaftlichen Bibliotheken (Kap. 15 06 neue TG) Drs. 17/13488 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten (Kap. 15 28 TG 73) Drs. 17/13489	18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Aufbau eines Studienganges „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Augsburg (Kap. 15 35 Tit. 422 02 und Tit. 428 01) Drs. 17/13490 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap. 15 49 TG 73) Drs. 17/13491 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Stärkung der Provenienzforschung (Kap. 15 70 Tit. 428 01) Drs. 17/13492 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern (Kap. 15 74 TG 74) Drs. 17/13493 22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler (Kap. 15 74 TG 75) Drs. 17/13494 23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Provenienz in den nichtstaatlichen Museen (Kap. 15 75 Tit. 428 77) Drs. 17/13495

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/13538
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 Tit. 684 95)
Drs. 17/13539
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Richard-Wagner-Stiftung
(Kap. 15 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/13540
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/13541
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Verbände und Organisationen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 Tit. 686 07)
Drs. 17/13542
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für das Richard-Strauss-Festival
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/13543
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Laien- und Volksmusik für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 80)
Drs. 17/13544
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Trachten- und Heimatpflege für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 81)
Drs. 17/13545
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 TG 77)
Drs. 17/13546
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/13547
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Hofkapelle München
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13548
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Institutionelle Förderung für Karl-Amadeus-Hartmann-Gesellschaft e.V.
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13549

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für das Fluggpioniermuseum Leutershausen
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13550
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13551
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/13552
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stundenzuschüsse gerecht verteilen
(Kap. 15 06 TG 96)
Drs. 17/13553
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Hochschulausbildung der Hebammen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/13554
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Professorenstellen: Stärkung der akademischen Lehre an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13555
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Lehrbeauftragten: Ausgaben für Zwecke der Lehre im Fachbereich Musik an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13556
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/13557
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13558
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Technikum und Medienkompetenzzentrum Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/13559
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für die Aufbauphase einer Fakultät für Sozialwesen an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Augsburg
(Kap. 15 35 neuer Tit.)
Drs. 17/13560
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Grundfinanzierung für bayerische Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 Tit. 547 78)
Drs. 17/13561

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13562
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/13563
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Soziale Verantwortung für Studierende wahrnehmen – Studierendenwerke stärken
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/13592
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bauunterhalt für Hochschulgebäude anheben – Sanierungsbedarf vorbeugen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/13593
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 17/13594
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
(Kap. 15 09 Tit. 546 81)
Drs. 17/13596
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 17/13597
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum
(Kap. 15 49 neue TG)
Drs. 17/13598

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Florian Streibl

Abg. Ulrike Gote

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Eva Gottstein

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13942 und 17/13943)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13738 mit 17/13766)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13767 mit 17/13775)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13894 mit 17/13903)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/13738 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und darf für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Guttenberger bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Wenn man das Recht hinauswirft, kommt der Schrecken zur Tür herein", sagt ein sudanesisches Sprichwort. Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit, funktionierende unabhängige Rechtsprechung sind die Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, sei es Wirtschaft,

sei es Soziales. Rechtsstaatlichkeit stiftet Frieden, der dann die Basis ist. Das Vertrauen in den Rechtsstaat auch unter veränderten Voraussetzungen zu erhalten und weiter zu entwickeln, ist deshalb aus unserer Sicht unerlässlich. Wichtig ist uns dabei immer, auch für die Rechtsprechungsorgane und den gesamten Justizbereich ein verlässlicher Partner zu sein. Wichtig ist es deshalb, dass von den über 300 neu geschaffenen Stellen nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern alle Bereiche der Justiz profitieren, sei es im Bereich der Bewährungshilfe, sei es bei den Gerichtsvollziehern und den Justizfachwirten, sei es im Bereich der Wachtmeister, der technischen Beamten, der Arbeitnehmer, der Rechtspflegeranwärter oder Justizsekretärsanwärter.

Neue Richter und Staatsanwälte sind ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitspakets und verstärken die Terror- und Kriminalitätsbekämpfung; denn nur die Polizei zu verstärken, wäre kein sinnvoller Weg gewesen, da durch verstärkte Terror- und Kriminalitätsbekämpfung letztendlich natürlich auch weitere Verfahren entstehen, die dann abzuarbeiten sind. Uns ist es deshalb besonders wichtig und wird von uns auch sehr begrüßt, dass zweckgebunden 24 Stellen zur Bekämpfung von Cyber-Kriminalität und Extremismus im Haushalt neu auf den Weg gebracht wurden.

Neue Herausforderungen erfordern auch neue Ansätze. Damit ist die Justiz aus unserer Sicht auch für die Zukunft gut aufgestellt. Neue Herausforderungen erfordern aber auch, dass zum Beispiel die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für die Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen erweitert wird und dass weitere Stellen für den elektronischen Rechtsverkehr und natürlich für die IT-Sicherheit, die ja dann auch verstärkt werden muss, in diesem Haushalt ihren festen Platz haben. Dabei ist es von Bedeutung, die Fortsetzung der Förderung auch präventiver Projekte auf den Weg zu bringen. Unsere zwei großen Präventionsprojekte in Bayern im Bereich der Justiz, nämlich "Kein Täter werden" und die Fachambulanzen für Sexual- und Gewalttäter, haben sich als Erfolgsmodelle erwiesen. Deshalb freuen wir uns, dass das Projekt in Regensburg "Kein Täter werden" mit 100.000 Euro auf 520.000 Euro und die Fachambulanzen für

Sexual- und Gewalttäter um 800.000 Euro verstärkt werden können, sodass für diesen Bereich jetzt 4,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Geänderte Gesetzeslagen erfordern auch geänderte Ansätze. Deshalb ist in Umsetzung des 3. Opferrechtsreformgesetzes ein Betrag in Höhe von einer Million Euro eingestellt worden, um die psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer während des gesamten Verfahrens zu ermöglichen und zu sichern.

Ein Plus war auch erforderlich für Vergütungen für Vormünder und Betreuer, wenn die Mündel mittellos sind, und natürlich auch bei den Vergütungen und Entschädigungen zum Beispiel für Gutachter.

Geänderte Herausforderungen erfordern auch geänderte Maßnahmen. Deshalb ist es auch wichtig, im Rahmen des Sicherheitspakets die Effizienz zu steigern und in Digitalisierung und in IT-Projekte zu investieren. Nennenswerte Beträge für die Digitalisierung wurden nicht nur für die Software-Entwicklung und die Sicherheit, sondern auch für die Anschaffung moderner Hardware auf den Weg gebracht.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal betonen, dass gerade die Einführung einer elektronischen Akte für den Justizvollzug weitere Verbesserungen bringen wird, weil damit der Justizvollzug besser abgestimmt werden kann. Gerade der Justizvollzug liegt häufig etwas im Schatten, nicht aber bei uns. Wir verbessern mit diesem Haushalt die technische Sicherheit. Wir müssen dem Bürger und der Bürgerin garantieren, dass derjenige oder diejenige, der oder die sich im Justizvollzug befindet, während des Vollzugs sicher untergebracht ist und von ihm oder ihr keine weiteren Gefahren ausgehen.

Im Vollzug müssen wir aber auch erkennen, dass immer dann, wenn Menschen eng zusammen sind, wenn es ein großes Zeitfenster gibt, das man gemeinsam gestaltet, auch die Anfälligkeit für Radikalisierung, gerade im salafistischen Bereich, nicht unerheblich steigt. Wir wollen deshalb mit einem Projekt im Justizvollzug ganz speziell gegen Radikalisierung, ganz egal, in welcher Form, vorgehen.

Ein effizienter Justizvollzug ist aus unserer Sicht eine unerlässliche Voraussetzung, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu erhalten. Konsequenterweise heißt dies aber auch, dass wir nur dann einen effizienten Justizvollzug gewährleisten können, wenn auch die dazu nötigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Dies ist gerade im Großraum München eine große Herausforderung. Deshalb wird von uns das Projekt auf dem McGraw-Gelände nachhaltig unterstützt, mit dem Anwärterwohnungen und Wohnungen für junge Beamtinnen und Beamte aus den Bereichen der Polizei, der Finanzen und der Justiz, insbesondere des Justizvollzugs, geschaffen werden. Nur einem attraktiven Arbeitgeber mit Wohnmöglichkeiten für die Mitarbeiter wird es mittelfristig und langfristig gelingen, nachhaltig gute und motivierte Justizvollzugsbedienstete zu gewinnen. Deshalb ist das ein Projekt, das wir uns mit hoher Priorität auf die Fahne schreiben wollen. Ich hoffe, dass dies bald verwirklicht und umgesetzt wird, damit dieses Belegungsrecht die Leistungsfähigkeit des Justizvollzugs entsprechend gewährleistet.

Wir halten diesen Haushalt der Justiz für einen großen Aufschlag im Zusammenhang mit dem Sicherheitspaket und für ein zukunftsweisendes Projekt. Wir haben im letzten Doppelhaushalt ganz klar den Schwerpunkt bei der Sicherheitsarchitektur gesetzt. Bei den Gerichten sollte der Eingangsbereich gesichert werden. Das ist inzwischen geschehen. Auch haben wir im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit einen Aufschlag gemacht. Wir machen einen weiteren Aufschlag in den von mir genannten Bereichen, nämlich der Prävention und der Bekämpfung des Salafismus in den Justizvollzugsanlagen. Wir würden uns über eine breite Zustimmung freuen. Wir werden diesem Haushalt jedenfalls gerne zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bausback, Sie hatten ja ein trauriges Schicksal, bevor Sie in diesen Landtag kamen. Sie mussten als Professor in Wuppertal leben. Aus CSU-Sicht liegt Wuppertal sozusagen in Dunkeldeutschland.

(Widerspruch bei der CSU)

– So klingt es doch immer, wenn Sie NRW erwähnen. – Sie haben dann jetzt wieder allen Grund, das Hohelied auf Bayern zu singen, wie wir es heute schon gehört haben. Da ich Ministrant war, und zwar leidenschaftlicher Ministrant, und während dieser Zeit einige Erfahrungen mit dem Weihräuchern gemacht habe, weiß ich, dass das Schlimmste die Selbstbeweihräucherung ist. Das trübt nämlich den Blick auf die vorhandenen Probleme, und davon gibt es genügend. Ihr Justizhaushalt ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Etwas mehr Empathie!)

Er ist ein Haushalt mit wenig Licht und mit sehr viel Schatten. Ich will vorweg – damit stelle ich das Angenehme an den Anfang – einen Dank an all diejenigen aussprechen, die bei den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften im Vollzug und im Ministerium arbeiten und gute Dienste leisten. Sie tragen zu einem hohen Stellenwert der bayerischen Justiz in der Öffentlichkeit bei. Darüber sind wir uns sicher einig. Die Anträge, die wir stellen, stellen wir nicht, weil wir die Opposition sind und gewaltsam Opposition betreiben wollen.

(Zuruf von der CSU: Doch, doch!)

Die Anträge resultieren aus der Rücksprache mit den Interessenverbänden, mit den Gewerkschaften und denjenigen, die vor Ort den Blick auf die Probleme richten und uns die diese Probleme genauso unterbreiten wie Ihnen. Wir gehen darauf ein. Ich will mit der Personalfrage beginnen und diese ganz kurz streifen. Sie wurde bereits im Fachausschuss, dem Haushaltsausschuss, sehr detailliert angegangen. Es sprechen

aber ganz wichtige Gründe dafür, die Personalsituation zu beleuchten. Sie ist nicht so gut, wie sie von Ihnen jetzt dann dargestellt werden wird.

Wir wissen, dass der Richterverein die Qualität der Arbeit gefährdet sieht, da Personalmangel Einbußen bei der Qualität bedeutet. Das wiederum bedeutet Schaden für den Rechtsstaat. Diese Personalmängel werden gesehen. Außerdem können Haftentlassungen wegen zu langer Verfahrensdauer nicht abgeschafft werden. In der Öffentlichkeit wird diese Tatsache dann ganz schnell auch als Politik- und Systemversagen gebrandmarkt. Hier müssen wir einen Riegel verschieben, indem wir die Gerichte und die Staatsanwaltschaften so ausstatten, dass dies nicht vorkommt.

Noch gravierender ist, dass wir inzwischen erhebliche Verzögerungen beim Rechtsschutz haben. Die Zeiten werden immer länger, bis Entscheidungen fallen. Das wird an den Landgerichten und Oberlandesgerichten besonders deutlich. Das ist den Bürgern nicht zuzumuten. Das ist für den Rechtsstaat nicht gut. Diese Verzögerung beim Rechtsschutz bringt Unzufriedenheit und schürt Staatsverdrossenheit. Die Justiz in Bayern ist ein Standortfaktor. Wenn die Justiz gut ist, dann ist das gut für den Standort. Für Unternehmer und Bürger ist das ein Qualitätsmerkmal für eine funktionierende Demokratie. Der Richterverein weist weiter darauf hin, dass wir eine Spezialisierung und eine Stärkung des Kammerprinzips bräuchten. Dort muss ein Gegengewicht geschaffen werden. Es gibt Leute mit großen finanziellen Mitteln, die, wenn sie vor Gericht stehen, sich teure Verteidiger und Berater leisten können und damit andere Möglichkeiten haben als andere. Hier muss adäquat dagegen gehalten werden. Es gibt die Beispiele wie Ecclestone, Engelhorn usw. Solche Schwächen sind aufgrund der nicht hinreichenden Spezialisierung und der unzulänglichen Unterstützung der Kammern entstanden. Diese Schwächen sehen wir.

Große Sorgen muss Ihnen und uns der Servicebereich machen. Ohne funktionierende Zuarbeit arbeitet auch die Rechtsprechung nicht perfekt. Besonders schlimm sieht es im Moment bei den Gerichtsvollziehern aus. Wenn Leute titulierte Forderungen haben, dann haben sie einen Anspruch darauf, dass ihre Forderungen schnell durchgesetzt

werden. Das findet aber nicht statt. In diesem Bereich gibt es zu wenig Nachwuchs. Die Gerichtsvollzieher haben in einer nachvollziehbaren Weise bei uns darüber geklagt, dass sie im Schatten des Justizministers stünden und nicht die entsprechende Unterstützung hätten. Außerdem gibt es wichtige neue Herausforderungen, die die Justiz auch meistern muss. Hier seien nur die Bekämpfung der Cyberkriminalität und die Tausende von Vormundschaftsverfahren für unbegleitete Jugendliche genannt. Aber es gibt noch viel mehr.

Deshalb haben wir Stellenmehrungen gefordert, die über das hinausgehen, was Sie vorher erwähnt haben. In Ihrer Vorlage gibt es zwar auch einen gewissen Aufwuchs an Stellen, aber dieser ist eben nicht genug. Wir haben bei den Richtern und Staatsanwälten 150 Stellen gefordert. Wir haben bei den Justizoberwachtsmeistern, Bewährungshelfern, Gerichtsvollziehern, Rechtspflegern und -anwärtern und bei den Justizsekretären und -anwärtern mehr Stellen gefordert. Für diese Stellenforderungen ist übrigens nach der Genderkorrektheit auch die weibliche Form bindend. Wir haben dafür die entsprechenden Anträge gestellt. Außerdem haben wir den Wegfall diverser kw-Vermerke gefordert.

Auch beim Strafvollzug haben wir genau hingeschaut. Sozialinspektoren, die im Strafvollzug Sozialdienste organisieren, fehlen. Regierungsinspektoren, Obersekretäre und vor allem Oberwerkmeister fehlen. Das hat viel mit Resozialisierung zu tun. Es fehlen die Leute, die als Handwerker und Meister in der freien Wirtschaft sehr viel mehr verdienen, wenn sie mit Privatkunden arbeiten, als wenn sie in der Justizvollzugsanstalt arbeiten. All diejenigen, die dort fehlen, reißen eine Lücke für die armen Gefangen hinsichtlich der Hinführung zu Arbeit und zu einem Leben in Freiheit. Diese Gefangenen erfahren in den verschiedenen JVAS nicht mehr genügend Anleitung.

In diesem Bereich ist mir auch wichtig zu betonen, dass vor allem bei den Krankenpflegern und Krankenschwestern nichts gemacht wurde. Das ist ein Skandal. In den Justizanstalten haben wir teilweise zu wenig Personal. Außerdem sind die Krankenpfleger und Krankenschwestern unterschiedlich auf die einzelnen Justizanstalten ver-

teilt. Es gibt große Anstalten, die oftmals deutlich weniger Personal als kleine Anstalten haben. Es gibt dort keinen funktionierenden Nachtdienst. Oftmals gibt es überhaupt keinen Nachtdienst. Auch gibt es keinen Wochenenddienst. Das belastet wiederum die Justizwachtmeister. Diese müssen die Gefangenen zu Krankenhäusern oder zu niedergelassenen Ärzten bringen. Aber diese sind wiederum so schwach besetzt, dass diese Leistungen nicht erbracht werden können. Insofern wurde eindringlich an Sie appelliert, etwas zu machen. Aber geschehen ist nichts, obwohl es eine entsprechende Zusage von Ihnen gibt. Unser Antrag, 40 Planstellen zu schaffen, wurde abgelehnt.

In einem interessanten Zeitungsartikel vom August 2016 schreibt Heribert Prantl über den Strafvollzug im Süden und im Norden der Republik. Wer immer in einem JVA-Beirat sitzt, kann es nachverfolgen. Prantl sagt, im Süden der Republik seien Sicherung und Abschreckung vorrangig, Wiedereingliederung spiele eine untergeordnete Rolle. Prantl bringt dies anhand vieler Beispiele ziemlich genau auf den Punkt, beginnend bei den Besuchszeiten bis zum offenen Vollzug und zu den hier bereits länger diskutierten Themen wie die mögliche IT-Nutzung im Gefängnis. Diese Schwachstelle erscheint insofern verständlich, als man damit in der Öffentlichkeit nicht punkten kann. Es gibt keinen Beifall, wenn man sich in einem neuen Anlauf für eine verbesserte Resozialisierung stark macht. Aber das ist der einzige Weg, um Kriminalität dauerhaft reduzieren zu können. Da fehlen wirklich alle Impulse.

Sie haben auch einmal geltend gemacht, dass Sie durch verschiedene Verlagerungen mithelfen, in Bayern Strukturpolitik und Heimatstrategie zu betreiben. Im Grundbuchwesen oder Ähnlichem gab es in der Tat die eine oder andere Verlagerung. Dafür verschweigen Sie, dass in der Vergangenheit mindestens 35 Amtsgerichte oder Dependenzen, also 35 Einrichtungen der öffentlichen Hand, aufgelöst wurden, die für die jeweiligen Orte wichtig waren. Sie sind nicht die Erfinder einer vernünftigen Strukturpolitik. Ich bin mir sicher, dass Sie vorher das Einsparen all dieser Stellen gefeiert und sich selber gerühmt und beklatscht haben, wie toll diese Einsparungen sind. Jetzt

sehen Sie die Gegenstrategie als das Alleinseligmachende. Sie können für die Strukturpolitik etwas tun, indem Sie einen Teil dieser Amtsgerichtsstandorte wieder öffnen. Damit haben Sie auch für die Heimatstrategie etwas erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch folgenden weiteren interessanten Beitrag, warum bei Ihnen keine ausreichende empathische Heranführung von Strafgefangenen an ein Leben in Freiheit möglich ist. "Gnadenbringende Weihnachtszeit" stand in der Zeitung. In fast allen Bundesländern werden die Leute etliche Wochen vorher entlassen, in Bayern wartet man dagegen offensichtlich auf den Tag vor Heiligabend. Das heißt, die Leute werden in einem Moment entlassen, in dem sie zum Beispiel bei der Wohnungssuche und bei Behördengängen keine Ansprechpartner mehr finden. Fast die ganze Republik macht das anders. Nur in Bayern und Sachsen geht man davon aus, dass der Entlassungstermin einen Tag vor Weihnachten ausreichend sei. Das ist eine traurige Geschichte. Diesbezüglich wird zu Recht ein großer Jurist, nämlich Gustav Radbruch, genannt, der diesen Weg der Gnade ein "gesetzloses Wunder" innerhalb der juristischen Gesetzeswelt nennt. Dieses Wunder der Gnade ist in Bayern offensichtlich nicht vorgesehen.

Diese Praxis bringt viele unnötige Härten mit sich. Kein Mensch nimmt diese Härten wahr, nur die paar Betroffenen. Aber es ist eigentlich eine bittere Geschichte; denn die Leute kommen heraus, aber Sie tun nichts für die Entlassenenfürsorge. Wir haben dazu Anträge gestellt. Es wird viel zu wenig Nachsorge betrieben. In den ersten Wochen und Monaten ist die Zahl der Rückfälle und der Gefährdungen der Entlassenen am höchsten. Aber von Ihnen wird nichts getan. Ein Übergangsmanagement wäre notwendig, das gibt es aber nicht.

Ein besonders trauriges Kapitel ist der Opferschutz. Aus gut erwogenem Grund haben wir uns im Ausschuss sehr genau über Stalking unterhalten und darauf hingewiesen, dass nicht nur Strafrechtsänderungen, sondern auch Beratungsstellen notwendig sind. Wir haben momentan allenfalls auf ehrenamtlicher Basis eine Beratung für Stalking-

Opfer. Diese Stellen müssen sich jeden Euro mühsam zusammenkramen. Daher haben wir zu wenig Beratung und Hilfe, was für die Opfer schrecklich ist; denn die Folgen der Tat sind nach der Verurteilung des Täters nicht aus der Welt geschafft. Oft werden gerichtliche Auflagen nicht eingehalten und geht die Belästigung weiter, verbunden mit schweren psychischen Belastungen. Überall da werden die Entlassenen und die Beratungsstellen, die momentan ehrenamtlich und freiwillig ohne entsprechende Hilfe arbeiten, allein gelassen.

Wir haben es hier mit einer Deliktform zu tun, die in ihrer Dimension und neuen Form durchaus in die höchste Gefährlichkeitsstufe hochgerutscht ist, weil es dort bereits zu Totschlagsdelikten gekommen ist. Dort wollen wir deutlich mehr machen als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich am Ende noch auf ein paar Kleinigkeiten zu sprechen kommen, die mir auffallen. Auch im Bereich der Forschung, in dem Sie die Justiz ein Stück weit voranbringen könnten, haben Sie alles abgelehnt. Wir haben bei gerichtlichen Verfahren, etwa bei vormundschaftlichen Verfahren an Familiengerichten, ein Gutachterunwesen. Die Pressemeldungen überschlagen sich: Verfahren sind zu schnell, Gutachten zu schludrig und teilweise falsch erstellt. Zu sagen, da sind wir nicht zuständig, ist, ehrlich gesagt, zu kurz gegriffen.

(Zuruf von der SPD: Das ist dringend notwendig!)

Wir haben beantragt, die Richter und Staatsanwälte auf diesem Gebiet zu schulen und Forschungsvorhaben in Gang zu bringen, damit alle diese Fehltritte, die auf Fehlgutachten zurückzuführen sind, endlich angegangen werden. Wir haben für den Strafvollzug die Evaluierung von Jugendarresten und Alternativen zum Jugendstrafvollzug angemahnt. Aber bei Ihnen stößt so eine Forderung prinzipiell auf taube Ohren.

Die Frage, was mit Ersatzfreiheitsstrafen geschieht, ist ebenfalls ein ziemlich trauriges Kapitel, weil es vor allem diejenigen trifft, die niemanden im Hintergrund haben, um

Geldstrafen zu zahlen. Die Technik "Schwitzen statt Sitzen" ist eine vernünftige Sache. Aber dazu bedarf es gemeinnütziger Träger, die Mittel brauchen. Wenn dafür keine Mittel bereitgestellt werden, fehlen diese Träger. Dann ist das Verfahren, das wir planen und Sie mittragen, nicht möglich; dann läuft das Ganze ins Leere. Auch dazu haben Sie unsere Anträge ohne Not und ohne Sinn abgelehnt.

Lassen Sie mich schließlich Folgendes sagen: Der Ministerpräsident hat am Anfang dieser Legislaturperiode in seiner Regierungserklärung angekündigt, im Dialog mit der Justiz ein Gesetz zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren vorzulegen. Vielleicht können Sie uns erklären, was er damit gemeint hat und was Sie gedenken, da auf den Weg zu bringen. Das kann allenfalls eine Bundesratsinitiative sein. Wir können uns nicht vorstellen, wohin diese Reise gehen soll. Das ist ein Versprechen ohne Basis.

Herr Minister, lassen Sie mich auch noch sagen, dass in Ihrem Haus die Prüfung von Gesetzen offensichtlich nicht ordnungsgemäß stattfindet. Da haben Sie meines Erachtens eine ganz persönliche Verantwortung.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, nicht ich arbeite gegen Sie, sondern die Uhr.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Dies sind meine letzten Bemerkungen, dann komme ich zum Ende.

Präsidentin Barbara Stamm: Packen Sie es dann in die Antwort auf eine Zwischenbemerkung.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Genau. – Sie haben bei der Bürgerbefragung ein verfassungswidriges Gesetz nicht entsprechend beanstandet, und Sie haben gegen das Integrationsgesetz, das nicht nur von seinen Motiven und Zielen her fragwürdig, sondern wahrscheinlich auch in seiner Machart sogar teilweise verfassungswidrig ist, kein Veto eingelegt. Das ist Ihre persönliche Verantwortung.

Der vorgelegte Haushalt dieser Regierung enthält in diesem Bereich einige Verbesserungen. Alles andere wäre auch ein Skandal. Die Zustimmung der CSU-Fraktion zu unseren Anträgen hätte den Einzelplan Justiz zu einem guten Haushalt gemacht. Sie haben wieder einmal eine Chance vertan.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Guttenberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bevor man das Rednerpult verlässt, ist es vielleicht gut, darauf zu achten, ob eine Zwischenbemerkung ansteht. Darauf wollte ich hinweisen. – Frau Kollegin Guttenberger, bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Kränzlein, ist Ihnen bekannt, dass Stalking-Opfer bei der Polizei eine Beratungsstelle vorfinden, die mit Fachbeamtinnen und Fachbeamten ausgestattet ist? – Dort wird eine Beratung angeboten.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Kollegin, ich bin gerne und oft bei Polizeiinspektionen zu Gast und weiß, wie deren Personalausstattung aussieht. Ich weiß, dass dort die notwendige Beratungsleistung bei Weitem nicht gewährleistet ist. Das sieht die Polizei selber. Opfer sollten nicht erst ab dem Moment, in dem ein Schaden bereits eingetreten ist, beraten werden. Fachveröffentlichungen ist zu entnehmen, dass die Betroffenen schon zu Beginn, wenn sie den Eindruck haben, dass demnächst etwas passiert, bestimmte Informationen erhalten sollten, mit denen ihnen bestimmte Wege aufgezeigt werden. Übrigens erkennen die Täter sehr wohl im Vorfeld, dass sie krankhafte Neigungen haben. Deshalb ist es wichtig, den Tätern anonymisierte Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen, damit man so auf sie einwirken kann.

Schauen Sie sich bei der Polizei um. Wenn Sie glauben, dass reicht, was hier bisher geschieht, haben Sie die Probleme bisher nicht hinreichend erkannt. Das tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kränzlein. Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Streibl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Recht ist die in der staatlichen Gemeinschaft herrschende Ordnung. Unsere Ordnung in Bayern ist die Demokratie. Die Demokratie baut auf der Freiheit und der Gleichheit des Menschen auf. Die Freiheit ist ein Wesensmerkmal des Menschen und der Sinn der Politik. Diese Grundlagen müssen in einer Demokratie verteidigt und geschützt werden. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie in Bayern, gerade in diesen Zeiten. Garant für diese Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung und damit Garant für die Demokratie ist letztendlich das Recht. Die Hüterin unserer Werte ist am Ende die Justiz. Daher möchten wir als FREIE WÄHLER all denjenigen, die sich in der Justiz verdient machen, dort arbeiten und unter der hohen Arbeitsbelastung leiden, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tagtäglich setzen sich unzählige Richter, Staatsanwälte, Servicekräfte, Rechtspfleger, Justizfachwirte, Justizwachtmeister, Gerichtsvollzieher, Bewährungshelfer, Sozialhelfer, aber auch Rechtsanwälte für unsere rechtliche Ordnung in Bayern ein. Ihnen allen gilt ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Dank allein genügt nicht. Wir in diesem Haus müssen ebenfalls klare Signale im Haushalt setzen. Wir müssen die Wertschätzung zur Geltung kommen lassen und eine Personalmehrung in der Justiz vornehmen. Herr Justizminister, die 397 Stellen, die neu geschaffen werden, sind alle ehrenwert und richtig. Das geht in die richtige Richtung. In den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten hat man jedoch Stellen abgebaut und eingespart. Das muss man langsam wieder aufholen. Wir müssen auf einem Personalstand kommen, mit dem man vernünftig arbeiten kann.

Bei genauer Betrachtung des Doppelhaushalts sieht man, dass der Schwerpunkt eindeutig auf der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung liegt. Das erkennen wir an. Das halten wir angesichts der Anschläge in Würzburg und Ansbach für notwendig. Wir müssen terroristischer Bedrohung durch den Rechtsstaat Grenzen setzen und einschreiten. Meine Damen und Herren, das ist für uns der richtige Weg. Diesen Bereich darf man nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus muss die Personalsituation noch deutlicher verbessert werden. Nach der Personalbedarfsberechnung aus dem Jahr 2015 fehlten bayernweit immer noch 366 Staatsanwälte und Richter. Es hat Auswirkungen auf das Strafrecht und das Zivilrecht, wenn Verfahren und Prozesse überlang dauern. Das beschädigt letztendlich auch den Wirtschaftsstandort Bayern. Wenn ein Handwerker, eine Firma oder ein Unternehmer Recht sucht und lange warten muss, bis Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden, ist das ein Malum für unseren Standort. Deshalb brauchen wir mehr Richter und Staatsanwälte.

Darüber hinaus müssen unsere Richter weitergebildet werden. Sie benötigen weitere Fortbildungen, damit sie einer zunehmend erstarkenden Fachanwaltschaft adäquat entgegentreten können. Derzeit wird beobachtet, dass aufgrund des häufigen Richterwechsels in verschiedenen Ressorts die Qualität leidet. Die Qualität in der Rechtsprechung fehlt, wenn den Richtern hochausgebildete und fortgebildete Fachanwälte gegenüberstehen. Unserer Meinung nach muss man an dieser Stelle nachbessern. Aus diesem Grund sind 12 Stellen für Richter und 20 Stellen für Staatsanwälte unserer Meinung zu wenig. Wir fordern deshalb 100 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern ebenfalls Stellenhebungen bei den Justizfachwirten. Zu den 80 neuen Anwärterstellen, die Sie für die Rechtspfleger schaffen, fordern wir 20 weitere Stellen;

denn nach der derzeitigen Berechnung fehlen in Bayern 271 Rechtspfleger. Das sind ungefähr 15 %. Sie sind für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte zuständig. Diese müssen die Rechtspfleger betreuen. Auf die Rechtspfleger kommt somit eine Mehrbelastung zu. Deshalb brauchen wir mehr Rechtspfleger, die diese Arbeit leisten können. Sonst gerät der Justizapparat ins Stocken. Das darf unserer Meinung nach nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind außerdem der Ansicht, dass die Zahl der Bewährungshelfer erhöht werden muss. Wir brauchen 40 zusätzliche Stellen, um ein Übergangsmanagement zu schaffen, das den Namen verdient. Wir hoffen, dass die Staatsregierung das umsetzt. Auf diese Weise können die Rückfallquoten vermindert werden.

Die Schaffung von mehr Sicherheit in den Gerichtsgebäuden ist Gott sei Dank in Angriff genommen worden. Die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden sollte jedoch in staatlicher und nicht in privater Hand liegen. Deshalb brauchen wir mehr Justizwachmeister. Wir fordern 90 zusätzliche Stellen.

Darüber hinaus fordern wir weitere Stellen für Sozialpädagogen in den Justizvollzugsanstalten. Derzeit ist ein Sozialpädagoge für 100 Gefangene zuständig. Von einer Resozialisierung kann man in diesem Fall nicht sprechen. Deshalb brauchen wir 30 weitere Stellen.

Meine Damen und Herren, obwohl ein großer Schwerpunkt auf das Personal in der Justiz gelegt worden ist, muss ich sagen: Die Justiz lebt nicht nur vom Personal. Man darf die Sachmittel nicht aus den Augen verlieren. Wenn man so manchen Gerichtssaal im Bayern betritt, fühlt man sich in die lauschigen Fünfzigerjahre zurückversetzt. Der Zustand der Justizgebäude ist Ausdruck der Wertschätzung des Staates gegenüber der Justiz als dritter Gewalt. Außerdem ist er ein Zeichen an den Bürger, der dort Recht sucht. Wenn der Bürger in einen fast historischen Gerichtssaal kommt, entsteht nicht unbedingt der Eindruck, dass unsere Justiz modern, schlagkräftig und bürgernah

ist. Deshalb sind mehr Mittel für Nachbesserungen erforderlich. Im Zusammenhang mit den E-Akten möchte ich darauf hinweisen, dass wir insbesondere in den Sitzungssälen beispielsweise das Bayern-WLAN zur Verfügung stellen sollten, damit Richter, Staatsanwälte und die Anwaltschaft auf das WLAN-Netz zugreifen können. Ihre Arbeit verlagert sich immer mehr ins Elektronische. Herr Minister, ich hätte hier eine ganz große Bitte, die auch von der Anwaltschaft geäußert wurde: Sorgen Sie bitte für eine ausreichende Zahl von Steckdosen in den Gerichtssälen, damit die dort Arbeitenden, auch die Staatsanwaltschaft und die Richter, Computer und Laptops anschließen können, die sie für ihre Arbeit brauchen. Das ist ein ganz großer Malus. Sie könnten hier mit einer kleinen Geste und wenig Einsatz sehr viel für die Justiz in Bayern bewirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

WLAN und ein Breitbandnetz müssen in Bayern flächendeckend vorhanden sein. Das ist auch für eine funktionierende Justiz erforderlich. Im großstädtischen Raum funktioniert dies bereits. Wir brauchen aber auch auf dem Land, wo viele Anwälte leben und arbeiten, ein schnelles Internet, damit der Rechtsverkehr funktionieren kann.

Der § 147 StPO gewährt einem Angeklagten oder einem Untersuchungshäftling die Möglichkeit der Akteneinsicht, um sich auf den Prozess vorzubereiten. Nicht dienlich ist es aber, wenn dem Angeklagten die Akten in Form von CDs gegeben werden, er aber kein Lesegerät besitzt, um diese Akten lesen zu können. Hier müsste Abhilfe geschaffen werden, damit diese Personen die Möglichkeit haben, sich adäquat verteidigen zu können.

Die genannten Punkte sind für mich Ausdruck für die Wertschätzung der Justiz, aber auch Ausdruck für eine moderne und funktionierende Justiz. Herr Minister, unsere Bitte lautet: Bessern Sie hier nach! Teilweise geht es nur um Kleinigkeiten, die aber für einen funktionierenden Justizapparat absolut notwendig und zeitgemäß wären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Gote das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen wir fast täglich in Öffentlichkeit, Medien und Politik den so fatalistischen Satz hören müssen, die Welt sei aus den Fugen geraten, ist es gut, sich zu vergewissern, in welcher Welt wir hier in unserem Lande leben können. Ich halte diesen Satz übrigens für falsch. Nein, die Welt ist nicht aus den Fugen geraten. Wir sind dem Erstarken der Rechtspopulisten und der Demokratiefeinde, der Bedrohung durch Terror, dem Armuts- und Flüchtlingselend, der Klimakatastrophe und den Kriegen nicht hilflos ausgeliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können handeln, wir können etwas tun! Wir in Deutschland und in Bayern haben das Glück, in einer funktionierenden Demokratie zu leben, in der es gute Verfassungen gibt und in der die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier gelten. Wir leben in einem Land, in dem Gewaltenteilung herrscht und praktiziert wird und in dem sich auch die Regierung an die Verfassung halten muss, auch wenn man dies manchmal einklagen muss.

Welch ein Glück und welcher Auftrag zugleich, dies zu verteidigen! Deshalb nutze ich heute die Gelegenheit, allen zu danken, die unseren Rechtsstaat in dieser guten Form am Laufen halten. Ich danke allen in der Justiz Beschäftigten, den Richtern und Richterinnen, den Staatsanwälten und Staatsanwältinnen, den Justizvollzugsbeamten und -beamtinnen, den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, den Rechtspflegern und Rechtspflegerinnen, den Bewährungshelfern und Bewährungshelferinnen, den Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen und allen, die in der Justiz arbeiten. Allen diesen Personen gilt unser Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Justizpolitik der GRÜNEN steht für die Wahrung und Förderung einer unabhängigen, effizienten und selbstständigen Justiz. Unsere Rechtspolitik richtet sich an den Grundsätzen der Verfassung aus. Nur eine gut ausgestattete Justiz ist in der Lage, dem Rechtsuchenden schnell und gerecht zu helfen. Ganz oben stehen für uns die Grundrechte jedes Menschen unabhängig vom jeweiligen Geschlecht, seiner Lebenssituation, seiner Herkunft oder seiner körperlichen, geistigen und seelischen Verfassung. Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund; schließlich wollen wir keine "Knastkarrieren" fördern. Im Erwachsenenvollzug geht es uns um die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft; denn eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die Diskussion über Gewalt wird besonders nach drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht verengt. Doch anstatt nach drakonischen Strafen zu rufen, bräuchten wir dringend eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Justiz ist die Grundlage für unseren Rechtsstaat und damit für die Sicherheit der Freiheits- und Bürgerrechte. Auch jede wirtschaftliche Betätigung fußt auf dem Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Justiz. Darum ist eine gute personelle und sachliche Ausstattung der Justiz unverzichtbar. Die Eingaben der Verbände, die zu diesem Haushaltsentwurf eingegangen sind, und viele Briefe von Bürgerinnen und Bürgern sowie zahlreiche Petitionen, die wir über die Jahre im Verfassungsausschuss behandelt haben, zeigen deutlich auf, dass Sie und Ihr Haushaltsentwurf diesem Anspruch nicht gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Bereichen der Justiz fehlt Personal. Dies führt zu großen und oftmals übermäßigen Belastungen für die Beschäftigten. Die unseligen Stoiber-Sparjahre haben große Wunden gerissen. Die Folgen sind noch längst nicht bewältigt. Auch wenn es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat und auch wenn Sie den Mehrbedarf

nicht leugnen, bleiben doch immer noch große Lücken. Es bleibt noch viel zu tun. Hinzu kommen stetig neue Belastungen der Justiz. Ich nenne nur zwei, nämlich die Umstellung auf neue Verwaltungsverfahren im Zuge der Digitalisierung und die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Justiz. Das alles bringt neue Herausforderungen und mehr Arbeit. Außerdem ist durch den anhaltenden Zuzug nach Bayern von mehr Verfahren in allen Rechtsbereichen auszugehen. Mängel der Bundesgesetzgebung im Sozial- und Asylrecht führen zu einer Vielzahl von Gerichtsverfahren.

Die Vorbeugung gegen Gewalt und eine gelungene Wiedereingliederung nach einer Straffälligkeit sind für uns ganz wesentliche Aufgaben, die die Justiz leisten muss. Bei unseren Änderungsanträgen zum CSU-Haushalt haben wir uns auf diese Schwerpunkte, die ich gerade umrissen habe, beschränkt. Wir haben nur zehn Änderungsanträge gestellt. Unser Haushalt wäre grundsätzlich anders ausgerichtet und würde andere und sinnvollere Schwerpunkte setzen. Es wäre müßig, all dies in einzelne Änderungsanträge zu packen. Wir haben das in der Globaldebatte schon ausgeführt. Aber die Anträge, die wir gestellt haben, sollten Sie zum Nachdenken bringen und Sie motivieren, an einigen wichtigen Stellen noch nachzubessern.

Wir fordern in unseren Änderungsanträgen an mehreren Stellen Verbesserungen und die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere bei der Sozialarbeit, im Justizvollzug und bei der Bewährungshilfe könnten neue Stellen die Situation verbessern, einen Beitrag zur Resozialisierung leisten und damit weitere Straftaten verhindern. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger würde damit weiter verbessert.

Wir beantragen auch wieder die Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds. Die von Herrn Minister Professor Dr. Bausback wiederholt beschworene Fehlerkultur in der Justiz muss endlich Wirklichkeit werden. Sie muss dem Umstand gerecht werden, dass es tatsächlich Fehlurteile gibt, auch hier in Bayern, und dass es davon Betroffene gibt, denen mit den bisherigen Entschädigungsgesetzen nicht ausreichend geholfen wird. Ein solcher Fonds würde weder die Gewaltenteilung durchbrechen noch die

Rechtskraft von Urteilen infrage stellen. Damit sollen nur die materiellen Folgen einiger Fehler gemildert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sehr verehrte Staatsregierung, es mag ja mehr Vergnügen machen, für Steuergeld Mittel-, Höhe- und Tiefpunkte oder neue WLAN-Hotspots einzuweihen. Man bekommt leichter Applaus, wenn man neue Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Ihr Klientel – davon scheinen Sie jedenfalls überzeugt zu sein – steht wohl eher auf neue Straßen. Kolleginnen und Kollegen, Investitionen in die Ausstattung der Justiz mögen auf den ersten Blick nicht so charmant überkommen; aber sie lohnen sich. Sie helfen uns, unsere Demokratie zu verteidigen und zu stärken. Das ist unser Auftrag, dem wir und dem auch Sie mit Ihrem Haushalt gerecht werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Wittmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal vielen Dank: Ich habe das Gefühl, in diesem Haus gibt es doch eine sehr einheitliche Meinung darüber, dass sich die Sicherheit, die wir im Polizeibereich herstellen können, auch im Recht fortsetzt. Ich glaube, das ist schon einmal ein guter Konsens, den wir an dieser Stelle haben. Wie Sie wissen und wie Sie am Haushalt, den der Justizminister vorgelegt hat, sehen konnten, haben wir die Schwerpunkte auf Recht, Sicherheit, Ordnung und auf die Salafismusbekämpfung gelegt.

Sie haben, Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsparteien, zu Recht eingefordert, dass es natürlich wünschenswert wäre, auch in anderen Bereichen noch mehr Stellen zu haben. Wer würde das nicht sagen! Der Justizminister wäre wohl der Erste, der, wenn er aus einem großen Topf frei wählen dürfte, sich von überall gerne noch

Stellen hinzuholen würde. Das ist verständlich und richtig, und insoweit mögen Sie da ein gewisses Verständnis haben. Ich darf aber an der Stelle auch anführen, dass wir seit 2013 mehr als 1.000 neue Stellen im Polizeibereich geschaffen haben. Das ist ein außergewöhnlicher Zuwachs, der hier erfolgen konnte. Ich darf dem Staatsminister für Justiz hier ganz herzlich danken. Lieber Herr Prof. Bausback, es ist ganz ausdrücklich Ihr Verdienst und das Ihres Hauses, dass Sie auf Ihre ruhige Art und mit erheblichem Nachdruck genau dafür gesorgt haben.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht darf ich hier ein Argument, das heute noch öfter auftauchen wird, an dieser Stelle einmal ansprechen: Natürlich waren die von Ihnen sogenannten Stoiber-Jahre in allen Bereichen ein bisschen schwierig. Aber überlegen Sie mal, wo wir wären, wenn wir das nicht gemacht und durchgestanden hätten.

(Beifall bei der CSU)

Wir hätten einen Haushalt, der keine Schulden tilgen kann.

(Horst Arnold (SPD): Landesbankdesaster!)

– Das langweilt inzwischen ja schon fast, Herr Arnold.

(Horst Arnold (SPD): Sie langweilen auch! 10 Milliarden!)

Wir hätten einen Haushalt, der nicht in der Lage wäre, diese Stellen langsam wieder aufzubauen. Wir hätten einen Haushalt, der nicht in der Lage wäre, die Anstrengungen, die wir im Moment brauchen, um die Herausforderungen durch die Flüchtlinge zu bewältigen, zu stemmen. Nichts davon könnten wir! In Ihren eigenen Bundesländern können Sie das beobachten. Ja, es waren schwere Jahre, aber ich glaube, wir haben sie gut bewältigt. Wir können Bayern auf einem soliden Finanzfundament gut weiter ausbauen. Darauf sind wir stolz. Ich glaube fest daran und bin mir ganz sicher, dass wir es als erstes Bundesland schaffen werden, schuldenfrei zu sein. Das bedeutet

auch eine Investition in Sicherheit und in den Rechtsfrieden für unsere Kinder und unsere Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir schon bei den Beispielen sind und damit Sie wissen, wie sich die Größenverhältnisse ausdrücken, darf ich hier gleich eines mitanfügen: In Baden-Württemberg gibt es 450 Justizwachtmeister, in Bayern 1.045. Wenn Sie mir also nochmal mit der Kritik kommen, hier wäre so runtergekürzt worden, dann frage ich mich, was eigentlich in den anderen Ländern passiert, gerade jetzt, da Justizpersonal nötiger ist als je zuvor.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Der Justizhaushalt insgesamt steigt derzeit weiter. Wir werden im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 eine Steigerung um fast 80 Millionen auf rund 2,3 Milliarden in diesem Bereich haben.

Meine Damen und Herren, das ist ein wirklich ausdrucksvoller Beweis dafür, dass bei uns die Sicherheit nicht nur im Polizeiwesen vollzogen wird, ein Beweis vor allem für die Bevölkerung, dass rechtswidriges Verhalten Konsequenzen in Bayern hat und dass es hier eine klare Abschichtung gibt.

Da muss ich an dieser Stelle eines erwähnen, Frau Kollegin Gote. Ich bin von Ihren Ausführungen ein bisschen irritiert. Sie kommen auch mit Stellenmehrungen. Ich schaue in den Stellenplan und stelle fest: Sie haben exakt null weitere Richter gefordert, und Sie haben exakt null weitere Staatsanwälte gefordert, aber Sie fordern einen hohen Aufschlag im Bereich der Bewährungshelfer und der Sozialpädagogen. Es mag ja wünschenswert sein, dass jedem Gefangenen jemand an die Seite gestellt werden könnte, der ihn emphatisch begleitet. Mir ist es noch wichtiger, dass diejenigen, die etwas angestellt haben, erst einmal hinter Schloss und Riegel kommen.

(Beifall bei der CSU)

Da wir beim Punkt der Personal- und Stellenausstattung im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst sind, darf ich Ihnen nochmal in Zahlen benennen, wie wir die Ausstattung jetzt verstärken wollen. Wir sagen: Nach den 80 neuen Stellen, die wir schon im Doppelhaushalt 2013/2014 hatten, und den 75 Stellen im Doppelhaushalt 2015/2016 werden wir nun im Nachtragshaushalt weitere 50 Stellen haben und damit bei den Richtern und Staatsanwälten auf insgesamt 250 Stellen kommen. Das, Herr Kollege Streibl, ist genau das, was wir brauchen, um Verfahren zu verkürzen. Ich bin bei Ihnen. Je kürzer ein Verfahren ist, desto effizienter und sicherer ist es für unsere Bevölkerung, und im Übrigen auch desto entlastender ist es für unsere JVs. Da sind wir uns ja alle ganz einig. Im Doppelhaushalt 2017/2018 können wir 32 weitere neue Stellen für Richter und Staatsanwälte beschließen. Dies ist der richtige Zeitpunkt für diese Maßnahme. Ich glaube, so hoffe ich jedenfalls, dass wir damit auch mit den Herausforderungen zurechtkommen, die natürlich aufgrund der nun gestiegenen Kriminalitäts- und Terrorismusrate bestehen. Wir werden versuchen, dies bestmöglich mitabzudecken.

Vielleicht auch noch einige Zahlen zu den Rechtspflegern: Sie haben auch diesen Punkt mit Recht angesprochen. Natürlich brauchen wir auch hier aufgrund der gestiegenen Herausforderungen ein Mehr. Wir werden dies mit 80 neuen Anwörterstellen im Rechtspflegerbereich, mit 20 neuen Stellen im Justizvollzug und mit 100 Anwörterstellen, die wir in Planstellen verwandeln können, tun. Dies ist ebenfalls ein Zeichen und vor allen Dingen eine richtige Maßnahme, um durch eine bessere Personalausstattung besser voranzukommen.

Schließlich haben Sie in Ihren Änderungsanträgen immer wieder die kw-Vermerke angesprochen. Dafür bin ich außerordentlich dankbar. Es ist uns möglich, die kw-Vermerke zunächst in die nächsten Haushalte weiterzuschieben. Damit können wir angesichts der steigenden Belastungen bei der Personalausstattung flexibel bleiben. Ich bin dafür der Staatsregierung sehr, sehr dankbar. Dies ist genau die Flexibilität, die wir

brauchen, und diese Flexibilität gibt es nur, weil der Haushalt gesund ist. Sonst wäre das nicht möglich.

Sie haben bei den Neueinstellungen mehrfach Hebungen gefordert, was selbstverständlich wünschenswert und immer gut für unsere Angestellten und Beamten ist. Ich darf aber erwähnen, dass wir nicht nur Einstiegsämter bei unseren neuen Stellen anbieten, sondern bereits in die Beförderungsämter gehen. Ich hoffe doch sehr, dass wir hier einiges erreichen können.

Wir haben auch den Stellenabbau nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes im Doppelhaushalt 2017/2018 jeweils ausgesetzt. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass wir Sicherheit, Ordnung und den Rechtsfrieden für unsere Bevölkerung ganz an die Spitze stellen. Wir haben vorher schon beim Innenhaushalt über "Dienst zu ungünstigen Zeiten" gesprochen. Ich will hier nur noch einmal erwähnen, dass wir das im Justizhaushalt ebenso vollzogen und durchfinanziert haben und dass wir sogar hoffen, dem Änderungsantrag der GRÜNEN folgen zu können, der eine noch weitere Erhöhung beschließen möchte. Wenn unser Haushalt so gesund bleibt, wie er derzeit aufgestellt ist, können wir vielleicht diese Hoffnung auch Realität werden lassen.

Schließlich darf ich zu etwas kommen, was der Kollege Streibl ebenfalls zu Recht angesprochen hat, nämlich zur Frage des Bauunterhalts und der Baumaßnahmen. Auch hier sind wir bei Ihnen. Aber zunächst musste einmal – das hat die Kollegin Guttenberger schon sehr schön ausgeführt – die Sicherheit in den Eingangsbereichen gestärkt werden. Hier wurde ein hoher Aufwand betrieben; denn für uns steht fest, dass es natürlich schön ist, wenn auch der Gerichtssaal schön ist, aber noch wichtiger ist, dass er sicher ist. Deshalb haben wir in allen Eingangsbereichen in einer erfolgreichen Zusammenarbeit von privaten Diensten und unserem eigenen Personal all dies verstärken können. Wir sind jetzt in diesen Bereichen, soweit man das sagen kann, wiederum das sicherste Land in Deutschland; denn nur bei uns gibt es lückenlose Eingangskontrollen in allen Gerichten. Das ist für die Bevölkerung ganz, ganz wichtig.

Insgesamt noch einmal zum Bauunterhalt: Wir haben die hohen Bauansätze bei Unterhaltsmaßnahmen von 21,8 Millionen pro Jahr weiter fortschreiben können. Überall ist zwar ein Mehr wünschenswert, aber im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist es, glaube ich, wichtig, dass wir dieses Maß zumindest immer stetig fortführen; dann werden wir hoffentlich weiterkommen. Auch die kleinen Baumaßnahmen wurden auf ihrem hohen Niveau von 22,6 Millionen fortgeführt. Ganz wichtig ist mir zu erwähnen: Das Projekt "Bayern barrierefrei 2023" ist mit 3,3 Millionen dabei. Ich denke, das ist ganz wichtig. Jeder soll einen guten Zugang zu unseren Gerichts- und Justizgebäuden haben.

Schließlich und endlich noch zu den Hochbaumaßnahmen: Hier haben wir – und darauf sind wir, glaube ich, alle stolz – unser Strafjustizzentrum in München. Wir haben die Verpflichtungsermächtigung letzte Woche in einen Planungstitel in voller Höhe umwandeln können. Der Baufortschritt ist gut. Wir kommen im Zeitplan voran. Ich werde nicht müde zu erwähnen, dass hier etwas sehr Ungewöhnliches möglich war: Auf diesem teuren Münchner Boden konnte nun ein Drittel der Fläche durch die Konfiguration dieses Strafjustizzentrums eingespart werden, der nun für weitere Maßnahmen zur Verfügung steht. Ich glaube, dies ist ein Werterhalt, bei dem man sich angesichts der doch sehr teuren Münchner Bodenpreise sehr verantwortlich gezeigt hat. Hier bin ich sehr froh. Für diesen Neubau besteht also große Planungssicherheit.

Aber auch die Fläche kommt nicht zu kurz. Wir haben den Neubau der JVA in Marktredwitz, den Ersatzneubau der JVA in Bamberg und den Neubau der JVA in Passau. Damit sind wir schon fast quer über die Lande. Da ich aber Herrn Kollegen Pohl nicht sehen sehe, muss ich natürlich auch den Teilneubau und die Sanierung des Amtsgerichts Kaufbeuren erwähnen. Damit auch die Oberbayern mit mir zufrieden sind, erwähne ich noch die Neubauplanung des Justizzentrums in Rosenheim. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind recht gut unterwegs. Ich darf dem Ministerium danken, dass wir das genauso machen konnten und dass auch die Fläche mit Augenmaß bedacht wird. Ich glaube, das ist eine ganz vernünftige Geschichte.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch kurz zwei bis drei Themen, die Sie aus den Fraktionen vorhin angesprochen haben, erwähnen. Da war zum einen die Frage des Justizopferentschädigungsfonds. Nun gut, da sind wir ein bisschen anderer Meinung, denn dafür steht im Regelfall die Amtshaftung zur Verfügung. Sie sollte auch so vollzogen werden. Insofern gibt es nur ganz wenige Einzelfälle, für die im Übrigen Fonds zur Verfügung stehen. Ein weiterer Fonds wäre dann einer zu viel.

Schließlich haben Sie die Krankenpflege angesprochen und gefragt, wie es hier aussieht; ich glaube, das war Herr Kollege Kränzlein. Wir haben hier sehr wohl einen Stellenaufbau, wie Sie wissen. Ich möchte hier aber noch auf etwas hinweisen, was in diesem Bereich gerne ein bisschen untergeht, auch wenn das nicht nur den Krankenbereich betrifft. Da ist zum einen die Tuberkulosestation, die wir als einziges Bundesland haben. Sie ist gerade in diesen Zeiten ganz, ganz wichtig, weil wir nicht wissen, wer bei uns ist und möglicherweise straffällig ist. Sie stellt einen besonderen Schutz für unsere Krankenpfleger und die Kräfte in diesem Bereich dar. Wir haben außerdem in diesem Bereich insgesamt 17 neue Fachstellen geschaffen. Schließlich und endlich haben wir eine sehr erfolgreiche Verknüpfung der externen Krankenhäuser mit unseren Justizstellen im Krankenbereich geschaffen. Ich glaube, mit dem vorhandenen Personal kommen wir im Moment recht gut aus. Lassen Sie mich noch etwas kurz erwähnen, zumal ich weiß, dass dies die Präsidentin freut, soweit so etwas erfreuen kann: Wir haben zwei Mutter-Kind-Einheiten für Kinder unter drei Jahren. Ich glaube, das ist gerade für die Kinder ganz besonders wichtig.

In den letzten Sekunden meiner Redezeit sage ich noch kurz etwas zu "Justiz digital". Auch hier haben Sie recht: Es ist wünschenswert und richtig, deswegen haben wir im Haushalt 2017/2018 fast 100 Millionen Euro für diesen Bereich eingestellt, davon für den Justizvollzug jährlich 2,4 Millionen Euro und für die medientechnische Ausstattung der Sitzungssäle 1,2 Millionen Euro jährlich. Schließlich seien noch die Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs sowie die IT-Stabilisie-

rung genannt. Ich denke, das ist ganz wichtig. Wir sind hier ganz gut ausgestattet. Noch einmal: Ein Mehr wäre auch uns immer lieber, und zu diesem Mehr dürfen Sie gerne durch gute Abstimmungen zu unseren Anträgen beitragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt haben wir zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Wittmann, ich wundere mich etwas über Ihren Umgang mit Zahlen. Was Sie vorbringen, entspricht nicht ganz der Logik. Zunächst, zu Beginn Ihrer Rede, haben Sie sich dankbar zu den Stoiberischen Sparmaßnahmen geäußert. Sie haben argumentiert: Wir könnten das heute alles nicht stemmen, wenn wir damals das nicht zurückgefahren hätten. – Das ist aber einfach unlogisch. Wenn wir das Personal damals nicht zurückgefahren hätten, müssten wir das Personal jetzt nicht wieder aufstocken. Das heißt, wir müssten es auch gar nicht stemmen können, weil es einfach so geblieben wäre. Da beißt sich die Katze in den Schwanz; das ist gar keine Logik.

Gegen Ende der Rede haben Sie Vergleiche angestellt, beispielsweise nannten Sie 450 Justizangestellte in Baden-Württemberg und 1.000 in Bayern. Eine Grundregel der Mathematik ist aber, dass man eine Bezugsgröße braucht. Beziehen Sie die Zahlen in Baden-Württemberg und in Bayern auf die Zahl der Einwohner, auf die Zahl der Kriminellen oder auf die Zahl der Gefangenen? – Einfach nur die Zahlen 450 und 1.000 zu nennen, das sagt nichts aus. Dann nennen Sie doch Nordrhein-Westfalen, da sind es vielleicht 4.000. Das sagt doch alles gar nichts aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Mechthilde Wittmann (CSU): Also zunächst einmal, Nordrhein-Westfalen habe ich gar nicht genannt.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Nein, das habe ich erwähnt!)

Offenkundig waren Sie gedanklich ganz woanders. Dafür kann ich nichts. Was die Stellen betrifft, so darf ich den Justizminister dort zitieren, der auf Bayern verweist. Er sagt, das wäre ungefähr die Stellenzahl in Bayern, die auch in Baden-Württemberg gelten müsste. Ich gehe deshalb davon aus, dass es sich um dieselbe Bezugsgröße handelt. Im Übrigen handelt es sich um Justizwachtmeister; auch das haben Sie nicht ganz richtig mitbekommen. Die Zahl bezieht sich auf die Haftplätze, damit geht sich das ganz gut aus.

Zur Frage Stoiber und Zurückfahren: Diese Frage darf ich rhetorisch ganz einfach zurückgeben. Sie werden mir zustimmen, dass wir zu der Zeit, als diese Stellenkürzungen erfolgt sind – beziehungsweise es waren gar keine Kürzungen, sondern eine Stagnation, und zwar nicht nur in diesem Bereich, sondern auch woanders – noch gar nicht so hohe Herausforderungen durch Kriminalität und Terror hatten. Wir werden uns aber das nochmalige Darlegen der Gründe hier ersparen. Ich glaube, wir alle wissen, worin sich das begründet. Ich bin heilfroh, dass das Justizministerium, ebenso wie das Innenministerium, darauf zeitnah und sofort reagiert, um unsere bayerische Bevölkerung vor dem, was da auf uns zukommt, zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Kränzlein. Zeigen Sie mir bitte Ihr Mikrofon an? – Danke schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Kollegin Wittmann, manchmal ist ein Faktencheck ganz gut. Wir haben ganz schnell im Internet recherchiert und die offiziellen Zahlen gefunden, die der baden-württembergische Justizminister für die Strafvollzugsbediensteten auswirft. Sie liegen bei 2.471. Die Herkunft Ihrer Zahl haben Sie vorhin relativ dubios begründet. Vielleicht sollten wir der Geschichte aber nachgehen. Ich habe nämlich den Eindruck, dass hier ganz locker andere Bundesländer in die Pfanne geh-

auen werden, damit man selbst gut ausschaut. Bei genauem Nachschauen bleibt von dieser Argumentation aber nicht mehr viel übrig.

(Beifall bei der SPD)

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Dr. Kränzlein, das war ein wohlfeiler Versuch. Ich falle aber nicht darauf herein. Im gesamten Strafvollzug waren es 2.000, bei den Justizwachtmeistern nur 405.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt habe ich noch für die FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Pohl auf der Rednerliste. Er ist schon hier. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Justizhaushalt ist ein wichtiger Haushalt. Frau Kollegin Wittmann, Sie hatten schon den Bezug zum Haushalt der inneren Sicherheit hergestellt. Beide Bereiche ergänzen sich natürlich in einem wesentlichen Teil. Wir sehen ähnlich, wie das auch der Entwurf der Staatsregierung vorsieht, einen großen Bedarf, damit wir im Falle von Terrorismus auch bei der Justiz gerüstet sind. Seit wir im Bayerischen Landtag sind, also seit 2008, haben wir immer wieder und bei jedem Haushalt mehr Stellen gefordert, weil in der Justiz zu wenige Stellen vorhanden waren. Das durfte ich in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Herrn Kollegen Streibl tun. Nun macht das Herr Kollege Meyer zusammen mit Herrn Kollegen Streibl. Sie machen das hervorragend und auch erfolgreich. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in dieser Legislaturperiode nun auch einen durchsetzungsstarken Minister haben, der diese Stellen im Kabinett auch durchsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Das war in der letzten Legislaturperiode leider nicht der Fall, als wir noch beide im Rechtsausschuss waren und uns dort Klage des Amtsgerichts Augsburg anhören

mussten, wonach dieses an seine Kapazitätsgrenzen stoße und eine geordnete Rechtspflege nicht mehr möglich sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Auswirkungen der Sparorgien von Edmund Stoiber. Frau Kollegin Wittmann, das brauchen Sie auch gar nicht schönzureden; denn da gibt es nichts schönzureden. Wenn Sie sagen, dass die finanziellen Mittel und die Herausforderungen andere waren, dann muss ich Ihnen entgegenhalten – ich habe gerade nachgeschaut –, dass sich die Kriminalitätshäufigkeit in den Jahren 2005 bis 2014 in Bayern nicht verändert hat. Sie ist sogar leicht zurückgegangen. Das ist Faktencheck eins.

Nun Faktencheck zwei: Wenn das Geld in der Stoiber-Ära nicht sinnloserweise bei der Landesbank verbrannt worden wäre, und zwar in Milliardenhöhe, dann hätten wir die Gelder auch für die Beamten zur Verfügung gehabt. An dieser Stelle ist der Verweis auf die BayernLB sehr wohl richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wir wollen aber nicht klagen, sondern wir wollen durchaus anerkennen, dass sich, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, unsere Forderungen nun im Haushalt wiederfinden. Ich denke, das wird auch, was unsere jetzigen Anträge anbelangt, im Nachtragshaushalt und in den künftigen Haushalten der Fall sein. Wir erkennen das an. Wir arbeiten sozusagen vor, und die Staatsregierung arbeitet nach. Wenn es dann mit zeitlicher Verzögerung kommt, ist es ja auch gut für die bayerische Justiz und die bayerische Rechtspflege.

Lassen Sie mich zum Schluss einen weiteren Aspekt ansprechen, weil wir hier nur sehr einseitig über die Sicherheit und damit über die Strafjustiz gesprochen haben. Wir haben in den Bereichen des Zivilrechts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit, aber auch der Rechtspflege und der freiwilligen Gerichtsbarkeit etc. wichtige Aufgaben zu erledigen. Die Kollegin Wittmann hat vorhin in der Debatte zum Einzelplan 03 A angesprochen, dass die Menschen nach Bayern kommen, weil es hier sicherer ist als in an-

deren Bundesländern. Das würde ich gerne um einen Aspekt ergänzen. Ich glaube, noch wichtiger als die innere Sicherheit ist eine funktionierende Wirtschaft, ist die Zahl der Arbeitsplätze, sind auskömmliche, gute Arbeitsplätze. Dazu kann der Freistaat Bayern etwas beitragen, indem er für die Unternehmen gute Rahmenbedingungen schafft.

Das gilt nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch im Bereich der Justiz. Wir brauchen eine gut funktionierende Justiz, schnelle und rechtssichere Verfahren. All das wurde in Bayern schon ein Stück weit auf den richtigen Weg gebracht. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe dieses Parlaments, aber auch ein Verdienst – das sage ich ganz deutlich – eines durchsetzungsstarken Justizministers. Wir werden uns bei der Abstimmung über den Einzelplan enthalten, weil unseren Anträgen nicht stattgegeben wurde. Aber durch die Enthaltung erkennen wir diese Arbeit auch an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Prof. Dr. Bausback gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Im Konferenzzimmer im rechten Flügel hängt ein Bild von Seibertz, auf dem Sie von Humboldt, einen der größten Denker, im Kreise von vielen anderen Philosophen und Wissenschaftlern sehen. Von Humboldt ist für vieles bekannt, auch für seine Erkenntnis: "Ohne Sicherheit ist keine Freiheit."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Sicherheit muss in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft immer im Zentrum stehen. Sicherheit und Freiheit können in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen; aber sie bedingen sich auch wechselseitig.

Blicken wir in unsere Verfassung. Die Verfassung des Freistaats Bayern, die in diesem Jahr ein stolzes Jubiläum feiert, formuliert ganz deutlich:

Die Verfassung dient dem Schutz und dem geistigen und leiblichen Wohl aller Einwohner. Ihr Schutz gegen Angriffe von außen ist gewährleistet durch das Völkerrecht, nach innen durch die Gesetze, die Rechtspflege und die Polizei.

Meine Damen und Herren, "durch die Gesetze, die Rechtspflege und die Polizei" – deutlicher hätte man die Bedeutung unserer Justiz überhaupt nicht hervorheben können. Deshalb auch von meiner Seite einen herzlichen Dank an all diejenigen, die die Justiz im Freistaat Bayern verwirklichen, die der Justiz ein Gesicht geben, angefangen bei den Justizwachtmeistern, die für die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden sorgen, über viele Funktionen bis hin zu den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und natürlich auch den Justizvollzugsbediensteten. Es steht uns allen gut an, an der Stelle genauso, wie es die Kollegen getan haben, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: So schlecht scheint es momentan um die Sicherheit im Freistaat Bayern nicht bestellt zu sein, was die Justiz angeht. Sehen wir uns die Beobachtung durch die Presse bei dieser Debatte an: Die "Süddeutsche Zeitung" ist noch präsent; aber Vertreter weiterer Medien sehe ich im Moment nicht. Das heißt, zurzeit wird sehr viel als in Ordnung angesehen, meine Damen und Herren.

Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle nicht verhehlen: Mich macht die Entwicklung, die wir derzeit erleben, wirklich in vielerlei Hinsicht besorgt. In unserer Gesellschaft gibt es einen wachsenden Extremismus. Extremismen schaukeln sich wechselseitig hoch. Wir haben eine große Steigerung rechtsextremistischer Straftaten in Deutschland, aber auch in Bayern zu verzeichnen. Wir erleben islamistischen Terror. Spätestens nach Ansbach und Würzburg ist uns klar geworden, dass dieser Terror auch in Deutschland, in Bayern, angekommen ist. Ausländerextremismen schaukeln sich

wechselseitig hoch. Die Täter tragen die Probleme ihrer Staaten nach Deutschland hinein. Wir erleben auch einen Linksextremismus, der sich insbesondere gegen die Repräsentanten der staatlichen Ordnung, die Polizisten, richtet und sich in brutalen Körperverletzungen äußert.

Kolleginnen und Kollegen, das kann uns nicht kalt lassen, und das lässt uns auch nicht kalt. Deshalb haben wir in diesem Doppelhaushalt einen Schwerpunkt auf die Extremismusbekämpfung gelegt. Wir werden im Bereich der Justiz dafür 96 Stellen zusätzlich ausbringen. Wir bilden bei der Generalstaatsanwaltschaft in München eine hoch qualifizierte, zentrale Stelle für Extremismusbekämpfung. Wir verstärken die Extremismusbekämpfung in der Fläche und sorgen für einen weiteren Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht in München.

Außerdem sind wir auch im Justizvollzug schon seit Jahren auf diesem Gebiet aktiv. Wir tun sehr viel für die Deradikalisierung und für die Extremismusprävention im Vollzug. In den letzten Jahren ist das Thema des salafistischen und des islamistischen Terrors und Extremismus dazugekommen. Darauf haben wir mit einer zentralen Beauftragten und mit Extremismusbeobachtern im Vollzug geantwortet.

Absolute Sicherheit kann in einer freien Gesellschaft niemand gewährleisten. Aber wenn wir den Auftrag des Artikels 99 der Bayerischen Verfassung ernst nehmen, erkennen wir es als unsere Pflicht an, dafür das Bestmögliche zu tun. Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, mit diesen Strukturen geben wir eine klare und eindeutige Antwort im Rahmen des Gesamtkonzepts "Sicherheit durch Stärke".

Eine weitere Entwicklung muss uns alle besorgt machen. Wenn Sie über Ebay Dinge einkaufen – ich tue das nicht –, dann nutzen Sie die Vorteile des Netzes und können dafür sorgen, dass Dinge, die schon einmal in Gebrauch waren, nachhaltig weiterverwendet werden. Experten unserer Zentralstelle für Cybercrime-Bekämpfung können Ihnen vorführen, dass es im Darknet etwas ganz Ähnliches gibt. Dort kann man aber zum Beispiel nicht Kaffeetassen oder irgendwelche anderen legalen Güter erwer-

ben, um ein zu Bruch gegangenes Stück zu ersetzen, sondern dort existieren Droge-
numschlagplätze, auf denen man Bewertungen ganz ähnlich wie in Ebay abgeben
kann. Dort wird Waffenhandel getrieben, was in der Öffentlichkeit insbesondere durch
den schrecklichen Amoklauf von München etwas weiter verbreitet wurde. Auch andere
Straftaten werden dort angebahnt, Identitätsklau und Ähnliches. Kolleginnen und Kol-
legen, wenn man das sieht, wird einem schon angst und bange.

Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Wir haben deshalb zum 01.01.2015 die Zen-
tralstelle Cybercrime Bayern an der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg gegründet.
Die ersten beiden Jahre nach der Gründung zeigen, dass dieser Weg goldrichtig war.
Die Aufgaben, die diese Stelle wahrnimmt, nämlich herausgehobene schwierige Er-
mittlungsverfahren in diesem Bereich zu führen, nehmen deutlich zu. Diese Stelle ist
ein gefragter Ansprechpartner für unsere Staatsanwaltschaften in der Fläche, die na-
türlich weiterhin selbst Cyberkriminalität bekämpfen. Sie ist eine gefragte und gerne
angenommene Kontaktstelle der Staatsanwaltschaften zu anderen Stellen, die mit der
Cybercrimebekämpfung beschäftigt sind, sei es bei der Polizei oder auch in internatio-
nalen Organisationen. Wir haben diese Stelle als Expertenstelle gegründet, die bis
November mit vier bzw. fünf Personen ausgestattet war. Eine solche Stelle gibt es
auch in einigen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir aber jetzt mit diesem Doppelhaushalt auf den
Weg bringen, ist innerhalb Deutschlands einmalig. Ich glaube, dass wir hier Vorreiter
sind. Wir werden diese Cybercrimestelle um über 20 Stellen erweitern. Wir werden
damit eine wirklich schlagkräftige Einheit bilden, die dem sprunghaften Anwachsen der
Kriminalität in diesem Bereich entgentreten kann. Ich glaube, es wird nicht lange
dauern, bis andere Länder unserem Beispiel folgen.

(Beifall bei der CSU)

Die Kolleginnen Guttenberger und Wittmann haben schon ausführlich zu den anderen
Strukturen des Haushalts Stellung genommen.

Liebe Kollegen von der Opposition, natürlich kann man wie in der Metzgerei Boggsagg von "Antenne Bayern" sagen: Darf es noch ein bisschen mehr sein? – Natürlich könnten wir in verschiedenen Bereichen zusätzliche Stellen brauchen. Aber man muss es in der Gesamtverantwortung für den Haushalt sehen. Kolleginnen und Kollegen, seit 2013 haben wir – die Kollegin Wittmann hat es schon angesprochen – über 1.000 zusätzliche Stellen in der bayerischen Justiz geschaffen. Wir werden mit diesem Haushalt über 400 weitere neue Stellen dazubekommen. Herr Kollege Kränzlein, Sie haben den Richterverein angesprochen. Ich war bei dem Jubiläum in Erding dabei. Ich glaube, Sie waren auch dort. Ehrlich gesagt, muss die Veranstaltung, bei der Sie waren, eine andere gewesen sein.

(Beifall bei der CSU)

Der Richterverein, auch der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, hat deutlich gemacht, dass das, was in Bayern seit 2013 geschehen ist, einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Wittmann hat die 400 Stellen für Justizwachtmeister angesprochen. Der Kollege Wolf, mit dem ich sehr gut zusammenarbeite, hat mich selbst auf diese Zahl in Bayern angesprochen. Er hat gesagt: Dorthin wollen wir auch, was die Sicherheit unserer Gerichtsgebäude betrifft. – Ich habe nicht ausgerechnet, wie viele Gerichte und Gerichtsstellen es in Baden-Württemberg gibt und wie viele es bei uns gibt. Aber ich vertraue dem Kollegen, der sagt: Ihr seid da vorbildlich. – Das gilt umso mehr, als wir eine sehr gute Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten haben, was rund 300 zusätzliche Leute für die Sicherheit in unseren Einrichtungen bedeutet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Thema "Zeitgemäße Ausstattung". Ja, wir investieren in die Digitalisierung unserer Justiz. Auch das ist ein Schwerpunkt in unse-

rem Vorschlag für den Doppelhaushalt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt für eine moderne Justiz, lieber Kollege Streibl, lieber Kollege Pohl. Das ist wichtig. Die Justiz gehört in die Mitte der Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass die Justiz auf die Dauer mit dem Aktenwagen herumfährt, während alle anderen in der Gesellschaft mit Laptop, iPad, Tablet und anderen Dingen unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden das weiter vorantreiben. Wir werden die elektronische Akte, die auf einem sehr guten Weg ist, vorantreiben. Wer Landshut besucht hat und sich das dortige Pilotprojekt angeschaut hat, sieht, dass das auf einem sehr guten Weg ist. Das wird auch von außen so gesehen. Wir haben Anfragen von anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, aber auch aus dem Ausland, die sich unserem Konzept anschließen wollen.

Wir werden daneben auch die Fachverfahren weiter angehen. In der Tat sind die Fachverfahren in die Jahre gekommen. Aber wir gehen das an. Wir werden das System "forumSTAR" im Verbund mit anderen Ländern neu aufsetzen, weil seine Nutzung langsam an ihr Ende kommt. Auch die Digitalisierung ist ein wichtiger Punkt für unsere Justiz. Wir gehen sie an, wobei ich klar sage, dass für mich als Minister gilt: Sorgfalt geht hier vor Schnelligkeit.

Meine Damen und Herren, mehr Personal, zeitgemäße Ausstattung, aber auch die Hochbauprojekte sind ein Anliegen für uns. Einige, nicht alle, sind von der Kollegin Wittmann schon angesprochen worden. Wir konnten in den letzten Jahren die investiven Mittel in diesem Bereich zunächst steigern und dann auf hohem Niveau halten. Wir haben für die nächsten Jahre wichtige Projekte, die angegangen werden. Das ist notwendig und richtig. Ehrlich gesagt, lieber Kollege Streibl, müssen wir auch Folgendes sehen: Wir werden nicht jedes altherwürdige Gerichtsgebäude durch einen Neubau ersetzen. Das könnten wir uns nicht leisten. Das wäre meines Erachtens auch schade, weil Gerichtsbauten immer auch Ausdruck des Rechtsstaatsverständnisses

der jeweiligen Zeit sind. Deshalb sind sie zeithistorische Monumente, die wir erhalten sollten. Allerdings müssen sie auf einem modernen Ausstattungsstand sein. Deshalb bemühen wir uns, hier stetig zu Verbesserungen zu kommen. Ich glaube, insgesamt kann sich unser Haushalt in diesem Bereich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sage ich noch ein paar Worte zu den Dingen, die in der Debatte gesagt wurden. Eigentlich hätte ich gar nicht mehr das Wort ergreifen müssen. Die Kolleginnen Petra Guttenberger und Mechthilde Wittmann haben die Strukturen des Haushalts sehr gut dargelegt. Herr Kollege Kränzlein, als Oberminister, der auch ich mal war, hoffe ich, dass Sie sich damals, als Sie im Dienst waren, nicht selbst beweihräuchert haben,

(Florian von Brunn (SPD): So wie die CSU!)

sondern die Heiligung der Gemeinde bei den Hochämtern, was etwas ganz anderes ist, vollzogen haben. Die Darlegung der Strukturen unseres Haushalts hat nichts mit Selbstbeweihräucherung zu tun, sondern mit einem gesunden Maß an Demut, aber auch an Selbstbewusstsein; denn wir bringen die Justiz voran.

(Florian von Brunn (SPD): Das stinkt nach Eigenlob!)

Ich habe Sie und die Kollegin Gote gehört und frage mich, was für ein Bild Sie eigentlich vom bayerischen Strafvollzug haben. Ich kann nicht feststellen, dass wir unter den Ländern am Ende stehen, was die Resozialisierung angeht, ganz und gar nicht! Wir haben einen konsequenten Strafvollzug, der auf Resozialisierung und neue Chancen ausgerichtet ist. Ich habe in dieser Woche mit der Sepp-Herberger-Stiftung ein Projekt der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth angeschaut. Wir sind durch die Anstalt gegangen und haben gesehen, was an Ausbildungsmöglichkeiten und Sozialtherapien geboten wird. Auch das Angebot der Fachambulanzen für Gewalt- und Sexualstraftäter für Führungsaufsichtsprobanden mit entsprechender Auflage an den drei Standor-

ten ist aller Ehren wert. Wir haben seit 1990 einen erheblichen Stellenanstieg. Schauen Sie sich an, wie viele Stellen im Justizvollzug seit 1990 dazugekommen sind. Das lässt sich wirklich sehen. Wir sind noch nicht am Ende. Am Ende ist man in der Politik nie, wie wir heute Morgen gehört haben. Aber wir werden hier konsequent weitergehen.

Herr Kränzlein, Sie haben die Weihnachtsamnestie angesprochen. Mich hat ein bisschen gewundert, dass Sie offensichtlich das bayerische Strafvollzugsgesetz zum einen und die Ressortverteilung der Staatsregierung zum anderen nicht kennen. Das enttäuscht mich ein bisschen. In der Tat halte ich die Weihnachtsamnestie für einen falschen Weg;

(Beifall bei der CSU)

denn eine Amnestie ist ungerecht, wenn damit Leute bevorzugt werden. Es geht ja um Gerechtigkeit. Um Barmherzigkeit geht es im Einzelfall und in der Frage, wie die Kirche mit den Menschen umgehen soll. Aber in der Justiz geht es vor allem um Gerechtigkeit, und es ist nicht einsehbar, dass wir Menschen besser behandeln sollten, weil das Strafende nur zufällig in einen bestimmten Zeitraum fällt. Allerdings haben wir im Strafvollzugsgesetz die Regelung: Fällt das Strafende auf einen Samstag oder Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag, den ersten Werktag nach Ostern oder Pfingsten oder in die Zeit vom 22. Dezember bis zum 6. Januar, können die Gefangenen an diesem Tag oder dem dem Zeitraum vorhergehenden Werktag entlassen werden. Also werden die Gefangenen in der Regel nicht am 23. Dezember entlassen. Der Entlassungstag kann auch noch zwei Tage vorgezogen werden. Ich sage das nur zur Richtigstellung.

In Bayern ist, was ich manchmal bedaure, das Innenressort das Verfassungsressort. Insofern liegen Sie da auch ein bisschen falsch, Herr Kollege Kränzlein. Im Übrigen kann man über die Auslegung der Verfassung und der Verfassungsrechte trefflich streiten. Das sind Wertungsfragen. Insoweit ist das auch weniger eine Frage von persönlicher Verantwortlichkeit. Vielmehr führt die Verfassungsauslegung in einer Demo-

kratie immer zu einem Disput. Am Ende gibt es halt eine Stelle – das ist das Verfassungsgericht –, die die Sache letztverbindlich entscheidet. Das hat aber bei vielen dieser Fragen mit richtig oder falsch nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, jedenfalls möchte ich mich bei allen, die die Debatte mitgestaltet haben, für die konstruktive Behandlung dieses wichtigen Haushalts bedanken. Natürlich ist ein Glas immer halb voll oder halb leer. Aber ich denke, wir sind in der letzten Periode ein gutes Stück vorangekommen. Ich sage dafür einen herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Wir werden mit diesem Haushalt daran anknüpfen. Mehr als 400 zusätzliche Stellen und erhebliche investive Mittel lassen sich sehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, kommen Sie bitte ans Rednerpult zurück. Herr Kollege Dr. Kränzlein möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Minister, es war ganz spannend, Ihnen zuzuhören und sich die Fakten noch einmal anzuschauen. Ich übergebe Ihnen die Stellungnahme des Bayerischen Richtervereins zum Doppelhaushalt 2017/18. Alle Punkte habe ich referiert, und wenn Sie nur Lobesworte für Bayern gehört haben, muss Ihnen irgendjemand etwas Falsches eingeblasen haben. Vielleicht hat er zu viel Hochachtung vor dem Amt gehabt. Was der Bayerische Richterverein schriftlich niedergelegt hat, können Sie von mir haben. Das sind genau die Punkte, die ich genannt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Faktencheck: Ich habe wirklich einen gewissen Ehrgeiz gehabt, herauszufinden, was in Baden-Württemberg los ist. Jetzt habe ich die offiziellen Zahlen. Dort gibt es insgesamt über 3.000 Stellen im Strafvollzug und 2.471 Stellen im Bereich der Justizwachtmeister im Strafvollzug. Die anderen, die hier immer genannt werden, sind die, die bei den Gerichten Ordnung schaffen. Sie vergleichen hier immer ganz unterschied-

liche Zahlen. Das heißt, Baden-Württemberg als Negativbeispiel vorzuführen, trägt nicht.

(Horst Arnold (SPD): Das ist sogar oberflächlich!)

Als Drittes zu der Frage Amnestie oder Gnadenerlass. Das ist ja nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe der Zeitung entnommen, was hier in Bayern gemacht wird. Die 14 Bundesländer gewähren ja nicht eine Generalamnestie über viele Monate, sondern über wenige Tage bis vielleicht zu vier Wochen. Hintergrund ist folgender, und das ist nicht irgendwie gegen die Gerechtigkeit gerichtet: Strafgefangene, die am Freitag oder von mir aus am Donnerstag vor Weihnachten entlassen werden, schauen bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und Ähnlichem schlichtweg mit dem Ofenrohr ins Gebirge, weil da alles ruht oder überlastet ist. Da könnte Bayern jenseits der Gerechtigkeit sehr wohl unter dem Gesichtspunkt der Resozialisierung und der Wiedereingliederung ein klein wenig gnädiger sein. Ein bisschen Weihnachtsgnade wäre angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Kränzlein, um das ganz deutlich zu machen: Es ging bei dem Thema, das auch Frau Wittmann angesprochen hat – das wurde dann ein bisschen verwischt –, um die Sicherheit in Gerichtsgebäuden. Darauf hat mich mein Kollege Guido Wolf angesprochen, weil in Bayern über 1.000 Gerichtswachtmeister und rund 300 Leute von privaten Sicherheitsdiensten für Sicherheit sorgen. In Baden-Württemberg haben sie eben nur gut 400. Im Strafvollzug haben wir in der Tat unterschiedliche Strukturen. Wir haben in den vergangenen Jahren, was die Sozialtherapie und die Sozialarbeiter angeht, einen Schwerpunkt gesetzt und haben auch unsere allgemeinen Vollzugsdienste verstärkt. Aber das ist ein anderer Themenbereich. Das zum einen.

Dann haben Sie die Weihnachtsamnestie angesprochen. Herr Kollege, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Nur weil jemand seinen Strafantritt so hat, dass er im Dezember entlassen würde, kann ich ihm doch nicht einfach grundsätzlich einen Monat seiner Strafe schenken. Das hat meines Erachtens mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Die Regelung unseres Strafvollzugsgesetzes ist vernünftig; denn es wird Vorsorge dafür getroffen, dass Gefangene, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, nicht am Tag vor Weihnachten, sondern einige Tage vorher entlassen werden. Man unterstützt sie ja auch bei der Wohnungssuche. Insoweit kann mich da auch die Zahl von 14 Ländern der Bundesrepublik Deutschland, die es anders machen, nicht eines Besseren belehren. Diese Zahl ist für mich kein Argument, verehrter Herr Kollege.

(Zurufe von der CSU: Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir kommen damit zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13942 und 17/13943, 17/13738 mit 17/13766, 17/13767 mit 17/13775 und 17/13894 mit 17/13903 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14629 zugrunde.

Vorab, Kolleginnen und Kollegen, lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Die SPD-Fraktion hat zu ihrem Änderungsantrag betreffend "Stalkinghilfe/-schutz" auf Drucksache 17/13738 namentliche Abstimmung beantragt. Ich lasse jetzt abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.29 bis 13.34 Uhr)

Ich darf darauf hinweisen, dass die Mittagspause noch nicht beginnt. Es folgt noch die Schlussabstimmung. – Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Abstim-

mungsergebnis wird ermittelt. Ich unterbreche ganz kurz die Sitzung, bitte aber, noch hier im Saal zu bleiben, weil wir dann die Schlussabstimmung durchführen.

(Unterbrechung von 13.34 bis 13.36 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und bitte, die Plätze einzunehmen. – Ich darf das Ergebnis der eben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Es gab 14 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14629 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Unruhe)

Geht es bitte noch ein bisschen?

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14629 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13942 und 17/13943 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Herr Staatsminister, das Haus hat seine Pflicht erfüllt. Die Weichen für 2017 und 2018 sind gestellt. Ein gutes Arbeiten für die Menschen, die davon betroffen sind und die für uns Dienst leisten – herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schaue auf die Uhr. Diejenigen, die die ganze Zeit hier im Plenarsaal anwesend waren, haben sich die Mittagspause nun wirklich verdient,

(Heiterkeit)

aber auch die Stenografen und Stenografinnen und alle, die hier für uns tätig sind. Wir setzen die Sitzung um 14.15 Uhr fort.

(Unterbrechung von 13.40 bis 14.17 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nehme die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: "Stalkinghilfe/-schutz" (Kap. 04 01 neue TG) (Drs. 17/13738)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	48	81	14

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: „Stalkinghilfe/-schutz“
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 17/13738
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Gesundheitsmanagement
(Kap. 04 02 Tit. 525 21)
Drs. 17/13739
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 zusätzliche Planstellen für Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten und 50 zusätzliche Planstellen für Staatsanwälte, Staatsanwältinnen; Aufhebung des kw-Vermerks für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 neu geschaffenen 50 Planstellen für Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13740
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen, Aufhebung des kw-Vermerks für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 25 Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen und weitere 19 Stellenhebungen von BesGr. A 10 (Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen) nach BesGr. A 11 (Rechtspflegeamtänner, Rechtspflegeamtfrauen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13741
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13742
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Neue Planstellen für Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13743
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13744

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 zusätzliche Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre, Aufhebung des kw-Vermerks für die im Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 100 Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre und weitere Stellenhebungen im Justizfachwirtebereich
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13745
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
20 zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeranwälter, Rechtspflegeranwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13746
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Justizsekretäranwälter, Justizsekretäranwälterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13747
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und weitere 20 zweckgebundene Planstellen für die Übernahme von langfristig befristet beschäftigten Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13748
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Aufhebung kw-Vermerk für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 35 Aus-
hilfskräfte für die Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 11)
Drs. 17/13749
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Errichtung einer Psychotherapeutischen Fachambulanz für Sexualstraftäter und besonders gefährliche Gewaltstraftäter in Regensburg
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/13750
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13751
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
20 neue Planstellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13752
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Sozialdienste im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13753
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13754
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13755

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen für den Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13756
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
40 neue Planstellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13757
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Aufhebung kw-Vermerk für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 50 Planstellen für den Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13758
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Planstellen für Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen (3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: gehobener Vollzugsverwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13759
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
100 neue Planstellen für Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13760
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
50 neue Planstellen für Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen (2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: mittlerer Verwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13761
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Stellenhebungen im allgemeinen Vollzugsdienst, im Vollzugs- und Verwaltungsdienst in der 2., 3., und 4. QE, im Sozialdienst und für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13762
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Einführung der elektronischen Patientenakte im bayerischen Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 534 99)
Drs. 17/13763
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/13764
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 17/13765
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs
(Kap. 04 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/13766

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtbarkeit
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)
Drs. 17/13767
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13768
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13769
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13770
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/13771
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizwachmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13772
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Servicekräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13773
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13774
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sozialpädagogen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/13775
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13894
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13895
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Tit. 517 01)
Drs. 17/13896

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Bessere Bewährungshilfe ermöglichen (Kap. 04 04 Tit. 428 01) Drs. 17/13897 43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöhen – Haushaltsmittel bereitstellen (Kap. 04 04 und 04 05 Tit. 422 01) Drs. 17/13898 44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds (Kap. 04 04 neuer Tit.) Drs. 17/13899 45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Streichung von kw-Vermerken im Vollzugsdienst (Kap. 04 05 Tit. 422 01) Drs. 17/13900	46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Stellen im Krankenpflegedienst der Justiz (Kap. 04 05 Tit. 422 01) Drs. 17/13901 47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Anwärtnerinnen und Anwärtler im Justizvollzug (Kap. 04 05 Tit. 422 21) Drs. 17/13902 48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Sozialarbeit im Justizvollzug verbessern (Kap. 04 05 Tit. 428 01) Drs. 17/13903

Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 3A)

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staats- ministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Drs. 17/14626

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschluss-empfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14626) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staats- ministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Drs. 17/14640, 17/14654

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschluss-empfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14640) und den im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14654 genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Drs. 17/14630

Dem Einzelplan 14 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14630) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigung insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2017/2018; Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

Drs. 17/14628, 17/14655

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/14628) und den im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14655 genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt,

- a) die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen,
- b) den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen und
- c) die Ansätze bei 13 06 (Kapital und Schulden) Tit. 359 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) zwischen den Haushaltsjahren 2017 und 2018 so weit haushaltsneutral zu verschieben, als dies zum Ausgleich einer bei den parlamentarischen Beratungen vom Regierungsentwurf abweichenden Verteilung des Ansatzes bei Kap. 13 03 Tit. 893 06 (Verstärkung von Investitionsmaßnahmen) erforderlich ist.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/12806, 17/14636, 17/14657

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates
Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018
(Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)**

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630-2-21-F

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)

Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2017 auf 58 653 478 400 € und
 2. für das Haushaltsjahr 2018 auf 60 091 546 600 €
- festgestellt.

Art. 2 Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2017 bis zur Höhe von 0 €,
2. im Haushaltsjahr 2018 bis zur Höhe von 0 €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2016 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2017 bis zur Höhe von 150 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2018 bis zur Höhe von 150 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die bei den Kapiteln 13 06 und 13 60 im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Konditionen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen. ³Die Ermächtigung nach Satz 1 Halbsatz 1 vermindert sich bei dem Kapitel 13 60

1. im Jahr 2017 um 500 000 000 €,
2. im Jahr 2018 um 500 000 000 €

(Nettotilgung).

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 2 % des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 8 % des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3 Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO), ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kap. 13 03 Tit. 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach den Abs. 1 und Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit im Zuge der Aufstellung des Bundeshaushalts absehbar ist, dass gegenüber den im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5 (nicht besetzt)

Art. 6 Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für Abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35) sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind neben den folgenden Absätzen die Nrn. 2 und 3 der **Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Anlage 2 – DBestHG 2017/2018)** verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer sind gesperrt; die Aufhebung der Sperre richtet sich nach Art. 36 BayHO, wobei eine Aufhebung der Sperre vor dem 1. Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres nur in besonderen Einzelfällen erfolgen sollte. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von drei Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden (Wiederbesetzungssperre); dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gilt die Wiederbesetzungssperre sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2017 und

2018 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung ist Folgendes zu beachten:

1. Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, die im Haushaltsplan ausgebrachten Planstellen und Stellen nach folgenden Maßgaben auch anderweitig besetzt werden:

a) ¹Freie und besetzbare Planstellen und andere Stellen können wie folgt besetzt werden:

aa) Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)

- durch planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.),
- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30) oder
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.);

bb) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25)

- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit gleichem oder niedrigerem Anwärtergrundbetrag (Art. 77 des Bayerischen Besoldungsgesetzes – BayBesG),
- in Kapitel 03 18 durch Polizeioberwachmeister der Besoldungsgruppe A 5,
- durch Auszubildende oder Praktikanten mit betragsmäßig gleichen oder niedrigeren Bezügen oder
- durch Dienstanfänger;

cc) Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)

- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0.),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.) oder
- durch Auszubildende.

²Die in Satz 1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur mit Beschäftigten gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) sind für die zu besetzenden Planstellen die Eingangsämter maßgebend, in die die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintreten. ³Planstellen mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 BayBesG), mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen (Art. 34 Abs. 2 BayBesG) oder mit einer besonderen Zulage für Richter (Art. 56 BayBesG) sowie Planstellen mit einer Kombination der genannten Zulagen gelten als eigene Besoldungsgruppe. ⁴Gleiches gilt für Planstellen mit einer Stellenzulage (Art. 51 BayBesG), soweit der Ausweis der Stellenzulage im Haushaltsplan durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben ist. ⁵Planstellen derselben Besoldungsgruppe mit einer Amtszulage oder mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen gelten bei der Stellenverrechnung als gleichwertig; dies gilt nicht, wenn Planstellen sowohl mit einer Amtszulage als auch mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen ausgebracht sind. ⁶Soweit gemäß Satz 1 Doppelbuchst. aa Planstellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.

b) Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit, mindestens jedoch der Besoldungsgruppe A13, verrechnet werden.

c) ¹Auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 25) dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat bis zur Bekanntmachung des nächsten Haushaltsgesetzes Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im jeweiligen Eingangsamt verrechnet werden. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ist nicht erforderlich, wenn die Verrechnung zwölf Monate nicht überschreitet und die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.

- d) ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
- e) Nr. 3 DBestHG 2017/2018 bleibt unberührt.
2. Beamte, die eine Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen (Art. 53 BayBesG) oder eine Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes (Art. 54 BayBesG) und deshalb eine Besoldung entsprechend einer höheren Besoldungsgruppe erhalten, sind, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, in eine Planstelle dieser Besoldungsgruppe einzuweisen.
 3. ¹Beamte oder Arbeitnehmer, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift für ihre Person betragsmäßig dauerhaft Besoldung oder Entgelte einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe erhalten, sind in die nächste besetzbar werdende Stelle dieser oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einzuweisen. ²Für den Ausgleich von Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen gilt Entsprechendes. ³Satz 1 gilt nicht für Zulagen gemäß Art. 57 BayBesG.
 4. ¹Nr. 3 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmern höherwertige Tätigkeiten übertragen werden sollen und dadurch tarifrechtliche Ansprüche auf Höhergruppierung begründet werden oder bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) eine Zulage zu zahlen ist. ²Dies gilt jedoch nicht bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L für die Zeit der Vertretung eines erkrankten Bediensteten, für die Zeit der Vertretung einer Bediensteten, die den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt, oder für die Zeit der vollumfänglichen Urlaubsvertretung.
 5. Wird einem Beamten, der ein Amt der Besoldungsordnung A (Art. 22 BayBesG) innehat, ein Amt der Besoldungsordnung R (Art. 46 BayBesG) verliehen und erhält dieser Beamte gemäß Art. 21 BayBesG weiterhin das höhere Grundgehalt des Amtes der Besoldungsordnung A, kann von der Anwendung der Nr. 3 abgesehen werden.
 6. Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganze oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.
 7. ¹Wird ein Bediensteter unter Fortfall der Bezüge beurlaubt und auf einer Leerstelle geführt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganze oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle – für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung bestehen muss – zur Verstärkung des Titels 428 1. verwendet werden. ²Die Verstärkung kann nur zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge verwendet werden. ³Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt. ⁴Nr. 12.2 DBestHG 2017/2018 findet keine Anwendung.
 8. ¹Wird eine Elternzeit zur Inanspruchnahme der Schutzfristen der § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 der Bayerischen Mutterschutzverordnung vorzeitig beendet, so ist die Beamtin während der Schutzfristen in eine zur Verrechnung ihrer Bezüge geeignete freie und besetzbare Planstelle ihrer Verwaltung einzuweisen. ²Bis zu einer Einweisung in eine geeignete freie und besetzbare Planstelle ist die Beamtin während der Schutzfristen auf einer freien und besetzbaren Planstelle einer um bis zu vier Besoldungsgruppen niedrigeren Besoldungsgruppe zu führen. ³Ist eine Einweisung im Sinne der Sätze 1 und 2 mangels freier und besetzbarer Planstellen oder auf Grund einer geplanten zwingend notwendigen Inanspruchnahme der Planstellen nicht möglich und wurde die Beamtin während der Elternzeit auf einer Leerstelle geführt, kann die Beamtin vorübergehend, höchstens für die Dauer der Schutzfristen, weiterhin auf der Leerstelle geführt werden. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten für Arbeitnehmerinnen entsprechend.
 9. Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kostenneutral möglich.
- (4) ¹In Kapitel 15 05 kann das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, in den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, 15 50 sowie 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit die Stellen frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf für die Neufestsetzung besteht. ²Veränderungen im Bereich der Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der

jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 oder 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabwiesbaren Personalbedarfs zugewiesen werden.⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden.⁶Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug von Art. 25 Abs. 1 und 6 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Technologietransfers, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Stellen auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter, den Mitteln des Programms des Bundes „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ und bis zu 50 % der bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 96 veranschlagten Mittel ermächtigt. ²Die Stellen aus Zuwendungen Dritter dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen, im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag, von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 aus Zuwendungen Dritter geschaffenen Stellen können abweichend von Satz 2 auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) ¹Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß Art. 60 BayBesG sowie Anwärtersonderzuschläge gemäß Art. 78 BayBesG dürfen nur geleistet werden, soweit hierfür im Haushaltsplan Ausgabemittel veranschlagt sind. ²In den Haushaltsjahren 2017 und 2018 sind für Zuschläge gemäß Art. 60 BayBesG Ausgabemittel für 275 Vergabemöglichkeiten veranschlagt; Ausgabemittel für Zuschläge gemäß Art. 78 BayBesG sind nicht veranschlagt.

(9) ¹Über Stellen und die entsprechenden Ausgabemittel, die der Stellenplan als „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2017/2018“ bezeichnet, darf mit ihrem Freiwerden ab dem 1. August 2019 nicht mehr verfügt werden. ²Satz 1 gilt unabhängig vom Grund des Freiwerdens. ³Art. 47 Abs. 2 BayHO ist nicht anzuwenden. ⁴Soweit eine Ernennung gemäß § 8 Abs. 1 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG), der ein vor dem 31. Juli 2019 zum Freistaat Bayern begründetes Beamtenverhältnis auf Widerruf im Vorbereitungsdienst unmittelbar vorausgegangen ist, auf Grund des in Satz 1 genannten Zeitpunkts nicht möglich ist, verschiebt sich dieser Zeitpunkt auf den ersten Kalendertag, der nach dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ernennung liegt. ⁵Schließt sich unmittelbar nach dem Beamtenverhältnis auf Widerruf im Vorbereitungsdienst ein Arbeitsverhältnis nach den Vorschriften des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder an oder ist vor der Ernennung ein Arbeitsverhältnis nach den Vorschriften des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder vorgeschrieben, gilt Satz 4 entsprechend. ⁶Satz 4 gilt nicht für Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. ⁷Soweit die in Art. 6 Abs. 14 bis 24 des Haushaltsgesetzes 2015/2016 neu ausgebrachten und mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen mit befristet beschäftigten Arbeitnehmern besetzt wur-

den, verschiebt sich der in Satz 1 genannte Zeitpunkt auf das Ende des jeweiligen befristeten Arbeitsvertrags, höchstens jedoch um zwölf Monate. ⁸Die Art. 6b, 6c und 6f bleiben unberührt.

(10) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kostenneutral bis zu 20 Stellen innerhalb des Einzelplans 08 in das Kapitel 08 20 zur Errichtung eines Kompetenzzentrums für Ernährung umzusetzen, das verwaltungsmäßig in die Landesanstalt für Landwirtschaft eingebunden ist.

(11) Art. 68 Abs. 1 Satz 2 und 3 BayBesG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass jeweils an die Stelle des Betrags „12 200 000 €“ der Betrag „8 800 000 €“ und an die Stelle des Prozentsatzes „0,2“ der Prozentsatz „0,14“ tritt.

(12) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts, Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 15 in die für die Einführung und für den Betrieb der elektronischen Akte zuständigen Behörden umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Die Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung oder kostenneutrale Rückumwandlung oder beides vorsieht.

(13) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden, zur Deckung des personellen Bedarfs in der Unterbringungsverwaltung der Regierungen, in den Verwaltungsgerichten und in den sonstigen für Asylbewerber zuständigen staatlichen Behörden Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Satz 1 gilt entsprechend für Stellen, die nicht der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, aber für die im Haushaltsplan der Abschluss unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse zugelassen ist. ³Die für die umgesetzten Stellen veranschlagten Haushaltsmittel sind zusammen mit den Stellen umzusetzen. ⁴Die Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung oder kostenneutrale Rückumwandlung oder beides vorsieht.

(14) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Dienstbehörden im Rahmen von Behördenverlagerungen in besonderen Einzelfällen Stellen, die der Stellenbindung gemäß Abs. 1 Satz 1 unterliegen, umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln.

Art. 6a

(nicht besetzt)

Art. 6b

Sperre frei werdender Stellen ab 2017

(1) ¹In den Jahren 2017 bis 2022 sind 1 140 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren – einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12 –, und zwar je 100 Stellen in den Jahren 2017 und 2018, je 200 Stellen in den Jahren 2019 und 2020 und je 270 Stellen in den Jahren 2021 und 2022. ²Die Jahresraten der Jahre 2020 und 2021 können jeweils um bis zu 30 Stellen unterschritten werden. ³Die Unterschreitung muss spätestens im Jahr 2022 ausgeglichen werden. ⁴In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2017 und 2018 sind jeweils 150 vorhandene freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des jeweiligen Haushaltsjahres angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 des Neunten Buches

Sozialgesetzbuch (SGB IX) maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinne des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinne des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts zu verteilen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann die Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahlen der Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 kostenneutral ändern.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat setzt die Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 auf Antrag in andere Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen um. ²Scheidet ein neu eingestellter schwerbehinderter Mensch innerhalb von zehn Jahren nach der Umsetzung aus dem Staatsdienst aus, fällt die umgesetzte Stelle wieder nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 zurück, soweit sie nicht innerhalb eines Jahres wieder mit einem neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt wird.

(5) Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d

Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit wegen begrenzter Dienstfähigkeit (§§ 27 und 29 Abs. 3 BeamtStG) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung als Altersteilzeit (Art. 91 Abs. 1 bis 3 des Bayerischen Beamtengesetzes – BayBG) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit oder durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Besoldung gemäß Art. 7 BayBesG und der Besoldung gemäß Art. 6 BayBesG ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Teilzeitmodells (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Blockmodells (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle kann auch bis zur Wertigkeit der Planstelle des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Stellensperre bei den gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gebundenen Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf 40 % des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinne des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von einem Achtzehntel einer Planstelle mindestens in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 lag; begann oder beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre ein Zwölftel.

(6) ¹Die Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdiensttermäßigung bei Richtern (Art. 8c des Bayerischen Richtergesetzes – BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinne des Abs. 3 Satz 5 entspricht in den Fällen des Teilzeitmodells (Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG), in den Fällen des Blockmodells (Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG) und in den Fäl-

len des modifizierten Blockmodells (Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG) dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdienstermäßigung. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁴Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen.

(9) Wenn Beamte die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben und als Ausgleich Ersatzstellen ausgebracht werden oder wurden, gelten insoweit die Abs. 1 bis 8 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung entsprechend.

Art. 6e

(nicht besetzt)

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	1	07	2
03A	164	08	44
03B	26	10	19
04	80	12	67
05	5	15	23
06	69	Summe	500

²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, anhand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) Die Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6g Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) Abweichungen bei der Stellenbesetzung, die durch die Entgeltordnung (Anlage A TV-L in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung) oder durch die Stellenplanüberleitung gemäß Art. 6 Abs. 10 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 bedingt sind, sind mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat möglich.

(2) ¹Wären Stellen auf Grund der Entgeltordnung in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung abzusenken gewesen oder sind Stellen auf Grund dieser neuen Entgeltordnung abzusenken, dürfen diese bei einer Neubesetzung nur in der entsprechenden niederwertigen Entgeltgruppe besetzt werden. ²Ausnahmen in besonderen Fällen bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; sie sollen kostenneutral erfolgen. ³Die Stellen sollen im nächsten Haushaltsplan abgesenkt werden. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht soweit im Haushaltsplan für diese Arbeitnehmer Umwandlungsvermerke (Art. 21 Abs. 2 BayHO) ausgebracht wurden.

(3) ¹Die Abs. 1 und 2 gelten nur für Stellen, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Stellenbindung unterliegen oder für verbindlich erklärt wurden. ²Art. 6 Abs. 1 und 3 bleibt unberührt.

Art. 6h Besetzung von Stellen bei Familienpflegezeit

¹Bei Inanspruchnahme von Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz kann abweichend von Art. 49 Abs. 2 Satz 3 BayHO in den Fällen, in denen gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Stellenbindung besteht, bei der Stellenbesetzung während der Pflegephase und der Nachpflegephase statt auf den jeweiligen Gehaltsbruchteil auf einen durchschnittlichen Arbeitszeitanteil aus Pflegephase und Nachpflegephase abgestellt werden. ²Art. 6d ist nicht anwendbar.

Art. 6i Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2017/2018

¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags durch Stellenplanüberleitung im Stellenplan der Haushaltsjahre 2017 und 2018 Stellenhebungen in Höhe von insgesamt jeweils 5 000 000 € vorzunehmen. ²Die Jahreskosten in Höhe von 5 000 000 € verteilen sich wie folgt auf die Einzelpläne:

Einzelplan	Jahreskosten	Einzelplan	Jahreskosten
02	16 000 €	08	126 000 €
03A	1 333 000 €	10	75 000 €
03B	106 000 €	11	15 000 €
04	479 000 €	12	91 000 €
05	1 709 000 €	14	18 000 €
06	734 000 €	15	276 000 €
07	22 000 €		

³Stellenhebungen im Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung), die im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat liegen, können aus dem in Satz 2 festgelegten Anteil des Einzelplans 06 finanziert werden. ⁴Die kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen jeweils ab 1. Mai in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Art. 7

Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2017 und 2018 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Folgende Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter:

1. Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972,
2. Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1979/1980,
3. Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982,
4. Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994,
5. Art. 8 Abs. 6 des Haushaltsgesetzes 2009/2010,
6. Art. 8 Abs. 6, 7 und 10 bis 12 des Haushaltsgesetzes 2011/2012,
7. Art. 8 Abs. 7 und 11 des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und
8. Art. 8 Abs. 6, 9 bis 12 und 14 des Haushaltsgesetzes 2015/2016.

(2) ¹Das Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Energiespar-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 000 000 € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten, einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand, innerhalb einer Vertragslaufzeit von höchstens zwölf Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 70 % zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Prozentwert.

(2a) ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zum Bezug von Nutzenergie für staatliche Gebäude im Weg von Energieliefer-Contracting dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung von bis zu 100 % des die Investitionen abbildenden Grundpreises der vertragsgegenständlichen Energielieferung vorsehen, wenn der Freistaat Bayern unbelastetes Eigentum an sämtlichen Sachen erhält, die der Contractor zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Energieliefer-Contracting-Vertrag einbringt oder mit einem Grundstück des Freistaates Bayern verbindet. ²Soweit die Summe der Raten des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises im Einzelfall 1 000 000 € bezogen auf die Vertragslaufzeit nicht überschreitet, gilt die Ermächtigung nach Satz 1 bis zu einem Gesamtvolumen von 10 000 000 €; das Gesamtvolumen bemisst sich nach der Jahressumme des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises aus den Energieliefer-Contracting-Verträgen.

(3) ¹Die Bestände der Rücklagen und Sondervermögen bei den Kapiteln 80 01 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch oder aus sonstigen liquiditätsmäßigen Gründen die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altsschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften gegen einen verbilligten Mietzins oder unter vollständigem Verzicht auf einen Mietzins überlassen werden, wenn

1. der Elternbeitrag für den Besuch den in der jeweiligen kommunalen Beitragssatzung festgelegten Besuchsbeitrag, hilfsweise den durchschnittlichen Besuchsbeitrag freigemeinnütziger Träger in der Gemeinde, nicht überschreitet und
2. in der Kindertageseinrichtung Betreuungsplätze für Kinder von staatlichen Bediensteten bereitgehalten werden.

(5) ¹Dem Bayerischen Hauptmünzamt wird gestattet, für die Erbringung von Garantien im Rahmen der Teilnahme an Ausschreibungen oder des Abschlusses von Verträgen zur Prägung von Münzen Avalkredite bis zur Höhe von insgesamt 5 000 000 € für die Dauer der jeweiligen Ausschreibungsverfahren oder der jeweiligen Vertragserfüllungen aufzunehmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, eine Patronatserklärung abzugeben, dass der Freistaat Bayern das Bayerische Hauptmünzamt in die Lage versetzen wird, eventuellen Zahlungsverpflichtungen im Fall der Inanspruchnahme aus dem Aval nachkommen zu können.

(6) ¹Angehörige des öffentlichen Dienstes dürfen ihre privaten Elektrofahrzeuge oder Hybridelektrofahrzeuge an Ladevorrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle ohne Kostenerstattung elektrisch aufladen, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. ²Die Behördenleitung kann Dritten eine entsprechende kostenfreie Stromentnahme gestatten, solange sich die Personen auf Veranlassung der Behörde oder in Zusammenhang mit Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörde auf dem Behördengelände aufhalten.

(7) ¹Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Abgabe von Garantieerklärungen im Rahmen der Ausschreibungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr für folgende Projekte anzubieten, mit denen es für die ordnungsgemäße Leistung des Kapitaldienstes gegenüber dem Erwerber der Schienenfahrzeuge einsteht (Kapitaldienstgarantie):

1. für das Projekt „Donau-Isar“ bis zu einem Betrag von 400 000 000 €,
2. für das Projekt „E-Netz Regensburg“ bis zu einem Betrag von 330 000 000 € und
3. für das Projekt „1. Münchner S-Bahn Vertrag“ bis zu einem Betrag von 4 100 000 000 €.

²Die Laufzeit der Garantie darf höchstens 24 Jahre betragen. ³Damit verbunden ist die Verpflichtung, den Wiedereinsatz der Schienenfahrzeuge während der Amortisationszeit von 24 Jahren zu garantieren (Wiedereinsatzgarantie).

(8) ¹Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird das Staatsministerium der Justiz ermächtigt, der Stiftung „Internationale Akademie Nürnberger Prinzipien“ und dem „Memorium Nürnberger Prozesse“, die jeweils genutzten Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes in Nürnberg, Fürther Straße 110-112 auf Dauer und unentgeltlich zu überlassen. ²Die näheren Einzelheiten hierzu regelt eine Nutzungsvereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern, der Stadt Nürnberg und der Internationalen Akademie Nürnberger Prinzipien.

(9) Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, der Stadibau – Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mit beschränkter Haftung ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes, unentgeltliches Erbbaurecht am staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 439/52 der Gemarkung Oberföhring zu 4 149 m² einzuräumen.

(10) Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, der Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Braunschweig ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flurstück-Nr. 4400 der Gemarkung Würzburg von rund 4 200 m² für die Errichtung eines Gebäudes für das Helmholtz-Institut RNA & Infektion Würzburg (HIRI) einzuräumen.

(11) Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, die Durchfinanzierung der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke München gemäß Bau- und Finanzierungsvertrag bis zu einem Betrag von 3 849 000 000 € zu erklären; der Betrag umfasst auch eine Vorfinanzierung des Finanzierungsanteils des Bundes durch den Freistaat Bayern.

Art. 9

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 354) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 27 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 3 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3 und wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„¹Die Anteile der Ämter nach Abs. 2 dürfen nach Maßgabe sachgerechter Bewertung die Obergrenze von 30 v. H. nicht überschreiten.“
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „Die Vomhundertsätze des Satzes 1 beziehen“ durch die Wörter „Der Vomhundertsatz des Satzes 1 bezieht“ ersetzt.
- c) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4 und in Satz 2 werden die Wörter „Abs. 4 Satz 1 erster Spiegelstrich“ durch die Angabe „Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
- d) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 5.
- e) Es wird folgender Abs. 6 angefügt:
„(6) ¹Der Leiter oder die Leiterin des Finanzamts München kann abweichend von Abs. 1 in der Besoldungsordnung B eingestuft werden. ²Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin des Leiters oder der Leiterin des Finanzamts München erhält eine Amtszulage entsprechend Abs. 2.“

2. In Art. 34 Abs. 1 Satz 3 werden die Wörter „ , mit Ausnahme der Zulage nach Art. 27 Abs. 3 Satz 1,“ gestrichen.

3. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Zeile „Direktor, Direktorin des Hauses der Bayerischen Geschichte“ wird gestrichen.
 - bb) Nach der Zeile „Direktor, Direktorin des Landesamts für Maß und Gewicht“ wird die Zeile „Direktor, Direktorin des Landesamts für Schule“ eingefügt.
 - cc) Die Zeile „Leiter oder Leiterin der Landesbaudirektion bei der Autobahndirektion Nordbayern⁴⁾“ wird durch die Zeile „Leiter oder Leiterin des Finanzamts München“ ersetzt.
 - dd) Vor der Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Datenschutzaufsicht“ wird die Zeile „Präsident, Präsidentin der Landesbaudirektion Bayern“ eingefügt.
 - ee) Fußnote 4 wird aufgehoben.
- b) In der Besoldungsgruppe B 4 wird die Zeile „Generaldirektor, Generaldirektorin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen“ und die Zeile „Präsident, Präsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen“ gestrichen.
- c) Die Besoldungsgruppe B 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach der Zeile „Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung“ wird die Zeile „Direktor, Direktorin des Hauses der Bayerischen Geschichte“ eingefügt.
 - bb) Nach der Zeile „Erster Direktor, Erste Direktorin eines Regionalträgers der Deutschen Rentenversicherung“ wird die Zeile „Generaldirektor, Generaldirektorin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen“ eingefügt.
- d) Die Besoldungsgruppe B 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach der Zeile „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin²⁾“ wird die Zeile „Präsident, Präsidentin der Akademie der Wissenschaften³⁾“ eingefügt.
 - bb) Nach der Zeile „Präsident, Präsidentin der Lotterieverwaltung“ wird die Zeile „Präsident, Präsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen“ eingefügt.
 - cc) Es wird folgende Fußnote 3 angefügt:
„³⁾ Soweit der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin zugleich Professor oder Professorin ist, kann abweichend von Art. 5 Satz 1 die Besoldung aus dem zuerst übertragenen Amt gewährt werden. Dies gilt auch für befristete Leistungsbezüge für die Dauer der Befristung.“

- e) Der Besoldungsgruppe R 2 Fußnote 8 wird folgender Satz 4 angefügt:
„Erhält als Leiter oder Leiterin einer Hauptabteilung an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen eine Amtszulage nach Anlage 4.“
 - f) In der Besoldungsgruppe B 3 kw wird vor der Zeile „Direktor, Direktorin des Planungsverbands äußerer Wirtschaftsraum München“ die Zeile „Direktor, Direktorin des Hauses der Bayerischen Geschichte“ eingefügt.
 - g) Die Besoldungsgruppe B 4 kw wird wie folgt geändert:
 - aa) Vor der Zeile „Geschäftsführender Direktor, Geschäftsführende Direktorin der Landesgewerbeanstalt Bayern“ wird die Zeile „Generaldirektor, Generaldirektorin der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen“ eingefügt.
 - bb) Es wird die Zeile „Präsident, Präsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen“ angefügt.
4. Anlage 4 wird wie folgt geändert:
- a) In der Zeile Rechtsgrundlage „Art. 27 Abs. 2, Abs. 3 Satz 2“ wird in der Spalte Rechtsgrundlage die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.
 - b) Die Zeile Rechtsgrundlage „Art. 27 Abs. 3 Satz 1“ wird gestrichen.
 - c) In der Zeile Besoldungsgruppe A 13 wird in der Spalte Fußnote in der Zeile „4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 6 Satz 2“ die Angabe „Abs. 6“ durch die Angabe „Abs. 5“ ersetzt.
 - d) In der Zeile Besoldungsgruppe R 2 wird in der Spalte Fußnote nach der Angabe „7,“ die Angabe „8,“ eingefügt.

Art. 10

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Art. 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 354) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „3. in den Fällen des Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, wenn eine nach Art. 14 Abs. 1 ruhegehaltfähige Dienstzeit von 20 Jahren zurückgelegt worden ist
- a) bis zum 31. Dezember 2016 im Schicht- oder Wechselschichtdienst,
 - b) ab dem 1. Januar 2017 mit mindestens 450 abgerechneten Stunden Nacht-, Sonntags- und Feiertagsdienst pro Kalenderjahr oder
 - c) in vergleichbar belastenden unregelmäßigen Diensten.“

Art. 11

Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 2 der Verordnung vom 4. Oktober 2016 (GVBl. S. 302) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 12 wie folgt gefasst:
„§ 12 (aufgehoben)“.
- 2. § 12 wird aufgehoben.
- 3. § 20 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird aufgehoben.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.
 - b) Abs. 2 wird aufgehoben.

- c) Die bisherigen Abs. 3 und 4 werden die Abs. 2 und 3.
- d) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4 und die Wörter „der Abs. 1 Nrn. 1 und 3, Abs. 2 bis 4“ werden durch die Wörter „von Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 3“ ersetzt.
4. Anlage 4 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 4
(zu §§ 11 bis 18)

Erschwerniszulagen

Rechtsgrundlage				Betrag in Euro
je Stunde				
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1			3,32
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr		4,00
	Nr. 2			0,66
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG		0,81
	Nr. 3			4,00
je Monat				
§ 13	Abs. 1		16,02	
	Abs. 2		48,07	
	Abs. 3		64,09	
§ 14	Satz 1	Nr. 1	261,12	
		Nr. 2, 3	160,21	
	Satz 2		160,21	
§ 14a				143,22
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	376,49
			ohne Zusatzqualifikation	331,10
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	338,05
			ohne Zusatzqualifikation	292,65
	Abs. 2		48,07	
§ 16	Abs. 1		40,06	
	Abs. 2		16,02	
je Stunde				
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1		2,88	
	Nr. 2 Tauchtiefe	bis zu 5 m	11,96	
		mehr als 5 m	14,51	
		mehr als 10 m	18,03	
		mehr als 15 m bis zu 20 m	23,22	
		je weitere 5 m	4,63	
§ 18	Abs. 1	je Einsatz	26,70	
		monatlicher Höchstbetrag	400,45	
	Abs. 2 Satz 1		je Einsatz bis zu	267,02
	Abs. 3		monatlicher Gesamtbetrag	854,46
	Abs. 4	je Einsatz	16,02	
		monatlicher Höchstbetrag	240,33	

“

Art. 12 Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2016 (GVBl. S. 102) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu Art. 51 das Wort „kirchlichen“ gestrichen.

2. Art. 51 wird wie folgt gefasst:

„Art. 51
Vorkurse an Spätberufengymnasien

An Spätberufengymnasien, die am 1. Januar 1987 als solche in kirchlicher Trägerschaft standen, werden Vorkurse auch weiterhin in die Förderung nach Art. 38 bis 40 und 46 einbezogen.“

**Art. 13
Durchführungsbestimmungen**

Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die weiteren haushaltsgesetzlichen Regelungen in den Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.

**Art. 14
Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

(2) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten bis zum Tag der Bekanntmachung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(3) Mit Ablauf des 31. Dezember 2016 treten außer Kraft:

1. das Haushaltsgesetz 2003/2004 (HG 2003/2004) vom 24. Dezember 2002 (GVBl. S. 937, BayRS 630-2-13-F), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl. S. 84) geändert worden ist, und
2. das Haushaltsgesetz 2007/2008 (HG 2007/2008) vom 22. Dezember 2006 (GVBl. S. 1056, BayRS 630-2-16-F), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Dezember 2008 (GVBl. S. 958) geändert worden ist.

Anlage 1

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einzel- plan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	gegenüber 2016 mehr (+) weniger (-) Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	783,0	609,2	+173,8
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	495,4	497,0	-1,6
03	Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	2.480.413,5	2.292.996,4	+187.417,1
04	Staatsministerium der Justiz	1.031.079,4	1.026.663,9	+4.415,5
05	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -	84.177,8	70.679,4	+13.498,4
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	455.723,9	442.349,8	+13.374,1
07	Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	193.207,4	156.102,6	+37.104,8
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	411.111,6	493.591,8	-82.480,2
10	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	1.634.099,7	1.710.530,2	-76.430,5
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	12,9	20,8	-7,9
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	124.094,9	129.083,3	-4.988,4
13	Allgemeine Finanzverwaltung	50.293.689,0	47.637.239,6	+2.656.449,4
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	12.835,0	4.186,6	+8.648,4
15	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -	1.931.754,9	1.855.186,5	+76.568,4
	Summe	58.653.478,4	55.819.737,1	+2.833.741,3

Teil I: Haushaltsübersicht 2017

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2017 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	gegenüber 2016 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
126.461,2	124.386,7	+2.074,5	-125.678,2	-123.777,5	600,0	01
81.116,5	60.633,0	+20.483,5	-80.621,1	-60.136,0	-	02
7.979.698,7	7.456.953,3	+522.745,4	-5.499.285,2	-5.163.956,9	7.764.507,0	03
2.308.291,6	2.228.525,0	+79.766,6	-1.277.212,2	-1.201.861,1	337.255,9	04
12.023.464,9	11.712.138,8	+311.326,1	-11.939.287,1	-11.641.459,4	235.991,0	05
2.591.379,7	2.403.381,9	+187.997,8	-2.135.655,8	-1.961.032,1	529.205,0	06
1.066.277,3	939.452,0	+126.825,3	-873.069,9	-783.349,4	538.105,0	07
1.402.955,8	1.337.833,7	+65.122,1	-991.844,2	-844.241,9	279.908,2	08
6.317.156,7	6.957.337,7	-640.181,0	-4.683.057,0	-5.246.807,5	479.311,9	10
35.222,0	35.424,7	-202,7	-35.209,1	-35.403,9	-	11
882.445,3	868.162,7	+14.282,6	-758.350,4	-739.079,4	144.755,0	12
17.050.116,0	15.054.349,6	+1.995.766,4	+33.243.573,0	+32.582.890,0	1.220.113,2	13
136.835,1	116.737,3	+20.097,8	-124.000,1	-112.550,7	37.647,0	14
6.652.057,6	6.524.420,7	+127.636,9	-4.720.302,7	-4.669.234,2	598.796,2	15
58.653.478,4	55.819.737,1	+2.833.741,3	-	-	12.166.195,4	

Gesamtplan

Einzel- plan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2017 Tsd. €	gegenüber 2017 mehr (+) weniger (-) Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	783,0	783,0	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	495,4	495,4	-
03	Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	2.526.360,1	2.480.413,5	+45.946,6
04	Staatsministerium der Justiz	1.034.079,4	1.031.079,4	+3.000,0
05	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -	92.808,1	84.177,8	+8.630,3
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	431.626,5	455.723,9	-24.097,4
07	Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	175.276,7	193.207,4	-17.930,7
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	413.111,6	411.111,6	+2.000,0
10	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	1.714.042,0	1.634.099,7	+79.942,3
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	12,9	12,9	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	125.235,4	124.094,9	+1.140,5
13	Allgemeine Finanzverwaltung	51.688.088,3	50.293.689,0	+1.394.399,3
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	12.865,7	12.835,0	+30,7
15	Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -	1.876.761,5	1.931.754,9	-54.993,4
	Summe	60.091.546,6	58.653.478,4	+1.438.068,2

Teil I: Haushaltsübersicht 2018

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2018 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2017 Tsd. €	gegenüber 2017 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2017 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
133.078,1	126.461,2	+6.616,9	-132.295,1	-125.678,2	8.000,0	01
80.771,8	81.116,5	-344,7	-80.276,4	-80.621,1	-	02
8.171.656,2	7.979.698,7	+191.957,5	-5.645.296,1	-5.499.285,2	6.365.824,4	03
2.365.044,6	2.308.291,6	+56.753,0	-1.330.965,2	-1.277.212,2	223.272,3	04
12.513.427,7	12.023.464,9	+489.962,8	-12.420.619,6	-11.939.287,1	254.286,0	05
2.669.454,8	2.591.379,7	+78.075,1	-2.237.828,3	-2.135.655,8	314.547,4	06
1.080.423,6	1.066.277,3	+14.146,3	-905.146,9	-873.069,9	270.285,0	07
1.420.219,7	1.402.955,8	+17.263,9	-1.007.108,1	-991.844,2	222.603,0	08
6.246.873,1	6.317.156,7	-70.283,6	-4.532.831,1	-4.683.057,0	456.349,7	10
36.402,8	35.222,0	+1.180,8	-36.389,9	-35.209,1	-	11
902.691,5	882.445,3	+20.246,2	-777.456,1	-758.350,4	144.185,0	12
17.573.860,5	17.050.116,0	+523.744,5	+34.114.227,8	+33.243.573,0	434.920,6	13
137.065,4	136.835,1	+230,3	-124.199,7	-124.000,1	17.022,0	14
6.760.576,8	6.652.057,6	+108.519,2	-4.883.815,3	-4.720.302,7	470.385,0	15
60.091.546,6	58.653.478,4	+1.438.068,2	-	-	9.181.680,4	

Gesamtplan**Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**

	Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	57.262.092,3	58.834.388,4	53.574.939,7
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	57.993.178,4	59.395.446,6	55.686.417,1
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-731.086,1	-561.058,2	-2.111.477,4
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	3.362.436,0	1.823.198,0	976.618,1
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	-	-	580.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	3.362.436,0	1.823.198,0	976.618,1
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	500.000,0	500.000,0	1.130.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-500.000,0	-500.000,0	-550.000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.891.386,1	1.757.158,2	2.794.797,4
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	660.300,0	696.100,0	133.320,0
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.231.086,1	1.061.058,2	2.661.477,4
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	731.086,1	561.058,2	2.111.477,4
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2017 und 2018			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	3.362.436,0	1.823.198,0	976.618,1
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	-	-	580.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	3.362.436,0	1.823.198,0	976.618,1
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	500.000,0	500.000,0	1.130.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-500.000,0	-500.000,0	-550.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	150,0	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	64.000,0	60.000,0	40.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-63.850,0	-59.850,0	-39.850,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	3.362.586,0	1.823.348,0	1.556.768,1
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.926.436,0	2.383.198,0	2.146.618,1
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-563.850,0	-559.850,0	-589.850,0

Anlage 2
(zu Art. 13)**Durchführungsbestimmungen
zum Haushaltsgesetz 2017/2018
(DBestHG 2017/2018)****1. Deckungsfähigkeit**

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume – soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt –,
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft – soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt –,
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume – soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt –,
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben oder -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 oder 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.
- 1.4 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.
- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilli-

gung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Art. 6 Abs. 3 Nr. 1 zurückzuführen sind.

- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 eine Stellenbindung besteht, dürfen Mehrarbeit oder Überstunden, für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.
- 2.4 Die Titel 422 0., 428 01 und 428 02 dürfen einseitig zulasten der Titel für Europäische Fonds verstärkt werden.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 dieses Gesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

3.1 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich

- 3.1.1 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinne des Art. 22 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG) können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren – jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule – sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit der Besoldungsgruppe A 14 können auf Stellen für Akademische Direktoren oder auf Stellen für Leitende Akademische Direktoren – jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule – sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.1.2 ¹Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors – jeweils ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule – sowie wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.1.3 Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors – jeweils einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben – der Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG) sowie vergleichbare Arbeitnehmer können auf Stellen für Professoren der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.1.4 Stellen für Akademische Räte auf Zeit der Besoldungsgruppe A 13 und Akademische Oberräte auf Zeit der Besoldungsgruppe A 14 dürfen mit entsprechend eingestufteten Arbeitnehmern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.1.5 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinne des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben, besetzt werden.
- 3.1.6 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.1.7 ¹Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des Tarifvertrags für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken erfasst sind, können in besonderen unabweisbaren Fällen auf Stellen der Besoldungsgruppe W 2, des akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. ²Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.

- 3.1.8 Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.1.4 dürfen auf Stellen für Juniorprofessoren der Besoldungsgruppe W 1 Akademische Räte auf Zeit der Besoldungsgruppe A 13 sowie entsprechend eingestufte Arbeitnehmer und wissenschaftliche Mitarbeiter mit einem Bachelor-Abschluss verrechnet werden.
- 3.2 Besondere Regelungen für den Richterbereich
- Auf Stellen für Richter der Besoldungsgruppe R 2 können auch Richter kraft Auftrags der Besoldungsgruppen A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der Besoldungsgruppe R 1 auch Richter kraft Auftrags der Besoldungsgruppen A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.3 Arbeitnehmer-Budget
- 3.3.1 ¹Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.3.2 Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat kann im Einvernehmen mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für den Vollzug des Arbeitnehmer-Budgets einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung (VV-BayHO) und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Bezüge und sonstigen Leistungen bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.
- 3.4 Feststellungen der Rechnungsprüfung
- ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzu beziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen**
- 4.1 Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (FkzBek) vom 15. November 2001 (FMBI. S. 471; 2002 S. 69, StAnz. 2002 Nr. 27) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten
- a) der amtsärztlichen Untersuchung von
- Beamten und Bewerbern,
 - Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, und
 - Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie
- b) einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,
- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (Abschnitt 13 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht analog),
- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat,

- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung – Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impfs Serum – gegen FSME. Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- a) in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, im Gartenbau sowie in der Vermessungsverwaltung regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
 - b) im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
 - c) im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - d) in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben, zu erregerhaltigen oder verunreinigten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung,
- 4.2.6 für die Übernahme der notwendigen Fahrkosten – bis zur Höhe der Kosten für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder im Fall einer notwendigen Benutzung eines eigenen Fahrzeugs Wegstreckenentschädigung in sinngemäßer Anwendung des Art. 6 Abs. 6 des Bayerischen Reisekostengesetzes – BayRKG – für die aus Anlass einer dienstlich angeordneten Inanspruchnahme des beim Betriebsärztlichen Dienst im jeweiligen Geschäftsbereich angesiedelten Psychologen.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehreinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehreinrichtungen im Sinne dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Ortes der Lehreinrichtung wohnen (§ 8 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Bayerischen Trennungsgeldverordnung – BayTGV – in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Umzugskostengesetzes – BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.
- 4.4 ¹Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen wird Beamten, die im Lauf des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem Arbeitsverhältnis im Sinne des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 %, für die übrigen Beschäftigten 65 % des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis oder des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt – mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden –, Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung oder des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zulasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis oder vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht geführt wurde.
- 4.5 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.

- 4.6 Dienstleistern, die Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements unter Bezugnahme auf den vom Staatsministerium der Finanzen mit Schreiben vom 26. Juli 2010, Az. PE-P 1400 FV-028-29360/10, erlassenen Handlungsleitfaden zum Behördlichen Gesundheitsmanagement für Beschäftigte des Freistaates Bayern in Behördenräumen durchführen, kann für die Durchführung der Maßnahme die Nutzung der Diensträume unentgeltlich oder verbilligt überlassen werden.
- 4.7 ¹Gesetzliche, durch Rechtsverordnung geregelte oder tarifliche Ausgaben zur finanziellen Abgeltung von krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenem Urlaub bei Beendigung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitsverhältnisses sind auf der Haushaltsstelle zu verbuchen, auf der die Bezüge des Beschäftigten vor der Beendigung des Beamtenverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses verbucht wurden. ²Satz 1 gilt entsprechend soweit eine durch Gesetz, Rechtsverordnung oder Tarifvertrag geregelte finanzielle Abgeltung von krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommenem Urlaub bei Beendigung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitsverhältnisses in einer Bekanntmachung der Staatsregierung oder in einer Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für entsprechend anwendbar erklärt wird.
- 4.8 ¹Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer können im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung“ und im Rahmen der Verlagerung des Landesamts für Statistik in entsprechender Anwendung der §§ 7 und 8 des Tarifvertrags über den Rationalisierungsschutz für Angestellte verdoppelte Abfindungen gezahlt werden. ²Die danach mögliche Abfindungssumme darf höchstens 70 % der Personaldurchschnittskosten – bezogen auf den Zeitpunkt des Ausscheidens – betragen, die ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens bis zu dem Zeitpunkt anfallen würden, zu dem die oder der Beschäftigte das gesetzlich festgelegte Alter für eine Regelaltersrente erreicht hätte. ³Tritt die oder der Beschäftigte innerhalb eines Zeitraums, der kürzer ist als die der Abfindung zugrundeliegende Zahl der Monatsbezüge, in ein Arbeitsverhältnis zum Freistaat Bayern oder zu einem anderen Arbeitgeber, der vom Geltungsbereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder oder des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst erfasst ist, verringert sich die Abfindung entsprechend. ⁴Der überzahlte Betrag ist zurückzuzahlen. ⁵Beschäftigte haben bei Abschluss des Auflösungsvertrags unter Zahlung der verdoppelten Abfindung dem Arbeitgeber gegenüber schriftlich zu erklären, dass sie sich über die Auswirkungen der freiwilligen Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Leistungsansprüche gegenüber der Arbeitsverwaltung sowie über die Folgen in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung – Kranken- und Rentenversicherung einschließlich Rentenansprüche, Pflegeversicherung – und in der Zusatzversorgung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder eingehend informiert haben.
- 4.9 ¹Bedienstete des Freistaates Bayern, deren bisherige Dienststelle im Sinne des Personalvertretungsrechts ganz oder teilweise im Rahmen der Heimatstrategie (Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ und „Strukturkonzept – Chancen im ganzen Land“) verlagert wird und die im Zuge dessen auf Dauer von ihrem bisherigen Dienstort an den Zielort wechseln, können einmalig eine Mobilitätsprämie in Höhe von 3 000 € brutto erhalten. ²Die Gewährung der Mobilitätsprämie erfolgt aus dem Haushaltsansatz bei Kap. 13 03 Tit. 443 06.
- 5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen**
- 5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.
- 5.2 Soweit Bezüge der Beamten und Richter oder Entgelte der Beschäftigten im Staatshaushalt gebucht und nachgewiesen werden, aber ganz oder teilweise von Stellen außerhalb des Staatshaushalts finanziell zu tragen sind, sind auch die Ausgaben für Beihilfen, abzuführende Beihilfe- und Verwaltungskostenpauschalen in den Fällen von Art. 6 Abs. 6 Satz 3 und Abs. 7 Satz 3, Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgelder, Auslagenersatz im Sinne des Art. 12 BayUKG, Übergangsgelder sowie alle sonstigen personalbezogenen Ausgaben, z. B. Unfallfürsorgeleistungen, Sachschadenersatz und Fortbildungsreisen, zulasten der Ansätze aus Mitteln Dritter zu leisten.
- 5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet (Bestellbauten), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.

6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach den Art. 24 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der Nr. 3 zu Art. 35 VV-BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.

7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen anstelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.

7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie

7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder

7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land, insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben, gewährt wurden und der Bund dies zulässt.

7.4 An das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuern für Betriebe gewerblicher Art dürfen von den diesbezüglichen Einnahmen abgesetzt werden.

7.5 Rückzahlungen von Einzahlungen, die über eine elektronische Bezahlplattform abgewickelt werden, dürfen von der Einnahme abgesetzt werden.

8. *(nicht besetzt)*

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabe-
reste nachgewiesen werden.

10. Nutzungen und Sachbezüge

10.1 Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerruflich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 % des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 %

des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

10.2 Private Nutzung von dienstlichen Festnetzanschlüssen

Angehörige des öffentlichen Dienstes dürfen in dringenden Fällen und in geringfügigem Umfang private Telefonate von einem dienstlichen Festnetzanschluss ohne Kostenerstattung führen.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel – unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze – der Einzelpläne 01 bis 12, 14 und 15

a) die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 443 16, 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,

b) die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549 und

c) die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82

nach näherer Maßgabe der folgenden Nummern gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zulasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das Durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellingehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.

12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder

a) ein Zwölftel aus 75 % des Durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder

b) ein Zwölftel aus 50 % des Durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.

12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.

12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben

12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- oder Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.

- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zulasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Umwidmung von Personal- in Sachmittel bei Privatisierungen
¹Die Einschränkungen der Nrn. 12.2 und 12.3 gelten nicht, soweit bei der Privatisierung von Aufgaben eine Umwidmung von Personal- in Sachmittel notwendig ist, die entbehrlichen Stellen nicht wieder besetzt und im nächsten Haushaltsplan – stellen- und betragsmäßig – abgesetzt werden. ²Auf sich hier nach ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden, sofern im Einzelfall die auf das Kalenderjahr hochgerechnete Gesamthöhe der umgewidmeten Durchschnittlichen Stellengehälter 250 000 € nicht übersteigt; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 12.5 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.5.1 Bauunterhalt
¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.5.2 Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben
Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Gruppe 548 gilt nur als einseitige Verstärkung zulasten der Titel dieser Gruppe.
- 12.5.3 Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen und Integrationsprojekte
¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die in den Sammelkapiteln ausgebrachten Titel 547 26 und 812 26 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.6 Koppelung mit Einnahmen
¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 % der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.7 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.7.1 Übertragbarkeit
Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.7.2 Zeitliche Bindung
Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.8 Einzelregelungen
Die in den Nrn. 12.1 bis 12.7 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.

12.9 Berichtspflicht

Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.8 aus Einsparungen oder Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Christine Kamm

Abg. Harald Güller

Abg. Hans Herold

Abg. Susann Biedefeld

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** gemeinsam auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017) (Drs. 17/12805)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion
(Drs. 17/14656)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 17/14275 und 17/14276)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 17/14277)

und

**Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion
(Drsn. 17/14089 und 17/14655)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion
(Drsn. 17/14009 mit 17/14020)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 17/13980 mit 17/13987)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 17/14225 mit 17/14239)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)

(Drs. 17/12806)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/14287 und 17/14657)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/14282 mit 17/14285)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/14278 mit 17/14281)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/14286)

In die Beratung mit einbezogen werden die vorgenannten, zum Plenum eingereichten Änderungsanträge der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/14656 zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2017, auf Drucksache 17/14655 betreffend die Schlüsselzuweisungen beim Kapitel 13 10 und auf Drucksache 17/14657 zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018.

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 44 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 44 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz auf den Drucksachen 17/14020 und 17/14284 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich eröffne

die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat der Herr Kollege Bachhuber das Wort. Bitte sehr.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister Dr. Söder, Hohes Haus! Um es vorwegzunehmen: Ich spreche nur zum kommunalen Finanzausgleich. Zum Finanzausgleichsgesetz und zum Haushaltsgesetz sprechen dann der Kollege Winter und der Kollege Herold.

Der Grundsatz bei der Aufstellung des kommunalen Finanzausgleichs ist der Vergleich der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen. Ich freue mich, wiederholt feststellen zu können, dass der 10-Jahres-Vergleich auch diesmal zugunsten der Kommunen ausfällt. Nicht nur sprudeln die Steuereinnahmen weiterhin, wie wir schon oft gehört haben. Die Kommunen konnten die Ausgaben für freiwillige Leistungen im Jahr 2014 auf über 6,8 Milliarden Euro steigern. Das sind 21 % ihrer Gesamteinnahmen. Ich meine, das ist ein enorm hoher Anteil. Ich darf festhalten: Wäre der Freistaat Bayern nicht der verlässliche Partner der Kommunen, wäre dies in dieser Höhe nicht möglich. Das Schöne und Beruhigende daran ist, dass der Blick in die Zukunft keine Verschiebungen zulasten der Kommunen erkennen lässt. Nach wie vor bestehen hohe Belastungen im Asylbereich. Dies trifft den Staat wie die Kommunen, wobei jeder seinen Anteil tragen muss. Der Vorsitzende des Städtetages, OB Maly, sagt hierzu in seinem Rundbrief 2016: "Der Freistaat Bayern hat, anders als andere Bundesländer, einen Großteil der Kosten erstattet." – Damit stehen Bayerns Kommunen besser da.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl! – Peter Winter (CSU): Da hat er recht!)

Meine lieben Kollegen, auch der Ländervergleich unterstreicht die gute Finanzlage der bayerischen Kommunen. Sie haben seit Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote. Während die westlichen Flächenländer 2015 im Durchschnitt auf 13,3 % kommen, sind es in Bayern fast 23 %. Der Krisenindikator der kommunalen Kassenkredite spielt bei uns praktisch keine Rolle. Sie machen nur 1,6 % der Gesamtverschuldung

aus. Die Kommunen anderer Bundesländer wären froh, wenn sie auch nur annähernd auf solche Werte kämen. Deshalb war es keine Überraschung, dass die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich eine Einigung gebracht haben. Hierzu darf ich nochmal OB Maly zitieren. Er ist bekanntlich nicht unbedingt der CSU zuzurechnen.

(Reinhold Strobl (SPD): Sehr gut beobachtet!)

Er schreibt: Das Verhandlungsergebnis über den kommunalen Finanzausgleich 2017 ist ein Kompromiss, in dem sich alle Beteiligten wiederfinden können. Positiv fällt der aufkommensbedingte Anstieg des kommunalen Anteils im allgemeinen Steuerverbund ins Gewicht. Dadurch werden die Schlüsselzuweisungen nächstes Jahr insgesamt steigen. Wir haben einen Schwerpunkt bei den Investitionen setzen können. Insbesondere beim Schulhausbau und dem Bau von Kindertagesstätten werden mehr Mittel bereitgestellt. – Dieser Kompromiss ist akzeptabel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gespräch am 1. Dezember 2016, das zwischen den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung, Herrn Dr. Markus Söder, Herrn Staatsminister Marcel Huber, Herrn Ausschussvorsitzenden Peter Winter und den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände stattfand, hat sich positiv ausgewirkt. Dabei haben sich beide Seiten darauf verständigt, dass der Freistaat Bayern seine Kommunen bei der Bewältigung der Jugendhilfekosten für junge Volljährige zusätzlich stark unterstützt. Die Erstattung ist auf eine Gesamthöhe von zusätzlich 112 Millionen Euro für beide Jahre begrenzt. Die Finanzierung erfolgt, wie wir eben gehört haben, im Rahmen der in den Jahren 2016 bis 2018 im Einzelplan des Sozialministeriums veranschlagten Haushaltsmittel. Der Freistaat Bayern erstattet den Kommunen demnach in den Jahren 2017 und 2018 einen Teil der Jugendhilfekosten für volljährig gewordene Flüchtlinge, die noch Jugendhilfebedarf haben. Die Erstattung erfolgt in Form von Pauschalen im Gesamtumfang von, wie bereits gesagt, 112 Millionen Euro zusätzlich. Die Kostenpauschale beträgt im Jahr 2017 40 Euro und im Jahr 2018

30 Euro pro Tag. Damit entlastet der Freistaat Bayern seine Kommunen noch stärker als bisher bei der Bewältigung der Aufgaben im Bereich Asyl und Integration.

Hohes Haus, der kommunale Finanzausgleich 2017 übertrifft die in den Vorjahren erzielten Rekordwerte nochmals. Bereits der Regierungsentwurf sah einen Anstieg um 260 Millionen Euro auf über 8,82 Milliarden Euro vor. Im Regierungsentwurf beruhte der Kommunalanteil am allgemeinen Steuervolumen auf einer Schätzung, da der Verbundzeitraum zum Zeitpunkt der Aufstellung noch nicht abgelaufen war. Nach Ablauf des Verbundzeitraums am 30. September 2016 ergibt sich im Jahr 2017 ein um rund 73,5 Millionen Euro höherer Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund. Auch hier soll dieser Aufwuchs von rund 67,5 Millionen Euro entsprechend dem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände in die Schlüsselzuweisungen fließen, die übrigen 6 Millionen Euro in die Zuweisung nach Artikel 13 des FAG, insbesondere für Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen, die in gemeindlicher Sonderbaulast stehen.

Zur Umsetzung dieser Änderungen, die endgültig erst nach den Haushaltsberatungen feststanden, sind noch Anpassungen insbesondere im Einzelplan 13 und im FAG-Änderungsgesetz 2017 erforderlich. Dazu haben wir entsprechende Änderungsanträge eingebracht, zu denen ich jetzt schon um Zustimmung bitte. Unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung und der endgültigen Berechnung des allgemeinen Steuerverbundes steigt der kommunale Finanzausgleich 2017 damit sogar um insgesamt 352 Millionen Euro auf rund 8,91 Milliarden Euro. Damit ist ganz klar belegt: Der kommunale Finanzausgleich 2017 stärkt die Verwaltungshaushalte vor allem durch eine Anhebung der Finanzzuweisungen und verbessert die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch eine massive Anhebung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme ganz kurz zu den einzelnen Leistungen. Die Schlüsselzuweisungen 2017 wachsen um 131 Millionen Euro auf 3,36 Milliarden Euro an. Morgen bekommen die Kommunen ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk, eine vorgezogene Bescherung.

(Harald Güller (SPD): Das steht ihnen zu! Das ist kein Geschenk der Staatsregierung! – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Strukturelle Änderungen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind für 2017 nicht vorgesehen. Die Änderungen der letzten Jahre zugunsten strukturschwacher Kommunen entfalten auch im Jahr 2017 ihre positiven Wirkungen. Die Finanzaufweisungen zu Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und des staatlichen Landratsamts steigen um 34 Millionen Euro auf 462 Millionen Euro. Damit können – das wurde von den Spitzenverbänden sehr lobend anerkannt – die Pro-Kopf-Beiträge deutlich um 2,30 Euro auf 35,70 Euro je Einwohner angehoben werden. Kreisfreie Städte erhalten diesen Betrag in voller Höhe. Landkreise und kreisangehörige Gemeinden teilen sich diesen Betrag. Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro gehalten werden. Mit diesem hohen Mittelausatz können wir weiterhin konsolidierungswillige Gemeinden und Landkreise mit Strukturschwäche oder besonders negativen Bevölkerungsentwicklungen, die sich in finanzieller Notlage befinden, gezielt unterstützen.

Massiv verbessert – darauf bin ich schon eingegangen – wird die Förderung des kommunalen Hochbaus. Die Fördermittel steigen um 70,2 % auf 500 Millionen Euro. Das ist eine noch nie da gewesene Summe für Schulen, Kindertageseinrichtungen und andere kommunale Hochbaumaßnahmen. Die hohen Finanzmittel ermöglichen die Anhebung der Fördersätze. Der Orientierungswert bei der Förderung von Schulen und Kindertageseinrichtungen steigt um 10 % auf 50 %. Der Ansatz für die Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen steigt um 3,4 Millionen Euro auf 503 Millionen Euro an. Dieser Ansatz stellt sicher, dass die Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes in voller Höhe abgerufen werden können.

In den letzten Jahren – das freut natürlich alle Bürgermeister gerade der kleineren Gemeinden – wurde die Investitionspauschale auf mindestens 110.000 Euro angehoben. Das erreichte hohe Niveau kann auch 2017 beibehalten werden. Insgesamt werden 406 Millionen Euro bereitgestellt. Ebenfalls fortgeführt werden die Mittel für den kommunalen Straßenbau und Straßenunterhalt in Höhe von 314,3 Millionen Euro.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden ebenfalls auf hohem Niveau fortgeführt. Wie im Vorjahr stehen 648 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Staatsminister Dr. Söder, ich danke Ihnen für diesen Haushalt, der kommunalfreundlich ist wie kein anderer in unserer Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans Herold (CSU): Genauso ist es!)

Der kommunale Finanzausgleich 2017 ist erneut ein Beleg für die faire Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen. Er trägt sicher dazu bei, dass Bayerns Kommunen weiter ganz vorne an der Spitze der Republik stehen. Ich bitte daher um Zustimmung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zu den Prämien im Haushalt 2018.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Bachhuber. – Zur nächsten Wortmeldung darf ich dem Kollegen Knoblauch von der SPD das Wort erteilen. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem kommunalen Finanzausgleich kommt sicher eine ganz besondere Bedeutung für das Gemeinwesen in unserem Land zu. Deshalb sind wir sicher froh, wenn die Entwicklung beim Finanzausgleich wegen der erhöhten Steuereinnahmen nach oben geht. Wir haben Rekordsteuereinnahmen; darüber freuen wir uns. Wir müssen uns aber in erster Linie bei den Bürgerinnen und Bürgern draußen für ihre Arbeit und Leistungskraft bedanken. Aber ich möchte einen weiteren Dank aussprechen, weil wir immer darüber reden, dass die Bürgermeister, die Stadträte und die Gemeinderäte in ihrer

Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einen hervorragenden Job machen. Sie machen einen tollen Job, und dafür herzlichen Dank; denn sie setzen letztlich das um, was für uns wichtig ist. Das ist das Fundament unseres Staates.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die Bürger zufrieden sind, dient dies sicher der Stabilität der Demokratie.

Lieber Kollege Bachhuber, eines muss man schon sagen. Man braucht es nicht als Weihnachtsgeschenk zu bezeichnen, wenn die Schlüsselzuweisungen erhöht werden. Das ist geregelt. Wenn die Steuern nach oben gehen, erhöht sich eben auch die Schlüsselzuweisung. Das ist genauso wie bei der Beteiligung an einem Unternehmen. Das ist weder vom Finanzminister noch von der CSU ein besonderes Geschenk, sondern beruht auf einer Regelung, die in Bayern momentan besteht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Leider ist der Anteil am Steuerverbund nach wie vor prozentual nicht angehoben worden. Selbst die Zuweisungen für die Übernahme staatlicher Aufgaben der Kommunen und der Landkreise nach Artikel 7, den Sie so hervorheben, sollten – ich betone das immer wieder – sollten doppelt so hoch sein wie die 1,15 Euro, die die Landkreise jetzt bekommen. Man muss sich anschauen, was sie draußen für den Staat leisten. Ich muss sagen, der Freistaat lässt sich seine Aufgaben von den kreisangehörigen Gemeinden mitfinanzieren. Das ist doch eine Tatsache.

Ich vergleiche einmal die Jahre von 2008 bis heute. Vor zehn Jahren lag der kommunale Finanzausgleich bei 6,6 Milliarden Euro; damals hat der Haushalt des Freistaates 39 Milliarden Euro umfasst. Damit haben die Kommunen einen Anteil von 16,9 % erhalten. 2016 haben sie 8,6 Milliarden von den 55 bis 56 Milliarden Euro Einnahmen des Gesamthaushalts erhalten; das waren 15,3 %. Dieses Jahr geht es noch weiter herunter: 9 Milliarden Euro von insgesamt 60 Milliarden sind 15,1 %. Der Unterschied beträgt über 1 Milliarde Euro. Sie sagen, die Kommunen bekommen 350 Millionen

Euro mehr. Eigentlich würde den Kommunen 1 Milliarde mehr zustehen, als Sie errechnet haben. Wir werden uns für die Zukunft Gedanken machen müssen – ich bitte auch, darüber im Finanzministerium und im Innenministerium nachzudenken –, dass wir nicht nur den ganz kleinen Gemeinden einen Investitionszuschuss geben, sondern auch an die zentralen Orte denken, die ihre Aufgaben im Interesse des ländlichen Raumes und der Landkreise erfüllen. Sie werden nämlich in ihrem Kulturprogramm und mit ihren Hallenbädern, Eisplätzen, Musikschulen usw. alleingelassen. Dafür gibt es überhaupt nichts. Das sollte man bei den Schlüsselzuweisungen vielleicht stärker berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht unendlich wichtig sind. Wir versuchen seit Jahren, die Lebensqualität draußen bei den Kommunen zu erhalten. Die CSU weigert sich aber kontinuierlich ganz hartnäckig, beispielsweise einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder einzurichten. Wir haben in Bayern ungefähr 890 Bäder. 43 sind schon geschlossen worden, 263 sind sanierungsbedürftig und 65 von Schließung bedroht; das sind Ermittlungen der Staatsregierung und nicht von uns. Deshalb müssen wir darauf achten, dass die Lebensqualität draußen im Land nicht verloren geht. Da verweigert sich die CSU der Lebensqualität. Wenn es so weitergeht – ich meine auch die Vorgabe der 40 Sportklassen –, wird es bei den Kommunen immer schlimmer werden.

Die kommunalen Spitzenverbände, meine Damen und Herren – das ist von Herrn Bachhuber auch schon angesprochen worden –, stimmen allem zu. Begeistert war Uli Maly nicht. Er hat einfach Staatsraison bewiesen. Ich möchte Ihnen einmal aufzeigen, wie Verhandlungen so ablaufen. Für die Breitensportanlagen haben wir 1995 die Regelung getroffen, dass die Kommunen keine Förderung mehr bekommen. Dann hat die CSU-Staatsregierung in Verhandlungen gesagt: Sie bekommen nur Geld, wenn die Spitzenverbände auf die Förderung des Breitensports verzichten. Dieses Pistole-auf-die-Brust-Setzen wirkt sich bis heute aus. Die Kommunen, die eigentlich das En-

gagement der Sportvereine usw. unterstützen wollen, können das nicht, weil sie vom Freistaat keine Förderung bekommen. Damit wird auch vieles im ländlichen Raum kaputt gemacht.

Über die energetische Sanierung von Gebäuden möchte ich gar nicht sprechen. Das ist auch eine Großbaustelle; denn auf der einen Seite werden die Kriterien verschärft, und auf der anderen Seite sagt man: Bei dem, was du machst, sind wir grandios beisammen.

Eines noch insgesamt. Sicher ist ein Finanzausgleich in dieser Größenordnung vom Betrag her – ich habe auch gesagt, wie viel Prozent er ausmacht – noch nicht da gewesen. Aber wir müssen auch die Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf sehen. Die Staatsregierung hat selbst ausgewiesen, dass das das halbe Staatsgebiet ist. Diese Daten sind ja ermittelt worden. Wir müssen feststellen, dass es nicht nur Kommunen gibt, die Burghausen heißen oder im Umfeld von München liegen und denen es mit den Einnahmen sehr gut geht, sondern dass es viele Kommunen gibt, die nicht wissen, wie sie den nächsten Haushalt ausgleichen und den Anforderungen der Bürger gerecht werden. Da müsste man etwas machen, und zwar rechtzeitig und nicht, wenn es schon zu spät ist. Deshalb fordern wir Sie auf, darüber nachzudenken, wie man mit den freiwilligen Leistungen umgeht. Hierzu müssten wir uns etwas überlegen, sonst nutzt uns der Finanzausgleich überhaupt nichts, und die Kommunen draußen gehen vor die Hunde.

In diesem Sinne wünsche ich, dass diese Einsicht auch einmal der CSU kommt und dass man nicht bloß schön redet, sondern die tatsächlichen Probleme draußen erkennt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Söder, Sie haben mich heute Vormittag nahezu in weihnachtliche Verückung versetzt, als Sie sagten, man müsse den Bürgermeistern zuhören, und Bayern stärken heiße die Regionen stärken und nicht die Landeshauptstadt. Das sind ganz neue Töne aus der CSU. Das gab es vor zehn Jahren noch nicht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ja, es ist sehr interessant, dass jetzt insbesondere diejenigen laut rufen, die diesem Hause damals noch nicht angehörten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass vor zehn Jahren die offizielle Doktrin des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten hieß: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest von Bayern ist Bayernliga. Dagegen ist das, was Sie heute Vormittag gesagt haben, schon ein wohlthuender Kontrast.

Ich sage, Sie haben von den FREIEN WÄHLERN gelernt; denn die FREIEN WÄHLER haben das schon damals als falsch bezeichnet. Wir haben schon damals sehr deutlich gesagt, dass Bayern nur über die Regionen entwickelt werden kann, dass es nur dann noch stärker werden kann, wenn wir die Kräfte aller Landesteile bündeln.

Wir FREIEN WÄHLER meinen – und deswegen ist dieser Haushalt für uns der wichtigste Haushaltsteil –, dass Politik nur vor Ort gelingen kann: in den Kommunen, bei den Menschen, bei den Ehrenamtlichen, in den Vereinen und Initiativen, aber nicht fernab in Brüssel, in Berlin, in München. Wir müssen den Rahmen vorgeben, aber wir müssen auch ganz viel Vertrauen in die Akteure vor Ort haben, die Akteure, die das umsetzen sollen, was wir hier beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dazu braucht man natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen stabilen Finanzrahmen. Dazu sind heute Vormittag zwei Bemerkungen gefallen, die ich schon noch einmal kurz beleuchten möchte, weil ich sie so nicht stehen lassen kann.

Zum einen wird immer und immer wieder behauptet, bei Oppositionsanträgen fehle die Gegenfinanzierung. Bei der Fraktion der GRÜNEN hat der Herr Staatsminister das eingeschränkt, aber an die FREIEN WÄHLER und insbesondere an die SPD ging der Vorwurf, wir würden, wenn wir den Haushalt verantwortlich aufstellen müssten, über unsere Verhältnisse leben.

(Zuruf von der SPD: Das ging hauptsächlich an euch!)

Das ist in zweierlei Hinsicht klar zu widerlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn wir haben bei den 3,2 Milliarden Euro, die wir in diesem Doppelhaushalt mehr ausgeben wollen, einen ganz klaren Schwerpunkt auf die Kommunen gelegt, mit über 2 Milliarden Euro.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, käme den kommunalen Haushalten unmittelbar zugute.

Wenn man die Verschuldung eines Landes anschaut, dann muss man die kommunalen Schulden und die Landesschulden zusammenrechnen. Wir sitzen in einem Boot. Wenn es um die Verteilung von Schlüsselzuweisungen geht, ist der Freistaat Bayern der Treuhänder für die Kommunen.

Die Kommunen sind nicht etwa das kleine Kind, das unter dem Weihnachtsbaum eine schöne Bescherung erlebt, lieber Kollege Bachhuber, nein, sie haben einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch. Der Freistaat hat dafür zu sorgen, dass die Kommunen finanziell ordentlich und gut ausgestattet sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was heißt das? – Schauen wir uns den großen Bereich Zuwanderung und Migration an, eine sicherlich große, wenn nicht gar die größte Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahren stehen. Ich habe es heute Vormittag schon gesagt: Sie können natürlich über Obergrenzen und über illegale Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und Ähnliches diskutieren, aber das wird nicht hier entschieden. Vielmehr müssen wir uns vor Ort darum kümmern, dass sich die Menschen hier gut und sinnvoll entwickeln, sich integrieren, Bestandteil dieser Gesellschaft werden.

Wir reden aber noch von Geld, Herr Staatsminister. Da haben Sie den Vorwurf bekommen, Ihre Steuerversprechungen in einem Umfang von 100 Milliarden, Kollege Güller, seien mit heißer Nadel gestrickt; so habe ich es zumindest verstanden. Was ich an diesen Steuerversprechungen in der Tat zu kritisieren habe: Herr Staatsminister, Sie sind doch eigentlich ein Mann der Tat und nicht der Worte. In diesen Fragen kommen Sie mir vor wie ein Wanderprediger, der durch die Lande zieht und ständig seine Forderungen vor sich herträgt, die wir alle teilen und alle vernünftig finden.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Aber nachdem die CSU Teil der Bundesregierung ist, sollten Sie jetzt endlich einmal liefern. Sie sind seit 2005 an der Regierung, also im zwölften Jahr. Es wäre durchaus angemessen – wenn man sagt: die sieben dünnen Jahre sind vorbei, wir haben jetzt schon fünf fette Jahre –, dass Sie irgendwann einmal liefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In einem Punkt bin ich aber bei Ihnen: Ich kann nicht nachvollziehen, dass man immer behauptet, Steuersenkungen seien ausschließlich oder logischerweise Einnahmeverminderungen für den Staat. Das ist so nicht richtig.

(Zuruf von der SPD: Hat auch keiner gesagt!)

Sinnvolle Steuerreduzierungen können sogar zu Mehreinnahmen führen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen kann man nicht ohne Weiteres sagen: Wer Steuern senkt, verkürzt die Spielräume des Handelns. Wir sind der Meinung, dass sinnvolle Steuersenkungen, gerechte Steuersenkungen – ich nenne hier insbesondere den Abbau der kalten Progression, aber auch eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags – Wachstumskräfte entfachen und dazu führen können, dass wir zumindest nicht weniger Steuereinnahmen haben werden, liebe Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun aber zurück zu den Kommunen. Wir FREIEN WÄHLER sagen: Wenn wir die Kommunen vor Ort stärken, kann sich der Freistaat Bayern noch besser entwickeln, als er sich derzeit entwickelt.

Ich komme noch einmal zurück auf das Thema Integration. Letzte Woche hatten wir eine Marathonsitzung zum Integrationsgesetz. Wir haben uns über Begrifflichkeiten verkopft. Wenn ich draußen bin, fragt mich keiner nach der Definition und der Sinnhaftigkeit einer Leitkultur. Die Menschen wollen, dass diejenigen, die zu uns kommen, sich in diese Gesellschaft integrieren und keine Parallelgesellschaften bilden.

Aber wer das macht und wie man das macht, das sind Fragen, denen wir uns zu stellen haben. Das passiert vor Ort, und dafür müssen wir den Kommunen das notwendige Geld in die Hand geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegen, wenn wir Migranten in Niederbayern integrieren wollen, dann stellen Sie sich einmal vor, wir hätten vier Integrationskurse: Der eine Integrationskurs wird von Herrn Scheuer geleitet, der andere von Herrn Aiwanger, der dritte von Herrn Pro-nold und der vierte von Herrn Hallitzky. Wenn Sie die vier Gruppen dann zueinander-führen, glauben Sie, dass sie das Gleiche an Leitkultur und Integration mitbekommen haben? Ich zweifle daran.

Ich sage deswegen: Lassen wir das die Profis machen, und halten wir uns als politische Akteure bitte aus diesen Details heraus. Geben wir das Geld denjenigen, die sich auf diese Arbeit, auf die Integrationsarbeit in hervorragendem Maße verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen gestellt. Ich greife hier das wesentliche Anliegen heraus, die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund. Ich sage Ihnen, das dient natürlich der Bewältigung auch der Integrationsaufgabe, vor allem aber dient es allen Menschen. Wir müssen schon ein wenig aufpassen, dass wir die eine Gruppe nicht gegen die andere Gruppe ausspielen. Integration ist wichtig, aber wir sind für alle Menschen da, für die Benachteiligten genauso wie für die Nichtbenachteiligten. Jeder Bürger hat Anspruch darauf, dass er eine vernünftige, lebenswerte Gesellschaft vorfindet, und diese lebenswerte Gesellschaft wird insbesondere vor Ort in den Kommunen gepflegt. Das ist auch ein Grund dafür, dass wir in Bayern etwas besser dastehen als andere Regionen in der Republik. Wir stehen nicht nur finanziell, sondern auch mit den gesamten Lebensumständen besser da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gesagt, die Erhöhung des kommunalen Finanzanteils am allgemeinen Steuerverbund ist unsere Forderung, seit wir dem Bayerischen Landtag angehören. Natürlich sagen Sie, Kollege Bachhuber, dass die Kommunen jedes Jahr einen Einnahmerekord hätten. Das ist schon richtig, das ist aber der allgemeinen Steuerentwicklung geschuldet. Die allgemeine Steuerentwicklung verdanken wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern, denen, die in Deutschland und in Bayern Steuern zahlen. Dass davon die Kommunen auch profitieren, ist nur recht und billig.

Es kann und wird auch wieder schlechtere Zeiten geben. Deswegen brauchen wir eine Verstetigung des Kommunalanteils auf einem höheren Niveau. Wir haben im Hinblick darauf, dass die Steuereinnahmen gut sind, unsere Forderung auf mehrere Jahre verteilt. Wir wollen im Jahr 2017 von 12,75 % auf 13,5 % kommen. Im Jahr 2018 wollen

wir auf 14,25 % kommen und 2019 die 15 % erreichen. Die GRÜNEN haben auch Initiativen in diesem Sinne ergriffen, wenn sie auch nicht so viel fordern wie wir. Immerhin haben sie auch angedeutet, dass sie mehr Geld für die Kommunen wollen. Die SPD will es sowieso. Das fordert sie seit Jahren. Sie hat unserem Antrag zugestimmt, und ich hoffe, dass auch in die Reihen der Mehrheitsfraktion Bewegung hineinkommt. Wir wissen, dass es dieses merkwürdige Gesetz gibt, wonach man bei Haushaltsanträgen der Opposition nicht zustimmen darf, egal wie sinnvoll oder weniger sinnvoll die Anträge sind. Wahrscheinlich würden Sie sogar noch dagegen stimmen, wenn man dem Ministerpräsidenten Strauß aus Steuermitteln ein Denkmal setzen würde.

(Josef Zellmeier (CSU): Stellen Sie halt einen Antrag! – Peter Winter (CSU): Das könnt ihr doch einmal probieren!)

– Das heißt, wenn wir so einen Antrag stellen würden, würden wir auch bei anderen Themen mit euch ins Geschäft kommen? Darüber wird zu gegebener Zeit zu reden sein, lieber Kollege Winter.

Zu unseren weiteren Schwerpunkten im kommunalen Bereich gehört die Barrierefreiheit. Wenn der Ministerpräsident – davor habe ich hohen Respekt – an diesem Rednerpult sagt, Bayern werde 2023 barrierefrei sein, dann ist das ein Versprechen, das eingehalten werden muss, dann aber auch auf allen Ebenen, und damit auch auf kommunaler Ebene. Dafür muss man den Kommunen nach dem Gedanken der Konnexität mehr Geld als bisher zur Verfügung stellen. Die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in kommunaler Hand ist genauso wichtig wie die Barrierefreiheit von Gebäuden in privater Hand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist auch der kommunale Straßenbau und Straßenunterhalt ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt. Hier haben wir jeweils 97 Millionen Euro mehr vorgesehen. Warum? Der Zustand der kommunalen Straßen wird immer schlechter, und die Verschlechterung dieses Zustandes ist eine schleichende Verschuldung. Wir haben keine doppische Haushaltsführung, aber natürlich darf man

nicht nur den Kassenstand sehen. Wir müssen auch die Entwicklung des Staatsvermögens sehen.

Schülerbeförderung, Schwimmbäder und Sanierungen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind weitere Schwerpunkte, die wir gesetzt haben. Die CSU-Fraktion hätte gut daran getan, das eine oder andere zu verwirklichen, und zwar nicht mit Verzögerung, sondern gleich. Das hätte auch ein gewisses Zeichen von Größe bedeutet. Damit will ich mich aber nicht aufhalten. Insgesamt kann man durchaus sagen, dass es den Menschen und den Haushalten im Freistaat Bayern relativ gut geht. Im kommunalen Bereich – der Kollege Knoblauch hat zu Recht darauf hingewiesen – gibt es aber noch deutliche Unterschiede. Wenn alles in Butter wäre, wäre nicht halb Bayern, wie der Kollege Muthmann zu Recht gesagt hat, Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Es gibt genügend Handlungsbedarf, packen wir es an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der bayerische Haushalt ist eine Geschichte von Zwergen und selbsternannten Königen. Er sollte aber eine Geschichte von Tugenden sein, die einem Haushalt innewohnen, und das sind Ehrlichkeit und Sparsamkeit.

Bevor wir einen Blick auf den aktuellen Haushalt werfen, lassen Sie uns erst einmal in die Zukunft schauen. Wohin soll denn die Reise mit dem bayerischen Haushalt gehen? Wo steht der Haushalt zum Beispiel im Jahr 2030, und wie hoch sollen die Ausgaben noch steigen? Wenn es so weitergeht, werden sie offenbar auf 80 Milliarden Euro steigen.

Wir erinnern uns: Ein großes, aber lediglich dahingeworfenes und damit leeres Versprechen lautete: Bayern soll 2030 schuldenfrei sein. Wie viele Schulden haben wir

denn dann? Jetzt ist vorgesehen, in den Jahren 2019 und 2020 jeweils 500 Millionen Euro zu tilgen. Rechnerisch wären die Schulden dann 2072 getilgt, aber nicht 2030.

Gleichzeitig steigen die Pensionsverpflichtungen sicherlich auf 8 Milliarden Euro an. Das heißt, die Ausgaben für die Pensionen übersteigen die jetzige Summe für den Länderfinanzausgleich. Lassen Sie uns eines klarstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir stehen zu den Pensionsversprechen für die Beamten, sehr geehrter Herr Harbermann. Dann muss man aber auch dafür Vorsorge treffen. Das tut die Staatsregierung eben nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen wir eigentlich, wenn die Einnahmen nicht mehr so sprudeln wie in den vergangenen sechs Jahren und wenn dann kein Geld mehr in der Rücklage ist, weil laut offizieller Planung der Staatsregierung 2018 die Rücklage nur noch 1 Milliarde Euro vorzuweisen hat? Das soll jetzt kein Horrorszenario werden; dazu besteht im Moment noch kein Anlass. Bei allen Jubelmeldungen über Bayern haben Sie aber keine Antwort auf alle diese Fragen. Feststeht, dass Sie endlich Antworten auf diese Fragen finden müssen, sonst bekommen wir massive Haushaltsprobleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie kommen wir da raus? – Wir müssen die Ausgaben endlich auf wesentliche Projekte konzentrieren. Wir müssen Prioritäten setzen, damit uns die Ausgaben in Zukunft nicht über den Kopf wachsen. Das wurde mit diesem Haushalt aber wieder nicht gemacht. Wir müssen mehr in Bildung investieren, damit Bayern ein starkes Land bleibt und bleiben kann, und wir müssen den Pensionsfonds zu einem echten Pensionsfonds machen. Lediglich 100 Millionen Euro pro Jahr für die Vorsorge, das ist ein Witz! Gerade angesichts der zahlreichen Stellenmehrungen brauchen wir wirkliche Vorsorge.

Unsere Vision sieht folgendermaßen aus: Wir sorgen mit Klimaschutz vor; die Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist so gut finanziert, dass genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und möglichst kein Unterricht ausfällt. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, in denen Inklusion gelebt werden kann. Kurz: Wir fordern, dass die Jugend mit guter Bildung für die Zukunft gerüstet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach unserer Vision wird die Landwirtschaftsförderung mehr und mehr auf Bio umgestellt. Der öffentliche Nahverkehr in den Städten – und im ländlichen Raum! – wird so gut finanziert und ausgebaut, dass wir deutlich weniger Autoverkehr brauchen. Der Haushalt ist mit Rücklagen für steigende Pensionsausgaben und für wirklich unvorhergesehene Ausgaben gerüstet, damit es nicht mehr vorkommt, dass immer wieder ein bisschen draufgesattelt wird.

Wenn ich vor diesem Hintergrund auf den vorliegenden Doppelhaushalt blicke, dann sage ich Ihnen deutlich: Lassen Sie Ihr Selbstlob einfach mal stecken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Minus 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2017, minus 0,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 – das sind die Fakten. Von wegen "postfaktisch", Herr Minister Söder! So hoch war das Einnahmenminus, als der Haushalt im September aufgestellt wurde. Jetzt sollen es noch einmal 25 Millionen Euro weniger im Jahr 2017 und 34 Millionen Euro weniger im Jahr 2018 sein; diese Zahlen ergeben sich aus der Nachschubliste, die die Ausgaben enthält, die im Laufe der Beratungen hinzugekommen sind. Kleinere Veränderungen im Steuerrecht verursachen ein Minus von 22 Millionen Euro im Jahr 2017 und ein Minus von 425 Millionen Euro im Jahr 2018.

In der Summe ergibt sich für das Jahr 2017 ein Minus von 1,2 Milliarden Euro; diese werden der Rücklage entnommen. Im Jahr 2018 muss die Rücklage um gut 1 Milliarde Euro geplündert werden.

Im Jahr 2017 muss der Staat 1,2 Milliarden Euro hernehmen, um die vielen, vielen Ausgabenwünsche zufriedenzustellen. Die CSU-Klientel hat offensichtlich eine Menge teurer Wünsche. Ernsthafte Investitionen in die Zukunft kann ich, im Gegensatz zu den Behauptungen von CSU und Staatsregierung, in diesem Haushalt nicht erkennen.

Im Jahr 2018 nehmen Sie gut 1 Milliarde Euro vom Sparbuch. Bislang ist es gut 1 Milliarde; denn 2018 ist, wie wir alle wissen, ein Wahljahr. Ich garantiere Ihnen, dass Sie im Vorfeld der Wahl bei den Ausgaben noch einmal ordentlich draufsatteln werden, dass noch einmal ordentlich "investiert" wird. Das war bisher in jedem Landtagswahlkampfjahr so. Diesmal werden Sie erst recht auf diese Methode zurückgreifen, da Sie – das sage ich Ihnen schon heute voraus – Panik bekommen werden, dass die Sprüche, mit denen Sie mit der AfD in Konkurrenz treten, nicht mehr ausreichen könnten, um die Wähler einzufangen. Daher wird es zusätzlich zu Ihren rechten Sprüchen noch schnell Geschenke für die Wähler geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist – ich fasse es gern zusammen –: Der Haushalt ist trotz Rekordeinnahmen mit 2,2 Milliarden Euro im Minus. Die Rücklagen entwickeln sich laut offiziellen Prognosen folgendermaßen: Im Jahr 2015 waren gut 6 Milliarden Euro in den Rücklagen. Im Jahr 2018 wird es noch gut 1 Milliarde Euro sein. An diesen Zahlen wird deutlich, wie die Rücklagen geplündert werden. Wenn man sich dies vor Augen hält, dann erkennt man, dass Herr Minister Söder seine vielen Versprechungen und Ankündigungen, die Steuern massiv zu senken – er hat sie heute Vormittag wiederholt –, nur deswegen machen kann, weil er selbst weiß, dass er sich nicht durchsetzt. Anders ist es nicht zu erklären. Da auch ihm bewusst ist, dass er sich in Berlin nicht durchsetzen kann, hören wir von ihm alle Jahre wieder, besonders laut und vernehmbar vor jeder Wahl, dass der Mittelstand dringend steuerlich entlastet werden müsse.

Ja, in diesem Punkt bin ich Ihrer Meinung, Herr Minister. Richtig so! Der Mittelstand muss entlastet werden. Dies ist aber nur mit einer seriösen Gegenfinanzierung mög-

lich. All die unrealistischen Ideen des bayerischen Finanzministers sind allerdings keine Gegenfinanzierung. Im Gegenteil, dadurch würden weitere Löcher in die Staatskasse gerissen. Der Betrag, den Bayern aus der Erbschaftsteuer einnimmt, ist jüngst sogar nochmals gestiegen; mittlerweile sind es 1,4 Milliarden Euro. Das ist kein kleiner Beitrag zur Finanzierung des Haushalts. Wenn sich der bayerische Finanzminister mit seiner Forderung nach Abschaffung der Erbschaftsteuer durchgesetzt hätte – zum Glück ist ihm das nicht gelungen –, dann müssten wir diese 1,4 Milliarden Euro auch noch der Rücklage entnehmen. Anders formuliert: Es gäbe längst keine Rücklage mehr. Das ist übrigens nicht meine Rechnung, sondern die Rechnung der Staatsregierung. Angesichts der Zahlen ist es völlig absurd, wenn Sie immer wieder den Eindruck erwecken, Bayern könne auf diese Einnahmen verzichten. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem wäre es höchst ungerecht – anders kann man es nicht bezeichnen –, wenn Erben entlastet und Bezieher mittlerer Einkommen immer stärker belastet würden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in den Haushaltsberatungen, die an vielen Tagen mehrere Stunden dauerten, meist von 8 Uhr bis 16 Uhr, haben wir Ihnen zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, den Haushalt nach Plan umzustrukturieren. Leider haben Sie wieder einmal nichts davon umgesetzt. Stattdessen haben Sie überall etwas draufgesattelt, das heißt, überall etwas mehr Geld veranschlagt. Dagegen steht unser Konzept, das grüne Konzept. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft.

Ja, man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Glücklicherweise ist heute schon zweimal darauf hingewiesen worden, dass wir zu jedem unserer Anträge Gegenfinanzierungsvorschläge vorgelegt haben. Wir wollen die Mittel umschichten.

Es ist notwendig, klar festzulegen, was Aufgabe des Staates ist und was nicht dazugehört. Dann ist zu klären, wie die Erfüllung der Aufgaben finanziert werden soll. Diesen Fragen müssen wir uns stellen. Man kann sich nicht überall lieb Kind machen, wenn

man benennt, was nicht Aufgabe des Staates ist bzw. welche Umschichtungen zugunsten wichtigerer Aufgaben vorgenommen werden sollen. Das ist Politik, nichts anderes. Politik muss die Rahmenbedingungen setzen. Politik muss den Einzelnen und die Einzelne befähigen, handlungsfähig zu sein.

Es gehört nicht zu unseren Aufgaben, eine weitere Transferleistung in dreistelliger Millionenhöhe mal eben draufzusatteln. Herr Kollege Weidenbusch ist leider nicht da; wir hatten im Haushaltsausschuss eine sehr angeregte Diskussion. Es ist keine Staatsaufgabe, Eltern dafür zu fördern, dass sie ihr Kind nicht in die Krippe schicken. Dies als Staatsaufgabe zu definieren, ist einfach falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre unsere Aufgabe, das Geld, das dafür verwendet wird, richtig anzulegen, nämlich in bessere Betreuung und Bildung im vorschulischen Bereich. Alle Studien besagen, dass der Grundstein für Chancengerechtigkeit in der Vorschule gelegt wird. Alle Studien stellen ebenso fest, dass die westlichen Länder, insbesondere wir, das reiche Deutschland, es nicht schaffen, genügend Geld in die Vorschule zu investieren.

Ja, ich wünsche mir ein Bayern, in dem der Schulabschluss endlich weniger als bisher vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Ich wünsche mir ein Bayern, in dem Familien ermutigt werden, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu geben, und zwar in eine mit ordentlich bezahlten Erzieherinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ordentlich bezahlte Erzieherinnen, dafür wäre das Betreuungsgeld sinnvoll investiert. Aber Hauptsache, Sie behalten recht und drücken Ihr Betreuungsgeld irgendwie durch.

Wir haben weitere Umschichtungen beantragt, die für die Zukunft stehen, nicht aber für Ihre rückwärtsgewandte Politik: 130 Millionen Euro wollen wir beim Neubau von Staatsstraßen kürzen; dabei haben wir konservativ und ehrlich gerechnet. Stattdessen

wollen wir mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr und die Radwege zur Verfügung stellen.

23 Millionen Euro wollen wir beim Marketing für die konventionelle Landwirtschaft kürzen. Stattdessen wollen wir den Öko-Landbau – und so weiter, und so weiter – fördern.

Wir haben Ihnen etliche andere Möglichkeiten aufgezeigt, den Haushalt zukunftsfest zu machen, das heißt, umzuschichten zugunsten von Klimaschutz, Energiewende, Bildung und Inklusion. Unser Haushaltsentwurf ist gegengerechnet und an der Zukunft orientiert. Die Bereiche energetische Sanierung und Bauunterhalt sollen mehr Geld bekommen.

Unser Haushaltsentwurf hält internationales Recht ein, weil bei uns Inklusion eben kein Fremdwort ist. Wir wissen, dass es für die Inklusion mehr Lehrkräfte als bisher braucht. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es braucht endlich einen wirklichen Schritt in Richtung barrierefreies Bayern und nicht nur leere Versprechungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Haushalt investiert in die Kinder von klein an, von der dualen Ausbildung bis zum Hörsaal. Unser Haushalt ist nachhaltig; denn wir investieren tatsächlich in die Zukunft unserer Kinder. Das und nichts anderes muss die Maxime unseres Handelns sein.

Dazu gehört auch, dass wir nachfolgende Generationen nicht mit Altlasten überfordern, etwa, wenn es um die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten geht. Es braucht eben auch hier eine vorsorgende Politik, einen Pensionsfonds, der seinen Namen verdient, damit die Versorgungsausgaben nicht die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich überholen.

Der Kompromiss, den die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zum Länderfinanzausgleich ausgehandelt haben, ist gut. Es ist auch kein Wunder, dass er gut ist; denn dieser Kompromiss entspricht genau einem grünen Konzept von vor über sechs Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Oh Gott!)

Ich kann Ihnen nachher noch die Drucksachennummer mitgeben, falls Sie für die Weihnachtsferien eine Lektüre brauchen. Allerdings wird die Idee, nach der der Länderfinanzausgleich jetzt gestaltet ist, in den kommenden drei Jahren nichts ändern. Auch nach 2020 wird er angesichts der Haushaltspolitik des bayerischen Finanzministers nicht viel bringen.

Der Kompromiss zum Länderfinanzausgleich ist gut, weil die Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern endlich wegfallen. Die Neiddebatten, die wir hier so oft gehört haben und die vom Ansatz her so unsäglich falsch sind, weil sie an der Sache vorbeigehen, sind dann hoffentlich endlich vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Einnahmen angeht, die wir durch den Kompromiss nach dem grünen Vorbild Erlösen: Es handelt sich um 1,3 Milliarden Euro für Bayern. Bayern wird sich also 1,3 Milliarden Euro sparen. Sie verpuffen aber, wenn der Finanzminister so weitermacht, nämlich ohne Plan und Konzept Geld ausgeben, ausgeben und nochmals ausgeben.

Die Einnahmen in Bayern sind 2014 um fast 3 Milliarden Euro gestiegen. 2018 werden die Einnahmen voraussichtlich um 2 Milliarden Euro steigen. Was ist aber der Effekt? – Minister Söder kann den Haushalt 2017 und 2018 nicht ohne massive Entnahmen vom Sparguthausgleichen. 1,3 Milliarden Euro Erlöse aus dem neuen System des Länderfinanzausgleichs gehen bei seinem internen Wahlkampf um den Posten des Ministerpräsidenten einfach unter.

Eigentlich waren die Erlöse aus dem neuen Länderfinanzausgleich aber für etwas ganz anderes vorgesehen. Erinnern wir uns alle: Es gab das Konzept oder die einmal dahingeworfene Nummer von der Schuldentilgung bis 2030. Es sollte so sein, dass die Erlöse, die man mit dem neuen Konzept des Länderfinanzausgleichs erzielt, in die Schuldentilgung gehen. Die Schuldentilgung wird aber nicht funktionieren, weil es tatsächlich so ist, dass die CSU-Haushalts- und Steuerpolitik allen alles verspricht.

Jetzt komme ich vom großen Länderfinanzausgleich zum kleinen Länderfinanzausgleich. Die Kollegen haben es vorher schon gesagt: Es ist nicht Ihr Verdienst, dass der kommunale Finanzausgleich so hoch ist – es tut mir herzlich leid. Die Höhe geht auch nicht auf eine besondere Kommunalfreundlichkeit der CSU zurück – hören Sie endlich damit auf! Die Höhe ergibt sich schlicht und ergreifend aus der hohen Gesamtsumme der Steuern. Das ist es einfach. – Punkt; fertig!

Den Anteil, den die Kommunen bekommen, haben Sie eben nicht erhöht. Sie sind nicht in einen höheren Anteil eingestiegen. Dies wäre aber dringend notwendig, um die Kommunen endlich unabhängiger zu machen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

insbesondere unabhängiger von den zahllosen Einzelförderungen im kommunalen Finanzausgleich, mit denen wir die Kommunen übrigens bevormunden. Wir streben für die Kommunen schrittweise 15 % des Gesamteinkommens des Steuerverbundes an. Vor allem sollten die Kommunen von der ständigen Ausweisung neuer Gewerbegebiete unabhängiger sein. Der wahnsinnige Flächenverbrauch, die Landschaftsversiegelung muss beendet werden, und zwar nicht nur in Ihren Sonntagsreden, sondern auch de facto. Achten und schützen Sie endlich unsere Natur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Kommunen: Es vergeht kaum ein Tag, an dem der selbsternannte Heimatminister Söder nicht presssewirksam irgendeinen Termin zum Breitbandausbau im ländli-

chen Raum wahrnimmt. Da werden dann die Förderbescheide überreicht und Floskeln vom digitalen Ausbau auf dem Land gedroschen. Jetzt kommt auch noch Wirtschaftsministerin Aigner mit dem "eDorf". Ich finde, Sie sollten Ihren Konkurrenzkampf anderswo austragen, nicht bei dem wichtigen Thema des Breitbandausbaus für den ländlichen Raum. Zu hoffen bleibt, dass beim "eDorf" das Geld nicht nur in die Werbung statt in den dringend nötigen Netzausbau fließt, damit zukünftig auch andere Dörfer in Bayern von den Erfahrungen profitieren. Das ist ja ein Modellprojekt.

Wenn die Bayerische Staatsregierung wirklich eine Ahnung davon hätte, was sie tut, wüsste sie, dass Änderungen in ihrem Förderprogramm für den Ausbau der Glasfaserleitungen dringend notwendig sind, weil wir ansonsten in einem Großteil der Orte noch lange auf 30-Mbit-Leitungen sitzen bleiben und der ländliche Raum damit tatsächlich abgehängt wird und für die digitale Zukunft nicht gerüstet ist. Damit wir uns nicht missverstehen: Der Breitbandausbau auf dem Land muss endlich kommen. Das haben wir GRÜNE schon jahrelang gefordert. Sie müssen jetzt aber dafür endlich die politischen Weichen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens: Wenn die CSU, der Ministerpräsident oder auch der Finanzminister von den Schulden Bayerns spricht, dann ist dabei von den Schulden der Landesbank nicht die Rede. Etwas Ehrlichkeit würde Ihnen auch hier gut zu Gesicht stehen. Auch die Schulden der Landesbank sind Schulden. So einfach ist das. – Punkt! Das sind Schulden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schulden sind Schulden!)

– Genau. Auch diese müssen getilgt werden. Wir sprechen dabei über gut 8 Milliarden Euro. Die Landesbank selbst wird mit 1 Milliarde Euro zur Schuldentilgung beitragen. Den Rest aber, also 7 Milliarden Euro, müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufbringen.

Apropos Ehrlichkeit: Wenn Markus Söder im nächsten Jahr 500 Millionen Euro Schulden tilgt, aber gleichzeitig 1,2 Milliarden Euro aus der Rücklage nimmt, ist das eine glatte Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Mir wäre es lieber, wenn der Finanzminister kein Märchenerzähler wäre.

Für 2018 sieht es nicht besser aus. Bislang ist klar: 2018 wird für 500 Millionen Euro Tilgung eine gute Milliarde Euro vom Sparbuch genommen. Das liegt auf der Hand: Wenn man etwas rechnen kann, stellt man fest, dass an der Rechnung des Finanzministers etwas nicht stimmt. Ja, auch dieser Haushalt kommt ohne neue Verschuldung aus. Es stimmt, dass er ohne neue Verschuldung auskommt. Das ist aber eben Glück oder eben auch

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger – dies zu sagen gehört auch zur Ehrlichkeit –, aber nicht das Ergebnis Ihrer Planungen oder Ihrer Arbeit.

Auch bei den Haushaltsresten gibt es mehr Plan als Taten. Haushaltsreste klingt vielleicht zunächst einmal ziemlich technisch. Man könnte sagen, dass die Menschen nicht besonders viel Interesse an dem Thema Haushaltsreste haben. Wenn ich aber Haushaltsreste habe und sie nicht ausgabe, gleichzeitig aber große Defizite habe, wie zum Beispiel bei der Barrierefreiheit der Bahnhöfe, muss ich mir schon eine Frage stellen. Auf der einen Seite horte ich die eigentlich genau dafür vorgesehenen Haushaltsreste, auf der anderen Seite werden die Bahnhöfe nicht barrierefrei.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Apropos Bahnhof: Sehen Sie manchmal das Bayerische Fernsehen? – Dann habe ich für die Weihnachtsferien vielleicht einen Tipp. Der Tipp ist, sich im letzten "Schleich-Fernsehen" einen Beitrag zur Stammstrecke anzusehen. Darin wird kurz und knapp

erklärt, wie es sich mit der Stammstrecke verhält. Ich spreche vom zweiten Stammstreckentunnel. Die zweite Stammstrecke kostet ungeheuerlich viel Geld. Die Kosten sind in den letzten Jahren allein in der Planungsphase bereits um ein Vielfaches angestiegen. Als ich 2009 in den Landtag nachgerückt bin, war von 1,6 Milliarden Euro die Rede. Heute sind wir bei 3,6 Milliarden Euro, und wir haben noch nicht einmal angefangen zu bauen. Wir sind immer noch in der Planung. Vor allem aber löst diese zweite Stammstrecke die Probleme des Personennahverkehrs nicht, nicht einmal ein klein wenig – im Gegenteil: Seit Jahren blockieren die Planungen zum zweiten S-Bahn-Tunnel in München vernünftige Ausbaumaßnahmen im Münchner S-Bahn-Netz und auch Elektrifizierungen in ganz Bayern – die Strecke München – Mühldorf ist hier ein Stichwort. Aber das Geld ist eben nicht nur für München da. Das wirft man uns ja immer gerne vor. Im Grunde machen Sie es aber leider genau falsch. Sie blockieren wegen des Tunnels alles, was für ganz Bayern vorgesehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir einmal zurück. Der Bau der zweiten Stammstrecke sollte eigentlich im Jahr 2010 fertig sein. Ich rede hier von "fertig sein" und nicht von "anfangen". Jetzt schreiben wir das Jahr 2016, und Sie haben mit der Stammstrecke noch nicht einmal angefangen. Sie werden auch in den nächsten zehn Jahren nicht fertig werden. Es ist auch noch völlig offen, ob Sie jemals damit anfangen werden. Sie weigern sich, von diesem Großprojekt abzurücken und die dringend notwendigen, sinnvolleren Maßnahmen durchzuführen. Dies müssen die Fahrgäste im Raum München jeden Tag aufs Neue, jeden Tag, ausbaden. Abgesehen davon wären viele Fahrgäste bereits froh, wenn die erste Stammstrecke verlässlich funktionieren würde, bevor mit dem Bau einer zweiten Stammstrecke begonnen wird.

Was die Region München tatsächlich ganz dringend braucht, ist ein Ringsystem. Jede andere Großstadt hat ein Ringsystem, nur eben München nicht. Um die Mobilität bei steigenden Einwohnerzahlen stadt- und umweltverträglich gewährleisten zu können, müsste eine Ringstraße gebaut werden. Falls es zur zweiten Stammstrecke in Form

des Tunnels kommt, ist dafür überhaupt kein Geld mehr übrig. Das Projekt ist nicht nur verkehrs-, sondern auch haushaltspolitisch völlig daneben und untauglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gehen wir weg von der Stammstrecke und hin zu den hohen Haushaltsresten. Diese sind alles andere als demokratisch. Die angehäuften Reste sind ein Weg, das Königsrecht des Parlaments zu umgehen. Ende 2015 betrugen die Haushaltsreste 5,4 Milliarden Euro! Das ist wirklich eine kritische Summe. Fangen Sie damit endlich etwas an. Fangen Sie endlich etwas Sinnvolles mit diesen unseren Haushaltsresten an. Sie könnten sie für die Grundfinanzierung an den bayerischen Universitäten oder für den Ausbau von Bahnhöfen nutzen. Somit könnten ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Kinderwagen endlich ohne Hindernislauf zum Zug kommen. Alternativ könnten wir klar und deutlich dafür appellieren, die Haushaltsreste einzuziehen, damit diese wieder dem Allgemeinwohl zur Verfügung stehen können und Sie damit nicht etwa für Ihren Wahlkampf im Jahr 2018 sorgen können. Ich habe gerade vom Königsrecht des Parlaments gesprochen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, seien Sie mir nicht böse, aber heldenhaft ist das nicht, wie Sie mit dem Königsrecht im Bayerischen Landtag umgehen. Das, was Sie mit dem Haushalt machen, entspricht eher einem Zwergenrecht. Es wäre an uns als Parlament, den Haushalt zu gestalten, umzugestalten und umzuschichten, etwa zugunsten eines besseren Klimas oder unserer Kinder.

Sie nutzen den Haushalt, um Ihr Spielgeld regional aufzuteilen. Die Staatsregierung stellt Ihnen das Spielgeld großzügig zur Verfügung. Inzwischen beträgt es nicht mal mehr ein Promille des Haushaltsvolumens. Früher war ein Promille des Haushaltsvolumens eine Hausnummer. Das Haushaltsvolumen steigt mit diesem Haushalt auf knapp 60 Milliarden Euro an. Aber das Spielgeld ist bei 50 Millionen Euro geblieben.

Hinzu kommt, dass Sie sich damit zufriedengeben, dass für ein Jahr nicht einmal ein Promille des bayerischen Haushalts ausgegeben wird. Anschließend sind Sie wieder

von der Staatsregierung abhängig, ob Sie wieder Spielgeld für das Jahr 2018 bekommen, das nicht einmal ein Promille beträgt. Die Frage ist, ob Ihnen die Staatsregierung das Spielgeld im Nachtragshaushalt großzügigerweise wieder zugesteht. Das ist ein Zwergenrecht, wenn man es so ausübt.

Aber Bayern ist es wert, eine ernsthafte Haushaltspolitik zu haben. Bayern ist es wert, eine Politik zu haben, die gestalten will, Prioritäten setzt und vor allem in die Zukunft gerichtet ist. Mit diesem Haushaltsentwurf hätten Sie die Chance zum Gestalten und Umschichten zugunsten von Politik, Bildung, Energiewende und Generationengerechtigkeit gehabt. Diese Chance haben Sie mal wieder verpasst. Mit unserem grünen Haushaltsentwurf hätten Sie die Chance gehabt, wie Königinnen und Könige zu handeln. Sie hätten damit endlich die notwendigen Zukunftsherausforderungen angehen können. Sie hätten anständig in Inklusion, Vorsorge, Bildung und Energiewende investieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich dem Ausschussbüro einen großen Dank aussprechen. Die Haushaltsberatungen waren eine Heidenarbeit, auch wegen der vielen kurzfristigen Tischvorlagen der CSU. Die vielen, vielen Stunden Haushaltsberatung waren eine Riesenarbeit. Herr geschätzter Kollege Güller, mit 24 Stunden haben Sie sich heute Vormittag ein bisschen verrechnet. Diese Anzahl an Stunden hatten wir wahrscheinlich teilweise in einer Woche. Dem Ausschussbüro gilt ein herzliches Dankeschön. Ich möchte mich auch bei der Verwaltung, besonders im Finanzamt, für die viele, viele Vorarbeit bedanken. Ich möchte mich auch beim Vorsitzenden Peter Winter für die sehr, sehr angenehme Leitung und Führung der Haushaltsberatungen bedanken. Auch danke ich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses. Egal wie sehr wir uns dort fetzen, können wir danach auch ein Bier miteinander trinken gehen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Jetzt hat der Ausschussvorsitzende Winter das Wort. Bitte schön.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in aller Freundschaft ein Bier miteinander getrunken. Das stimmt so. Liebe Frau Kollegin Stamm, du wolltest keine Panikrede und keine Horrorrede halten. Du hast festgestellt, dass Bayern ein starkes Land ist und dies auch bleiben soll. Ich verspreche dir: Solange die CSU hier in Bayern die Mehrheit hat, wird Bayern ein starkes Land bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Für wen du allerdings die Rede gehalten hast, kann ich nicht so richtig beurteilen. Ich denke, die Rede war mehr an deine Fraktion als an den Landtag gerichtet. Aber das ist die Bewertung jedes Einzelnen von uns.

Lieber Günther Knoblauch, alter Bürgermeisterkollege, du solltest den Oberbürgermeister von Nürnberg nicht herabsetzen. Ich weiß nicht, wie oft du bei Haushaltsberatungen bzw. bei Finanzausgleichsberatungen mit dem Herrn Maly zu tun hattest. Er ist ein großer Verfechter der bayerischen Städte und nimmt seine Aufgabe als Städtetagsvorsitzender sehr ernst. Er verhandelt auch sehr hart. Aber er erkennt auch die Leistungen an, die bei diesen gemeinsamen Verhandlungen rauskommen.

Du hast gesagt, dass es kein Geld für die Musikschulen gibt. Du solltest dir die letzten Haushalte anschauen. Ich würde gerne noch mehr geben; das gebe ich ganz offen zu. Aber man muss auch die Entwicklungen sehen. Gott sei Dank gibt es sehr viele Neugründungen bei den Musikschulen. Trotz alledem haben wir über die Fraktionsinitiative wieder Geld zugeschossen. Ich weiß, dass das Themen sind, die die Bürgermeister beschäftigen. Ich habe die versammelte kommunale Familie gefragt, ob sie sich bei den Zuwächsen denn nicht vorstellen könnten, etwas für die Bäder zu tun. Damals betrugen die Zuwächse über 240 Millionen Euro. Diese wurden jetzt nochmals um 70 Millionen Euro erhöht. Wie möchte man das auch anders als über das FAG regeln?

Die übereinstimmende Meinung der kommunalen Familie war: Wir haben jetzt andere Probleme, die wir zu bewältigen haben. Das wollte ich nur noch zu diesem Thema sagen.

Richtig ist, dass der Doppelhaushalt 2017/2018 wieder einmal ein hartes Stück Arbeit für uns alle war. Daher freue ich mich umso mehr, dass wir heute nach vier arbeitsintensiven Sitzungswochen im Haushaltsausschuss den Doppelhaushalt verabschieden können. Ich bin sehr gespannt, wer diesem Doppelhaushalt zustimmen wird. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. Wir bemühen uns wirklich, diese Herausforderungen konstruktiv und miteinander zu meistern. Wir diskutieren kontrovers und intensiv. Aber wir bleiben auch konstruktiv. Ich wiederhole: Es gelingt uns immer noch, nach getaner Arbeit ein Bier miteinander zu trinken.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank auch unserem tüchtigen Finanzminister Herrn Dr. Markus Söder, seinem Staatssekretär Albert Füracker und allen weiteren Kabinettsmitgliedern für ihre Präsenz bei den Beratungen.

(Beifall bei der CSU)

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, aller Fraktionen sowie der Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzungen. In meinen Dank einschließen möchte ich aber vor allem den bayerischen Steuerzahler, der für das finanzielle Fundament sorgt, auf dem unsere solide Finanzpolitik beruht. Nicht vergessen will ich unsere Landtagspräsidentin und ihr für die Wegzehrung in diesen langen Sitzungen danken. Frau Kollegin Stamm hat zu Recht gesagt, dass die Sitzungen von 8.00 Uhr morgens bis 5.00 Uhr abends gingen. Besonders möchte ich auch unserem fleißigen Stenografischen Dienst danken, der nicht nur bei der Marathonsitzung letzte Woche besonders schwer gefordert war.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, Sie setzen sich sonst immer vehement für den Arbeitsschutz ein. Ich finde es wirklich schade, dass Ihnen diese Show letzte Woche wichtiger war als der Arbeitsschutz der Landtagsbediensteten, die letzte Woche zum Teil mehr als 20 Stunden am Stück arbeiten mussten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Dass man von einer Sternstunde des Parlamentarismus sprechen kann, wie es Herr Rinderspacher getan hat, bezweifle ich sehr.

(Beifall bei der CSU)

Im Haushaltsausschuss haben wir in den letzten Wochen neben dem Haushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 15 verschiedene Einzelpläne beraten. Insgesamt wurden rund 570 Änderungsanträge und 15 Eingaben zum Doppelhaushalt und zum FAG-Änderungsgesetz gestellt. Die CSU-Fraktion hat dabei mit 63 eigenen Anträgen deutliche Akzente gesetzt, auf die ich später noch kommen werde. Bei einer Durchsicht der Änderungsanträge der Opposition fällt vor allem eines auf: Die Opposition hat einen Teil ihrer Anträge vom letzten Doppelhaushalt kopiert und erneut gestellt.

(Harald Güller (SPD): Das machen wir so lange, bis Sie die Anträge annehmen!)

Deshalb wundere ich mich auch nicht, dass wir jetzt mit rund 570 Anträgen gut 80 Anträge mehr bewältigen mussten. In meiner Rede zur Ersten Lesung habe ich gefragt, welche Fraktion wohl den Rekord bei den Mehrforderungen zum Doppelhaushalt aufstellen wird. Die Frage ist jetzt geklärt. Sie alle wird es nicht überraschen, dass die FREIEN WÄHLER mit insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro Mehrforderungen unangefochtener Spitzenreiter sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gut angelegtes Geld!)

Damit liegen die FREIEN WÄHLER zwar unter ihrem bisherigen Rekord von 3,8 Milliarden Euro beim letzten Doppelhaushalt, sie haben aber immer noch keinen soliden finanzpolitischen Kurs. Lieber Herr Aiwanger, Ihr Motto lautet: Mehr fordern kostet nichts, jedenfalls nicht die FREIEN WÄHLER. Die FREIEN WÄHLER haben wieder keine geeigneten Vorschläge zur Gegenfinanzierung gemacht. Herr Kollege Pohl, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, dass wir schon alleine aus diesem Grund diese Anträge ablehnen müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr würdet sie so oder so ablehnen!)

Bezeichnend ist auch, was Sie bei Ihrer Pressekonferenz am 2. November zur Finanzierung Ihrer Forderung nach zwei zusätzlichen Kommunal-Milliarden erklärt haben. Sie sagten, in den letzten Jahren habe es immer wieder Haushaltsüberschüsse – Frau Stamm spricht von Sparbüchern – von 2 bis 3 Milliarden Euro gegeben. Damit wäre auch die Kommunal-Milliarde finanziert. Auf den Einwand, der nicht von uns kam, dass dies keine Gegenfinanzierung sei, und die Frage, wo Sie bei Ausgaben streichen wollen, haben Sie erwidert: Ich bin nicht der Finanzminister; die Finanzierung soll aus der stillen Reserve erfolgen.

(Lachen bei der CSU)

Herr Kollege Pohl, wir spielen kein Haushaltslotto. Kein Haushälter plant mit Überschüssen. Der Haushaltsplan muss bereits bei der Planung in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein, nicht erst im Vollzug. Das ist das kleine Einmaleins. Gott sei Dank spielen wir kein Haushaltslotto, sondern planen seriös und solide. Ihr Fraktionsvorsitzender Aiwanger hat vorgestern in seiner Pressemitteilung zum Doppelhaushalt erklärt: Wir FREIE WÄHLER vertreten ganz klar die Forderung, uns auf das Machbare zu konzentrieren. Wie das zu den Mehrforderungen der FREIEN WÄHLER von insgesamt 3,2 Milliarden Euro passt, ist mir ein Rätsel. Das finanziell Machbare können Sie,

Herr Aiwanger, jedenfalls mit Ihren Vorschlägen zur Haushaltspolitik nicht gemeint haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Nachtragshaushalt wird so hoch sein wie unser Vorschlag!)

Liebe Frau Kollegin Stamm von den GRÜNEN, wir sind nicht oft einer Meinung. Das schadet jedoch nichts. Trotzdem muss ich Sie ein ganz klein wenig loben, und zwar dafür, dass Sie sich bei Ihren Anträgen wenigstens Gedanken zur Gegenfinanzierung gemacht haben. Akzeptabel sind Ihre Vorschläge für uns dennoch nicht. Sie wollen das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld abschaffen, keine Schulden tilgen, sondern das Geld dem Pensionsfonds zuführen, die Mittel für den Staatsstraßenbau um insgesamt 130 Millionen Euro kürzen und das Darlehen vom Flughafen München im nächsten Jahr zurückfordern. Liebe Claudia, hier kommen wir nicht zusammen. Das Landeserziehungsgeld wie auch das Betreuungsgeld sind feste Säulen der bayerischen Familienleistung.

(Beifall bei der CSU)

Damit sichern wir die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Schon allein deswegen lehnen wir eine Abschaffung kategorisch ab.

Wir setzen auf den Pensionsfonds und die Schuldentilgung. Wir stärken den bereits 2,3 Milliarden Euro schweren Pensionsfonds durch jährliche Zuführungen in Höhe von rund 100 Millionen Euro. Wir bauen – das hast du zu Recht anerkannt – weitere Schulden ab. Das sind unsere beiden Säulen der Pensionsfondsvorsorge.

Die vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Staatsstraßen lehnen wir ab. Gerade im ländlichen Raum – das ist ein Anliegen aller Fraktionen – müssen wir die Verkehrsinfrastruktur weiter stärken.

(Beifall bei der CSU)

Das Darlehen der Flughafen München GmbH ist bereits zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke in München vorgesehen. Damit ist eine Darlehensrückforderung für andere Zwecke nicht vereinbar. Wir geben auch kein virtuelles Geld aus. Deshalb halten wir nichts von den Finanzvorschlägen der GRÜNEN. Selbst wenn man diese Vorschläge akzeptieren würde, wären immer noch rund 250 Millionen Euro Ihrer Mehrforderungen nicht gegenfinanziert. Wir führen die gleichen Debatten wie im letzten Jahr. Diesmal habe ich jedoch schon die Übersicht dabei, liebe Claudia. Diese Übersicht kannst du gerne haben, um zu überprüfen, wo die Deckungslücke in Höhe von 250 Millionen Euro ist.

Exemplarisch für Schaufensteranträge der FREIEN WÄHLER ist die Drucksache 17/13982. Die FREIEN WÄHLER fordern darin eine schrittweise Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % auf 14,25 % im Jahr 2018.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das alleine wird rund 248 Millionen Euro im Jahr 2017 und 522 Millionen Euro im Jahr 2018 kosten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Peter Winter (CSU): Von mir aus.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Stamm hat sich für eine Zwischenfrage gemeldet.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Moment, Frau Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, oder?

Peter Winter (CSU): Kamm oder Stamm?

Claudia Stamm (GRÜNE): Wir sind schon öfter verwechselt worden.

Peter Winter (CSU): Euch kann man nicht verwechseln.

(Allgemeine Heiterkeit)

Claudia Stamm (GRÜNE): Du nicht, aber Regierungsvertreter. – Kollege Winter, vielen Dank, dass Sie unser Konzept noch einmal dargestellt haben. Sie haben gesagt, dass wir das ehrlich angehen und umschichten. Wir benennen auch, was man streichen und kürzen muss. Dafür bedanke ich mich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Stamm, bitte formulieren Sie eine Frage.

Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage kommt noch.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nein, Sie dürfen nur eine Frage stellen.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ein Danke kann ich vorneweg schieben. –

Die Frage ist eben, ob Sie denn wahrgenommen haben, dass wir im Haushaltsgesetz auch weitere Einnahmen haben, nämlich, dass wir ganz klar Einnahmen aus einer ökologischen Besteuerung wollen. Das ist Ihnen entgangen, dass im Haushaltsgesetz Einnahmen – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frage!

Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage ist, ob er es wahrgenommen hat und ob ausgerechnet wurde, wieviel ein Kies-Euro und ein Wasser-Cent bringen. Den Wasser-Cent haben ganz viele andere – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Frau Kollegin – –

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Präsident Meyer, ich habe die Frage jetzt zweimal gestellt. Ich stelle sie gerne auch noch einmal.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Stamm, jetzt darf ich mal kurz was sagen: Zwischenfragen sind nach der Geschäftsordnung kurze Zwischenfragen. Da wird nur die Frage gestellt und nicht außenrum argumentiert.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut!)

Ich gehe davon aus, dass Ihre Frage jetzt ausreichend angekommen ist. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Vielleicht können Sie das im Anschluss mit Herrn Kollegen Winter über eine Zwischenbemerkung klären.

Claudia Stamm (GRÜNE): Nein, ich habe eine Frage gestellt. Herr Präsident Meyer, mir wäre es recht gewesen, wenn Sie für Ruhe gesorgt hätten, während ich geredet habe.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lieber Herr Kollege Winter, Sie dürfen jetzt die Zwischenfrage beantworten.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm, niemandem ist Ihr bürokratisches Monster zur Abkassierung der Bürger in Form eines Wasserpfennigs und einer Kiesabgabe entgangen. Sie setzen damit virtuelle Einnahmen an. So erstellen wir keinen Haushalt!

(Beifall bei der CSU)

Ich komme damit auf meine Ausführungen zurück: Im Doppelhaushalt hätten wir damit 770 Millionen Euro, die nicht gedeckt sind. Bei einer solchen Mehrforderung könnte man meinen, dass das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs 2017 zurückgegangen sei. Dieses Thema haben wir schon mehrfach besprochen. Bei den Gemeinden und den Städten ist es aber, glaube ich, angekommen, dass das Gegenteil der Fall ist. Unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung und der endgültigen Berechnung des Steuerverbundes haben wir rund 8,91 Milliarden Euro beim kommunalen Finanzausgleich 2017. Das sind 352 Millionen Euro mehr als im Jahr 2016. Das

ist ein Beispiel dafür, dass wir unsere Kommunen fördern und sie nicht, wie andere Bundesländer, im Stich lassen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Einmalig!)

In Bayern gibt es kein Verteilungsdefizit zulasten der Kommunen. Das zeigt auch der nachstehende Vergleich: Die Ausgaben des Freistaates Bayern sind im 10-Jahres-Zeitraum von 2007 bis 2016 um rund 56 % gestiegen. Die Leistungen des Freistaates an seine Kommunen sind dagegen um rund 84 % gestiegen. Lieber Herr Aiwanger und lieber Herr Pohl, wir brauchen keine Nachhilfe in Sachen Kommunalfreundlichkeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

Wir leben Kommunalfreundlichkeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum beschweren sich die Landräte, dass sie bei den volljährigen Flüchtlingen entlastet werden wollen!)

– Lieber Herr Aiwanger, reden Sie bitte von Dingen, die Sie auch verstehen. Für diesen Bereich haben wir in den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden 112 Millionen Euro draufgelegt. Auch hier lassen wir unsere Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist zu wenig!)

– Bei Ihnen ist alles zu wenig, das ist ja klar. Ich habe Ihnen bereits die Ausgaben des Freistaats Bayern genannt. – Lieber Herr Kollege Güller, natürlich möchte ich auf meine Kollegen von der SPD zu sprechen kommen. Die Mehrforderungen der SPD zum Doppelhaushalt belaufen sich insgesamt auf rund 1,1 Milliarden Euro. Ich weiß nicht, was euch diesmal geritten hat. Ihr wart sehr bescheiden. Rechnet man jedoch die Rückforderung des Flughafendarlehens als ungeeignete Gegenfinanzierung hinzu, liegt die Deckungslücke bei rund 1,4 Milliarden Euro. Was fällt bei den Anträgen der SPD auf?

(Harald Güller (SPD): Dass sie gut sind!)

Selbst bei einer deutlichen Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt ist die SPD der Meinung, dass diese Erhöhung nicht ausreicht, getreu dem Motto: Es muss immer ein bisschen mehr sein, selbst bei Rekordsteuereinnahmen oder Rekordausgaben. Anders formuliert: Die SPD kann und will offenbar nicht mit dem vorhandenen Geld auskommen. Sie würde ihre Wohltaten zur Not auch auf Pump finanzieren. Diese Mentalität der SPD zeigt sich auch in ihrem Änderungsantrag, in dem sie für 500.000 Euro ein bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes fordert. Sicher wäre noch vieles wünschenswert. Wir können aber nicht alles Wünschenswerte finanzieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Tierschutz findet überhaupt nicht mehr statt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Brunner setzt ja Wildkatzen aus! Wir kümmern uns eben um sie!)

– Lieber Herr Aiwanger, ich glaube, dass Frau Kollegin Biedefeld etwas anderes als Wildkatzen gemeint hat. Aber gut, das kann sie Ihnen ja noch näher erläutern. Ob das klappt, wage ich zu bezweifeln. – Wir halten Maß, machen auch im neuen Doppelhaushalt keine weiteren Schulden und bauen weiterhin Altschulden in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro ab. Seit dem Jahr 2012 haben wir insgesamt rund 4,6 Milliarden Euro weniger Schulden. Damit ist und bleibt Bayern das Land mit den solidesten Staatsfinanzen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Würden wir dagegen allen Anträgen der Opposition zustimmen, würden wir diese Schulden sofort wieder aufbauen, allerdings innerhalb eines Doppelhaushalts im Laufe von zwei Jahren. Wir sehen es aber als unsere Aufgabe an, das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren in Einklang zu bringen. Als Bayern stehen wir im bundesweiten Vergleich hervorragend da. Wir haben eine Investitionsquote von rund 11,7 %. Der Durchschnitt der Ländergesamtheit West liegt dagegen bei 8,7 %. Die bayerische Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 2.317 Euro. Kein anderes Bundesland

steht so gut da. Die übrigen westlichen Flächenländer kommen auf einen Durchschnitt von 8.637 Euro.

Wir haben eine Zinsbelastung des Gesamthaushalts von 1,2 %. Schuldenzinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Wir gestalten lieber eine erfolgreiche Zukunft für unseren Freistaat Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Ein Blick auf die Schwerpunkte des Doppelhaushalts 2017/2018 zeigt, dass wir unseren Wählerauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir setzen im neuen Doppelhaushalt klare Schwerpunkte bei der inneren Sicherheit, der Bildung, der Digitalisierung und der Stärkung des ländlichen Raumes. Auf Terrorgefahr, organisierte Kriminalität und Computerkriminalität reagieren wir mit einem absoluten Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit. Im Doppelhaushalt schaffen wir insgesamt 1.000 neue Polizeistellen, und wir haben die Sachmittel für die Polizei um rund 182 Millionen Euro auf insgesamt über 800 Millionen Euro erhöht. Für eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Strafvollzug sind im Doppelhaushalt 250 zusätzliche Stellen in der Justiz vorgesehen. Mit diesen Maßnahmen werden wir unsere bundesweite Spitzenposition bei der inneren Sicherheit weiter ausbauen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Das ist wichtig!)

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushalts ist die Bildung. Wir schaffen in Schulen und Hochschulen insgesamt rund 1.460 neue Stellen. Die Bildungsausgaben steigen von rund 18,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf rund 19,4 Milliarden Euro im Jahr 2018. Damit steht jeder dritte Euro im Bayerischen Staatshaushalt im Zeichen der Bildung.

Bei den Haushaltsberatungen hat die CSU-Fraktion weitere Akzente gesetzt, insbesondere bei der Dorferneuerung, der inneren Sicherheit und bei der Bildung. Für die Dorferneuerung waren bereits im Regierungsentwurf insgesamt 124 Millionen Euro

eingepplant. Das entspricht einer Steigerung von 8,9 % gegenüber dem letzten Doppelhaushalt. Da die Dorferneuerung gerade für den ländlichen Raum besonders wichtig ist, haben wir über eine Initiative unserer Fraktion 7 Millionen Euro zusätzlich auf den Weg gebracht; denn mit der Dorferneuerung verbessern wir die Standortqualität und die Lebensverhältnisse in den Gemeinden vor Ort und stärken damit insbesondere den ländlichen Raum mit ganzheitlichen Lösungen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung!)

Unsere Beamtinnen und Beamten in Polizei und Justizvollzugsdienst leisten hervorragende Arbeit. Dabei sind sie gerade nachts einer besonderen Belastung ausgesetzt. Wir wollen deshalb die Zulage für den Nachtdienst ab dem 1. Januar 2017 von 2,67 Euro auf 4,00 Euro pro Stunde erhöhen. Damit wollen wir gezielt den Vollzugsdienst im Bereich der inneren Sicherheit unterstützen. In den kommenden beiden Jahren sollen je 6,3 Millionen Euro in die Nachtzulage fließen, auch als sichtbares Zeichen unseres Dankes an die Menschen, die die Köpfe für uns hinhalten.

(Beifall bei der CSU)

Mit weiteren Fraktionsinitiativen wollen wir über 11 Millionen Euro in die Schulen und Hochschulen investieren. Davon sind insgesamt rund 3,3 Millionen Euro für zusätzliche Stellen bei den Verwaltungsangestellten an den Schulen vorgesehen. Mehr Geld soll es auch für die 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern geben. Dafür sind 3 Millionen Euro für die Laborausstattung und für Forschungsgeräte gedacht sowie über 5 Millionen Euro für Professorenstellen. Damit stärken wir Lehre und Forschung in den Regionen vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Trotz unserer anspruchsvollen finanzpolitischen Leitlinien können wir mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 ein solides finanzielles Fundament für die nächsten beiden Jahre schaffen. Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln, wir machen keine neuen

Schulden, sondern wir bauen Schulden ab. Wir investieren in Familie, Bildung, Innovation, Digitalisierung und in die innere Sicherheit, damit Bayern ein sicheres Land mit besten Bildungsangeboten, einer leistungsfähigen Verwaltung und einer hohen Lebensqualität bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Uli Bachmeier hat in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" am 13. Dezember 2016 in seinem Kommentar mit der Überschrift "Glückliches Bayern" am Ende festgestellt: "Eines steht aber fest: Solche Probleme, wie Bayern sie hat, hätten andere Länder gerne." – Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU)

Stimmen Sie dem Doppelhaushalt 2017/2018 und dem kommunalen Finanzausgleich 2017 mit Begeisterung zu. Ansonsten treffen wir uns beim Durchschneiden von Bändern an Straßen und bei Eröffnungen von Bauten. Da müssen wir immer aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir von der Opposition nicht aus den Bildern gedrängt werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind froh, wenn wir die Termine erfahren!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Darf ich Sie noch einmal an das Rednerpult bitten für die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm? – Bitte schön.

(Peter Winter (CSU): Mit Freuden, Frau Präsidentin!)

Christine Kamm (GRÜNE): Ich stimme Ihnen voll zu,

(Beifall bei der CSU)

dass die Marathonsitzung letzte Woche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses, insbesondere für die Protokollantinnen und Protokollanten, eine Zumutung war.

(Unruhe bei der CSU)

Wahrscheinlich waren Sie aber die ganze Zeit nicht anwesend. Wir, die Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD, haben nämlich mehrfach angeboten, die Sitzung zu einem anderen Zeitpunkt fortzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie waren es doch, die diese Dauersitzung erzwungen haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Es ist das Recht der Opposition, darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Gesetz vorgelegt wird, das dieses Haus eigentlich nicht passieren sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kamm, die Leimrute ist gut, aber ich steige nicht auf diese Leimrute. Wir waren die ganze Zeit da, auch mit den Stenografinnen und Stenografen. Gucken Sie sich doch einmal an, wer von den Fraktionen nicht da war. Wir haben abgestimmt. Sie haben filibustert und waren nicht da, als es darum ging, über das Gesetz abzustimmen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Da war eine Sitzungsunterbrechung! Was haben Sie denn da gemacht?)

Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt kann ich in der Rednerliste fortfahren. Herr Kollege Güller hat für die SPD-Fraktion das Wort. Wir werden heute noch fertig. Jetzt machen wir das in aller Ruhe und mit großer Geduld zu Ende.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Frau Kollegin, Zwischenrufe kann man machen, wenn sie dienlich sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Die Schlacht und die Generaldebatte zum Haushaltsplan haben zumindest wir heute Vormittag schon geschlagen. Auch das eine oder andere, was Frau Kollegin Claudia Stamm gesagt hat, ist richtig. Ich wiederhole es nun nicht noch einmal. Aber hier ein kleiner Hinweis, Herr Kollege Winter. Wenn Uli Bachmeier von der "AA" schreibt, die Probleme, die wir haben, hätten andere gerne, dann muss man hinzufügen: Noch besser wäre es, wenn wir die Probleme, die wir haben, auch gemeinsam lösen würden und wenn nicht alle Anträge der Opposition in Überheblichkeit abgelehnt würden.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Dann wären wir wirklich beieinander, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zur Generaldebatte noch eine kleine Anmerkung. Ich habe es schon mehrfach im Haushaltsausschuss gesagt:

(Susann Biedefeld (SPD): Zig-Mal!)

Die Gegenfinanzierung von Anträgen kann man deutlich einfacher machen. Das geht schon beim Personal an. Dafür hat der Herr Staatsminister mir heute Morgen ein Beispiel gegeben. Er hat genügend Personal zur Verfügung, um aus den Anträgen der

SPD in den letzten zehn Jahren zusammenrechnen zu lassen, welches Defizit sich daraus ergibt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn sich die Türen zu den Arbeitskreisen der CSU und zur CSU-Fraktionssitzung öffnen, sehe ich die Kohorten von Beamtinnen und Beamten aus den verschiedenen Ministerien herauskommen, nachdem sie Sie beraten haben, Ihnen Ihre Reden vorgelesen haben, Ihnen die Zahlen geliefert haben, damit Sie alles richtig verstehen. Dann weiß ich: Es gibt noch einiges zu tun in diesem Freistaat. Dann könnte auch solchen Anträgen zugestimmt werden, die beispielsweise die Seen- und Schlösserverwaltung mit genügend Personal ausstatten wollen, damit nicht die kleine Gärtnerin und der kleine Gärtner darunter leiden muss, dass bei euch so viel Personal eingesetzt wird. Solche Gegenfinanzierungen können wir jederzeit machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich will mich aber auf die Artikel 6 und folgende des Haushaltsgesetzes konzentrieren, bei denen es um das Personal geht, um die Bewirtschaftung der Personalausgaben und um die Stellenbesetzungen. Erlauben Sie mir als kleine Ausnahme auch Artikel 4 des Haushaltsgesetzes anzusprechen. Vielleicht wäre es für die Wahrheit und Klarheit des Haushalts ganz gut – das meine ich jetzt wirklich als Anregung –, die pauschale Sperrung von Geldern in Höhe von 10 % herauszurechnen, da dann an vielen Stellen nur 90 % zur Verfügung stehen. Das bringt pro Jahr 240 Millionen Euro aus dem Haushalt heraus. Man könnte diese 240 Millionen Euro gleich etatisieren. Dann wüsste jeder bei jedem Haushaltstitel gleich genau, wie viel Geld wirklich ausbezahlt wird. So viel als Anregung hinsichtlich der Wahrheit und der Klarheit des Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, Sie werden es wahrscheinlich gerne hören. Ich sage für die SPD: Was den Haushalt Artikel 6 und folgende anbelangt, so gibt es einige Punkte, bei denen die Richtung, die Sie mit diesem Haushalt eingeschlagen haben, stimmt. Die Geschwindigkeit stimmt nicht immer. Schauen wir uns zum Beispiel das Thema "Dienst zu ungünstigen Zeiten" an, das Herr Kollege Winter gerade so groß angesprochen hat. Da gehen Sie in Trippelschritten voran. Wir erkennen aber an, Sie gehen zumindest ein Stück voran. Vielleicht brauchen wir noch einmal fünf Jahre lang Anträge der SPD, die genau diese Forderung stellen; dann sind wir aber so weit, wie wir sein sollten. Hier stimmt aber auf jeden Fall ein Stück weit die Richtung.

Das Gleiche gilt bei der Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten, die sowohl der Beamtenbund als auch Ver.di und die Oppositionsfraktionen, insbesondere die SPD-Fraktion, seit Jahren auf dem Schirm haben. Hierfür haben Sie 5 Millionen Euro eingestellt. Jawohl, das ist richtig. Sie verstehen, dass wir an dieser Stelle ein bisschen schneller vorwärts gehen wollten und gerne 10 Millionen Euro drinstehen hätten. Aber auch an dieser Stelle stimmt zumindest die Richtung.

Die Richtung stimmt allerdings beim Thema Abschaffung der pauschalen Stellensperren noch nicht. Dass der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes in seiner Pauschalität unsinnig ist, sagen wir, seit es ihn gibt. Sie wollten ursprünglich von 2005 bis 2019 9.000 Stellen einsparen. Sie haben inzwischen das Projekt gestreckt. Von 2017 bis 2020 wären noch 2.020 Stellen einzusparen gewesen. Sie haben diese 2.020 Stellen jetzt mit einer aberwitzigen Begründung auf 1.140 verringert. Das heißt, Sie sind bei den Stelleneinsparungen zumindest um 880 zurückgegangen. Die aberwitzige Begründung dieses Teils des Haushaltsgesetzes lautet: Wir nehmen die Streichung um 880 Stellen zurück. Bei diesen Stellen handelt es sich um einen Stellenabbau, der zwar im Haushaltsgesetz enthalten, aber – wörtliches Zitat – "seitens der Staatsregierung noch nicht mit konkreten Reformvorhaben hinterlegt war". Exakt darauf haben wir uns schon immer bezogen: nicht pauschal Stellen sperren, sondern sich jeden Bereich einzeln ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, deswegen bleiben wir dabei: Es ist nicht falsch, frei werdende Stellen im Hinblick darauf zu prüfen, ob sie in dieser Ausstattung an dieser Stelle notwendig sind. Sie pauschal mit einem Artikel des Haushaltsgesetzes zu sperren, ist aber falsch. Deswegen beantragen wir die Streichung des Artikels 6b.

Ich komme noch zur Streichung der pauschalen Wiederbesetzungssperre. Eine pauschale Wiederbesetzungssperre bedeutet, dass mit wenigen Ausnahmen jede Stelle, die nicht mehr besetzt ist, drei Monate unbesetzt bleibt. Erst dann rückt jemand auf die Stelle nach. Das ist in vielen Bereichen kontraproduktiv. Es gibt Bereiche, in denen das machbar ist. Aber es gibt auch Bereiche, in denen man eher eine Überlappung der einzelnen Stellen bräuchte, um das Wissen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger weiterzugeben. Wie gesagt, es gibt Stellen, bei denen das machbar ist. Aber diese Pauschalität ist falsch. Deshalb sind wir der Auffassung, dass dieser Artikel aufzuheben ist.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich intensiver, als Sie es getan haben, mit den Petitionen des Bayerischen Beamtenbunds, von Ver.di, aber auch von vielen Fachgewerkschaften aus dem Bereich des Bayerischen Beamtenbunds genauer befasst hätten, dann hätten Sie diese Fehler in Ihrem Haushaltsgesetz und in Ihrem Haushaltsplan hinsichtlich der Personalausstattung im Freistaat Bayern erkannt. Nehmen Sie diese Hinweise zumindest für den Nachtragshaushalt 2018 mit. Steter Tropfen höhlt den Stein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wie gesagt: Im Personalbereich stimmt die Richtung an einigen Stellen im Groben. Die Geschwindigkeit stimmt nicht. Im Gesamthaushalt kann man das leider nicht behaupten.

Ich habe Ihnen heute Vormittag Beispiele genannt: den Investivbereich, Wohnungsbau durch den Freistaat, staatliche Bauten und Einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur und Unterstützung der Kommunen bei ihren Investitionen. Das sind nur einige wenige Hinweise. Die Kolleginnen und Kollegen haben Ihnen in den vergangenen zweieinhalb Tagen in den Debatten zu den Einzelplänen sehr qualifiziert dargelegt, wo es in Bayern besser werden kann und wo es Probleme gibt. Wir könnten sie lösen, wenn Sie konstruktiv und nicht permanent überheblich mit den Anträgen der Opposition, insbesondere mit denen der SPD, umgehen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin gespannt, wie die Nachtragshaushaltsdebatte 2018 verlaufen wird. Wir werden gigantische Ausgabereste haben. Wir werden wieder die gleichen Riten wie jedes Jahr erleben: Abgelehnte Anträge der SPD der Vorjahre werden zumindest halbherzig, dafür aber umso stärker mit Pressemitteilungen begleitet und von Ihnen hier im Plenum heftig beklatscht abgekupfert werden. Sie werden zusätzliche Millionen quer über Bayern, aber ohne klares Konzept verteilen, Hauptsache, Ihr Wahlergebnis rückt ein bisschen in ein besseres Licht.

Das ist nicht die Art der Politik, die wir uns vorstellen, Kolleginnen und Kollegen. Wir wären bereit und sind bereit – an unseren Anträgen sehen Sie das –, strukturell an einem noch besseren Bayern, an einem auch in 15 oder 20 Jahren guten Bayern zu arbeiten. Das heute vorgelegte Haushaltsgesetz erfüllt diese Vorgaben nicht. Wir lehnen es deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Kollege Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch Bedarf, einiges von dem Gesagten zu

kommentieren und zum Teil richtigzustellen. Ich beginne zunächst mit der Behauptung des ansonsten sehr geschätzten Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Peter Winter, bei dem ich mich auch namens meiner Fraktion ganz herzlich dafür bedanke, dass die Verhandlungen und Beratungen der letzten Wochen in einer guten Atmosphäre verlaufen sind. Lieber Peter Winter, hier wird behauptet, dass wir 3,2 Milliarden Euro mehr fordern und es Bayern in eine Verschuldung treiben würde, wenn dieser Forderung entsprochen würde. Das ist schlicht falsch. Die Haushaltsrechnung der Jahre 2010 bis 2014 weist im Vergleich zum Haushaltsplan kontinuierlich einen Überschuss von 2 bis 3 Milliarden Euro aus.

Lassen Sie es mich so erklären: Wenn Unternehmen über viele Jahre weit mehr Gewinne machen, als geplant ist, werden die Arbeitnehmervertreter zu dem Unternehmer kommen und sagen: Wir wollen jetzt für unsere Arbeitnehmer unseren Anteil daran haben. – In diesem Bild sind die Arbeitnehmer die Bürger, und der Arbeitgeber ist der Staatshaushalt. Je nachdem, wie man Haushalte aufstellt, kann man sehr konservativ dafür Sorge tragen, dass zusätzliche Anträge von anderen Fraktionen immer zu negativen Abweichungen vom Haushaltsplan führen, ohne dass das für den Staatshaushalt Konsequenzen hat. Es hat aber schon ganz andere Zeiten gegeben. Ich erinnere an die Verhältnisse im Bund in den Siebziger- und Achtzigerjahren. Damals dienten die meisten Nachtragshaushalte dazu, ungünstige Haushaltsentwicklungen nachzufinanzieren.

Ich sage an dieser Stelle noch zur Frage der Gegenfinanzierungen: Haushalte sind Prognosen. Entscheidend ist der Haushaltsvollzug. Entscheidend ist am Ende die Haushaltsrechnung. Dabei bleiben wir mit unseren Anträgen weit unter dem, was in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Überschüssen erarbeitet und erwirtschaftet wurde. Herr Finanzminister, ich erinnere an den Nachtragshaushalt 2016: Dessen Volumen war größer als dasjenige der Änderungsanträge unserer Fraktion zu diesem Doppelhaushalt. Ich prognostiziere: Das wird beim Nachtragshaushalt 2018 nicht an-

ders sein. Warten wir es daher ganz einfach ab. Dann ziehen wir Bilanz und schauen, wer realistisch gerechnet hat und wer nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen darf ich schon darauf hinweisen, dass nicht alle Ausgaben konsumtiver Natur sind. Es gibt viele rentierliche Ausgaben, die wiederum höhere Steuereinnahmen und damit höhere Gesamteinnahmen zur Folge haben. Das können Sie natürlich nicht prognostisch in Heller und Pfennig ausrechnen. Deswegen haben sich diese Einnahmeverbesserungen nicht in den Anträgen niedergeschlagen.

Ein Letztes noch: Unsere Anträge tauchen bei Ihnen als Nachläufer ein, zwei, drei, vier Jahre später auf. Der Kollege Güller hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Es ist eine Frage des Tempos. Ich sehe, was Sie von unseren Forderungen umgesetzt haben. Daher können wir ein Stück weit stolz sein. Ich sage innere Sicherheit, ich sage Justiz, ich sage Bildung, ich sage Staatsstraßen. Das ist ein deutlich anderes Signal als das Kaputtsparen von Edmund Stoiber vor zehn Jahren. Der Kollege Güller hat hier völlig zu Recht den Artikel 6b genannt. Er ist für mich ein Symbol dafür, wie man es nicht machen sollte. Der jetzige Finanzminister schlägt da einen deutlich anderen, realistischeren Weg ein. Er setzt das um, was wir fordern, wenngleich nicht in dem von uns gewünschten Tempo.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Stamm, Sie greifen den Finanzminister und die Bayerische Staatsregierung dafür an, dass sie die Kasse plündern. Ich muss bei allem Respekt sagen, dass das ein Stück weit an der Realität vorbeigeht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Man muss die Staatsregierung dort kritisieren, wo man sie zu kritisieren hat. Jetzt mache ich mal den Vergleich mit anderen Bundesländern, den ich normalerweise ablehne, aber hier muss man das mal bringen. Nach dem Krieg haben alle bei null ange-

fangen. Irgendwoher muss es kommen, dass Bayern etwas besser dasteht als andere, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Es sind noch einige Punkte offen. Ich komme zum Thema Länderfinanzausgleich. Vielleicht traut sich der Herr Staatsminister nachher, das zu sagen. Ich bin gespannt. Da haben wir eine ähnliche Erwartungshaltung gehabt, die in den Verhandlungen leider nicht einmal zur Hälfte erfüllt worden ist. Das Ergebnis bleibt um über 50 % hinter unseren Erwartungen zurück. Wenn hier das Ergebnis herausgekommen wäre, das Sie, Herr Finanzminister, zu Recht prognostiziert haben, dann hätten wir für unsere Bürger erheblich mehr Möglichkeiten, Geld auszugeben und die Verhältnisse in Bayern noch besser zu machen.

Wenn ich "Länderfinanzausgleich" sage, dann muss ich auch das Thema "Verlagerung von Kompetenzen im Bundesfernstraßenbau an den Bund" ansprechen. Das ist ein Schildbürgerstreich. Es sieht zwar so aus, als ob die zweispurigen und die vierspurigen Bundesstraßen in Bayern bleiben. Aber das wird natürlich mit erhöhten Kosten und erhöhtem Finanzaufwand verbunden sein. Aber vielleicht, Herr Staatsminister, haben Sie dann die geniale Idee, für diese Bundesstraßen in bayerischer Hand eine Regionalmaut für die Norddeutschen zu verlangen.

Wir hatten das Thema zweite Stammstrecke angesprochen. Dazu müssen wir natürlich etwas sagen. Der Bedarf für eine Verbesserung ist augenfällig, und zwar nicht nur für die Menschen in München und Oberbayern. Das wird manchmal etwas verkürzt dargestellt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf weitere Gebiete Bayerns. Wir brauchen eine realistische Lösung. Wir brauchen keinen Transrapid 2 und kein München 24, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An der zweiten Stammstrecke und am Verkehrsausbau hängen natürlich noch andere Dinge. Ich nenne S-Bahn-Außenäste und – als Allgäuer Abgeordneter ist mir das gestattet – den Regionalverkehr in das Allgäu; denn daran hängt der Verkehr in die Schweiz. Daran hängen der Verkehr ins Allgäu und natürlich nach Oberbayern. Das ist exemplarisch. Das betrifft natürlich alle vier Himmelsrichtungen, von München aus betrachtet. Aber ich denke, der Westen ist hier besonders betroffen. Hier stehen noch erhebliche Aufgaben vor uns.

Ich komme zu einem sehr unrühmlichen und unerquicklichen Punkt. Wir haben in den letzten Tagen 70 Jahre Bayerische Verfassung gefeiert. Da wäre es für dieses Haus vielleicht nicht schlecht gewesen, sich den Artikel 70 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung anzusehen. Dort heißt es: "Auch der Staatshaushalt muß vom Landtag durch formelles Gesetz festgestellt werden". – Wenn ich dann – da gebrauche ich gern das Wort von der Kollegin Stamm – von der "Verzwegung" dieser Fraktionsreserve höre, dann muss ich sagen: Das ist ein Stück zum Fremdschämen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Haushaltsgesetzgeber und niemand anderer sonst. Im Übrigen stimmt es gar nicht, dass das eure Fraktionsreserve ist. Wir haben fast allen euren Anträgen zugestimmt. Also sind das Anträge, die von der CSU eingebracht, von uns für sinnvoll erachtet und mitgetragen wurden. Deswegen haben wir sie gemeinsam beschlossen. Deswegen können Sie nicht rausgehen und sagen: Das haben wir dem Land als Segnung überbracht,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie lehnen den Gesamthaushalt ab, Herr Pohl!)

es sei denn, Herr Kollege Kreuzer, Sie sind der Meinung, dass nur die Mehrheitsfraktion und die Regierung die Verantwortung für eine Politik tragen. Ich sehe das ein wenig anders. Das muss man ein wenig differenziert sehen. Politik geht nicht so, dass die einen arbeiten und die anderen motzen, sondern man muss konstruktiv zusam-

menarbeiten. Das heißt auch, dass wir anerkennen und es mittragen, wenn Sie etwas gut machen. So halten wir das, seit wir hier im Bayerischen Landtag sind. Wir dürfen aber erwarten, dass man sich mit unseren Anträgen konstruktiv auseinandersetzt und ihnen, wenn sie gut sind, gleich zustimmt und nicht wartet, bis man sie selber stellen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich würden wir einem Haushalt zustimmen, wenn es ein Haushalt des gesamten Hauses wäre. Aber so klein kann man sich nicht machen, wenn man in über 900 Fällen niedergebügelt wird, egal ob es um 20.000 Euro oder um 200 Millionen Euro geht. Dann gebietet es im Grunde genommen die Selbstachtung, dann nicht zu sagen, dass man dem zustimmt, wenn die Mehrheitsfraktion einem ständig die rote Karte zeigt. Sie müssten hier etwas konzilianter sein und sagen: Wir betrachten dieses und jenes als sinnvoll, erachten es aber momentan als noch nicht in vollem Umfang umsetzbar.

Man könnte zum Beispiel beim kommunalen Finanzausgleich Kompromisse schließen und sagen: Das Ziel von 15 % von der Verbundmasse, das die FREIEN WÄHLER seit Jahren fordern und das auch SPD und GRÜNE haben wollen, ist gut und richtig, ihr wollt jetzt auf 13,5 %, das ist uns jetzt noch zu viel, wir müssten langsamer vorgehen. – So könnte man Kompromisse schließen. Dann könnte man Haushalte verabschieden, die von größeren Mehrheiten getragen werden. Aber solange das so läuft, ist das ein frommer Wunsch und tatsächlich Träumerei. Wir hoffen allerdings, dass dieser Traum mal Realität wird; denn die Menschen draußen erwarten konstruktive Politik zum Wohle des Freistaats Bayern. Herr Kollege Winter, jetzt sind Sie da. Lassen Sie mich bitte zum Abschluss noch eine kleine Bemerkung machen, weil Sie das so nett geschildert haben,

(Peter Winter (CSU): Ich bin nett! – Heiterkeit bei der CSU)

wie Politiker der Opposition Sie aus dem Bild drängen, wenn Bänder durchgeschnitten werden. Ich stelle mir das gerade zwischen Hans Jürgen Fahn und Ihnen bildlich vor.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Ich werde das, was Sie sagen, aufgreifen, Kollege Winter, und werde die Journalisten beim nächsten Banddurchschneiden bitten, dass sie den Kollegen Pschierer neben mir angemessen ins Bild setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt habe ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Herold auf der Rednerliste. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Pohl, wenn Sie bei der Verabschiedung eine größere Mehrheit haben möchten, können Sie diesem wunderbaren Haushalt für die Jahre 2017/2018 mit Ihren 19 Stimmen zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte in aller Kürze noch Aussagen zu einigen Themenbereichen machen, zunächst zum Länderfinanzausgleich. Ich habe die Diskussion der letzten Jahre hier im Hohen Haus verfolgt und habe nicht festgestellt, dass jemand, insbesondere von Ihrer Seite, erwartet hat, dass irgendwelche Verbesserungen für den Freistaat eintreten könnten. Deswegen bin ich unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und unserem Finanzminister Markus Söder sehr dankbar, dass ein großartiger Erfolg für unseren Freistaat Bayern erzielt wurde. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Entscheidend, lieber Herr Kollege Pohl, waren nicht die 1,31 Milliarden Euro, sondern einfach der Aufwuchs. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass beim Länderfinanzausgleich quasi der Aufwuchs das Problem war. Das konnten wir in den Verhandlungen nun verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Thema ist mir noch wichtig, das Herr Güller angesprochen hat, nämlich das Thema des Artikels 6b. Herr Güller, Sie wissen ganz genau, dass immer dann, wenn dies notwendig war, Verbesserungen vorgenommen oder Ausnahmen gemacht wurden, insbesondere in wichtigen Bereichen, zum Beispiel im Bereich der Bildung, im Bereich der inneren Sicherheit oder im Bereich der Justiz. Sie wissen auch, dass wir beim Nachtragshaushalt 2016 vor großen Herausforderungen standen, insbesondere wegen der Flüchtlingssituation und der Integration. Deswegen haben wir trotz des Artikels 6b immerhin 5.400 Stellen beschlossen, natürlich insbesondere im Bereich der Bildung, aber auch in anderen Bereichen, die ich soeben schon angesprochen habe. Sie wissen auch, dass wir immer wieder entsprechend reagieren, zum Beispiel bei diesem Haushalt im Bereich der Staatlichen Bauämter, lieber Peter Winter, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss, und auch bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung und in den Bereichen Bildung, Justiz, innere Sicherheit und Integration.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein Thema möchte ich noch ganz deutlich ansprechen, liebe Kollegin Claudia Stamm – bedauerlicherweise ist sie jetzt nicht da –, nämlich das Thema Rücklagenentnahme und Rücklagenentwicklung. Wir führen hier wirklich eine Luxusdiskussion. Die meisten anderen Länder in Deutschland wären froh, wenn sie überhaupt eine Haushaltsrücklage hätten. Nennen Sie mir doch ein Bundesland in Deutschland, das überhaupt eine ordentliche Haushaltsrücklage hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unsere Rücklage wurde aus Haushaltsüberschüssen, also aus Mitteln aufgebaut, die wir selber erwirtschaftet haben. Ich kann die Diskussion einfach nicht verstehen. Ich spare ja auch im privaten Bereich gewisse Mittel an und nehme dann, wenn ich Geld für bestimmte große Herausforderungen brauche, Mittel aus der Haushaltsrücklage. Das ist doch ganz normal.

(Peter Winter (CSU): Wenn man eine hat!)

Wir sind dadurch auch in der Lage, für in die Zukunft gerichtete Maßnahmen auf unser "Girokonto" statt auf neue Kredite zurückzugreifen, anders als zum Beispiel Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Man sollte auch einmal sagen, liebe Claudia Stamm – jetzt ist sie auch da –, dass die geplanten Rücklageentnahmen im Wesentlichen – da sollte man aufpassen; das ist ganz wichtig – der Finanzierung der Zuwanderungs- und der Integrationskosten dienen und für Finanzhilfen nach Unwetter- und Hochwasserschäden wie vom Mai und Juni 2016 verwendet werden. Ich kenne kein anderes Bundesland, in dem es im Jahr 2016 ebenfalls Hochwasser gab und Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um den durch das Hochwasser Geschädigten zu helfen.

Im Doppelhaushalt 2017/2018 nehmen wir insgesamt 4,7 Milliarden Euro für die wichtigen Themen Flüchtlinge und Integration in die Hand, und in den letzten Jahren wurden über 9 Milliarden Euro für diesen Bereich aufgewandt. Man muss doch Verständnis haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir da auf unsere Rücklagen zurückgreifen.

Immer wieder angesprochen wird die Barrierefreiheit bis 2023. Sie wissen, dass das in der Regierungserklärung von Horst Seehofer angekündigte Sonderinvestitionsprogramm "Bayern barrierefrei 2023" seit dem Doppelhaushalt 2015/2016 abgearbeitet wird. Auch im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sind hierfür immerhin rund 235 Millionen Euro vorgesehen. Ich kann nicht verstehen – das muss ich ganz ehrlich sagen –, warum Sie immer wieder die Bahnhöfe so massiv ansprechen.

Natürlich tun wir auch etwas für die Bahnhöfe; aber wir sind doch für die Bahnhöfe gar nicht zuständig. Die Zuständigkeit liegt, wie Sie alle wissen, bei der Deutschen Bahn AG und beim Bund.

(Beifall bei der CSU)

Am Schluss noch einmal ein Dankeschön an unseren Finanzminister und alle, die beteiligt waren, natürlich auch an die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich möchte den Dank an alle Fraktionen weitergeben. Wir haben im Ausschuss – das muss ich ganz ehrlich sagen – ein sehr, sehr gutes Verhältnis, auch aufgrund der guten Führung durch unseren Vorsitzenden Peter Winter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können heute gemeinsam, vielleicht sogar mit den Stimmen der FREIEN WÄHLER, was Herr Pohl vorhin angesprochen hat, einen sehr, sehr guten Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Biedefeld das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach fast drei Tagen Haushaltsberatungen stimme ich in einer Sache den Vorrednerinnen und Vorrednern der CSU durchaus zu: Bayern geht es aktuell, finanziell gesehen, vergleichsweise gut. Das stimmt. Das ist nicht zu bestreiten. Dies ist aber – das wurde heute schon einmal von Kollegen gesagt – nicht allein das Verdienst der CSU, sondern es ist das Verdienst von vielen Menschen in diesem Land, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, von Selbstständigen, von Firmen, von Handwerksbetrieben oder Unternehmen, wie auch immer. Es ist ein Verdienst von ganz vielen Menschen in diesem Land und auch – das sagen wir durchaus selbstbewusst – ein Verdienst der Opposition und damit der SPD hier im Bayerischen Landtag,

(Lachen bei der CSU – Harald Güller (SPD): Bitte etwas Anstand!)

die genauso im Blick hat, Bayern positiv voranzubringen und zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht ausschließlich Ihr Verdienst.

Obwohl es Bayern derzeit recht gut geht, gibt es aus unserer Sicht in vielen Bereichen noch Verbesserungsbedarf bzw. Korrekturbedarf. Trotz Rekordhöhe des vorliegenden Doppelhaushalts fehlt es – das hat unser Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher am Dienstag klargemacht – an ganz wichtigen Impulsen und Weichenstellungen für die künftige Entwicklung Bayerns. Mit unseren Anträgen haben wir über die Einzelpläne hinweg genau dort angesetzt. Aus unserer Sicht haben Sie wirklich eine große Chance vertan.

Ein besonders wichtiges Ziel, an dem wir eigentlich noch stärker gemeinsam arbeiten müssen, zumal es Bestandteil der Bayerischen Verfassung ist, wird von der CSU gänzlich oder sehr oft ausgeblendet: Es ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Die vorgesehenen Behördenverlagerungen können nur ein Teil, ein wichtiger vielleicht, aber nur ein Teil, der Strategie sein. Darin stimme ich auch mit meinen Vorrednern überein. Aber es braucht noch viel mehr, um landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben als SPD-Landtagsfraktion dazu einen eigenen Nordbayernplan erarbeitet, der weit über die Vorschläge der Staatsregierung und ihren Heimatbericht hinausgeht. Er geht hinaus über eine Verlagerung des Ministeriums für Gesundheit und Pflege. Ich kann Ihnen die Lektüre des Nordbayernplans nur ans Herz legen. Sie finden darin garantiert viele gute Ideen und Impulse zur Förderung wirklich gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben nicht nur den Nordbayernplan erarbeitet, sondern stellen zu diesem Thema auch immer wieder eine Vielzahl von Anträgen, die Sie aber ablehnen. Uns ist immer das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbe-

dingungen in allen Landesteilen vor Augen, das auch in der Bayerischen Verfassung festgehalten ist.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ein weiteres Thema steht im Zusammenhang mit dem Einzelplan 13. Auch der Abbau der versteckten Verschuldung wegen fehlender Investitionen ist eine Großbaustelle, die uns in den nächsten Jahren bevorsteht, und wird für uns immer wieder Thema sein.

Die Investitionsquote ist seit Jahren am Sinken. Noch zu Beginn der Amtszeit von Ministerpräsident Stoiber lag sie bei über 20 %. Mit 11,8 % im Jahr 2017 und 11,5 % im Jahr 2018 sind wir davon inzwischen meilenweit entfernt. Die CSU versucht trotzdem, dies als Erfolg zu verkaufen. Tatsache ist jedoch, dass der Erhalt und der Ausbau unserer Infrastruktur so auf Dauer nicht gesichert werden können. Man muss klar sagen: Die CSU-Staatsregierung verschiebt damit die Lasten in die Zukunft, und dies auf Kosten zukünftiger Generationen. Stichworte dafür sind der Straßenbau, der Staatsstraßenbau, Brücken, energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden usw. Diese versteckte Verschuldung gilt es klar zu benennen, wenn über den aktuellen Entwurf zum Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre gesprochen wird.

Ein weiteres Stichwort, wenn es um versteckte Verschuldung geht – auch das wurde heute schon angesprochen –, ist die unzureichende Pensionsvorsorge: 100 Millionen Euro. Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen selbst, was 100 Millionen Euro in Anbetracht dessen bedeuten, was wir hier an Herausforderungen haben, wenn wir auf die Notwendigkeiten beim Pensionsfonds sehen. Das ist völlig unzureichend. Oder denken Sie auch an die pikanten Entwicklungen bei der BayernLB.

Wenn die CSU-Fraktion und die Staatsregierung mit den Haushaltszahlen prahlen, sollten sie außerdem auch ehrlich sein, ehrlich zum Beispiel dahin gehend, was den ganz tiefen Griff in die Rücklagen anbelangt. Die Rücklagen werden durch den vorlie-

genden Haushaltsentwurf regelrecht geplündert. Ja, auch für uns ist dies so. Frau Kollegin Claudia Stamm hat das dargestellt, und wir sehen es ganz genauso.

Ende 2015 hatte der Freistaat eine Rücklage in Höhe von 6,1 Milliarden Euro; im Jahr 2018 werden lediglich noch rund 1 Million Euro an Rücklagen zur Verfügung stehen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: 1 Million?)

– 1 Milliarde Euro, Entschuldigung! Vielen Dank, Herr Finanzminister. Ich bitte um Entschuldigung.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das ist ein kleiner Unterschied! – Unruhe)

Nein, da hat er recht. Ich greife das gerne auf. Ich bitte um Entschuldigung, wenn auch bei mir nach drei Tagen sehr aufmerksamen Verfolgens der Haushaltsdebatte hin und wieder einmal die Konzentration nachlässt. Danke schön für den Hinweis: Eine Milliarde Euro – das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Rücklagen entsprechend geplündert werden.

Die Schuldentilgung – das ist ein interessanter Punkt – erfolgt somit nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern auch aus der Rücklage. Es werden sogar weniger Schulden getilgt, als aus der Rücklage entnommen wird. Mein Appell an die CSU und die Staatsregierung: Seien Sie endlich ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern, und benennen Sie auch diese Fakten, wenn Sie über die Haushaltslage sprechen.

Natürlich ist Schuldentilgung wünschenswert. Gleichzeitig kann man sich aber fragen, ob die Rechnung aufgeht, wenn dadurch notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Investitionen, das wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, verringern nicht nur die versteckte Verschuldung, sondern schaffen auch zukünftig neues Wachstum und Ar-

beitsplätze und führen damit zu mehr Steuereinnahmen. Eine höhere Investitionsquote nutzt damit letztlich dem Staatshaushalt insgesamt, oder umgekehrt: Je länger wir die versteckte Verschuldung noch ausbauen, je länger wir zuschauen und nicht investieren, umso teurer wird es für die künftigen Generationen.

Trotz der von den Vorrednern der CSU hervorgehobenen Schuldentilgung und des dramatischen Eingriffs in die Rücklage verfehlt die CSU ihr selbst gestecktes Ziel bei Weitem. An diesem Ziel müssen Sie sich messen lassen und eingestehen, dass Sie das bisher nicht erreicht haben. Ich möchte dies aufzeigen am Thema "Schuldenfreier Haushalt", Ihrer Zielsetzung für 2030.

Wir haben das einmal durchgerechnet. Gehen wir einmal von 2018 aus, dann sind noch 28 Milliarden Euro in den nächsten Haushaltsjahren zu bestreiten. Bis 2030 noch 28 Milliarden Euro heißt, Sie müssten künftig in jedem Jahr durchschnittlich 2,3 Milliarden Euro tilgen. Wie wollen Sie das schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das kann nicht funktionieren, selbst bei einer Reduzierung der Zahlung in den Länderfinanzausgleich ab 2020 um etwa 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Das kann nicht funktionieren. Ich sage, hier handelt es sich um nichts anderes als um politische Propaganda der CSU-Staatsregierung.

Das Ergebnis der Verhandlungen zur Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs möchte ich ebenfalls noch ansprechen. Was haben Sie hier für große Ankündigungen und Versprechungen gemacht, bis hin zu Klagedrohungen und Beschimpfungen sogar gegen CDU und Finanzminister Schäuble. Große, leere Ankündigungen! Schauen wir uns das Ergebnis doch einmal an. Der Freistaat trägt weiterhin den Großteil der Lasten. Wie oft hat Herr Minister Söder gesagt, dass es genau darum gehe, nicht mehr den Großteil der Lasten zu tragen.

Bayern wird auch dann weiterhin den Großteil der Lasten tragen. Bei einer gleichmäßigen Verteilung wäre außerdem jedes Bundesland um durchschnittlich 115 Euro pro Einwohner entlastet worden. Dies ist aber nicht der Fall. Der Freistaat Bayern zahlt pro

Kopf 106 Euro weniger in den Länderfinanzausgleich ein. Andere Bundesländer werden weitaus stärker entlastet. Ich nenne einmal das Beispiel Thüringen – wir gönnen den Thüringern das, aber Thüringen oder der linke Ministerpräsident Thüringens hat anscheinend besser verhandelt. Thüringen bekommt jedes Jahr zusätzlich 219 Euro pro Einwohner. Ich muss sagen: Gute Verhandlungsergebnisse sehen anders aus. Sein Versprechen, Bayern werde nicht länger die Hauptlasten tragen, hat der Ministerpräsident folglich nicht eingelöst.

Umso wichtiger ist es, dass sich der Steuervollzug in Bayern weiter verbessert. Der Kollege Güller hat es heute früh schon einmal im Zusammenhang mit dem Einzelplan 06 angesprochen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, und wir werden hier nicht locker lassen. Hier geht es um soziale Gerechtigkeit, um Steuergerechtigkeit.

Im Gegensatz zu Staatsminister Söder und der CSU wollen wir keine Steuergeschenke für große internationale Unternehmen wie Apple. Das ist aus unserer Sicht gegenüber dem steuerzahlenden Bürger und unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen nämlich mehr als nur ungerecht.

Wir fordern einen gerechten Steuervollzug, nicht Steuererhöhungen, nicht mehr Steuern, sondern wir wollen einen gerechten Vollzug der Gesetze, die wir bereits haben. Dies ist nur möglich, wenn unsere Steuerverwaltung mit mehr Personal ausgestattet wird. Schaut man sich die Personalzahlen einmal an, stellt man fest, dass es 2006 noch 16.695 Stellen an den bayerischen Finanzämtern gab. Zehn Jahre später sind es 16.449, also 246 Stellen weniger, wobei – das muss man auch noch berücksichtigen –, 1.536 Stellen gar nicht besetzt sind.

Die laut ORH prekäre Finanzsituation an den bayerischen Finanzämtern ist außerordentlich erstaunlich, da jeder zusätzliche Steuerprüfer ein Vielfaches an Steuereinnahmen erbringt, als er den Staat an Personalmitteln kostet. Sie kennen die Zahlen. Bei der Betriebsprüfung könnten Mehreinnahmen in Höhe von 1,4 Millionen Euro, bei der Steuerfahndung in Höhe von 740.152 Euro und bei der Umsatzsteuersonderprüfung in

Höhe von rund 1,2 Millionen Euro erzielt werden. Bei diesen Zahlen sind die Personalkosten schon berücksichtigt; das muss man klar sehen.

Sie nehmen diese Einnahmequelle, die der Staat hätte, nicht wahr, und zwar politisch bewusst nicht wahr. Sie sagen den Kommunen: Schöpft erst einmal eure Einnahmequellen aus, und nur wenn ihr sie ausgeschöpft habt, dann bekommt ihr Zuschüsse oder kommt überhaupt in den Genuss von Darlehen. Der Freistaat Bayern schöpft politisch ganz bewusst seine Einnahmequelle nicht aus.

Ein gerechterer Steuervollzug ist nur mit mehr Personal möglich. Das hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, ich sagte es. Bei aller Freude über die derzeit sprudelnden Einnahmen muss auch festgestellt werden, dass jedes Jahr Millionen an Steuereinnahmen verloren gehen. Das sagt nicht nur die SPD oder die Opposition, sondern das sagt auch der Oberste Rechnungshof, der Ihnen das schon mehrmals ganz klar schriftlich bestätigt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das zum Einzelplan 13 auch als Antrag eingebracht und als Gegenrechnung, als einen Mosaikstein zum Ausgleich für unsere Änderungsanträge. Wir haben aufgezeigt, dass durch die von uns zusätzlich geforderte Personalausstattung im Jahr 2017 rund 160 Millionen Euro und im Jahr 2018 rund 300 Millionen Euro Steuern zusätzlich eingenommen würden. Diese Mittel fließen bisher am Staatshaushalt vorbei. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wollten wir unsere Änderungsanträge ein Stück weit gegenfinanzieren; wir haben mehrere Vorschläge eingebracht.

Ein weiterer Gegenfinanzierungsvorschlag ist klar: Die Rückforderung der Darlehen, die an die Flughafen München GmbH ausgereicht worden sind. Diese Mittel in Höhe von rund 250 Millionen Euro könnten ebenfalls zur Finanzierung wichtiger Projekte eingesetzt werden, zur Gegenfinanzierung auch unserer Änderungsanträge. Schließlich erfreut sich die Flughafen München GmbH einer sehr guten wirtschaftlichen Situation.

Wir wissen, Sie bunkern hier das Geld für die zweite Stammstrecke; das wurde heute noch einmal klar zum Ausdruck gebracht. Wir haben ein anderes Vorgehen. Wir wollen, dass dieses Geld in den Haushalt fließt. Wir wollen die zweite Stammstrecke aus dem regulären Haushalt finanziert wissen.

Zu dem interessanten Konstrukt, dies abschließend, dass sich die CSU eine sogenannte Fraktionsreserve vorbehält, nur ganz kurz: Die Staatsregierung fügt ihrem Haushaltsentwurf jährlich einen Betrag – in diesem Fall sind es 50 Millionen – als sogenannte Verstärkung von Investitionsmaßnahmen bei. Damit können die zusätzlichen Änderungsanträge der CSU-Fraktion finanziert werden. Wenn die darüber finanzierten Projekte für die CSU so wichtig sind, stellt sich für uns auf jeden Fall die Frage, warum Sie nicht von vornherein Anträge in den regulären Haushaltsberatungen stellen oder warum diese Änderungen nicht schon im Entwurf des Doppelhaushalts berücksichtigt werden. Dann aber könnten die CSU-Abgeordneten nicht mehr ihre Zuckerl verteilen, die Wahlkampfzwecken und dem Bedürfnis der CSU nach Sicherung der absoluten Mehrheit dienen. Das hat mit Parlamentarismus und Demokratie nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine klare Linie gezeigt, wo unsere Schwerpunkte sind und wie wir Bayern positiv für die nächsten Jahre fortentwickeln wollen. Uns ist es leider nicht gelungen, mit Argumenten zu überzeugen. Das bedauern wir sehr. Aber wir werden nicht nachlassen, und viele Bürgerinnen und Bürger hätten sich gefreut, wenn unsere Anträge Berücksichtigung gefunden hätten. Das hätte den Freistaat Bayern insgesamt vorangebracht. Das war nicht möglich.

Trotzdem vielen Dank an alle, die im Haushaltsausschuss gearbeitet haben, an alle, die die Arbeiten vorbereitet haben, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Bei allen unterschiedlichen Meinungen haben wir trotzdem kon-

struktiv zusammengearbeitet. Dafür ein herzliches Dankeschön, und vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat sich Kollege Pohl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir stimmen sicher darin überein, dass unsere Finanzbeamten in Bayern hervorragende Arbeit leisten und dass für sie ein Stellenaufwuchs angebracht und gerechtfertigt wäre. Stimmen Sie mit mir auch darin überein, dass es bei der Steuererhebung und beim Steuervollzug einen Grenznutzen gibt? Es ist nicht so, dass man immer mehr Prüfer einstellen muss, um immer mehr Steuereinnahmen zu erlangen. Es wird immer ein wenig der Eindruck verbreitet, dass ein Gutteil der Bürger des Freistaates Steuern verkürzen würde. Ich glaube, das ist nicht ihre Intention. Ich hoffe es nicht. Jedenfalls ist das nicht die Realität in Bayern.

Noch ein Punkt, der die Steuereinnahmen und Steuerprüfer betrifft: Ich meine schon, dass wir unserer bayerischen Steuerverwaltung insgesamt ein gutes Zeugnis ausstellen und nicht von einem ungeordneten Steuervollzug sprechen können.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Pohl, wir reden von Steuergerechtigkeit und Steuervollzug. Wir haben nie gesagt, dass absolutes Chaos herrscht. Es gibt ganz viele Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern, die treu und brav ihre Steuern zahlen. Viele haben gar keine Möglichkeit, irgendetwas am Finanzamt vorbei zu machen; denn den Arbeitnehmern wird die Steuer von vornherein von ihren Gehältern und Löhnen abgezogen. Sie machen dann eine Steuererklärung. Wir reden nicht von den vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land, die treu und brav ihre Steuern bezahlen.

Sie müssen sich aber einmal den Prüfungszyklus bei Arbeitgebern und bei Unternehmen anschauen. Dieser Prüfungszyklus spricht Bände. Sie kennen die Zahlen. Wir bekommen von den verschiedensten Fraktionen immer wieder Anfragen dazu. Wir wissen – das hat Kollege Güller heute früh beim Einzelplan 06 gesagt –, dass es einen Grenznutzen gibt. Das wissen wir durchaus. Wir wissen, dass unsere Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten hervorragende Arbeit leisten. In der Finanzverwaltung findet eine hervorragende Arbeit statt. Wir wissen das, auch aufgrund der Einnahmen, die wir haben. Aber wir brauchen einen höheren Stellenaufwuchs. Wir versprechen uns davon wirklich enorme Mehreinnahmen für den Freistaat, um damit unseren Freistaat insgesamt positiv fortzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt noch 44 Minuten Redezeit.

(Beifall bei der CSU – Markus Blume (CSU): Ausschöpfen!)

Eigentlich wäre jetzt eine gute Gelegenheit, noch einmal pädagogisch auf die Beiträge einzugehen, die von der Opposition gekommen sind. Nach den letzten Wochen scheint mir aber ein gewisser Lernerfolg wenig aussichtsreich.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen möchte ich meinen kurzen Beitrag unter das Motto stellen, das ich immer gerne bei langen Einführungen mit langen Grußworten als Gebet halte; es heißt: Lieber Gott, mach es flott.

Deshalb drei Bemerkungen, meine Damen und Herren. Erstens. Vorhin wurde gesagt, in Bayern sei alles nur Glück. Heißt das dann, dass in Nordrhein-Westfalen alles nur Pech ist?

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass überall in Deutschland die Menschen fleißig sind und sich anstrengen. Den Unterschied macht letztlich die Politik. Wir waren einmal hinten, heute sind wir vorne; andere waren mal vorne und sind heute hinten. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und dem Rest der Republik.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Es wurde gesagt, wir plünderten Bayern aus. Schauen Sie sich mal um, wie es anderswo mit dem Schuldenstand aussieht. Nordrhein-Westfalen hat viermal so viel Schulden. Das sind also die Viermal-Plünderer. Berlin hat doppelt so viel Schulden. Berlin plündert sowieso. Aber selbst Baden-Württemberg hat 50 % mehr Schulden als wir. Was haben wir? – Wir machen im Haushalt keine Schulden. Wir tilgen alle Schulden. Wenn ich immer wieder von den Rücklagen höre, muss ich Sie fragen: Was sind denn eigentlich Rücklagen? – Rücklagen sind erwirtschaftetes Gut. Die anderen haben gar keine Rücklagen, weil sie nichts erwirtschaften können. Das ist doch der fundamentale Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Nebenbei bemerkt: Es wurde gesagt, wir hätten Rücklagen von fast 9 Milliarden Euro. Wir haben 2018 nicht 1 Milliarde, sondern 2,3 Milliarden wegen der Steuereinnahmen, die aufgrund unserer Politik möglich sind, weil wir den Rahmen so setzen, dass es sich für die Wirtschaft lohnt, in Bayern zu investieren, und dass von dem Geld der Menschen auch etwas übrig bleibt. Wer glaubt denn eigentlich, dass die Bürger gerne dorthin gehen, wo ihnen nur etwas genommen wird? Wenn ich höre, dass wir eine

Kiessteuer einführen sollen, kann ich nur sagen: Sie wollen mit Kies auch nur Kohle machen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CSU)

Wir bleiben ganz klar dabei: Der Kurs, den wir hier in den letzten Tagen bestimmt haben, ist der solideste.

Zu den Kommunen noch eine Anmerkung. Wir haben jetzt viel geredet. Ich danke ausdrücklich allen Rednern, die es klargestellt haben, Peter Winter, Martin Bachhuber und Hans Herold. Wir haben den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten. Jetzt frage ich mich, wie man deswegen schimpfen kann. Man kann noch mehr fordern. Das ist in Ordnung. Fakt ist aber, dass wir seit allen Zeiten das meiste machen, dass wir bei den Schlüsselzuweisungen Rekordzuweisungen haben und dass wir das Instrument der Stabilisierungshilfen haben. Mit 150 Millionen ist das sechsmal so viel wie das, mit dem wir 2011 gestartet sind. Vielen Gemeinden, die dadurch eine Perspektive bekommen, ist das offenkundig. Darum möchte ich nach knapp vier Minuten mit einem Dokument schließen, welches belegt, was man von unserer Finanzpolitik für die Kommunen hält. Es ist ein Schreiben des Fürther Oberbürgermeisters, das noch vor der Fahrstuhl-sache geschrieben wurde. Er ist ein SPDler, der gewählt wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt braucht ihr schon SPDler, die euch loben!)

– Hubert, du machst das nicht. Ich lese den Brief vor und möchte damit auch schließen:

Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Markus! Es ist mir ein großes Bedürfnis, dir und dem Freistaat Bayern für die beeindruckend hohe Summe an Stabilisierungshilfen zu danken.

Ich darf dir gemeinsam mit unserer Stadtkämmerin sagen, dass wir mit dem Geld Schulden tilgen und weiter sparsam wirtschaften werden.

Und jetzt kommt es; bitte für das Protokoll:

Die erfolgreiche Haushaltspolitik, die du für den Freistaat Bayern verantwortest, ist uns dabei ein Vorbild.

– Meine Damen und Herren, so ist es.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Können wir das als Weihnachtskarte haben?)

– Ich lege den Brief dann anbei und freue mich, dass die Sozialdemokraten nicht einmal dann klatschen – das muss man sich einmal überlegen –, wenn eigene Leute, SPD-Oberbürgermeister etwas schreiben. Nehmt euch daran ein Beispiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Danke noch einmal an alle, die an der Beratung mitgewirkt haben. Sie war wie immer intensiv, zuweilen auch lang, aber das Ergebnis zählt. Das Ergebnis nach dem heutigen Abschluss der Beratungen ist, dass die Bayern sagen können, dass sie die nächsten zwei Jahre wegen der Finanzen dank des Einsatzes des Bayerischen Landtags ruhig schlafen können. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch einiges vor uns. Daher darf ich Sie bitten, dies jetzt zum Abschluss noch gut über die Bühne zu bringen. Wenn wir jetzt zur Abstimmung kommen, werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017 abstimmen – das ist Tagesordnungspunkt 17.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14275 und 17/14276 sowie

17/14277 abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abstimmen? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14275 und 17/14276 sowie 17/14277 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/12805, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14638 zugrunde.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen in Artikel 1 Absatz 1. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14638.

Mit dem Änderungsantrag der CSU auf Drucksache 17/14656 sollen weitere Änderungen in den Artikeln 13f und 13h vorgenommen werden. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/14656, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschuss und mit den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzu-

zeigen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und mit den im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 genannten Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – SPD-Fraktion, Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)".

Mit der Annahme des Gesetzes in der vorgenannten Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 seine Erledigung gefunden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13 – das ist Tagesordnungspunkt 18. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14089 und 17/14655, 17/14009 mit 17/14020, 17/13980 mit 17/13987 sowie 17/14225 mit 17/14239 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14628 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/14020 betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder" in namentlicher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals bereitgestellt. Sind Sie damit einverstan-

den, die für die Abstimmung zur Verfügung stehende Zeit auf drei Minuten zu verkürzen?

(Zahlreiche Zurufe: Ja!)

– Dann lasse ich nun abstimmen und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. – Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung, und die Stimmkarten werden ausgezählt. Ich bitte Sie, sich zu gedulden. Bevor wir weitermachen können, brauchen wir ein erstes Ergebnis. –

(Unterbrechung von 18.22 bis 18.24 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen? Wir können jetzt in der Tagesordnung fortfahren. Ich darf zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es ging um den Antrag betreffend "Härfonds zur Sanierung kommunaler Bäder" auf Drucksache 17/14020. Mit Ja haben gestimmt 42. Mit Nein haben gestimmt 86. Es gab 8 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/14628 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Mit dem Änderungsantrag der CSU auf Drucksache 17/14655 sollen die Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen für Maßnahmen gemäß Artikel 13f des Finanzausgleichsgesetzes angepasst werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/14655, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde. Wer diesem

Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von SPD, FREI-EN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14655 zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREI-EN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen für das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 17/14628. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen. Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14089 und 17/14655 ihre Erledigung gefunden.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017/2018. Das ist der Tagesordnungspunkt 19. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 17/12806, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14287, 17/14657, 17/14282 mit 17/14285, 17/14278 mit 17/14281 sowie 17/14286 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14636 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag auf der Drucksache 17/14284, wie von der SPD-Fraktion beantragt, in namentlicher Form abstimmen. Es kann mit der Stimmabgabe begonnen werden. Die Urnen stehen bereit.

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich mit der Abstimmung fortfahren kann. Ich will weiter abstimmen lassen.

Ich fahre jetzt mit den Abstimmungen zu den übrigen Änderungsanträgen fort. Das sind die Änderungsanträge der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf den Drucksachen 17/14278 mit 17/14281 und die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 17/14282 mit 17/14285 mit Ausnahme des Antrags der SPD auf Drucksache 17/14284, über den bereits namentlich abgestimmt wurde, und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/14286.

Besteht damit Einverständnis, dass wir über die vorgenannten Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abstimmen? – Das ist der Fall. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14282 mit 17/14285 mit Ausnahme der Drucksache 17/14284 sowie 17/14278 mit 17/14281 und 17/14286 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens

seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich bitte Sie, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Ich brauche noch ein bisschen, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt. Vielen Dank, dass das alles so gut und so schnell geht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es ging um den Änderungsantrag der SPD betreffend "Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten" auf der Drucksache 17/14284. Mit Ja haben 42 gestimmt. Mit Nein haben 87 gestimmt. Es gab 8 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Damit komme ich zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/12806, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14636 zugrunde. Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14636.

Mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 sollen die Schlusssummen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 aufgrund der vorherigen Änderungen beim Einzelplan 13 angepasst werden. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 17/14657, die Ihnen ebenfalls mit den Plenarunterlagen übersandt wurde. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ge-

genstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das ebenfalls beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14287 und 17/14657 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich danke dem Hohen Haus und damit den Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitgliedern der Staatsregierung für diese drei Tage, in denen sehr intensiv beraten und diskutiert worden ist. Ich danke Ihnen herzlich dafür. Ganz besonders möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses danken. Ich danke insbesondere dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Winter.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich schließe ich auch den Stellvertreter des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Güller, in den Dank mit ein.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch allen Berichterstatterinnen und Berichterstattern aus den jeweiligen Fraktionen. Ich danke Ihnen für die intensive Vorberatung und die Vorbereitung. Für die nächsten Jahre 2017 und 2018 können wir gemeinsam unsere Verantwortung für die Menschen in Bayern wahrnehmen. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank auch an Sie!

(Beifall bei der CSU)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drs. 17/14020)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Gülller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	42	86	8

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017 (Drs. 17/12805)

II. zum Einzelplan 13 (17/14628)

III. zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Drs. 17/12806)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13 FAG
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14275
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13d FAG
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14276
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14277

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13980
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/13981
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/13982
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/13983

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Überlassung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den kommunalen Straßenbau/-unterhalt
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/13984
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/13985
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schulschwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/13986
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/13987
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/14009
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfraktion
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/14010
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 17/14011
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Pauschalzuweisung zu den Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler in Bayern bedarfsorientiert und kontinuierlich erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/14012
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 17/14013
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kofinanzierung des Strukturfonds nach dem Krankenhausstrukturgesetz
(Kap. 13 10 TG 71)
Drs. 17/14014
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung von Krankenhausinvestitionen
(Kap. 13 10 TG 72)
Drs. 17/14015
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren, alternative Antriebe fördern
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/14016

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Deutliche Aufstockung der Mittel für die Härtefallregelung im Rahmen der aktuellen RZWas (Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben)
(Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 17/14017
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Lebensmittelkontrolle bei den kreisfreien Städten
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14018
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14019
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14020
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Personaldopplungen wegen Verlagerung einzelner Behördenteile
(Kap. 13 03 Tit. 422 06)
Drs. 17/14225
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: So genannte „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/14226
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Dauersubventionierung der Forschungsstiftung
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 17/14227
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionsprogramm Bayern barrierefrei 2023
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/14228
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 17/14229
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/14230
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen an Kommunen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/14231
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und Tit. 883 03)
Drs. 17/14232

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 17/14233
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte energieautarke Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14234
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stromeinsparung kommunale Liegenschaften Straßenbeleuchtung
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14235
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14236
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung kommunale Wärmeplattformen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14237
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Klimaschutzmanagerinnen und -manager in den Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14238

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Pensionsfonds aufstocken – versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und
Kap. 13 60 Tit. 325 52)
Drs. 17/14239

III. Haushaltsgesetz 2017/2018

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Wiederbesetzungssperre ersatzlos streichen
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14278
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14279
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14280
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14281

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018; hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre (Drs. 17/12806) Drs. 17/14282 6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018; hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre (Drs. 17/12806) Drs. 17/14283 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018; hier: Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten (Drs. 17/12806) Drs. 17/14284	8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018; hier: Verbesserungen für Beamte im Dienst zu ungünstigen Zeiten (Drs. 17/12806) Drs. 17/14285 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Drs. 17/12806) Drs. 17/14286

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Drs. 17/12806) hier: Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten (Drs. 17/14284)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	42	87	8

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Kerstin Celina

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Christine Kamm

Abg. Doris Rauscher

Staatsministerin Emilia Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Verena Osgyan

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13591 und 17/14654)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13425 mit 17/13456)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13565 mit 17/13588)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13502 mit 17/13516)

In die Beratung mit einbezogen wird der vorgenannte, zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/14654 betreffend "Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger".

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 2 Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 29 Minuten, auf die SPD-Fraktion 23 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 19,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 29 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/13428, 17/13445, 17/13503 und 17/13576 bereits namentliche Abstimmung und zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13512 einfache Abstimmung beantragt wurde.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2013 bin ich für die CSU-Fraktion für den Sozialetat zuständig und habe miterlebt, welche Steigerung in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war. Ich glaube, kein Einzelplan hat eine derart rasante Entwicklung vorzuweisen wie der Sozialetat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagen Sie bei jedem Etat!)

Hatten wir im Jahr 2013 – hören Sie zu! – 3,9 Milliarden Euro Gesamtvolumen, waren es 2014 erstmals 4,1 Milliarden Euro, 2015 4,4 Milliarden Euro, und im Jahr 2016 gab es eine 50-prozentige Steigerung auf fast 7 Milliarden Euro. Ein Bundesland kann eine solche Steigerung aber nur verkraften, wenn die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Für den Freistaat Bayern sind diese Voraussetzungen gegeben, weil er seit vielen Jahren eine solide Haushaltspolitik betreibt.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat konnte die Kostenexplosion im Sozialbudget nur deshalb auffangen, weil er aus den Rücklagen entnehmen konnte. Dafür muss man aber überhaupt erst einmal Rücklagen haben. Diese sind das Ergebnis jahrelanger solider Haushaltspolitik mit Maß und Ziel, obwohl Sie von der Opposition uns dafür immer wieder kritisiert und selten bis nie Einsparvorschläge gemacht haben.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Der Freistaat hat diese Kostenexplosion aufgefangen, ohne bei der einheimischen Bevölkerung zu sparen.

(Beifall bei der CSU)

Die Interessen der einheimischen Bevölkerung wurden bewusst nicht gegen die Interessen der ankommenden Flüchtlinge ausgespielt. Auch das muss an dieser Stelle erwähnt und betont werden, weil dies Ausdruck von Weitsicht und Rücksichtnahme ist.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem oder gerade deswegen bin ich sehr froh, dass ich heute über einen Sozialhaushalt berichten darf, der in seiner Gesamthöhe wieder einen Rückgang aufweist. Wahrscheinlich bin ich der einzige Berichterstatter, der sich über einen Rückgang des Haushaltsvolumens in seiner Zuständigkeit nicht beklagt.

Die Herausforderungen werden aber nicht weniger. Der Sozialhaushalt 2017/2018 umfasst für 2017 rund 6,3 Milliarden Euro und für 2018 rund 6,2 Milliarden Euro. Das heißt, die Gesamtausgaben sind rückläufig. Damit ist auch die Schwerpunktsetzung klar: Es gibt weniger Geld für die Aufgabe Asyl und mehr Geld für die einheimische Bevölkerung und die übrigen Bereiche. Damit erhalten Familien, Menschen mit Handicap, ältere Menschen, der Jugendbereich und auch das Ehrenamt mehr Geld.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl!)

Die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern sinken von 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2017 bzw. auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2018. Die Hauptgründe dafür sind die sinkende Zahl ankommender Flüchtlinge sowie Einsparungen bei der Unterbringung, da kostengünstigere Möglichkeiten genutzt werden können. Jetzt komme ich zu einem Punkt, den auch unser Finanzminister gerade eben erwähnt hat. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen kraftvoll beim Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei den jungen volljährigen Flüchtlingen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Jetzt passen Sie mal auf Herr Kollege: Der Freistaat Bayern leistet für Minderjährige im Jahr 2016 632 Millionen Euro, im Jahr 2017 364 Millionen Euro, im Jahr 2018

351 Millionen Euro. Das sind fast 1,4 Milliarden Euro an freiwilligen Leistungen. Herr Kollege, passen Sie auf: Durch eine weitere Initiative aufgrund des Spitzengesprächs der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden kommen nochmal 112 Millionen Euro obendrauf. Für die volljährigen Flüchtlinge bedeutet dies 1,5 Milliarden Euro an freiwilligen Leistungen für den Bereich der Jugendhilfe. Das ist eine stolze Hausnummer.

(Beifall bei der CSU)

Das alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Bund das Gesetz unter anderen Vorzeichen gemacht hat. Damals war die Flüchtlingskrise nicht absehbar. Es war nicht absehbar, dass die Kommunen über die Jugendhilfe entscheiden und Bayern somit wenig bis gar keine Einflussmöglichkeit hat. Bayern begleicht also lediglich die Rechnung, während andere bestellt haben. Das ist aus meiner Sicht ein bemerkenswertes Engagement des Freistaats und eine gewaltige Entlastung der Bezirke und Landkreise. Ich hoffe, dass sie diese Entlastung in Form einer Senkung von Bezirks- und Kreisumlagen an die kommunale Familie weitergeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) – Hans Herold (CSU): Ganz gut, Herr Fahn!)

An dieser Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten und allen beteiligten Ministern für die pragmatische Lösung und die schnelle Unterstützung danken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sozialetat war das Jahr 2016 sicherlich unter den beiden Schlagworten "Dynamik und Dramatik" einzuordnen. Gemeint ist damit selbstverständlich die Flüchtlingskrise. Keiner der hier Anwesenden wird hoffentlich bestreiten, dass es sich bei der Ankunft von damals 5.000 bis 10.000 Flüchtlingen pro Tag um eine Krise handelte. Unser Land war damals gezwungen, in den Krisenmodus zu schalten und eine Katastrophe zu verhindern. Eine Krise kann man aber nicht durch belehrende Beiträge oder moralisch überhöhte Diskussionen lösen, sondern einzig und allein durch beherztes Eingreifen, Handeln und Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Genau!)

Gerade das hat der Freistaat Bayern mit seinen verschiedensten Institutionen getan. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, rückblickend sollten auch Sie anerkennen, was hier geleistet wurde. Sie sollen das große Ganze mit Blick auf das staatliche Engagement sehen und würdigen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Kein Beifall?)

Neben den Behörden gehören natürlich auch die vielen freiwilligen Helfer dazu. Eine schöne Geste des Dankes war der Empfang des Bayerischen Landtags und unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Er war ein schönes Zeichen dafür, dass man Krisen nur gemeinsam bewältigen kann, wenn alle Verantwortung übernehmen. Nur durch die Kooperation von Staat und Bürgerschaft kann diese Herausforderung bewältigt werden. Das haben diejenigen erkannt, die zum Empfang gekommen sind. Ich sage nochmals Dankeschön an alle, die sich in diesem Bereich engagieren und einbringen, egal ob sie nun am Empfang teilgenommen haben oder nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte klarstellen: Diese Flüchtlingskrise kostet Geld und hat schon viel Geld gekostet. Sie ist nicht von uns in Bayern zu verantworten. Wir können im Endeffekt nur die Folgen abfedern. Wir wollen nicht, dass sich das wiederholt. Deshalb unterstütze ich wie viele meiner Kollegen die Forderung nach einer Obergrenze deutlich. Anders wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme nun zu den weiteren Bereichen des Sozial Etats. Im Jahr 2017 werden sich die Gesamtausgaben ohne den Bereich Asyl um 150 Millionen Euro erhöhen. Im Jahr 2018 werden sie sich um rund 300 Millionen Euro erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Das ist der Ausdruck dafür, dass wir viele Bereiche stärken.

Wir setzen wieder einmal einen Investitionsschwerpunkt bei der Familienpolitik. Wir stecken fast 5 Milliarden Euro in die Familienförderung. Das ist erneut ein Plus von 15 % gegenüber dem letzten Doppelhaushalt. Damit lässt sich sehr viel machen, beispielsweise eine Anpassung des Basiswertes und eine verbesserte Betriebskostenförderung. Nirgendwo wird mehr in die Kinderbetreuung investiert als in Bayern. Wir haben in Bayern die höchste Qualität und die höchste Intensität. Bayern kümmert sich um seine Kinder. Bayern ist sozial gerecht und familienfreundlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen unsere Familien auch durch das bayerische Betreuungsgeld. Das ist uns wichtig. Das ist auch nicht verhandelbar. Die Familien sollen selber entscheiden, was für sie und das Kind am besten ist. Die hohe Zahl von Anträgen spricht eine klare Sprache. Deswegen stellen wir das Geld mit großer Überzeugung zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Für das Landeserziehungsgeld werden 161 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Durch die damit verbundene Anhebung der Einkommensgrenzen kann jede zweite Familie davon profitieren. Wir kümmern uns auch um die Menschen mit Handicap. Hierfür stehen im Doppelhaushalt über 675 Millionen Euro bereit. Ab 2018 werden wir unsere Mitbürger mit einer hochgradigen Sehbehinderung durch ein Teilblindengeld unterstützen. Dieses schlägt sich mit 12 Millionen Euro nieder.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ein Jahr zu spät!)

Wir geben auch viele freiwillige Leistungen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Prävention gegen Rechtsextremismus und gegen Salafismus. Diese neue Gefahr muss frühzeitig gebannt werden. Aus meiner Sicht ist der Ansatz bei der Jugendhilfe sehr erfreulich und nennenswert. Hier werden die Mittel bis zum Jahr 2018 auf 18,2 Millionen Euro erhöht. Damit können jedes Jahr 40 Stellen bei der JaS, der Jugendsozialarbeit an Schulen, geschaffen werden. Damit können wir bereits Ende 2018, ein Jahr

früher als erwartet, einen Vollausbau mit 1.000 Stellen erreichen. Auch das ist eine freiwillige Leistung. Bayern steht zu seinem Wort, handelt und setzt Beschlüsse schneller um als anvisiert. Auch das ist bemerkenswert.

(Beifall bei der CSU)

Sehr erfreulich ist auch die Erhöhung bei der Jugendarbeit. Die Mittel dafür wurden um weitere 2 Millionen Euro auf 29,5 Millionen Euro erhöht. Damit schaffen wir den nominell höchsten Betrag für die Jugendarbeit in der Geschichte des Freistaates Bayern. Das ist das höchste Niveau. Das ist fast schon Champions League. Andere Bundesländer warten noch auf die Qualifikation in der Europa League.

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist schon Champions League!)

Wir tun auch etwas für die älteren Menschen. Hier ist eine erfreuliche Steigerung der Mittel um 3 Millionen Euro zu verzeichnen. Die Menschen werden immer älter. Es ist gut, dass wir eine verbesserte Unterstützung leisten, damit die älteren Menschen ihren Alltag meistern können.

Erfreulich ist auch der Bereich des Ehrenamtes, zumindest was die Anreize und die ideelle Belohnung betrifft. Die Beträge hierfür werden im Jahr 2018 sogar um 3,7 Millionen Euro erhöht. Auf diese Weise können wir die Ehrenamtskarte weiter ausbauen. Außerdem schaffen wir damit einen freien Eintritt in alle staatlichen Schlösser. Ich denke, der Schlossherr, Minister Dr. Markus Söder, wird sich darüber freuen. Er bekommt Geld von uns. Dabei handelt es sich um gut angelegtes Geld. Schließlich ist uns das Ehrenamt wichtig, weil es einen Beitrag zu einer intakten Bürgergesellschaft leistet, im Interesse Bayerns, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und für die zukünftige mentale Verfassung unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Wir investieren auch viel in die Integration. Mit den Mitteln sind eine verstärkte Förderung der Migrationsberatung möglich und Maßnahmen zur beruflichen Integration. Für

das Jahr 2017 haben wir fast 900 Millionen Euro, auf alle Ressorts verteilt, und für 2018 fast eine Milliarde Euro für Integration zur Verfügung gestellt, damit die Integration gelingt. Das ist die eigentliche und riesige Herausforderung. Integration soll eine weitere Erfolgsgeschichte in Bayern werden.

Abschließend bleibt festzuhalten: Für die Bereiche Asyl, Integration, Familien, Menschen mit Behinderung und Frauen – der proaktive Beratungsansatz wird erhöht – schaffen wir sehr viel. Wir sind auch für die älteren Menschen da. Für das Ehrenamt wird etwas getan. An dieser Stelle richte ich einen Dank an die Frau Ministerin, den Staatssekretär und alle zuständigen Beamten für ihr stetes und umsichtiges Handeln in diesem sensiblen Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Sozialhaushalt ist erneut eine sehr gute Grundlage für ein soziales Bayern. Das gilt vor allem für die Familienpolitik, die einmalig ist. Bayern ist ein soziales Land und das Familienland Nummer eins in Deutschland. Selbstverständlich werden wir dem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was für eine Neuigkeit!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass die Fraktionen vereinbart haben, keine Mittagspause durchzuführen. Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihre Redner rechtzeitig da sind. Es gibt keine Mittagspause. Wir machen nahtlos weiter. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 hat großen Einfluss auf den persönlichen Bereich unserer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig ist er der Schlüssel für die Lebensqualität der Menschen in besonderen Lebenssituationen in unserem Land. Wir

tragen für alle Bürgerinnen und Bürger eine besondere Verantwortung. Für uns ist es eine Herausforderung, allen Beteiligten in der Gesellschaft gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf unsere Bayerische Verfassung zu sprechen kommen, die uns als Grundlage dient. Mit Artikel 151 wird ein menschenwürdiges Dasein für alle gefordert. Artikel 118a der Bayerischen Verfassung sagt: "Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden. Der Staat setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung ein." Das ist der Maßstab, den wir bei diesem Einzelplan ansetzen müssen. Angesichts der besonders schweren Situation in der Welt, in Europa und bei uns in Bayern haben wir die einmalige Chance, der Bevölkerung zu vermitteln, dass sie sich um ihre soziale Absicherung keine Sorgen machen muss. Ich bitte sowohl Herrn Kollegen Fackler als auch den Herrn Finanzminister, darauf hinzuweisen. Ständig sagt der Minister, dass wir weniger Geld für die normalen Bürger zur Verfügung hätten. In diesem Jahr haben wir jedoch die Mittel für die Bürgerinnen und Bürger im Haushalt in einigen Bereichen erhöht. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass der Etat um 640 Millionen Euro bzw. 710 Millionen Euro reduziert worden ist. Vor allem Mittel für die Asylarbeit und die Integration sind gekürzt worden. Die Mittel sind jedoch in dieser Situation besonders wichtig. Zwar sinken die Ausgaben im Sozialetat, weil die Aufgaben im Asylbereich sinken, aber uns muss auch die Umsetzung der Integration gelingen. Bisher haben wir die Asylbewerber und Flüchtlinge nur untergebracht. Jetzt erst beginnt die Integration. Wir brauchen ein verlässliches Angebot von Sprach- und Integrationskursen in Schulen, Kitas und im Arbeitsmarkt. Wir müssen dort investieren und dürfen nicht kürzen. Sollte das Großprojekt Integration missglücken, trifft das die ganze Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Für den Haushaltstitel "Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer" werden im Haushaltsplan 2017 nur noch 8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2016 war es doppelt so viel. Im Jahr 2018 werden lediglich 3 Millionen Euro zur

Verfügung gestellt – ein Fünftel der ursprünglichen Summe. Diese Entwicklung fördert die Integration nicht.

Ein weiterer Punkt ist die Asylsozialberatung. Das ist eine zentrale Aufgabe der Teilhabe. Den Beraterinnen und Beratern gebührt für ihre erfolgreiche Arbeit außerordentlicher Dank. Die Mittel für die Asylsozialberatung sind aufgrund des Rückgangs der Asylbewerberzahl gekürzt worden. Ich sage noch einmal: Auf der einen Seite haben wir die Zahl der Asylbewerber, auf der anderen Seite die Zahl der Menschen, die in Bayern sind. Wir müssen uns um all diese Menschen kümmern, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Wir wollen Parallelgesellschaften, wie wir sie in anderen Ländern vorfinden, verhindern. Dort hat man sich nicht um die Flüchtlinge gekümmert.

Frau Ministerin, wenn wir die Integration erfolgreich umsetzen und eine erfolgreiche Arbeit der Firmen draußen und der Sozialarbeiter fördern wollen, muss der Innenminister sein IMS vom 1. September 2016 entschärfen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Integrierte, Deutsch sprechende, steuerzahlende und von den Firmen dringend benötigte Lehrlinge erhalten keine Anstellung oder dürfen keine Lehrstelle antreten, weil sie abgeschoben werden sollen. Frau Ministerin Müller, Ihr Kollege arbeitet gegen Sie. Das darf in der Zukunft nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Fackler hat heute schon die Ehrenamtlichen angesprochen. Ohne Ehrenamtliche würde die ganze Integrationsarbeit überhaupt nicht funktionieren. Unsere Bevölkerung engagiert sich außerordentlich und lebt Solidarität, indem sie sich einbringt – ganz große Klasse.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn ich draußen mit den Ehrenamtlichen spreche, sagen sie: Wir brauchen mehr Unterstützung und weniger behördliche Hindernisse. – Deshalb fordern wir die Einstellung von hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatoren in jedem Landkreis. Dank unserer Anträge in der Vergangenheit haben Sie endlich eingesehen, dass wir mehr Geld brauchen. Derzeit können wir jedoch nicht mal einen halben Hauptamtlichen in jedem Landkreis einstellen. Für 26.000 Euro umgerechnet auf jeden Landkreis bekommt man niemanden, der dafür ein ganzes Jahr arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Menschen, die ihre Geschicke nicht mehr alleine regeln können, spielen eine besonders große Rolle. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, leider ist Bayern auch hier an der Spitze. Die Förderung der Betreuungsvereine ist eine echte Hilfe für Ehrenamtliche, um Menschen zu begleiten. Zwischen dem Jahr 2000 und 2013 gab es 136.000 Verfahren. Diese Zahl ist auf 187.000 gestiegen. Die 130 Betreuungsvereine in Bayern erhalten aber lediglich eine Förderung von rund 3.500 Euro pro Jahr. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 16.000 Euro. Hier sind wir in negativer Hinsicht Spitze! Daran muss sich etwas ändern!

(Beifall bei der SPD)

Die Teilhabe muss auch Alleinerziehenden, physisch und psychisch kranken Menschen, Menschen mit Behinderungen, Älteren usw. möglich sein. Bei unseren Änderungsanträgen zu diesem Einzelplan hat die SPD großen Wert darauf gelegt, dass insbesondere an die Schwächeren in der Gesellschaft gedacht wird; denn wir brauchen alle, auch die Schwächeren in der Gesellschaft. In manchen Fällen benötigen diese Menschen dauerhaft Geld, in anderen Fällen nur für eine Weile.

Die Insolvenzberatung und die Schuldnerberatung wurden vor vielen Jahren vom Obersten Rechnungshof angeregt. Auch das Ministerium hat festgestellt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Menschen, die in finanziellen Notlagen keinen kompetenten

Ratgeber haben, sind die Nächsten, die Sozialleistungen beantragen müssen. Hier ist Solidarität notwendig. Wie sieht es aber bei den Anträgen aus?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Im Entwurf war nichts drin. Erst wenige Minuten vor Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses kam ein Initiativantrag der CSU, ein Feigenblattantrag, während wir draußen mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der Landkreise gesprochen haben, die uns gesagt haben, was sie bräuchten. Insgesamt benötigen die Landkreise und die Wohlfahrtsverbände 4 Millionen Euro mehr, weil die Fallpauschalen seit 17 Jahren nicht mehr verändert worden sind, während die Personalkosten in diesem Zeitraum um mindestens 30 % gestiegen sind. Nötig wäre ein flächendeckender Aufbau dieser Angebote. 25 Landkreise verfügen jedoch über gar kein Angebot. Diese 25 Landkreise wurden bisher alleingelassen.

Durch die Reform des Insolvenzrechts sind neue Aufgaben entstanden, für die zusätzliches Geld benötigt wird. Insgesamt sind das rund 4 Millionen Euro. Und was passiert? – Die CSU hat kurz vor der Sitzung 2 Millionen Euro beantragt, aber nicht für das Jahr 2017, sondern erst für das Jahr 2018. Und diese Mittel werden auch noch mit einer Haushaltssperre versehen. Für diejenigen, die in Zukunft Hilfe brauchen, ist das keine Hilfe! So kann man mit diesen Leuten nicht umgehen. So geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sei mir eine Anmerkung erlaubt: Bei anderen Themen sind wir oft großzügiger. Ich habe mich sehr daran gestört, dass die Kosten für das Täterdenkmal am Obersalzberg von 14 auf 21 Millionen Euro gestiegen sind. Diese Mittel wurden ohne Haushaltssperre abgesegnet. Für ein Denkmal stellen wir 7 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Für Menschen, die Hilfe brauchen, haben wir jedoch keine 4 Millionen Euro. Das passt nicht zusammen! Damit werden wir den Unmut der Bevölkerung schüren!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Rund 40 % des Einzelplans 10, das sind rund 5 Milliarden Euro, werden für familienpolitische Leistungen bereitgestellt.

(Wolfgang Fackler (CSU): Das ist ein Haufen Geld!)

– Herr Kollege, das ist viel Geld. Das bezweifelt keiner. Viele dieser Maßnahmen sind sicherlich richtig. Ich sage es noch einmal: Wir können dankbar sein für die Anträge, die die SPD gestellt hat und die schließlich nach einem halben Jahr, einem Jahr oder eineinhalb Jahren aufgegriffen werden, weil bis dahin der Druck zu groß geworden ist. Wir haben die gleiche Geduld wie der Ministerpräsident, wenn es um die Erreichung unserer Ziele geht. In vielen Fällen haben wir auch den Eindruck, dass die Leistungen nicht ausreichend sind.

Der SPD liegen besonders die Familien am Herzen. Wir möchten nachhaltig dafür sorgen, dass Männer und Frauen gleichgestellt sind und dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Dies führt nicht zuletzt auch zu volkswirtschaftlichen Vorteilen. Wir haben hier einen Verfassungsauftrag, den wir mit diesem Einzelplan umsetzen müssen.

Wir müssen die Kinder individuell fördern. Es ist erwiesen, dass die frühkindliche Bildung die Menschen für die Zukunft prägt. Dann werden die Menschen in die Gemeinschaft eingebunden. Ich verstehe deshalb nicht, dass Sie die Abdeckung der Randzeiten der Kinderbetreuung abgelehnt haben. Vor allem die Pendler und die Alleinerziehenden sind darauf angewiesen, dass sie in diesen Zeiten ein Betreuungsangebot haben.

An dieser Stelle möchte ich ein Beispiel dafür geben, wie das Betreuungsgeld anderweitig verwendet werden könnte. Ich möchte jetzt nicht mehr die einzelnen Argumente zum Betreuungsgeld "durchkauen", aber trotzdem deutlich machen, was sich entwickelt hat. In den letzten Tagen haben wir gehört, 100.000 Leute hätten bereits einen

Antrag auf das Betreuungsgeld gestellt; das Betreuungsgeld sei ein Erfolgsmodell. Im Haushaltsausschuss haben wir festgestellt, dass gleichzeitig 73 % der Kinder einen Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Kindergarten haben. Das Ministerium hat uns eine Antwort gesandt, aus der hervorgeht, dass es einen Grund dafür gibt, dass über 100 % das Betreuungsgeld und die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. In dieser Antwort wurde festgestellt, dass das Betreuungsgeld nur vorübergehend in Anspruch genommen wird. In dem Schreiben des Ministeriums heißt es weiter: Eltern haben zwar vielfach das Betreuungsgeld für den gesamten Zeitraum beantragt, nehmen aber dann doch die Kinderbetreuung in Anspruch. Das ist die Aussage aus der Bevölkerung. Ich sage dazu eines: Sparen wir uns doch diesen ganzen Verwaltungsaufwand! Sparen wir uns das Geld für diese Bürokratie, und stecken wir das Geld direkt in die Kinderbetreuung!

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel für gut investierte Euros sind die Frauenhäuser, die notwendigerweise unterstützt werden müssen. Wir müssen die Frauen in Not und die Frauenhäuser besser unterstützen. Das Sozialministerium hat zu diesem Thema Gott sei Dank eine Studie in Auftrag gegeben, die bestätigt, was diejenigen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, schon immer festgestellt haben: Die Dunkelziffer ist viel höher, und die Realität ist viel schlimmer als das, was tatsächlich angesprochen wird.

Diese Studie wird aber letztlich nicht ernst genommen. Die Zahl der Fälle liegt doppelt so hoch. Im Haushalt stehen jedoch gegenüber dem Ansatz aus dem Jahr 2016 nur wenige 100.000 Euro mehr zur Verfügung. Diese Mittel müssen verdoppelt werden, weil sich auch die Zahl der Fälle verdoppelt hat. Leider sind der Herr Fraktionsvorsitzende Kreuzer, Frau Präsidentin Stamm und Herr Innenminister Herrmann nicht da. Sie waren bei der Veranstaltung der "Sternstunden" dabei und haben Beifall geklatscht, als das neue Frauenhaus in Passau gefördert wurde. Klatschen Sie bitte weniger im Fernsehen, und heben Sie dafür hier im Parlament die Hand für mehr Geld für die Frauenhäuser! Das wäre unsere Aufgabe!

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Das können sie nachher bei der namentlichen Abstimmung tun!)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier nicht helfen, werden wieder die Kommunen belastet, die in solchen Fällen oft tätig werden müssen. Ohne die Kommunen würde hier überhaupt nichts gehen. Rund 10 % der Mittel, die die Frauenhäuser benötigen, bekommen sie von kommunalen und staatlichen Einrichtungen. Die restlichen Mittel müssen sie aus Spenden zusammenbekommen. Eines muss uns klar sein: Gewalt gegen Frauen passiert jeden Tag und in jeder Gemeinde. Keine Gemeinde und keine Gesellschaftsschicht ist davon ausgeschlossen. Wir müssen hier etwas tun, nicht zuletzt, weil wir dadurch Prävention betreiben. Die Kinder, die Jungen und Mädchen, die es erleben müssen, dass der Vater schlägt und die Mutter dies hinnimmt, laufen Gefahr, dass sie dieses Verhalten als normal bewerten und es später wiederholen. Hier müssen wir entgegenwirken, weil auch das Geld kosten wird!

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas ansprechen. Es geht um etwas, was kein Geld kostet, Frau Ministerin, was sich aber ändern müsste. Was ich nämlich immer wieder höre, ist Folgendes: Wenn eine Frau in der Nacht vor der Gewalt des Mannes flüchtet, in ein Frauenhaus kommt, aber nicht alle Unterlagen dabei hat, die sie bei der Antragstellung braucht, dann bekommt das Frauenhaus für die Nächtigung der nächsten Tage keine Erstattung bezahlt. Da muss sich doch etwas ändern. Es muss doch, wie in anderen Bereichen auch, möglich sein, dass die Frau dann, wenn sie da ist, einen Antrag stellt und anschließend die Unterlagen bringt. Wenn die Frau am Abend vor den Schlägen des Mannes davonläuft, dann wird sie doch nicht zu ihm sagen: Lass mich noch schnell an den Büroschrank, ich muss dort noch die und die Papiere herausnehmen, damit ich etwas machen kann. – Ja, wo sind wir denn?

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, noch ein Punkt, Herr Kollege Fackler hat ihn zwar erwähnt, aber wir haben noch keine zufriedenstellende Lösung. Wir haben schon gesagt, es gibt ein paar Feigenblattanträge und Regelungen von der CSU im Haushalt. Es geht um das Blindengeld für hochgradig Sehbehinderte und hochgradig Gehörgeschädigte. Da wird gesagt, man hat vielleicht im Jahr 2018 Geld. Ja, warum denn nicht gleich 2017, lieber Herr Kollege? – Die Leute haben doch jetzt das Problem und nicht irgendwann in der Zukunft. Das ist doch der Auftrag, den wir eigentlich haben: den Leuten zur Seite zu stehen. So viel Geld kostet das doch nicht,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwölf Millionen!)

dass wir den Menschen, die besonders hart betroffen sind, nicht helfen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt vielleicht auch, dass wir das Versprechen der Staatsregierung haben, die Barrierefreiheit kommt bis 2023. Auch in dieser Frage sollte man ehrlich sein. Wenn man nämlich den Haushalt betrachtet, erkennt man, dass wir das bestenfalls bis 2053 schaffen. Dann ist es aber auch zu spät. Es ist ein Stück Glaubwürdigkeit, die wir gegenüber dem Bürger wahren müssen. Dieser Haushalt zeigt doch auch, wie wir mit den Menschen umgehen, die in unserer Gesellschaft benachteiligt sind, die im Leben vor einer besonderen Situation stehen, die sie meistern müssen. Sie müssen später natürlich auch für sich sorgen, so gut das eben geht. Wir müssen ihnen aber zur Seite stehen.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich nehme die Artikel 151 und 118 der Bayerischen Verfassung ganz, ganz ernst. Diese Artikel sollten wir alle hinaustragen. Es nicht nur schön, Bayer zu sein, wenn man groß ist, wenn man jeden Tag ins Fitnesscenter gehen kann und so weiter, sondern man ist auch Bayer, wenn man krank ist, wenn man blind ist, wenn man behin-

dert ist. Dann gehört man auch dazu. Auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo! Bravo Günther!)

Bei der Gelegenheit möchte ich mich auch bei Ihnen, Frau Ministerin, bedanken. Ich weiß, dass Sie sich sehr engagieren. Sie sind eingebunden in eine Regierung, die das eine oder andere manchmal nicht zulässt. Ich hoffe, wir können uns mit vielen Anträgen durchsetzen, und zwar in einer kürzeren Zeit als bisher. Der Ministerpräsident hat gesagt: Ziele erreicht man, wenn man Geduld hat. – Wir von der SPD-Fraktion haben sicher Geduld. Die Ziele haben wir auch vor Augen. Wir werden darum kämpfen, diese Ziele diese zu erreichen, im Interesse der Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich mich nicht nur bei Ihnen und bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Ministerium, in den Landratsämtern und den Regierungen und so weiter bedanken. Ich möchte mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, insbesondere bei Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Angelika Weikert und Uli Pfaffmann. Sie bringen sich mit außerordentlichem Engagement und großer Sachkenntnis in die Arbeit des Sozialausschusses ein. Sie arbeiten dort ganz hervorragend. Ich danke ihnen dafür. Ihr seid ein Schwerpunkt in diesem Ausschuss!

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

In diesem Sinne hoffe ich, dass es uns bald gelingt, unsere Bayerische Verfassung zu verwirklichen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich, und zwar beim ganzen So-

zialausschuss für die gute und konstruktive Arbeit im letzten Jahr. Ich möchte in meinen Dank grundsätzlich alle einbeziehen.

Nun zum Sozialhaushalt. Wir haben 23 Anträge gestellt. Alle 23 Anträge wurden leider abgelehnt. Sie werden verstehen, dass wir diesem Teilhaushalt leider nicht zustimmen können.

Das erste Beispiel, und das möchte ich hier ganz deutlich aufzeigen, ist das Blindengeld für die schwerbetroffene Gruppe. Es ist kein positives Zeichen, wenn dieses Geld erst 2018 bezahlt werden soll. Ich zitiere immer die Frau Ministerin, die sagt: Die Stärke einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. – Gerade die Gruppe der schwer Sehbehinderten mit einem Sehvermögen von 2 bis 5 % ist hier konkret betroffen, Frau Ministerin. Es geht nur um 166 Euro pro Monat. Das hätte die Staatsregierung machen müssen. Ich finde das ganz wichtig. Das hat die Staatsregierung aber nicht hinbekommen. Deshalb ist das ein schwacher Start für das Jahr 2017.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweites Beispiel, hier geht es um das Ehrenamt. Herr Hintersberger sollte besonders zuhören. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. 47,5 % der Bürger engagieren sich. 2009 waren es nur 36 %. Wir sagen, das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Ehrenamtliche engagieren sich sehr stark, das taten sie vor allem auch im letzten Jahr bei der Flüchtlingshilfe. Das möchten wir immer wieder betonen. Wir wissen, dass wir in Bayern eine Anerkennungskultur haben. Diese Anerkennungskultur müssen wir aber verbessern.

Zunächst zur Ehrenamtskarte: Sie wissen, es gibt 120.000 Bürger, die diese Karte bekommen haben. Die Karte gibt es in 79 von 96 Landkreisen, es gibt sie aber leider nicht in München. Wir müssen deshalb überlegen, was wir tun können, damit auch in München die Ehrenamtskarte eingeführt wird. Es gibt 5.000 Akzeptanzpartner, die in den Kommunen und so weiter diese Vorteile anbieten. Allerdings, wenn ein Landkreis

eine Ehrenamtskarte einführt, bekommt er vom Freistaat nur 5.000 Euro. Das ist zu wenig. Die Landkreise müssen nämlich Leute einstellen, und in der Regel stellt jeder Landkreis dafür eine hauptamtliche Kraft ein. Ich meine, die Ehrenamtskarte ist das Aushängeschild des Freistaats. Der Freistaat muss deshalb die Kommunen stärker unterstützen. Herr Staatssekretär, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Karte wird nämlich in den Kommunen umgesetzt, deshalb brauchen wir eine stärkere Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat. Auch dazu haben wir einen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie kann das ehrenamtliche Engagement gesteigert werden? – Da möchte ich Sie zitieren, Herr Hintersberger. Sie sagten vor einigen Wochen:

Besonders beeindruckt mich zudem Schulen, die fachliches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement von Schülern verbinden nach dem Motto: "Lernen durch Engagement". Dies geschieht als Teil des Unterrichts und eng verbunden mit dem fachlichen Lernen. Das halte ich für einen zukunftsweisenden Weg

In Bayern gibt es aber leider nur 20 Schulen, die solches Service Learning anbieten, das wissen Sie, Herr Hintersberger. Wir brauchen solche Vorzeigeschulen in Bayern aber flächendeckend und nicht nur Modelle an 20 Schulen. Sie waren das letzte Mal bei unserem "Runden Tisch Ehrenamt" am 12.11.2016 dabei. Da wurde das Modell des Gymnasiums in Bamberg besprochen. Ich möchte Sie bitten, solche guten Modelle zu unterstützen. Das ist ganz wichtig. Ich begrüße es deshalb ganz ausdrücklich, dass das Sozialministerium im Jahr 2017 das Thema Service Learning zum Schwerpunktthema machen will. Dieses Thema müssen wir dann aber auch konkretisieren. Wir unterstützen Sie dabei. Wir brauchen dann allerdings auch viel mehr Schulen, die das machen. Dafür müssen wir auch Gelder einsetzen, Herr Staatssekretär. Das ist ganz wichtig. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb ein Antrag der FREIEN WÄHLER zur Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement von

der CSU abgelehnt wurde. Das passt einfach nicht zusammen. Sie wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen die Schulen einbeziehen. Dafür muss man dann aber auch mehr Geld ausgeben.

Integration ist eine Daueraufgabe, auch noch nach der Marathonsitzung letzte Woche. Wir haben die Flüchtlingskrise zwar gut gemeistert. Das gelang aber dank der vielen Ehrenamtlichen, die sich engagiert haben, und dank der Kommunen, die sich massiv eingesetzt haben, aber auch dank der Landräte und der Bürgermeister. Deshalb möchte ich mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Integrationsgesetz wurde letzte Woche beschlossen. Wir wollen mal schauen, wie die Umsetzung erfolgt. Wir hoffen, dass die Kommunen ausreichend finanzielle Mittel erhalten und dass es nicht zu einer Politik nach Kassenlage wird. Das haben wir immer wieder kritisiert.

Auch das Beispiel Deutschkurs möchte ich hier noch einmal nennen. Deutschkenntnisse sind sehr wichtig. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Jeder, der Deutsch lernen will, muss auch Unterstützung vom Staat bekommen. Das muss in Bayern flächendeckend geschehen. Das ist bisher nicht der Fall.

Ein neuer Aspekt: Wir haben eine neue Integrationsbeauftragte, Frau Kerstin Schreyer. Sie ist leider nicht hier. Herr Unterländer, Sie geben meine Hinweise weiter. Frau Schreyer tritt erst im März ihren Dienst an und hat gesagt, sie will vorher zu diesem Thema nichts sagen. Lassen wir es mal so stehen.

Ich habe einige Wünsche an die neue Integrationsbeauftragte. Frau Schreyer, berufen Sie einen Integrationsrat ein, der effektiv arbeitet! Circa 80 Mitglieder hat er nach dem aktuellen Stand. Das sind einfach zu viele. Machen Sie zeitliche Vorgaben zur Zahl der jährlichen Sitzungen! Bisher gab es die überhaupt nicht. Die eingerichteten soge-

nannten Ad-hoc-Ausschüsse boten keine optimalen Lösungen, weil man von den Ergebnissen fast nie oder nur rein zufällig erfuhr.

Nehmen Sie den Integrationsrat wirklich ernst, und fassen Sie regelmäßig Beschlüsse! Wenn Sie nachsehen und nachfragen, merken Sie, der Integrationsrat in Bayern hat den letzten Beschluss im Jahr 2013 gefasst. Die Mitglieder des Integrationsrates fühlten sich dadurch nicht ernst genommen. Wir wollten zum Beispiel auch über das Integrationsgesetz abstimmen. Ein Vertreter des Ministeriums hat dazu gesagt, das bräuchten wir nicht, es genüge, wenn wir eine Diskussion ohne Abstimmung führen.

Weiter bitte ich Sie: Geben Sie einen regelmäßigen Integrationsbericht im Sozialausschuss und warten Sie nicht fünf Jahre! So kann man das Integrationsgesetz nämlich auch interpretieren. Das wäre viel zu spät. Machen Sie es regelmäßig, einmal im Jahr. Das ist wichtig, gerade bei einem so bedeutenden Zukunftsthema.

Nutzen Sie die Erfahrungen der 26 Integrations- und Ausländerbeiräte! Informieren und motivieren Sie, damit die Wahlbeteiligung steigt. Es wird oft kritisiert, dass sie zu gering ist.

Nutzen Sie den Spielraum, den Ihnen das neue Gesetz bietet! Binden Sie alle Mitglieder des Integrationsrates sozusagen als "freiwilliges Muss" in Ihren Entscheidungsprozess ein!

Mein Wunsch an Frau Schreyer, die nicht da ist – –

(Die Abgeordnete Kerstin Schreyer (CSU) erhebt sich und winkt dem Redner zu)

– Oh, da ist sie!

(Allgemeine Heiterkeit – Kerstin Schreyer (CSU): Nur für Sie, Herr Fahn!)

– Das ist sehr nett.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist er gewohnt! – Kerstin Schreyer (CSU): Ich unterhalte mich gerne mit Ihnen! Ich höre Ihnen auch zu!)

– Ja, aber meine Redezeit läuft jetzt weiter. Sie müssten mir eine Zwischenfrage stellen.

(Kerstin Schreyer (CSU): Da müsste man fast normal miteinander reden anstatt am Mikro, gell! – Heiterkeit bei der CSU)

– Ja, das stimmt. – Machen Sie den Integrationsrat zu einem Beteiligungsgremium. Bisher war er nämlich nicht so effektiv. Ich war beim Integrationsrat dabei. Sie fangen im März an.

Mir geht es um Folgendes, Frau Schreyer – Sie sagen ja im Moment noch nichts, haben Sie gesagt, sondern erst ab März – –

(Kerstin Schreyer (CSU): Ich unterhalte mich mit Ihnen immer gerne! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ach so. Aber Sie sagen im Parlament nichts. – Es geht um Transparenz und, wie ich sagen muss, um ernsthafte Beteiligung.

Jetzt geht es um ein anderes Thema, das auch schon angesprochen wurde: Erstattung des Freistaates im Bereich Asyl. Zwar übernimmt der Freistaat einen Kostenanteil für junge Flüchtlinge. Aber das ist noch nicht das Ergebnis, welches wir uns gewünscht haben. Zusätzliche Gelder wurden bereitgestellt. Heute liegen die zu zahlenden Beträge für junge Flüchtlinge zwischen 18 und 21 Jahren bei 120 Euro pro Tag. Aber in allen Bundesländern – Herr Fackler, das müssten Sie schon wissen – wird diese Summe voll bezahlt. Der Freistaat Bayern übernimmt nur 30 bis 40 Euro, also bis zu einem Drittel. Man kann sagen: Der Bezirketag hat hart gekämpft, aber eben nur das Drittel erreicht. Wir müssen insgesamt noch ein bisschen mehr erreichen. Wir sehen hierin eine ganz wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es wird immer behauptet, der Freistaat sei sehr kommunalfreundlich. Beim Thema Asyl muss man ganz klar einwenden, dass die Personalkosten leider nicht bezahlt werden. Die Kommunen müssen die Personalkosten bezahlen. Sie betragen in der Regel 1 % der Kreisumlage. Hier wurde einiges getan, aber es gibt noch einen gewissen Nachholbedarf; und den möchten wir konkret einfordern.

Stichwort kulturelle und heimatpolitische Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge: Positiv zu vermerken ist der Bau des Sudetendeutschen Museums. Infolgedessen gibt es viele Ausgabensteigerungen. Liebe CSU, vergessen Sie bei diesem wichtigen Projekt aber nicht die vielen anderen Landsmannschaften in Bayern. Vergessen Sie nicht die Schlesier, vergessen Sie nicht die Russlanddeutschen, die auch solche Anlaufstellen suchen. Wir haben jetzt Gott sei Dank eine in Fürth gefunden. Aber sie fragen natürlich auch immer nach: Wo konkret ist der Freistaat? Auch die Russlanddeutschen zum Beispiel sind sehr wichtig. Auch sie brauchen eine sichere Finanzierung. Hier geht es auch um insgesamt gleichrangige Lebensverhältnisse in Bayern. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, demzufolge die Ausgaben für die Vertriebenenverbände noch ansteigen sollen. Wir bedauern, dass er abgelehnt wurde. Wir wollten eigentlich nur das Niveau von 2003 wiederherstellen. Damals wurde von Stoiber sehr vieles gekürzt. Diese Ausgaben müssen Sie in Zukunft erhöhen.

Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind sehr wichtig. Der Besuch einer Kindertagesstätte ist für die Entwicklung und die Bildungschancen eines Kindes von großer Bedeutung. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Jahren eine solide staatliche Sockelfinanzierung der bayerischen Kitas; denn immer noch gibt es Probleme mit dem Verwaltungsaufwand, der Randzeitenbetreuung und der individuellen Familienbetreuung. Hier hätten wir uns mehr gewünscht. Dazu haben wir auch einen Antrag gestellt. Wir müssen bereit sein, die Zukunft unserer Kinder noch ernster zu nehmen. Bei den Kindern zu sparen, wäre ein Sparen an der falschen Stelle. Deswegen lautet unser Motto: die Zukunft unserer Kinder gestalten. Das wollen wir FREIEN WÄHLER in den nächsten Jahren offensiv angehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt nicht nur Kinder, sondern es gibt natürlich auch Senioren. Wir sagen Ja zu einer generationenübergreifenden Seniorenpolitik. Wir unterstützen die Landesseniorenvertretung, die sich für die Belange älterer Menschen einsetzt. Sie wird zwar vom Sozialministerium unterstützt, hat aber keinen eigenen Haushaltstitel, Frau Ministerin. Die Vertreter führten ein Gespräch mit Ihnen. Dabei haben Sie gesagt, das gehe nicht, das sei rechtlich nicht möglich. Frau Ministerin, das können wir nicht nachvollziehen. Vielleicht können Sie das noch erklären. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, über den getrennt abgestimmt werden soll. Wir meinen, die Landesseniorenvertretung macht eine sehr gute politische Arbeit. Dafür braucht sie einen eigenen Haushaltstitel. Dann können sie frei über die Mittel verfügen, anstatt bei jedem Anliegen das Ministerium anbetteln zu müssen. Ein eigener Haushaltstitel für die Landesseniorenvertretung, Frau Ministerin Müller, das ist unser Wunsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir könnten hier natürlich noch viel anbringen, etwa zur Rentenproblematik und zur Altersarmut. Für uns ist wichtig, generationenübergreifend zu arbeiten, das heißt, generationenübergreifende Wohnprojekte zu fördern, zum Beispiel die echten Mehrgenerationenhäuser, in denen Jung und Alt zusammenwohnen. Davon gibt es einige in Bayern, nämlich 96. Es könnten mehr sein. Mehrgenerationenhäuser sind noch die Ausnahme. Dafür gibt es eine gewisse Anschubfinanzierung vom Ministerium, ich meine, circa 40.000 Euro. Diese Förderung könnte man insgesamt erhöhen; denn das wäre ein Beitrag zu einer generationenübergreifenden Politik in Bayern. Dabei haben wir noch einen echten Spielraum. Deswegen bitten wir Sie, das in den nächsten Jahren umzusetzen.

Zum Schluss noch das sehr wichtige Thema der Barrierefreiheit: Bayern soll bis 2023 komplett barrierefrei sein. Auch das ist ein Titel, der verwirrt, weil das Vorhaben ja nur die staatlichen Einrichtungen betreffen kann. Man kann sagen, zwei Drittel der Einrich-

tungen sind eigentlich nichtstaatlich. Diese Konvention meint eigentlich auch, dass alles komplett barrierefrei sein soll. Dafür ist zwar einiges getan; aber insgesamt ist es noch viel zu wenig; denn wir wollen die Barrierefreiheit flächendeckend in allen Gebäuden. Wir wollen zum Beispiel auch ein flächendeckendes Förderprogramm für alle Rathäuser. Sie sagen dann immer: Nehmt die FAG-Mittel. – Das ist insgesamt zu wenig zielführend. Wichtig wäre ein eigener Titel. Mit der Barrierefreiheit in allen Rathäusern fangen wir an. Damit wären wir schon einen Schritt weiter, sehr geehrte Frau Ministerin. Das wünschen wir uns.

Zu meinem letzten Punkt – ich könnte noch viel mehr bringen, aber mein Kollege Bernhard Pohl möchte zu diesem wichtigen Thema auch noch etwas sagen –: Wir haben weitere Anträge gestellt; darin fordern wir unter anderem mehr Geld für die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder, mehr Gelder für die Wohnungslosenhilfe in Bayern und eine stärkere Förderung der Teilzeit-Berufsausbildung. Dieses ganz wichtige Thema haben wir im Sozialausschuss behandelt. Dabei könnten wir noch viel mehr Leute unterstützen. Der Vorschlag von uns dazu lautet: 200.000 Euro pro Bezirk.

Sie sehen: Es wurde schon viel getan; aber wir müssen noch viel mehr tun. Packen wir's an! – Ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehnen Sie den Gesamthaushalt ab?)

– Den Gesamthaushalt werden wir ablehnen, Herr Pfaffmann. Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, darf ich Ihnen das schon vorab sagen. Das ist für Sie interessant.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der CSU, Sie haben gestern wiederholt moniert, dass wir von der Opposition seit zwei Tagen den von der CSU-Staatsregierung vorgelegten Haus-

halt schlechtreden. Aber als ich mir den Sozialhaushalt durchgelesen habe, habe ich mich gefragt, wo ich mit der Kritik anfangen und wo ich damit aufhören soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht darum, dass Sie viel ausgeben. Jeder kann viel ausgeben. Es geht darum, wofür Sie das ausgeben. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht als Opposition, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie die falschen Schwerpunkte setzen. Deswegen – das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen – folgt auf zwei Tage Kritik am Bayerischen Haushalt ein dritter Tag mit Kritik am Bayerischen Haushalt. Sie haben Glück, dass wir heute Abend mit dem Haushalt durch sein werden. Sonst käme garantiert ein vierter Tag dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist wie in der Marathondebatte über Ihr Leitkultgesetz. Auch da waren wir nach 19 Stunden Debatte noch nicht mit der Kritik fertig. Ich kann Ihnen versichern: Das schaffen wir auch mit dem Haushaltsplan locker. Da gibt es genauso viel Stoff für Kritik wie beim Leitkultgesetz. Das Seltsame ist: Wenn man Sie insbesondere außerhalb des Landtags reden hört, könnte man auf den Gedanken kommen, dass wir uns bei einigen wichtigen Punkten inhaltlich völlig einig sind. Aber wenn es darum geht, "Butter bei die Fische" zu bekommen, wenn es darum geht, allgemeine Forderungen mit einem konkreten Haushaltsansatz zu verbinden, dann ducken Sie sich weg und tauchen ab. Dann behaupten Sie, es müsse erst dies gemacht werden, es müsse erst jenes gemacht werden. Sie planen das alles schon. Aber von einem konkreten Haushaltsansatz, der ein Zeichen setzt, sind Sie in einigen Punkten meilenweit entfernt. Das genügt als Vorrede. Jetzt wird es konkret.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wer war denn am 9. Dezember bei der Sternstunden-Gala?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer von Ihnen hat geklatscht, als die Ihnen auch als "Mama Bavaria" bekannte Kabarettistin Luise Kinseher über ein Thema sprach, das ihr ganz besonders am Herzen liegt, das uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt, das der SPD besonders am Herzen liegt und bei dem Sie bei jeder passenden Gelegenheit behaupten, dass es Ihnen auch am Herzen liegt? Luise Kinseher sprach darüber, dass Frauenschutzzräume in Bayern dringend zu verbessern sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wer von Ihnen war dabei und hat geklatscht?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer hätte geklatscht, wenn er dabei gewesen wäre?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer von Ihnen hat durch seine Zustimmung signalisiert, dass die Situation von Frauenschutzzräumen in Bayern verbesserungswürdig ist?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auch alle!)

Wer von Ihnen stimmt jetzt im Haushalt gegen Verbesserungen bei Frauenschutzzräumen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auch alle!)

Das finde ich schäbig, einfach nur schäbig. Außen hui und innen pfui, sage ich da nur.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie jetzt bloß nicht, Sie hätten nicht gewusst, dass nach einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg allein im Jahr 2014 2.845 Frauen und Kinder von bayerischen Frauenhäusern aus Platzgründen abgewiesen werden mussten. Auch einige Ihrer Abgeordneten hat vor wenigen Tagen der offene Brief der Leiterinnen der vier unterfränkischen Frauenhäuser erreicht. Es stand auch in der Zeitung. Hier wie so viele Jahre zuvor wieder nicht zu reagieren, ist einfach schofel.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie mir nicht, der Bedarf sei noch nicht genau genug dargelegt worden. Der Bedarf wird seit Jahren dargelegt. Jetzt gibt es Zahlen dazu. Trotzdem tut sich wieder nichts. Wir haben dazu namentliche Abstimmung gefordert und möchten gerne wissen, ob diejenigen, die bei der Sternstunden-Gala zustimmend geklatscht haben, jetzt trotzdem Nein zu einer besseren Finanzierung von Frauenschutzräumen und Frauennotrufen sagen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mit Sicherheit!)

Heute haben Sie die Gelegenheit, Ihr Nein zu dokumentieren, bevor Sie in ein paar Jahren unsere Anträge abschreiben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit!)

Ich komme zum nächsten Thema: Schuldner- und Insolvenzberatung. Herr Kollege Vogel, da möchte ich Sie direkt ansprechen. Sie haben vor zwei Wochen im Sozialausschuss wörtlich gesagt: In Bayern bricht die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht zusammen, auch wenn noch keine Einigung erzielt worden ist. – Ich habe mich über diese Aussage sehr gewundert. Es geht gar nicht darum, ob die Schuldner- und Insolvenzberatung zusammenbricht. Es geht darum, das umzusetzen, was richtig ist. Es geht darum, das umzusetzen, was beschlossen ist. Es geht darum, den Trägern der Schuldner- und Insolvenzberatung endlich zu signalisieren, dass die jahrelange Unterfinanzierung ein Ende hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert denn, wenn die von allen Fraktionen anerkannten Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro nicht anerkannt werden und Sie die Träger durch ein In-die-Länge-ziehen der Verhandlungen irgendwann kleinbekommen? Für 6 Millionen Euro kann man keine Leistung erbringen, die 8 Millionen Euro kostet. Im Zusammenhang mit

Konnexität müssten diese 8 Millionen Euro anerkannt werden. Das wissen Sie so gut wie ich. Es war ein Armutszeugnis, im Sozialausschuss zu hören, dass das Ministerium lediglich zur Weiterführung von Gesprächen einladen könne; denn das Ministerium sei an den Betrag gebunden, den der Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stelle. Liebe Kollegen und Kolleginnen, wer ist denn der Haushaltsgesetzgeber? – Sie sind es! Sie hätten es in der Hand, ein klares Zeichen zu setzen.

Natürlich bricht die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht zusammen; aber die Träger gehen seit Jahren in Vorleistung und haben weniger Geld und weniger Personal für andere Zwecke. Wenn Sie das weiterhin auf die lange Bank schieben, dann wird sich das nicht ändern. Die Menschen, die sich bei der Schuldner- und Insolvenzberatung informieren wollen, sind die Leidtragenden, nicht die Schuldner- und Insolvenzberatungen.

Sie als CSU-Fraktion sind diejenigen, die in den nächsten beiden Jahren 450 Millionen Euro für das unsinnige Betreuungsgeld ansetzen. Sie verschwenden fast 6 Millionen Euro für den Umzug des Gesundheitsministeriums, und Sie setzen die falschen Schwerpunkte. Nach jahrelangen Diskussionen weigern Sie sich aber, knapp 2 Millionen Euro mehr bei der Schuldner- und Insolvenzberatung anzusetzen. Das Betreuungsgeld dagegen, das weder sozialpolitisch sinnvoll ist noch zielgerichtet ärmere Familien unterstützt, blockiert den ganzen Haushalt für sinnvollere Maßnahmen. Auf jeden Fall ist eine Erklärung, wie viele Menschen bereit sind, Geld zu nehmen, wenn es ihnen quasi hinterhergetragen wird, kein Grund für Ihr regelmäßiges Eigenlob. Ich habe es schon am Anfang gesagt: Es ist nicht schwer, Geld unter die Leute zu bringen, aber es ist schwer, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Ich sage noch ein paar Worte zu "Bayern barrierefrei": Das angebliche und groß angekündigte Sonderinvestitionsprogramm ist nach wie vor eine Durchreichenummer für Mittel, die schon seit Jahren regelmäßig für barrierefreie Maßnahmen im Haushalt stehen. Oder es sind gleich fiktive und grob geschätzte Zahlen, zum Beispiel die 11 Millionen Euro, die Sie für Barrierefreiheit in Schulen und Kitas investieren; oder die 30 Mil-

lionen Euro für barrierefreie Linienbusse. Sie reichen sie einfach vom Bund aus weiter. Genau das müssen Sie auch tun. Aber das ist etwas völlig anderes als ein eigenes Investitionsprogramm, wie Sie es versprochen hatten. Sie klotzen nicht, Sie kleckern nur rum.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ihr eigenes Investitionsprogramm beschränkt sich dagegen auf jeweils 13,7 Millionen Euro für Barrierefreiheit in staatlichen Bestandsgebäuden und ein paar flankierende Maßnahmen. Genau diese sollen im kommenden Haushalt auch noch gekürzt werden. Ihr Wille zu Einsparungen in allen Ehren – aber der barrierefreie Ausbau staatlicher Gebäude ist viel mehr, als einen Zugang für Rollstuhlfahrer einzurichten. Was machen Sie denn zum Beispiel für Menschen mit Hörbehinderungen? Wie arbeiten Sie konkret darauf hin, diesen Menschen die Barrieren aus dem Weg zu räumen? Sie sind nicht einmal mit auf dem Logo drauf. Das werden wir heute nicht abschließend klären können; aber ich habe eine Anfrage dazu eingereicht. Nach deren Beantwortung werden wir das Thema wieder aufnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt sage ich noch ein paar wenige Worte zu den 130 anerkannten bayerischen Betreuungsvereinen, die seit Langem chronisch unterfinanziert sind. Deren Arbeit bildet das Rückgrat für die vielen ehrenamtlichen Betreuer. Wenn dieses Rückgrat angesichts der Belastung bricht, werden wir mehr berufliche Betreuung brauchen. Sie sparen hier seit Jahren an der falschen Stelle.

Ich nenne das Stichwort Landesbehindertenplan. Das Sprichwort "Einen alten Baum verpflanzt man nicht" gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Ältere Menschen mit Behinderungen scheiden aus den Werk- und Förderstätten aus. Sie brauchen Wohn- und Tagesbetreuungsplätze. Sie möchten oft gerne dort bleiben, wo sie schon lange gelebt haben. Das sollten Sie ihnen gönnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gönne Ihnen jetzt noch eine zweite Runde der Kritik an diesem Haushaltsplan. Das übernimmt aber meine Kollegin Christine Kamm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich einiges zu den vorhergehenden Rednerinnen und Rednern feststellen, ausgenommen natürlich Herr Wolfgang Fackler mit seinem hervorragenden Beitrag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie machen wie schon in der Vergangenheit den Kardinalfehler in der Familienpolitik, den Eltern in ihre Lebensbiografie und ihre Erziehungsgestaltung hineinreden zu wollen. Das geht die Politik nichts an. Sie muss für alle Modelle und alle Optionen den richtigen Weg anbieten. Das machen wir zum einen mit dem Betreuungsgeld, das wirklich ein Erfolgsmodell ist; denn es wird – ich sage es gerne noch einmal – von 70 % der insgesamt 100.000 Eltern in Anspruch genommen. Dass Sie so daherreden und sagen, die Eltern bräuchten es nicht, ist eine Unverschämtheit gegenüber den Familien in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Genauso argumentieren Sie beim Landeserziehungsgeld, das ebenfalls ein Erfolgsmodell ist. Aufgrund der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und entsprechender Entscheidungen der Sozialministerin haben wir die Einkommensgrenzen in Anbetracht der allgemeinen Lebensbedingungen und der Entwicklung der Einkommen deutlich, nämlich um fast 40 %, angehoben, damit ein noch größerer Kreis von Famili-

en Anspruch auf das Landeserziehungsgeld erhält. Deswegen sage ich ganz klar: Hände weg vom Landeserziehungsgeld!

(Beifall bei der CSU)

Sie fordern, dass die Schuldner- und die Insolvenzberatung zusammengelegt werden. Da sind sich der sozialpolitische Ausschuss, die Staatsregierung, die öffentliche und die Freie Wohlfahrtspflege als Träger der Einrichtungen und die sonstigen Beteiligten einig. Der Haushaltsausschuss hat zusätzlich 2 Millionen Euro ab dem Jahr 2018 zur Verfügung gestellt.

(Peter Winter (CSU): Wir sind halt großzügig!)

Das ist der klare Handlungsauftrag an die Bayerische Staatsregierung und das Sozialministerium, mit der öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege zu verhandeln. Sie wollen nicht, dass es zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Vor allen Dingen wollen Sie nicht, dass die Schuldner- und die Insolvenzberatung weiterhin differenziert arbeiten. Wir wollen, dass den Menschen geholfen wird. Wir wollen aber vor allen Dingen auch, dass die Schuldner- und Insolvenzberatung effizient erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie haben auch eine bessere Förderung der Frauenhäuser gefordert. Es ist unumstritten notwendig, den Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie und in der Gesellschaft weiter zu verbessern. Dazu gibt es die sogenannte Bedarfsermittlungsstudie, und es gibt einen Weg, den die CSU-Fraktion mit gegeben hat, indem sie die Zuschüsse für den proaktiven Ansatz bei den Frauenhäusern erhöht hat. Ich gebe zu, damit ist die Diskussion nicht beendet; aber wir werden das weiterführen. Seien Sie dessen sicher, dass die Einrichtungen froh sind, dass wir hier eingestiegen sind, und seien Sie dessen sicher, dass die Frauenhäuser davon profitieren werden und ihre wertvolle Arbeit weiterentwickeln können. Wir haben das im Haushaltsausschuss unterstützt, und die Bayerische Staatsregierung setzt es um.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nur Phrasen!)

Lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Themen ansprechen. Zum einen möchte ich darauf hinweisen, dass die Sozialpolitik im Freistaat Bayern beständig auf aktuelle Entwicklungen und neue Herausforderungen eingegangen ist und präventive Ansätze gezeigt hat. Ohne das Gemeinschaftswerk des Bayerischen Sozialministeriums, des Bayerischen Landtags, der öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfeinitiativen und vieler Ehrenamtlicher würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Die Sozialpolitik bietet Hilfe für diejenigen, die die Unterstützung des Gemeinwesens in besonderer Weise benötigen. Wichtig sind aber auch die Hilfe zur Selbsthilfe und eine aktivierende Sozialpolitik – das müssen wir auf Landesebene immer im Blick haben –, die präventiv handelt und die Menschen in die Lage versetzt, ihre Situation selbst in die Hand zu nehmen.

Drei wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die eine ist die demografische Entwicklung und die Seniorenpolitik, bei der es unter anderem um die Vermeidung von Altersarmut geht. Die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landtag und vor allem die CSU-Fraktion haben ein Konzept zur Vermeidung der Altersarmut unter Berücksichtigung der Alterssicherungssysteme entwickelt. Wir wissen, wie zentral das Anliegen für unsere Wirtschaft, für unser Gemeinwesen und vor allen Dingen für jeden Einzelnen und jede Einzelne ist, Altersarmut zu vermeiden.

(Beifall bei der CSU)

Die zweite Entwicklung ist die Globalisierung, die wegen des intensiven Dialogprozesses auch auf Landesebene unter dem Aspekt "Wirtschaft und Arbeit 4.0" eine prägende Rolle spielen wird. Dabei ist ganz klar festzustellen, dass die großen Chancen, die dieser Prozess beinhaltet, was neue Arbeitsplätze und Flexibilisierung anbelangt, genutzt werden müssen. Wir werden diesen Prozess unter Einbeziehung der Wirtschaft, der Unternehmen, aber auch der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen, der Gewerk-

schaften, unterstützen, damit es nicht zu einer Aushöhlung des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeitregelung kommt. Wir dürfen nicht zusehen, wenn dieser Prozess zu einer Selbstausbeutung oder einem Abbau von Arbeitsplätzen in weniger qualifizierten Bereichen führen würde. Dies wäre keine gute Antwort. Wir müssen hier die Politik einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auch in Zukunft unterstützen.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig – ich habe das schon im Zusammenhang mit Ihrer Bewertung des Betreuungsgeldes und des Landeserziehungsgeldes angesprochen –, die Familienpolitik auf fünf wesentliche Säulen zu stellen. Zum Ersten darf es keine Bevormundung in der Lebensbiografie geben, und die Familien sind in ihren jeweiligen Lebenssituationen finanziell zu unterstützen. Das gilt natürlich auch für die Alleinerziehenden. Wenn gesagt wird, Bayern ist das Familienland Nummer eins, ist das zweifellos in keiner Weise übertrieben. Vergleichen Sie unsere Leistungen mit denen der anderen Länder. Dann wird auch Ihnen deutlich werden, dass in Bayern die beste Familienpolitik in Deutschland gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite ist eine familienfreundliche Kommunalpolitik. Darüber werden wir an anderer Stelle weiter zu diskutieren haben. Mit dem Pakt, den die Staatsregierung unterstützt, wird ein wesentlicher Ansatz zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet. Ich sage auch: Es ist eine der zentralen Herausforderungen in unserem Gemeinwesen, dass dies gelingt.

Das Dritte ist die Versorgung der Eltern mit Plätzen in Kindertagesstätten. Wir haben mit Ausnahme großer Kommunen, wo seit vielen Jahren Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, eigentlich überall eine bedarfsgerechte Versorgung; das muss man klar feststellen. Wo die Verantwortung bei der Union liegt, ist der Ausbau in den letzten Jahren hervorragend gelungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu dem, was Sie behauptet haben, tut sich gerade in diesem Jahr etwas beim Ausbau und bei der Änderung der Fehlzeitenregelung, was die Randzeiten anbelangt. Es gibt eine unbürokratische Regelung, eine Lösung auch im Kindertagesstättenbereich. Dazu stellen die Einrichtungen und ihre Spitzenverbände ausdrücklich fest, dass es vernünftige Lösungen seien, zum Beispiel der Jahresmittelwert. Das wurde von den Trägerverbänden mitgestaltet und ausdrücklich auch mitgetragen.

Ein weiteres grundsätzliches Thema ist die Flüchtlings-, Integrations-, Migrations- und Asylpolitik. Hierzu möchte ich nur zwei Punkte ansprechen, weil darauf verschiedentlich schon eingegangen worden ist.

Zum einen ist es auch für die kommunale Familie ein großer Erfolg, dass es noch in den letzten Wochen eine Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung – dem Ministerpräsidenten, der Sozialministerin – und den kommunalen Spitzenverbänden gegeben hat. Dementsprechend wird für die jungen unbegleiteten Minderjährigen und volljährig Gewordenen eine Erstattungsregelung funktionieren.

Dies heißt aber auch, dass wir diesbezüglich auch inhaltlich noch etwas weitergestalten und weiterentwickeln müssen, gemeinsam mit den Trägern, die dazu übrigens vollständig bereit sind. Es ist nicht in jedem Fall Jugendhilfe traditioneller Art notwendig. Mit Jugendwohngemeinschaften und neuen inhaltlichen Konzepten, wie sie von den Trägern auch angeboten werden, wird es eine Zukunft eine effizientere und in dieser Verbindung auch kostengünstigere Regelung geben. Darüber hinaus werden die Kommunen entsprechend entlastet.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Punkt ansprechen: die Begleitung und Beratung von Menschen, die geflüchtet sind. Wir können sehr gute Erfolge feststellen, auch aufgrund der Förderung der Asylsozialberatung. Es ist jetzt aber notwendig, dies für Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, weiterzuentwickeln. Das Sozialministerium ist diesen Weg auch gegangen,

den Weg einer Weiterentwicklung von der Asylsozialberatung hin zu einer Migrationsberatung, wofür entsprechender Bedarf vorhanden ist.

Wir müssen auf die Situation reagieren, die sich hier ergibt, damit bei einer Bleibeperspektive die Zielsetzungen gelingen können, etwa hinsichtlich der Förderung der Sprache, der Bildung, der Arbeit und der Integration.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum vorläufigen Abschluss des Inhaltlichen noch eine Bemerkung zur Politik für Menschen mit Behinderung. Ich finde es, gelinde gesagt, schon merkwürdig – auch wenn das natürlich das Recht der Opposition ist –, wenn Sie einen Ansatz von über 12 Millionen Euro, der ab 2018 zur Umsetzung des Teilblinden- bzw. Schwerstsehbehindertengeldes realisiert wird, schlechtreden, indem Sie darauf hinweisen, das hätte ja früher kommen können und im Übrigen sei das alles nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, wir setzen die Prioritäten so, dass Menschen mit Behinderung im Sinne einer barrierefreien, inklusiven Lösung auch dadurch besser beteiligt werden, dass sie finanziell entlastet werden.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt – das wird für die Zukunft eine Aufgabe sein – ist das Ausführungsgesetz zum kommenden Bundesteilhabegesetz. Das ist eine wichtige Aufgabe, an der alle Verbände beteiligt werden. Dies halte ich für dringend notwendig. Ich möchte besonders danken für die Rolle, die die Bayerische Staatsregierung – der Ministerpräsident und die Sozialministerin – zur Entstehung eines guten Gesetzentwurfs zum Bundesteilhabegesetz gespielt haben.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend danke ich Sozialministerin Emilia Müller, Staatssekretär Johannes Hintersberger und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an der Spitze den beiden Ministerialdirektoren Michael Höhenberger und Dr. Markus Gruber, für die hervorragende

Arbeit, die sie leisten und geleistet haben, auch in Zusammenarbeit mit dem Parlament. Vielen Dank dafür!

Ich bitte, wie auch Herr Kollege Fackler, um Zustimmung zum Sozialhaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Zunächst folgt Frau Kollegin Celina, dann Frau Kollegin Müller und danach Herr Kollege Dr. Fahn.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Unterländer, ich beginne mit dem letzten Punkt, dem Teilblindengeld. Das hätte nicht früher kommen können, es hätte früher kommen müssen. Sie haben das schon vor Jahren versprochen, und zwar vor der letzten Wahl. Jetzt kommt es knapp vor der nächsten Wahl. Weitere Interpretationen erspare ich mir jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thema Frauenhäuser: Ja, Sie fördern jetzt endlich auch ein kleines bisschen proaktive Beratung, in minimalem Umfang. Dass wir mehr gefordert haben, wissen Sie. Gleichzeitig lassen Sie die Frauen, die im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt beraten werden, vor den Frauenhäusern im Regen stehen.

Bei der Sternstunden-Gala klatschen Sie, wenn anderswo um zusätzliche Spenden für diesen Bereich gebettelt wird. Sie hingegen verschieben das Thema von Jahr zu Jahr immer weiter in die Zukunft. Das ist schofelig. Ich finde, wir schreiben hier keinen Science-Fiction-Roman, sondern einen Haushaltsplan für nächstes Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Wenn ich mit den Frauenhäusern beginnen darf: Die Bedarfsermittlungsstudie ist eine wichtige Grundlage. Sie soll dazu führen, dass ein

Konzept weiterentwickelt wird. Das haben wir im Parlament einstimmig beschlossen, Kollege Vogel. Das ist aber ein Konzept, das nicht ohne Einbeziehung der Träger und auch der kommunalen Spitzenverbände funktioniert, weil die Kommunen eigentlich zuständig sind.

Sie können natürlich nicht wissen, wie das Regierungsgeschäft geht, aber es ist eben notwendig, dass man verhandelt, bevor man zu einem Ergebnis kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das gilt gerade in dieser Frage, wenn Kommunen, kommunale Spitzenverbände und Träger der Freien Wohlfahrtspflege beteiligt sind und man zu einer einvernehmlichen Lösung kommen muss. Dies ist hier der Fall.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Sie haben das doch in der Hand über die Finanzmittel! – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe! – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Müller gemeldet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Jetzt kommt die Verlängerung!)

Joachim Unterländer (CSU): Ich war ja noch gar nicht fertig!

(Heiterkeit)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Müller, Sie sind dran.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Unterländer, auch ich wollte noch einmal das Thema Frauenhäuser ansprechen. Wir haben einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt, der begehrt, dass Sie endlich die Mittel erhöhen. Sie haben gesagt, Sie müssten verhandeln. Wir fordern Sie auf zu handeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es mag schon sein, dass die Kommunen davon betroffen sind, aber Tatsache ist doch auch – wir hatten erst am Montag in meinem Landkreis Landshut Kreisausschusssitzung –, dass die Kommunen nun wieder Geld drauflegen, damit die Frauenhäuser personell besser ausgestattet werden.

Wir haben die Situation, dass die Plätze nicht reichen. Jede zweite Frau in Bayern wird abgewiesen, wenn sie einen Platz im Frauenhaus sucht. Wir haben die Situation, dass die Verweildauer in den Frauenhäusern zu lang ist, weil eben keine bezahlbaren Wohnungen vorhanden sind. Umso mehr Frauen müssen abgewiesen werden.

In den letzten zwei Jahren habe ich rund die Hälfte der bayerischen Frauenhäuser besucht. Es ist kein Einzelfall, was geschildert worden ist. Das ist uns überall so geschildert worden. Da würde ich mir wirklich mehr erwarten als nur den Verweis auf diese Studie und auf die Konzeptplanung. Die Studie liegt jetzt seit Februar vor.

Wir würden wirklich erwarten, dass Sie ein Herz für die Frauen und Kinder in Not haben und dass Sie die Frauenhäuser, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement arbeiten, finanziell endlich so ausstatten, dass es für das reiche Land Bayern dem entspricht, was Ihr Haushaltsminister vorhin gesagt hat: Dieser Haushalt sei eine Weichenstellung, sei ein hervorragender Haushalt. So ist er mit lauter Superlativen gekennzeichnet worden.

Machen Sie das doch zur Wirklichkeit, wenn es um Frauen und Kinder in Not geht. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass in unserem Bayern jedes Jahr 140.000 Frauen misshandelt werden und Schutz vor Gewalt suchen. Diesen Frauen sollten wir die Zuflucht nicht verwehren.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Erstens werden die Mittel aufgestockt.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Zweitens – ich darf es wiederholen – ist es doch notwendig, Erkenntnisse, die es aus dieser Bedarfsermittlungsstudie gibt, auch entsprechend in das Konzept mit einzuarbeiten,

(Ruth Müller (SPD): Das haben wir doch! 35 % zu wenig Plätze!)

damit das umgesetzt wird.

Drittens stellen wir fest, dass die Zahl der Plätze ein Thema der Bedarfsermittlungsstudie ist.

(Ruth Müller (SPD): Die Plätze können Sie doch schon einmal schaffen!)

Daneben werden aber auch Fragen zur inhaltlichen Arbeit gestellt. Beim Bedarf an Plätzen ist völlig klar, dass wir noch nachjustieren müssen. Bevor das Konzept umgesetzt ist, sind Ihre Anträge in die Kategorie Effekthascherei einzuordnen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Seit zehn Jahren! – Dr. Paul Wengert (SPD): Reden Sie sich doch nicht raus!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe! Sind Sie fertig? – Dann kommt die nächste Zwischenbemerkung. Herr Dr. Fahn, jetzt sind Sie an der Reihe.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Es geht mir noch einmal um die Kostenerstattung für junge Flüchtlinge im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Die Regelung haben Sie jetzt als guten Erfolg verkauft, aber Sie wissen, dass die Kosten nur zu einem Drittel erstattet werden. Alle anderen Bundesländer erstatten die Kosten voll. Das wissen Sie. Deshalb meine konkrete Frage: Kann ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Sie oder die CSU-Staatsregierung die Förderung noch einmal erhöhen und die Kosten voll erstatten, wie es in allen anderen Bundesländern der Fall ist?

Meine zweite Frage: Es geht auch um eine Kostenreduzierung. Das ist schon klar. Statt einer pauschalen Kostenerstattung sollte eine bedarfsgerichtete und zielgerichte-

te Steuerung erfolgen, um Kosten zu senken. Haben Sie dazu schon konkrete Vorschläge? Das wäre auch ein wichtiges Zukunftsthema, das wir besprechen sollten.

Joachim Unterländer (CSU): Erstens hat sich bei den Zahlen, die von den Kosten-erstatlern vorgelegt wurden, eine erhebliche Abweichung von der Realität gezeigt, so-
dass nachjustiert werden musste. Wir müssen deshalb das Zahlenmaterial korrekt auf-
arbeiten. Zuvor kann man nicht sagen, wie hoch der Anteil ist, den wir zusätzlich
brauchen.

Zweitens sind 112 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern in dem Zusammenhang
übernimmt, eine Menge Geld. Die Kommunen als Träger der Jugendhilfe, die Bezirke
als Kostenerstatter und der Freistaat Bayern als oberste Jugendhilfeinstanz sind ge-
meinsam gefordert, an einem Konzept zu arbeiten, das bedarfsgerecht ist und den
Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge berücksichtigt, wenn sie
volljährig geworden sind. Dazu sollen die Kosten effizient gestaltet werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kolle-
ge Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir haben es im
Ausschuss schon getan und werden es hier wieder tun: Wir danken Ihnen und Herrn
Staatssekretär Hintersberger für Ihre engagierte Arbeit. Sie haben ein schweres Jahr
hinter sich. Ihr Ministerium ist sicher das schwierigste Ministerium. Das wird von uns
ausdrücklich anerkannt. Ich danke auch meinen beiden Kollegen im Sozialausschuss,
Dr. Hans Jürgen Fahn und Gabi Schmidt, die ebenfalls sehr engagiert waren und
deren Arbeit sehr zeit- und kraftraubend war. Die Aufgaben waren entsprechend groß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass Sozialpolitik in diesem Haus an-
ders als in anderen Parlamenten weniger ideologisch betrieben wird, sondern so, wie

es eigentlich sein muss, nämlich als Hilfe für wirklich Bedürftige in der Gesellschaft. Es werden praktische Lösungen gefunden, Probleme werden effektiv gemeistert, und der Zusammenhalt in der Gesellschaft wird gestärkt. Wir FREIE WÄHLER sehen insbesondere die Menschen vor Ort, die kommunalen Mandatsträger, aber auch die Ehrenamtlichen in der Pflicht und in der Verantwortung. Deswegen ist ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit – Kollege Hans Jürgen Fahn wird nicht müde, das immer und immer wieder einzufordern – die Stärkung des Ehrenamts und die Unterstützung der Ehrenamtlichen.

Eine ganz besondere Herausforderung haben wir derzeit bei den Flüchtlingen zu bewältigen. Lieber Kollege Fackler, über die Frage einer Obergrenze brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Sie soll dort geklärt werden, wo sie geklärt werden kann und wo Sie auch politische Verantwortung tragen. Wir im Bayerischen Landtag und in den Kommunen müssen uns mit den Konsequenzen und Folgen beschäftigen. Es ist nun einmal Fakt, dass die Menschen da sind. Sie haben einen Anspruch darauf – das gebietet schon die Menschenwürde –, dass wir uns anständig um sie kümmern. Dafür wird vonseiten des Ministeriums hervorragend gearbeitet, anders, als man es häufig an Stammtischen von Ihrer Seite hört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der letzten Woche sehr ausführlich – das war nicht Ihre Schuld – über ein Gesetz zur Einführung einer Leitkultur gesprochen. Integrationsgesetz wird dieses Gesetz genannt. Machen Sie es, wie Sie es meinen. Die Wertevermittlung – darum geht es doch – können Sie nicht durch ein Gesetz festlegen, sie muss vor Ort in den Kommunen, begleitet von unseren Signalen, durch die Lehrer, die Bildungsträger usw. erfolgen. Da haben wir praktische Aufgaben, und die sind wichtiger, als nächtelang über Begrifflichkeiten zu streiten.

In diesem Zusammenhang haben wir einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. Wir wollten die Bezirke im Umfang von 150 Millionen Euro von den Kosten für unbegleitete

Volljährige entlasten. Immerhin ist dank des Engagements der FREIEN WÄHLER, aber auch dank des Drucks der Bezirke etwas in Bewegung gekommen. In letzter Sekunde wird wenigstens ein Drittel der Kosten erstattet. Aus unserer Sicht ist das zwar zu wenig, immerhin ist es aber ein erster Schritt. Herr Kollege Fackler, Sie haben gesagt, die Bezirke sollten die Bezirksumlage senken. Das ist richtig. In Schwaben, woher wir beide kommen, haben die FREIEN WÄHLER einen Antrag auf Senkung der Bezirksumlage gestellt. Sie wollten 1 % weniger. Die CSU hat den Antrag leider abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei wichtige Punkte bleiben mir noch. Der eine ist die Barrierefreiheit. Hier geht es ganz besonders um Menschen, die benachteiligt sind, die in der Tat unsere Hilfe brauchen. Für sie haben wir nicht im Einzelplan 10, sondern in den Einzelplänen 03 A, 03 B und 13 die Schwerpunkte gesetzt. Dabei geht es um Mobilität, um barrierefreie Bahnhöfe und um den Zugang in öffentlichen Gebäuden.

Lassen Sie mich als Allerletztes noch einen Gedanken sagen, nachdem Sie, Frau Staatsministerin, und ich dem Stiftungsrat des Sudetendeutschen Museums angehören.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich freue mich, dass wir dieses Projekt endlich auf den Weg gebracht haben. Das Sudetendeutsche Museum wird zusammen mit den Regionalmuseen, dem Egerland-Museum und dem Isergebirgs-Museum einen wichtigen Beitrag für die Geschichte dieser Volksgruppe, die Bayern so vorangebracht hat, leisten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Fangen wir bei dem Thema an, das uns allen sehr am Herzen liegen

sollte, nämlich bei der guten Förderung und Betreuung unserer Kinder in den Kindergärten und Kinderkrippen. Fangen wir mit einem Wahlversprechen aus dem Jahr 2013 an. Danach sollten längere Öffnungszeiten in den Kitas extra gefördert werden. Dieses Wahlgeschenk wurde dann unterfinanziert eingeführt. Es wurde großartig verkauft, aber bald wieder eingestellt, weil die Mittel nicht gereicht haben. In diesem Doppelhaushalt taucht es gar nicht mehr auf. Dabei sind aber sehr viele Menschen wegen ihrer Arbeitszeiten auf längere Öffnungszeiten angewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Verkäuferinnen, Schichtarbeiterinnen, Polizistinnen und Polizisten müssen Sie entgegenkommen. Sie müssen längere Öffnungszeiten ermöglichen. Die Einrichtungen, die Kinderbetreuung anbieten, bedürfen auch generell einer besseren Förderung; sonst kommen die benötigten Einrichtungen für die Eltern mit ihren Kindern nicht.

Herr Kollege Unterländer, Sie haben so schön gesagt, dass die Kitas doch alle ausgebaut würden. Das steht im Widerspruch zu dem, was mir Eltern aus dem weiteren Umland der großen Städte sagen. Viele dieser Eltern streben einen Platz in einer städtischen Kita an, damit sie die Chance haben, das Kind nach Arbeitsende abzuholen. Das ist in vielen Kitas, vor allem in denen im Umland, nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen unbedingt mehr Qualität in den Kitas. Mehr Qualität erfordert mehr Personal; das ist ganz klar. Die Anforderungen an die Kitas sind in den vergangenen 10 Jahren gestiegen – niemand bezweifelt es –, ohne dass dies allerdings in nennenswertem Umfang bei der Festlegung des Mindestanstellungsschlüssels und der Förderfaktoren berücksichtigt worden wäre.

(Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt nun wirklich nicht!)

Insoweit brauchen wir weitergehende Maßnahmen. Wir fordern Erhöhungen des förderrelevanten Mindestanstellungsschlüssels und des Basiswertes, damit all diejeni-

gen, die Erzieherinnen und Erzieher geworden sind, um sich möglichst gut um Kinder zu kümmern, dies tatsächlich leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch unsere Forderung in Bezug auf Kinderkrippen ist klar: Für diese muss erst einmal ein verbindlicher Mindestanstellungsschlüssel festgelegt werden. Er sollte wenigstens bei 1 : 5 liegen; sinnvoller wäre ein Schlüssel von 1 : 4.

Wir brauchen generell den Einstieg in die Verbesserung der Qualität von Kitas. Um diesen zu erreichen, schlagen wir sinnvolle – und ich möchte sagen: bescheidene – erste Schritte vor. Wir hoffen, dass unsere Änderungsanträge doch noch Ihre Zustimmung finden und umgesetzt werden können. Die Zustimmung dürfte Ihnen auch deshalb nicht schwerfallen, weil die Maßnahmen, die wir vorschlagen, komplett gegenfinanziert sind. Wir sagen: Betreuungsgeldgeschenke und Landeserziehungsgeld setzen falsche familienpolitische Rahmenbedingungen. Wir können das Geld nicht verschenken, sondern wir brauchen es dringend zur Hebung der Qualität in unseren Einrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Jugendarbeit muss besser finanziert werden. Herr Unterländer, Sie haben den jüngst geschlossenen Kompromiss erwähnt. Der Freistaat hat sich etwas bewegt. Bisher verweigerte Bayern als einziges Bundesland – das muss man sich vorstellen! – die komplette Refinanzierung der Jugendhilfe für volljährig gewordene Jugendliche. Nach vehementen Protesten der kommunalen Spitzenverbände hat sich die Staatsregierung wenigstens etwas bewegt. Aber eine komplette Refinanzierung bedeutet das noch nicht. Der Förderfaktor ist so festgelegt, dass allenfalls ambulante Betreuungsmaßnahmen gewährleistet werden können. Ob dies in jedem Fall ausreichend ist, darf bezweifelt werden. Zudem gibt es die Beschränkung auf ein Jahr. – Bewegen Sie sich weiter! Es ist nicht sachgerecht, diese Kosten auf die kommunale Ebene abzuwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht richtig, auf eine Standardabsenkung bei der Jugendhilfe zu drängen, um die Kosten zu senken. Jugendhilfe muss nach dem individuellen Förderbedarf gewährt werden. Sie darf nicht dem Motto folgen: "Die billigste Maßnahme soll gewinnen."

Ich nenne einige weitere Bereiche, die auch nach Verabschiedung des Doppelhaushalts chronisch unterfinanziert bleiben. Dazu gehört die Präventionsarbeit. Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist aber besonders notwendig, da wir insoweit ein massives Problem in Bayern haben. Mit unserem Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/12805, zum Finanzausgleichsänderungsgesetz also, möchten wir erreichen, dass die Höhe der Landesmittel der Höhe der Bundesmittel angeglichen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ein Armutszeugnis, dass ausgerechnet Bayern nur den Mindestbetrag zur Kofinanzierung der Bundesmittel zahlt. Das ist eine Besonderheit. Sie von der CSU und der Staatsregierung sollten in sich gehen und eine Förderung wenigstens in Höhe der Bundesmittel zusagen. Es muss doch unser aller Ziel sein, dass es mehr mobile Beratung, mehr Opferberatung, mehr zivilgesellschaftliche Aussteigerarbeit, mehr Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern darf nicht den letzten Platz belegen, wenn es darum geht, einen Eigenanteil zur Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zu leisten. Ermöglichen Sie den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit! Erhöhen Sie den Eigenanteil!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Maßnahmen sind noch chronisch unterfinanziert, obwohl sie dringend notwendig sind? – Was haben wir in der vergangenen Woche alles gehört, als es darum ging, wie wichtig die Beherrschung der Sprache ist! Wie sieht es in der Realität mit den Sprachkursen aus? – Derzeit haben viele Flüchtlinge überhaupt nicht die Chance, einen Sprachkurs zu besuchen. Der Bund stellt für entsprechende Programme Mittel zur Verfügung. Es gibt auch ergänzende Programme der Länder. Wie verhält sich Bayern? – Der Freistaat hat im Jahr 2016 17 Millionen Euro für Sprachkurse und für Sprachförderung allgemein ausgegeben. Wie viele Mittel sind im Haushalt für 2017 dafür vorgesehen? – Nur noch 8 Millionen Euro. Das ist knapp die Hälfte! Im Jahr 2018 sollen es nur noch 3 Millionen Euro sein. Es kommt hinzu, dass diese Mittel nicht nur für die Sprachförderung, sondern auch für die Wertevermittlung verwendet werden sollen. Wenn Sie nur so wenige Mittel bereitstellen wollen, hätten Sie ein Integrationsgesetz gar nicht erst verabschieden müssen. Mit diesen Mitteln werden weder Sprache noch Werte vermittelt werden können, obwohl das doch wichtige Integrationsziele sind. Dieser Haushaltsansatz muss korrigiert werden. So geht es nicht, so kommen wir nicht weiter. Dafür brauchen Sie auch keine Gesetze zu schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist noch chronisch unterfinanziert? – Die Asylsozialberatung. Frau Ministerin, für das Jahr 2016 standen im Haushalt dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Dennoch hat ein Sozialberater im Durchschnitt 190 Personen zu beraten. Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten die Aufgabe, 190 Flüchtlinge zu beraten. Ich finde, das ist eine sehr sportliche Aufgabe.

In manchen Einrichtungen ist es noch schlimmer. Ich war vor Kurzem in Bamberg und habe mir die Situation in der dortigen Einrichtung angeschaut. 700 Menschen wurden nach ihrem Grenzübertritt dorthin gebracht; das sind gerade angekommene Flüchtlinge. Über andere 400 Flüchtlinge wurden aus irgendwelchen Gemeinschaftsunterkünften nach Bamberg verlegt, um die Verfahren quasi zu Ende zu bringen. Insgesamt sind es circa 1.100 Menschen. Schätzen Sie einmal, wie viel Asylsozialarbeit dort ge-

leistet werden kann. – Derzeit stehen drei – drei! – Vollzeitstellen zur Verfügung, um 1.100 Menschen, die entweder gerade angekommen sind oder in einer Situation stecken, in der sie sich neu orientieren müssen, zu beraten. Diese drei Vollzeitstellen reichen natürlich hinten und vorne nicht aus. So kommen wir nicht weiter.

Sie haben zwar gesagt, notwendig sei ein Wechsel von der Asylsozialarbeit hin zur Migrationsarbeit. Aber Ihr Ansatz rechnet sich nicht. Einerseits halbieren Sie die für die Asylsozialarbeit vorgesehenen Mittel im Verlauf von zwei Jahren. Andererseits sehen Sie für die Migrationsarbeit nur 3 Millionen Euro mehr vor. Wenn 15 Millionen Euro gestrichen und 3 Millionen Euro dazugegeben werden, dann ist das Ergebnis: Insgesamt deutlich weniger Beratung.

Es ist doch sicherlich auch Ihr Ziel, die anerkannten Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen zu bringen. Auch Sie wollen doch sicherlich erreichen, dass berufliche Defizite ausgeräumt werden. All das gelingt nur, wenn mehr Migrationsberater zur Verfügung stehen, damit mehr Unterstützung geleistet werden kann.

Für gelingende Integration brauchen wir auch eine bessere Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt; Frau Landtagspräsidentin Stamm hat dies auf dem Empfang deutlich gesagt. Die Ehrenamtlichen sehen sich aber mit einer überbordenden Bürokratie konfrontiert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Christine Kamm (GRÜNE): Selbstverständlich beachte ich das. – Ich erinnere an das bürokratische Monstrum der Wohnsitzzuweisung.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie Integration wirklich erreichen wollen, dann schaffen Sie nicht viele bürokratische Regeln, die nur viel Geld kosten! Arbeiten Sie stattdessen besser mit den Ehrenamtlichen zusammen!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles spitze in Bayern. – Ich kann es einfach nicht mehr hören. Lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, Sie reden von Bevormundung der Familien. Sie wissen ganz genau, dass das Betreuungsgeld von sehr vielen Familien nur als Übergangsgeld genommen wird, und zwar genau bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie einen Kita-Platz bekommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Und warum? – Weil in Bayern 20.000 Kita-Plätze fehlen, um den Bedarf wirklich zu befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

Warum fehlen diese Kita-Plätze? – Nicht nur, weil vielleicht manche Kommunen mit dem Ausbau nicht mehr zurechtkommen, sondern sie fehlen auch, weil uns definitiv die Erzieher fehlen. Wieso fehlen uns die Erzieher? – Weil die Rahmenbedingungen in den Kitas einfach nicht so sind,

(Beifall bei der SPD)

dass Erzieher in diesem Beruf lange verbleiben möchten. Deshalb wäre es endlich einmal erforderlich, dass wir an den Rahmenbedingungen etwas verändern, dass wir für Erzieher und für Kinder an der Qualität etwas verändern. Dies geht bis hin zur besseren Bezahlung des pädagogischen Fachpersonals. So sieht es doch aus. Bleiben wir doch hinsichtlich der Situation in Bayern einfach einmal bei der Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, in Bayern würde so viel in den Kita-Bereich investiert werden. – Ja, es war viel, weil Bayern auch sehr weit unten anfangen musste. Im Bundesvergleich sind wir auch da nicht spitze; denn Bayern lag, zumindest an den aktuellen Zahlen von 2014 gemessen, mit seiner Investitionskostenförderung für Kinder unter sechs Jahren fast 300 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Auch das ist die Wahrheit.

Die Gelder für die Randzeitförderung waren im ersten Quartal aufgebraucht. Daran sehen Sie, wie groß die Nachfrage nach Randzeitförderung war.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Doris Rauscher (SPD): Die Gelder, die notwendig gewesen wären, um ein ganzes Jahr durchzufinanzieren, wurden nicht eingestellt. Sehen Sie einfach ein, dass in Bayern nicht nur Milch und Honig fließen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst all den Kollegen ein Dankeschön sagen, die im sozialen Bereich tätig sind, allen voran dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, Joachim Unterländer. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der laufende Haushalt 2016 ist von der Flüchtlingskrise geprägt. Ich brauche nicht zu sagen, was wir im letzten Jahr alles geleistet haben, was im letzten Jahr alles geschultert worden ist. Viele tausend Menschen kamen bei uns in Bayern an. Geblieben sind 160.000 Menschen; sie haben bei uns eine Unter-

kunft gefunden. Wir haben die Asylbewerber mit einer enormen Kraftanstrengung untergebracht und versorgt.

Ich will an den 12. September erinnern. Herr Pfaffmann, können Sie sich erinnern?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer? Wir?)

Am Hauptbahnhof in München sind 13.000 Menschen angekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bestimmt nicht die Staatsregierung!)

All diese Menschen, die bei uns angekommen sind, haben eine feste Unterkunft bekommen und mussten im letzten Winter nicht im Freien übernachten.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen wäre einmal ein Dank an die Stadt München angebracht!)

Das war eine gemeinsame Leistung von vielen Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen, Hilfsorganisationen, den Kommunen und dem Freistaat Bayern. Dafür danke ich ganz besonders.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich waren die Landeshauptstadt München, aber auch Passau, Niederbayern und Oberbayern enorm in Anspruch genommen. Das war eine gesamtgesellschaftliche Leistung. Diese Leistung hat aber auch eine finanzielle Kraftanstrengung nötig gemacht. Der Sozialhaushalt ist daher 2016 auf knapp 7 Milliarden Euro angestiegen.

In den beiden kommenden Jahren wollen wir den Sozialhaushalt wieder stabilisieren. Für das Jahr 2017 sind rund 6,32 Milliarden Euro und für das Jahr 2018 rund 6,25 Milliarden Euro vorgesehen. Das bedeutet, dass der Sozialhaushalt im Vergleich zu 2016 insgesamt um circa 640 Millionen Euro im nächsten Jahr und um etwa 710 Millionen Euro im Jahr 2018 sinken soll.

In diesem Haushalt können wir die Ausgaben für die Unterbringung der Asylbewerber deutlich senken. Dies liegt natürlich daran, dass der Zugang an Asylbewerbern seit dem letzten Frühjahr absolut zurückgegangen ist. Die Balkanroute ist geschlossen. Der Brenner ist nach wie vor einigermaßen zu. Deswegen verzeichnen wir auch weniger geflüchtete Menschen bei uns. Die Absenkung der Ausgaben liegt auch daran, dass wir die Unterbringung von Asylbewerbern konsolidieren und zu nachhaltigen Strukturen umsteuern. Dazu gehört auch, dass wir im letzten Jahr aus allen Unterkünften des Notfallplans ausgestiegen sind und dass wir derzeit umsteuern.

In 2017 und 2018 können wir so für die Unterbringung der Asylbewerber jeweils über 1 Milliarde Euro weniger als in 2016 veranschlagen. Ich sage noch einmal: Das ist nur darauf zurückzuführen, dass es eine Begrenzung gab und dass der Zuzug geringer ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern entlastet seine Kommunen bei der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Wir erstatten alle Kosten der Unterbringung. Wir rechnen mit den Kommunen spitz ab. Wenn jemand etwas anderes sagt, ist dies ganz einfach falsch.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nicht die Personalkosten!)

Der Freistaat wird die Kommunen in den kommenden Jahren auch bei der Versorgung der rund 10.500 Minderjährigen und jungen Volljährigen ganz erheblich unterstützen, die derzeit in Bayern im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden. Wir werden die bei der Jugendhilfe entstehenden Kosten für alle unbegleiteten Minderjährigen übernehmen, und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus, also auch für die anerkannten Minderjährigen. Außerdem beteiligt sich der Freistaat – darüber ist heute schon mehrfach diskutiert worden – in den Jahren 2017 und 2018 in einer Größenordnung von 112 Millionen Euro an den Jugendhilfe-Ausgaben für junge Volljährige. Ich möchte ganz klar betonen: Darauf haben sich der Staat und die Kommunen verständigt. Damit ist unter anderem auch bei den Bezirken die Erhöhung der Bezirksumlage passé.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben für Juni/Juli nächsten Jahres eine Revision vorgesehen. Wir werden uns ansehen, wie sich alles entwickelt hat, und dann reden wir weiter. Ich möchte aber trotzdem sagen, dass wir die Hälfte der derzeitigen Kosten übernehmen, nämlich 40 Euro pro Tag und pro Person, und im Jahr 2018 30 Euro. Dazu muss man schon in aller Deutlichkeit sagen: Wir investieren hier eine ganze Menge an Geld für junge Volljährige.

(Beifall bei der CSU)

Dazu hat die CSU-Fraktion heute einen Änderungsantrag eingebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rückgang des Sozialhaushalts bedeutet nicht, dass wir an der sozialen Infrastruktur in Bayern sparen – ganz im Gegenteil: Der Sozialhaushalt 2017/2018 setzt wichtige Impulse und richtige Schwerpunkte, liebe Frau Celina. Wir erhöhen unsere Investitionen für Arbeit, Familie und Soziales sogar um circa 150 Millionen Euro im Jahr 2017 und um mehr als 300 Millionen Euro im Jahr 2018.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bayerische Arbeitsmarkt – das ist in mehreren Diskussionsrunden angesprochen worden – ist in einer hervorragenden Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist mit rund 3,2 % auf einem historischen Tiefstand. Aktuell können 55 der insgesamt 96 Landkreise und kreisfreien Städte eine Arbeitslosenquote von unter 3 % vorweisen.

(Beifall bei der CSU)

Der Landkreis Eichstätt liegt mit einer Quote von 1,3 % bundesweit an der Spitze. In Bayern herrscht damit praktisch Vollbeschäftigung. Vor allem junge Menschen haben für einen gelingenden Berufsstart so gute Chancen wie in keinem anderen Bundesland. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle das Verhältnis von Bewerbern zu angebotenen Ausbildungsplätzen mitteilen. In Bayern beträgt das Verhältnis 1 : 10,6 und in der Bun-

desrepublik im Durchschnitt 1 : 2,1. Daran sieht man, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern erfolgreich bekämpft und auch besiegt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen diese gute Lage nutzen, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und um leistungsschwächere Jugendliche und Menschen mit Behinderung weiterhin in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen eine Chance zu eröffnen. Mir ist wichtig, dass niemand verloren geht. Ich möchte, dass alle gefördert werden. In den Jahren 2017/2018 investieren wir über 200 Millionen Euro in die Arbeitsmarktintegration und in die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung legt traditionell einen besonderen Schwerpunkt auf die familienpolitischen Leistungen. Diese sind vorhin schon angesprochen worden. Wir stellen 39 % des Sozialhaushaltes für familienpolitische Leistungen bereit. Das sind über 4,9 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Wir fördern die ganze Vielfalt der Familienmodelle. In Bayern stehen wir vor allem für die Wahlfreiheit für Familien. Bei uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer ein zentrales Thema. Deswegen haben wir den Familienpakt mit der Wirtschaft geschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Vor Kurzem konnten Ilse Aigner und ich 20 Unternehmen in Bayern auszeichnen. Diese sind erfolgreich familienfreundlich. Die Unternehmen sehen dies auch als Wettbewerbsvorteil. Wir investieren weiterhin massiv in die Kinderbetreuung. Damit unterstützen wir die Kommunen in Bayern. Alleine dafür stellen wir rund 1,9 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Liebe Frau Kamm, den Basiswert haben wir übrigens im letzten Jahr um 62 Millionen Euro erhöht. Das Gleiche haben die Kommunen getan. Das sind über 120 Millionen Euro für die Träger. Das ist eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Wir übernehmen 52 % der Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen. Das macht auch kein anderes Bundesland, wenn ich das mal sagen darf. Kein anderes Land hat so viele Landesmittel in den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren investiert.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ja, weil der Nachholbedarf so hoch war!)

Zu denjenigen, die immer behaupten, dass zu wenige Plätze vorhanden seien, sei Folgendes gesagt: Der Nachholbedarf besteht bei den SPD-regierten Großstädten. Die Großstädte müssen dazu gebracht werden zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Bis Ende 2018 werden wir insgesamt 3,3 Milliarden Euro in die Förderung des laufenden Betriebs unserer Kindertageseinrichtungen stecken. Die Eltern erwarten zu Recht, dass ihre Kinder in den Kindertageseinrichtungen gut betreut und altersgerecht gefördert werden. Deshalb werden wir auch weiterhin in die Qualität der Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege investieren. Gemeinsam mit den Kommunen haben wir bereits viel erreicht. In den Kitas wurde unter anderem für mehr Personal und kleinere Gruppen gesorgt. Im bayernweiten Schnitt haben wir ein Personal-Kind-Verhältnis von 1 : 4 bei den Kindern unter drei Jahren und von 1 : 8,8 bei den Kindern über drei Jahren. Daran wollen wir anknüpfen. Die Verbesserung der Betreuungsqualität hat für uns Vorrang vor einer weiteren Beitragsentlastung der Eltern. Nach den neuesten Umfragen erwarten die Eltern genau das von uns. Sie sind bereit, etwas zu bezahlen, wenn die Qualität stimmt und gewährleistet ist.

Unsere Kindertageseinrichtungen sind auch zentrale Orte der Integration. Daher fördern wir sie bei dieser Aufgabe gezielt. Die Kindertagesstätten erhalten für alle Kinder, deren Eltern nicht deutschsprachiger Herkunft sind, eine um 30 % höhere Förderung. Zusätzlich unterstützen wir die Kommunen durch ein spezielles Förderprogramm zur Integration von Kindern von Asylbewerbern in Kindertageseinrichtungen mit bis zu 6 Millionen Euro. Außerdem finanzieren wir die Vorkurse "Deutsch 240". Daneben in-

vestieren wir in die Weiterbildung unserer Erzieherinnen und Erzieher, auch zum Thema Integration.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir fördern damit unter anderem auch die interkulturelle Kompetenz. Diese ist letzte Woche sehr oft thematisiert worden. Bayern fördert alle Familienmodelle. Wir stehen nicht nur hinter einer guten Kinderbetreuung, sondern auch hinter dem Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Für uns ist das kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Das Betreuungsgeld wird von den Eltern in Bayern sehr gut angenommen. Das ist bereits mehrfach angeführt worden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

73 % der berechtigten Eltern stellen einen Antrag auf Betreuungsgeld. Bereits Mitte November habe ich persönlich den einhunderttausendsten Betreuungsgeldbescheid übergeben können. In anderen Bundesländern beklagen sich Eltern darüber, dass sie anders als in Bayern für den Übergang von der häuslichen Betreuung zur Krippe kein Geld erhalten und ihre Erziehungsleistung damit nicht anerkannt wird. Daher führen wir in Bayern das Betreuungsgeld weiter. Wir veranschlagen dafür 220 Millionen Euro für das Jahr 2017 und 230 Millionen Euro für das Jahr 2018. Außerdem wollen wir im unmittelbaren Anschluss an das Elterngeld das Landeserziehungsgeld stärken. Rund 40 % der Eltern profitieren derzeit vom Landeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Ab dem Jahr 2017 heben wir die Einkommensgrenzen an, und zwar für Alleinerziehende von 22.000 auf 31.000 Euro und für Paare von 25.000 auf 34.000 Euro. Auch

die zusätzlichen Leistungen ab dem zweiten Kind heben wir an. Damit können wir noch mehr Familien unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Frauenbeauftragte der Staatsregierung bin ich besonders froh darüber, dass wir mit einem Antrag der CSU-Fraktion für ein neues Gesamtkonzept zum Schutz von Frauen vor Gewalt und für die Frauenhäuser mit zusätzlich 200.000 Euro unterstützen können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir unterstützen damit den proaktiven Ansatz. Damit unterstützen wir auch die Kommunen. Derzeit sind wir dabei, ein Gesamtkonzept mit den Kommunen zu erarbeiten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigen Sie, Frau Staatsministerin. – Kolleginnen und Kollegen, im Saal gibt es ein zu lautes Grundrauschen. Ich bitte um mehr Ruhe. Bitte lassen Sie die Staatsministerin noch in Ruhe ausreden. Danke schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Vielen Dank, Frau Präsidentin, das tut auch meiner Stimme gut.

Liebe Frau Celina, für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen haben wir im Haushalt 5,2 Millionen Euro vorgesehen. Wir müssen die Frauen unterstützen, und das tun wir gerne. Wir unterstützen beispielsweise die Kommunen bei den Personalkosten, aber die Kommunen müssen auch etwas tun. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Das ist doch unstrittig!)

Die Integration ist eines der größten Zukunftsthemen für die nächsten Jahre. Wir waren uns auch hier im Hohen Haus einig darüber, dass Integration gelingen muss, damit der Zusammenhalt und der soziale Friede in unserer Gesellschaft erhalten bleiben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit dem Bayerischen Integrationsgesetz geben wir Leitplanken vor und damit der Integration eine Richtung. Auch wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es nicht verstehen wollen: Bayern tut viel für Integration, mehr als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat im Jahr 2016 mit ihrem Sonderprogramm insgesamt rund 550 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Ich möchte noch einmal betonen, Herr Knoblauch: Die Mittel für Integration werden nicht gekürzt. Im Hinblick auf die Integration legen wir Wert darauf, dass alle Häuser ressortübergreifend eng zusammenarbeiten. Darum sieht der Gesamthaushalt für alle Häuser für das Jahr 2017 896,8 Millionen Euro und für das Jahr 2018 998,1 Millionen Euro vor. Das ist eine gewaltige Summe. Im Rahmen des Einzelplans 10 werden mehr als 80 Millionen Euro pro Jahr für die Integration zur Verfügung gestellt. Davon werden 19,2 Millionen Euro im Jahr 2017 und 13,7 Millionen Euro im Jahr 2018 in die berufliche Integration und in die Bildung fließen, damit die Menschen bei uns Arbeit finden. Wir wollen, dass die Menschen so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt verdienen können, um ihre Familien gut zu versorgen.

Die Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt ist gut. Im Jahr 2015 haben wir mit der bayerischen Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung die Vereinbarung "Integration durch Ausbildung und Arbeit" für Praktika, Ausbildungen und Arbeitsstellen geschlossen. Bis 2019 sollen in diesem Rahmen 60.000 Menschen in Arbeit integriert werden. Die Zwischenbilanz im September hat gezeigt, dass mittlerweile schon 40.000 Flüchtlinge ein Praktikum, einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz haben. Ich finde, das ist eine gewaltige Leistung. Ich bin unseren Unternehmen, der Wirtschaft und allen Beteiligten sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen die Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich, indem wir Sprachkurse im Rahmen des IdA-Projekts finanzieren. Wir setzen Jobbegleiter ein. Wir finanzieren Ausbildungsakquisiteure. Wir finanzieren ebenfalls arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Außerdem wollen wir einen fließenden Übergang von der Asylsozialberatung zur Migrationsberatung schaffen. Die Trennung dieser Bereiche ist in der Praxis inzwischen lebensfremd geworden. Wichtig ist, die Menschen beim Integrationsprozess zu begleiten. Wir haben die Mittel für die Asylsozialberatung seit dem Jahr 2011 mehr als versechsfacht. Mit Blick auf die steigende Zahl der Anerkannten brauchen wir eine bedarfsgerechte Mittelverteilung und vor allem eine praxisgerechte Verzahnung mit der Migrationsberatung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Extremismusprävention. Was machen wir? – Wir betreiben Prävention gegen Salafismus, Radikalismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Wir schaffen ein schlagkräftiges Netzwerk mit allen Akteuren bei uns in den Kommunen vor Ort. Salafisten dürfen sich nicht als die besseren Sozialarbeiter profilieren. Insgesamt stellen wir für diese Präventionsmaßnahmen pro Jahr rund 1,6 Millionen Euro bereit.

Ein weiteres Schwerpunktthema sind Menschen mit Behinderung. Wir in Bayern stellen im Doppelhaushalt insgesamt über 675 Millionen Euro für Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Das ist eine gewaltige Steigerung. Vorhin ist das neue Teilblindengeld angesprochen worden. Dafür stellen wir zusätzlich 12 Millionen Euro im Jahr 2018 in den Haushalt ein. Derzeit investieren wir 80,5 Millionen Euro in das Blindengeld. Mit den zusätzlichen 12 Millionen Euro werden wir im Jahr 2018 insgesamt 92,5 Millionen Euro für das Blindengeld bereitstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zur Barrierefreiheit möchte ich einen einzigen Satz sagen: Wir investieren im Rahmen des Doppelhaushalts 235 Millionen Euro, um die Barrierefreiheit und die Inklusion in Bayern mit Nachdruck voranzutreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen auch viel Geld für freiwillige Leistungen in die Hand. Für Maßnahmen für ältere Menschen gibt es eine Aufstockung auf 3 Millionen Euro, insbesondere zur Förderung des Marktplatzes der Generationen und neuer Betreuungs- und Wohnangebote. Mit zusätzlichen 2 Millionen Euro für die Jugendarbeit nehmen wir beispielsweise Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt in den Blick. Mit insgesamt über 29 Millionen Euro pro Jahr erreicht die Förderung der Jugendarbeit einen neuen Höchststand. Das ist eine gewaltige Leistung, die wir erbracht haben. Die Jugendverbände freuen sich darüber sehr.

(Beifall bei der CSU)

Ich will noch drei weitere wichtige Beispiele herausgreifen. Dazu zählt das Ehrenamt. In Bayern engagieren sich 47 % der Bevölkerung über 14 Jahre ehrenamtlich. Wir sagen zu Recht, dass das Ehrenamt der Kitt in unserer Gesellschaft ist. Täglich sehen wir bei der Versorgung von Flüchtlingen, bei der Integrationsarbeit und in vielen anderen Bereichen, wie wichtig das Ehrenamt für unsere Gesellschaft ist. Wir wollen die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, gezielt unterstützen und ihre Arbeit anerkennen. Daher werden wir für Inhaber einer Ehrenamtskarte weitere Vergünstigungen schaffen. Ab dem Jahr 2017 werden sie freien Eintritt in alle staatlichen Schlösser bekommen. Das ist eine tolle Anerkennung.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Dr. Fahn, heute führt Augsburg die Ehrenamtskarte ein. Das Gleiche würde ich von der Landeshauptstadt München erwarten. In diesem Punkt stimme ich mit Ihnen absolut überein.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern kleine und innovative Projekte von Ehrenamtlichen besser und unbürokratisch fördern können. Für die Stiftung werden wir im Jahr 2018 2,5 Millionen Euro einstellen. Es handelt sich um eine Ver-

brauchsstiftung. Diese Stiftung speist sich nicht aus ihren Zinsen. Der Innovationspreis Ehrenamt wird fortgeführt. Das ist ein richtiger Ansatz. Ich bin all denen dankbar, die sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt haben. Insgesamt wollen wir die Mittel für das Ehrenamt im Jahr 2017 um 1,1 Millionen Euro und im Jahr 2018 um 3,7 Millionen Euro erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht heute sehr gut da. Bayern geht es wirtschaftlich sehr gut. Wir haben in weiten Teilen Bayerns praktisch Vollbeschäftigung. Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. In Bayern sind weniger Menschen auf Grundsicherung angewiesen als in anderen Ländern. Wir wollen, dass alle Menschen im Freistaat von guten Lebensbedingungen profitieren und an unserer Gesellschaft teilhaben. Mit dem vorliegenden Sozialhaushalt sind wir dafür gut aufgestellt und gerüstet. Ich bitte um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin, uns liegen noch drei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Zuerst erteile ich Frau Kollegin Osgyan das Wort. Bitte sehr, Frau Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Ministerin, ich möchte Sie noch einmal auf die Frauenhäuser und die Frauennotrufe ansprechen. Hierzu haben wir einen Antrag gestellt, der sich auf die Bedarfsermittlungsstudie bezieht, die von Ihrem Haus vorgelegt wurde. In der Studie kommt ganz klar zum Ausdruck, dass die Hälfte der Frauen, die in Not sind, von Frauenhäusern abgewiesen werden müssen, weil nicht genug Plätze vorhanden sind. Die meisten Frauen können auch nicht andernorts weitervermittelt werden. Das bedeutet, der Bedarf ist enorm. In diesem Fall hilft auch der proaktive Ansatz nichts, der an sich sehr gut ist. Im Falle häuslicher Gewalt wird der Frau dabei in der Polizeidienststelle gesagt, wohin sie sich wenden kann. Das hilft ihr jedoch nicht, wenn sie anschließend keinen Platz bekommt.

Ich darf Ihnen dazu ein Erlebnis aus meinem Leben erzählen. Als ich noch eine ganz junge Frau war, habe ich in meinem Vorgarten eine Frau aus der Nachbarschaft mit einem blauen Auge gefunden. Das war in der Nacht. Sie wusste nicht, wohin sie sich wenden soll. Ich habe sie nach langem Zureden zur Polizei begleitet. Leider weiß ich nicht, was aus ihr geworden ist. Heutzutage kann man solchen Frauen mit dem proaktiven Ansatz vielleicht weiterhelfen. Allerdings ist nicht klar, ob sie dann auch Plätze erhalten. Wenn man so etwas einmal miterlebt hat, weiß man, dass es um Schicksale und existenzielle Notlagen geht.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass der Freistaat, obwohl der Bedarf klar auf der Hand liegt, eine Aufstockung der Mittel um 35 % verweigert. Damit würde der Freistaat seinen Beitrag leisten. Die Kommunen müssten dann noch einen entsprechenden Betrag drauflegen. Jetzt wird diese notwendige Investition weitergeschoben. Ein Arbeitskreis wird gebildet, und dann schaut man einmal, was dabei herauskommt.

Der Bedarf ist doch klar! Notlagen sind klar! Hier geht es nicht um lapidare Vorkommnisse. Warum handeln wir nicht jetzt, wo der Haushalt auf dem Tisch liegt? Jetzt bestünde die Möglichkeit aufzustocken. Hier geht es um 1,2 Millionen Euro. Wenn wir uns die Gesamtherausforderungen betrachten, ist dies wirklich kein großer Betrag. Sie hätten jetzt handeln können. Was gedenken Sie zu tun, damit dieses Problem nicht über Jahre hinweg auf die lange Bank geschoben wird?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja verstehen, dass Sie vor den Weihnachtsferien noch einen großen Redebedarf haben. Wenn Sie sich noch unterhalten wollen, gehen Sie doch bitte hinaus. Wir sehen hier oben mindestens 20 Paare von Kolleginnen und Kollegen in allen Bänken, die permanent am Reden sind. Ich verstehe es, dass man gerne noch durch die Gänge gehen und hier und dort etwas sagen möchte. Hier geht das aber nicht. Das tut den Rednerinnen und Rednern hier vorne auch nicht gut. Ich bitte Sie um mehr Ruhe. Wenn Sie

sich noch gepflegt und nett unterhalten wollen, tun Sie das bitte draußen. Danke schön. – Frau Staatsministerin, jetzt sind Sie dran.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Osgyan, ich möchte mich für Ihren engagierten Beitrag bedanken. Ich bedanke mich vor allem dafür, dass Sie gesagt haben, dass der proaktive Ansatz gut sei. Ich sehe das auch so. Wir haben einen Handlungsbedarf. Das ist gar keine Frage. Deswegen sind wir gerade dabei, mit den Kommunen ein Gesamtkonzept zu erstellen.

Sie dürfen mir glauben, dass das auch mir ein Anliegen ist. Nicht nur Sie kennen derartige Fälle, sondern auch ich. In meiner unmittelbaren Bekanntschaft habe ich einen Fall erlebt, der sehr tragisch ausgegangen ist. Die Kinder mussten dabei zusehen, wie der Vater die Mutter ganz furchtbar behandelt hat. Das ist ein tiefgreifendes Erlebnis, das ich Kindern gerne ersparen möchte.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Dr. Strohmayer. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich habe auch noch eine Nachfrage zu diesem Thema. Frau Ministerin, Sie haben viele Themen genannt und dabei immer von "gewaltigen Leistungen" gesprochen. Gerade beim Thema Frauenhaus kann ich keine gewaltige Leistung erkennen. In diesem Haushalt haben Sie für die 40 Frauenhäuser gerade einmal 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das ist doch viel zu wenig! Wir haben beantragt, diesen Ansatz mindestens zu verdoppeln, obwohl selbst diese Summe nicht reichen würde, wenn die Plätze ausgebaut würden.

Ich verstehe es nicht: Wir haben über zehn Jahre lang diesen Ansatz nicht ausgebaut. Seit über zehn Jahren wissen wir, dass es für die Frauenhäuser in Bayern einen massiven Bedarf gibt. Die Frauenhäuser in Bayern werden zu weniger als 10 % vom Staat finanziert. Das muss man sich einmal vorstellen. Gleichzeitig macht der Staat den

Frauenhäusern eine ganze Reihe von Vorgaben, was sie alles leisten müssen. So kann es nicht weitergehen. Wir hätten bei diesem Haushalt mehr tun müssen. Ich bitte Sie dringend, noch nachzubessern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Teil meiner Zwischenbemerkung richtet sich gegen das, was Sie zu den Kitas gesagt haben. Sie haben gesagt, die sozialdemokratisch regierten Städte leisteten in diesem Bereich zu wenig. Dagegen verwahre ich mich ausdrücklich. Das möchte ich auch im Namen der sozialdemokratischen Bürgermeister sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialdemokratischen Bürgermeister haben schon Kitas aufgebaut, als es dafür noch keine staatliche Finanzierung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Sofern bei den Kitas noch Plätze fehlen, ist es oft so, dass keine Erzieherinnen gefunden werden. Warum werden keine Erzieherinnen gefunden? – Weil Sie mit den kindbezogenen Förderungen die Bedingungen in den Berufen für Erzieherinnen so verschlechtert haben, dass niemand mehr diesen Beruf ergreifen möchte. Das sind doch die wahren Gründe. Ich bitte Sie dringend, hier noch nachzubessern.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Was die Frauenhäuser angeht, habe ich vorher eine ausreichende Antwort gegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe gesagt, dass wir den proaktiven Ansatz mit 200.000 Euro fördern. Derzeit erstellen wir zusammen mit den Kommunen das Gesamtkonzept. Bezüglich der Perso-

nalkosten fördern wir die Frauenhäuser. Das ist gar keine Frage. Mit dem Gesamtkonzept wollen wir Verbesserungen herbeiführen. Das kann ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

Die Zahl der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen ist seit dem Jahr 2006 von 23.800 auf 46.300 gesteigert worden. Wir wissen selbst, dass dies nicht einfach ist. Deshalb fördern wir auch Quereinsteigerinnen, damit sie sich in der Erziehung engagieren können.

Diese 20.000 Plätze, die von Ihrer Seite immer in den Raum gestellt werden, sind eine gegriffene Zahl, die so nicht belegt werden kann. Wir haben für jedes Kind ab dem ersten Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Ich sehe hier keine Probleme. Im ländlichen Raum haben wir sogar eine Überversorgung. Die Sättigung ist längst erreicht. Das zeigt sich daran, dass von den im Dritten Sonderinvestitionsprogramm eingestellten 87 Millionen Euro nur etwa die Hälfte abgerufen worden sind. Entweder besteht vonseiten der Kommunen kein Bedarf oder kein Interesse. Das ist die derzeitige Ausgangslage.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Jetzt hat sich noch Herr Kollege Dr. Fahn gemeldet. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, eine kurze Frage: Am 26. Februar 2016 besuchten wir zusammen eine Fachveranstaltung zur Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern. Diese Veranstaltung fand in Milbertshofen statt. Die Kollegin Ruth Waldmann war auch dabei. Das war eine sehr gute Veranstaltung. Seit dieser Zeit habe ich aber von Ihnen nichts mehr gehört. Damals hieß es, wir würden die ganzen Infos per E-Mail bekommen. Frau Ministerin, haben wir da etwas verpasst? Oder geben Sie uns heute bekannt, wie diese wichtige Sache weitergeführt wird?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Dieser Aktionsplan wird gemeinsam mit den Verbänden fortgeschrieben. Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, das Bundesteilhabegesetz in trockene Tücher zu bekommen. Auf die bayerische Initiative ist es zurückzuführen, dass wir so viel verändern und verbessern konnten. Der Ministerpräsident selbst hat sich dafür eingesetzt, dass wir heute unseren behinderten Menschen sagen können: Es ist ein absolut positives Gesetz, das noch am Freitag im Bundesrat verabschiedet wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 10, sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13591 und 17/14654, 17/13425 mit 17/13456, 17/13565 mit 17/13588 sowie 17/13502 mit 17/13516 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14640 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten vier namentlichen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN durch.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag der SPD auf der Drucksache 17/13428 betreffend "Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung". Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung dieses Änderungsantrags. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Ste-nografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür ste-

hen bei dieser ersten Abstimmung fünf Minuten zur Verfügung. Später machen wir es kürzer. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 13.28 bis 13.33 Uhr)

So, noch eine gute halbe Minute. Vielleicht nehmen Sie schon wieder die Plätze ein, damit wir gleich mit der nächsten Abstimmung fortfahren können. Bitte, nehmen Sie die Plätze wieder ein, alle, bitte! – Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wenn es wieder ruhig im Saal ist, kann ich die nächste Abstimmung durchführen.

(Unruhe)

Bitte, setzen Sie sich hin, damit wir weiter abstimmen können. – Das kann doch nicht wahr sein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13445 durch, ebenfalls von der SPD-Fraktion, betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder". Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Sie können mit der Stimmabgabe beginnen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.34 bis 13.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen" auf Drucksache 17/13576.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wieder drei Minuten Zeit!– Noch eine halbe Minute.

(Namentliche Abstimmung von 13.38 bis 13.41 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. – Jetzt lasse ich noch über Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Förderung der Insolvenzberatung verbessern" auf Drucksache 17/13503 abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.42 bis 13.45 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir die nächste, einfache Abstimmung durchführen können. – Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze zum Ausbau der Betreuungsplätze und Beratungskapazitäten", Drucksache 17/13512, in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt müssen wir auf die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen warten. Dafür unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.46 bis 13.47 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst komme ich zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung", Drucksache 17/13428: Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 15. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder", Drucksache 17/13445: Mit Ja haben gestimmt 49, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 16. Der Änderungsantrag ist ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen", Drucksache 17/13576: Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 16. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Förderung der Insolvenzberatung verbessern", Drucksache 17/13503: Mit Ja haben gestimmt 51, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 15. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Abstimmung liegt der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14640 genannten Änderungen zugrunde. Mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/14654 soll der Haushaltsvermerk zu den Ausgaben des Kapitels 10 53 um einen neuen Titel 633 08 ergänzt werden. Des Weiteren soll dieser neue Leertitel 633 08 mit der Zweckbestimmung "Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger" und dem Haushaltsvermerk "Einseitig deckungsfähig zu Lasten 633 05. Die Erläuterungen sind verbindlich." ausgebracht werden. Der Titel erhält eine Erläuterung zu den Einzelheiten. Ich verweise auf die Drucksache 17/14654, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen und den Änderungen des vorgenannten Änderungsantrags auf Drucksache 17/14654 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen und den Änderungen des Änderungsantrags auf Drucksache 17/14654 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dies so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14640 und der vorgenannten Abstimmung weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13591 und 17/14654 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung (Kap. 10 03 TG 73) (Drs. 17/13428)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmär	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	50	84	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82) (Drs. 17/13445)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	49	84	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen (Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70) (Drs. 17/13576)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	50	84	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung der Insolvenzberatung verbessern (Kap. 10 03 Tit. 684 73) (Drs. 17/13503)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	51	84	15

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung
(Kap. 10 03 Tit. 547 87)
Drs. 17/13425
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/13426
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm „Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit“
(Kap. 10 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13427
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/13428
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung von Familien mit Kindern mit chronischen oder seltenen Erkrankungen oder Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 531 78)
Drs. 17/13429
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz der Teilzeitausbildung
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 17/13430
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/13431
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/13432
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Landesmittel an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen (Mehrgenerationenhäuser)
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/13433

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Beste Bildung und Betreuung für unsere Jüngsten – Förderung langer Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen! (Kap. 10 07 Tit. 633 88) Drs. 17/13434 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstückangebote an Grund- und Förderschulen (Kap. 10 07 Tit. 684 05) Drs. 17/13435 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie Förderung von Familienstützpunkten (Kap. 10 07 Tit. 684 73) Drs. 17/13436 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Gründung einer Referentenstelle für interreligiösen Dialog beim Bayerischen Jugendrings (Kap. 10 07 Tit. 684 78) Drs. 17/13437 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Mittel für das Programm „Flüchtlinge werden Freunde“ des Bayerischen Jugendrings (Kap. 10 07 TG 78 Tit. 684 78) Drs. 17/13438 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Arif Tasdelen u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliche Mittel für Vereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund (Kap. 10 07 Tit. 684 78) Drs. 17/13439	16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen (Kap. 10 07 TG 70) Drs. 17/13440 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Der „Koordinationsstelle Wohnen im Alter“ die Ausbildung von ehrenamtlichen Wohnberatern ermöglichen (Kap. 10 07 TG 70) Drs. 17/13441 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Martina Fehlner u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Mittel für den erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutz (Kap. 10 07 TG 76) Drs. 17/13442 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausgaben für die Jugendarbeit (Kap. 10 07 TG 78) Drs. 17/13443 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Mehrausgaben für Landeserziehungsgeld in Kita-Qualität investieren! (Kap. 10 07 TG 80) Drs. 17/13444 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82) Drs. 17/13445

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Investitionen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Kap. 10 07 TG 85) Drs. 17/13446 23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen jetzt – für beste Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an (Kap. 10 07 TG 88 – 93) Drs. 17/13447 24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB) (Kap. 10 07 neuer Tit.) Drs. 17/13448 25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*) (Kap. 10 07 neue TG) Drs. 17/13449 26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie (Kap. 10 07 neue TG) Drs. 17/13450 27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausbau der Migrationsberatungsstellen in Bayern (Kap. 10 50 Tit. 684 52) Drs. 17/13451	28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY) (Kap. 10 50 neuer Tit.) Drs. 17/13452 29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verstetigung der Förderung der Integrationsarbeit der IG-InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (Kap. 10 50 neuer Tit.) Drs. 17/13453 30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Hauptamtliche Koordinatorenstellen für Asylhelferarbeit flächendeckend ausbauen (Kap. 10 53 Tit. 633 62) Drs. 17/13454 31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung (Kap. 10 53 Tit. 684 61) Drs. 17/13455 32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer (Kap. 10 53 Tit. 684 62) Drs. 17/13456 33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ehrenamtliche Betreuung stärken – Betreuungsvereine in Bayern besser fördern (Kap. 10 03 Tit. 684 01) Drs. 17/13502

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Insolvenzberatung verbessern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/13503
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Flankierende Maßnahmen zur Umsetzung von Bayern barrierefrei 2023
(Kap. 10 05 Tit. 547 84)
Drs. 17/13504
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018
hier: Landesbehindertenplan – Angebote für ältere Menschen mit Behinderung und Zuschüsse für Investitionen
(Kap. 10 05 Tit. 78 – 79)
Drs. 17/13505
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausbauen – Zivilgesellschaft stärken
(Kap. 10 07 TG 61)
Drs. 17/13506
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung Förderung langer Öffnungszeiten fortsetzen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 17/13507
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Mindestanstellungsschlüssel anheben und Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren verbessern
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/13508
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im ersten Kindergartenjahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 17/13509
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 17/13510
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Betreuungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 01)
Drs. 17/13511
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze zum Ausbau der Betreuungslätze und Beratungskapazitäten
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/13512
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen ausbauen
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 17/13513

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen
Politische Bildung stärken
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/13514
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Asylsozialberatung aufstocken
(Kap. 10 53 Tit. 684 61)
Drs. 17/13515
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sprachkurse in ganz Bayern sicherstellen
(Kap. 10 53 Tit. 684 62)
Drs. 17/13516
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rechtliche Beratung für Jugendverbände verbessern
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/13565
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Blindengeld auch für hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/13566
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u.a. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/13567
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/13568
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung finanziell ermöglichen
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/13569
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Teilzeitberufsausbildung
(Kap. 10 05 Tit. 684 74)
Drs. 17/13570
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: LAG Werkstattträger in Bayern
(Kap. 10 05 TG 78 – 79 neuer Tit.)
Drs. 17/13571
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatverbänden und Flüchtlinge im Sinn des § 96 Bundesvertriebenengesetzes
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/13572
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/13573

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/13574
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/13575
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/13576
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/13577
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13578
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/13579
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LNBE)
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/13580
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 – 93 neuer Tit.)
Drs. 17/13581
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integration von Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 633 52)
Drs. 17/13582
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/13583
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau der Integrationsberatung von anerkannten und geduldeten Asylbewerbern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/13584
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ehrenamtskoordinatoren flächendeckend gewährleisten
(Kap. 10 53 Tit. 633 62)
Drs. 17/13585

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erstorientierung, Sprachkurse und Wertevermittlung
(Kap. 10 53 Tit. 684 62)
Drs. 17/13586

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Volljähriger
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
Drs. 17/13587

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayernweite Umsetzung des Projekts computergestütztes Lernen nach dem „Tölzer Modell“
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
Drs. 17/13588

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Harald Kühn

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Klaus Steiner

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Klaus Holetschek

Staatsministerin Melanie Huml

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/14049 mit 17/14052)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/14063 mit 17/14076)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13999 mit 17/14007)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/14211 mit 17/14218)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Unser erster Redner ist der Kollege Kühn. Bitte schön, Herr Kühn.

Harald Kühn (CSU): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist für jeden Menschen ein sehr wichtiges Gut und hat wegen des Versorgungsauftrags und der strukturpolitischen Relevanz gesamtgesellschaftlich eine herausragende Bedeutung. Wir haben bei uns eine vergleichsweise hochwertige, weltweit anerkannte medizinische Versorgung in der Stadt wie auf dem Land, mit einem effizienten System privater und öffentlicher, vor allem als wichtiger

Teil der kommunalen Daseinsvorsorge bestehender Angebote. Auch in diesem Zusammenhang können wir froh sein, in Deutschland und Bayern zu leben.

Mit dem Einzelplan 14 für die Jahre 2017 und 2018 werden die Weichen dafür gestellt, dass den Menschen in Bayern im Rahmen der Landeskompetenzen auch weiterhin die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Entwurf des Einzelplans umfasst ein Gesamtvolumen von rund 274 Millionen Euro.

Das Ministerium steht nach seiner Gründung im Oktober 2013 mit der Aufbauphase, nach Umzug Mitte 2014 an den Haidenauplatz und einer kurzen Phase der Konsolidierung sowie der Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen und Asylbewerbern seit dem letzten Jahr vor einer neuen großen organisatorischen Herausforderung. Der Ministerrat hat beschlossen, das Ministerium nach Nürnberg zu verlagern, sodass ab dem 1. Januar 2017 je ein Dienstsitz in Nürnberg und in der Landeshauptstadt sein werden. Der Mehrbedarf des Sachhaushalts dafür beträgt für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt 5,6 Millionen Euro. Veranschlagt ist außerdem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,5 Millionen Euro für das Jahr 2017. Näheres dazu werden wir noch von Frau Staatsministerin Huml hören.

Im Personalbereich weist der Etat eine Mehrung von 17 Planstellen auf, davon 10 für psychiatrische Prävention, eine halbe Stelle für den Bereich IT-Sicherheit – jeweils im Ministerium – sowie sechseinhalb Stellen für die pharmazeutische Überwachung bei der Regierung von Oberbayern für ganz Bayern. Darüber hinaus werden beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die Voraussetzungen für die unbefristete Beschäftigung von 115 Arbeitnehmern zur Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes geschaffen.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung sind unterschiedliche Maßnahmen vorgesehen, um das hohe Niveau zu halten und weiter auszubauen. Die umfangreichen Möglichkeiten zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum werden mit den Förderprogrammen für die bayerischen Kurorte und Heilbäder, zur

Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum, für innovative medizinische Versorgungskonzepte und mit dem Stipendienprogramm für Medizinstudenten fortgeführt.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starker Gesundheitsstandort. Durch den medizinischen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritt sowie das zunehmende Gesundheitsbewusstsein der Menschen steigen die Lebenserwartung und damit die Relevanz für die Gesundheitswirtschaft. Die jährliche Bruttowertschöpfung liegt bei über 50 Milliarden Euro. Über eine Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der bayerischen Gesundheitswirtschaft tätig. Damit ist sie einer der stärksten Wachstums- und Beschäftigungsmotoren für das Land insgesamt. Die bayerische Medizintechnologie ist auf den Weltmärkten führend, die medizinische Forschung internationale Spitze. Bayern bündelt wie kaum eine andere Region in Europa unternehmerische Kompetenz in Medizintechnik und Pharma.

Die Staatsregierung unternimmt ressortübergreifend viel, um die Gesundheitswirtschaft zu unterstützen. Das im Jahr 2015 aufgelegte Förderprogramm "Gesundheitsregionen plus", das vor allem für den ländlichen Bereich eine hohe Bedeutung hat und über das Angebote der Gesundheitsförderung und der Prävention sowie die Versorgungsstrukturen gestärkt und weiterentwickelt werden sollen, wird von den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr gut angenommen. Deshalb sind Fördermittel für weitere 16 Regionen vorgesehen. Insgesamt haben wir dann 50 "Gesundheitsregionen plus" in Bayern. Die CSU-Fraktion in Bayern hat die Region Lindau über einen Änderungsantrag noch mit aufgenommen. Insgesamt sind für die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum rund 20,8 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 1,7 Millionen Euro mehr als im letzten Doppelhaushalt.

Kolleginnen und Kollegen, das Thema Hebammen ist unverändert wichtig. Hier hat es schon eine Reihe von Veränderungen und Aktivitäten auf Bundesebene gegeben. Das Ministerium – wir haben das im Ausschuss besprochen – hat hier vor, eine Studie in Auftrag zu geben, um die Situation ganz genau zu durchleuchten und dann zu fragen, ob es hier noch landesspezifischen Handlungsbedarf gibt.

Als Ergebnis der in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführten Machbarkeitsstudie sind Mittel in Höhe von 900.000 Euro für ein regionales Projekt zum Aufbau einer persönlichen Gesundheitsakte im Rahmen des Bayerischen Gesundheitsdatenzentrums veranschlagt. Auch hier hat ein CSU-Antrag zu einer Erhöhung um 150.000 Euro geführt.

Das Thema "Digitalisierung in Krankenhaus und Pflege" wird künftig eine immer größere Bedeutung haben. Mit den vorgesehenen 3 Millionen Euro können Modellvorhaben und Investitionen im Bereich der Digitalisierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen und auch erste Projekte in den "eDorf"-Regionen gefördert werden.

Das Thema Barrierefreiheit hat für das Ministerium eine ebenso große Bedeutung. Deshalb ist jetzt vorgesehen, zur Vergabe eines neuen Siegels für barrierefreie Arztpraxen im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens 400.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Auch das Thema Transplantationsmedizin, das unverändert wichtig ist, wird uns weiterhin begleiten. 2.400 Menschen in Bayern und 12.000 Menschen in Deutschland stehen auf der Warteliste. Die Spendenbereitschaft muss weiter erhalten und nach Möglichkeit erhöht werden. Dazu sind entsprechende Maßnahmen erforderlich. Dementsprechend ist es richtig und sinnvoll, die Mittel in Höhe von 445.000 Euro fortzuschreiben. Mir persönlich wäre die Widerspruchslösung lieber gewesen, auch heute noch. Aber leider ist das in Berlin anders entschieden worden.

Die wichtige Förderung von Telematik-Anwendungen wird mit 4 Millionen Euro auf dem hohen Niveau der Vorjahre fortgeführt.

Ein herausragendes Thema ist die Pflege. Sie verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit. Die Familienpflege ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Baustein zur Unterstützung und Stabilisierung der Familie in Krisensituationen. Zur Sicherung von generationsübergreifenden Unterstützungs- und Entlastungsangeboten stehen im Doppelhaushalt 100.000 Euro mehr zur Verfügung. Insgesamt können die Familien-

pflegestationen und der Einsatz von Familienhelferinnen mit rund 2,6 Millionen Euro unterstützt werden.

Zur Förderung des Auf- und Ausbaus von niederschwelligen Betreuungsangeboten sowie von Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen, insbesondere für Pflegebedürftige mit Demenzerkrankungen, stehen 3,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die Erhöhung dieser Mittel auf insgesamt 6,4 Millionen Euro ist besonders hervorzuheben, da jeder Euro des Staates mit Mitteln aus dem von den Pflegekassen bereitgestellten Ausgleichfonds verdoppelt wird.

Die Palliativversorgung hilft schwerstkranken sterbenden Menschen, bis zuletzt in Würde und möglichst ohne Schmerzen zu leben. Mit mehr als 1,7 Millionen Euro können palliativmedizinische und geriatrische Versorgungen im stationären und im ambulanten Bereich verbessert werden und der weitere Ausbau der ambulanten Hospizarbeit und die stationären Hospize unterstützt werden. Hier hat ein Antrag der CSU zu einer Erhöhung um weitere 150.000 Euro geführt.

Für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung sind insgesamt 10,1 Millionen Euro veranschlagt. Gefördert werden die Fachstellen für pflegende Angehörige, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Einzelprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege, die Qualifizierung des Personals und die Anpassung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege an die Anforderungen Demenzkranker. Bei der Umsetzung der Demenzstrategie hat ein Antrag der CSU zu einer Erhöhung um 600.000 Euro geführt.

Die grundlegenden Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Pflege, die Weiterentwicklung des Berufsbildes sowie die fortschreitende medizinisch-pflegerische Entwicklung erfordern eine gezielte Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Dazu stehen 3,1 Millionen Euro zur Verfügung. Die Staatsregierung hat in einem eigenen Gesetz die Errichtung einer Vereinigung der bayerischen Pflege in den Landtag eingebracht. Die Mittel für die Geschäftsstelle in Höhe von 700.000 Euro sind ver-

anschlagt. Kolleginnen und Kollegen, leistungsfähige Krankenhäuser sind eine entscheidende Säule des Gesundheitswesens in Bayern, und die im Einzelplan 13 dazu vorgesehenen Mittel in Höhe von 3,5 Millionen Euro decken derzeit auch den Bedarf ab. Nach Mitteilung des Ministeriums bestehen keine Engpässe.

Bei den Themen Prävention und Gesundheitsschutz geht es bei uns nicht um Bevormundung, sondern darum, Menschen zu motivieren, persönliche Gewohnheiten sowie Verhaltensweisen zu hinterfragen und den eigenen Lebenswandel gegebenenfalls nachhaltig gesundheitsorientiert zu verändern, und nicht um Maßnahmen, an die andere vielleicht denken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dazu folgende Anmerkungen. Die Bekämpfung der Glücksspielsucht findet bei uns weiter ihre Verankerung ebenso wie die psychosozialen Aids-Beratungsstellen. Mit den 7 Millionen Euro können die zehn Stellen gut weiterfinanziert werden. Für das Thema Impfen stehen 5,1 Millionen Euro, für die Suchtbekämpfung 12,3 Millionen Euro – und damit 1,1 Millionen Euro mehr – und für die Förderung und Betreuung psychisch Kranker 1,1 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, das Bayerische Krebsregistergesetz ist mit der Integrierung des Krebsregisters in das LGL eine besondere Aufgabe und auch ein Schwerpunkt der Arbeit in diesem Bereich.

Die Unterstützung der bayerischen Kurorte und Heilbäder wird fortgesetzt. Im Rahmen der Heimatstrategie wird ein Institut für Kurortmedizin und Gesundheitsförderung mit Sitz in Bad Kissingen eingerichtet. Dafür sind Mittel in Höhe von 1 Million Euro vorgesehen.

Ich danke der Frau Staatsministerin sehr herzlich für die Benennung der Jahresthemen. Damit setzt sie neben ihrem überaus engagierten und kompetenten Einsatz das ganze Jahr über spezielle inhaltliche Schwerpunkte: die Kindergesundheit, die psychi-

sche Gesundheit und jetzt die Seniorengesundheit. Ich denke, das verdient eine besondere Erwähnung.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, in engagierten Beratungen wurde mit diesem Einzelplan ein aus meiner Sicht gutes Ergebnis vorgelegt. Bei allem Ringen um Details und bei dem Verständnis für unterschiedliche Positionen möchte ich auf die Verantwortung für den Gesamthaushalt auch in diesem Politikbereich hinweisen. Ich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen auf Bundesebene im Rahmen der Großen Koalition und vor allem auch in Brüssel auf den Erhalt und die zukunftsorientierte Weiterentwicklung auch des öffentlichen Teils des Gesundheitswesens als einer Säule der sozialen Marktwirtschaft achten.

Die Finanzausstattung des Einzelplans 14 bildet ein solides Fundament, um den Herausforderungen im Bereich der Gesundheit und der Pflege im Rahmen der Landeskompetenzen angemessen begegnen zu können. Damit kann auch die Lebensqualität unter Einbeziehung der Eigenverantwortung weiter verbessert werden. Mein besonderer Dank gilt dem Herrn Ministerpräsidenten, Frau Staatsministerin Huml, der Amtschefin Frau Ministerialdirektorin Nowak, stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen staatlichen Ebenen, aber auch denen, die im Ehrenamt und in den Familien bei der Bewältigung dieser Aufgaben mithelfen. Mein besonderer Dank gilt auch den Kollegen Imhof, Seidenath, Holetschek und Winter in ihren Funktionen. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition für eine sehr interessante Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss und bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kühn. – Unser nächster Redner ist der Kollege Dr. Kränzlein. Bitte schön, Herr Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 14 eignet sich aus meiner Sicht, wenn man sich die haushalterische Seite und die Hintergründe anschaut, die hinter Haushaltstiteln stehen, nicht zu einem großen Schlagabtausch und einem großen Gefecht; da bin ich mit dem Kollegen Kühn durchaus noch einig. Fast alle Punkte, die wichtig sind, wurden angesprochen. Aber bei Ihnen gab es wie immer den Pawlowschen Reflex: Wenn Sie ans Rednerpult treten, muss Bayern in jeder Beziehung immer perfekt und gut sein. Auch im Krankenhauswesen sind wir perfekt und gut. Dieser Blickwinkel ist einfach verengt. Wir sollten einen rationalen Diskurs führen, wie ihn bei der Weihnachtsfeier des Landtags der junge Mann angemahnt hat, der für das Maximilianeum gesprochen hat. Dann würden wir vielleicht auch von der Regierungspartei das eine oder andere Mal hören, dass etwas doch noch deutlich besser gemacht werden könnte und gemacht werden müsste und dass manches eben nicht so gut ist, wie es dargestellt wird, weil man es immer unter dem genannten Blickwinkel betrachtet. Wir haben uns im Ausschuss auch über kontroverse Themen ordentlich und anständig unterhalten. Vielleicht schaffen wir das hier auch.

Da wurde einmal erklärt, Bayern habe eine hervorragende Gesundheitsversorgung. Nein, das haben wir nicht. Wir haben an zwei Stellen ein großes Problem. Wir haben bei den Hausärzten, vor allem auf dem Lande, ein Problem. Das ist einfach eine Tatsache. Als Sie, Frau Ministerin, beim Ärztetag in Deggendorf aufgetreten sind, haben Sie es ja eingeräumt, auch im Ausschuss. Ein Drittel der Hausärzte wird in den nächsten Jahren aufhören, und es wird nicht ohne Weiteres eine Praxisnachfolge geben. Wir haben noch keine vernünftigen Ansätze, wie wir das wirklich verbessern können. Eines ist klar – ich mache diese Vorbemerkung, um dann auf die Krankenhäuser zu kommen –: Das Problem der Überalterung der Hausärzte und der fehlenden Praxisnachfolge ist nicht mit Geld zu lösen; das ist keine Frage der guten oder schlechten Gehälter. Es ist ein Problem der Überlastung.

Da haben wir jetzt ein Problem: Wenn sie überlastet sind, muss man sie entlasten. Entlasten kann man sie natürlich mit Ambulatorien und Polikliniken, von mir aus auch mit Zahnarztbussen oder fahrbaren Einrichtungen zur Behandlung durch praktische Ärzte, die vom ärztlichen Versorgungsstandpunkt her entvölkerte Gebiete besser abdecken können. Aber dann kann man nicht gleichzeitig – dieses Problem kennt die Bundespolitik auch – bei den Kliniken beliebig abbauen. Da muss man an einem bestimmten Punkt aufbauen, damit die Überlastung in den Polikliniken oder, wie immer Sie sie nennen wollen, abgebaut werden kann. Wenn es nun zu viele Kliniken gibt, dann mag die abstrakte, übergeordnete Vernunft, die in Berlin oder von mir aus auch in München herrscht, sagen: Da müssen Betten weg. Im Landkreis ruft das so großen Widerstand hervor, dass ihm kaum ein Landrat bisher standgehalten hat. Da kann ich alle CSU-Landräte als Zeugen benennen; der Landkreis Berchtesgadener Land ist dafür ein typisches Beispiel. Es gibt ja auch gute Gründe, beispielsweise, dass man diese oder jene Klinik mit bestimmten Versorgungsleistungen braucht, die von niedergelassenen Ärzten nicht mehr erbracht werden können.

Bei den Kliniken haben wir bisher aber auch eine deutliche Überlastung. Momentan gehen eigentlich die falschen Leute zum Notdienst, weil es die Ambulatorien gar nicht gibt. Darunter sind Leute, die eigentlich auf eine Praxis oder auf ganz andere Behandlungsmöglichkeiten verwiesen werden müssten. Diese Kliniken fahren alle, gerade wenn sie in kommunaler Hand sind, in die roten Zahlen hinein. Selbst relativ gute Kliniken sind schwer in den roten Zahlen.

Die privaten Kliniken betreiben immer mehr Rosinenpickerei. Durch kräftige Synergien im Hinblick auf ihre Großorganisation können sie vorübergehend einmal Vorteile bringen, die aber dazu führen, dass die – an sich gewünschte – Grundversorgung in Gefahr gerät.

Die Kommunen haben doch folgendes Problem: Die europäische neoliberale Politik hat dazu geführt, dass man im Hinblick auf den Wettbewerb der Freien sagt: Es darf nicht subventioniert werden.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kränzlein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner zu?

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Am Ende können wir das gerne bereden.

Eine Subventionierung hätte folgenden Vorteil, wenn der Landkreis das machen dürfte – versteckt geschieht es oft sowieso, indem Grundstücke etc. umsonst überlassen werden –: Dann könnten wir die Grundversorgung ohne Rosinenpickerei mit all den notwendigen Angeboten, die man vor Ort eben braucht, etwas besser auf den Weg bringen. Doch das ist uns untersagt – übrigens mit der Gefahr, dass immer mehr kommunale Kliniken in private Hand geraten. Damit wird eine Entwicklung eingeleitet, die wir so eigentlich nicht wollen.

Ich sage nur am Rande: Wir sind auch bei einigen konkreten Punkten im Zusammenhang mit der Klinikfinanzierung nicht ganz glücklich. Klar, es muss umstrukturiert werden. Wenn dann für die Umstrukturierung im Klinikbereich aber Finanzen gefordert werden – Sie haben das übrigens selbst gesagt, Frau Ministerin –, dann wird das Geld in der kommenden Zeit eigentlich aufgefressen von Großbaumaßnahmen, die notwendig sind. Sie haben Nürnberg, Ingolstadt und München genannt; wahrscheinlich fallen einem noch andere Kliniken ein. Das bedeutet: Bei dieser Umstrukturierung fehlt Geld. Der Antrag auf eine erhöhte Aufstockung, der bei uns im Ausschuss behandelt wurde, wurde auch mit den Stimmen der CSU abgelehnt.

Abgelehnt wurde, nur am Rande gesagt, auch die Förderung von Küchen in Kliniken, was eigentlich Dummheit ist. Man kann natürlich sagen, eine Klinik könne sich ja von außen versorgen lassen; das ist das Argument. Wenn aber Kliniken in einer bestimmten Größenordnung mit einer bestimmten Art von Patienten, die ganz bestimmte Essen brauchen, diese Leistung auf dem Markt nachfragen, finden sie keine Nahversorgungsangebote von außen. Sie lehnen den Bau von Küchen ab. Das führt dazu, dass bei Neubauten von Kliniken der Neuaufbau manchmal einfach in eine falsche Richtung stattfindet, nämlich ohne Küchen – mit den daraus folgenden Problemen.

Wir haben ferner – auch das scheint mir ganz wichtig zu sein – ein Problem bei der Pflege. Das wurde hier vom Kollegen Kühn kein einziges Mal genannt. Wo sitzt er denn überhaupt, damit ich ihn einmal anschauen kann? Ist er noch da? –

(Abgeordneter Harald Kühn (CSU) hebt die Hand)

Wir haben einen veritablen Pflegenotstand. Das kann man einfach nicht leugnen. Da mache ich zunächst gar keine Schuldzuweisungen; das ist Fakt. Wir haben den Pflegenotstand unter anderem auch deshalb, weil die gesellschaftliche Anerkennung fehlt. Die Leute, die in der Pflege arbeiten, werden relativ schlecht bezahlt. Heute Vormittag wurde gesagt, die SPD mit ihren bösen Steuerplänen wolle die Leistungsträger schädigen: Leistungsträger sind unter anderem die Pflegenden, und das sind sehr viele. Die wollen wir nicht schädigen, sondern entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die richtigen Fragen stellen würden, kämen Sie selbst darauf, dass bestimmte Umverteilungen in dieser Gesellschaft vorhanden sind. Wenn Sie nur die Winterkorns und die Ackermanns – ich könnte Sie jetzt der Reihe nach aufzählen – als die Leistungsträger einer Gesellschaft verstehen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die Gesellschaft auseinanderdriftet.

Mein nächstes Thema geht weit darüber hinaus, wird aber, weil man es nur über mehrere Ministerien hinweg anpacken kann, zu wenig gesehen: Wir brauchen Wohnungen für Krankenschwestern und Pfleger – gerade für jene Pflegenden, die in Ballungsgebieten arbeiten. Mit ihrem Gehalt können sie sich hier schlichtweg nichts mehr leisten. Weil wir nicht genügend Wohnungen gebaut haben – das ist ja keine Frage von einem Jahr oder zwei Jahren; diese Wohnungen fehlen dauerhaft –, haben wir auf bestimmten Gebieten auch Probleme, überhaupt noch Leute zu bekommen.

Das gilt auch für ausländische Kräfte: Ich bin, wie gesagt, lange Jahre im Verwaltungsrat des Krankenhauses Fürstfeldbruck gewesen. Wir sind nach Spanien und überall

hingefahren, um Pflegekräfte zu bekommen. Aber das Angebot, das man dann machen kann – von der notwendigen Qualifizierung im sprachlichen Bereich abgesehen –, führt eben nicht zu großen Erfolgen. Da werden wir wirklich eine neue Initiative brauchen, sonst wird der Pflegenotstand nicht kleiner, sondern größer. Das ist meine feste Überzeugung.

Ein weiteres Problem, das Sie nicht angesprochen haben, beruht mehr oder weniger auf einer Verwaltungsänderung, die dazu geführt hat, dass die Richtlinien für die Zimmer in Pflegeheimen verändert wurden. Das Einbettzimmer muss jetzt auf einmal 2 Quadratmeter größer sein: 16 statt 14 Quadratmeter. Das bedeutet unglaubliche Mehrkosten beim Umbau. Außerdem haben wir die Problematik, dass Zweibettzimmer auf einmal überhaupt nicht mehr gewünscht sind oder nur noch zu einem kleinen Anteil. Damals, als das Altenheim bei uns gebaut wurde, haben wir für Einbettzimmer keine Förderung bekommen, da wurden nur Zweibettzimmer gefördert. Das war ungefähr im Jahr 1988. Jetzt sollen es also weitgehend Einbettzimmer sein. Das erhöht natürlich die Kosten und bedeutet, dass Altenheime, die noch gar nicht sehr alt sind – gut, es gibt eine Übergangsfrist; darauf haben wir uns verständigt –, enorme Aufwendungen haben, weil die Modernisierung fast das Gleiche kostet wie ein Neubau. Das hängt mit den Sanitäreinrichtungen und Ähnlichem zusammen.

Wir haben Probleme, die einfach nicht gelöst sind und nicht angepackt worden sind. Übrigens gibt der Staat hier zu wenig bis gar kein Geld. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat Alarm geschlagen und gesagt: Ihr lasst die Kommunen allein. Im Münchner Stadtrat hat die CSU-Fraktion zusammen mit den anderen Fraktionen geäußert: Das dürfen wir dem Landtag nicht durchgehen lassen; die müssen das ändern. Aber dieser Ruf ist bei Ihnen nicht angekommen. Ihre Wünsche, was besser werden soll, sind eigentlich in den Wind gesprochen, wenn sie nicht hinterlegt sind, oder aber sie gehen zulasten anderer, die das tragen müssen. Das ist nicht fair.

Dort, wo man ebenfalls entlasten müsse, nämlich in der Familienpflege, tun Sie viel zu wenig. Familienpflege ist eine Möglichkeit, die an sich sehr teuren stationären Einrich-

tungen – teuer auch für die Betroffenen; das geht ja nicht alles über die Pflegeversicherung – ein wenig zu entlasten. Die Kassen zahlen nach wie vor 21 Euro für eine Stunde Familienpflege; die faktischen Kosten betragen aber 35 Euro. Die Differenz muss privat getragen werden. Viele Leute, die gerade diese Familienpflege brauchen, die oft allein sind und Ähnliches mehr, haben das Geld nicht. Dort braucht man mehr Geld. Andernfalls werden die Leute auf anderen Wegen oder gar nicht gepflegt – oder auch teuer subventioniert in stationären Einrichtungen.

Es gibt viele Beispiele, die ich nennen könnte. Wir würden 60 Pflegestützpunkte brauchen, da sind wir uns einig. Neun haben wir bisher. Die Anträge, diesbezüglich mehr zu tun, kommen nicht voran.

Das alles sind Probleme, die man nicht parteipolitisch aufzuladen braucht, die man aber gemeinsam lösen muss. Da können Sie nicht einfach sagen: Wenn die Anträge von der falschen Seite kommen, sind es Anträge, die haushaltspolitisch nicht unterzubringen sind.

Da mache ich Ihnen jetzt gleich eine Rechnung auf, weil ja immer darüber gesprochen wird, wer welche Deckungen bringt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, ich muss Sie kurz unterbrechen. Entschuldigen Sie bitte. – Herr Kollege Zierer, bitte unterlassen Sie es, diese Postkarten hier im Plenarsaal zu verteilen.

(Klaus Steiner (CSU): Bitte wieder einsammeln!)

Vielleicht könnten die Offizianten sie dann einsammeln. Danke schön. – Bitte sehr, Herr Kollege Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Jetzt bin ich an diesem Punkt gerade aus meinem Konzept gekommen.

Wir waren bei der Finanzierung. Sie sagen immer, es sei kein Geld da. Diese kleine Abschweifung erlauben Sie mir: Sie haben für Elmau 140 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, für einen G-7-Gipfel, den Sie hoch gepriesen haben und der die Welt angeblich verändert hat. Faktisch ist gar nichts passiert; denn die Beschlüsse sind, was die Umweltpolitik angeht und wie Sie selbst wissen, in Paris vollzogen worden und nicht in Elmau. 140 Millionen Euro! Die gleichen Staatspräsidenten haben sich ein paar Monate später in Berlin getroffen – zum Abschied von Obama. Es war genau die gleiche Zahl, fast die gleichen Leute, vernünftige Verhandlungen; alles war gut. Das Ganze hat mit Sicherheit wahrscheinlich nur 1 % davon gekostet. Wer also die falschen Schwerpunkte in seinem Haushalt setzt, hat bei den richtigen Problemen dann natürlich kein Geld mehr. Das ist die Folge davon.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER))

Ich könnte Ihnen noch viele weitere Aspekte nennen, aber ich habe die Uhr heute genau im Blick. Auf das Hospiz komme ich aber noch.

Wir müssen im Hospizbereich mehr tun. Wir haben zu wenige Hospizplätze. 170 stationäre Hospizplätze sind es, habe ich in irgendeiner dieser Unterlagen gelesen. Es mögen inzwischen mehr sein, aber es sind immer noch wenige. Sie werden nur zu 90 % gefördert. Die restlichen 10 % werden nicht überall aufgebracht. Wir brauchen Vernetzungsarbeit, Erfahrungsaustausch und Ehrenamtsschulung. Das muss auf eine ganz breite Basis gestellt werden. Ziel muss eine flächendeckende Versorgung mit Hospizen sein. Da dürfte gar kein Unterschied zwischen uns bestehen; denn wir wollen beide eine würdige und taugliche Sterbebegleitung statt aktiver Sterbehilfe. Dazu muss das Hospizwesen deutlich verbessert werden. Ich weiß nicht, warum Sie unsere Anträge ablehnen. So viel Geld wäre es zum Teil gar nicht gewesen. Zumindest hätten von Ihnen Teilbeträge aufgebracht werden können. Zum Teil kommen sie interessanterweise auch aus der Fraktionsreserve, aber immer nur alibimäßig und auch oft eine Woche, nachdem unsere Anträge eingereicht worden sind.

Die Organtransplantation wurde ebenfalls genannt. Sie ist im Keller. Wir haben eine ganz miese Situation im Land. 14,6 postmortale Organentnahmen entfallen auf eine Million Einwohner. Diese Zahl ist im Hinblick auf die Wartelisten grausam. Da gebe ich dem Kollegen Kühn übrigens Recht, mir wäre auch die Widerspruchsregelung sehr viel lieber gewesen, damit man diesem Notstand abhelfen kann. Wir haben aber jetzt die Situation, dass auch an den Kliniken nicht alles in Ordnung ist, dass man da genau hinschauen muss, und das leider auch in Bayern und in München. Das zeigen die Probleme, die wir bei der Organentnahme und der Reihenfolge der Empfänger haben. Auch da liegt viel Arbeit vor uns.

Ich möchte es nicht zu weit strapazieren und meine letzten Minuten nicht unbedingt überziehen. Angesprochen wurde auch die Verlagerung des Ministeriums. Ich will gar nicht auf den konkreten Fall eingehen. Wer ein Ministerium aus strukturpolitischen Gründen verlagern will, muss sich im Klaren sein, dass im Prinzip nahezu alle Ministerien verlagert werden können. Warum wird nur das eine und nicht das andere verlagert? Da fehlt eine klare Linie, ein klares Konzept. Es wurde eigentlich nach einem alten Muster gehandelt. Stoiber hat alles heruntergefahren. Ich habe beim Justizhaushalt daran erinnert. Er hat einfach 15 Amtsgerichte oder Nebenstellen von Amtsgerichten aufgelöst und hat damit in kleinen Orten einen schweren Schaden angerichtet, und Sie haben mit Sicherheit alle Beifall geklatscht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So war's!)

Wer weiß, was sonst noch aufgelöst worden ist. Jetzt haben Sie auf einmal eine Wendung um 180 Grad gemacht. Das gibt es bei Ihnen oft. Zuerst wird das Personal heruntergefahren, und das war gut so. Jetzt wird es hochgefahren, und das ist dann die große Rettung. So ist es bei vielen Projekten. Sie haben den Wohnungsbau verkommen lassen, und jetzt meinen Sie, Sie wären die Weltmeister im Wohnungsbau. Sie sind nicht Weltmeister, aber Sie machen ein bisschen Wohnungsbau. Das ist auch in Ordnung. Wenn wir das ansprechen, ist es kein Schlechtreden, sondern es ist der Wunsch, dass alles besser wird, als es heute ist.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Kränzlein. – Nun haben wir eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Steiner. Bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe eine Frage, Herr Kollege Kränzlein. Sie haben in Ihrer Rede bei den Krankenhäusern die Kliniken im Berchtesgadener Land angesprochen. Was wollten Sie damit zum Ausdruck bringen? Die Kliniken im Berchtesgadener Land sind zusammen mit den Kliniken im Landkreis Traunstein in kommunaler Trägerschaft. Das ist ein sehr positiver Weg. Auch wirtschaftlich entwickelt sich dieses Konsortium aus Kliniken, diese Klinik AG gut. Können Sie mir erläutern, was Sie mit dem Hinweis auf die Berchtesgadener Kliniken gemeint haben?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Aber gerne, Herr Kollege Steiner. Der Hinweis auf die Berchtesgadener Kliniken hat damit zu tun, dass das Berchtesgadener Land mein Betreuungsstimmkreis ist. Er hat aber noch viel mehr damit zu tun, dass mein Schwiegersohn lange Jahre in einer dieser Kliniken als Chirurg gearbeitet hat. Deshalb hat es mich sehr interessiert, wie in Berchtesgaden, in Bad Reichenhall oder in Freilassing – natürlich gehören auch die Verbundkliniken dazu – die finanzielle Entwicklung verlaufen ist und ob dort ein finanzieller Notstand aufgetreten ist. Ich war auch selber einige Male dort und habe mit Chefärzten und Verwaltungsmitarbeitern reden können. Wir haben dort Probleme. Freilassing könnte nach den Plänen, die in Berlin zur Betteneinsparung gemacht wurden, nicht mehr aufrechterhalten werden. Ich verstehe, warum sowohl der Bürgermeister als auch der Landrat das nicht mitmachen wollen. Sie wissen ganz genau, dass im Hintergrund Salzburg mit einer großen Bettenkapazität liegt. Umgekehrt aber können die Österreicher aus Gründen der Bezahlung nicht nach Deutschland kommen. Deshalb sind die Kliniken inzwischen notleidend geworden. Gerade in Bad Reichenhall stimmt der alte Witz über Ehefrauen von Chirurgen, der

wie folgt lautet: Sie sind Witwen, deren Mann im Krankenhaus noch lebt. Zu unmöglichen Bedingungen und unmöglichen Bezahlungen, die aber nicht auf Berchtesgaden beschränkt sind, wird an solchen Kliniken eine Totalausbeute gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Kränzlein.

(Klaus Steiner (CSU): Das ist aber alles falsch!)

– Herr Steiner, ich kann Ihnen jetzt nicht mehr das Wort erteilen. Sie können sich aber noch regulär zu Wort melden, denn Ihre Fraktion hat noch neun Minuten Redezeit. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Vetter. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft unserer Kinder in ganz Bayern und damit auch unsere Zukunft sichern, dafür stehen wir FREIE WÄHLER. Gerade in der Gesundheitspolitik ist eine nachhaltige Politik für die Menschen in Bayern besonders wichtig. Es geht um unsere Gesundheit, um eines der höchsten Güter, die wir haben. Nach unserer Meinung bietet der Entwurf der Staatsregierung zum Doppelhaushalt einiges an Verbesserungspotenzial. Aus unserer Sicht bringt es nichts, wenn überall Baustellen eröffnet werden, aber keine Baustelle zum Abschluss gebracht wird. Das Gesundheitsministerium hat mit den in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen sicher einige Themen behandelt. Ich erwähne die Versorgung der psychisch Kranken mit einem geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Ich erwähne die finanzielle Situation der Krankenhäuser, die flächendeckende Versorgung mit Hausärzten, die Förderung der bayerischen Heilbäder, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Diese Themen sind in den letzten zwei, drei Jahren angeschnitten worden. Wirkliche nachhaltige Lösungen wurden aber noch nicht gefunden. Exemplarisch nenne ich die Hebammenversorgung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Haus- und Fachärzten ist für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern unabdingbar. Wir haben es heute schon gehört. Ohne einen Hausarzt vor Ort ist das Ausbluten des ländlichen Raums nicht mehr fern. Inzwischen ist ein Drittel der Hausärzte – wir haben es auch schon gehört – älter als 60 Jahre. Damit ist absehbar, dass in den kommenden Jahren eine erhebliche Anzahl an Hausärzten ihre Praxis aus Altersgründen aufgeben wird. Die Nachbesetzung – das sehe ich bei mir vor Ort alle paar Wochen – ist in vielen Regionen Bayerns unsicher. Uns fehlen im Moment Ärzte, die sich im ländlichen Raum niederlassen wollen. Die Auswirkungen für die Kommunen sind dabei immens.

Ich möchte bei der Gelegenheit auch unseren Gesetzentwurf erwähnen, der in die richtige Richtung gegangen wäre, mit dem es uns vielleicht gelungen wäre, mehr Abiturienten zu finden, die sich für die ärztliche Versorgung auf dem Land bereit erklärt hätten. Es war unser Gesetzentwurf zur Lockerung des Numerus clausus, damit diejenigen Medizin studieren können, die anschließend wirklich Arzt werden und Dienst am Patienten leisten wollen. Dieser Gesetzentwurf wurde vor etwa einem Jahr von der CSU abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bis überhaupt Maßnahmen vonseiten des Gesundheitsministeriums zu erkennen waren, hat es gedauert. 2011 gab es nur vollmundige Versprechungen des damaligen Gesundheitsministers für finanzielle Entlastungen. Geschehen ist nicht viel. Das Adjektiv "vollmundig" hätte ich bei Ihnen, Frau Ministerin, nicht gebraucht.

Jetzt kommen seit den letzten Jahren langsam einzelne Initiativen aus dem Gesundheitsministerium, so zum Beispiel die finanzielle Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum und die Schaffung von Studienplätzen für Studierende, die an einer Landarztstätigkeit interessiert sind. Wir müssen uns aber schon fragen, warum diese wichtigen Themen derart schleppend in Angriff genommen werden, und auch nur auf nachdrückliches Drängen der Opposition.

Gerade bei der flächendeckenden Hausarztversorgung drängt sich der Verdacht auf, dass man wichtige Strukturreformen scheut und lieber den Geldbeutel öffnet. Auch wenn eine finanzielle Förderung von Ärzten in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Gebieten sinnvoll ist – das bestreiten wir gar nicht –, werden dadurch die zugrundeliegenden strukturellen Probleme nicht behoben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie es mich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Von einer bayerischen Gesundheitsministerin erwarte ich, dass sie in der Gesundheitspolitik eine klare Marschroute vorgibt, sich für die Belange der bayerischen Bevölkerung einsetzt – das tut sie – und zudem Strukturreformen nicht scheut.

Die Altersverteilung der Hausärzte – bei den Fachärzten sieht es nicht viel besser aus – ist seit Jahrzehnten bekannt. Es fehlt immer noch an einer effektiven Strategie. Die Aktionen erschöpfen sich in befristeten Förderprogrammen. Ebenso hat sich – wir haben es schon gehört – die finanzielle Situation der bayerischen Krankenhäuser in den vergangenen Jahren zugespitzt.

Die bayerischen Heilbäder geraten durch den europäischen Wettbewerbsdruck und die Zurückhaltung der Krankenkassen bei der Genehmigung von Kuren zunehmend in finanzielle Bedrängnis. Auch an dieser Situation hat sich in den letzten Jahren im Grunde nichts geändert. Es gibt zwar wieder ein Förderprogramm, aber keine langfristigen Lösungen.

Bei der Versorgung der psychisch Kranken schaut es ähnlich aus. Ein Entwurf für ein modernes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz mit flächendeckender Krisenintervention liegt noch immer nicht vor. Die Finanzierungsfragen scheinen nicht geklärt zu sein. Das ist keine zukunftsweisende Gesundheitspolitik im Sinne der FREIEN WÄHLER.

Einen besonders wichtigen Aspekt möchte ich an dieser Stelle betonen: Das Gesundheitsministerium hat unseres Erachtens in den vergangenen Jahren immer wieder Politik an den Betroffenen vorbei gemacht. Verbände, Fachleute und Betroffene sind weder frühzeitig noch ausreichend eingebunden worden. Dieser Mangel hat sich zum

Beispiel bei der Neuordnung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes gezeigt. Die Ärzteverbände waren zunächst nicht gefragt worden, was zur Folge hatte, dass den Hausärzten auf einmal die Möglichkeit genommen werden sollte, Ärztliche Leiter Rettungsdienst zu werden. Auch beim Bayerischen Krebsregistergesetz hätte man sich viele Diskussionen ersparen können, wenn die betroffenen Ärzte und diejenigen, die das Register betreuen, frühzeitig in den Entscheidungsprozess eingebunden worden wären.

Zur Pflegekammer wird mein Kollege Prof. Bauer noch Stellung nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, das Ganze wird nun mit der Verlagerung des Gesundheitsministeriums nach Nürnberg auf die Spitze getrieben. Diese Entscheidung wurde von oben herab – Frau Ministerin, Sie können am wenigsten dafür – über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Rechtlich ist dieses Vorgehen vielleicht zulässig. Politisch ist dieser Stil allerdings längst überholt. Er entspricht nicht den Erfordernissen einer gelebten Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Umzug verursacht erhebliche Kosten. In den Doppelhaushalt sind dafür 2,7 Millionen Euro für 2017 und 2,9 Millionen Euro für 2018 eingestellt worden. Zusätzlich gibt es eine Verpflichtungsermächtigung über 7,5 Millionen Euro. Eine hausinterne Umfrage hat ergeben, dass nur 10 % der Mitarbeiter des Ministeriums in Nürnberg arbeiten wollen.

Auch in der Sache ist die Entscheidung fragwürdig. Ein Ministerium ist sicherlich zentral, in München, besser aufgehoben, und sei es nur, um die Entscheidungswege kurz zu halten. Ich kann mir die Entscheidung nicht erklären. Ich kenne aus den letzten Jahren bundesweit, europaweit oder weltweit keinen Präzedenzfall. Ein Ministerium wird aus der Landeshauptstadt verlagert, mit dieser Entscheidung steht Bayern wieder einmal allein da.

Als FREIER WÄHLER begrüße ich eine Behördenverlagerung grundsätzlich. Aber ein Ministerium sollte nicht verlagert werden. Wenn schon eine Verlagerung erfolgt, dann in den ländlichen Raum, um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat zu schaffen, aber doch nicht in eine andere Großstadt mit den damit verbundenen Kosten.

Was meine ich mit Strukturen und Strategien? Ich habe mir exemplarisch vier Beispiele herausgesucht.

Erstens. Wir müssen in der Gesundheitspolitik in Bayern und im Bund die Schnittstelle ambulant/stationär beseitigen. Die Sektorentrennung führt zu großen Problemen. Herr Kollege Kränzlein hat auf die Situation in den Notaufnahmeeinrichtungen hingewiesen. Die dortigen Probleme hängen sicherlich mit der Sektorentrennung zusammen.

Zweitens. Wir müssen uns mehr Gedanken darüber machen – dazu fordere ich auch das Gesundheitsministerium auf –, wie wir die konservative Medizin stärken können. Im Moment ist die Vergütung so geregelt, dass eine Bandscheibenoperation genauso teuer ist wie die konservative Behandlung eines Patienten mit Bandscheibenproblemen über einen Zeitraum von 100 Jahren. Diese Diskrepanz ist nicht akzeptabel. Das Problem muss endlich angegangen werden.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Auffassung, dass wir uns wesentlich intensiver um die Prävention statt um "Reparaturen" im Gesundheitswesen kümmern sollten. 1 bis 2 % der Mittel fließen in die Prävention, der Rest fließt in "Reparaturen". Wenn dieses Verhältnis in anderen Branchen anzutreffen wäre, dann hätten sie einiges falsch gemacht.

Zum Schluss erinnere ich daran, dass wir nach wie vor eine Zwei-Klassen-Medizin – private Krankenkassen und die Gesetzliche Krankenversicherung – haben. Vor einigen Wochen stellten wir einen Antrag, um die Übernahme der Gesundheitskosten anerkannter Asylbewerber zu regeln. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir sind dafür, dass anerkannte Asylbewerber auch in Bayern eine richtige Gesundheitsversorgung erhalten. Wer aber übernimmt die Kosten? Die Gesetzliche Krankenversiche-

rung! Die privaten Kassen – und damit auch die Beamten – werden wieder außen vor gelassen. Ich habe nicht verstanden, wie unser Antrag auf Beteiligung aller an der Übernahme der Gesundheitskosten anerkannter Asylbewerber, zum Beispiel durch Mittel aus dem Steuertopf, von der Mehrheitsfraktion abgelehnt werden konnte. Das ist eine Baustelle für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe leider nicht mehr die Zeit, weitere Zahlen zu nennen; das hätte ich gern gemacht.

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine nachhaltige Gesundheitspolitik, die auch einmal den Mut zu Strukturveränderungen aufbringt, die die Interessen der Menschen ernst nimmt und die die Menschen frühzeitig in politische Entscheidungen einbindet. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Vetter. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Leiner. Bitte schön, Herr Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich muss es viel härter ausdrücken als meine Vorredner – bisher sind die Staatsregierung und auch Ihr Ministerium fast mit Samthandschuhen angefasst worden –: Das Trauerspiel um die bayerische Gesundheitspolitik geht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Mit der Gründung des Ministeriums für Gesundheit und Pflege war die Hoffnung verbunden, dass dieser für die Menschen so wichtige Bereich deutlich gestärkt wird. Leider müssen wir nach drei Jahren feststellen: Dem ist nicht so.

Schon Minister Söder – – Er ist leider nicht mehr da.

(Zuruf von der CSU: Doch, hier sitzt er! – Staatsminister Dr. Markus Söder sitzt in der letzten Reihe der CSU-Fraktion und befindet sich im Gespräch mit Abgeordneten)

– Ach, dort ist er. Wunderbar! Ich hätte ihn fast nicht gefunden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Schon damals – als Umweltminister war er auch für die Gesundheit zuständig – kündigte er viel an, erreichte aber wenig bis gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Als bestes Beispiel dafür steht die Ankündigung, eine Pflegekammer in Bayern einzurichten. Frau Christa Stewens widmete sich noch ernsthaft und intensiv den anstehenden Problemen. Frau Haderthauer hat dies leider in keiner Weise fortgesetzt.

Leider müssen wir feststellen, dass sich im Bereich Pflege trotz Gründung des neuen Ministeriums viel zu wenig bewegt. Wir GRÜNEN in Bayern wünschen uns ein unabhängiges, starkes Gesundheits- und Pflegeministerium, das den bestehenden und den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird.

Das Motto dieses Ministeriums lautet: Viele Ankündigungen machen. Viele Runde Tische einsetzen. Viele Versprechungen machen. – Zusammengefasst: Viel Lärm um wenig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wesentliche Punkte sind, zum Teil auf Initiative der Fraktion der GRÜNEN, angegangen worden. Ich darf mich ausdrücklich auch für etliche zustimmende Äußerungen von Kollegen der Regierungsfraktion bedanken. Entsprechende Vorhaben sind aber bis heute nicht wirklich umgesetzt worden.

Einer der wichtigsten Punkte ist das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Bereits im Juni 2014 hatte die Fraktion der GRÜNEN einen Gesetzentwurf vorgelegt, der allerdings mit dem Hinweis auf eigene Maßnahmen und nach einer Diskussion, die nicht einmal intensiv war, abgelehnt wurde. Seit dem Vorliegen des Berichts über die Eckpunkte zu einem neuen PsychKHG – wenn ich mich richtig erinnere, im Juli dieses Jahres – ist nichts mehr passiert, geschweige denn, dass uns bisher ein Gesetzentwurf zur Debatte vorliegen würde.

Die Notwendigkeit eines PsychKHG hat sich in dem Anliegen der Bezirke, zeitnah, das heißt, so schnell wie möglich, die Krisendienste einzurichten, deutlich gezeigt. Gerade der Bezirk Oberbayern hat sich dafür stark gemacht, zu Recht. Wie lange sollen psychisch kranke Menschen eigentlich noch warten, bis sie die bestmögliche Hilfe erfahren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Jahren reden wir über die Pflegestützpunkte, immer wieder angekündigt, wie schon erwähnt, und gesetzlich geregelt. Wieder fällt mir Herr Minister Söder ein. Immerhin wurde dafür im Haushalt ein Betrag eingestellt. Wir sind aber bis heute von einer flächendeckenden Versorgung weit, weit entfernt.

Die Ausbildungsumlage, im Prinzip ist sie für den Haushalt kostenneutral: Fehlanzeige. Wer ausbildet, wird heute im Gegensatz zu nicht ausbildenden Einrichtungen immer noch finanziell belastet, man kann auch sagen, der wird bestraft.

Einrichtung einer Pflegekammer: 2011 angekündigt, aber bis heute nicht eingeführt. Hierfür liegt als Gesetzentwurf ein Konstrukt der Vereinigung der bayerischen Pflege vor. Ich sage, er ist mit erbärmlichen Mitteln ausgestattet. Im Doppelhaushalt sind hierfür gerade einmal 700.000 Euro eingestellt. Das ist nicht im Sinne der Pflegenden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang bin ich gespannt, wie viele Pflegenden sich dieser Vereinigung anschließen werden. Davon ist der Erfolg dieser Einrichtung auch abhängig. Die Pflege braucht eine starke Stimme. Das ist die Vereinigung der bayerischen Pflege nicht.

Eine weitere offene Flanke – dies wurde bisher nicht angesprochen – sind die großen Drogenprobleme in Bayern. Wir haben die höchste Anzahl an Drogentoten in der Bundesrepublik. Es ist absolut kein Ruhmesblatt, dass Bayern in diesem Bereich Spitze ist. Mit der restriktiven Politik der Bayerischen Staatsregierung ist keinerlei Besserung zu erwarten. Es gibt kaum Ärzte, die substituieren, und keine Drogenkonsumräume. Wir haben einen starken Anstieg des Konsums von Legal Highs. In diesem Bereich haben wir uns deutlich mehr Bemühungen erwartet, auch hinsichtlich der Prävention.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gott sei Dank werden auch in Bayern wieder mehr Kinder geboren. Deshalb ist es geradezu widersinnig, dass Geburtshilfestationen geschlossen werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

so nach dem Motto: mehr Geburten, weniger Geburtshilfe. Notwendig ist eine weitaus größere Unterstützung der Hebammen und der Geburtsstationen in den Krankenhäusern; sonst, meine Damen und Herren, kommen wir in die Situation, dass als Geburtsort immer öfter die A-8-Raststätte Holzkirchen in der Geburtsurkunde steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, leider ist das nicht zum Lachen, sondern immer häufiger der Fall, wie wir letztlich Presseberichten entnehmen konnten.

Den kommenden Problemen im Bereich der Hausarztversorgung und insgesamt der Versorgung im ländlichen Raum wird dieser Haushaltsansatz in keiner Weise gerecht.

Wir GRÜNEN fordern dagegen, innovative Konzepte zu unterstützen, die der Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Lande dienen. Mobile Praxis-Teams, Fahrdienste im ländlichen Raum, die Mobilität sowohl von Ärzten, Pflegediensten und Apothekern als auch von Versicherten in den dünn besiedelten Regionen wird in Zukunft für die Sicherstellung qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung immer wichtiger. Um eine bedarfsgerechte Versorgung in den ländlichen Regionen nachhaltig zu gewährleisten, müssen neue Möglichkeiten gefördert, ausprobiert und deren Einsatz evaluiert werden. Die mobilen Dienste müssen durch die bestehenden Einrichtungen ergänzt und unterstützt werden. Dafür haben wir im Haushaltsentwurf Mittel eingestellt. Hierbei geht es um Modellversuche und um die Erprobung von neuen Konzepten. Ziel muss natürlich sein, dass dies in die Krankenkassenleistungen übergeht.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushaltsentwurfs ist die Förderung von Pflegeeinrichtungen mit innovativen Konzepten, vor allem für den Bereich der Demenz. Dafür wollen wir 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit diesen zusätzlichen Innovationszuwendungen aufgrund von Konzepten würden innovative, sektorenübergreifende Konzepte – das wurde schon angesprochen – in der Pflege gefördert.

Die stationäre Pflege ist angesichts der demografischen Entwicklung und sich wandelnder Bedürfnisse der Menschen allein kein zukunftstaugliches Modell mehr. Die starre Trennung zwischen häuslicher, ambulanter und stationärer Pflege muss endlich überwunden werden. Alle Menschen sollten so lange wie möglich selbstbestimmt zu Hause leben können. Damit dies gelingt, werden mehr alternative Wohn- und Versorgungskonzepte benötigt, zum Beispiel Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser usw., aber auch andere Pflegeeinrichtungen mit fließenden Übergängen zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesen sollen auch der Einsatz und die Schulung von pflegenden Angehörigen ermöglicht werden.

Der Freistaat muss sich an der Finanzierung dieser neuen Konzepte beteiligen. Damit schafft man Anreize für zukunftsorientierte Pflege mit eher kleinen Pflegeeinrichtungen im Zentrum der Ortschaften und ambulante Dienste mit innovativem Ansatz. Das hilft den pflegenden Angehörigen, das hilft den professionell Pflegenden, und das hilft den Menschen, die unsere Hilfe und Pflege brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Glück sind auch manche Dinge auf Initiative der GRÜNEN im Bayerischen Landtag gelungen. Ich nenne die Weiterfinanzierung der Psychosozialen Krebsberatungsstellen, vor allem in Kempten und Ingolstadt, die sichergestellt werden konnte. Dafür möchte ich mich im Namen der Patienten und Patientinnen bei allen Beteiligten bedanken.

Gerade an dieser Sicherstellung erkennt man aber auch die Problematik des Haushalts des bayerischen Gesundheits- und Pflegeministeriums. Die Finanzierung der Bezirke erfolgt grundsätzlich über das Sozialministerium. Die psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung der Menschen aber, die den Bezirken obliegt, ist in der Sache eindeutig dem Gesundheitsministerium zuzuordnen. Dies sollte sich auch so im Haushalt abbilden, sodass an dieser Stelle auch Geld für die Entscheidungen im Pflege- und Gesundheitsbereich zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, ich war schon ein wenig erschüttert, als ich den Einzelplan 14 und das Gesamtvolumen gesehen habe. 0,23 % – ich wiederhole: 0,23 % – des Gesamthaushalts ist der Bayerischen Staatsregierung der Bereich Gesundheit und Pflege wert. Das ist deutlich zu wenig, und das sollte uns zu denken geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Form wird dies den Menschen in Bayern nicht gerecht. Da hilft auch nicht der Hinweis, dass für weite Bereiche in Gesundheit und Pflege der Bund zuständig ist. Wir müssen schon in Bayern unsere Hausaufgaben machen, und dafür braucht es mehr Geld angesichts der Rekordsteuereinnahmen, die wir in Bayern haben.

In dieser Situation beschließt die Bayerische Staatsregierung – eigentlich beschließt es Ministerpräsident Seehofer allein – den Umzug des Ministeriums nach Nürnberg. Das nenne ich und die GRÜNEN-Fraktion eine Verschwendung von Steuermitteln.

(Karl Freller (CSU): Wenn das die Nürnberger hören!)

– Ich sage gleich, warum. Ein Ministerium, das neu gegründet wurde, sich vor zweieinhalb Jahren in München eingerichtet hat, muss jetzt schon wieder umziehen. Für einen solchen Umzug gibt es keine fachlichen Gründe. Endlich funktioniert das Ministerium. Ich darf den Ministerialen und den Mitarbeitern auch einmal ein großes Lob aussprechen. Das Ministerium hat nämlich in letzter Zeit sehr gut funktioniert. Dafür möchte ich mich bei den Mitarbeitern herzlich bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade wo dieses Ministerium wirklich funktioniert, wird ein Umzug nach Nürnberg angestrebt. Das nenne ich eine völlig unmögliche Menschenführung und auch eine für die Mitarbeiter des Ministeriums unmögliche Situation. Wir lehnen das strikt ab.

Die Mittel dafür wurden schon genannt. Hierfür gehen anderswo dringend gebrauchte Mittel verloren. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wie erklären Sie das den Pflegekräften, denen im Moment gerade das Wasser bis zum Hals steht, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Arbeit leisten können und die unter größtem persönlichen Einsatz die Pflege unserer alten Menschen gewährleisten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus geht bei den Mitarbeitern auch ein beträchtliches Potenzial an Know-How verloren; denn, meine Damen und Herren, nicht alle Mitarbeiter gehen nach Nürnberg, wofür wir sehr viel Verständnis haben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):
Macht doch Nürnberg zur Landeshauptstadt! Ihr habt doch die Mehrheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe etliche Dinge noch gar nicht angesprochen. Frau Ministerin, wir werden sehen, was sich bezüglich des Krebsregisters ergibt. Vielleicht kommt man noch zu einer Einigung.

Für uns ist der Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege so nicht schlüssig. Wir wissen genau, dass wir in Zukunft in diesem Bereich mehr Aufgaben bekommen werden. Das hätte einen anderen Haushaltsansatz verdient. Deshalb können wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Leiner. – Ich erteile nun dem Kollegen Seidenath das Wort. Bitte schön, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Einzelplan 14 beraten wir heute den kleinsten, aber sicherlich einen der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums innerhalb des Staatshaushalts. Dieses Ministerium setzt bei den elementaren Lebensbereichen an. Die Themen dieses Ministeriums bewegen die Menschen besonders. Die Menschen beschäftigen folgende Fragen: Wie bleibe ich möglichst lange gesund? Wo erhalte ich im Krankheitsfall die optimale Versorgung? Wie kann ich bis ans Lebensende würdevoll und mit viel Lebensqualität leben? In diesem Zusammenhang geht ein herzliches Dankeschön an die Gesundheitsministerin Melanie Huml für ihr einfühlsames und ebenso nachdrückliches Wirken für die Betroffenen. Ich

schließe in diesen Dank ausdrücklich alle Beschäftigten des Ministeriums ein. Diese sind auch und gerade wegen der Umzugspläne nach Nürnberg in den letzten Wochen und Monaten besonders beansprucht worden. Sie werden auch weiterhin noch stark beansprucht werden. Ich sage herzlichen Dank für den Einsatz für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Erfreulicherweise können wir im Haushalt des Gesundheits- und Pflegeministeriums von 2016 auf 2017 eine deutliche Steigerung verzeichnen. Diese beträgt insgesamt 19,1 Millionen Euro. Jeder Cent dieser Summe ist gerechtfertigt und gut angelegt. An dieser Stelle danke ich dem Berichterstatter im Haushaltsausschuss Harald Kühn und dem Ausschussvorsitzenden Peter Winter für ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Wo liegen die Schwerpunkte des Haushalts? – Diese folgen der Richtschnur für jegliches Handeln im Gesundheitsbereich. Im Mittelpunkt des Gesundheitssystems steht der Mensch. Deshalb brauchen wir eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, von Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land. Das ist der Fundamentalsatz. Das ist die Maxime, der auch der Haushalt des Gesundheitsministeriums in den Jahren 2017/2018 folgt.

Herr Dr. Kränzlein, in Bayern ist die Gesundheitsversorgung gut. Uli Leiner, ich weiß nicht, wer dir heute die Rede aufgeschrieben hat. Die Vokabel "Trauerspiel" ist deplatziert. Entschuldigung, aber das ist in diesem Zusammenhang wirklich unnötig und unmöglich gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings dürfen wir die Bedrohungen nicht übersehen. Bedroht ist die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Hier setzen wir unser Förderprogramm mit Niederlassungszuschüssen, dem Stipendienprogramm und dem Innovationszuschuss unvermindert fort. Aber das reicht nicht aus. Deshalb bin ich froh, dass sich das Gesundheitsministerium und das Wissenschaftsministerium auf die Einführung einer Landarztquote beim Zugang zum Medizinstudium geeinigt haben. Damit kann speziell den von Unterversorgung bedrohten Gebieten geholfen werden. Wir werden dies durch ein Antragspaket flankieren, um einen Mangel an Mediziner*innen in Bayern zu verhindern.

Ein weiterer Schwerpunkt und ein weiteres Megathema ist der Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Es geht darum, junge Menschen für diesen erfüllenden Beruf, für diese Berufung, zu interessieren. Es geht darum, dazu beizutragen, dass sie ihre Ausbildung abschließen und möglichst lange, länger als bisher, in ihrem Beruf bleiben. Hierfür müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sie müssen ordentlich bezahlt werden!)

Bei einigen Themen wie der Entbürokratisierung der Pflegedokumentation sind wir schon sehr gut vorangekommen. Herr Dr. Kränzlein, habe ich Ihre Ausführungen richtig verstanden? Wollen Sie die Tarifautonomie außer Kraft setzen? – Das ist ja gerade die Krux an dieser Geschichte. Es wundert mich sehr, dass diese Aussage gerade von Ihrer Seite kommt.

In diesem Zusammenhang möchte ich der Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig danken. Ich möchte außerdem meinen Kollegen im Arbeitskreis für Gesundheit und Pflege, meinem Vertreter Klaus Holetschek, dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Staatsregierung Hermann Imhof, Dr. Thomas Goppel, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier und Steffen Vogel für die tolle Zusammenarbeit im Arbeitskreis danken. Diese Arbeit macht Spaß. Wir haben gemeinsam vier Änderungsanträge zum vorliegenden Haushalt eingebracht. Mit diesen Änderungsanträgen wol-

len wir ganz bewusst einige Akzente im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik setzen. Es sind zusätzlich 150.000 Euro für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Hospizarbeit vorgesehen. Wir wollen damit unsere Wertschätzung gegenüber den ehrenamtlich Tätigen zum Ausdruck bringen. Danke dafür.

Wir wollen die Digitalisierung im Gesundheitsbereich voranbringen und die Segnungen für Patientinnen und Patienten nutzbar machen. Wir haben durch eine Machbarkeitsstudie vorgearbeitet. Dies gilt es weiter umzusetzen. Es gilt, eine persönliche Gesundheitsakte und ein erweitertes Gesundheits- und Versorgungsmonitoring umzusetzen. Damit können wir die Menschen von der Digitalisierung profitieren lassen. Gleichzeitig wollen wir die Demenz als moderne Geißel der Menschheit weiter bekämpfen. Wir haben einen Demenz Survey durchgeführt. Diesen haben wir ermöglicht. Dieser hat gezeigt, dass wir mehr Kurzzeitpflegeplätze und mehr Tages- und Nachtpflegeplätze brauchen, damit pflegende Angehörige ihre Erwerbstätigkeit nicht einstellen müssen. Mit unserem Änderungsantrag geben wir vonseiten der CSU-Fraktion zusätzlich 600.000 Euro hinein, insbesondere für die Anforderungen Demenzkranke. Den Demenz Survey wollen wir fortführen und am besten ausbauen. Damit können wir die Zahlen und Fakten, die uns vorliegen, weiter nutzen. Hier geht es um Nachhaltigkeit.

Der vorliegende Einzelplan 14 ist ein solider Haushalt. Er setzt kluge Schwerpunkte. Er entwickelt die Gesundheit und Pflege in unserem Land weiter. Somit wird unser Land für die Bürgerinnen und Bürger noch ein Stückchen menschlicher und zukunftsfähiger. Ich bitte Sie, dem Einzelplan 14 mit unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Seidenath. – Der Kollege Kränzlein hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Seidenath, ich würde mir niemals erlauben, die Tarifautonomie infrage zu stellen. Das kommt ja überhaupt nicht in Frage. Ich habe bei den Medizinerinnen vermutlich den Anschein erweckt, als würde ich das wollen. Aber ich wollte etwas ganz anderes sagen. Vor allem bei den Klinikmedizinerinnen, wenn sie noch nicht ganz oben auf der Karriereleiter stehen, wäre ich manchmal schon froh, wenn die Tarife eingehalten würden. Das wäre manchmal schon ein Fortschritt. Viele Dinge, die den Ärztinnen nach Tarifrecht zustehen würden, werden in Not leidenden Krankenhäusern sehr seltsam vorenthalten. Ich kann Ihnen dazu noch Einzelfälle nennen. Ich war lange Bürgermeister, sodass ich weiß, dass man in bestimmten Fällen Not hat, Personal zu bekommen. Da kann man bei den Tarifverträgen nichts machen. Ich habe dann bei den Wohnungen angesetzt. Ohne die Tarifautonomie zu gefährden, können Sie in der Tat Pflegekräfte gewinnen, wenn Sie Wohnungen für Pflegekräfte bereitstellen. Das geht, wenn Sie in dieser Richtung etwas unternehmen und das nicht nur auf die Kommunen schieben. Wenn Sie die Kommunen schon längst dazu befähigt hätten, dies zu tun, dann könnten Sie mit diesem schönen Zuckerl in den Ballungsräumen sehr gut um Pflegekräfte werben. Das war meine Anmerkung.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön. – Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Dr. Kränzlein, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Das habe ich auch gehört, und es war einleuchtend. Sie haben aber auch gesagt, dass wir die Steuerpolitik ändern müssten und den Pflegekräften mehr Geld bezahlen müssten.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Durch weniger Besteuerung!)

So haben Sie das dargestellt. Wie wollen Sie die Pflegekräfte bezahlen? – Das können Sie in der Politik nicht anordnen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich will sie nicht bezahlen! Ich will sie steuerlich entlasten!)

Das wäre aus meiner Sicht ein Eingriff in die Tarifautonomie. Diesen lehnen wir ab. Das können wir nicht tun. Das richtige Modell hat unser Patienten- und Pflegebeauftragter. Er hat eine Konferenz einberufen, um zu überlegen, wie wir die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessern können. Dabei ist natürlich die Bezahlung ein wichtiger Punkt. Aber diese muss auch refinanziert sein. Unsere Pflegeversicherung ist eine Teilkaskoversicherung. Das wissen wir. Daran können wir nichts ändern. Deswegen frage ich mich: Wer soll das refinanzieren? – Die Vorschläge von Hermann Imhof sind gut und richtig.

Insgesamt können wir festhalten, dass wir jeden dritten Schulabgänger mit mittlerem Abschluss in der Pflege brauchen. Da haben Sie recht. Nur so können wir eine humanitäre Katastrophe verhindern. Deswegen ist dies eines der wichtigsten und schwierigsten Themen. Hier müssen wir alle Kapazitäten zusammennehmen. Es ist gut und richtig, dass wir mit dem Gesundheits- und Pflegeministerium ein neues Ministerium haben. Dieses Ministerium ist das erste in Deutschland, das das Thema Pflege so prominent im Namen führt. Dieses wird von Melanie Huml geführt. Damit haben die Bayerische Staatsregierung und Horst Seehofer die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben dieses Megathema zur Chefsache gemacht und thematisiert. Herr Dr. Kränzlein, das ist der richtige Weg. Ein Eingriff in die Tarifautonomie ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Seidenath. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Bauer. Bitte schön, Herr Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es ein Bedürfnis, für die Arbeit im Ausschuss zu danken. Frau Vorsitzende Sonnenholzner und Herr Seidenath, vielen Dank für die Leitung des Ausschusses. Ich muss ganz klar feststellen: In diesem Ausschuss und im Ministerium finden respektvolle Diskussionen statt. Was ich in den letzten zwei Tagen erlebt habe, war genau das Gegenteil. Deswegen

liegt es mir am Herzen, mich zu bedanken. Ich wünsche mir, dass es im Ministerium und in unserem Ausschuss so weitergeht.

Eine nachhaltige Politik – mein Kollege Dr. Vetter hat das bereits dargestellt – ist nicht nur für den Bereich Gesundheit, sondern auch für den Bereich der Pflege wichtig. Wir wissen alle, dass wir eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Megaaufgabe, zu erledigen haben. Das ist eine Herausforderung für uns alle. Deshalb müssen wir uns auch dieser Herausforderung gemeinsam stellen. Für uns FREIE WÄHLER ist die Forderung nach einer Pflegekammer ein ganz wichtiger Punkt. Warum ist das so? – Das erste Mal sollen alle Pflegekräfte registriert werden. Alle Pflegekräfte müssen an dieser Kammer mitarbeiten; nur dann kennen wir die Anzahl der Pflegekräfte und die Qualifikationen. Das steht im Gegensatz zum Konstrukt des Pflegering. Dort sind alle freiwillig dabei. Man kann nicht davon ausgehen, dass diesem Pflegering 100 % der Pflegekräfte freiwillig beitreten. Deswegen hat dieser Pflegering auch nicht den Anspruch, alle Pflegekräfte zu vertreten. Das ist der entscheidende Punkt bei diesem Thema. Eine Pflichtmitgliedschaft ist wichtig, damit mit den Verantwortlichen im Gesundheitsbereich auf Augenhöhe diskutiert werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das hat die Expertenanhörung gezeigt. Die Vertreter der professionellen Pflege, die selber Pflegekräfte sind, haben das bestätigt.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das stimmt ja gar nicht!)

Frau Dr. Biederbeck und Frau Dürr haben das ganz klar bestätigt. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich möchte noch einen Vorwurf entkräften. Sie bezeichnen die Pflichtmitgliedschaft mit Pflichtbeiträgen als Damoklesschwert. Wissen Sie, worum es sich dabei handelt? – Ich habe mir den Haushalt angeschaut. Hierfür stehen 700.000 Euro zur Verfügung. Dieses Pflegekonstrukt soll die Pflege-

kräfte auf Augenhöhe vertreten. Deshalb muss ich davon ausgehen, dass ich die 700.000 Euro durch die 120.000 Pflegekräfte teilen kann. Was kommt heraus? – Das ist keine hohe Mathematik, sondern eine einfache Rechenkunst. Wenn Sie die Summe dividieren, erhalten Sie einen Jahresbeitrag für die Pflegekräfte in Höhe von 5,83 Euro. Meine Damen und Herren, wenn man diesen Betrag auf einen Monat herunterbricht, beträgt die Summe lediglich 48 Cent. Das bezeichnet die rechte Seite als Damoklesschwert, als das Schlimmste, was es überhaupt gibt, und benutzt es als Totschlagargument. Sie verteufeln die Mitgliedschaft und die Pflichtbeiträge. Jeder kann sich wohl 48 Cent im Monat leisten. Das ist keine Überforderung.

Leider ist meine Redezeit schon fast abgelaufen. Deshalb möchte ich kurz zwei Schwerpunkte der Pflegepolitik der FREIEN WÄHLER nennen. Für das Alter werden alternative Wohnformen immer wichtiger. Hierfür haben wir 5 Millionen Euro beantragt. Bitte stimmen Sie dem zu. Das tut den Pflegekräften und den älteren Menschen, die in ihrer Wohnung und in ihrem gewohnten sozialen Umfeld leben wollen, gut. Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß. Stimmen Sie dem zu!

Die Pflegestützpunkte sind schon angesprochen worden. Dem kann ich mich nur anschließen. Eigentlich ist es ein Armutszeugnis, dass wir nur neun Pflegestützpunkte in Bayern haben. Das muss ausgebaut und gestärkt werden.

Das sind in aller Kürze die Vorstellungen des pflegepolitischen Sprechers. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Als Nächster hat Herr Kollege Holetschek das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Ministerium macht eine hervorragende Arbeit. Die Ministerin macht auch ihren Einfluss in

Berlin geltend. Wir können froh sein, dass das Thema Gesundheit und Pflege in Bayern so gut besetzt ist, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle will ich mich für den Einsatz für den ländlichen Raum bedanken. Das ist mir ganz wichtig. Lieber Herr Kollege Dr. Vetter, ich denke an die Kurorte und Heilbäder. In Bayern gibt es 50 Kurorte und Heilbäder. Im ländlichen Raum gibt es 100.000 Arbeitsplätze. Die Wertschöpfung beträgt 4,5 Milliarden Euro. Die Kurorte und Heilbäder werden übrigens durch Förderprogramme unterstützt. Bad Kötzing profitiert in nicht unerheblichem Maße von diesen Förderprogrammen. Wenn wir für pflegende Angehörige und Pflegekräfte einen Pflichtanspruch auf eine Kur fordern, wollen wir unsere Wertschätzung gegenüber dieser Berufsgruppe zum Ausdruck bringen. Gerade die pflegenden Angehörigen sind uns immens wichtig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir gemeinsam forcieren. Auf diese Weise können wir unsere Wertschätzung noch einmal deutlich machen.

Ich will zu der Vereinigung der bayerischen Pflege in Bayern noch etwas sagen. Die Anhörung hat eindrucksvoll gezeigt, dass wir die Probleme, wie beispielsweise die Registrierung, lösen können. Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Das ist ein bayerischer Weg, der Vorteile bringt. Dieser Weg wird es ermöglichen, dass die Pflegenden in Bayern eine starke Stimme haben. Es nützt nichts, dauernd dagegen zu schießen. Sie sollten lieber deutlich machen: Jetzt ist der Aufbruch notwendig, damit wir dieses Thema gemeinsam schultern.

Wir haben im Bereich der Gesundheit und Pflege viele Akzente gesetzt. Es ist notwendig, dass wir das weiter tun. Dieses Thema ist ein ganz zentrales Thema in unserer Gesellschaft. Wir werden es in Bayern weiter in die Mitte unserer Politik stellen. Dafür bin ich dem Herrn Ministerpräsidenten und der Frau Staatsministerin herzlich dankbar. Ich bedanke mich auch beim Ausschuss – das will ich von Herrn Prof. Bauer aufgreifen – für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Kollege Holetschek. – Jetzt erteile ich der Frau Staatsministerin das Wort. Bitte sehr.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst richte ich ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die an dem Haushalt mitgewirkt haben. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss mit Vorsitzendem Peter Winter, bei Herrn Harald Kühn und allen weiteren, die sich engagiert an der Debatte beteiligt haben. Mein Dank gilt dem eigenen Ausschuss mit der Vorsitzenden Kathrin Sonnenholzner und ihrer Stellvertretung Bernhard Seidenath, Klaus Holetschek sowie meinem Patienten- und Pflegebeauftragten. Ich danke auch allen, die unsere Arbeit immer konstruktiv und kritisch begleiten. An Sie richte ich auch ein herzliches Dankeschön.

Herr Kollege Leiner, ehrlich gesagt, Traurigkeit passt nicht zu mir. Das kann ich Ihnen sagen. Überdenken Sie Ihre Aussage über das Trauerspiel noch einmal. Dazu haben Sie im Rahmen einer Zwischenbemerkung die Chance, wenn Sie das möchten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht es in Bayern aus? – Mir ist wichtig, dass wir für die Menschen, für die Patientinnen und Patienten in Bayern da sind. Wie ist die Versorgung? – Schauen wir uns einmal die Krankenhauslandschaft in Bayern an. Mit den Kommunen zusammen geben wir über 500 Millionen Euro für die Krankenhäuser aus. Diesmal haben wir ein Plus von 3,4 Millionen Euro. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem es keinen Antragstau gibt wie bei uns! Wir haben in der Krankenhausförderung keinen Antragstau. Das ist eine großartige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Der ländliche Raum wurde mehrmals angesprochen. Wir investieren auch und gerade in die Krankenhäuser im ländlichen Raum. Von den aktuell 127 Maßnahmen werden

82 Maßnahmen im ländlichen Raum umgesetzt. Dorthin fließt auch zur Unterstützung der Krankenhäuser viel Geld.

(Beifall bei der CSU)

Wie sieht es in der ambulanten Versorgung aus? – Selbstverständlich stehen wir vor Herausforderungen, die von mir auch immer benannt werden. Jeder dritte Hausarzt ist über 60 Jahre alt. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass das Berufsbild des Allgemeinmediziners gerade auf dem Land attraktiv für die jungen Mediziner ist, damit sie sich dafür entscheiden. Wir tun aber auch einiges dafür, indem wir ein Förderprogramm aufgelegt haben. Mit diesem Förderprogramm werden die Niederlassungen der Kolleginnen und Kollegen unterstützt. Gestern konnte ich den 300. Förderbescheid des Förderprogramms übergeben. Wir konnten 249 Hausärzte bei der Niederlassung im ländlichen Raum unterstützen. Hier merkt man, dass ein Bedarf da ist, der anerkannt und angenommen wird.

(Beifall bei der CSU)

Mit unserem Förderprogramm unterstützen wir jedoch nicht nur die Niederlassung, sondern auch innovative Versorgungskonzepte. Die Kollegen haben es bereits angesprochen. Wir wollen schauen, welche Möglichkeiten es gibt und was wir den Leuten, die sich dort als Ärzte niederlassen wollen, anbieten können. Für 117 Studierende im Fach Medizin in ganz Bayern gibt es ein Stipendium mit 300 Euro. Das ist auch sinnvoll. Wir müssen schon im Studium ansetzen, um bei den Leuten das Interesse fürs Land zu wecken. Das tun wir mit diesem Stipendium. 117 Studierende haben wir bereits. Es können gerne noch mehr werden. Diese Leute können sich dann im ländlichen Raum niederlassen oder dort in einer Klinik arbeiten.

Ich bin froh, dass auch das Wissenschaftsministerium und die Kolleginnen und Kollegen des Wissenschaftsausschusses das Thema Landarztquote angehen. Wir müssen den Leuten bereits im Studium deutlich machen, dass wir Ärzte brauchen, die sich auf dem Land niederlassen. Eine Landarztquote kann dazu beitragen, dem einen oder an-

deren die Möglichkeit des Studiums überhaupt erst zu bieten. Deshalb möchte Bayern die Landarztquote voranbringen, auch wenn der Bund bei diesem Thema zögerlich ist. Dann machen wir es eben in Bayern!

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Aiwanger hat vor zwei Tagen das Thema Geburtsversorgung in Bayern angerissen. Die Geburtsversorgung liegt mir ganz besonders am Herzen. Sie ist aber nicht allein eine Problematik der Hebammen, sondern das Problem entsteht aus einem Ursachenmix. Wir haben bereits einige Probleme erkannt und entsprechend gegengesteuert. Wir haben uns schon im Jahr 2014 auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass Vergütungszuschläge für die Hebammen eingeführt werden. Außerdem haben wir uns für einen Ausgleich für die Prämienerrhöhung der Haftpflichtversicherung eingesetzt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Kranken- und Pflegekassen für den Fall, dass sie Ersatzansprüche haben, auf diese Ansprüche verzichten. Diese Maßnahmen beginnen jetzt langsam zu wirken. Diese Wirkungen können nicht von einem Tag auf den anderen eintreten. In der Zwischenzeit wurde auch noch ein Schlichtungsverfahren mit allem, was dazugehört, durchgeführt. Wir haben aber auf Bundesebene einiges angestoßen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erleben es auch, dass die eine oder andere gynäkologische bzw. geburtshilfliche Station in Bayern Ärzte sucht; oder eine Belegabteilung muss schließen, weil kein Arzt mehr da ist oder weil Bedenken bestehen, dass sich das Antikorruptionsgesetz negativ auswirken könnte. Diesem Problem müssen wir weiterhin nachgehen. Wir müssen die Ursachen genau erforschen und diesen entgegenwirken.

Ich habe bereits gesagt, dass wir für die Hebammen einiges tun. Aber auch die Hebammen haben inzwischen die Work-Life-Balance besser im Blick. Die Zahl der Hebammen in Bayern, die reine Zahl, steigt. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Hebammen zu wenig Geburtshilfe leisten. Deswegen hat das Ministerium eine Studie in

Auftrag gegeben, die die genauen Ursachen dafür erforschen soll. Sobald die Ergebnisse vorliegen, können wir uns überlegen, ob wir noch Maßnahmen finanzieller Natur ergreifen sollten. Wir müssen aber erst einmal wissen, worin die Ursachen bestehen. Bei der Geburtshilfe gibt es, wie gesagt, einen Ursachenmix. Wir haben schon einiges getan. Wir werden aber mit dieser Studie die Probleme weiterhin im Auge behalten, um zu wissen, wie wir darauf reagieren können. Das ist auch sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Vorsorge und der Versorgung geschieht sehr viel auf kommunaler Ebene. Mir ist vor allem die Versorgung sehr wichtig. Deswegen haben wir die Gesundheitsregionen plus ins Leben gerufen. Dort können sich die verschiedenen Player und Mitwirkenden des Gesundheitswesens treffen und austauschen. Sie können dann für ihre Regionen entscheiden, was dort zu tun ist. Wir haben 33 Regionen, die bisher wirklich gut laufen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Super!)

Ich bin sehr dankbar, dass wir noch ein bisschen mehr Geld auf die Schippe bekommen haben, um hier noch mehr zu tun. Zu den bestehenden 33 Regionen wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten noch 17 weitere Regionen dazubekommen. Dank der Fraktion ist es sogar gelungen, in Lindau eine grenzüberschreitende Region zu schaffen. Wir werden in diese Region investieren und hoffen, dass auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gut laufen wird.

Ich möchte zum Thema Gesundheit noch ein weiteres Thema anfügen, nämlich die Digitalisierung. Im Gesundheitswesen und in der Pflege wird die Frage, wie wir mit modernen Medien umgehen, immer wichtiger. Was meine ich damit? – Die Digitalisierung kann uns dabei helfen, Strecken zu überwinden und das Wissen von Spezialisten in die Fläche zu bekommen. Das ist für einen Flächenstaat wie Bayern unwahrscheinlich wichtig. Ich freue mich deshalb, dass wir unseren Haushalt an dieser Stelle auf insge-

samt 9,9 Millionen Euro verdoppeln konnten. Wir werden dieses Geld sinnvoll einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden uns für weitere Telemedizinprojekte einsetzen und digitale Dörfer im Hinblick auf die Daseinsvorsorge bei Medizin, Pflege und neuen Medien unterstützen. Liebe Kollegen Bernhard Seidenath und Markus Blume, ich freue mich, dass wir das Modell einer persönlichen elektronischen Gesundheitskarte durchführen können. Ich denke aber auch an das elektronische Polleninformationsnetzwerk für Allergiker. Immer mehr Menschen reagieren auf gewisse Pollen oder Gräser allergisch. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen frühzeitig vorgewarnt werden, damit sie entsprechend reagieren können. Dieses Informationssystem ist für die Gesundheitsversorgung der Menschen, die an Allergien leiden, sehr wichtig. Mit unserem elektronischen Polleninformationsnetzwerk werden wir nicht nur bundesweit, sondern international an der Spitze stehen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich damit zum Thema Pflege kommen. Die Digitalisierung ist auch für die Pflege wichtig. Vor allem kommt es bei der Pflege aber darauf an, dass die Versorgung gewährleistet ist. Wir müssen weiterhin dafür werben, dass es eine ausreichende Zahl von Pflegekräften gibt. Dieses Thema treibt uns alle um. Herr Kollege Hermann Imhof hat schon die Frage gestellt, ob wir bei diesem Thema über Tarifzahlungen Fortschritte erreichen können. Gleichzeitig wollen wir zum Beispiel über die HERZWERKER-Kampagne dafür werben, dass mehr Menschen in diesen Beruf gehen.

Sie haben recht: Noch kann ein Heim, das über die Bewohner finanziert wird, das Ausbildungsgehalt tragen. Mein Haus hat die Grundlagen dafür erarbeitet, dass wir mit einer Umlage loslegen könnten. Auf Bundesebene wird jedoch gerade die Diskussion über das Pflegeberufegesetz geführt. Über das Pflegeberufegesetz würde der Frei-

staat eine Bezahlung der Ausbildung in der Altenpflege bekommen, weil damit eine generalistische Ausbildung vorgesehen wird. Deshalb scheue ich momentan etwas zurück: Wir sollten nicht in Bayern für einige Monate ein Ausbildungsmodell einführen, wenn die Gefahr besteht, dass der Bund kurz darauf ein anderes Modell einführt.

Wir wollen deshalb abwarten, wie es mit dem Pflegeberufegesetz auf Bundesebene weitergeht. Sollte vom Bund nichts kommen, werden wir in Bayern eine Umlage einführen. Wir sollten uns aber diese Zeit noch geben; denn sonst würden wir alle Träger verwirren. Das wäre nicht richtig und auch nicht gut. Wir sollten noch eine gewisse Zeit abwarten. Sollte sich dann nichts tun, werden wir in Bayern handeln. Unsere Maxime lautet: Wenn wir vom Bund keine Unterstützung erfahren, dann tun wir es selbst. Das werden wir auch bei der Umlage tun, wenn dies notwendig sein sollte.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte nicht nur den Pflegekräften, die auch an Weihnachten und Sylvester in den Heimen arbeiten müssen, wenn wir mit unseren Familien zusammen sind, herzlich danken. Ich möchte auch den pflegenden Angehörigen meinen Dank aussprechen. Nach wie vor werden etwa zwei Drittel der Menschen zu Hause versorgt. Man kann sich vorstellen, dass die Situation schon sehr belastend sein kann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn der zu Pflegende dann auch noch an Demenz erkrankt ist, dann ist die Situation für die pflegenden Angehörigen noch schwieriger. Im Moment gibt es 230.000 Menschen in Bayern mit Demenz, und diese Zahl wird weiter steigen. Wir wollen deshalb in jedem Regierungsbezirk ein Demenzzentrum einrichten, um für die pflegenden Angehörigen beratend tätig zu sein. Wir wollen vernetzen, koordinieren, damit die pflegenden Angehörigen überhaupt wissen, was es alles gibt und worauf sie sich einstellen können. Häufig wissen sie gar nicht, worauf sie ein Recht hätten, und nehmen die Unterstützung dann auch nicht in Anspruch. Deshalb: in jedem Regierungsbezirk ein Demenzzentrum. Das können wir jetzt durchführen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommt noch eine ganze Anzahl an niedrighschwelligen Betreuungsangeboten. Die Familienpflege ist auch dabei und mit fast 9 Millionen Euro in unserem Haushalt. Dazu gehören auch die stundenweise Entlastung der pflegenden Angehörigen, verschiedene Modellprojekte und die besagten Beratungsstellen in den Bezirken. Da wird viel gemacht.

Was mir auch wichtig ist: Wir wollen neue Betreuungsformen wie beispielsweise ambulant betreute Wohngemeinschaften unterstützen. Dort kann man ähnlich wie in einer Wohnung zusammenleben. Wir möchten auch die Anpassung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege an die Anforderungen von Demenzerkrankten finanziell unterstützen. Die Tages- und Nachtpflege soll ausgebaut werden. Das ist mir ebenfalls sehr wichtig. Ich bin dankbar, dass wir im parlamentarischen Verfahren etwas mehr haben tun können. So kommen wir insgesamt auf 13,2 Millionen Euro.

Es wurde die Interessenvertretung der Pflege angesprochen. Wir brauchen eine starke Stimme der Pflege, das ist sehr wichtig. Schon im Ministerium von Markus Söder ist damals der Wunsch danach entstanden. Wir wollen eine Interessenvertretung für die Pflegenden, für die Pflegekräfte, für diejenigen, die in der Pflege arbeiten. Das Entscheidende ist, dass wir diese Interessenvertretung auf den Weg bringen können. Für mich ist auch sehr wichtig, dass wir das in einer Rechtsform tun, damit diese Vertretung auf Augenhöhe mit den anderen Kammern steht. Das ist für mich entscheidend, weil wir dann als Gesetzgeber auch Aufgaben an die Vereinigung der bayerischen Pflege übertragen können, ähnlich wie an die Ärztekammer und so weiter. Die Augenhöhe ist mir sehr, sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig ist aber auch, dass man den Wunsch der Pflegekräfte respektiert, die in einer Umfrage gesagt haben, sie haben Bauchschmerzen, wenn es um Pflichtbeiträge geht und um Pflichtmitgliedschaften. Auch dem müssen wir entgegenkommen und sagen:

Wir, der Staat, nehmen hier Geld in die Hand, um die Pflegekräfte zu entlasten. Ich glaube, das kann ein guter Weg sein, und ich hoffe, dass viele Pflegekräfte mitmachen und sich kümmern.

Bei der Pflege haben wir noch einiges zu tun, keine Frage. Da werde ich auch nicht müde. Wir haben heuer einen ersten, einen kleineren Pflegegipfel auf den Weg gebracht. Nächstes Jahr werden wir einen größeren auf den Weg bringen. Bei dem diesjährigen Pflegegipfel sind auch Kollegen des Landtags dabei gewesen. Wir müssen uns nicht nur jetzt überlegen, was auf Bundesebene mit dem Pflegestärkungsgesetz I, II und III geschieht. Übrigens: Beim Pflegestärkungsgesetz III werden die Pflegestützpunkte noch einmal aktiv angegangen, auch in Bayern. Das heißt, wir werden in Bayern künftig noch mehr Pflegestützpunkte haben als die neun, die wir bisher haben. Da wird noch mehr Bewegung hineinkommen, und ich glaube, das ist auch gut.

Wir kümmern uns aber nicht nur um die Menschen, wenn es um die Geburt geht, was im Übrigen ein sehr sensibles Thema ist. Wir kümmern uns auch um die Menschen, wenn es um die letzte Lebensphase geht. Sterbebegleitung ist nämlich auch Lebenshilfe, wenn es um die letzte Lebensphase geht. Ich kann Ihnen sagen, dass ich nach wie vor aktive Sterbehilfe konsequent ablehne.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen aber dann den Menschen, die Angst haben, alleine zu sein, Schmerzen zu haben, etwas anbieten. Das ist die Palliativversorgung, das ist die Hospizversorgung. Hier haben wir schon viel getan, und hier tun wir viel, auch meine Vorgänger, die für diesen Bereich Verantwortung hatten. Ich erinnere: Wir haben in 99 Krankenhäusern stationäre Palliativversorgung. Wir haben 41 Teams der spezialisierten ambulanten Versorgung. Wir haben 18 stationäre Hospize mit insgesamt 186 Plätzen. Im Moment entsteht in Oberbayern ein neues Hospiz. Auch bei uns in Oberfranken kommt ein neues Hospiz hinzu. Auch da wollen wir noch mehr erreichen. Wir haben ein Kinderhospiz. Wir haben 140 Hospizvereine mit über 25.000 Vereinsmitgliedern.

Viele von ihnen sind in der Sterbebegleitung tätig. Ich finde, das ist ein unwahrscheinlich großes Engagement, das wir hier in Bayern haben. Ich habe Respekt davor und kann nur sagen: Es ist klasse, was hier von den Menschen geleistet wird. Deshalb ein Dankeschön an alle, die hier im Hospiz- und Palliativbereich tätig sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch Danke, dass wir hier 150.000 Euro mehr ausgeben dürfen. Das hilft diesem Bereich noch einmal sehr.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es wurde auch ein weiteres Thema angesprochen, und zwar unser Umzug. Das ist für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich kein leichtes Thema. Ich kann Ihnen aber auch versichern: Es ist uns wichtig, dass wir es anpacken. Sie können sich darauf verlassen, wir gehen das mit Engagement an. Wichtig ist mir aber auch, dass wir die Punkte, die wir in der Heimatstrategie festgelegt haben, nutzen, wenn es um Freiwilligkeit geht, wenn es um den Zehn-Jahres-Zeitpunkt geht. Ich freue mich, dass wir einige Stellen für die Zeit des Umzugs und die Zeit danach bekommen, zunächst 90 und dann dauerhaft 30. Das ist sehr hilfreich, und damit werden wir den Umzug auch gemeinsam schaffen. Für die Mitarbeiter ist das keine leichte Situation, aber wir werden sie mit Engagement angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen sagen und mit auf den Weg geben: Ich danke den Pflegekräften, den Ärzten, den Ehrenamtlichen, den Angehörigen und all denjenigen, die sich Tag und Nacht um die Versorgung der Menschen in Bayern kümmern. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier unwahrscheinlich viel leisten, die sich auch hier im Landtag um diese Themen kümmern. Ein herzliches Dankeschön!. Ich freue mich, wenn wir auch im neuen Jahr gemeinsam an diesen Themen arbeiten können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Einen kleinen Moment bitte. Bei mir leuchtet ein ganzer Weihnachtsbaum an Wortmeldungen. Wir haben drei Zwischenbemerkungen: Zunächst kommt die von Ihnen erbetene Antwort von Herrn Leiner, dann kommt Frau Sonnenholzner und dann noch Herr Dr. Fahn. Herr Leiner, bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben mich praktisch aufgefordert, dem muss ich nun nachkommen.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Nur zu einem Punkt!

Ulrich Leiner (GRÜNE): Ich stelle fest: Sie sind in diesem Hause wirklich kein Trauerspiel.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Danke schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Ich habe das aber auf die Ergebnisse der Politik der CSU und der Bayerischen Staatsregierung seit 2011 im Bereich Pflege und Gesundheit bezogen. Als Oppositionspolitiker kann ich nicht Bemühungen positiv werten, sondern ich muss die Ergebnisse werten. Wenn ich aber die Ergebnisse seit etwa 2010 sehe, dann kann ich diesen Begriff nicht ausschließen. Ich glaube, dieser Begriff ist auch treffend dafür, was in dieser Zeit diesbezüglich geschehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Ich denke, ich habe in meinem Vortrag dargelegt, dass das nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Staatsministerin, Sie haben in Ihrer Rede das Thema Altenpflegeumlage erwähnt. Das ist nun tatsäch-

lich ein Trauerspiel. Die SPD-Fraktion fordert diese Umlage nun schon seit Jahrzehnten. Wir könnten sie auch schon seit Langem haben. Inzwischen wissen wir alle, sogar die CSU, wie wichtig sie wäre. Im Moment habe ich sogar Verständnis, wenn Sie sagen, Sie wollen erst einmal das Pflegeberufegesetz abwarten. Allerdings geht mein Apell dann dahin, dass Sie Ihren Einfluss bei Ihren Fraktionskollegen in Berlin geltend machen, die Sie gerade sehr beeindruckend gelobt haben. Das Pflegeberufegesetz halten alle anderen für wichtig. Das CDU-geführte Gesundheitsministerium und das SPD-geführte Familienministerium haben einen Entwurf auf den Weg gebracht. Wenn dieses Gesetz trotzdem scheitert, dann ausschließlich an dem Widerstand der CSU-Kollegen im Deutschen Bundestag. Auch das ist ein Trauerspiel. Dort habe ich nicht so viel Einfluss. Aber Sie sollten Ihren Einfluss an dieser Stelle geltend machen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Liebe Kollegin, Sie kennen dazu meine Haltung und auch die der Fachpolitiker der CSU. Dazu brauche ich nichts zu sagen. Gleichzeitig höre ich, dass es auf Bundesebene durchaus in allen Fraktionen kritisch gesehen wird und dass gerade Gespräche geführt werden, auch zwischen den von Ihnen Angesprochenen und der SPD.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann kommt Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, Sie haben von den positiven Erfahrungen der Gesundheitsregionen gesprochen, die Sie laufend ausweiten wollen. Das finde auch ich positiv. Ein Beispiel gibt es im Landkreis Miltenberg, wo drei verschiedene Arbeitsgruppen tätig sind und viele Veranstaltungen stattfinden. Das ist eine sehr positive Sache.

Daher stellt sich konkret die Frage: Wäre es denn nicht sinnvoll, dass wir in allen 96 Landkreisen in Bayern solche Gesundheitsregionen schaffen? Denn ich glaube, die

Berichte sind überall positiv. Das wäre wirklich ein Schub nach vorne. Deswegen würde mich interessieren, wie Ihre Strategie aussieht. Sie haben selbst gesagt, Sie wollen jetzt noch 17 zusätzliche Gesundheitsregionen schaffen. Ich würde Sie unterstützen, wenn Sie das weiter vorantreiben.

Außerdem haben Sie gesagt, ambulant betreute Wohngemeinschaften sind gut. Sie fordern sie bei Veranstaltungen immer. Wie könnte man das konkret angehen? Soweit ich weiß, gibt es eine Anschubfinanzierung mit 40.000 Euro. Wie kann man eine stärkere Verbreitung solcher ambulant betreuter Wohngemeinschaften erreichen?

Eine weitere Frage: Es gibt erst neun Pflegestützpunkte, wie Sie gesagt haben. Warum gibt es nur neun? Und welche Ziele verfolgen Sie, damit sich die Zahl noch erhöht?

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Ich beginne mit der letzten Frage und gehe auf die Pflegestützpunkte ein. Sie wissen vielleicht, dass es immer durchaus Fragen nach dem Zusammenwirken der Kommunen und der Kassen gab: Wer beantragt sie, wie werden sie finanziert usw.? Das wird jetzt im Pflegestärkungsgesetz III, dessen Beschlussfassung zurzeit auf Bundesebene erfolgt, genauer geregelt und etwas freundlicher für die Kommunen gestaltet. Ich gehe davon aus, dass dann noch mehr Kommunen einen Antrag stellen werden, als es bisher der Fall ist. Ich muss Ihnen sagen, wir haben im Ministerium schon einige Anfragen von Kommunen in Bayern bekommen, die gerne Pflegestützpunkt werden würden. Also gehe ich davon aus, dass sich noch etwas Dynamik entwickeln kann. Diese Erfahrungen habe ich bisher.

Zu den ambulant betreuten Wohngemeinschaften: Wir als Freistaat treten nicht als Träger auf, sondern wir brauchen jemanden, der das tut. Deswegen geben wir als Staat eine Anschubfinanzierung. Damit zeigen wir, es wäre gut, wenn in diesem Bereich noch mehr geschieht. Das tun wir bereits.

Wir haben 33 Gesundheitsregionen plus. Es ist richtig, wir wollen noch 17 hinzufügen; dann wären wir bei 50. Manchmal muss man ein bisschen Luft dazwischen haben, um zu sehen, wie sie laufen. Im Übrigen möchte nicht jeder Landkreis dieses Konzept. Das müssen wir genauso deutlich sagen. Wir erleben immer wieder, dass zwar eine Kommune es möchte, der Landkreis aber nicht unbedingt. Nicht jeder Landkreis ist bereit, dabei mitzumachen. Wenn wir 50 haben, ist eine ganz gute Zwischenstation erreicht. Es können sicherlich noch mehr werden; aber lassen Sie uns doch erst mal die 50 erreichen und schauen, wie es dann läuft. Wir erreichen übrigens mit den 33 bestehenden bereits 41 Landkreise und kreisfreie Städte. Wir erreichen also etwas mehr als nur 33 Landkreise, sondern zum Großteil sind auch die Städte dazwischen einbezogen. – In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14049 mit 17/14052, 17/14063 mit 17/14076, 17/13999 mit 17/14007 und 17/14211 mit 17/14218 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14630 zugrunde.

Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14630 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich habe jetzt so viele Ja-Stimmen gesehen; da können

keine Gegenstimme und keine Enthaltung mehr dabei sein. Ich frage: Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Gibt es nicht.

(Unruhe)

– Im falschen Augenblick reingekommen. – Entschuldigung, das war ein Versehen von mir. Es gab Gegenstimmen, das ist klar. Mit der letzten Frage meinte ich die Stimmenthaltungen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Peter Winter (CSU): Jetzt bist du in der Spur!)

Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind jetzt aber wirklich alle. Dieses Mal täusche ich mich nicht. Gibt es Gegenstimmen? – Oder Enthaltungen? – Gibt es nicht. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14630 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14049 mit 17/14052 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 14 ist abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/13999
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/14000
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/14001
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/14002
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung psychiatrischer Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/14003
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vereinigung der bayerischen Pflege
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/14004
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14005
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14006
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/14007

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation (Kap. 14 03 Tit. 531 93) Drs. 17/14063 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich (Kap. 14 03 TG 77) Drs. 17/14064 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Familienpflege sichern (Kap. 14 04 Tit. 684 01) Drs. 17/14065 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Finanzierung stationärer Hospizeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 68 – 69) Drs. 17/14066 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Koordination von Hospiznetzwerken (Kap. 14 04 TG 68 – 69) Drs. 17/14067 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen (Kap. 14 04 TG 70) Drs. 17/14068	16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 70) Drs. 17/14069 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Staatliche Förderung des Ersatzneubaus von Altenpflegeeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 70) Drs. 17/14070 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.) Drs. 17/14071 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Bessere Finanzierung der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen (Kap. 14 05 TG 52) Drs. 17/14072 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten (Kap. 14 05 TG 52) Drs. 17/14073 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Suchtprävention bei Jugendlichen – Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen (Kap. 14 05 TG 60) Drs. 17/14074

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie – insbesondere Kampf gegen Crystal Meth (Kap. 14 05 Tit. 684 60) Drs. 17/14075 23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausbau des Präventionsprojekts „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ (Kap. 14 05 TG 91 – 94) Drs. 17/14076 24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land (Kap. 14 03 TG 60 – 66) Drs. 17/14211 25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Finanzierung der Krebsberatungsstellen Kempten und Ingolstadt sichern (Kap. 14 03 neuer Tit.) Drs. 17/14212 26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Aufbau von Notfall-Diensten für Menschen in psychischen Krisen (Kap. 14 03 neuer Tit.) Drs. 17/14213	27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zentren zur psychosozialen Versorgung von Asylsuchenden (Kap. 14 03 neuer Tit.) Drs. 17/14214 28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung der assistierten Reproduktion (Kap. 14 03 neuer Tit.) Drs. 17/14215 29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 neuer Tit.) Drs. 17/14216 30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Pflegeeinrichtungen mit innovativen Konzepten (Kap. 14 04 TG 70) Drs. 17/14217 31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018; hier: Krebsregister (Kap. 14 23 TG 51) Drs. 17/14218

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Hans Herold

Abg. Harald Güller

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Claudia Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drs. 17/13259)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13238 mit 17/13241 und 17/13290)

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drs. 17/13193)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13296)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Herold von der CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einen schönen guten Morgen an alle Anwesenden. Die Sitzung gestern hat doch etwas länger gedauert. Somit sind heute noch nicht allzu viele Kolleginnen und Kollegen bei diesem wichtigen Punkt, der Beratung über den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Finanzministers –, anwesend.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Ganz ruhig bleiben!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dr. Dürr, lassen Sie die Schreierei sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Manche sind schon hellwach!)

Hans Herold (CSU): Ganz ruhig bleiben! Es wird heute noch genügend Möglichkeiten geben, sich zu äußern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatten in dieser Woche haben immer wieder eines deutlich gezeigt – entsprechende Aussagen wurden vorgestern und gestern mehrmals getätigt –: Viele Menschen kommen bewusst nach Bayern, um hier ihre Zukunft zu gestalten.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, warum sich die Menschen so entscheiden. Die Antwort lautet: Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie bei uns in Bayern die besten Zukunftschancen haben. Dies gilt sowohl für sie selbst als auch für ihre Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Einen entscheidenden Beitrag dazu leistet unsere Staatsregierung, insbesondere unser Finanzministerium, durch die Initiierung zahlreicher Strukturmaßnahmen. Ich nenne nur das Stichwort Heimatstrategie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen: Bayern ist das Top-Land, das Land Nummer eins. In vielen Regionen des Freistaates, auch im ländlichen Raum, herrscht Vollbeschäftigung. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit bei uns äußerst niedrig. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Doppelhaushalt – und damit natürlich auch der Einzelplan 06 – ist ein Zukunftshaushalt zum Wohle der Menschen bei uns in Bayern.

Ich finde eine Aussage unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer sehr interessant. Er hat vorgestern gesagt:

Dieser Doppelhaushalt 2017/2018 ist ein Zukunftsatlas für Bayern, der uns in eine gute Zukunft führen wird.

Deswegen geht gleich zu Beginn meiner Rede ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder für diese großartige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

In den Dank einschließen möchte ich unseren Staatssekretär Albert Füracker sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Finanzministeriums und der Ämter. Herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die Sie leisten!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ebenfalls bewusst zu Beginn meiner Rede: Bayern ist das Land mit den besten Zukunftsperspektiven für unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Auch dank unserer Haushaltsdisziplin werden wir den kommenden Generationen Chancen statt Schulden vererben. Wir kommen unserer Verantwortung für die junge Generation unter anderem dadurch nach, dass wir im Doppelhaushalt einen Schuldenabbau in Höhe von 1 Milliarde Euro vorsehen. Seit dem Jahr 2012 haben wir insgesamt 4,6 Milliarden Euro Schulden abgebaut.

In diesem Zusammenhang darf ich – und muss ich – wiederum den Vergleich mit Nordrhein-Westfalen anstellen: Die dortige Landesregierung plant trotz enorm hoher Steuereinnahmen in diesem Jahr mit 2 Milliarden Euro neuen Schulden. Wir zahlen in diesem Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro Schulden zurück. Diesen Kurs setzen wir in den nächsten Jahren konsequent fort. Ich gehe davon aus, dass Bayern in einigen Jahren schuldenfrei sein wird. Meine Damen und Herren von der Opposition, nennen Sie mir ein anderes Bundesland, das diese Erfolgszahlen aufweisen kann!

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle will ich den Schuldenstand pro Einwohner Bayerns mit dem Schuldenstand pro Einwohner Nordrhein-Westfalens vergleichen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollen sich mit Bayern beschäftigen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich weiß, dass Ihnen dieser Vergleich nicht gefällt. – Wir haben einen Schuldenstand pro Einwohner in Höhe von 2.707 Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

In Nordrhein-Westfalen sind es 13.576 Euro. Das ist das Fünffache des Wertes des Freistaates Bayern! Herr Güller, vielleicht können Sie mir später eines erklären: Sie behaupten immer, wir in Bayern hätten zu wenige Finanz- bzw. Steuerbeamte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt es, oder stimmt es nicht?)

Wenn die in Nordrhein-Westfalen so gut sind, warum haben die dann eine so hohe Verschuldung? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, lieber Herr Kollege Güller.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt, insbesondere durch die im Asylbereich anfallenden Kosten in Höhe von 4,7 Milliarden Euro. Diese Kosten schlagen insbesondere seit dem Jahr 2015 zu Buche. Gerade angesichts der hohen Belastungen, die nicht nur finanzieller Natur sind, möchte ich allen, die in diesem Bereich hauptamtlich oder ehrenamtlich mitarbeiten, für ihre großartige Arbeit ein herzliches Dankeschön sagen. Trotz dieser großen Belastungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht dieser Haushalt, wie ich meine, insbesondere auch für Solidität, Stabilität und auch Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach wie vor – das ist völlig klar – liegt der Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans 06 natürlich bei den Personalausgaben. Diese belaufen sich auf rund 68 % der Gesamtausgaben. Das bedeutet, dass bei einem Gesamtvolumen von rund 2,59 Milliarden Euro im Jahr 2017 circa 1,77 Milliarden Euro und von ungefähr 2,67 Milliarden Euro im Jahr 2018 rund 1,83 Milliarden Euro als Ausgaben für Personal vorgesehen sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Beträgen werden im Jahr 2017 ungefähr 28.260 Stellen und im Jahr 2018 circa 28.750 Stellen finanziert; davon entfallen zwei Drittel auf die Finanzämter. Deswegen auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten und Mitarbeiter, die in diesem Bereich eine wunderbare und sehr, sehr gute Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch ein paar Worte zum Thema Personalausstattung sagen, weil dieser Punkt von der Opposition insbesondere im Haushaltsausschuss immer wieder angesprochen oder auch kritisiert wird. Bitte erinnern Sie sich an den Nachtragshaushalt 2016. Allein in diesem Nachtrag haben wir für das Jahr 2016 insgesamt circa 5.400 neue Stellen beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Großteil dieser Stellen ist insbesondere für die wichtigen Bereiche wie zum Beispiel innere Sicherheit, Integration oder Bildung vorgesehen. Dazu muss man einfach sagen, dass wir für die Menschen in unserer Region, für unsere Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern Enormes leisten.

Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2017/2018 rund 1.095 Plan- und Anwärterstellen vorgesehen. Insbesondere die Steuerverwaltung wird mit 103 neuen Planstellen und 800 – ich betone: 800 – neuen Anwärterstellen gestärkt. 30 neue Anwärterstellen und 28 neue Planstellen sind im Bereich der Vermessungsverwaltung vorgesehen. Das ist auch ein wichtiger Punkt, wie Sie alle wissen, auf den ich ausdrücklich hinweisen darf. Sie sind auch dem IT-Dienstleistungszentrum zuzuordnen. Auf das Landesamt für Finanzen entfallen 9 Planstellen und 120 Anwärterstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte diesen Punkt aber noch etwas konkreter ansprechen, insbesondere auch in Bezug auf die Personalentwicklung in unserer Steuerverwaltung oder Finanzverwaltung, da immer wieder auch die Steuersituation angesprochen wird. Der Doppelhaushalt 2017/2018 enthält auch 30 neue Planstellen zur Stärkung der Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug – Sie kennen den Begriff Steuer-FBI – und 20 Stellen zur Bekämpfung internationaler Steuervermeidung. Ich möchte auch deutlich hervorheben: Von 2009 bis 2016 hat die Steuerverwaltung bereits über 2.000 zusätzliche Stellen erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bayern – das möchte ich auch noch ganz besonders hervorheben, weil es auch immer wieder von Herrn Güller und von anderen Kollegen im Ausschuss angesprochen wird – nimmt zudem bei der Effizienz und dem Prüfungsmehrergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ländervergleich einen Spitzenvergleich ein. Ich sage auch ganz bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mehr Prüfer führen nicht automatisch zu proportional höheren Steuereinnahmen; denn 80 % der Steuermehreinnahmen stammen aus der Prüfung der großen Fälle, liebe Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin lückenlos geprüft werden.

Ich denke sehr gerne daran zurück, als vor einigen Wochen die neuen Beamtenanwärter von unserem Staatsminister Dr. Markus Söder in Nürnberg vereidigt wurden. Das war eine großartige Veranstaltung in der Meistersingerhalle. Weit über 1.000 neue Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter wurden dort vereidigt. Das war, wie ich bereits gesagt habe, eine großartige Veranstaltung und für mich persönlich sehr beeindruckend.

Ich habe auch immer wieder ausdrücklich betont, insbesondere auch bei den Debatten im Haushaltsausschuss: Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Finanzschulen sind derzeit bis auf den letzten Platz mit Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern gefüllt. Dies gilt sowohl für die Finanzschulen als auch für unsere Beamtenfachhochschulen in Herrsching und in Kaufbeuren. Daran sieht man sehr deutlich, dass wir gerade auch bei der Beamtenausbildung sehr, sehr viel tun, insbe-

sondere im Bereich der Finanz- und Steuerverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Ausgabenschwerpunkt betrifft insbesondere das Breitbandförderprogramm – Stichworte Heimatstrategie, Breitband, BayernWLAN oder auch BayernLabs. Sie wissen alle: Um eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet bis zum Jahr 2018 zu erreichen – das ist auch unsere große Zielvorstellung, insbesondere die Zielvorstellung unseres Finanzministers Dr. Markus Söder –, werden die Mittel für Breitbandförderverfahren um 100 Millionen Euro aufgestockt. Zudem werden neben Breitband auch die BayernLabs bis zu einer Höhe von 7,2 Millionen Euro sowie das BayernWLAN mitfinanziert. Als Vertreter des ländlichen Raums – ich spreche für meinen Stimmkreis, der auch eine sehr strukturschwache Gegend ist – bin ich sehr dankbar dafür, dass zum Beispiel auch bei mir in der Kreisstadt Neustadt an der Aisch ein BayernLab eingerichtet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch einmal sehr deutlich – das haben wir auch schon gestern bei der Diskussion über das Wirtschaftsministerium und auch über die Breitbandförderung gehört; Stichwort Heimatstrategie –: Digitalisierung ist natürlich sehr, sehr wichtig, gerade auch für die Entwicklung des ländlichen Raums. Sie wissen alle, dass wir bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung erreichen möchten, wofür wir insgesamt 1,5 Milliarden Euro vorgesehen haben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind insgesamt 600 Millionen Euro vorgesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr stolz, dass von unseren 2.056 Kommunen in Bayern bereits 1.964 Kommunen im Verfahren sind. Somit beteiligen sich immerhin 96 % der Kommunen im Freistaat Bayern an diesem Verfahren. Das Staatsministerium der Finanzen hat bereits Förderbescheide in Höhe von 491 Millionen Euro an insgesamt 1.300 Kommunen übergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Förderhöhe ist ein ganz entscheidender Punkt, gerade auch für uns Kommunalpolitiker. Ich ziehe als Beispiel wieder meinen Landkreis Neustadt an der Aisch/Bad Windsheim heran. Dieser Landkreis ist struktur-

schwach – das habe ich vorhin schon erwähnt – und hat 38 Kommunen. 29 Kommunen in diesem Landkreis bekommen beim Breitbandausbau eine staatliche Förderung in Höhe von 80 % und 9 Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bekommen eine Förderung in Höhe von 90 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Stärkung des ländlichen Raumes, wofür ich sehr dankbar bin.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich spielt auch das freie WLAN eine wichtige Rolle; ich meine das BayernWLAN sowohl für den ländlichen Raum als auch für die Städte bei uns im Freistaat Bayern. Hierfür sind im Doppelhaushalt 10,8 Millionen Euro vorgesehen. Wir haben derzeit bereits 850 Hotspots an über 140 Standorten. Diese sind bereits verfügbar. Weitere 620 Kommunen haben bereits Interesse am BayernWLAN bekundet; 370 Kommunen befinden sich derzeit in der Umsetzungsphase.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch noch einen anderen ganz, ganz wichtigen Punkt ansprechen: Die Regionalisierung von Verwaltung und die Behördenverlagerung. Dies steht auch wieder unter der Überschrift Heimatstrategie. Für unseren ländlichen Raum ist das wichtig. Ich bin sehr dankbar, dass Behördenverlagerungen vorgenommen werden. Ich wundere mich schon über die Haltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Als Beispiel sei nur gesagt: Wie kann man sich dagegen aussprechen, das Landesamt für Schule ins strukturschwache Westmittelfranken, in den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, zu verlagern bzw. dort aufzubauen? Das sind Maßnahmen, die den strukturschwachen Teil Bayerns, vor allem Westmittelfranken, stärken würden. Für diese Maßnahmen bin ich sehr dankbar. Wir stemmen eine Verlagerung von 50 Behörden und Einrichtungen mit insgesamt 3.155 Beschäftigten. Für diese wichtigen Entscheidungen möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Mit Mitteln in Höhe von 13,2 Millionen Euro bzw. 17 Millionen Euro werden auch im Bereich der Behördenverlagerung Baumaßnahmen angegangen. Zu den Baumaßnahmen zählt beispielsweise der Neubau der Finanzfachschule Nord in Kronach. Dafür sind vermutlich die Kollegen aus Oberfranken sehr dankbar. Die geschätzten Kosten hierfür betragen 50 Millionen Euro. Zu den Baumaßnahmen zählt auch die Erweiterung der Landesfinanzschule in Ansbach. Dafür ist bestimmt der Kollege Ströbel sehr dankbar. Die Kosten hierfür betragen etwa 53,8 Millionen Euro. Für die Generalsanierung der Festung Marienberg sind Mittel in Höhe von 14,6 Millionen Euro vorgesehen. Die staatliche Hochbaumaßnahme für die Unterbringung von Anwärtern für die Landesfinanzschule Bayern in Dinkelsbühl und für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Fachbereich Finanzwesen in Kaufbeuren sind wichtige Angelegenheiten. Für den Fachbereich Polizei ist eine Teilverlagerung von Sulzbach-Rosenberg in die Klosterburg Kastl vorgesehen. Dort soll eine neue Außenstelle entstehen. An dieser Stelle möchte ich mich bei unserem Kollegen Peter Winter bedanken, der sich für diese Maßnahme sehr, stark eingesetzt hat.

Die Vermessungsverwaltung ist für mich als Vertreter des ländlichen Raumes eine wichtige Angelegenheit. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Ich erlebe selbst immer wieder, welch gute Arbeit vor Ort geleistet wird. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vermessungsverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass beim Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung bis zum Jahre 2018 acht BayernLabs eingerichtet werden. Diese werden aus den Mitteln für die Breitbandförderung finanziert. Zur Umsetzung der Behördenverlagerung wird im Rahmen der Heimatstrategie das Landesluftbildarchiv von München nach Neustadt an der Aisch verlagert und museal ausgestattet. Dafür bin ich sehr dankbar. Auch wurde das Flächenmanagementverfahren der IMBY im September 2016 erfolgreich abgeschlossen.

Ich möchte auch noch ein Wort zur Schlösserverwaltung sagen. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Bewältigung ihrer Aufgabe. Der Sachaufwand der Schlösserverwaltung steigt im Haushaltsjahr 2017 um 1,4 Millionen Euro auf 24,6 Millionen Euro. Das Bürgerlebnismuseum in Cadolzburg wird im Jahre 2017 eröffnet, ebenso eine Fränkische Weinlounge. Nach unserer anstrengenden Sitzung in der letzten Woche hatte ich in Cadolzburg einen wichtigen Termin mit dem Minister Markus Söder. Ich wundere mich schon etwas, dass sich ein Vertreter der FREI-EN WÄHLER aus Unterfranken massiv gegen diese Eröffnung und gegen die wichtige Maßnahme ausspricht. Außerdem werden zusätzliche Mittel für die Fremdvergabe von gärtnerischen Pflegeleistungen ausgegeben.

Abschließend will ich mit Stolz zu jedem, der der Meinung ist, dass wir die Lasten nicht auf die Schultern unserer jungen Generationen legen dürfen, sagen: Seit dem Jahr 2006 hat Bayern nun schon zum zwölften und dreizehnten Mal einen allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Dieser Haushalt ist auch die Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung Bayerns, und er ist ein Zeichen unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Deswegen werden wir auch im Jahre 2017 und 2018 weiterhin die Schulden abbauen. Das habe ich vorher bereits gesagt. Wir werden auch im Doppelhaushalt einen Schuldenabbau in Höhe von 1 Milliarde Euro vornehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das 1 Milliarde Euro an Schuldentilgung vornehmen kann. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das eine Investitionsquote von 11,7 % hat. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das auch bei den wichtigen Themen wie Zuwanderung und Integration eine Summe von 4,7 Milliarden Euro in die Hand nimmt. Nennen Sie mir ein Land in Deutschland, das im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Zahlungen von 12,4 Milliarden Euro – 12,4 Milliarden Euro! – im Doppelhaushalt vornehmen kann. Das schafft nur unser Freistaat Bayern mit unserer Staatsregierung und mit der Mehrheitsfraktion der CSU in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend sage ich: Trotz der soeben erwähnten finanziellen Belastungen wie der Länderfinanzausgleich oder auch die Flüchtlingsangelegenheiten machen wir keine Abschlüsse beim kraftvollen Doppelhaushalt 2017/18. Wir kommen auch in Zukunft ohne neue Schulden aus. Wir setzen auch weiterhin auf Schuldentilgung. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen Deutschlands. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 06. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Güller von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! In Richtung der CSU sei zunächst eines gesagt: Wir reden hier über den Haushalt des Freistaates Bayern. Wir sitzen im Bayerischen Landtag, und wir, mit denen Sie reden, sind unter anderem die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden versuchen – und dazu sind wir gemeinsam aufgefordert –, für ein gutes Bayern in 15 und auch in 20 Jahren zu arbeiten. Hier helfen Vergleiche mit anderen Bundesländern wenig.

(Hans Herold (CSU): Das hört er nicht gerne!)

Wir arbeiten daran, das Beste aus unserem schönen Bayern zu machen. Aber gleichzeitig soll auch die Solidarität innerhalb der Bundesrepublik und der Europäischen Union nicht ganz vergessen werden. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen kommen. Richtig ist, dass es einen Fortschritt bei der Finanzverwaltung gibt. Es gibt zusätzliche Stellen. Es gibt zusätzliche Positionen für Anwärter. Das ist nach Jahren des Kahlschlags unter Herrn Stoiber und des Stillstands mehr als notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie nicht immer mehrere Jahre brauchen würden, bis Sie die Größe haben, SPD-Anträge zu übernehmen, dann hätten wir diese Stärke schon seit Längerem erreicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau!)

Richtig ist – das hat der Kollege Herold gesagt –, dass mehr Prüfer natürlich nicht immer genauso viele Mehreinnahmen bedeuten. Hier gibt es einen Grenznutzen. Die Prüfzyklen in Bayern sind aber sehr lang. Fleißige Beamtinnen und Beamte mühen sich ab und kommen trotzdem nicht durch. Das liegt daran, dass wir prosperieren und dass es natürlich mehr Firmen und mehr Großunternehmen in Bayern gibt. Wir sind von der Steuergerechtigkeit, bei der jeder die Steuern zahlt, die heute gesetzlich festgeschrieben sind, noch sehr, sehr weit entfernt. Deswegen ist ein Aufwuchs an dieser Stelle nicht nur im Interesse der Einnahmen des Freistaats, sondern auch im Interesse der Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft. Diese hat der Ministerpräsident bei seiner vorgestrigen Rede als einen seiner zentralen Punkte genannt. Er hat sich auch auf Artikel 151 der Bayerischen Verfassung bezogen.

Ja, auch beim Thema Breitband ist es vorangegangen. Auch hier haben Sie wieder nach jahrelanger Verzögerung SPD-Anträge übernommen. Zwar haben wir Zeit verloren, wir sind aber jetzt auf dem richtigen Weg. Ich nehme für uns als SPD im Bayerischen Landtag in Anspruch, dass wir es waren und sind, die diese Signale rechtzeitig gesetzt haben. Sie hoppeln uns nur einige Jahre später hinterher.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass Sie das auch bei der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen machen. Diese haben Sie gerade so gelobt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind selbstverständlich zu loben. Für die knappe Personalausstattung leisten sie fast Übermenschliches. Wir haben immer mehr Touristen – Gott sei Dank –, die unsere Schlösser und Seen besuchen. Immer mehr Menschen in Bayern sind jeden Tag im Jahr und fast 24 Stunden in unseren Gärten, beispielsweise im Englischen Garten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das ermöglichen, hätten eine personelle Entlastung verdient. Leider haben Sie diesen Antrag in diesem Jahr abgelehnt. Statt 100 zusätzlichen Stellen wollen Sie vielleicht 10 Stellen schaffen. Möglicherweise wollen Sie Gartenpflegeaufträge nach außen geben. So stellen wir uns die Zukunft für Bayern und die Bewahrung seiner Schönheit nicht vor.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt ist heute generell zu behandeln. Er ist eine Visitenkarte des Finanzministers. Mit dem Haushalt besteht die Möglichkeit, Format zu zeigen. Der Haushalt ist ein Test und ein Warmlaufen für den Kampf um die Staatskanzlei. Deswegen prüfen wir diesen Haushalt unter folgendem Aspekt: Werden die Weichen für ein gutes Bayern auch in 15 oder 20 Jahren richtig gestellt? – Leider müssen wir feststellen, dass an zentralen Punkten sowohl bei den Investitionen als auch beim Personal die Weichen nicht gestellt werden oder nur zaghaft und verspätet in die richtige Richtung gehen. Der Haushalt ist sehr halbherzig. Das größte Versäumnis in diesem Haushalt ist sicherlich der Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund hat die richtige Entscheidung getroffen, 500 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in den Wohnungsbau zu investieren. Was machen Sie? – Sie halbieren die Landesmittel, statt dem Bund zu folgen. Sie sollten sagen: Was der Bund macht, ist rich-

tig, und wir geben auch noch etwas drauf. Die Lage im sozialen Wohnungsbau ist sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum dramatisch: Wir werden in Bayern in den kommenden fünf Jahren 100.000 neue Wohnungen brauchen. Selbstverständlich hat das auch etwas mit Zuzug zu tun. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns dieser Herausforderung stellen. Dieser Herausforderung stellen Sie sich in diesem Haushalt jedoch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Auffassung rechtfertigt schon dieser eine Punkt die Ablehnung des Gesamthaushalts.

Sie nehmen aber auch bei den Investitionen in staatliche Gebäude, in die Infrastruktur, in Straßen, Brücken, Verkehrswege allgemein und in die Kommunen – ich nenne die kommunalen Bäder – nicht die notwendigen Weichenstellungen vor. Herr Söder, an dieser Stelle muss ich sagen: Mit diesem Haushalt beweisen Sie nicht das Format, den Freistaat Bayern gut in die kommenden 15 oder 20 Jahre zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Personal. Das schauen wir uns sehr genau an. Sie haben bereits einige Vorschläge von uns aufgenommen. Sie haben, wenn auch halbherzig, mehr Beförderungsmöglichkeiten für unsere Beamten geschaffen. Wir sagen: Es müssten doppelt so viele sein. Wir sind jedoch zufrieden, dass Sie wenigstens einen Teil unserer Forderungen der letzten Jahre aufgenommen haben. Unsere Kritik zu den Stellenobergrenzen haben Sie in den letzten Jahren, wenn auch ebenfalls halbherzig, angenommen. Die Stellenobergrenzen fahren Sie jetzt teilweise zurück. Bei den Wiederbesetzungssperren gibt es allerdings keinerlei Bewegung. Herr Finanzminister Söder, ist es gute Personalführung, wenn für alle Stellen in diesem Haushalt eine Wiederbesetzungssperre für drei Monate vorgesehen ist? Ist es denn nicht sinnvoller, sich jede Stelle einzeln anzuschauen? Ist es denn nicht sinnvoller, jedes Ministerium einzeln durchzugehen? Ist es denn nicht sinnvoller, den Bedarf in den einzelnen Bereichen zu prüfen?

Wo haben wir mehr Bedarf, wo weniger Bedarf in den nächsten Jahren? – Sie gehen mit dem Rasenmäher an das Thema heran. Das lehnen wir ab. Wir sagen: Man muss an dieser Stelle viel präziser vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für Behördenverlagerungen. Ich habe nichts gegen die Entscheidung, Behörden und Strukturen aus dem Großraum München herauszunehmen. Ich habe nichts gegen Überlegungen, ein Gesundheits- und Pflegeministerium auch woanders anzusiedeln. Ich habe nichts gegen die Überlegung, ein Landesamt für Schule in Weißenburg einzurichten. Sie werden jedoch nicht von Strukturüberlegungen, sondern von Aktionismus getrieben. Sie schauen in Ihr Kabinett und suchen die nach Ihrer Auffassung schwächste Ministerin: Wo habe ich am wenigsten Gegenwehr zu erwarten? Darum verlagere ich das Ministerium für Gesundheit und Pflege von Frau Huml nach Nürnberg. – Das sind keine Strukturüberlegungen. Das ist blanker Populismus, der die Behördenstruktur in Bayern nicht verbessert.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung! – Kerstin Schreyer (CSU): Eine Frechheit ist das! Sie können nicht so über die Ministerin reden!)

– Kollegin Schreyer, Sie können noch so schreien; das ist keine Frechheit, sondern die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Welche Politik macht Ihr Finanzminister in diesem Freistaat? – Er geht durch die einzelnen Stimmkreise und verteilt Förderbescheide. In jedem Landkreis versucht er, noch eine Kollegin oder einen Kollegen für den anstehenden Wahlkampf zu gewinnen. Als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten versucht er, Häkchen dahinter zu setzen. Das ist doch keine Strukturpolitik für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Politik für die CSU, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Auf diese Weise sollten wir keine Politik machen.

(Kerstin Schreyer (CSU): Sie greifen die Ministerin an!)

– Frau Kollegin, wer schreit und einen roten Kopf bekommt, hat meistens unrecht.

(Kerstin Schreyer (CSU): Dann haben Sie auf keinen Fall recht! – Unruhe)

Lassen Sie mich am Ende zur Steuerpolitik kommen. Ein Haushalt muss sich auch an der Gestaltung der Einnahmen und an der Aufstellung des Finanzministers beim Thema Steuerpolitik messen lassen. Hinsichtlich der Vermögensteuer für Millionärseinkommen vertreten wir unterschiedliche Auffassungen. Außerdem haben wir eine unterschiedliche Auffassung im Hinblick auf die Erbschaftsteuer bei Millionären und Milliardären. Das brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen. Zusätzlich senden Sie jedoch völlig falsche Zeichen aus, wenn Sie regionalisierte Steuern fordern. Welche Signale senden Sie damit an die Engelhorns und die Millionärserben in Deutschland und Europa aus? – Kommt nach Bayern; in Bayern müsst ihr weniger als in anderen Ländern bezahlen. Das ist für uns nicht die soziale Gerechtigkeit, die Herr Ministerpräsident Seehofer vorgestern in den Mittelpunkt gestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich kann man mit uns über das Thema Erbschaftsteuer diskutieren. Es darf keine Substanzbesteuerung geben. Die Fortführung kleiner und mittelständischer Unternehmen muss auf jeden Fall gesichert sein. Diese Steuer deswegen generell abzulehnen, ist aber der falsche Weg.

Zum Thema Grundsteuer: Herr Minister, wir sind bei Ihnen, dass die von anderen Bundesländern auf die Tagesordnung gesetzte Grundsteuerreform und die damit vorgesehene Struktur mit uns in Bayern nicht zu machen ist. Hamburg steht da an unserer

Seite. Wir sind der Auffassung, dass wir gerade bei den hohen Grundstückspreisen in Bayern aufpassen müssen, dass die Mieterinnen und Mieter und die normalen Häuslebesitzer nicht zusätzlich belastet werden. Ich spreche von Häuslebesitzern, nicht von Villenbesitzern. Wir müssen aber sehen, dass wir eine Änderung der Grundsteuer hinbekommen, weil die Grundsteuer verfassungswidrig werden könnte, wenn zu lange keine Änderungen und Neubewertungen vorgenommen werden. Dann würde dieses Thema hinten runterfallen. Von einem Finanzminister erwarte ich mir hier deutlich mehr Akzente.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte auch beim Thema Finanztransaktionssteuer mehr Akzente. Ich erwarte mehr Akzente bezüglich der europäischen und der internationalen Grundlagen für die Berechnung der Körperschaftsteuer. Nur wenn wir die entsprechenden Grundlagen schaffen, können wir eine Steuerflucht à la Apple oder eine Steuerflucht à la Starbucks verhindern. Ich sehe aber, dass Sie das gar nicht wollen. Jetzt geht die Europäische Union einmal gegen eine Firma wie Apple vor und fordert Milliardenbeträge an Steuern nach, die nicht bezahlt worden sind. Sie stellen sich auf die Seite dieses Unternehmens und sagen: Das ist aber ungerecht. Die haben doch ein ganz nettes Schlupfloch gefunden. Herr Dr. Söder, diese Steuerpolitik ist mit der SPD in diesem Landtag nicht zu machen!

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich natürlich im Namen der SPD den Mitgliedern meiner Fraktion im Haushaltsausschuss, nämlich Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl, ganz herzlich danken. Ihr habt in den 29 Stunden reiner Sitzungszeit und bei der Bearbeitung von 550 Änderungsanträgen toll mitgekämpft. Das gilt auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts und der Ministerien. Dafür ein herzlicher Dank!

Ich unterscheide mich jetzt vielleicht ein bisschen von anderen, aber ich möchte auch einen herzlichen Dank an die Abgeordneten der anderen Oppositionsfraktionen, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen der CSU richten. Herr Kreuzer hat gestern gesagt, er sei schon 22 Jahre hier. Übrigens, ich bin auch schon 22 Jahre hier, davon 17 Jahre als Abgeordneter. Ich habe aber nicht behauptet, dass alles, was jemand anderer sagt, von vornherein falsch und blöd sei und es nicht notwendig sei, darüber nachzudenken. Diese Überheblichkeit habe ich nicht. Deshalb auch ein herzlicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen der CSU im Haushaltsausschuss, die unter der Führung von Peter Winter und von Hans Herold stehen. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir übernehmen nicht alles, was ihr sagt. Nicht alles ist richtig. Aber in vielen eurer Wortbeiträge steckt auch ein Quäntchen Wahrheit. Ich erwarte von der CSU, dass sie das auch den Äußerungen von Abgeordneten der SPD-Fraktion zubilligt. Bei Herrn Kreuzer habe ich das gestern schmerzlich vermisst.

(Beifall bei der SPD)

Wie ich bereits ausgeführt habe, ist dieser Haushalt zu zaghaft aufgestellt. Mit ihm werden nicht die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Deshalb werden wir diesen Haushalt ablehnen. Wir werden es besser machen, wenn wir dran sind.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Einzelplan 06 möchte ich vier Aspekte ansprechen, nämlich die Finanzverwaltung und hier insbesondere die Personalausstattung, die Themen Breitband und IT, den Länderfinanzausgleich und vor allem die

Landesentwicklung. Schließlich ist Herr Dr. Söder nicht nur Finanzminister, sondern auch Heimatminister.

Dem Finanz- und Heimatminister wird ein gutes Gespür dafür nachgesagt, wo er sich in Szene setzen kann. Allerdings ist der Minister nicht überall, wo er sich am besten in Szene setzen kann, auch am meisten gefragt. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, angesichts Ihrer Ambitionen, die Sie wirklich jederzeit, bei passender und auch bei unpassender Gelegenheit, alle Menschen wissen lassen, ob sie es nun hören wollen oder nicht, müssen wir einmal klären, ob Sie auch komplexe, koordinative Aufgaben bewältigen können.

(Hans Herold (CSU): Das kann er sehr gut!)

Ich möchte diese Frage anhand der eingangs genannten vier Punkte beleuchten. Zunächst jedoch eine Vorbemerkung, die für den Politikstil symptomatisch ist. Wir haben dieser Tage den Finanz- und Heimatbrief erhalten, den wir uns natürlich angesehen haben. In der Fotoausstellung "Pressefoto des Jahres", die draußen im Foyer gezeigt wird, haben wir gelernt, dass Fotos Geschichten erzählen, wenn sie denn gut sind. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir uns die Fotos auf der letzten Seite des Finanz- und Heimatbriefes angesehen. Auf einem Foto, das Ihr Haus, vielleicht auch Sie selbst, ausgewählt hat, sind Sie zu sehen, als Sie vielen engagierten Kulturschaffenden den Heimatpreis in Regensburg ausgehändigt haben. Dieses Foto ist deswegen symptomatisch, weil Sie darauf mit Ihrem Gefolge vorne im Mittelpunkt stehen, während die, um die es geht, sich im Hintergrund zwischen zwei Säulen "zusammenpferchen" müssen. Auf diesem Foto kann man schon gar nicht mehr erkennen, wer eigentlich im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stehen sollte. Dieses Foto macht deutlich, was Ihnen wichtig ist, nämlich vor allem Sie selbst und Ihre öffentliche Wirkung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich aber zunächst zur Finanzverwaltung kommen. Wir haben Rekordsteuereinnahmen. Wir müssen uns noch einmal deutlich machen, dass die Steuerein-

nahmen in Bayern in den letzten zehn Jahren um über 50 % gestiegen sind, und das bei immer komplexer werdenden Sachverhalten, bei immer mehr Auslandsbeziehungen und, was uns freut, bei immer mehr Steuerpflichtigen. Da ist es nur eine Frage der Steuergerechtigkeit und einer vernünftigen, angemessenen Arbeitsbelastung, dass auch die Finanzverwaltung personell endlich nachzieht.

Herr Kollege Güller hat bereits darauf hingewiesen, dass die Oppositionsparteien seit Jahren auf diesen Missstand hinweisen. Wir halten es deshalb für richtig, dass wir jetzt mit diesem Doppelhaushalt 103 neue Planstellen und 800 Anwärterstellen zusätzlich bekommen. Das entspricht unserer langjährigen Forderung. Die Bayerische Finanzgewerkschaft und die FREIEN WÄHLER erkennen das als richtig und wichtig an.

Mit den Stellenhebungen sind wir noch nicht ganz einverstanden; denn Stellenhebungen sind ein wichtiger Motivationsimpuls für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits da sind. Hier könnte und müsste mehr getan werden. Zu den Themen Stellenbesetzungen und Stellenbesetzungssperren möchte ich nicht alles wiederholen, sondern verweise auf das, was Herr Kollege Güller schon gesagt hat. Allerdings ist es jetzt wirklich an der Zeit, den Artikel 6b für beendet zu erklären und zu streichen. Natürlich sind auch wir der Meinung, dass in allen Bereichen auf eine angemessene Stellenbesetzung geachtet werden muss. Wo Aufgaben reduziert werden, dort kann auch mit einer Personalreduzierung reagiert werden. Aber die Zeiten, in denen man einfach nach Stelleneinsparmöglichkeiten suchen konnte, ohne das mit einer Aufgabenkritik zu verbinden, müssen vorbei sein. Das ist nicht mehr angemessen, das ist nicht mehr zeitgemäß. Das gilt auch angesichts der vielen Stellen in anderen Bereichen. Das macht doch deutlich, dass wir über die eigentlichen Ideen des Artikels 6b hinaus sind. Er ist ein Anachronismus, den es endlich aufzuheben gilt.

Für Breitband, IT, WLAN, BayernLabs und zuletzt für das Projekt "eDorf" stehen in Ihrem Geschäftsbereich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist in vielerlei Hinsicht anzuerkennen, und das wurde auch zum rechten Zeitpunkt gemacht. Als Sie diese Aufgabe übernommen haben, wurde durch Verfahrensvereinfachungen und durch

eine zusätzliche Mittelausstattung eine ganz neue Dynamik hineingebracht. Jetzt ist es aber nicht mehr an der Zeit, immer weitere Huldigungen auszusprechen. Wir haben auch gehört: Mittlerweile haben 1.300 Gemeinden ihren Förderbescheid bekommen. Wahrscheinlich hat der Finanzminister davon 1.200 persönlich überreicht.

(Hans Herold (CSU): Alle! – Heiterkeit bei der CSU)

– Wenn ich das richtig beobachtet habe, hat auch sein Staatssekretär ein paar ausgehändigt. – Sie, Herr Minister, sonnen sich nach wie vor bei diesen Presseterminen. Förderbescheide könnten aber auch Ihre Mitarbeiter aushändigen. Des Ministers Aufgabe wäre es jetzt, die nächsten Entwicklungskonzepte vorzulegen. 30 Mbit/s, 50 Mbit/s sind passé. Das ist keine Zukunftsstrategie mehr. Der Minister sollte jetzt nicht weitere Hunderte von Förderbescheiden präsentieren und aushändigen und sich dabei fotografieren lassen, sondern jetzt wäre es an der Zeit, die Frage zu beantworten: Was kommt, was haben Sie vor? Wie sieht es aus, kommt Glasfaser in jedes Haus, und mit welchen Geschwindigkeiten und Kapazitäten? – Hier, an dieser Stelle, beweisen Sie, ob Sie nicht nur Förderbescheide überreichen können, sondern ob Sie auch ein guter Strategie sind. Bekanntermaßen gibt es diesbezüglich an verschiedenen Stellen Zweifel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Nur noch einmal ganz kurz: Es gibt 1,3 Milliarden Euro ab 2020. Das ist durchaus anzuerkennen. Auch dafür haben Sie sich im Haushaltsausschuss danken und huldigen lassen. Die Frage ist aber doch: Was haben Sie dazu überhaupt beigetragen? Richtig schwierig war die Lage schon; denn wir hören seit Tagen, dass Bayern in jeder Hinsicht spitze ist, dass alle Bayern beneiden.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Jawohl!)

Wenn man vor diesem Hintergrund und in diesem Bewusstsein bei den anderen Bundesländern und im Bund eine Entlastung für Bayern erreichen will, dann ist das sicher-

lich eine schwierige, eine fordernde Aufgabe. Was haben Sie dazu beigetragen? – Sie haben zunächst Forderungen erhoben, zunächst nach vier Millionen Euro Entlastung, später hat es geheißen, es müssten zwei Millionen Euro sein. Das Ziel, über das wir heute nicht mehr zu reden haben, haben Sie aber nicht erreicht. Ihr Haus hat dazu vielleicht Informationen beigetragen, mehr aber nicht. Als großer Stratege hätten Sie sich da unter Beweis stellen können. Das ist Ihnen aber nicht gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gelingt Ihnen am allerwenigsten in der Landesentwicklung. Auch die Landesentwicklung ist nur dann kraftvoll und erfolgreich zu meistern, wenn man die Aufgaben über die Ministerien hinweg koordiniert. Das ist eben auch ein Fall für Strategen. Das Thema Breitband, das auch dazu gehört, habe ich benannt und anerkannt. Ich habe aber auch aufgezeigt, welche Hausaufgaben hier mittlerweile versäumt werden.

Die Behördenverlagerung unterstützen wir. Wir halten sie auch für richtig, auch in Ihrem Zuständigkeitsbereich. Ich verweise auf die Finanzschule Nord in Kronach, die Finanzschule Ansbach. Beide wurden mit viel Geld ausgestattet. Das ist richtig und wichtig, doch auch da haben wir von Anfang an eine Strategie, einen Zeit- und Finanzierungsplan, einen Masterplan eingefordert. Sie haben sich dem bislang verweigert. Immerhin haben Sie zuletzt im Haushaltsausschuss für Anfang 2017 einen Bericht über den derzeitigen Stand der Planungen zu den Behördenverlagerungen zugesagt. Auf den warten wir gespannt.

Gestern hat Staatsminister Helmut Brunner bei der Beratung des Haushalts für die Landwirtschaft gesagt, er sei der Heimatminister des ländlichen Raums. Es sollte Ihnen zu denken geben, wenn andere Kollegen diese Aufgabe im ländlichen Raum übernehmen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir arbeiten teamorientiert! – Volkmar Halbleib

(SPD): Seit wann?)

– Im Team zu arbeiten ist besonders dann wichtig, wenn Einzelne Schwächen zeigen, damit andere das dann kompensieren können. Darum geht es mir jetzt gerade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Ministerpräsident hat am Dienstag von blühenden Landschaften überall in Bayern gesprochen. Überall in Bayern!

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Etwa zur gleichen Zeit erklärt der Heimatminister halb Bayern zu Regionen mit besonderem Handlungsbedarf. An dieser Stelle ergibt sich die Frage: Tut er das auch zu Recht?

(Volkmar Halbleib (SPD): Irgendwas stimmt doch da nicht!)

Das ist keine Strategie. Die Aktion, die Regionen mit besonderem Handlungsbedarf auszuweisen, ist nichts, was Strategie beinhaltet. Auch das ist wieder einmal nichts anderes als eine substanzlose Show.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das führt letztlich zur Förderung mit der Gießkanne anstatt zu zielgenauer Unterstützung der besonders unterstützungswürdigen Regionen. Dasselbe Thema müssten wir bei den zentralen Orten in der Landesplanung beklagen. Der zuständige Minister plant, die ohnehin schon bestehenden 900 zentralen Orte um 59 weitere auszuweiten. Damit ist dann jede zweite Gemeinde in Bayern ein zentraler Ort. Was ist seine Strategie? – Seine Strategie ist, 59 weiteren Gemeinden einen Anerkennungsbescheid auszuhandigen. Das hat mit substanzvoller Landesplanung und Gestaltung aber leider nichts zu tun. Wenn Sie gestaltende Landesplanung wirklich ernst meinten, dann wäre eine Reduzierung und Konzentration bei den zentralen Orten notwendig und dann eine staatliche Förderung. Die Landesplanung ist nun einmal etwas Überfachliches,

sehr geehrter Herr Staatsminister. Da könnten Sie als Koordinator zwischen den Ministerien auftreten und steuern.

Ihre Strategie ist in diesen Zeiten hingegen, es sich mit niemandem, aber auch wirklich mit gar niemandem zu verscherzen. In diesem Zusammenhang haben Sie im Haushaltsausschuss auch erklärt, bei Einsparungsfragen würden Sie die eine oder andere Stelle in anderen Ressorts durchaus hinterfragen wollen. Sie wollten aber die Harmonie in der Staatsregierung nicht stören. Harmonie per se ist aber, wenn es um die Sache geht, wenn es um die Menschen in Bayern geht, kein Wert an sich. Führen, steuern, koordinieren, Strategien umsetzen, die Richtlinienkompetenz ausüben, das wäre in der Landesplanung vonnöten. Hier müssen wir aber leider eine Fehlanzeige konstatieren.

Wir erwarten in der Landesplanung endlich Antworten darauf, wie es in der Grundversorgung aussieht, wie die Gesundheitsinfrastruktur, wie die Hausärzteversorgung in allen Bereich Bayerns gesichert werden soll. Wir brauchen flächendeckende Betreuungsangebote, und zwar für Jung und Alt. Das ist ein Thema, das gerade in den ländlichen Regionen, in den wirtschaftsschwächeren Gebieten, von den jungen Leuten besonders genau beobachtet wird. Sie fragen: Was können wir erwarten? Wohin geht die Entwicklung? Können wir sicher sein, dass wir auch in 10 oder 20 Jahren die Infrastruktur zum Leben haben, die wir für uns und unsere Kinder brauchen? – Da ist eine Konzeption gefragt, da wird eine Strategie gebraucht. Fotos, Förderbescheide und bunte Papiere reichen dafür nicht aus.

Wir können Einzelplan 06 des Haushalts deshalb nicht zustimmen. Das werden Sie angesichts dieser Diagnose verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Mütze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen, Herr Präsident, guten Morgen, Herr Minister! Wir müssen über Steuern reden, wenn der Minister schon mal da ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hat uns Minister Söder nicht schon alles an steuerpolitischen Errungenschaften versprochen: Fleißbonus, Pauschbetrag erhöhen, Hightech-Bonus, Bayern-Tarif, Regionalisierung der Erbschaftsteuer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist tatsächlich passiert? – Anpassung des Grundfreibetrags und Absenkung eines Bruchteils der kalten Progression, die sich seit 2005 angestaut hat. Eine echte Steuerentlastung, lieber Herr Minister, ist das nicht. Den einzigen Erfolg, der auf dieser Seite zu konstatieren wäre, den Länderfinanzausgleich, hat der Ministerpräsident verhandelt. Daran war der Minister auch nicht beteiligt. So ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt jetzt noch eine völlig verkorkste Erbschaftsteuerreform, die außer mehr Bürokratie nichts bringt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Was kommt 2017? – Die größte Steuersenkung aller Zeiten, nach zwölf Jahren Regierungsbeteiligung der CSU in Berlin, nach zwölf Jahren steuerpolitischen Stillstands. Ich korrigiere: kein Stillstand; Sie haben ja die Umsatzsteuer um 3 % erhöht. Von wegen: Wir senken die Steuern, keine Steuererhöhung mit der CSU. – Auch das ist eine der vielen Behauptungen, die nicht wahr sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steuerpolitisch möglich wären eine Entlastung mittlerer Einkommen mit Gegenfinanzierung und eine gerechte Familienförderung, die Kinderarmut verhindert, die es auch in Bayern gibt, und die die Benachteiligung von alleinerziehenden unverheirateten

Paaren und von Paaren, die sich die Erwerbs- oder Sorgearbeit partnerschaftlich teilen, beendet. Alle sollen nach unserer Meinung ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Daher wollen wir nicht nur anders besteuern, sondern auch Steuersümpfe austrocknen und das Steuersystem vereinfachen. Doch bislang sind die deutschen Finanzämter den großen Steuerabteilungen der Konzerne, die die Geschäfte unter anderem nach Panama vermitteln, oft hoffnungslos unterlegen. Ähnlich wie andere Staaten, die es bereits erfolgreich praktizieren, setzen wir uns daher für eine bundesweite Steuerfahndung mit Spezialeinheiten für große, multinationale Unternehmen und reiche Privatpersonen ein.

Ebenfalls helfen würde eine Vereinfachung des Steuersystems mit weniger Formulare und weniger Fragen. So könnte man über die Erhöhung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter den bürokratischen Aufwand reduzieren und viele selbstständige und mittelständische Unternehmen entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht den Erbschaftsteuereinkompromiss, Ihren Kompromiss, auch wieder für verfassungswidrig erklärt. Dann müssen eben wir GRÜNEN eine Erbschaftsteuer entwickeln, die einfach und gerecht ist und keine Zweifel daran aufkommen lässt, dass sie verfassungskonform ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine sogenannte synthetische Erbschaftsteuer mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle Vermögensarten kann die Ungerechtigkeit, die Sie jetzt wieder beschlossen haben, auflösen. Wir wollen eine Abschaffung vieler Steuervergünstigungen, einen einheitlichen Steuersatz von circa 15 % und unveränderte Freibeträge, damit das Wohneigentum, etwa Omas Häuschen, mit dem Sie immer hausieren gehen, in der Familie unverändert übertragen werden kann. Die tatsächliche Erbschaftsteuerbelastung steigt dann mit der Höhe des Vermögens natürlich. So soll es sein. Eine Gestaltung ist nicht mehr möglich. Eine Stundungsoption auch über

15 Jahre kann in diesem Fall, bei einem Steuersatz von 15 %, von jedem Betrieb getragen werden.

Der Anteil der Erbschaftsteuer aus hohen Erbschaften würde dadurch deutlich steigen, da sich die Umgehungsmöglichkeiten in Luft aufgelöst hätten. Diese Erbschaftsteuer, unsere Erbschaftsteuer, wäre einfach, ergiebig und gerecht. Damit kann bei einem Steuersatz von etwa 10 % ein Aufkommen von sechs Milliarden Euro erreicht werden. Das sagt auch das DIW. Das wäre eine Erbschaftsteuer, mit der man wirklich arbeiten kann.

Dass keiner mehr zahlen soll, wie Sie das immer vor sich hertragen, halten wir bei einer Steuerreform für falsch und populistisch. Steuer vermeidende Konzerne wie Starbucks, Amazon, Google und Apple, über die Sie, Herr Minister, gerne die Hand halten, sollen selbstverständlich mehr zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Unterschied zwischen CSU und GRÜNEN besteht darin, dass wir machbare und vor allen Dingen finanzierbare Konzepte machen, während die CSU das Blaue vom Himmel verspricht, ohne Gegenfinanzierung. Ob das finanzierbar ist, spielt keine Rolle. Nach der Wahl ist es eh egal.

(Lachen bei der CSU)

Wir brauchen keine wiederholten billigen Wahlversprechen mehr, Herr Minister. Sie haben gesagt, Sie wollen die kalte Progression und den Soli abschaffen. Ich bin gespannt, was davon nach der Wahl noch übrig bleibt.

Aber sehen wir uns den Haushalt an, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht dass Sie fragen: Was ist denn zum Haushalt gesagt? – Ein Blick in den Haushalt macht deutlich: Die CSU kann trotz der hohen Einnahmen und trotz der hohen Finanzkraft nur einen defizitären Haushalt aufstellen. Sie greifen wieder in die Rücklagen, um Ihren Haushalt finanzieren zu können. Glaubwürdig sind Ihre Ankündigungen daher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was brauchen wir für eine gerechte Steuerpolitik auch in Bayern? – Wir brauchen eine personell und technisch gut ausgestattete Finanzverwaltung. Die Arbeit daran haben Ihre Vorgänger schleifen lassen. Sie haben nun begonnen, das Problem anzugehen. Mit den 900 Anwarterstellen, die Sie in diesen Haushalt eingestellt haben, haben Sie uns tatsächlich überrascht. Aber das darf natürlich kein Einzelfall bleiben, Herr Minister. Das muss jetzt verstetigt werden; das brauchen wir jedes Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat in den letzten zehn Jahren an Bevölkerung, an Unternehmen und an Wirtschaftskraft gewonnen. Aber im Jahr 2006 gab es in Bayern 16.521 Beamten- und Arbeitnehmerstellen in der Steuerverwaltung, und heute gibt es davon 16.438. Das ist ein einfaches Rechenbeispiel. Wir haben weniger als vor zehn Jahren, ganz zu schweigen vom Personal-Ist, das noch einmal 1.500 Vollzeitstellen darunter liegt. Das können Sie gerne nachlesen.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Haushaltsantrag zu sehen. Es kann nicht angehen, dass man die Verwaltung noch mehr schwächt, indem man Abordnungen zum Landesamt für Steuern vornimmt, um dort die Löcher zu stopfen. Nein, vielmehr braucht es Personal im Landesamt für Steuern, und das abgeordnete Personal muss wieder zurückkehren, um an der Basis seine Arbeit leisten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man braucht es nicht für ein Steuer-FBI, für CSI Nürnberg oder für was weiß ich, was dem Minister noch alles vor der nächsten Wahl einfällt,

(Zuruf von der CSU: Mehr als euch!)

um vielleicht eine Fortsetzungsserie zu begründen, keine Ahnung.

Zur Heimatstrategie: 700 Stellen schaffen Sie zusätzlich, weil kaum Beschäftigte bereit sind, sich Ihrer Heimatstrategie anzuschließen und im wahrsten Sinne des Wortes dabei mitzugehen. Ihnen ist es auch egal, ob Sie die Verwaltung damit insgesamt schwächen. Beispiel Landesamt für Statistik: War es sinnvoll, das Landesamt für Statistik nach Nürnberg zu verlegen? Diese Frage kann man stellen.

(Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung!)

Das hat das Landesamt definitiv für Jahre personell geschwächt. Das müssen Sie zugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Landesplanung wird mein Kollege Martin Stümpfig noch etwas sagen. Aber ein Bonmot möchte ich Ihnen gerne noch mitteilen. Gestern hat der Justizminister Bausback sich hier vehement gegen die Weihnachtsamnestie gewehrt. Er hat gesagt: Der Zeitpunkt der Entlassung eines Strafgefangenen sei keine Frage der Jahreszeit. – Der Minister war entsetzt, dass es in anderen Bundesländern so funktioniert. Der Minister Söder ist da etwas großzügiger, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf zitieren: Auch in diesem Jahr wollen bayerische Finanzämter von Weihnachten bis Neujahr einen Gang zurückschalten und Vollstreckungsmaßnahmen aussetzen. Die Mitarbeiter würden von Maßnahmen absehen, die als Belastung empfunden werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Minister zeigt wie immer ein Herz für Steuervermeider und Steuergestalter. Dazu ist kein weiterer Kommentar notwendig.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat der Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde versuchen, mich den positiven Ausführungen meines Vorredners, Herrn Mütze, anzuschließen, was unseren Herrn Söder betrifft.

Dieser Heimatatlas ist kein Zukunftsatlas, wie Herr Herold heute Morgen den Ministerpräsidenten wiedergab; denn gerade das Heimatministerium plant eine Betonierung unserer Zukunft. Die Schaffung eines Heimatministeriums und die Ernennung von Markus Söder zu seinem Chef waren die schwersten Schläge, die unsere Heimat und die Landesentwicklung einstecken mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Herr Söder, Sie sind der Heimat-Shrek. "Shrek" ohne "c", weil Sie mit dem "C" bei der CSU nichts anfangen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Mei o mei! Das ist schon Panik!)

Der Veitshöchheimer Fasching ist aber vorbei, Herr Söder. Es wird Zeit, dass Sie wieder in die Realität zurückkehren. Hören Sie auf damit, sich in unserer Heimat immer wie eine Axt im Wald auszutoben und sie zu zerstören. Ihre populistische Politik ist keine Strukturpolitik. Der ländliche Raum wird bei Ihrer Ego-Tour auf der Suche nach dem nächsten Like-Häkchen bei Facebook erst recht nicht gestützt. Man kann Sie nicht ernst nehmen. Das sagen nicht nur wir GRÜNEN. Ihr neuester Clou, die Änderung des Landesentwicklungsprogrammes und die Abschaffung des Anbindegebotes, stößt auf sehr viel Widerstand. Sie setzen auf Asphalt statt auf Natur, auf Betonwüsten statt auf ländliche Kulturlandschaft.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir setzen im Gegensatz zu euch auf Zukunft!)

Wollen Sie hören, wer alles in Bayern nicht einverstanden ist mit dem Ausverkauf unserer Heimat?

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nein! – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Oh Mann!)

Die Liste ist wirklich lang und eindrucksvoll: die Bayerische Akademie Ländlicher Raum,

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ja, ja!)

die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, die Bayerische Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten, der Bayerische Verein für Heimatpflege, der Bund Naturschutz in Bayern, die Alpenvereinigung CIPRA, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, die Bayerische Ingenieurekammer, der Bayerische Städtetag und zu guter Letzt ganz viele Kommunen in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch die Meinungen all dieser Expertinnen und Experten interessieren den Minister nicht. Sie touren nach wie vor durchs Land und verteilen Ihre Förderbescheide, wie man hier schon von vielen Rednern gehört hat. Ihnen geht es nur um Ihre eigene populistische Politik. Anscheinend sind Ihnen aber jetzt die Termine ausgegangen; denn Sie haben auf einen Schlag den Raum mit besonderem Handlungsbedarf auf halb Bayern ausgeweitet. Jetzt können Sie dort fleißig weiter touren. Man hört, wie gestern oft, in Bayern immer ein Loblied von der CSU. Dann ist es verwunderlich, dass wir in Bayern jetzt 50 % Raum mit besonderem Handlungsbedarf haben. Herr Herold, Sie haben heute Morgen Weißenburg-Gunzenhausen angesprochen. Das ist nach meiner Einschätzung wirklich ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf in unserer Region. Für Weißenburg-Gunzenhausen bedeutet es eine tatsächliche Verschlechterung, wenn jetzt halb Bayern wie mit der Gießkanne bedacht wird,

(Hans Herold (CSU): Landesamt für Schule!)

zum Beispiel auch der Raum Aschaffenburg, der wirklich prosperierend ist, wo mein Kollege Mütze herkommt. Dieser Raum wird mit Weißenburg-Gunzenhausen in einen Topf geworfen. Da versteht jemand überhaupt nichts von Strukturpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der nächste Punkt sind die Zentralen Orte. Das ist eigentlich ein sinnvolles Steuerungsinstrument für eine gute Entwicklung im Land. Aber auch dieses Steuerungsinstrument wird von Herrn Söder aufgegeben. Er will niemandem weh tun. Aber das ist genau das Gegenteil. Hier haben wir keine Steuerung unserer Landesfinanzmittel mehr, sondern es geht wieder alles in die Gießkanne. Wir bräuchten eigentlich eine Stärkung und eine personelle Aufstockung unserer regionalen Planungsverbände. Hierzu finden wir im Haushalt nur ein paar wenige Zuschüsse. Aber diese 16 Planungsverbände müssen mit hauptamtlichen Kräften gestärkt werden. Sie müssen der Mittelpunkt sein. Sie müssen die Koordination machen, die kommunale Allianz unterstützen, Projekte entwickeln und Bürgerbeteiligungen vorbereiten. Hier gibt es sehr viel zu tun. Das wäre mehr als sinnvoll.

Es bleibt festzuhalten: Der Heimatminister hat seinen Namen nicht verdient. Er hat kein Konzept für eine gesunde und nachhaltige Entwicklung Bayerns. Er hat kein Konzept für eine Finanzierung unserer finanzschwachen Kommunen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Jämmerlich! Wo leben Sie denn eigentlich?)

Er hat nicht den Mumm, für vorausschauende Leitplanken in der Landesplanung zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wahnsinn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun noch mal der Kollege Herold von der CSU das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Rest meiner Redezeit möchte ich Ihnen sagen, Herr Stümpfig: Mit diesen Bemerkungen zu unserem Herrn Staatsminister haben Sie sich selber abqualifiziert.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Harald Güller, ich muss ehrlich sagen, dass wir im Haushaltsausschuss gut zusammenarbeiten; aber Ihre Bemerkung zu unserer Staatsministerin Melanie Huml weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage aus voller Überzeugung: Die Verlagerung unseres Gesundheitsministeriums nach Nürnberg war eine gute und wichtige Strukturentscheidung für Mittelfranken und Nürnberg, weil nämlich Nürnberg – Sie wissen, wer Nürnberg seit vielen Jahren regiert – eine der höchsten Arbeitslosenquoten in ganz Bayern hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich komme zu den Ausführungen des Kollegen Thomas Mütze. Lieber Thomas, das war wieder typisch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr seid eine Partei der Steuererhöhungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Anträge der Opposition belaufen sich auf 4,5 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir diesen Anträgen beigespflichtet hätten, würden wir in einigen Jahren dort stehen, wo derzeit Nordrhein-Westfalen steht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Genau!)

Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Herold, die Kollegin Stamm würde gern eine Zwischenfrage an Sie stellen.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, am Ende bitte. – Ich bringe ganz kurz den Hinweis in Bezug auf die Halbierung der staatlichen Wohnraumförde-

rung, was gestern vom Herrn Fraktionsvorsitzenden Rinderspacher und soeben vom Kollegen Güller veröffentlicht wurde. Ich glaube, Sie haben die falschen Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Doppelhaushalt stehen insgesamt 870 Millionen Euro für Wohnraumförderung zur Verfügung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vom Bund aus! Das sind Bundesmittel!)

Hinzu kommt ein Bewilligungsrahmen für kommunale Wohnraumförderung und für die Förderung von Studentenwohnraum. Damit haben wir insgesamt 617 Millionen Euro und somit 1,23 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2017/2018. Das geschieht natürlich auch mit Unterstützung des Bundes. Das ist klar.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Zunächst hat sich die Kollegin Stamm zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort. – Anschließend kommt der Kollege Güller. Auch er hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter, geschätzter Kollege Herold, ich glaube, was die Zusammenarbeit im Ausschuss anbelangt, sind wir hier alle einer Meinung. Aber gerade bei Haushaltsberatungen finde ich es wichtig, alles beim Namen zu nennen und ehrlich zu sein. Sie reden von diesem angeblich tollen Umzug des Gesundheitsministeriums. Da würde es dazugehören, dass Sie gleichzeitig sagen, dass 150 Stellen aus Nürnberg wegverlagert werden. Das heißt, wir wissen noch nicht, wie viele Stellen mit dem Gesundheitsministerium nach Nürnberg verlagert werden. Wir wissen aber sehr wohl – ich bin übrigens hier, Herr Herold –

(Hans Herold (CSU): Ja, weiß ich!)

dass 150 Stellen wegverlagert werden. Das zu sagen, würde der Ehrlichkeit und dem Anstand dienen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das sagen die Richtigen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich kann mich nur wiederholen. Das habe ich vorhin sehr deutlich gesagt. Diese Behördenverlagerungen, die durchgeführt werden und schon durchgeführt wurden, insbesondere zum Beispiel die Verlagerung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik nach Fürth, sind für unseren Bereich, insbesondere West-Mittelfranken, aber auch ganz Mittelfranken, ein großer Gewinn. Ich sage es nochmal: Ich bin sehr glücklich über diese Entscheidung,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

das Gesundheitsministerium nach Nürnberg zu verlagern. Ich wiederhole mich: Es muss niemand nach Nürnberg mitgehen. Alles geschieht auf freiwilliger Basis.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat nun Herr Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Herold, ich komme noch mal zum Thema Wohnungsbau. Die ganze Wahrheit ist nun mal, dass die Koalition in Berlin auf Drängen der SPD richtigerweise beschlossen hat, rund 500 Millionen Euro mehr pro Jahr für den sozialen Wohnungsbau in Deutschland auszugeben. Davon gehen 77 Millionen Euro an den Freistaat Bayern. Diese sind selbstverständlich im Haushalt etatisiert.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Aber diese 77 Millionen Euro kommen nicht komplett beim Wohnungsbau in Bayern an. Die Wohnungsbaumittel des Freistaats Bayern gehen um 72 Millionen Euro, um 21 Millionen Euro zurück. Das heißt, die 77 Millionen Euro kommen nicht voll im Bayerischen Wohnungsbau an. Sie putzen sich die Finger im bayerischen Staatshaushalt

am Geld der Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau ab. Dieses Geld kommt den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern nicht zugute. Das kritisieren wir.

Wir kritisieren auch, dass Sie im Jahr 2017 selbst zu dieser Quote nur kommen, weil die Eigenmittel der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt nochmals um 50 Millionen Euro erhöht werden. Sonst würden Sie sogar 71 Millionen Euro aus Berlin nicht weitergeben. Das finden wir für politisch falsch und für einen der größten Fehler, den man auf dem derzeit angespannten Wohnungsmarkt machen kann. Die Mieterinnen und Mieter müssen wissen, wer an der Wohnraumknappheit in ganz Bayern schuld ist.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie hätten auch München erwähnen sollen, Herr Güller. Aber ich bin in dieser Angelegenheit ganz gut vorbereitet und möchte Ihnen dazu etwas konkret vortragen, weil ich noch genügend Zeit habe zu antworten. – In der Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung werden die Mittel – auch mithilfe des Bundes; da pflichte ich Ihnen bei, Herr Güller – um 66 Millionen Euro auf rund 468 Millionen Euro aufgestockt. Wir helfen als Freistaat Bayern genauso wie der Bund unseren Kommunen bei der Behebung von Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen Bayerns; ich nenne das Stichwort Landeshauptstadt München.

Wir führen das im Jahr 2016 aufgelegte kommunale Wohnraumförderprogramm von jährlich 150 Millionen Euro quasi unverändert fort. Das heißt, wir haben im Bereich Wohnungsbau allein 618 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Wir helfen aber auch – das wurde immer wieder angesprochen – unseren Staatsbediensteten bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, logischerweise insbesondere in München.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit dem im Oktober 2015 beschlossenen Maßnahmenpaket zum Wohnungsbau in Bayern werden in München bis zum Jahr 2020 1.000 Wohnungen durch die Stadibau auf den Weg gebracht. Bereits im Nachtragshaushalt 2016 – das wissen Sie doch, Herr Güller – wurden die ersten Schritte zur Umsetzung des Bauprogramms eingeleitet, insbesondere durch die Veranschlagung von Förderdarlehen. Im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 – das habe ich schon mehrfach erwähnt – werden die Ausgabemittel mit jährlich 20 Millionen Euro fortgeführt. Zudem sind auch Verpflichtungsermächtigungen von 40 Millionen Euro im Jahr 2017 und von 30 Millionen Euro im Jahr 2018 vorgesehen.

Die Stadibau – das wissen Sie auch, Herr Güller – arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Planung und Umsetzung. Wir bauen ja im Jahr 2017 voraussichtlich im Prinz-Eugen-Park, in der Erzgießereistraße, in der Lindwurmstraße, in der Soyerhofstraße und in Freiham und hoffen sehr darauf – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass uns dabei die Landeshauptstadt München durch Baurecht unterstützt. Das heißt konkret, dass wir insgesamt über 1,2 Milliarden Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 17/13296 betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt hat der Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier wird sehr genau zugehört, welche vermeintlichen Verbesserungsideen Sie haben und wie Sie Bayern beschreiben. Eines kann ich Ihnen sagen: Nach meiner festen Überzeugung leben Sie in einer Scheinwelt mit post-

faktischen Wahrnehmungsverzerrungen. Bayern ist anders, als Sie das hier beschreiben, und zwar ganz anders.

(Beifall bei der CSU)

Gute Ideen sind willkommen. Aber nutzloses Gemotze wird dem Niveau dieses Parlaments nicht gerecht. Wir brauchen an dieser Stelle Qualität und nicht nur neidische Ideen.

(Beifall bei der CSU – Christine Kamm (GRÜNE): Was Sie jetzt machen, ist unanständig!)

– Das sagen immer die Richtigen. Dieser Haushalt versucht, genau das zu machen, was die Menschen in dieser Zeit erwarten. Obwohl es uns wirtschaftlich doch wirklich gut geht, so gut wie nie, sind die Menschen tief verunsichert. Deswegen muss ein Haushalt zweierlei erfüllen. Er muss zum einen eine solide Grundlage schaffen, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Er muss zum Zweiten aber auch eine emotionale Basis für die Zukunft finden, damit die Bevölkerung spürt und weiß, dass sie in unserem Land sicher ist. Wir wollen nicht nur, dass dieses Land Bayern in der Zustandsbeschreibung die Nummer eins ist, sondern uns kommt es auch darauf an, dass Bayern in der Zukunft eine echte, verlässliche Heimat für viele Menschen bietet.

Trotzdem werden wir immer wieder Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellen; denn in den anderen Bundesländern regieren Sozialdemokraten und GRÜNE, und man kann sehen, was das Ergebnis von rot-grüner Politik ist. Bayern ist anders.

(Beifall bei der CSU)

Wir wachsen, und wir werden stärker. Dieser Haushalt ist dafür ein Lackmustest. Wir haben beim Haushalt ein Rekordvolumen, weil wir auch bei den Steuereinnahmen ein Rekordvolumen haben. Trotzdem haben wir – das ist hoch beachtlich – zum zwölften und dreizehnten Mal in Folge keine Neuverschuldung. Wir sind ein Land, das sogar Schulden abbaut. In diesen Zeiten, in denen sich alle über die hohen Ausgaben für

Asyl und für Integration – das sind Ausgaben, die von außen auf uns zukommen – beklagen, schaffen wir es im Inneren, in der Finanzpolitik eine stabile Architektur zu erhalten. Das heißt, wir machen keine Schulden, wir bauen weiter Schulden ab, im Doppelhaushalt – Hans Herold hat es angesprochen – eine weitere Milliarde. Seit 2012 werden – das ist eine Bilanz meiner Arbeit als Finanzminister und unserer Arbeit im Parlament – Schulden in Höhe von rund 3 Milliarden Euro abgebaut. Schauen Sie an, was Nordrhein-Westfalen gemacht hat. In dem Zeitraum, in dem wir 3 Milliarden Euro abbauen, hat Nordrhein-Westfalen 10 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und den anderen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Für Baden-Württemberg ist es etwas weniger, aber ähnlich schmerzhaft. Baden-Württemberg macht im gleichen Zeitraum 3 Milliarden Euro neue Schulden. Das heißt, in der Zeit, in der wir die Schulden pro Bürger um 308 Euro senken, legt Nordrhein-Westfalen um 500 Euro zu, und selbst Baden-Württemberg verschuldet sich pro Kopf um 167 Euro neu. Das heißt, alle Kinder, die in anderen Bundesländern geboren werden, bekommen täglich neue Schulden aufgebürdet, und unsere Kinder bekommen täglich neue Zukunftschancen. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Aber es ist nicht so, dass wir Meister Sparhans wären; das wäre zu wenig. Wir investieren gleichzeitig in die Dinge, von denen wir glauben, dass sie für unser Land wichtig sind, in Infrastruktur, in Bildung und in Sicherheit.

Zur Sicherheit noch ein Nachtrag, weil da oft kritisiert wird, auch in der letzten und in dieser Woche. Wenn Sie sich die anderen Bundesländer anschauen, spüren Sie doch die Erwartungshaltung der Menschen, dass die Investition in Sicherheit wichtig ist. Wir hatten eine Zeitlang die Kontrolle über unsere Grenzen verloren. Aber jetzt beginnen wir, in einigen Teilen Deutschlands die Kontrolle über öffentliche Plätze, Straßen und

Stadtviertel zu verlieren. Das darf sich ein Staat nicht gefallen lassen, meine Damen und Herren. Das ist eine Ursünde für den Staat.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass alle Investitionen in Polizei und Sicherheit für unser Land grundlegend wichtig sind. Alle anderen Bundesländer sollten da nachlegen.

Aber wir investieren nicht nur in die Sicherheit, sondern ganz bewusst auch im Land, und zwar mit einer grundlegenden anderen Philosophie, als Herr Stümpfig und andere sie haben. Wir wollen zukünftig keinen weiteren bayerischen Extremzentralismus, in dem der ländliche Raum, wie in einigen Teilen Deutschlands beginnend, nicht im Fokus der Betrachtung steht, nicht beachtet wird und verödet. Alles, was die Mehrheit des Hohen Hauses und die Staatsregierung in den letzten Jahren gemacht haben, zielt elementar darauf ab zu verhindern, dass immer noch mehr in immer stärker wachsende Ballungsräume ziehen, sodass Menschen die Perspektive haben, in ihrer Heimat vor Ort leben zu können. Wir nehmen den ländlichen Raum ernst und belehren ihn nicht ständig, wie es die anderen gerne machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass viele, die vom ländlichen Raum reden, ihn gar nicht kennen. Uns vorzuwerfen, dass wir uns mit Bürgermeistern unterhalten und mit ihnen über ihre Sorgen sprechen, ist ja geradezu absurd und undemokratisch, meine Damen und Herren. Die Bürgermeister, die Gemeinderäte, die Kommunalpolitiker im Land sind doch diejenigen, die wissen, was draußen vor Ort stattfindet. Es ist doch eine urdemokratische Aufgabe des Landtags, auf diejenigen zu hören, die vor Ort Verantwortung tragen, meine Damen und Herren, und nicht nur im Elfenbeinturm hier im Landtag zu philosophieren.

(Beifall bei der CSU)

Ja, dort investieren wir, dort tun wir etwas. Bei 11 % Versiegelung des Landes und angesichts der Beschwer vieler Kommunalpolitiker, dass sie nicht einmal mehr in der Lage seien, kleinste Betriebe anzusiedeln, müssen wir ihnen doch helfen. Da können wir doch nicht sagen: Das interessiert uns nicht.

Wollen wir Verkehrsinfarkte in den Großstädten wirklich weiter befördern? Wollen wir die klimaschädlichen Auswirkungen von täglich Tausenden, Hunderttausenden Pendlern haben?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wenn es dann darum geht, die Förderkulisse im ländlichen Raum zu verbreitern, sagt Herr Stümpfig: Also dort, wo ich wohne, finde ich es gut, dass der RmbH kommt, aber dort, wo Herr Mütze wohnt, finde ich es schlecht. – Mit solch einem Neid werden wir das Land nicht stärken, meine Damen und Herren. Es gibt mehr für viele, und das ist das entscheidende Motto an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben einige Berufsgruppen aufgezählt, die Kritik am Landesentwicklungsprogramm üben. Ich sage Ihnen sehr offen: Wir nehmen das alles ernst und bewerten es noch einmal. Der Gemeindetag hält das aber für richtig – einige Bürgermeister meinen übrigens, an dieser Stelle müsse man fast noch mehr tun –, und auch der Landkreistag sagt das und die Vbw.

Wir spüren eines – und hier sind viele Kollegen, die vor Ort wirken und das bemerken könnten: All die Aktivitäten, die wir Woche für Woche im ländlichen Raum unternehmen, führen nicht nur zu einer Infrastrukturstärkung, sie führen auch zu Motivation. Diese Motivation durch das Ernstnehmen der Bevölkerung im ländlichen Raum, meine Damen und Herren, halte ich für den Grundstil der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags für ganz elementar.

Nur nebenbei bemerkt: Wenn ich irgendwo draußen einen Förderbescheid übergebe, muss ich mich in der Regel dagegen wehren, dass mir Oppositionsabgeordnete auf die Füße hüpfen, weil sie auch auf einem Foto sein wollen. Das ist doch die Realität draußen im Land.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Deswegen setzen wir das fort. Ich bin wirklich der festen Überzeugung, dass das richtig ist – nicht das Beihüpfen, sondern die Strategie.

(Heiterkeit bei der CSU)

Beim Thema Breitband muss man auch einmal zurückblicken. Es ist in Ordnung, wenn man mehr fordert; da gibt es kein Problem, Herr Güller, das ist in Ordnung. Wir machen uns übrigens auch Gedanken darüber, wie wir das im Rahmen der EU-Förderung noch verbessern können. Wir werden Anfang Januar oder Februar, glaube ich, auch noch ein paar neue Dinge vorstellen können.

Nur einmal zur Bilanz: Vor zwei oder drei Jahren hieß es: alles Chaos. Wir holen im Land mit Siebenmeilenstiefeln auf, bei einer schwierigen Topografie und obwohl wir zu Beginn von der Telekommunikationsindustrie alleingelassen wurden. Das ist doch die Wahrheit – die haben nichts gemacht.

Jetzt haben wir es geschafft, dass 96 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren sind. Auch Großstädte wie Nürnberg kommen plötzlich und sagen: Am Stadtrand könnten wir etwas brauchen. In den letzten zwei Jahren haben wir in Bayern insgesamt 900.000 Haushalte neu ans Internet angeschlossen, das sind mehr, als Mecklenburg-Vorpommern hat. Wir haben 24.500 Kilometer Glasfaserkabel verlegt, meine Damen und Herren.

Wenn ich das noch ergänzen darf – du hast es angesprochen, lieber Hans Herold –: In Anbetracht des Themas WLAN, das noch hinzukommt, und der Aktivitäten überall kann ich nur sagen: In anderen Bundesländern wird auch etwas getan, die schlafen

auch nicht. Aber dass wir, vom fast letzten Platz kommend, Woche für Woche aufholen und uns Woche für Woche verstärken, zeigt, dass wir eines beherzigen: In Bayern soll es keine zwei Geschwindigkeiten der Digitalisierung geben. Alle Bayern sollen online sein, nicht nur die Münchner und Nürnberger, sondern jeder Bürger im Land muss die gleichen digitalen Rechte bekommen. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU)

Zur Behördenverlagerung: Es ist immer richtig nachzufragen. Als wir mit diesem Projekt begonnen haben, gab es zwei grundsätzliche Kritiken. Erstens: Was bringt das denn überhaupt? – Das kam vor allem von den GRÜNEN. Es sei schlecht, Beamte aus München heraus zu verlagern, das müsse doch nicht sein usw. Ich bleibe dabei: In Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten von gewachsenen Möglichkeiten im ländlichen Raum ist es doch möglich und geradezu sinnvoll, dass sich nicht alles in München ballt.

Wir haben mehr Versetzungswünsche aus München heraus als nach München hinein – nicht ganz überraschend, wenn man einmal die Lebenshaltungskosten anschaut. Viele Leute sind froh, dass sie wieder in ihrer Heimat leben und arbeiten können, wenn es um Familie oder Familiengründung geht. Deswegen ist die Grundidee richtig. Schauen Sie sich überall um. Herr Muthmann, Sie wissen es: Als wir in Grafenau waren, konnten wir feststellen, was sich allein in den letzten zwei Jahren an Neuan siedlungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Behörden getan hat. Da lebt eine Gemeinde wieder.

Meine Damen und Herren, Verödung heißt: alles in München. Stärkung heißt, auch den ländlichen Raum ein Stück weit stärken. Das lassen wir uns nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Großstädte mehr als jedes andere Bundesland, ob kulturell oder im Verkehrsbereich: Stammstrecke, Konzertsaal, Hochschulen, große Zentren für Digi-

talisierung. Mehr tun die anderen auf keinen Fall. Das passt auch zu dieser leistungsfähigen Kapitale München. Dabei lassen wir den ländlichen Raum aber nicht außer Acht.

Die Behördenverlagerung managen wir so intelligent, meine Damen und Herren, dass meistens sogar neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden, weil wir im Stellenmanagement Dienstposten, deren Inhaber hier in München in Pension gehen, dann verlagern.

Wie sieht es aus? 50 Behörden wurden angekündigt, und was haben wir jetzt? – In allen Projekten wurde das Flächenmanagementverfahren eingeleitet. 75 % der Projekte konnten zum Teil auch schon die passenden Unterbringungen für Behörden organisieren. Wir haben 2015 und 2016 schon 28 Behörden mit mehr als 200 Beschäftigten verlagert. 2017 und 2018 werden weitere folgen, indem wir 300 Beschäftigte und 260 Studierende verlagern. Stück für Stück geht es voran.

Wenn man irgendwo bei einem entsprechenden Termin dabei war und gesehen hat, wie das angenommen wird – etwa am letzten Freitag in Oberfranken, bei dem Demografie-Kompetenzzentrum, das wir einrichten, oder in Kronach, wohin sich die Finanzhochschule entwickelt –, dann spürt man geradezu einen Impuls. In diese Gemeinden kommen junge Leute, kommen neue Leute, es gibt Versorgung.

Meine Damen und Herren, was kann besser sein und was könnten wir uns mehr wünschen, als dass in den Gemeinden Aufbruchsstimmung herrscht? Schlechte Stimmung auf dieser Seite des Landtags ist mir lieber als eine schlechte Stimmung draußen im Land. Wir brauchen draußen die beste Stimmung. Das ist für uns entscheidend und nicht das Gemotze hier.

(Beifall bei der CSU)

Herr Stümpfig, wir sprechen heute Nachmittag über das FAG. Hier wird gesagt, wir würden die Kommunen bei der Finanzausstattung schlecht behandeln – Herr Muth-

mann hat das nicht getan; vielleicht sagt er es heute Nachmittag noch. Doch woanders leiden und darben Landkreis-, Städte- und Gemeindetage. Bei uns haben wir ein Rekord-FAG. Das hat Peter Winter mit verhandelt. Wir haben die höchste Summe an Stabilisierungshilfen.

(Peter Winter (CSU): So ist es!)

Wir werden am Freitag, also morgen, die Schlüsselzuweisungen verteilen. Da werden Sie ganz wenige erleben, die sagen, das sei eine schreiende Ungerechtigkeit.

Schauen Sie sich an, dass wir allein zum Thema Asyl noch einmal 112 Millionen Euro in die Hand nehmen, um bei den Bezirken Kostensteigerungen zu verhindern, die sonst zu neuen Kreis- und Bezirksumlagen führen würden. Meine Damen und Herren, welches Bundesland tut das, welches ist so kommunalfreundlich wie der Freistaat Bayern? Ich kenne keines.

(Beifall bei der CSU)

Noch etwas zu den Stellen. Sie haben – das erkenne ich an – festgestellt, dass sich dort etwas verbessert hat. Da hatten wir Nachholbedarf, das sehe auch ich so. Dabei müssen Sie insgesamt immer sehen – und das bitte ich zu bedenken –, dass wir noch Herausforderungen bekommen werden. Was wir in den letzten zwei Jahren und in den nächsten zwei Jahren im Staatshaushalt im Bereich Asyl ausgeben, ist Geld, das wir schon gern irgendwann einmal gehabt hätten – über 9 Milliarden Euro. Das darf man nicht vergessen.

Wenn andere Bundesländer in einer Zeit der Rekordsteuereinnahmen massiv Schulden machen, dann möchte ich nicht wissen, wie es um Deutschland bestellt ist, wenn diese Bundesländer wieder einmal konjunkturell in eine schwierige Situation kommen.

Wir müssen auch sehen: Wir schätzen unseren öffentlichen Dienst sehr, aber es gibt in Bayern auch noch Menschen, die nicht im öffentlichen Dienst sind. In Griechenland

war das zeitweise anders, aber bei uns ist das so. Deswegen, meine Damen und Herren, muss die Balance immer stimmen.

Wir haben in diesem Jahr aufgrund der Sicherheitslage mehr Stellen ausgelobt, als wir in den letzten zehn Jahren abgebaut haben. Trotzdem muss es Aufgabe bleiben, lieber Herr Muthmann, dass der Staat seine Belange so regelt, dass er nicht unbegrenzt neue Stellen schafft, sondern eine vernünftige Balance hält: Man sollte den öffentlichen Dienst stärken und Stellen schaffen, wo man sie braucht, aber eine unbegrenzte Ausweitung ist auch im Hinblick auf die Pensionslasten für die nächste Generation nicht verantwortungsvoll. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Steuer legen wir zu. In diesem Doppelhaushalt gibt es noch einmal über 900 Stellen, davon 800 Anwärterstellen. Hans Herold und Frau Aures waren bei dem Termin mit den neuen jungen Leuten in Nürnberg dabei. Es ist sehr begeisternd, wie viele junge, hoch leidenschaftliche, lustige Menschen in der Steuerverwaltung arbeiten. Das verändert das Image der Finanzverwaltung grundlegend. Das ist toll.

Bei den Stellen der Steuerfahndung haben wir seit 2011 um 30 % zugelegt. Herr Mütze, Sie haben sich beschwert, dass die Sonderkommissionen nichts bringen würden. Natürlich geben diese Sonderkommissionen eine Antwort. Glauben Sie im Ernst, dass es reichen würde, an irgendeinem Finanzamt eine zusätzliche halbe Stelle auszuweisen, wenn wir von internationalen Steuerkartellen herausgefordert werden? Ohne zentrale Einheiten wären wir nicht in der Lage, dagegen vorzugehen. Deswegen sind Sonderkommissionen richtig. Sie geben uns mehr Chancen und erhöhen die Einnahmen des Staates.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Betriebsprüfern haben wir deutlich bessere Ergebnisse als anderswo. Wir sagen aber auch, und dabei bleibt es: Wir müssen nicht jeden kleinen Handwerks-

meister dreimal im Jahr prüfen. Die Mehreinnahmen bekommen wir von den Großen. Da müssen wir ansetzen.

(Beifall bei der CSU)

Noch einmal zu den Beamten, weil dieses Thema im Doppelhaushalt auch wichtig ist. Sie haben es ausgespart. Sie sollen aber sehen, was genau herauskommt. Auch beim öffentlichen Dienst gibt es einen ganz großen Unterschied zwischen uns und anderen Bundesländern. Ich glaube, dass dieser Unterschied für unsere Beamten ganz wichtig ist, er liegt nämlich in der Bezahlung. Schauen Sie sich an, wie Tarifabschlüsse in anderen Bundesländern auf die Beamten übertragen werden, wie die Beamten dort bezahlt werden. Ich nehme als Beispiel einen Steuerbeamten. Ein bayerischer Steuerbeamter der Besoldungsgruppe A 8 in der Endstufe, der verheiratet ist, erhält 2.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Hessen, 2.200 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Niedersachsen, 3.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Rheinland-Pfalz und 4.000 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin. Das ist ehrliche Anteilnahme für den öffentlichen Dienst. Gute Arbeit wird in Bayern gut bezahlt. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Jetzt noch zum Thema Steuern: Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen uns und

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Den anderen Bundesländern!)

den politischen Gruppierungen Rot und Grün. Wissen Sie, was der Hauptunterschied beim Thema Steuern ist? – Es ist das Vertrauen in den Bürger. Sie denken immer daran, möglichst viel Geld vom Bürger krakenhaft zu holen, um es dann in staatlichen Programmen einzusetzen. Wir glauben, dass Geld am besten bei dem aufgehoben ist, der es verdient hat, nämlich beim Bürger. Wir vertrauen unseren Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat man bei der Landesbank gemerkt!)

Lieber Herr Mütze, ich weiß nicht, ob Sie auf Ihrem Parteitag dabei waren.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie auch noch etwas anderes anzubieten als billige Polemik, Herr Söder? – Zurufe von der CSU: Das muss gerade der sagen!)

– Herr von Brunn, es gibt wenig, wo ich zugeben würde, dass jemand anders besser ist. Bei dem Thema sind Sie aber weit vorne, Herr von Brunn. Das haben Sie an der Stelle schon oft bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze hat von den GRÜNEN gesprochen. Auf Ihrem Parteitag wurde Herr Kretschmann – ich dachte immer, er sei Ihr leuchtendes Vorbild – von Jürgen Trittin beschimpft. Jürgen Trittin sagte, Kretschmann sei ein Demagoge. Allein das Sprechtempo Ihrer Ikone Kretschmann ist alles andere als demagogisch, wenn man das sagen darf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie selbst werden doch vom Ministerpräsidenten beschimpft! – Dr. Paul Wengert (SPD): Entscheidend ist nicht das Tempo, sondern der Inhalt, Herr Staatsminister!)

– Das stimmt, Herr Wengert. Danke für den Hinweis. – Der Parteitag der GRÜNEN hat bewusst eine Entscheidung getroffen. Er konnte sich entscheiden. Es gab Konzepte, die auf eine moderate Steuerpolitik hinausgingen. Der Parteitag traf aber nach wuchtiger Debatte die Entscheidung, dass Steuererhöhungen die Grundaussage der GRÜNEN sind. Damit wissen die Bürger, worin der Unterschied bei den Steuern liegt. Die einen wollen die Steuern erhöhen, die anderen wollen dem Bürger etwas zurückgeben. Das ist die Kernfrage der gesamten Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen wollen wir kleinere und mittlere Einkommen entlasten, die kalte Progression abbauen und den Soli schneller verändern. Zum Soli gibt es von der Bundes-SPD wieder Vorschläge, ihn irgendwie zu behalten, ihn anders einzusetzen und neue Programme zu machen. Meine Damen und Herren, kann es uns einmal in Deutschland gelingen, eine Abgabe abzuschaffen, die für eine Aufgabe eingeführt wurde, die sich erledigt hat? Können die Politiker in Deutschland einmal sagen: Aufgabe erledigt, Steuer erledigt, wir bauen sie ab? Das erwarten doch die Bürger von uns. Wir werden unsere Konzeption mit großem Einsatz vertreten.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke allen, die sich bisher an dieser Haushaltsdebatte beteiligt haben. Ich will aber auch die Wahrheit sagen: Was kommen denn immer wieder für Anträge? Herr Güller sagt, man solle sich alle Anträge durchlesen, soll sie gewichten und bewerten. Da hat er Recht. Das machen wir auch. Die GRÜNEN verfolgen beim Haushalt seit Jahren das Konzept, zu Haushaltsanträgen Deckungsvorschläge zu machen. Das muss man zugeben. Die GRÜNEN verlangen zwar Mehrausgaben, machen aber Deckungsvorschläge. Wenn wir aber diesen Vorschlägen folgen würden, würde das Land dem Kahlschlag anheimfallen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ach!)

Die FREIEN WÄHLER haben in guter Tradition 3,2 Milliarden Mehrausgaben gefordert, die durch nichts gedeckt sind. Wir haben jetzt einmal zusammengerechnet – Finanzbeamte machen das gern –, was die SPD in den letzten Jahrzehnten gefordert hat.

(Lachen bei der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Jahrzehnte! So ein Witz!)

Seit 1979 hätten Anträge der SPD ohne Deckungsvorschläge die bayerische Schuldenlast um insgesamt 36,4 Milliarden Euro erhöht. Die Schuldenmacher sitzen da drüben!

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze, Sie sehen: Die Statistikämter funktionieren.

(Zurufe von der SPD: 40 Jahre! So ein Witz! – Unruhe)

Ich freue mich, dass ich Ihre Aufmerksamkeit habe.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielleicht beruhigen wir uns wieder!

(Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich hoffe, Sie überstehen es, ohne den Ältestenrat einberufen zu müssen.

Zusammenfassend sage ich: Der Haushalt, den wir vorlegen, ist eine notarielle Urkunde der Sicherheit und Stabilität. Er ist ein Masterplan für die Zukunft. Er ist eine ausgewogene Balance zwischen Stadt und Land und zwischen Groß und Klein. Er schafft es, die bayerische Heimat zu entwickeln. Wissen Sie, was das Wichtigste ist? – Während anderswo in Deutschland de facto finanziell zurückgebaut wird, gehen wir voran. Es geht in Bayern nicht immer gleich rauf und runter. Es geht aber immer voran. Mit diesem Prozess wollen wir weitermachen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, die beiden Kollegen, die eine Zwischenbemerkung angemeldet haben, haben festgestellt, dass Sie um zwei Minuten und 32 Sekunden länger geredet haben, als es Ihre Redezeit zuließ, und deshalb auf eine Zwischenbemerkung verzichtet. Sie wollen jetzt von der Redezeit, die sie zusätzlich bekommen, Gebrauch machen. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Staatsminister, ganz herzlich. Jetzt hat in der Reihenfolge der Wortmeldungen der Kollege Mütze noch einmal das Wort. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident! Lieber Herr Minister Dr. Söder, es hat uns sehr gefreut, dass Sie dem Bundesparteitag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so aufmerksam gefolgt sind und dass Sie alles gehört haben, was dort gesprochen wurde. Es freut uns auch, dass Sie unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann so überaus gelobt haben.

Wenn Sie meiner Rede zugehört hätten – daran habe ich Zweifel –, dann hätten Sie erfahren, wofür wir eintreten. Wir wollen, dass große, multinationale Konzerne durchaus mit besonderem Aufwand steuerlich geprüft werden. Deswegen sprechen wir uns für eine bundesweite Steuerfahndungsstelle aus, die sozusagen auf Augenhöhe mit den multinationalen Konzernen agieren kann.

Sie haben vielleicht auch gehört, dass ich in meiner Rede die Vermögensteuer nicht erwähnt habe; vielleicht ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse daraus.

Ich habe Ihrer Rede genau zugehört. Sie sprachen davon, dass die GRÜNEN die Steuern erhöhen wollten, und fügten hinzu, dass Sie dieses Vorhaben nicht mittragen würden. – Für wen wollen die GRÜNEN die Steuern erhöhen? Für die Steuervermeider bzw. Steuergestalter, die zu unserem Gemeinwesen weniger beitragen, als sie beitragen könnten – und müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen die Steuervermeider schützen. Das ist der Punkt. Es geht doch gar nicht um die Steuern der kleinen Einzelhändlerin.

(Jürgen W. Heike (CSU): Konkret! Für wen?)

Es geht um diejenigen, die ihr Geld in Panama oder woanders anlegen, damit sie hier ihrer Steuerpflicht nicht nachkommen müssen. So sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Güller das Wort.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, ich möchte gleich zu Beginn auf Ihre humoristischen Ausführungen zu den Anträgen der SPD der vergangenen zehn Jahre eingehen. Wenn wir berücksichtigen, dass Sie im Durchschnitt fünf Jahre brauchen, um einen Antrag der SPD abzukupfern, das heißt abzuschreiben, dann reduziert sich das Ganze auf exakt 7,3 Milliarden Euro. Das ist weniger als das, was Sie in einem Jahr in der Landesbank versenkt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREI-EN WÄHLER)

Die 2,2 Milliarden Euro Zinsen, die wir seit dem von Ihnen verursachten Desaster bezahlt haben, sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Unser Fraktionsvorsitzender, Kollege Rinderspacher, hat sich neulich die Mühe gemacht und zusammengerechnet, welchen Umfang die Steuerversprechungen hatten, die CSU und Staatsregierung im letzten Jahrzehnt machten. Sie wollten – angeblich – 100 Milliarden Euro in Form von Steuersenkungen weitergeben. Angekommen ist davon so ziemlich nichts, Herr Kollege Finanzminister.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich schließe an Herrn Kollegen Mütze an, wenn ich sage: Herr Finanzminister, rhetorisch ist das, was Sie abgeliefert haben, toll. Sie haben behauptet, Sie wollten das Geld am liebsten bei den Bürgerinnen und Bürgern belassen, die es sich verdient haben.

(Florian von Brunn (SPD): Er meint Apple!)

Tatsächlich meinen Sie Starbucks, Apple, die Engelhorn-Milliardenerben und sonstige Milliardäre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie meinen diejenigen, die ihr Geld in Panama anlegen, um hier keine Steuern bezahlen zu müssen. Um diese Gruppen geht es Ihnen tatsächlich, wenn Sie von der "Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen" sprechen.

Sie haben heute wieder von 15 Milliarden Euro Steuerentlastung gesprochen. Lassen Sie uns intensiv miteinander reden und genau darauf schauen, dass damit wirklich die Bezieher mittlerer Einkommen entlastet werden. Die Bezieher kleiner Einkommen können auf diese Weise fast nicht entlastet werden, da sie kaum noch eine Steuerbelastung haben. Dafür bedarf es erhöhter Investitionen in die Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD)

Das Baukindergeld ist genau das gleiche Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verschließen uns keinem Dialog.

(Peter Winter (CSU): Aber der Steuersenkung verschließen Sie sich?)

Wenn der Finanzminister von der "Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen" spricht, dann ist das aber nur eine Worthölse, da er tatsächlich die Engelhorns, die Starbucks und die Apples dieser Welt meint. Deren Entlastung ist mit der Sozialdemokratie in diesem Hause nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13259, 17/13238 bis 17/13241, 17/13290 und 17/13193 sowie 17/13296 und

die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der berechtigten Drucksache 17/14626 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/13296 betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" namentlich abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung.

Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.56 bis 11.01 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen, weil wir die Abstimmung über den Einzelplan 06 erst nach Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung durchführen können.

(Unterbrechung von 11.01 bis 11.03 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder Platz zu nehmen; wir fahren fort. Die Auszählung ist erfolgt. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung" auf Drucksache 17/13296 bekannt. Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14626 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. – Stimmenthaltungen? Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist dies so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über diese nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Kein Stimmenthaltungen. So ist es beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14626 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 17/13259 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 14: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung (Kap. 06 15 Tit. 422 01) (Drs. 17/13296)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max			
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	51	78	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/13193
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13238
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/13239
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge und Bearbeitungsdauer der verbindlichen Versorgungsauskünfte reduzieren
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13240
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)
Drs. 17/13241
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Aufbau und Betrieb frei zugänglicher WLAN-Netze im öffentlichen Raum
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13290
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ersatzstellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/13296

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 17.01.2017

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)